WZB

Bericht 2000–2001

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Bericht 2000–2001

Bericht 2000–2001
ISSN 0935-574 X

Herausgeber:
Der Präsident des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung
Professor Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka

D-10785 Berlin, Reichpietschufer 50
Telefon: (0 30) 25 49 1-0
Telefax: (0 30) 25 49 16 84
Internet: http://www.wz-berlin.de
E-Mail: presse@wz-berlin.de

Redaktion:
Burckhard Wiebe (Geschäftsführender Redakteur), Dagmar Simon (beim Präsidenten), Christoph Albrecht (Arbeitsmarkt und Beschäftigung; AG Wissenschaftstransformation; AG Internationale Politik), Christian Rabe (Technik – Arbeit – Umwelt), Konstanza Prinzessin zu Löwenstein (Sozialer Wandel; AG Metropolenforschung; AG Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung), Manfred Fleischer (Markt und politische Ökonomie; AG Public Health)

Graphische Gestaltung: kognito GmbH Berlin

Titelfoto: David Ausserhofer
Fotos: Süddeutscher Verlag Bilderdienst (S. 51, 62, 70, 82, 116, 126, 138, 153, 167, 180, 186, 192, 198, 204), Ullstein (S. 93, 102), BPA (S. 25), Klaus Lehnartz (S. 15, 25, 29, 30, 31), Burckhard Wiebe (S. 21, 30, 31)

Gesamtherstellung: Ott-Druck GmbH, Berlin

Gedruckt auf 100 Prozent-Recyclingpapier
WZB, 2002

Inhalt

5 Vorwort

7 Das WZB im Wandel

7 Forschungsprofil

12 Organe, Gremien, Kontrollen

15 Geschäftsführung

15 Forschungsplanung und Strukturentwicklung

19 Interne Zusammenarbeit und Koordination

24 Außenbeziehungen und internationale Kooperationen

29 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

34 Verwaltung

42 Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung

45 Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

57 Abteilung „Organisation und Beschäftigung"

68 Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

75 Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt

80 Abteilung „Organisation und Technikgenese"

89 Abteilung „Regulierung von Arbeit"

98 Abteilung „Normbildung und Umwelt"

107 Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen"

110 Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

111 Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

122 Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

135 Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung"

146 Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme"

149 Forschungsschwerpunkt Markt und politische Ökonomie

152 Abteilung „Marktprozesse und Steuerung"

162 Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel"

174 Forschungseinheiten beim Präsidenten

174 Querschnittsgruppen

177 Arbeitsgruppe „Public Health"

184 Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"

191 Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

197 Arbeitsgruppe „Metropolenforschung"

202 Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven"

Anhang

207 Mitglieder des Kuratoriums des WZB

208 Weitere WZB-Gremien

209 WZB-Organisationsschema

210 Verwaltung des WZB

211 WZB-Kolloquien 2000-2001

213 Publikationen

213 – Beim Präsidenten

215 – „Public Health"

219 – „Internationale Politik"

220 – „Wissenschaftstransformation"

221 – „Metropolenforschung"

221 – „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven"

222 – Arbeitsmarkt und Beschäftigung

222 – „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

225 – „Organisation und Beschäftigung"
227 – „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"
229 – Technik – Arbeit – Umwelt
229 – „Organisation und Technikgenese"
232 – „Regulierung von Arbeit"
235 – „Normbildung und Umwelt"
239 – Forschungsprofessur
244 – Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse
244 – „Institutionen und sozialer Wandel"
248 – „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"
251 – „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung"
254 – Forschungsprofessur
255 – Markt und politische Ökonomie
259 Sachregister
261 Personenregister

Vorwort

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), das in den Jahren 1994/95 seinen strukturellen und räumlichen Ausbau abgeschlossen hatte, hat nun erneut die Chance zur Veränderung. Kalkulierter Wandel ist für eine Forschungsinstitution, die sich sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung auf die Fahnen schreibt, selbstverständlich, denn einerseits verändern sich die gesellschaftlich-politischen Probleme, auf die sich das WZB mit seiner Forschung bezieht, und andererseits wandeln sich die Prioritäten in den beteiligten Wissenschaften selbst, wie sich auch neue Möglichkeiten ihrer fruchtbaren Kooperation ergeben.

Überdies findet an der Spitze mehrerer Abteilungen jetzt und in nächster Zukunft ein Wechsel statt, der vermutlich ein Generationswechsel sein wird. Dies ergibt eine weitere Chance, über den Zuschnitt der Abteilungen und der Forschungsschwerpunkte, wie sie im wesentlichen Anfang der 80er Jahre geschaffen wurden, neu nachzudenken und zu entscheiden, im Licht der heute und morgen dringlichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme. Auch über das Verhältnis der Abteilungen zueinander wird neu nachgedacht mit dem Ziel, ihre produktive Zusammenarbeit zu stärken.

Im Berichtzeitraum fand der Amtwechsel im WZB-Präsidentenamt statt, Friedhelm Neidhardt übergab im Januar 2001 an Jürgen Kocka – auch und gerade ein Anlaß, über neue oder veränderte Aufgaben einer „prominent institution of an unusual type“ (Björn Wittrock) zu diskutieren. Dabei ist ihr Standort einzubeziehen: im Überschneidungsbereich zwischen West und Ost, sowohl im sich erweiternden EU-Europa als auch im wiedervereinigten Berlin.

In einer Zeit, in der der öffentliche Diskurs einerseits einen Deutungsverlust der Sozialwissenschaften diagnostiziert, andererseits aber die Nachfrage nach Lösungen aktueller gesellschaftlicher Probleme gerade im Kontext von Internationalisierung und Globalisierung nicht nachläßt, kann das WZB die Chance einer gewissen Neujustierung – auch in ihrem Verhältnis zu Öffentlichkeit und Politik – wahrnehmen. Es ist dafür gut gerüstet.

Berlin, Juli 2002

Jürgen Kocka
Christiane Neumann

Das WZB im Wandel

Forschungsprofil

Das WZB ist laut Gesellschaftsvertrag „eine Trägerorganisation für problemorientierte Grundlagenforschung". Es besitzt die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH und wird als „Leibniz-Institut" der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) vom Bund (75 Prozent) und vom Land Berlin (25 Prozent) als den beiden Gesellschaftern gemeinsam finanziert. Der jährliche Zuwendungsbedarf betrug 2000 und 2001 rund 12 Millionen Euro. Welches sind die Ziele des WZB und die Besonderheiten seiner Arbeit?

Problemorientierte Grundlagenforschung ist auch künftig die Aufgabe des WZB. Sie unterscheidet sich sowohl von der disziplinären sozialwissenschaftlichen Forschung, wie sie in den Hochschulen betrieben wird, als auch von rein anwendungs- oder auftragsorientierter Forschung mancher spezialisierter Forschungsinstitute. Die Formel verweist auf einen Typus von Forschungsleistungen, der sich auf gesellschaftliche Problemlagen bezieht und zu sozialwissenschaftlicher Theoriebildung beiträgt. Diesen Typus von Wissen zu generieren, ist die Aufgabe des WZB. Die Formel umfaßt eine innere Spannung, die es permanent zu diskutieren und kreativ zu verarbeiten gilt. Sie gibt der problemorientierten, empirischen Forschung (zum Teil mit großem Erhebungsaufwand) über Disziplingrenzen hinweg zentrale Bedeutung und damit der Multi-, Inter- und Transdisziplinarität.

Im WZB können mittel- und langfristige Forschungsprogramme aufgelegt werden, die sich nicht am aktuellen politischen Tagesgeschäft orientieren, sondern Problembereiche der Gesellschaftsentwicklung, mithin potentielle Entscheidungsfelder der Politik, in ihrer Komplexität und Interdependenz bearbeiten. Problemorientierte Grundlagenforschung zielt auf ein spezifisches Verhältnis von empirischer und theoretischer Arbeit, das künftig verstärkt diskutiert werden sollte. Die Formel legt nahe, analytische und hermeneutische Ansätze sowie systematische und historische Zugriffe zu verbinden; die Stärkung der historischen Dimension erscheint wünschenswert. Problemorientierte Wissenschaft definiert sich zum Teil über ihre Adressaten. Neben den wissenschaftlichen „communities" und neben den Nachfragern in Parlamenten, staatlichen Verwaltungen, Unternehmen und anderen Organisationen gehört dazu auch die allgemeine Öffentlichkeit.

Auch zukünftig wird das WZB „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften" untersuchen, die bisherige Einengung auf „demokratische" Gesellschaften entfällt. Während die Erforschung von Tendenzen und Problemen in Deutschland im internationalen Vergleich am WZB seinen angestammten Ort hat und auch in Zukunft zentral sein wird, soll daneben und in Verbindung damit die europäische Dimension und die globale Dimension betont werden, zum Teil noch stärker als früher und mit zu bedenkenden Konsequenzen.

Der internationale Vergleich ist und bleibt im WZB ein wichtiger Weg zur Einlösung des Anspruchs auf europäische und globale Reichweite, jedoch nur ein Weg unter anderen. Es geht auch um Verflechtungsanalyse, um die Analyse von Transnationalisierung, Europäisierung und Globalisierung, um transnationale Zugriffe neuer Art, auch um die stärkere Einbeziehung interkultureller Kontakte und Konflikte in die Fragestellungen des WZB. Dies ist eine Herausforderung, die heute viel dringlicher ist als in den 1980er Jahren oder davor.

Letztlich geht es im WZB immer wieder um die Frage nach Chancen und Strategien von (im weite-

sten Sinn) politischer Gestaltung ökonomischer, sozialer, technologischer, kultureller und sonstiger Prozesse (zum Teil auch politisch induziert) im eigenen Land, in Europa und weltweit, unter demokratischem Vorzeichen; von Prozessen, die durch Innovationen angetrieben werden und zu Innovationen führen; von Prozessen, die ihre Dynamik besitzen und nach Gestaltung verlangen – mit Instrumenten, die teils verfügbar sind, teils aber neu ausgedacht und etabliert werden müssen, mit Steuerungsressourcen, zu denen Individualisierung und Wettbewerb ebenso gehören wie staatliches Regieren und staatliche Interventionen, aber eben auch: zivilgesellschaftliche Kompetenzen und Verfahren, Solidarität (sozialer Zusammenhalt), Wissen und seine Vermittlung. Damit kann das WZB auch weiterhin der Ort „riskanter" Forschung sein, die an anderen Orten nicht ohne weiteres zu bearbeiten wäre.

Das WZB befindet sich in Berlin und bedenkt seinen Standort bei der Weiterentwicklung seines Forschungsprofils mit. Die Einengung auf Fragen des Verhältnisses von West und Ost in Europa kann nicht das Ziel sein; doch bleibt die Untersuchung dieses Verhältnisses (bei Öffnung des Blicks nach Nord und Süd) ein wichtiger Aspekt im Aufgabenspektrum des WZB, das im sich erweiternden EU-Europa an einer Nahtstelle zwischen West und Ost situiert ist. Auch die Einengung auf Europa als Forschungsfeld kann nicht das Ziel sein, es geht vielmehr darüber hinaus um nationale und regionale Untersuchungsfelder wie auch – besonders – um die globale Dimension.

Aber die „Baustelle Europa" ist auch für das WZB und die in ihm vertretenen Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Geschichtswissenschaft etc. ein zentrales Untersuchungsfeld, ein „Labor" für die Klärung vieler sozialwissenschaftlicher Fragen, überdies ein Bündel von praktischen Problemen, zu dessen Lösung die WZB-Forschung beitragen will. Das WZB nimmt an der Entstehung einer europäischen Sozialwissenschaft seit langem teil; dies gilt erst recht für die Zukunft. Die Sozialwissenschaften sind teilweise selbst ein Moment gebildeter, kritischer Öffentlichkeit. Das WZB will seinen Beitrag zur Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit leisten. Für all dies sind die Chancen zu nutzen, die Berlin als Standort bietet.

Die Abteilungen haben sich als Grundelement der Forschungsorganisation bewährt. Die Zahl der Abteilungen soll zukünftig etwas kleiner sein. Abteilungsgröße und Abteilungsstruktur sollen variieren können: größere Abteilungen mit einer höheren Binnendifferenzierung und größeren Selbständigkeit ihrer Teile; kleinere Abteilungen mit einer stärker ausgeprägten gemeinsamen Programmorientierung; weitere Varianten sind denkbar. Größere Abteilungen können sich als Instrumente der Reintegration von Arbeitsgruppen, die zur Zeit noch beim Präsidenten angesiedelt sind, sowie von einzelnen „senior researchers" bewähren. Die Möglichkeit zur Einrichtung neuer Forschungs- bzw. Arbeitsgruppen soll grundsätzlich erhalten bleiben.

Den im Gesellschaftsvertrag vorgesehenen Forschungsschwerpunkten (Schwerpunkten, SP) soll in Zukunft wieder größere Bedeutung im Hinblick auf die inhaltliche Integration der Abteilungen und Arbeitsgruppen zuwachsen. Dafür sind – auf SP-Ebene – spezifische Anreizinstrumente zu schaffen. Das impliziert ein flexibles Ressourcenmanagement und zusätzliche (noch näher zu spezifizierende) Ressourcen auf dieser Ebene. Die SP werden befristet eingerichtet. Ihre Leitung erfolgt – auf nicht zu kurze Zeit – geschäftsführend durch einen der Abteilungsleiter oder eine Abteilungsleiterin, die dem SP angehören. Ihrer Koordinations- und Moderatorenfähigkeit kommt dabei besondere Bedeutung zu.

Um Möglichkeiten der abteilungsübergreifenden Zusammenarbeit verstärkt zu nutzen und die innere Kohärenz des WZB zu fördern, sind auch in Zukunft Querschnittsgruppen zu bilden. Sie werden auf Zeit eingerichtet und basieren auf gemeinsamen Forschungsinteressen der Abteilungen bzw. von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Forschungseinheiten in spezifischen Problem- und Themenfeldern. An ihnen können sich - befristet – wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Abteilungen und Arbeitsgruppen beteiligen, mit einem definierten Teil ihrer Arbeitszeit. Die Querschnittsbereiche und -gruppen können von

Forschungs- und Gastprofessoren/innen (auf Zeit) oder von Wissenschaftlern/innen des WZB initiiert, koordiniert und geleitet werden. Anreizsysteme, Finanzierungsformen und Organisation der Querschnittsgruppen bleiben unter Auswertung bisheriger Erfahrungen näher zu klären.

Auch künftig wird das WZB Gast- und Forschungsprofessuren auf Zeit einrichten. Sie sollen das Forschungsprogramm anreichern und insbesondere abteilungs- und schwerpunktübergreifenden Zielen gewidmet sein. An diesem Ziel soll sich ihre Besetzung künftig orientieren.

Wenn die Leitung einer Abteilung zu Ende geht, fallen deren Ressourcen im Regelfall an das WZB zurück. Das WZB muß dann darüber entscheiden, ob/wie das bisherige Programm der Abteilung fortgeführt, weiterentwickelt oder zu Ende gebracht und die Ressourcen für andere Forschungsaufgaben eingesetzt werden. Das Letztere dürfte die Regel sein. Dessen ungeachtet ist darauf hinzuarbeiten, daß zukunftsträchtige Forschungslinien aus nicht fortgeführten Abteilungen in neuen Konstellationen fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Nachwuchsförderung

In den Forschungseinheiten des WZB wird der wissenschaftliche Nachwuchs vielfältig gefördert. Die WZB-typische Projektarbeit ist geprägt durch eine enge Verknüpfung von Forschung und wissenschaftlicher Qualifikation. Insbesondere durch die Integration in die Projektarbeit, häufig mit internationalem Bezug, werden Doktoranden/innen in besonderer Weise qualifiziert. Derzeit wird im WZB eine intensive Diskussion geführt, wie die Doktoranden/innenförderung noch effizienter gestaltet werden kann.

Darüber hinaus sind Möglichkeiten der stärkeren Förderung auch von Postdoktoranden/innen zu prüfen und neue Angebote zu entwickeln, unter anderem solche, die übernationale Reichweite besitzen. Über konkrete Instrumente, mit denen das WZB einen Beitrag zur Herausbildung einer europäischen Sozialwissenschaft und einer sie tragenden jüngeren Wissenschaftlergeneration leisten kann, bleibt zu beraten.

Künftige Gliederung

Im Jahr 2000 bestanden am WZB insgesamt elf Forschungsabteilungen, von denen zwei („Öffentlichkeit und soziale Bewegung“ sowie „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“) inzwischen mit Ausscheiden bzw. Beurlaubung ihrer Leiter (Neidhardt, Soskice) beendet worden sind. Zwei weitere werden bis 2003 zum Abschluß kommen: „Regulierung von Arbeit“ (Naschold/Jürgens) und „Institutionen und sozialer Wandel“ (Klingemann). Darüber hinaus bestehen zur Zeit sieben Arbeitsgruppen: „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“ (Leitung: Koopmans), „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ (Leitung: Kocka), „Institutionen, Staaten und Märkte“ (Leitung: Cusack), „Public Health“ (Leitung: Rosenbrock/Kühn), „Wissenschaftstransformation“ (Leitung: Meske; bis 2003), „Internationale Politik“ (Leitung: Eberwein) sowie „Metropolenforschung“ (Leitung: Joerges; bis 2002).

In den verbleibenden Abteilungen haben sich die Arbeitsprogramme kontinuierlich weiterentwickelt, so daß sich Namensveränderungen empfehlen. Die Abteilung „Organisation und Technikgenese“ wird zukünftig „Innovation und Organisation“, die Abteilung „Organisation und Beschäftigung“ wird zukünftig „Internationalisierung und Organisation“, die Abteilung „Normbildung und Umwelt“ wird zukünftig „Zivilgesellschaft und transnationale Selbstorganisation“ heißen. Zwei Abteilungen sollen neu eingerichtet werden (dazu s. S. 12). Die insgesamt dann neun Abteilungen sollen in neuer Weise in vier Schwerpunkt-Konstellationen gruppiert werden, wobei die Zuordnung dem Wandel der Arbeitsrichtungen, den Synergieerwartungen und Kooperationsinteressen folgt.

Die folgende Übersicht gibt die für 2003/2004 geplante Gliederung wieder. Sie ist flexibel genug, um die in Gang befindlichen und zu erwartenden inhaltlichen und personellen Veränderungen zu akkommodieren – das WZB befindet sich in einer Phase des Übergangs. Die vorgesehene Grundstruktur bewahrt bisherige Forschungsschwerpunkte des WZB und entwickelt sie weiter. Sie erlaubt die Aufnahme neuer Themen und Probleme wie die Rekrutierung neuer Leitungspersonen.

Der Forschungsschwerpunkt „Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat“[1] befaßt sich mit Problemen des Arbeitsmarkts und der Beschäftigung, mit Gegenwart und Zukunft der Arbeit, mit Strukturen und Prozessen sozialer Ungleichheit in vielfacher Hinsicht sowie mit dem Verhältnis von Gesellschaft und Staat, besonders mit Problemen des Sozialstaats und seines Umbaus. Ihm gehören die Abteilungen „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung“ (Leitung: G. Schmid) und „Ungleichheit und Integration im Sozialstaat“ (Leitung voraussichtlich: J. Alber) an.

Der Forschungsschwerpunkt „Organisation und Wissen“ beschäftigt sich mit den Ursachen, Folgen und Mechanismen organisatorischen Wandels, mit dem Verhältnis von Organisationen (Unternehmen, Verbänden, Verwaltungen etc.) und ihrem Umfeld, mit dem Lernen von Organisationen und der Innovation in Organisationen unter dem Einfluß technologischer, ökonomischer und kultureller Veränderungen. Ein wichtiger Fokus liegt auf Prozessen und Modi der Internationalisierung und zwar bezogen auf politische Regulierungen einerseits und organisatorische Veränderungen andererseits. Ihm gehören die Abteilungen „Internationalisierung und Organisation“ (bisher „Organisation und Beschäftigung“, Leitung: H. Rudolph) sowie „Innovation und Organisation“ (bisher „Organisation und Technikgenese“, Leitung: M. Dierkes) an.

Im Forschungsschwerpunkt „Markt und Politische Ökonomie“ werden Steuerungsprozesse auf Märkten und in politischen Feldern mit ihren Effizienz- und Verteilungswirkungen sowie Wettbewerbsbedingungen und Wettbewerbspolitik untersucht, die letzteren vor allem in Hinblick auf die industrieökonomischen Veränderungen in Europa. Es geht um das Verhältnis von Markt und Staat im Hinblick auf ökonomische Theoriebildung und praktische Wirtschaftspolitik. Ihm gehören die Abteilungen „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ (Leitung: L.-H. Röller) sowie „Marktprozesse und Steuerung“ (Leitung: K. Konrad) an.

Die bisher genannten drei Forschungsschwerpunkte entstehen durch Umgruppierung bereits bestehender, sich teilweise neu akzentuierender Abteilungen. Der vierte Forschungsschwerpunkt „Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie“ besteht aus der Abteilung „Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke“, die sich aus der bisherigen Abteilung „Normbildung und Umwelt“ (Leitung: W. van den Daele) entwickelt, sowie aus zwei neuen Abteilungen „Demokratie: Strukturen; Leistungsprofil und Herausforderungen“ und „Interkulturelle Konflikte, Gewalt und Menschenrechte“. Im Schwerpunkt geht es um Probleme und Perspektiven der Demokratie, um Strukturen und Prozesse gesellschaftlicher Selbstorganisation zwischen Markt und Staat sowie um Konflikte neuer Art im Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik, all dies unter den Herausforderungen voranschreitender Transnationalisierung und den Einwirkungen der Kommunikationsrevolution.

In diese vier Schwerpunkte sollen jeweils auch eine oder zwei der (gegenwärtig sieben) Arbeitsgruppen integriert und deren Mitarbeiter(innen) möglichst eng mit den entsprechenden Abteilungsarbeiten verbunden werden. Die betreffenden „Senior Researcher“ und kleine Forschungseinheiten würden somit nicht mehr abgesonderten Einzelvorhaben nachgehen, sondern ihre Forschungskompetenzen in engeren Austausch- und Kooperationsbeziehungen auf einem größeren Arbeitsfeld zur Geltung bringen.

Durch den Schwerpunkt-Zusammenhang sollen wissenschaftliche Kooperationen zwischen den Forschungseinheiten im höheren Maße als bisher befestigt und Synergiemöglichkeiten wahrgenommen werden. Anreize sollen unter anderem durch zusätzliche Ressourcen geschaffen werden, die für koordinierte Programme zur Verfügung gestellt werden. Die vier Forschungsschwerpunkte werden für fünf Jahre eingerichtet; eine Verlängerung ist – nach interner Evaluation – möglich.

Zu Themen und Problemen, die quer zu den Aufgaben der Abteilungen und Schwerpunkte liegen und ein verbindendes Interesse unterschiedlicher Forschungseinheiten darstellen, sollen Querschnittsgruppen gebildet werden. Der Anregung und Durch-

1 Vorläufiger Titel – Auch die weiteren Bezeichnungen von neuen Abteilungen und Forschungsschwerpunkten sind als Arbeitstitel zu verstehen.

führung abteilungsübergreifender Verknüpfungen – seien es normativ-theoretische Bezugslinien, methodische Orientierungen, interdisziplinäre Perspektiven, empirische Felder u.a.m. – soll auch die gezielte Einbeziehung von Forschungs- und Gastprofessuren dienen.

Neuer Forschungsschwerpunkt

Neu gebildet wird der Forschungsschwerpunkt „Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie". Die Prozesse des Regierens, Verhandelns, Regulierens und Steuerns sind in modernen Gesellschaften durch Governance-Strukturen mit unterschiedlichen Akteurskonstellationen geprägt: zivilgesellschaftliche Akteure sowie Akteure aus den Bereichen Staat, Politik und Markt (Unternehmen). Vor allem bedingt durch fortschreitende Transnationalisierungsprozesse zeichnen sich neue Konflikt-, Kooperations- und Koordinationsformen ab, die zur Neukonfiguration etablierter Strukturen führen und gleichzeitig auch Chancen für neue Problemlösungen in bezug auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eröffnen.

Eine zentrale Thematik neuer Herausforderungen sind hierbei die Formen der zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Gewalt in ihrem Wechselverhältnis, dabei die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols und das Auftreten neuer Gewaltakteure. Für die Gewaltkontrolle – innere und äußere Sicherheit – müssen neue Interventions- und politische Gestaltungschancen gefunden werden unter Wahrung der Grundsätze des demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats; dabei kommt veränderten Akteurskonstellationen, den Formen der politischen Mobilisierung und der Öffentlichkeit eine besondere Rolle zu. Unter den Bedingungen fortschreitender Transnationalisierung, unter dem Einfluß der Kommunikationsrevolution und angesichts neuer komplexer Aufgaben politischer Gestaltung stellen sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts die Grundprobleme der Demokratie auf neue Weise. Ihre Reform steht an.

In der Debatte um „Zivilgesellschaft" bündeln sich die Erwartungen an neue Problemlösungen, die weder vom Markt noch vom Staat allein erbracht werden können, wie auch die Hoffnungen auf Weiterentwicklung und Verallgemeinerung zivilisatorischer Grundbestände. Die Bedingungen, die dem zugrunde liegen, und die Strategien, die sich damit verbinden, gilt es – auch in historischer Perspektive – zu untersuchen.

Der Schwerpunkt besteht zum einen aus der bisherigen Abteilung „Normbildung und Umwelt", die ihre Forschungen zukünftig auf „Zivilgesellschaft und transnationale Netzwerke" fokussiert. Die Forschungsarbeiten richten sich auf neue (transnationale) Verhandlungs-, Koordinations- und Kooperationsformen im Zusammenhang von Selbstorganisationsprozessen der Gesellschaft und zivilgesellschaftlicher Steuerung. Als einen Beitrag zur Diskussion über Globalisierung und Zivilgesellschaft werden Aushandlungsprozesse über „intellectual property rights" im Kräftefeld zwischen Nationalstaaten sowie global agierenden zivilgesellschaftlichen Akteuren, Unternehmen und Organisationen untersucht. Interdependenzen zwischen Netzwerken, Nationalstaaten und Europäischer Union finden im Blick auf transnationale Städtenetzwerke im europäischen Raum Beachtung; im Umweltbereich werden spezifische Kooperationsformen zwischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beleuchtet.

Zum anderen sind die bereits bestehenden Arbeitsgruppen „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven" und „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung" im Schwerpunkt angesiedelt. Die eine beschäftigt sich mit dem Begriff, den Ansprüchen und den Verwirklichungsvarianten von Zivilgesellschaft aus historisch-sozialwissenschaftlicher Perspektive. Die andere untersucht Mobilisierungsstrategien, Öffentlichkeitsformen und Funktionsbedingungen von Zivilgesellschaft auf der europäischen Ebene. Kooperationsformen zwischen Arbeitsgruppen und Abteilungen und Integrationschancen kleinerer Arbeitszusammenhänge in größere Forschungseinheiten sind auszuloten.

Schließlich besteht der Schwerpunkt aus zwei neuen Abteilungen (sh. S. 12), deren Leitung derzeit (2002) rekrutiert wird. Erst im Zuge dieses Auswahlprozesses wird das wissenschaftliche Profil der Abteilungen näher bestimmt.

Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen"

Die Abteilung soll sich mit Strukturen, Prozessen, Problemen und Entwicklungschancen der Demokratie, mit Regieren (und Opponieren) im 21. Jahrhundert, mit Verfassungsstrukturen und Politikerträgen, auch mit Theorien der Demokratie, ihrer Konsolidierung und Reform beschäftigen, auch in historischer Perspektive. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei den Prozessen fortschreitender Transnationalisierung gewidmet werden, ferner dem internationalen Vergleich, den Wirkungen der Kommunikationsrevolution und dem Erbe bisheriger Problemlösungen, das zur Verschärfung neuer Probleme beitragen kann. Auf der Grundlage dieser empirisch zu bearbeitenden Problemfelder richten sich die Forschungsfragen auf Aspekte der Leistungs- und Handlungsfähigkeit politischer Akteure und Institutionen und der Legitimation politischer Herrschaftsformen wie auf normative und theoretische Fragen der Demokratie. Untersuchungsgegenstände sind auch die individuellen und kollektiven politischen Akteure sowie die Funktionsweisen nationaler wie auch supranationaler politischer Institutionen, insbesondere der Europäischen Union.

Abteilung „Interkulturelle Konflikte, Gewalt und Menschenrechte"

Gewalt und Gewaltregulierung sind zentrale Probleme der internationalen wie der innergesellschaftlichen Beziehungen. Innen- und Außenverhältnisse sind im Zusammenhang zu untersuchen, sie wirken wechselseitig aufeinander ein, die Abgrenzungen zwischen ihnen verflüssigen sich. Jeweils spielen kulturelle Differenzen eine entscheidende Rolle, ein Aspekt, der in dieser Abteilung neben ökonomischen, sozialen und politischen Dimensionen besondere Aufmerksamkeit erhalten soll. Einerseits sind Folgen kultureller Heterogenisierung, besonders in Einwanderungsländern, zu bewältigen, Integrationsprobleme stellen sich neu. Andererseits führt die Internationalisierung und Globalisierung zu verstärkten Kontakten, aber auch zu erhöhten Spannungen und Konflikten zwischen den Gesellschaften, Kulturen und Zivilisationen, bis hin zu Formveränderungen des Kriegs in der Gegenwart. Neue Friedensstrategien sind gesucht. Es geht zugleich um grundsätzliche Probleme im Verhältnis von kulturellen Differenzen und Universalisierungsansprüchen sowie um den komplizierten Zusammenhang zwischen Gewalterfahrung, Gewaltkontrolle und Menschenrechten.

Es ist beabsichtigt, diese neue Struktur und den neuen Schwerpunkt bis 2003 umzusetzen. Damit wird es gelungen sein, die bisherigen Forschungslinien des WZB neu zu gruppieren und fortzuentwikkeln, andererseits aber neue Thematiken aufzunehmen und ihre Erforschung in Gang zu setzen. Der Generationswechsel prägt die derzeitige Leitungsstruktur des WZB. Die abteilungsübergreifende Zusammenarbeit stellt im multidisziplinär zusammengesetzten WZB eine große Chance dar; sie soll stärker genutzt werden, im Interesse an gesteigerter Produktivität, neuen Fragen und wissenschaftlichen Erfolgen. Die innere Gliederung des WZB wird transparenter. Von außen wird besser verständlich, was man hier tut. Der folgende Tätigkeitsbericht orientiert sich jedoch noch an der bisherigen Gliederung.

Organe, Gremien, Kontrollen

Zur Durchsetzung und Kontrolle seiner Funktionen besitzt das WZB eine Reihe von Instanzen, deren Rolle der Gesellschaftsvertrag im einzelnen festgelegt hat. Die Gesellschafterversammlung, der die beiden Zuwendungsgeber des Bundes und des Landes Berlin angehören, befindet über den Gesellschaftsvertrag und regelt unter anderem die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer und der Mitglieder des Kuratoriums.

Kuratorium

Das Kuratorium beschließt die Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und wirkt in allen wesentlichen forschungspolitischen und finanziellen Angelegenheiten der Gesellschaft mit. Zu seinen zwölf stimmberechtigten Mitgliedern gehören zum Berichtszeitpunkt (2002) die Vertreter der beiden Zuwendungsgeber als Vorsitzende (Parlamentarischer Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen, Stellvertreter: Senator Dr. Thomas Flierl), zwei vom Bundestag benannte Vertreter (Werner Lensing MdB, Professor Richard Schröder), die Präsidenten

der drei Berliner Universitäten, mit denen das WZB Kooperationsverträge unterhält (Professor Kurt Kutzler, Professor Peter Gaethgens, Professor Jürgen Mlynek), sowie die Professoren Wolfgang Schluchter (Erfurt), Klaus Zimmermann (Berlin), Dieter Simon (Berlin) und Professorinnen Helga Nowotny (Zürich) und Christine Landfried (Hamburg). Als beratende Mitglieder nehmen an den Sitzungen des Kuratoriums der Vorsitzende des Beirats, Professor Manfred G. Schmidt (Bremen), sowie Professorin Ariane Berthoin Antal und Professor Dieter Rucht als gewählte wissenschaftliche Mitarbeiter(in) teil.

Beirat

Das Kuratorium läßt sich in fachlichen Angelegenheiten von einem Beirat beraten. Neben dem Vorsitzenden, Professor Manfred G. Schmidt (Bremen), gehören dem Beirat (Stand 1. September 2002) an: Professorinnen Eileen Appelbaum Ph.D. (Washington D.C.) und Marlis Buchmann (Zürich), Karin Hausen (Berlin) und Bettina Heintz (Mainz), die Professoren Martin Hellwig (Mannheim), Jerzy Holzer (Warschau), Peter Graf Kielmansegg (Mannheim), Meinhard Miegel (Bonn), Rainer Münz (Berlin) und Göran Therborn (Göteborg). Als Vertreter der drei Berliner Universitäten wurden berufen: Professor Ulrich K. Preuß (Freie Universität Berlin), Professor Gunnar F. Schuppert (Humboldt-Universität zu Berlin) und Professorin Karin Hausen (Technische Universität Berlin).

In den Jahren 2000 und 2001 befaßte sich der Beirat vor allem mit den Forschungsprogrammen der Abteilungen „Regulierung von Arbeit“, „Organisation und Beschäftigung“, mit der im Januar 2001 neu eingerichteten Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ und der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“. Darüber hinaus beschäftigte sich der Beirat mit den Querschnittsgruppen am WZB, insbesondere mit „Arbeit und Ökologie“, sowie mit Fragen der Öffentlichkeitsarbeit. In der Novembersitzung 2001 präsentierte Jürgen Kocka seine Vorstellung zur thematischen Orientierung und strukturellen Entwicklung des WZB.

Interne Ämter Gremien

Der Gesellschaftsvertrag des WZB bestimmt neben Gesellschafterversammlung, Kuratorium und Beirat Ämter und Gremien, die zur Steuerung der WZB-Arbeit beitragen. Entsprechende Festlegungen betreffen vor allem die Funktionen der Geschäftsführung, für die ein wissenschaftlicher Geschäftsführer, der die Amtsbezeichnung Präsident führt, und eine administrative Geschäftsführerin verantwortlich sind. Über deren Aufgaben und Tätigkeiten wird im nachfolgenden Berichtsteil (vgl. S. 15ff.) ausführlicher berichtet.

Daneben wird im Gesellschaftsvertrag die Rolle des Wissenschaftlichen Rats definiert, dem neben der Geschäftsführung die Abteilungsdirektoren, die Forschungsprofessoren und Leiter der Forschungsgruppen sowie gewählte Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen angehören. Der Wissenschaftliche Rat „berät die Gesellschaft in wissenschaftlichen Angelegenheiten und spricht Empfehlungen aus“.

WZB-intern finden ständig und auf mehreren Ebenen Diskussionen über den Stand und die Entwicklungsaufgaben sowohl des WZB allgemein als auch ihrer einzelnen Forschungseinheiten statt. Dies geschieht nicht nur im Wissenschaftlichen Rat, sondern auch einerseits in regelmäßigen Beratungen der Geschäftsführung mit den Abteilungsdirektoren auf Leitungsebene und andererseits in Plenarveranstaltungen, in denen sich reihum (in etwa dreijährigen Abständen) die Forschungseinheiten mit Berichten über ihre Programme und Ergebnisse präsentieren.

Erhebung

Um den Informationsstand des WZB in eigener Sache zu erhöhen und die laufenden Selbstreflexionen verbindlicher zu machen, hat der damalige Präsident Friedhelm Neidhardt ab 1995 eine WZB-Erhebung veranlaßt. Sie werden nicht nur dem Kuratorium und dem Beirat vorgelegt, sondern auch in die laufenden Diskussionsprozesse des WZB zurückgegeben. Die WZB-Erhebung wird jährlich durchgeführt, so daß für einen konzentrierten Deskriptorensatz Zeitreihen entstehen, mit denen relevante Entwicklungen des WZB erfaßt und beurteilt werden können.

Kontrollen

Besondere Aufmerksamkeit richtet sich im WZB auf die ständige Kontrolle der diversen WZB-Veröffentlichungen. Die jährlich etwa 120 Titel der „Discussion papers“ werden in der Verantwortung der je-

weiligen Leiter durch kollegiale Kritik in den Abteilungen und Forschungsgruppen, in einem Fall auch durch einen Forschungsrat auf Schwerpunktebene begutachtet. Die pro Jahr ca. 50 Forschungsbeiträge in den „WZB-Mitteilungen“ werden unter der Herausgeberverantwortung des Präsidenten von einem Redaktionskollegium aus einem größeren Angebot von Texten ausgewählt und zum Teil nach Überarbeitung veröffentlicht. Eine Lektorin überprüft die Publizierbarkeit von Buchmanuskripten, die als „WZB-Bücher“ in externen Verlagen veröffentlicht werden sollen. Sie bereitet unter Berücksichtigung eigens erstellter Gutachten eine Entscheidung des Herausgebergremiums unter dem Vorsitz des WZB-Präsidenten vor, dessen Mitglieder vom Wissenschaftlichen Rat gewählt wurden.

Auch die Drittmittelanträge des WZB unterliegen einem Beratungs- und Kontrollverfahren, in dem insbesondere der Zusammenhang geplanter Projekte mit den selbstgesetzten Forschungsprogrammen geprüft wird. Kontrollen der WZB-Forschung werden darüber hinaus auch von außen geübt, und zwar nicht nur durch externe Gremien, sondern auch über die Märkte, auf denen sich das WZB mit seinem „Output“ in Qualitätskonkurrenzen bewähren muß. Dies betrifft zum einen den Publikationsmarkt und die in ihm wirksamen Selektionsentscheidungen von Zeitschriftenherausgebern, Lektoren und Verlagen. Es gilt zum andern auch für den Drittmittelmarkt dann, wenn gesichert ist, daß die Zuweisung von Drittmitteln in fachlich kontrollierten Konkurrenzen entschieden wird.

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des WZB wird vom Präsidenten als wissenschaftlichem Geschäftsführer und von der administrativen Geschäftsführerin wahrgenommen. Von 1994 bis 2000 war Professor Dr. Friedhelm Neidhardt, seit Anfang 2001 ist Professor Dr. Jürgen Kocka Präsident des WZB, Christiane Neumann seit 1992 administrative Geschäftsführerin.

Der Präsident wird bei der Ausübung seiner Funktionen der wissenschaftlichen Geschäftsführung von dem Referat „Forschungsplanung und -koordination“ unterstützt (Dr. Dagmar Simon, Dr. Georg Thurn). Das Presse- und Informationsreferat (Heidi Hilzinger M.A., Ingrid Hüchtker, Burckhard Wiebe M.A., B.A.) ist für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich.

Forschungsplanung und Strukturentwicklung

Nach dem Gesellschaftsvertrag des WZB sorgt der Präsident für „die Koordination der wissenschaftlichen Einrichtungen der Gesellschaft“ sowie für „die Erarbeitung der Grundzüge der Forschungspolitik der Gesellschaft und der thematischen Orientierung der wissenschaftlichen Einrichtungen“. Zu seinen besonderen Aufgaben gehört die Einrichtung von Forschungsabteilungen, Forschungsprofessuren und Forschungsgruppen, die Bildung von Forschungsschwerpunkten, die Berufung der leitenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen und die Zuordnung der Ressourcen für die wissenschaftliche Arbeit. Im Rahmen der vereinbarten thematischen Orientierungen arbeiten die dezentralen Forschungseinrichtungen selbständig. Die Anwendung der thematischen Orientierungen auf spezifische Fragestellungen erfolgt in zeitlich befristeten Forschungsprogrammen.

Friedhelm Neidhardt (links), Jürgen Kocka Foto: Klaus Lehnartz

Herausragendes Ereignis der Jahre 2000 und 2001 war der Präsidentenwechsel von Friedhelm Neidhardt zu Jürgen Kocka, der seine Tätigkeit zum 1. Januar 2001 aufnahm. Das Kuratorium hatte dem Vorschlag der Findungskommission (Professorin Helga Nowotny, Zürich; Professor Fritz Scharpf, Köln; Professor Günther Schmid, WZB), Jürgen Kocka zu berufen, einhellig zugestimmt; die Verhandlungen mit der Freien Universität Berlin konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Der Berichtzeitraum war durch intensive Diskussion über die thematische Neubestimmung von Forschungsaufgaben geprägt, bedingt durch das Ausscheiden von vier Direktoren in den Forschungs-

„Sozialwissenschaftler haben gemeinhin wenig Freunde. Man braucht sie, aber man liebt sie nicht. Davon wussten schon Max Weber und Georg Simmel ein Lied zu singen. Der Grund: Ihre kühlen, oft sezierenden Analysen nennen die Dinge, wie sie sind, nicht wie man sie gerne hätte. Mit solcher Arbeit eckt man eher an, als dass man sich Freunde macht. Gerade zur Politik herrscht oft eine latente Spannung. Aber mitunter kann es auch ganz anders sein. Auch hier arbeiten Menschen, die sich freuen wollen, die sich auch freuen können über geglückte Vorhaben, über Anerkennung und Aufmerksamkeit über enge Fachkreise hinaus. Bei aller Kritikfähigkeit an der Gesellschaft – abseits stehen will man letztlich nicht.

Etwas davon war am vergangenen Montag im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) zu spüren, eine der großen außeruniversitären Einrichtungen für sozialwissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik. Am WZB fand ein Wachtwechsel statt: Wo bisher naturgemäß nur Sozialwissenschaftler amtierten – nach Meinolf Dierkes, Wolfgang Zapf zuletzt Friedhelm Neidhardt –, wurde jetzt als künftiger Präsident der Historiker Jürgen Kocka eingeführt."

Das Parlament
2./9. Februar 2001

schwerpunkten Marktprozeß und Unternehmensentwicklung sowie Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse. Die betroffenen Abteilungen schlossen ihre Programme ab. Der Prozeß wird sich in den nächsten zwei Jahren durch weitere personelle Fluktuation auf der Leitungsebene fortsetzen.

Die im Hinblick auf die Neueinrichtung von Abteilungen erwünschte Neuorientierung von Forschungsprogrammen wurde unter Leitung des Präsidenten Friedhelm Neidhardt zunächst WZB-intern vorbereitet. Der Beirat des WZB hat sich in mehreren Sitzungen mit den Forschungsprogrammen und perspektivischen Vorstellungen der entsprechenden Abteilungen befaßt und durch seine Expertise und Stellungnahmen die Klärungsprozesse im WZB unterstützt und befördert.

Im Fall der zunächst anstehenden Besetzung der Direktoren-/Direktorinnenstelle im Forschungsschwerpunkt Marktprozeß und Unternehmensentwicklung, die nach dem Ende der Amtszeit von Professor Horst Albach durchzuführen war, hatte auf der Grundlage der Empfehlungen der Berufungskommission das Kuratorium auf seiner Sitzung Ende 1999 dem Vorschlag zugestimmt, Professor Kai Konrad gemeinsam mit der Freien Universität Berlin an das WZB zu berufen. Kai Konrad hat zum Januar 2001 seine Tätigkeit als Direktor der neuen Abteilung „Marktprozesse und Steuerung" aufgenommen, die gemeinsam mit der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" (Direktor: Professor Lars-Hendrik Röller) im Forschungsschwerpunkt Markt und politische Ökonomie eingegliedert ist (siehe S. 152ff.).

Neuorientierung von Schwerpunkt III

Die Ressourcenkürzungen, denen das WZB unterworfen war (siehe S. 35), sind bei den Überlegungen zur zukünftigen Struktur des Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse unmittelbar wirksam geworden: Es wurden drei Direktoren-/Direktorinnenstellen durch Erreichung der Altersgrenze frei, doch konnten nur zwei und eine befristete Forschungsprofessur erneut ausgeschrieben werden. Die Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" unter der Leitung von Friedhelm Neidhardt wurde zum 31. Dezember 2000 beendet, obwohl vom Wissenschaftsrat und wissenschaftlichen Beirat des WZB als förderungs- und ausbaufähig beurteilt. In ihr etablierte Forschungslinien werden jedoch in der neu eingerichteten Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung" weitergeführt. Zur Unterstützung der Arbeitsgruppe gewann das WZB das Beiratsmitglied Professor Hanspeter Kriesi für eine einjährige Gastprofessur, dessen Forschungen sich in vielfältiger Weise auf die Themenfelder der Arbeitgruppe beziehen.

Die Berufungskommission unter der Leitung des WZB-Präsidenten, der unter anderem Vertreter der drei Berliner Universitäten, der WZB-Beiratsvorsitzende und der damals designierte WZB-Präsident Jürgen Kocka angehörten, kam in ihrer abschließenden Sitzung im Juni 2000 zu dem Ergebnis, für die neue Abteilung „Sozialstruktur und sozialer Wandel"

(bisher „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“) Professor Jens Alber (Konstanz) auf Platz 1 der Berufungsliste zu setzen, Professorin Jutta Allmendinger (München) und Professor Hans-Peter Blossfeld (Bielefeld) gemeinsam auf Platz 2. Für die Leitungsstelle der Abteilung „Politikprozesse und politische Institutionen“ (bisher „Institutionen und sozialer Wandel) beschloß die Kommission, keinen Besetzungsvorschlag zu unterbreiten. Ausschlaggebend war die Einschätzung der Passung wahrnehmbarer Kompetenzprofile mit den in der Ausschreibung formulierten Anforderungen. Im Hinblick darauf sah die Kommission die Balance zwischen Anschlußfähigkeit und Innovationsangebot von keinem Kandidaten überzeugend erreicht. Der WZB-Präsident Friedhelm Neidhardt nahm dieses Ergebnis zum Anlaß, den Berufungsvorgang einzustellen und auf eine neue Ausschreibung zu verzichten. Der Direktor der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“, Professor Hans-Dieter Klingemann, hat sich auf Bitte des Präsidenten bereit erklärt, die Abteilungsleitung bis März 2003 fortzuführen.

Im Zusammenhang mit der Beurlaubung des Direktors der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“, David Soskice, für drei Jahre wurde die Abteilung zum 31. Dezember 2001 beendet. Eine Arbeitsgruppe „Institutionen, Staaten und Märkte“ unter der Leitung von Thomas R. Cusack Ph.D. ist mit den verbleibenden Mitarbeitern der Abteilung eingerichtet worden (siehe S. 68ff.).

Neue Themen und Strukturen

Die Bestimmung von neuen Abteilungsprofilen im Kontext der Neuakzentuierung der WZB-Forschung und der strukturellen Reorganisation war eine der zentralen Aufgaben für den neuen WZB-Präsidenten Jürgen Kocka. Die von ihm initiierten Diskussionen über thematische Neuorientierungen und die strukturelle Weiterentwicklung des WZB standen im Zentrum der Aktivitäten des Jahres 2001. Im Wissenschaftlichen Rat, auf Klausurtagungen der Leitungsebene und in vorangegangenen Beratungen mit externen Experten, im Beirat, Kuratorium und in WZB-internen Workshops wurden Fragen des Gesamtprofils des WZB, seiner Organisation, Struktur und Kultur, der Nachwuchsförderung sowie anstehender Entscheidungen für neue Abteilungen und Querschnittsgruppen erörtert. Zusätzlich befaßten sich drei Kolloquien mit Helga Nowotny, Roger Hollingsworth und Göran Therborn direkt mit Problemen interdisziplinärer Arbeitsweisen und der Forschungsorganisation wissenschaftlicher Einrichtungen.

In der neuen Akzentsetzung der Forschungsplanung des Präsidenten ging es zentral um die Aufnahme neuer Fragestellungen für eine sozialwissenschaftliche Forschung, die ihre Arbeit an gesellschaftlichen Problemlagen orientiert, aber auch um die Fortführung und Weiterentwicklung bestehender WZB-Forschungsbereiche. Die Kohärenz der WZB-Forschung sowie die Flexibilität der Organisationsstruktur zu stärken und das WZB-Profil weiter zu verdeutlichen, ist dabei ein zentrales Anliegen. Besondere Chancen ergeben sich hierfür durch die Beendigung der Amtszeiten einer Zahl von Direktoren in den nächsten Jahren. Die Grundlinien zukünftiger Entwicklung der Forschung und der Forschungsstruktur sowie die Ausschreibungstexte für zwei Leitungspositionen in zukünftigen Abteilungen mit den vorläufigen Titeln „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“ sowie „Interkulturelle Konflikte, Gewalt und Menschenrechte“ in einem neuen Schwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie wurden in den internen Gremien, im Beirat und im Kuratorium eingehend und mit großer Zustimmung beraten (siehe S. 12).

Für die Fortführung seiner eigenen Forschungsinteressen hat Jürgen Kocka Anfang des Jahres 2001 eine Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ eingerichtet (siehe Seite 202ff.).

Die institutionellen Rahmenbedingungen für die WZB-Forschung werden in erheblichem Maße von allgemeinen Entwicklungen im deutschen Wissenschafts- und Forschungssystem beeinflußt, insbesondere durch die einschneidenden Ressourcenkürzungen. Die von den Zuwendungsgebern von 1994 bis zum Jahr 2000 fortgeschriebenen Stellenkürzungen haben für das WZB den Umfang der Ressourcenausstattung von zwei Forschungsabteilungen erreicht und schränken damit die Bewegungsfähigkeit und die Möglichkeiten zur Neubestimmung von Forschungsbereichen gravierend ein.

Zusätzlich hat das WZB – wie alle Einrichtungen der Blauen Liste – eine Einschränkung des Ressourcenrahmens dadurch hinnehmen müssen, daß ihm seit 1997 eine Abgabe von 2,5 Prozent des institutionellen Haushalts an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) auferlegt wurde. Der für eine größere Zahl von Forschungseinrichtungen der Blauen Liste damit verbundene Vorteil, Zugang zur DFG-Förderung und die Chance auf Einwerbung von Drittmitteln zu erhalten, erwächst dem WZB nicht, da es seit langem erfolgreich DFG-Mittel einwirbt. Die DFG-Abgabe stellt für das WZB also einen weiteren Ressourcenverlust dar.

Drittmittel

Das WZB wirbt Drittmittel bei der DFG, weiteren Forschungsförderungsorganisationen und Stiftungen, der EU, aber auch bei öffentlichen Auftraggebern ein, die den institutionellen Haushalt ergänzen. Kriterium für die Einwerbung von Drittmitteln ist der sinnvolle wissenschaftliche Zusammenhang eines Drittmittelprojekts mit dem Forschungsprogramm der jeweiligen Forschungseinheit des WZB. Im Hinblick darauf unterliegen die Drittmittelanträge im WZB einem internen Beratungs- und Prüfverfahren beim Präsidenten (Bewilligungen sh. S. 36).

Erhebungen

Für die Qualitätssicherung und -förderung hat das WZB eigene Instrumente entwickelt, die im Präsidentenbereich koordiniert werden. Um den Informationsstand in eigener Sache zu erhöhen und die laufenden Selbstreflexionen verbindlicher zu machen, wird jährlich die WZB-Erhebung durchgeführt, die Daten zu den institutionellen Rahmenbedingungen, den Organisationsstrukturen und den Leistungen des WZB erfaßt. Die Programmbudgets geben einen Überblick über die mittelfristige Ausgaben-, Finanz- und Personalplanung. In der Verknüpfung von Forschungsgegenständen mit institutionellen Strukturen und der Veränderungen von Zuordnungen von Ressourcen liegt seine zentrale Funktion.

Ombudsperson

Fragen der Qualitätssicherung spielen auch in dem am WZB entwickelten Verfahren zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis einer Rolle; auf dieser Grundlage wurde Dr. Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt“) im November 2000 für zwei Jahre als Ombudsperson bestellt. Die Initiative des WZB geht auf die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) angeregten Debatte über Verfahren der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis zurück. Die darauf bezogenen Empfehlungen der WGL sehen zur Feststellung und Regulierung von wissenschaftlichem Fehlverhalten die Einrichtung von Ombudspersonen in den Instituten vor.

Total E-Quality

Darüber hinaus beteiligte sich das WZB an der – von der Sozialforschungsstelle Dortmund durchgeführten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten – Pilotphase des Projekts „Total E-Quality für Hochschulen und Forschungseinrichtungen“. Mit dem Prädikat „Total E-Quality“ werden bislang Firmen und Kommunalverwaltungen ausgezeichnet, die Qualitätsmanagement und Gleichstellungspolitik in herausragender Weise verbunden haben. Für die Übertragung dieses Prädikats auf die Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen wurde in der Pilotphase das Erhebungsinstrument überarbeitet und dem Bedarf von Forschung und Lehre angepaßt.

Reflexive Evaluation

Ein im Präsidentenbereich angesiedeltes und von Friedhelm Neidhardt, Martina Röbbecke und Dagmar Simon durchgeführtes Projekt setzt sich mit ähnlich gelagerten Fragen auseinander: mit den Zielen, Verfahren und Instrumenten der Bewertung von Forschungsinstituten. Im Kontext der forschungspolitischen Ziele von externen Evaluationen wird insbesondere die Bedeutung von internen Evaluationen für Forschungseinrichtungen hervorgehoben, wenn sie ihre Selbststeuerungskompetenzen erhöhen wollen. Es werden darüber hinaus Vorschläge für angemessene Verfahren und Bewertungskriterien unterbreitet und verdeutlicht, daß nicht nur der „Output“, sondern auch der „Throughput“ – Organisationsstrukturen und -prozesse der Forschungseinrichtungen – evaluiert werden sollen.

An diesem Punkt setzt auch ein im Jahr 2000 begonnenes wissenschafts- und organisationssoziologisch angelegtes Projekt zu „Erfolgsbedingungen der organisierten Forschung – Kooperationsstrukturen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und ihre Steuerung“ an. Die von Martina Röbbecke, Clemens Kraetsch und Dagmar Simon bearbeitete Studie

konzentriert sich im Kontext neuer Anforderungen für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen aus ihrer Umwelt auf zwei Aspekte: Erstens richten sich hohe Erwartungen an die Bereitschaft der Institute, bei der Wahl und Bearbeitung ihrer Forschungsfragen mit den Hochschulen zu kooperieren. Zweitens wird von den Einrichtungen häufig gefordert, die zu bearbeitenden Forschungsprobleme in interdisziplinärer Zusammenarbeit zu lösen. Ermittelt werden soll, was diese Kooperationen und Arbeitsweisen für die Institute bedeuten, welche intraorganisatorischen Schwierigkeiten und Konflikte dabei entstehen und welche Steuerungs- und Managementstrategien einer Bewältigung der Problemlagen dienlich sein können.

Karrieren und Barrieren

Im Präsidentenbereich ist ein weiteres Forschungsprojekt angesiedelt, das sich mit den Strukturen des Wissenschaftssystems auseinandersetzt: „Karrieren und Barrieren in der Wissenschaft – Geschlechterdifferente Teilhabechancen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen", bearbeitet von Hildegard Matthies, Maria Oppen und Dagmar Simon. Standen in der ersten Projektphase die Karrieresysteme in außeruniversitären Instituten im Vordergrund, so werden in einer zweiten Phase die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten für Männer und Frauen in der Wissensproduktion der pharmazeutischen Industrie untersucht.

Die von den Hochschulen bekannte Diskrepanz zwischen den beruflichen Erfolgen von Männern und Frauen spiegelt sich auch in den untersuchten außeruniversitären Forschungseinrichtungen wider, etwa bei dem Anteil des entfristeten Personals und den Eingruppierungen. Obwohl bei den beruflichen Orientierungen kaum geschlechtsspezifische Unterschiede feststellbar sind, werden in dem Projekt etliche strukturelle Ursachen für asymmetrische Karriereerfolge identifiziert. Dem Faktor Zeit und der Kommunikations- und Entscheidungsstruktur im Wissenschaftsbetrieb kommt dabei besondere Bedeutung zu: Indem eine „männlich" geprägte Arbeits- und Organisationskultur auf eine tendenziell immer noch zu Lasten der Frauen gehende Verteilung der Verantwortlichkeiten im Reproduktionsbereich trifft, erhöhen stark informalisierte Kommunikationsstrukturen die ohnehin bestehenden Barrieren für Frauen. An diese Befunde anknüpfend werden in der Studie Ansatzpunkte für eine innovative Gleichstellungspolitik herausgearbeitet.

Ein von Nicole Schneider im Berichtszeitraum bearbeitetes Dissertationsprojekt zu „Karrierepfaden in Forschungsbetrieben" befaßt sich mit den beruflichen Laufbahnen von Männern und Frauen in ausgewählten Instituten der Wissenschaftsgemeinschaft G.W. Leibniz und den damit korrespondierenden Einstellungen zur „Wissenschaft als Beruf".

Interne Zusammenarbeit und Koordination

Thematische Querbezüge und Chancen auf Kooperationen zwischen Forschungseinheiten des WZB wahrzunehmen und auszubauen, hat sich der Präsident in den vergangenen Jahren zur besonderen Aufgabe gemacht. Die interne Zusammenarbeit drückt sich einerseits in gemeinsamen Projekten oder Veranstaltungen aus, die von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern in beachtlicher Zahl vereinbart und durchgeführt wurden. Hinzu kommen besondere Unternehmungen, die vom Präsidenten angeregt und von seinem Referat koordiniert werden: die „Querschnittsgruppen", die zu Themen eingerichtet sind, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen (siehe S. 174ff.) sowie die Verknüpfung von Forschungseinheiten bei der Erarbeitung der WZB-Jahrbücher.

WZB-Jahrbücher

Für die Reihe der WZB-Jahrbücher wurde die Absicht bekräftigt, der abteilungs- und arbeitsgruppenübergreifenden Kooperation durch Verpflichtung auf gemeinsam erstellte Produkte eine verbindliche Zielsetzung zu geben. Ihre Vorbereitung setzt über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren die verbindliche Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen voraus. 2000 erschien der Band „Zur Zukunft der Demokratie", herausgegeben von Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt. Das Jahrbuch 2001 über „Die Soziale Marktwirt-

Die Forschungseinheiten

Stand: Juli 2002

Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka

Administrative Geschäftsführerin:
Christiane Neumann

Schwerpunkt I
Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Abteilung Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung
Direktor: Prof. Dr. Günther Schmid

Abteilung Organisation und Beschäftigung
Direktorin: Prof. Dr. Hedwig Rudolph

Arbeitsgruppe „Institutionen, Staaten und Märkte"
Leiter: Thomas R. Cusack Ph. D.

Schwerpunkt II
Technik – Arbeit – Umwelt

Abteilung Organisation und Technikgenese
Direktor: Prof. Dr. Meinolf Dierkes

Abteilung Regulierung von Arbeit
Kommissarischer Direktor: Prof. Dr. Ulrich Jürgens

Abteilung Normbildung und Umwelt
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang van den Daele

Forschungsprofessur
Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen
Prof. Dr. Udo Ernst Simonis

Schwerpunkt III
Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Abteilung Institutionen und sozialer Wandel
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Dieter Klingemann

Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Zapf

Schwerpunkt IV
Markt und politische Ökonomie

Abteilung Marktprozesse und Steuerung
Direktor: Prof. Dr. Kai A. Konrad

Abteilung Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel
Direktor: Prof. Lars-Hendrik Röller Ph. D.

Beim Präsidenten

Arbeitsgruppe Public Health
Leiter: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock und
Privatdozent Dr. Hagen Kühn

Arbeitsgruppe Wissenschaftstransformation
Leiter: Prof. Dr. Werner Meske

Arbeitsgruppe Internationale Politik
Leiter: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Arbeitsgruppe Metropolenforschung
Leiter: Prof. Dr. Bernward Joerges

Arbeitsgruppe Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung
Leiter: Dr. Ruud Koopmans

Arbeitsgruppe Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven
Leiter: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka

Gert Schmidt Foto: Burckhard Wiebe

schaft in der neuen Weltwirtschaft“ wurde von Lars-Hendrik Röller und Christian Wey zusammengestellt. In Vorbereitung ist das Jahrbuch 2002 zum Thema „Gemeinwohl“, herausgegeben von Gunnar Folke Schuppert und Friedhelm Neidhardt.

Der „Gemeinwohl“-Band ist das Ergebnis der Arbeit der Querschnittsgruppe, die bis Ende 2000 von Gunnar Folke Schuppert geleitet wurde, der – als Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften von der Humboldt-Universität zu Berlin beurlaubt – für ein Jahr am WZB tätig war und durch Arbeitsverbindungen mit verschiedenen Arbeitseinheiten die rechtswissenschaftlichen Bezüge der WZB-Forschungen gestärkt hat (sh. S. 175). Als Gastprofessoren mit übergreifenden Interessen, aber in besonderem Bezug zu einer Forschungseinheit haben Hanspeter Kriesi (Bern) und Gert Schmidt (Erlangen) für jeweils ein Jahr (2000/2001 bzw. 2001/2002) am WZB gearbeitet.

Karl W. Deutsch-Gastprofessur

Als Karl W. Deutsch-Gastprofessorin des Jahres 2000 war Deborah Spar Ph.D., Associate Professor an der Harvard Business School, im Umkreis des Forschungsschwerpunkts Markt und politische Ökonomie tätig; ausgehend von ihren Arbeiten zu politischen Einflußfaktoren und Unternehmensbeziehungen im internationalen Vergleich hat sie zum WZB-Jahrbuch 2002 einen Artikel über das Antitrust-Verfahren gegen Microsoft beigetragen. Als Karl W. Deutsch-Gastprofessor 2001 war John Keane für zwei Monate am WZB und hat eine Reihe von vier Kolloquien zu Grundfragen der Entwicklung von Demokratie, Governance und Zivilgesellschaft abgehalten. Als Verfasser maßgeblicher Publikationen auf diesen Themenfeldern hat John Keane – Professor für politische Theorie an der University of Westminster (London) und Gründer des dortigen Centre for the Study of Democracy – durch seine Tätigkeit am WZB nicht nur Querbezüge zwischen verschiedenen Abteilungen und Arbeitsgruppen hergestellt, sondern auch bei den Überlegungen zur thematischen und strukturellen Weiterentwicklung des WZB beratend mitwirken können. Er hat sich auch an der konzeptionellen Vorbereitung des EU-Förderantrags für ein vom WZB-Präsidenten koordiniertes Forschungsnetzwerk zur „Europäischen Zivilgesellschaft“ beteiligt.

Gastwissenschaftler

Als Gastwissenschaftler beim Präsidenten haben des weiteren Dr. Martin Lengwiler (Zürich) zur Geschichte der Sozialversicherung und zu Problemen

John Keane Foto: Burckhard Wiebe

des Wohlfahrtsstaats sowie Professor Mladen Lazic (Belgrad) zu Fragen nationaler Minderheiten und ethnischer Konflikte in Jugoslawien und im südosteuropäischen Vergleich jeweils für mehrere Monate am WZB gearbeitet.

U.S.-Botschafter a.D. Dr. Richard E. Benedick (Washington D.C.) setzte als regelmäßiger Gast des Präsidenten seine transatlantische Arbeit im Bereich der Umweltpolitik und -diplomatie fort. Er hat in dieser Zeit unter anderem mit dem Auswärtigen Amt, der Technischen Universität und der Freien Universität Berlin, dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, der American Academy in Berlin, der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung, dem Max-Planck-Institut für Biogeochemie und dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel zusammengearbeitet. Er war an den Vertragsstaatenkonferenzen der UNO-Klimakonvention in Den Haag, Bonn und Marrakesch beteiligt und entwickelte die Themenbereiche Klimapolitik, Bevölkerung und Umwelt weiter durch zahlreiche Vorträge und Veröffentlichungen in den U.S.A., Europa, Mexiko und Japan. Im Jahr 2001 nahm Benedick an einem International Eminent Persons Meeting in Tokio teil, organisiert von der UNO, zur Vorbereitung des World Summit on Sustainable Development 2002 in Johannesburg. Er hat diplomatische Bildungskurse für die Bundesregierung und das U.S. Department of State geleitet und wurde 2001 zum Stimson Fellow in International Relations an der Yale University ernannt. Sein vielzitiertes Buch „Ozone Diplomacy" (Harvard University Press, 1991, 1998) wurde 2000 von McGraw-Hill für eine Anthologie von 46 Umweltklassikern des 20. Jahrhunderts gewählt. Benedick ist auch beim Battelle Institute in Washington tätig und ist Präsident des National Council for Science and the Environment (U.S.A.) – ein Bündnis von rund 500 Universitäten und Verbänden der Wissenschaft, der Industrie und der Zivilgesellschaft, das die Wissenschaft als Grundlage für sinnvolle Umweltpolitik fördert.

Die Tätigkeit als Gastprofessor am WZB hat im Oktober 2001 Claus Offe aufgenommen, der für ein Jahr von der Humboldt-Universität zu Berlin beurlaubt ist. Er befaßt sich – wiederum in Verknüpfung mit verschiedenen Forschungseinheiten des WZB in ihren unterschiedlichen thematischen Kontexten – mit Theorien sozialer Macht und bereitete eine Kolloquienreihe zur „Demokratiereform" vor, die zwischen April und Oktober 2002 zehn in- und ausländische Experten aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Instituten zu Vortrag und Diskussion an das WZB führt.

Gastwissenschaftler

2000

Dr. **Sabine Berghahn**, FH Lausitz, Cottbus

Professor **Bronwyn Hall**, University of California-Berkeley, U.S.A.

Dr. **Heike Jacobsen**, Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund

Professor Dr. **Mladen Lazic**, University of Belgrad, Jugoslawien

Uwe Osterholz, AOK Niedersachsen

Dr. **Donald Storrie**, Centre for European Labour Market Studies, Großbritannien

Forschungsprofessur

Professor **Dr. Hanspeter Kriesi**, Universität Genf, Schweiz

2001

Professor **Andreas Blume**, University of Pittsburgh, U.S.A.

Professor **Susan Christopherson**, U.S.A.

Professor Dr. **Ronald Inglehart**, University of Michigan, U.S.A.

Jan Johannesson, The Swedish National Audit Office, Schweden

Professor Dr. **Burkart Lutz**, Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Professor Dr. **Claus Offe**, Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. **Michael Schäfer**, Duitsland Institut, University of Amsterdam, Niederlande

Professor Dr. **Gert Schmidt**, Universität Erlangen-Nürnberg

Professor **Charles Taylor**, Virginia Polytechnic Institute and State University, U.S.A.

Hans-Jürgen Urban, IG Metall

Bei den forschungspolitischen Grundsätzen sind für die Jahre 2000 und 2001 wesentliche Entwicklungen auf den Feldern der Nachwuchsförderung, Gleichstellungspolitik und der Öffentlichkeitsarbeit hervorzuheben.

Nachwuchsförderung

Die Förderung der Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Rahmen der spezifischen Bedingungen einer außeruniversitären Forschungseinrichtung wie dem WZB ist ein wesentliches Anliegen des WZB-Präsidenten. Im WZB hat sich eine Nachwuchsinitiative gebildet, die sich zum einen zur Aufgabe gestellt hat, den Informations- und Erfahrungsaustausch von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchswissenschaftlerinnen zu befördern, zum anderen eine „wissenschaftliche Werkstatt" mit Veranstaltungsreihen zur Promotionspraxis und -förderung, zu forschungspolitischen Fragestellungen und zu spezifischen Fragen sozialwissenschaftlicher Theoriebildung und Methoden zu konzipieren – mit internen und externen Experten als Referenten.

Darüber hinaus wurde eine Untersuchung zur Situation der Doktoranden und Doktorandinnen am WZB durchgeführt, in der Vorschläge zur Reform der Nachwuchsförderung vorgelegt wurden. Die Arbeit der Nachwuchsinitiative wird vom WZB-Präsidenten unterstützt. Eine vom Wissenschaftlichen Rat eingesetzte Arbeitsgruppe mit Vertretern der Direktoren, der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und der Nachwuchswissenschaftler wird Vorschläge für neue Richtlinien zur Doktorandenförderung am WZB ausarbeiten und sich mit neuen Wegen der Förderung (Summer Schools etc.) auseinandersetzen.

Gleichstellung

Im Jahre 2001 wurde eine neue Betriebsvereinbarung zur „Gleichstellung von Frauen und Männern im wissenschaftlichen Bereich und im Infrastrukturbereich" verabschiedet, die die Grundlage für die Tätigkeit der Gleichstellungsbeauftragten bildet. Diplom-Soziologin Anke Geßner ist für vier Jahre mit der Arbeitszeit von 19,25 Stunden von der Geschäftsleitung als Gleichstellungsbeauftragte bestellt worden. Zur Unterstützung und Beratung der Gleichstellungsbeauftragten wird weiterhin ein personell verkleinerter Frauenausschuß tätig sein.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine weitere Akzentsetzung des neuen Präsidenten lag auf der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, das WZB-Profil in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. So wird das WZB Diskussionen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Themen zukünftig verstärkt fördern – zumal unter dem Blickwinkel, welchen Beitrag die Sozialwissenschaften zur Klärung drängender Gegenwartsprobleme leisten können. Dazu sind insbesondere die „WZB-Foren", häufig in Zusammenarbeit mit dem „Verein der Freunde und Förderer des WZB", gedacht, in denen es um den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik geht. So fanden unter anderem Foren mit Rita Süssmuth, Günter Verheugen, Kurt Biedenkopf und Peter Glotz statt (siehe S. 29).

„Soll die Wissenschaft auf den Markt gehen oder vergibt sie sich dabei etwas? Die führenden deutschen Wissenschaftsorganisationen sagen, die Wissenschaftler müssen auf den Markt. Die Initiative ‚Push', vom Stifterverband organisiert, steht dafür – der Wissenschaftssommer in Berlin, der am Sonntag begonnen hat und in der langen Nacht der Wissenschaft am 15. September seinen Höhepunkt findet, ist ein Beispiel.

Meint auch ein weltweit berühmter Sozialwissenschaftler wie Lord Ralf Dahrendorf, dass die Wissenschaft auf den Markt gehen soll? Das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung hatte den Soziologen zum Auftakt des Wissenschaftssommers für einen Vortrag gewonnen. Dahrendorf hatte sich in den sechziger Jahren für die Bildung engagiert, war von der Wissenschaft in Tübingen und Konstanz ins auswärtige Amt gewechselt und kehrte schließlich über die EU-Kommission in Brüssel in die Wissenschaft als Rektor der renommierten London School of Economics zurück. Kann ein Wissenschaftler mit solch einer Biographie etwas anderes sagen, als dass die Wissenschaft auf den Markt gehört? Er kann."

Der Tagesspiegel
10. September 2001

Auch die WZB-Kolloquien werden fortgeführt, und als neuer Veranstaltungstyp wurde die „Sonntags-Matinee" etabliert. Im September 2001 sprach Lord

Ralf Dahrendorf zum Thema „Öffentliche Sozialwissenschaft: Nützlich? Lehrreich? Unterhaltsam?“. Diese Veranstaltung bildete auch gleichsam den Auftakt für die WZB-Aktivitäten im Rahmen der erstmalig im gleichen Monat in Berlin veranstalteten „Langen Nacht der Wissenschaften“. Mit Filmen, Ausstellungen, Computersimulationen, Lesungen, Kurzvorträgen und anderem präsentierte das WZB Ausschnitte seiner Forschung (siehe S. 30).

Außenbeziehungen und internationale Kooperationen

Hochschulen

Die Außenbeziehungen des WZB richten sich zunächst auf die Verbindung seiner Forschung mit Berliner Universitäten und auf die mit Kollegen und Kolleginnen hier sowie an anderen Hochschulen und Forschungseinheiten im In- und Ausland bestehenden Kooperationen (vgl. auch die Hinweise bei der Darstellung der Aktivitäten der einzelnen Forschungseinheiten.). Im Herbst 2001 hat das WZB mit der Universität Potsdam Verhandlungen zum Abschluß eines Kooperationsvertrags aufgenommen, der den mit den Berliner Universitäten bestehenden Vereinbarungen entsprechen soll.

WGL

Grundbedingungen der Forschungstätigkeit außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und ihrer öffentlichen Förderung sind Gegenstand der Beratungen in der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL), der das WZB – wie mittlerweile jede der über die sogenannte „Blaue Liste“ von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Einrichtungen – angehört. Ob und in welchem Maße sich die Mitwirkung in der WGL-Sektion „Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; Raumwissenschaften“ auf substantielle Fragen der Forschungsaufgaben – ihrer Zielsetzung, Koordination und Bewertung – erstrecken kann, wird sich in den nächsten Jahren einspielen; zunächst standen übergreifende Fragen des Selbstverständnisses der Gemeinschaft und der Entwicklung eines wissenschaftlichen Profils im Vordergrund. Durch die im Wissenschaftsrat im November 2000 verabschiedete Stellungnahme zur „Systemevaluation der Blauen Liste“ ist die Leistungsfähigkeit der Institute betont und der Platz der WGL in der deutschen Forschungslandschaft bekräftigt worden.

Das WZB hat sich auf mehreren Ebenen an Aufbau und Konsolidierung der WGL beteiligt. Die administrative Geschäftsführerin des WZB, Christiane Neumann, ist auf der Mitgliederversammlung der WGL im November 2001 als administrative Vizepräsidentin wiedergewählt worden. Der frühere Präsident des WZB, Friedhelm Neidhardt, ist seit Oktober 1999 Vorsitzender eines zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis eingesetzten Untersuchungsausschusses der WGL. In Fragen des für die WGL geeigneten Evaluationsverfahrens und der anzulegenden Maßstäbe haben Mitglieder des WZB eine Reihe konzeptioneller und beratender Funktionen ausgeübt.

BMBF

Strukturelle Voraussetzungen der Förderung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und das Zusammenspiel von Wissenschaft, Verwaltung und Politik, vor allem aber übergreifende Fragestellungen der gesellschaftlichen Veränderungsdynamik und der Komplexität des Zusammenwirkens ökonomischer und sozialer Problemstellungen sind immer wieder Gegenstand von Orientierungsgesprächen zwischen der Geschäftsführung und leitenden Wissenschaftlern des WZB auf der einen und höheren Beamten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (SWFK) auf der anderen Seite. Das WZB ist hier weiterhin offen für eine Intensivierung der Kontakte und für Formen der Zusammenarbeit, die auf einen breiter angelegten Dialog zwischen Politik, Verwaltung und wissenschaftlicher Forschung auf den ihnen gemeinsamen Aufgabenfeldern hinauslaufen.

Wissenschaftsforschung

Im Oktober 2000 wurde von Friedhelm Neidhardt und Dagmar Simon ein Workshop durchgeführt, der Expertinnen und Experten der Wissenschaftsforschung in Deutschland zusammenbrachte, um über Themenfelder für ein zukünftiges Forschungsprogramm „Science Policy Studies“ zu beraten. Diese Initiative führte zu einer Ausschreibung von Expertisen im Themenfeld „Politik, Wissenschaft und Gesellschaft“ des BMBF. Die gleichnamige Förderinitiative hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Themenfeld im Kontext der Wissenschaftsforschung in Deutsch-

Bundeskanzler Gerhard Schröder (vorn links) mit Hans-Dieter Klingemann, Hedwig Rudolph, Günther Schmid, Friedhelm Neidhardt, Ulrich Jürgens, Kai A. Konrad, Meinolf Dierkes, Jürgen Kocka (von links) Foto: Klaus Lehnartz

land neue Impulse zu geben und Schwerpunktbildungen zu erreichen. Das WZB ist an der Förderinitiative mit zwei Expertisen beteiligt.

Bundeskanzleramt

Durch den Regierungsumzug nach Berlin ist ein gestiegenes Interesse von Regierungsstellen festzustellen – sowohl an den Forschungsarbeiten des WZB als auch an seiner Fähigkeit, Moderations- und Vermittlungsfunktionen zwischen Wissenschaft und Politik zu übernehmen. Davon waren in den Jahren 2000 und 2001 insbesondere zwei Verbindungen mit dem Bundeskanzleramt betroffen: die wissenschaftliche Begleitung einer Regierungskonferenz und die Gastgeberrolle für den Rat für Nachhaltige Entwicklung. Zur konstituierenden Sitzung dieses Rats besuchte Bundeskanzler Gerhard Schröder am 4. März 2001 das WZB und nahm die Gelegenheit zu einem Gespräch im Kreise der leitenden Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen wahr.

Nachhaltigkeitsrat

Der „Nachhaltigkeitsrat", der mit international hochrangigen Persönlichkeiten aus dem wissenschaftlichen und politischen Raum sowie aus gesellschaftlichen Praxisfeldern besetzt ist, befaßt sich mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekten von Nachhaltigkeit. Die thematische Nähe zu WZB-Forschungen auf diesem Themenfeld kann sich befruchtend für beide Seite auswirken. Das WZB hat sich bereit erklärt, die Geschäftsstelle des Rats in seinem Haus unterzubringen und administrative Dienstleistungen zu übernehmen. Servicefunktionen in begrenztem Umfang, insbesondere spezifische Bibliotheksaufgaben, erfüllt das WZB auch für das Sekretariat des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderungen (WBGU) und anderer im Nachbarhaus angesiedelter Räte.

„Progressive Governance"

„Modernes Regieren (‚Progressive Governance') im 21. Jahrhundert" war das Thema einer Gipfelkonfe-

Abschlußkonferenz „Modernes Regieren im 21. Jahrhundert": David Soskice (links), Friedhelm Neidhardt Foto: BPA

renz reformorientierter Regierungen am 2./3. Juni 2000, zu der Bundeskanzler Schröder 15 Staats- und Regierungschefs nach Berlin eingeladen und das WZB um Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung einer wissenschaftlichen Begleitkonferenz gebeten hatte. Diese Begleitkonferenz wurde von Friedhelm Neidhardt geleitet und erstreckte sich auf drei Themenkomplexe: „Zivilgesellschaft und die Rolle der Politik", „New Economy und Digitale Revolution" sowie „Modernisierung von Staat und Verwaltung". Die Ergebnisse der Diskussionen von ca. 120 Experten, darunter acht leitenden Wissenschaftlern des WZB, wurden durch drei Berichterstatter – Jürgen Kocka und David Soskice aus dem WZB sowie einen französischen Kollegen, Pierre Rosanvallon – in die Runde der Staats- und Regierungschefs zurückvermittelt.

Die Beratungen fanden in der Öffentlichkeit breite Resonanz; ihre Ergebnisse sind in der von Gerhard Schröder herausgegebenen Buchpublikation unter dem Titel „Progressive Governance for the XXI Century: Contribution to the Berlin Conference" wiedergegeben. Für die Beiträge zu der Expertentagung haben als Mitherausgeber Jürgen Kocka und Friedhelm Neidhardt den Bundeskanzler unterstützt. Das Konzept einer solchen Doppelkonferenz wurde als förderlich für die Erarbeitung von Verständigungs- und Orientierungslinien angesehen; Thema und Schlußfolgerungen sollen in weiteren internationalen Tagungen fortentwickelt werden. Das WZB wird sich daran beteiligen, solange sich seine Position einer „mittleren Distanz" zu Problemstellungen der Politik durchhalten läßt.

Sozialforschung in Europa

Forschungskonzeptionen und Organisationsformen sozialwissenschaftlicher Forschung und ihre Verbindung mit der Lehre an den Hochschulen waren Gegenstand von Konferenzen und Publikationen der OECD, zu denen der damalige WZB-Präsident Friedhelm Neidhardt in den Jahren 1998 bis 2000 als wissenschaftspolitischer Experte für die Situation in Deutschland hinzugezogen worden war. Mit breiterem europäischem Bezug entstand auf dieser Grundlage eine Darstellung der Entwicklungswege und Institutionalisierungsformen sozialwissenschaftlicher Forschung in Westeuropa (Georg Thurn/Friedhelm Neidhardt: „Infrastructure: Social/Behavioral Research – Western Europe") für die im Herbst 2001 erschienene neue „Encyclopedia of the Behavioral and Social Sciences". Zu dieser großen, für die Sozial- und Verhaltenswissenschaften maßgeblichen Enzyklopädie haben weitere Wissenschaftler aus dem WZB beigetragen; unter anderem zeichnete der jetzige Präsident Jürgen Kocka als Sektionsherausgeber für die geschichtswissenschaftlichen Artikel verantwortlich.

EU

Im Zusammenspiel mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und der für die sozioökonomischen Förderprogramme der Europäischen Union zuständigen Nationalen Kontaktstelle bemüht sich das WZB auch weiterhin darum, die Wahrnehmung der Möglichkeiten europäischer Forschungsförderung durch deutsche Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler und deren stärkere Beteiligung an Antragsinitiativen wie auch an konzeptionellen Überlegungen zur künftigen EU-Programmgestaltung anzustoßen. Im Berichtszeitraum wurden zum einen – teils größere, teils vom WZB federführend koordinierte – Projekte aus dem Fünften Forschungsrahmenprogramm der EU beantragt, bewilligt bzw. weitergeführt. Zum anderen hat das WZB sich auf verschiedenen Ebenen an Überlegungen zur Ausgestaltung des Sechsten Forschungsrahmenprogramms der EU (ab 2002/3) beteiligt.

„Europäischer Forschungsraum"

Der „Europäische Forschungsraum" und die Entwicklung hin zum Sechsten Forschungsrahmenprogramm der EU ab 2002/3 waren Gegenstand einer Informationsveranstaltung im WZB im September 2001, mit der das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Europäische Kommission interessierten deutschen Kultur- und Sozialwissenschaftlern die Konzeptionen künftiger europäischer Forschungsförderung zur Diskussion stellten und Überlegungen zur Bildung von „Exzellenz-Netzwerken" anregten. Das Engagement des WZB begründet sich hier zunächst durch das eigene Interesse, als Forschungsinstitut mit internationaler Ausrichtung die europäischen Bezüge zu stärken und auf seinen Arbeitsfeldern auch eine europäische Rolle zu spielen.

Darüber hinaus unterstützt das WZB aber auch die Bemühungen des BMBF, die deutschen Sozial- und

Wirtschaftswissenschaften, neuerdings auch die „Kulturwissenschaften“, stärker auf die europäischen Forschungsprogramme hin zu orientieren. So wird vom BMBF und seinem EU-Kontaktbüro Georg Thurn als sogenannter „nationaler Experte“ regelmäßig zu Gremienberatungen und Konferenzen zur Fortentwicklung der für „sozio-ökonomische“ Forschung relevanten EU-Programme hinzugezogen und wirkt an Aktivitäten zur Informationsvermittlung und Anregung von deutschen Förderanträgen mit.

Netzwerk

Seit Dezember 2000 wird aus dem EU-Programm „Zugang zu Infrastrukturen“ ein Netzwerk sozialwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen finanziert, die durch regelmäßige Absprachen, durch Koordination von Austauschprogrammen und durch direktes Zusammenspiel zur Regelung von Einzelfällen einen „europäischen Mehrwert“ erzielen wollen: Zum einen geht es dabei um die Eröffnung transnationaler und disziplinüberschreitender Forschungserfahrungen für jüngere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, insbesondere aus mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern; zum anderen soll durch eine Reihe exemplarischer Workshops auf Grenzgebieten die Fruchtbarkeit einer Zusammenführung unterschiedlicher europäischer Wissenschaftstraditionen und Forschungsansätze demonstriert werden. Das WZB unterstützt die Maison de Sciences de l'Homme (MSH) in Paris bei der Koordinierung des Netzwerks, dem weitere Forschungseinrichtungen und „Institutes for Advanced Study“ in Nantes, Wassenaar, Uppsala, Warschau, Bukarest und Budapest angehören.

Polen und Osteuropa

Die Zusammenarbeit mit dem Warschauer Partnerinstitut des WZB, dem Institut für Philosophie und Soziologie (IFiS) der Polnischen Akademie der Wissenschaften, ist durch drei internationale Tagungen intensiviert worden, bei denen gemeinsame Forschungsinteressen zur Untersuchung sozialer Veränderungsprozesse und europäischer Entwicklungstendenzen verfolgt und Ansatzpunkte für weitere Kooperationen auch mit anderen Ländern Mittel- und Osteuropas identifiziert werden sollen. Ein Workshop, der im März 2000 in Berlin zum Thema „Corporate Governance“ (unter der Leitung von Michal Federowicz) stattfand, überprüfte die Fruchtbarkeit des von David Soskice am WZB verfolgten Ansatzes für die Erklärung von Entwicklungstendenzen der „Governance“-Strukturen in ost- und westeuropäischen Ländern.

Auf Initiative von Wladyslaw Adamski (Warschau), Wolfgang Zapf (WZB) und Pavel Machonin (Prag) und mit Förderung durch die Volkswagen-Stiftung untersuchte ein weiterer Workshop im Mai 2001 in Prag den Strukturwandel in post-sozialistischen Ländern Mitteleuropas und die Herausforderungen der Modernisierung. Für Ostdeutschland, Polen, Ungarn, die Tschechische wie die Slowakische Republik wurden die Ergebnisse der Transformationsprozesse verglichen und im Hinblick auf den Beitritt zur Europäischen Union diskutiert; die Beratungen bezogen sich auch auf die Eignung der Indikatoren und die Angemessenheit modernisierungstheoretischer Perspektiven.

Schließlich fand im September 2001 in Kiew ein vom dortigen Institut für Soziologie der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften veranstalteter Workshop zum Thema „Soziale Dynamik der post-sowjetischen Gesellschaft: Die Ukraine in vergleichender Perspektive“ statt, der von IFiS und WZB angeregt und mitorganisiert wurde (Wladyslaw Adamski, Georg Thurn). Erörtert wurden Fragen des institutio-

Der Präsident einschließlich
Referat Forschungsplanung und -koordination

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Isa Dubois	1994
Nicola Fielk	1991
Birgit Hahn	1981
Professor Dr. Jürgen Kocka	2001
Clemens Kraetsch M.A.	2001
Dr. Hildegard Matthies	1998
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt	1988
Cornelia Piotrowski	1978
Dr. Martina Röbbecke	1998
Diplom-Soziologin Nicole Schneider	1999
Dr. Dagmar Simon	1989
Dr. Georg Thurn	1981

nellen Wandels, der Lebensbedingungen und Anpassungsmuster, der Sozialstrukturen und des Wertewandels – also Gesichtspunkte mit vielfältigen Verbindungen zu den Aufgaben der Forschungseinheiten des WZB, die sich aber erst Schritt für Schritt für Fragestellungen öffnen können, die über die Grenzen der EU-Beitrittsländer hinausreichen. Buchpublikationen werden vorbereitet; Teilaspekte sind auch – einer Nebenabsicht der Konferenzreihe entsprechend – Gegenstand von Heften der vom IFiS herausgegebenen Zeitschrift „Sisyphus".

Mit dem in Warschau an IFiS angesiedelten soziologischen Fachbereich der Central European University (Budapest) und mit dessen Zentrum für Sozialwissenschaftliche Studien (Centre for Social Studies, CSS) besteht eine Vereinbarung zum Austausch jüngerer Forscher und Graduierter; in diesem Rahmen haben zunächst eine polnische und eine kroatische Doktorandin in mehrmonatigen Gastaufenthalten am WZB gearbeitet.

Balkan-Initiative

Im Rahmen der sogenannten „Balkan-Initiative" der Berliner und Brandenburger Universitäten und größeren Forschungsinstitute, die von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften koordiniert wird, hat der Präsident die auf den Aufgabenfeldern des WZB seit 1999 unternommenen Schritte fortgesetzt und – über bereits bestehende Forschungsverbindungen hinaus – Möglichkeiten verstärkter Austausch- und Kooperationsbeziehungen mit Sozialwissenschaftlern aus den Staaten des früheren Jugoslawien und aus benachbarten Ländern erschlossen. Ein besonderer Akzent ist dabei auf die Intensivierung von Forschungsnetzwerken und internationalen Kooperationen in diesen Ländern selbst – und dabei auch auf die Unterstützung von Forschungsinfrastrukturen „am Ort" – gesetzt worden.

Im Sommer 2000 hat das WZB sich an der Planung und Durchführung von zwei jeweils vierwöchigen „Sommerschulen" beteiligt, die im August 2000 in Montenegro mit Teilnehmern aus zehn Ländern der Region stattfanden und aus soziologischer sowie aus ökonomischer Perspektive Entwicklungsprobleme post-sozialistischer Länder zum Gegenstand hatten. Die Verbindungen nach Südosteuropa wurden sodann weiter ausgebaut und führten im Jahr 2001 zu folgenden vom WZB betriebenen bzw. unterstützten Unternehmungen: Koordinierung (von Sofia – Professor Nikolai Genov – und Belgrad/Budapest – Professor Mihail Arandarenko – aus) zweier Forschungsnetzwerke jüngerer Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern der Region zu Fragen der Arbeitsmarktentwicklung und zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik; Veranstaltung eines Workshops zur Erörterung gemeinsamer Arbeitsinteressen zwischen diesen beiden Gruppen und der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung" des WZB mit dem Ergebnis von Projektkooperationen und der Vorbereitung von Förderanträgen; Seminarreihe zu Transformationsproblemen post-sozialistischer Länder mit internationaler Beteiligung und disziplinübergreifenden Bezügen als Teil des Post-Graduierten-Ausbildungsprogramms des "Alternative Academic Educational Network (AAEN)" (geleitet von Professor Mladen Lazic) in Ergänzung der Hochschullehre an der Universität Belgrad; Beteiligung an Förderung und Durchführung einer Konferenz über die Problemlagen und Entwicklungsperspektiven der (Sozial-)Wissenschaften in Südosteuropa (veranstaltet in Sofia von der Vereinigung bulgarischer Wissenschaftler unter Leitung von Nikolai Genov) sowie Initiierung von sozialwissenschaftlichen Forschungskooperationen im Rahmen der Förderprogramme der Europäischen Union.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Neues Layout

Im Jahr 2000 begann die Neugestaltung aller gedruckten Informationsmaterialien des WZB. Als erstes erschien der „Bericht 1998–1999“ im neuen Layout, es folgten die Kurzinformationen in Deutsch und Englisch sowie erstmals ein dreisprachiges Faltblatt (deutsch, englisch, französisch), ferner Einladungen zu WZB-Veranstaltungen, die Bögen der Pressemitteilungen und das Deckblatt der jährlich im Frühjahr in Englisch erscheinenden Publikation „WZB abstracts“.

Internet

Abgestimmt auf dieses neue graphische Erscheinungsbild ist auch der veränderte Internet-Auftritt des WZB, der nach längerer interner Vorbereitungszeit Anfang 2002 publiziert wurde. Das Angebot wurde erweitert, die Inhalte sind redaktionell überarbeitet und im neuen Design gestaltet. Die Anzahl der Zugriffe auf die WZB-Internetseiten betrug im Jahre 2000 rund 790.000 und stieg 2001 auf circa 1.420.000.

Medien-Seminar

Im Juni 2001 fand zum ersten Mal ein zweitägiges Seminar zum Umgang mit Medien statt, das das WZB seinen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angeboten hatte. Unter Leitung von Professor Winfried Göpfert, dem bekannten Fernsehjournalisten, der einen Lehrstuhl für Wissenschaftsjournalismus an der Freien Universität Berlin innehat, lernten die Teilnehmer die Arbeitsbedingungen von Journalisten besser kennen und hatten die Gelegenheit, in praktischen Übungen journalistische Texte über ihre Forschungsarbeiten zu verfassen und Interviews auch vor der Kamera zu proben. Wegen der großen Nachfrage und des guten Erfolgs fand im Mai 2002 ein weiteres Seminar statt.

WZB-Foren

Den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft zu intensivieren und zugleich auszuloten, welche Lösungen für gesellschaftliche Aufgaben insbesondere aus sozialwissenschaftlicher Forschung möglicherweise erwachsen, hat das WZB sich in letzter Zeit verstärkt bemüht. Damit soll auch sein Haus als Ort des Meinungsaustauschs zwischen den in der Nachbarschaft gelegenen Institutionen von Politik, Wirtschaft und Kultur stärker in den Blick der Berliner Öffentlichkeit geraten.

So veranstaltete das WZB im Jahre 2001 gemeinsam mit dem Verein der Freunde und Förderer des WZB drei Foren. Darüber hinaus gab es – neben den weiterhin angebotenen WZB-Kolloquien – zwei weitere Podiumsdiskussionen im selben Jahr.

Rita Süssmuth, Vorsitzende der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“, diskutierte am 11. Juni 2001 gemeinsam mit Peter Marschalk (Osnabrück), Rainer Münz (Berlin) und Hedwig Rudolph (WZB) über „Deutschland als Einwanderungsland“; Jürgen Kocka (WZB) moderierte die Veranstaltung. Um „Erweiterung und innere Reform – Die EU auf dem Prüfstand“ ging es am 26. November 2001; die Diskussion mit Günter Verheugen (Brüssel), Christoph Bertram (Berlin), Klaus von Beyme (Heidelberg) und Wolf-Dieter Eberwein (WZB) leitete Volker Hauff (Berlin). Kurt Biedenkopf (Dresden) sprach am 29. November 2001 über „Integration durch Dezentra-

Rita Süssmuth, Rainer Münz Foto: Klaus Lehnartz

„Jetzt schlägt die Stunde der Migrationsforscher. Nachdem sich hierzulande die öffentliche Meinung dazu durchgerungen hat, anzuerkennen, dass Deutschland Einwanderungsland ist und sein wird, könnten die Migrationsforscher helfen, die Debatte zu versachlichen. Die Wissenschaftler könnten etwa darüber Auskunft geben, in welchem Umfang und mit welchen Zielen Zuwanderung möglich werden könnte. Zu diesem Schluss kamen Migrationsforscher aus Berlin und Osnabrück, die auf Einladung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zu einer Podiumsdiskussion zum Thema ‚Deutschland als Einwanderungsland – Chancen, Risiken und Perspektiven für Politik und Gesellschaft' zusammentrafen."

Berliner Morgenpost
15. Juni 2001

lisierung – Föderalismus und europäische Einigung" und diskutierte mit Kai A. Konrad (WZB), Gerhard Lehmbruch (Konstanz), Marie-Louise Plessen (Berlin) und Thomas Risse (Berlin) unter der Leitung von Jürgen Kocka (WZB).

In der Podiumsdiskussion am 25. Oktober 2001 ging es um „Amerika, Deutschland und die Folgen des 11. September" mit den Teilnehmern Guido Goldman (Harvard), Helga Haftendorn (Berlin), Gunter Hofmann (Berlin), Jürgen Kocka (WZB), Claus Offe (Berlin) und Hans-Ulrich Wehler (Bielefeld). Am 3. Dezember 2001 schließlich ging es um die Frage: „Was haben die Sozialwissenschaften zur bioethischen Debatte beizutragen?" Es diskutierten Wolf-Michael Catenhusen (Bonn), Wolfgang van den Daele (WZB) und Dieter Simon (Berlin).

Wissenschaftsfest

Forschen und Feiern standen eigentlich auf dem Programm der „Langen Nacht der Wissenschaften", die im Rahmen des Berliner Wissenschaftssommers für den 15. September 2001 vorgesehen war. Doch nach den Terroranschlägen vom 11. September veränderte sich der Charakter der Veranstaltung. Kurzfristig bot das WZB eine Podiumsdiskussion zum Thema „Krieg ohne Staaten? Globalisierung und die neue Qualität des Terrorismus" an, zu der bemerkenswert viele Gäste kamen. Unter der Leitung von Jürgen Kocka diskutierten Georg Elwert, Klaus Hartung, Karl Kaiser, Navid Kermani und Sven Reichardt. In zahlreichen interaktiven Präsentationen stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WZB

Volker Hauff, Günter Verheugen, Klaus von Beyme (von links) Foto: Burckhard Wiebe

Jürgen Kocka, Kurt Biedenkopf, Kai A. Konrad (von links) Foto: Klaus Lehnartz

Auf dem Podium (von links): Sven Reichardt, Georg Elwert, Navid Kermani, Jürgen Kocka, Karl Kaiser, Klaus Hartung
Foto: Burckhard Wiebe

Lord Ralf Dahrendorf
Foto: Klaus Lehnartz

Projekte aus ihrer Arbeit dar und kamen mit den zahlreichen Besuchern ins Gespräch. Den Auftakt hatte Lord Ralf Dahrendorf am 9. September mit der Sonntagsmatinee zum Thema „Öffentliche Sozialwissenschaft – Nützlich? Lehrreich? Unterhaltsam?“ geboten.

Periodika

Die Zeitschrift „WZB-Mitteilungen“ dient der schnellen Vermittlung von Ergebnissen der WZB-Forschung und ist an eine breitere Öffentlichkeit gerichtet. Sie erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember) in einer Auflage von derzeit rund 11.000 Exemplaren und berichtet in knapper Form auch über Konferenzen, Seminare, Gastwissenschaftler und Personalien.

Dreimal im Jahr (Januar, Mai, September) erscheint die „WZB-Forschung – Hinweise auf neue Arbeiten“ in einer Auflage von 5.200 Exemplaren. Hier finden sich Kurzbeschreibungen der Discussion papers sowie Notizen zu Buchneuerscheinungen und aktuellen Aufsätzen in Fachzeitschriften. Im Frühjahr wird der Informationsdienst „WZB abstracts“ (Auflage: 3.600) in englischer Sprache veröffentlicht; hier werden die im Vorjahr in Englisch erschienenen Discussion papers sowie ausgewählte englischsprachige Bücher und Zeitschriftenartikel vorgestellt.

Papers

In verschiedenen Serien der einzelnen Forschungseinheiten erscheinen jährlich etwa 120 neue Titel der Discussion papers, in denen (erste) Ergebnisse und Zwischenbilanzen von Projekten aus der WZB-Forschung vorgelegt werden. Von diesem Angebot wird weiterhin von einer Vielzahl von Interessenten Gebrauch gemacht; so wurden 2000 insgesamt 31.825 papers angefordert, 2001 waren es 21.337 (zum Vergleich 1998: 40.119; 1999: 35.976). Seit einiger Zeit werden die meisten Discussion papers auch in elektronischer Form als Volltexte auf den Internet-Seiten des WZB angeboten, was mehr und mehr genutzt wird, so daß der Bestelleingang von Broschüren in den letzten Jahren abgenommen hat.

Presse

Etwa monatlich veröffentlicht das WZB Pressemitteilungen zu Ergebnissen seiner Forschungen. In Pressekonferenzen, zu denen mehrmals im Jahr eingeladen wird, präsentieren Wissenschaftler ihre Publikationen und diskutieren mit Journalisten Thema und Resultat ihrer Projekte. Besonders erfolgreich, was die Anzahl der darauffolgenden Berichte in den Medien anbelangt, waren Pressemitteilungen zur sinkenden Zahl von Selbstmorden in Deutschland (6. Juni 2000), über die Wohnzufriedenheit der Deutschen (22. März 2000) und zur Debatte über „faule“ Arbeitslose (10. September 2001).

Zur Verstärkung der Pressearbeit ist seit September 2001 Diplom-Journalistin Ingrid Hüchtker als Medienreferentin im Presse- und Informationsreferat des WZB tätig. Sie arbeitete für Rundfunk, Printmedien, in der Öffentlichkeitsarbeit und leitete zuletzt eine Internet-Redaktion.

WZB-Bücher

In den beiden Berichtsjahren wurden 56 Buchneuerscheinungen vorgelegt (2000: 25; 2001: 31). Davon sind 23 Titel in der WZB-Buchreihe veröffentlicht worden, die bei edition sigma angesiedelt ist; die weiteren Bände erschienen außerhalb dieser Reihe und verteilen sich auf unterschiedliche in- und ausländische Verlage.

Einen prominenten Platz in der Buchproduktion nehmen die seit 1994 publizierten WZB-Jahrbücher ein, die sich – unter wechselnder Herausgeberschaft – alljährlich einem ausgewählten Schwerpunktthema zuwenden. Das von Hans-Dieter Klingemann und Friedhelm Neidhardt herausgegebene Jahrbuch 2000 vereint Analysen „Zur Zukunft der Demokratie" und befaßt sich – so der Untertitel – mit den „Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung". Nachgespürt wird den Veränderungen, denen sich Demokratien in ihrem Innern wie in ihrem äußeren Umfeld – angezeigt vor allem durch die zunehmende Transnationalisierung politischer Prozesse – gegenübersehen. Auch das darauffolgende WZB-Jahrbuch 2001 „Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft", für das Lars-Hendrik Röller und Christian Wey als Herausgeber zeichnen, befaßt sich, diesmal aus ökonomischer Sicht, mit den Anpassungserfordernissen, die aus der Internationalisierung der Wirtschaft und dem verschärften Wettbewerb für die Gestaltung einer weiterhin leistungsfähigen Sozialen Marktwirtschaft erwachsen. Die wichtigsten Schlußfolgerungen aus den Analysen wurden am 12. Dezember 2001 auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Die Jahrbuch-Reihe hat sich gut etabliert und wird seit 2000 in einer höheren Startauflage gedruckt.

Zu den erfolgreichsten Reihentiteln zählt der von Hans-Joachim Fietkau verfaßte Band „Psychologie der Mediation – Lernchancen, Gruppenprozesse und Überwindung von Denkblockaden in Umweltkonflikten", der sich über die Wissenschaft hinaus auch an Mediationspraktiker und Vertreter von Organisationen wendet, die in gesellschaftlichen Konfliktlagen handeln müssen. Die Monographie ist alsbald in eine zweite Auflage gegangen. Das gilt ebenfalls für das in aktualisierter und stark erweiterter Form nachgedruckte Buch „The Annotated Bibliography of Organizational Learning and Knowledge Creation", zu dem eine CD-Rom gehört. Herausgeber sind Meinolf Dierkes, Marcus Alexis, Ariane Berthoin Antal, Bo Hedberg, Peter Pawlowsky, John Stopford und Anne Vonderstein.

Breitere Aufmerksamkeit hat des weiteren der von Eckhard Priller und Annette Zimmer herausgegebene Sammelband „Der Dritte Sektor international. Mehr Markt – weniger Staat?" erzielt, zumal es sich hier um eine der ersten deutschsprachigen Buchveröffentlichungen zu neueren Entwicklungstendenzen bei den Nonprofit-Organisationen in verschiedenen europäischen Ländern handelt. Profitiert von den aktuellen öffentlichen und politischen Diskussionen haben daneben der Aufsatzband „Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie. Politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung" (herausgegeben von Daniel Barben und Gabriele Abels), die von der Projektgruppe Mobilität vorgelegte Schrift „Kurswechsel im öffentlichen Verkehr – Mit automobilen Angeboten in den Wettbewerb" sowie das Buch „Urbane Beschäftigungsdynamik – Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen", geschrieben von Dietmar Dathe und Günther Schmid unter Mitarbeit von Heidi Oschmiansky und Kai-Uwe Müller.

Zu einem Überraschungserfolg geworden ist der Band „Reflexive Evaluation – Ziele, Verfahren und Instrumente der Bewertung von Forschungsinstituten" von Martina Röbbecke und Dagmar Simon, und ein größeres Interesse zeichnet sich auch für die Ende 2001 erschienene Monographie „Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb – Geschlechterdifferente Teilhabechancen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen" ab. Autorinnen sind Hildegard Matthies, Ellen Kuhlmann, Maria Oppen und Dagmar Simon. Mit diesem Werk hat der Verlag zugleich eine neue Schwerpunktreihe „Geschlechterverhältnisse" eröffnet.

Eine eigene Buchserie „Social Integration through Transitional Labour Markets“, die aus einem gleichnamigen internationalen Forschungsnetzwerk hervorgegangen ist, wurde beim Verlag Edward Elgar ins Leben gerufen. Als erste Bände sind im Berichtszeitraum zwei Titel publiziert worden: „Working-time Changes“, herausgegeben von Jacqueline O'Reilly, Inmaculada Cebrián und Michel Lallement, sowie „Labour Market Policy and Unemployment – Impact and Process Evaluations in Selected European Countries“, herausgegeben von Jaap de Koning und Hugh Mosley.

Großer Nachfrage erfreut sich das lange vorbereitete und im Herbst 2001 bei Oxford University Press veröffentlichte „Handbook of Organizational Learning and Knowledge“, dessen Herausgeber Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child und Ikujiro Nonaka sind; schon kurz davor war es in chinesischer Übersetzung (und mitherausgegeben von Zhang Xinhua) bei Shanghai People's Publishing House erschienen. Über die Fachöffentlichkeit hinausreichende Aufmerksamkeit konnte auch der gleichfalls bei Oxford University Press erschienene, von Peter A. Hall und David Soskice herausgegebene Band „Varieties of Capitalisms – The Institutional Foundations of Comparative Advantage“ auf sich lenken. Ein thematisch verwandtes Buch – „National Capitalism, Global Competition, and Economic Performance“ – haben im Jahr 2000 Sigrid Quack, Glenn Morgan und Richard Whitley in der Reihe „Advances in Organization Studies“ bei der John Benjamins Publishing Company herausgegeben. Weitere Verlage aus dem englischen Sprachraum, die Einzeltitel aus dem WZB publiziert haben, waren Routledge, Harwood Academic Publishers und Kluwer Academic Publishers.

Unter den Einzelbüchern, die bei inländischen Verlagen publiziert wurden, kommt dem von Frieder Naschold, Christoph Dörrenbächer, Heinz-Rudolf Meißner und Leo Renneke verfaßten Werk „Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde“ ein besonderer Stellenwert zu. Es beruht auf einem mehrjährigen Forschungsprojekt über die Globalisierung von Produktionsstrukturen und ist das letzte Buch geworden, an dem Frieder Naschold mitgearbeitet hat. Fertiggestellt wurde es nach seinem Tod und ist im Frühjahr 2000 im Physica-Verlag erschienen.

Presse- und Informationsreferat

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Udo Borchert	1991
Heidi Hilzinger M.A.	1984
Ingrid Hüchtker, Diplom-Journalistin	2001
Ingeborg Weik-Kornecki	1991
Burckhard Wiebe M.A., B.A.	1982
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Birgit Gruber	1987–2001
Jürgen Richter	1999–2001

Aus der übrigen Produktion seien zwei Titel hervorgehoben. Angesprochen ist erstens ein Sammelband zum Thema „Protest in der Bundesrepublik Deutschland – Strukturen und Entwicklungen“, den Dieter Rucht beim Campus Verlag herausgegeben hat. Schwerpunktmäßig für den Zeitraum zwischen 1950 und 1994 wird darin ein Überblick über soziale und politische Proteste in Deutschland geboten. Der zweite Hinweis bezieht sich auf das bei Leske + Budrich veröffentlichte Buch „Gesellschaftsbilder im Umbruch – Soziologische Perspektiven in Deutschland“, für das Eva Barlösius, Hans-Peter Müller und Steffen Sigmund als Herausgeber firmieren. Ausgehend von den gegenwärtigen tiefgreifenden kulturellen und technologischen Veränderungen und politischen Transformationen wird in den Beiträgen der Versuch unternommen, die Konturen einer zeitgemäßen Soziologie nachzuzeichnen, die ihre Analyse- und Diagnosefähigkeit unter Beweis stellt.

Eine Auswahl der neueren Bücher wie auch Informationsmaterialien des Hauses wurden sowohl auf dem 30. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (26.–29. September 2000 an der Universität zu Köln) als auch auf dem 21. Wissenschaftlichen Kongreß der Deutschen Vereinigung für Poli-

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

tische Wissenschaft (1.–5. Oktober 2000 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) den Fachöffentlichkeiten dargeboten. An beiden Veranstaltungen hat sich das WZB mit einem Buch- und Informationsstand beteiligt. Gleiches gilt für den internationalen Kongreß „Innovations for an e-Society – Challenges for Technology Assessment", der in Berlin vom 15.–17. Oktober 2001 gemeinsam vom Forschungszentrum Karlsruhe, Institute of Technology Assessment and Systems Analysis sowie dem VDI/VDE-Technologiezentrum Informationstechnik GmbH, Teltow, ausgerichtet worden ist. In der „Langen Nacht der Wissenschaften", die am 15. September 2001 erstmals in Berlin stattfand, war edition sigma mit einem Verkaufsstand vertreten. Zum selben Anlaß wurde außerdem die Fotoausstellung „Textur und Struktur – die WZB-Buchreihe in der edition sigma seit 1993" präsentiert, die die Entstehung und Gestaltung der Buchumschläge, angefangen von der Motivwahl bis zum fertigen Einband, zeigte.

Zu erwähnen bleibt, daß der Buchdruck zu Beginn des Jahres 2001 vollständig externalisiert worden ist; die technische Herstellung der vormals im Hause produzierten WZB-Buchreihe liegt nun in den Händen einer professionellen Druckerei.

Verwaltung

Die Verwaltungstätigkeit im Berichtszeitraum war geprägt durch erhebliche interne und externe Veränderungsanforderungen. Einführungsprozesse für die Kosten- und Leistungsrechnung und für ein Risikomanagement, die Euro-Umstellung sowie zahlreiche Ruhestandsfälle, die das Ausmaß eines Generationswechsels in der Verwaltung hatten, bedeuteten nicht unerhebliche Herausforderungen für die Verwaltung des WZB.

Die ruhestandsbedingten personellen Veränderungen im Bereich Finanzen und Rechnungswesen wurden im Jahr 2000 gleichzeitig mit der Einführung eines neuen DV-Systems für die Finanzbuchhaltung bewältigt. Das alte DV-System war weder Jahr-2000- noch Euro-fähig. Eingeführt wurde zum Ende des Jahres 1999 das Software-System „Navision Financials", das auch Module für die Kosten- und Leistungsrechnung und ein auf die Bedürfnisse des WZB zugeschnittenes Modul für die Kalkulation und Abrechnung von Forschungsprojekten enthält (dazu im Abschnitt Haushalt).

Nach mehrfachem Wechsel in den Vorjahren lag die federführende Betreuung des WZB im Berichtszeitraum beim Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Wie alle Blaue-Liste-Einrichtungen erhält das Land weiterhin eine Zuweisung aus dem Bundeshaushalt für das WZB und ist dessen alleiniger Zuwendungsgeber. In der inhaltlichen und administrativen Betreuung ist jedoch der Bund zuständig, und es gelten das Recht und die Bewirtschaftungsgrundsätze des Bundes für das WZB.

Personal

Das WZB verfügte am Jahresende 2001 über 144,5 Planstellen, davon sind zwei Stellen gebunden an die Amtszeit des Präsidenten bis zum 31. Dezember 2006. 88,5 Stellen sind den Vergütungsgruppen II a und höher zugeordnet, eine Stelle einem Arbeiter. Drei Positionen werden für Auszubildende genutzt, die im Jahr 2002 ihre Ausbildung beenden werden. Das WZB kann außerhalb des Stellenplans vier Mitarbeiter/innen mit unbefristeten Verträgen außerhalb des Stellenplans beschäftigen. Die Planstellen für den

Infrastrukturbereich sind ausschließlich unbefristet besetzt.

Dem WZB steht weiterhin eine C 4-Stelle für den Abschluß von außertariflichen Anstellungsverträgen mit Gastwissenschaftlern zur Verfügung. In den Jahren 2000 und 2001 konnten 16 (gegenüber 14 im Berichtszeitraum 1998/1999) hochrangige Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler (sh. Übersicht S. 22) gewonnen werden. Außerdem war im Berichtszeitraum ein Gastwissenschaftler als Forschungsprofessor tätig.

In einem Fall einer gemeinsamen Berufung ist die Neuregelung der Finanzierung mit 100-prozentiger Erstattung, zuzüglich eines 30-prozentigen Versorgungszuschlags, umgesetzt worden. Dadurch entfällt die Versorgungslastenteilung und das weitere Anwachsen von Pensionsverpflichtungen für das WZB.

Im Jahr 2000 wurden 83, im Jahr 2001 insgesamt 111 Anstellungsverträge geschlossen. 2000 verließen genau 95 Beschäftigte und 2001 genau 94 Beschäftigte das WZB.

Der durchschnittliche Personalbestand lag 2000 bei 261 und 2001 bei 267. Die beträchtliche Differenz zur Anzahl der Planstellen ergibt sich aus der großen Zahl von wissenschaftlichen Hilfskräften, Doktoranden, zusätzlichem Drittmittelpersonal und aus der Teilzeitbeschäftigung auf Planstellen.

Im Jahr 2001 waren im Monat durchschnittlich 404 Abrechnungsfälle zu bearbeiten. Diese Zahl ist höher als die der Mitarbeiter, weil regelmäßig Rückrechnungen für ausgeschiedene Mitarbeiter oder aufgrund von tariflichen oder persönlichen Änderungen zu erstellen sind.

Eine Innenrevisionsprüfung im November 2001, insbesondere der Gehaltsabrechnung (Grundlagen) und der Aktenführung im Personalbereich, ergab keine Beanstandungen. Dabei wurde auch festgestellt, daß die Empfehlungen aus der vorhergehenden Prüfung vom April 2000 umgesetzt worden waren.

Nach einer sechsmonatigen Probephase wurde am 1. Januar 2002 das Konzept einer „ganzheitlichen Personalverwaltung“ eingeführt. Jeder Beschäftigte hat nunmehr für alle ihn betreffenden Fragen nur noch einen Sachbearbeiter/eine Sachbearbeiterin in der Personalstelle als Ansprechpartner. Durch diese Abschaffung unterschiedlicher sachlicher Zuständigkeiten soll insbesondere die Fehlerträchtigkeit durch mehrfache Befassung mit demselben Vorgang vermindert werden.

Haushalt

Das WZB unterliegt weiterhin der Verpflichtung zur Abgabe von 2,5 Prozent des Haushaltsvolumens an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Diese Abgabe ist nicht zuwendungsfähig und muß im laufenden Haushaltsvollzug eingespart werden. In den Berichtsjahren betrug diese Abgabe 584.000 Mark (298.594 Euro) bzw. 594.000 Mark (303.707 Euro).

Die Haushaltsentwicklung des WZB ist in der Tabelle 1 (S. 36) dargestellt. Die Differenzen zu den Soll-Ansätzen des Wirtschaftsplans erklären sich einerseits aus der DFG-Abgabe, die nicht zugewendet wurde, andererseits aus Kassenrestmitteln oder nicht abgerufenen Mitteln. Seit 1999 gelten für das WZB neue Bewirtschaftungsgrundsätze. Danach gilt nunmehr eine Auflockerung der Jährlichkeit des Haushalts mit dem Ziel einer wirtschaftlicheren und sparsameren Mittelverwendung. Die Ansätze für Investitionen und Betrieb sind somit auf das Folgejahr übertragbar. Diese Flexibilisierung bedeutet insbesondere für die kleine Verwaltung des WZB eine große Erleichterung, da größere Vorhaben am Jahresende nicht zwingend abgeschlossen werden müssen.

Weiterhin offen ist die Frage der Vorsteuerabzugsberechtigung des WZB. Hierzu hat das WZB noch keine rechtsmittelfähigen Bescheide erhalten. Nach Gesprächen mit der Finanzbehörde wurde 2001 in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eine umfangreiche Stellungnahme an das Finanzamt gerichtet mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung.

Zu Beginn des Berichtszeitraums wurde im Bereich des Rechnungswesens eine neue Euro- und 2000-fähige Finanzbuchhaltungssoftware eingeführt. Seither wurden die verschiedenen Softwaremodule fortlaufend den Bedürfnissen des WZB angepaßt und verbessert. In diesem Zusammenhang wurde Ende

	1998	1999	**2000**	**2001**
Personalausgaben	16.940.997,00 DM 8.661.794,23 €	17.743.000,00 DM 9.071.851,85 €	17.215.619,00 DM 8.802.206,22 €	18.241.001,00 DM 9.326.475,72 €
Sächliche Verwaltungsausgaben	5.421.114,00 DM 2.771.771,58 €	5.612.000,00 DM 2.869.370,04 €	4.675.260,00 DM 2.390.422,48 €	5.411.849,00 DM 2.767.034,46 €
Geräteinvestitionen	308.765,00 DM 157.869,04 €	183.383,00 DM 93.762,24 €	224.782,00 DM 114.929,21 €	383.208,00 DM 195.931,14 €
Bauinvestitionen	417,00 DM 213,21 €	— —	— —	— —
Vorfinanzierung Ust.-Rest bzw. Erstattung Ust.-Rest	–517.927,00 DM –264.811,87 €	— —	— —	— —
HSP III	357.198,00 DM 182.632,44 €	569.400,00 DM 291.129,60 €	445.898,00 DM 227.984,03 €	— —
Summe Ist-Ausgaben	22.510.564,00 DM 11.509.468,61 €	22.997.865,00 DM 11.758.621,66 €	22.561.559,00 DM 11.535.541,94 €	24.036.058,00 DM 12.289.441,31 €
Soll lt. Wirtschaftsplan	23.819.500,00 DM 12.178.716,96 €	23.852.000,00 DM 12.195.333,95 €	23.979.667,00 DM 12.260.609,05 €	23.947.000,00 DM 12.243.906,68 €
Drittmittel	3.949.871,00 DM 2.019.536,97 €	3.638.002,00 DM 1.860.080,89 €	3.436.737,00 DM 1.757.175,73 €	4.643.838,00 DM 2.374.356,67 €

Tabelle 1 Haushaltsentwicklung 1998 bis 2001

2001 die Kreditorenbuchhaltung und ein EDV-gestütztes Bestellwesen eingeführt. Damit sind die Voraussetzungen für ein modernes kaufmännisches Berichtswesen geschaffen worden. Vor diesem Hintergrund wurde die Organisation des Rechnungswesens grundlegend umgestellt, die entsprechenden Aufgabenbereiche der Mitarbeiterinnen wurden zum Teil neu zugeschnitten und die erforderlichen Kompetenzen durch Fortbildungen ausgebaut. Die Euro-Umstellung erfolgte planmäßig im Verlauf des Jahres 2001.

Aus Anlaß des Ausscheidens des langjährigen Mitarbeiters der Druckerei zum 1. April 2001 wurde eine umfangreiche Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Frage der Weiterführung einer eigenen WZB-Druckerei durchgeführt. Insbesondere galt es zu ermitteln, ob notwendige Neuinvestitionen in diesem Bereich angezeigt bzw. vertretbar sind. Das Ergebnis sprach eindeutig für die Vergabe der Buchherstellung an eine externe Firma. Seither werden im WZB nur noch die wissenschaftlichen Paper im Kopierverfahren hergestellt.

RNE

Seit 1. Oktober 2000 ist die Geschäftsstelle des vom Bundeskanzler berufenen Rats für Nachhaltige Entwicklung beim WZB angesiedelt. Der hochrangig besetzte Rat soll insbesondere Beiträge zur nationalen Strategie einer nachhaltigen Entwicklung ausarbeiten, Politikempfehlungen und Umsetzungsprojekte vorschlagen und eine zentrale Funktion im gesellschaftlichen Dialog wahrnehmen. Das WZB unterstützt die Geschäftsstelle des Rats bei der Mittelverwaltung, bei personalwirtschaftlichen Fragen sowie bei der Reiseabrechnung und Auftragsvergabe. Die administrative und organisatorische Leitung obliegt der administrativen Geschäftsführung, die inhaltliche Verantwortung tragen Bundeskanzleramt und BMBF. Dieser administrative Auftrag ist zunächst auf drei Jahre befristet und wird mit insgesamt 5,7 Millionen Mark (2,9 Millionen Euro) durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert.

Drittmittel

Im Berichtszeitraum hat sich der Anteil der Drittmittel an den Gesamtausgaben des WZB weiter stabilisiert. Er betrug 2000 rund 16 Prozent, im Jahr

Verwaltung

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Jana Bährend	1999
Romy Becher	1990
Marzena Dabrowski	1989
Monika Dreyer	2001
Christa Dunn	1995
Oguz Erdil	1993
Susanne Hänsch	2001
Istvan Horvath	1994
Guido Kalk	1989
Karin Kalk	1985
Heidrun Kelleh	1983
Ina Kemter	1988
Andreas Kepper	1998
Dietmar Kremser	1982
Gisela Krumnow	1979
Diana Kuschminder	1999
Anne Langehaneberg	2000
Manfred Lübcke	1999
Gunilla Mahmood	1979
Brigitte Mazurek	1982
Diana Meiritz	1999
Roswitha Meumann	1992
Martina Müller-König	1999
Christiane Neumann	1992
Ursula Noack	1993
Frank Ottens	1988
Margit Pieper	1992
Katrin Reichel	1994
Samira Schaefer	1976
Marie-Anne Scheuble-Wilker	1991
Bettina Schindelmeiser	1999
Thomas Schuh	1987
Birgit Schultz	1994
Ursula Schuster	2001
Kim Tan	1996
Hannelore Trautmann	1983
Reinhild Wagner	2001
Marion Zabel	1999
Susanne Zweiniger	2001
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Brigitte Brodhun	1977–2000
Helga Foltys	1992–2001
Hans-Joachim Hecker	1970–2001
Vera Hess	1975–2000
Norbert Vry	1987–2001
Sven Waldmann	1996–2001

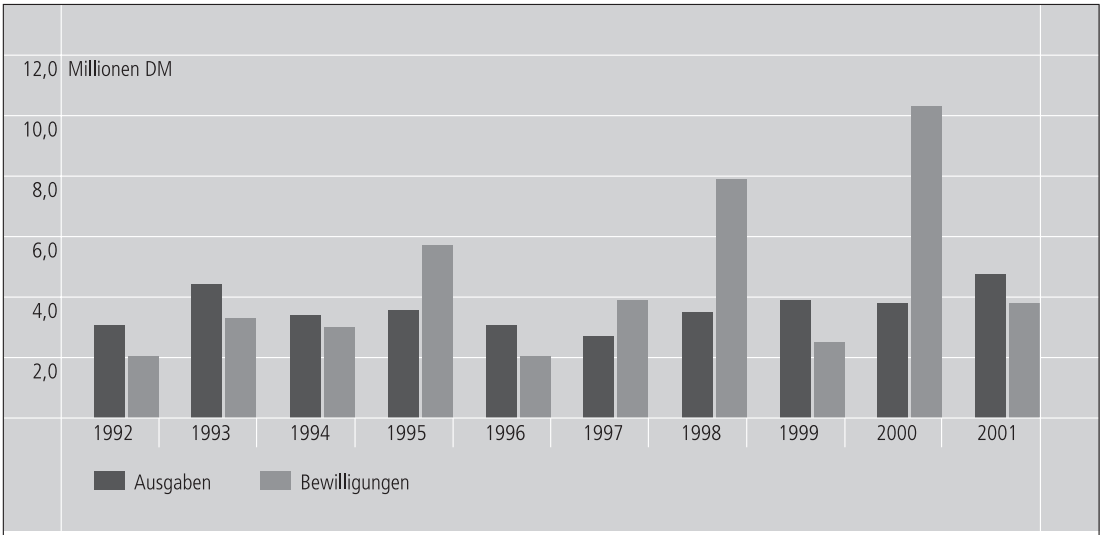
2001 circa 19 Prozent. Die Entwicklung der Drittmittelvorhaben seit 1992 ist der Graphik 1 (S. 38) zu entnehmen. Insgesamt wurden in den Jahren 2000 und 2001 Drittmittelbewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 14 Millionen Mark ausgesprochen. Die Anteile der verschiedenen Zuwendungsgeber sind in der Graphik 2 (S. 39) dargestellt.

Alle Drittmittelprojekte des WZB werden von der Vorkalkulation bis zum abschließenden Verwendungsnachweis durch die Drittmittelstelle der Verwaltung begleitet. Dies schließt die Beratung der Wissenschaftler bei der Antragstellung in personeller, steuerlicher und zuwendungsrechtlicher Hinsicht ein. Regelmäßig wird durch die Verwaltung die umfangreiche Administration von europäischen Forschungsnetzwerken koordiniert. Für 2002 ist die Einführung eines in die Rechnungswesensoftware integrierten Moduls zur Projektadministration vorgesehen.

Choice

Seit 1998 hält das WZB eine Beteiligung in Höhe von 24,4 Prozent an der Choice Mobilitätsproviding GmbH. Die Choice wird in Absprache mit dem BMBF in einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG aufgehen. Die Fortführung der wissenschaftlichen Begleitforschung ist bis zum geplanten Abschluß des Forschungsprojekts gesichert. Die Einbindung der Choice-Produkte an ein großes Ver-

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB



Graphik 1
Drittmittel 1992 – 2001, Ausgaben und Bewilligungen

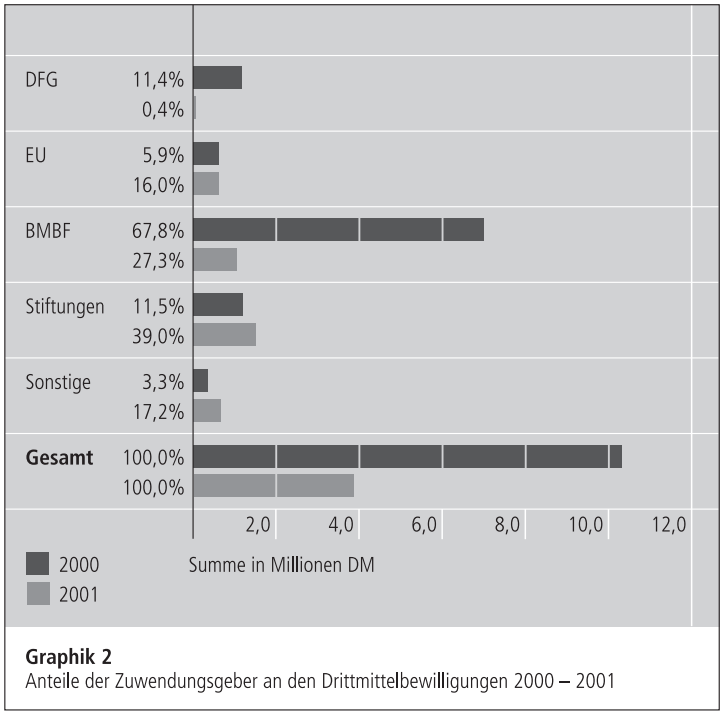
kehrsdienstleistungsunternehmen entspricht dem ursprünglichen Ziel des Vorhabens. Nach der erfolgten Umstrukturierung wird das WZB seinen Gesellschafteranteil verkaufen. Der Zugang zu den wissenschaftlichen Daten des anwendungsorientierten Forschungsvorhabens hat für die Mobilitätsforschung am WZB wichtige Beiträge geleistet.

Das WZB selbst hatte sich während der Laufzeit des Forschungsprojekts auch für die Nutzung des Car-Sharing-Angebots der Choice als Dienstwagen entschieden. Vergleichsberechnungen des WZB ergaben, daß dieses Modell eine wirtschaftliche und sparsame Alternative zur herkömmlichen Anschaffung eines Dienstwagens bietet.

Kosten- und Leistungsrechnung

Die Regierungschefs des Bundes und der Länder haben im Herbst 1997 im Zusammenhang mit dem Beschluß über den Bericht der Bund-Länder-Kommission (BLK) zur „Sicherung der Qualität der Forschung“ die Erwartung geäußert, daß bei den Instituten der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) parallel zu einer Flexibilisierung der Haushaltsbewirtschaftung Verfahren der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sowie der Outputsteuerung eingeführt werden. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der zwischenzeitlich durchgeführten Pilotprojekte in Einrichtungen der WGL hat die BLK in einem am 19. Juni 2000 verabschiedeten Bericht diese Forderung konkretisiert. Auf der Grundlage der in diesem Bericht genannten Mindestanforderungen soll mit der Einführung einer KLR im Jahre 2001, spätestens 2002 begonnen werden, um bis zum Ablauf des Jahres 2003 die Anwendung einer KLR zu gewährleisten.

Das WZB hat im November 2000 mit der Einführung einer KLR begonnen und konnte bis Januar 2002 die Konzeptionsphase abschließen. Dabei wurden institutsspezifischen Ziele und eine Projektorganisation definiert, ein Kostenrechnungssystem mit den Elementen Vollkostenrechnung, ergänzt durch Teilkostenrechnung (zunächst als Ist-Kostenrechnung) und einer Leistungsrechnung entwickelt, ein Erlös- und Kostenartenplan, ein Kostenstellenplan und ein Kostenträger- bzw. Produktplan festgelegt, eine interne Leistungsverrechnung aufgebaut, eine Personalzeitermittlung und -verrechnung entwickelt und ein Berichtswesen definiert. Seit Februar 2002 wird dieses Konzept in ein spezielles Modul von



Graphik 2
Anteile der Zuwendungsgeber an den Drittmittelbewilligungen 2000 – 2001

Navision Financials implementiert. Der Beginn des Echtbetriebs ist für Januar 2003 geplant. Die Konzeptentwicklung und das Management der Einführung der KLR werden weitgehend ohne externe Unterstützung verwirklicht. Eine Ökonomin ist mit befristetem Vertrag als Projektmanagerin angestellt.

Weiterbildung

Auch im vergangenen Berichtszeitraum lag der personelle Schwerpunkt der geförderten Weiterbildungsmaßnahmen wieder im Bereich der nichtwissenschaftlichen Beschäftigten. Um den hohen Weiterbildungsbedarf in der Verwaltung – insbesondere wegen einer Vielzahl gesetzlicher Neuerungen sowie des verstärkten Einsatzes von EDV – zu befriedigen, wurde der planmäßige Etatansatz für Weiterbildung von jeweils 20.000 Mark in beiden Jahren erheblich aufgestockt (Ausgaben 2000: 32.400 Mark; 2001: 43.600 Mark).

Neben den individuellen, externen Weiterbildungsmaßnahmen wurden Gruppenveranstaltungen in Form von Inhouse-Schulungen, unter anderem zu den Themenkreisen „Rhetorik – Moderation – Kommunikation“ und „Techniken der Fachdiskussion“, angeboten.

DV-Koordination

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Diplom-Mathematiker Jürgen Bruchhaus	1993
Jan Flickschu	1999
Rosa Lou Freund	2001
Diplom-Mathematiker Peter Rindfuß	1983
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Diplom-Politologin Jutta Horstmann	2000–2001

Datenverarbeitung

Die Jahr-2000-Umstellung der DV-Anlagen des WZB verlief völlig reibungslos. Im Frühjahr 2000 wurde der zentrale Fileserver des WZB durch ein größeres Gerät mit insgesamt ca. 230 Gigabyte Plattenkapazität ersetzt. Für den neuen Server wurde das Betriebsystem Novell Netware 5 gewählt. Ebenfalls 2000 wurde der zentrale Sun-Unix-Server, der die Funktionen „E-mail-Transfer“, „Internet-Adress-Zuweisung“, „Internet-Namens-Auflösung“ und „Modem-Einwahl“ wahrnahm, durch ein neues, leistungsstärkeres Gerät auf PC-Basis mit dem Betriebssystem Linux ersetzt.

Mitte 2000 wurde die Internet-Anbindung des WZB vom Breitband-Wissenschaftsnetz (BWin) auf das Gigabit-Wissenschaftsnetz (GWin) umgestellt. Wegen einer Technologie-Änderung beim Betreiber mußte dazu ein noch leistungsstärkerer Cisco-Router angeschafft werden. Die Leitungsgeschwindigkeit ins Internet beträgt nun 155 Megabits/sec.

Ebenfalls Mitte 2000 wurde eine PC-Datenbank in Betrieb genommen, die ausgewählte Angaben zur Hardware- und Software-Ausstattung aller Arbeitsplatzrechner des WZB enthält. Die Einträge in die

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Datenbank werden automatisch bei der Anmeldung im Netzwerk erstellt. Die Datenbank hat sich als große Hilfe für die DV-Koordination bei der Fehlersuche und für Vorschläge zur Verbesserung der Ausstattung erwiesen.

Schließlich wurde im Jahre 2000 eine große Anzahl von Microsoft Office 2000-Lizenzen gekauft. Mittlerweile arbeitet die Mehrzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diesem Office-Paket.

Im Frühjahr 2001 wurden die dem WZB zugewiesenen 254 Internet-Adressen knapp; der DFN-Verein (Internet-Provider des WZB) überließ dem WZB daraufhin zwei neue konsekutive Class-C-Netze, so daß nach Rückgabe der alten Adressen nun 508 Adressen zur Verfügung stehen. Die Umstellung der Adressen verlief reibungslos.

Ebenfalls im Frühjahr 2001 wurde die Geschäftstelle des Rats für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung (RNE) EDV-technisch in die Systeme des WZB integriert; dem Rat wurden auf dem WWW-Server des WZB Platz und technische Möglichkeiten für eigene Internetseiten eingeräumt.

Mitte 2001 nahm die Geschäftstelle des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) im benachbarten Gasag-Gebäude ihre Arbeit auf. Die Internetanbindung der WBGU-Geschäftsstelle wird über die Anlagen des WZB realisiert. Dazu wurde eine Daten-Funkstrecke zwischen dem WZB- und dem Gasag-Gebäude eingerichtet.

Im Sommer 2001 beteiligte sich die DV-Koordination des WZB an einer Erhebung des Bundesrechnungshofs zur „Bewertung von Arbeitsplätzen im IT-Bereich, insbesondere Eingruppierung der Angestellten mit Aufgaben der IT in der Bundesverwaltung und bei Zuwendungsempfängern". Ebenfalls im Sommer 2001 wurden als Ergebnis der Jahresabschlußprüfung zum IT-Einsatz in der Verwaltung Veränderungen an denjenigen Arbeitsplatzrechnern vorgenommen, die mit dem Buchhaltungssystem „Navision" arbeiten. Insbesondere wurden diese PCs mit dem Betriebssystem „Windows 2000" ausgestattet.

Im Herbst 2001 wurden zwei große Projekte geplant, ausgeschrieben und schließlich beauftragt: die Datenverkabelung des Altbaus mit Glasfasern bis zum Arbeitsplatz und die Ersetzung der zentralen Datenverteiler. Der Altbau verfügte im Gegensatz zu den übrigen Gebäudeteilen nur über eine Datenanbindung mittels veralteter, leistungsschwacher und störanfälliger BNC-Technik. Wie in den übrigen WZB-Gebäuden sollten stattdessen Glasfaserkabel bis zum Arbeitsplatz verlegt werden.

Die zentrale Cabletron-Switchanlage war veraltet, nicht ausbaufähig und nicht mehr zu vertretbaren Kosten in einen Wartungsvertrag aufzunehmen. Sie verfügte über 250 Anschlüsse für Arbeitsplatzrechner, benötigt werden aber bis zu 400. Daher wurde ein BATM-Switchsystem bestellt, das über die gewünschte Anzahl von Anschlüssen verfügt und zudem höhere Geschwindigkeiten zuläßt. Beide Projekte wurden im Frühjahr 2002 abgeschlossen. Im gesamten Berichtszeitraum wurden kontinuierlich veraltete Arbeitsplatzrechner durch neue, leistungsstärkere ersetzt.

Bibliothek und Dokumentation

Da die Bezeichnungen „Bibliothek" bzw. „Bibliothek und Dokumentation" nur noch sehr unzureichend die heutigen Hauptaufgaben und -funktionen der gleichnamigen Abteilung am WZB kennzeichnen, soll demnächst eine zeitgemäßere Benennung dieses Funktionsbereichs erfolgen, die der Veränderung der Arbeitsinhalte und Arbeitsabläufe im Gefolge der Digitalisierung Rechnung trägt.

Fachrecherchen aller Art im Internet für die Forschung am WZB gehören zum festen Dienstleistungsangebot der Bibliothek. Sie werden von weiten Teilen des Hauses in Anspruch genommen und genießen hohe Wertschätzung bei den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen des WZB. Mehr als die Hälfte aller bibliothekarischen Tätigkeiten beziehen sich mittlerweile hierauf. Die Zufriedenheit der Kunden ist das Kriterium für die Qualität dieser Dienstleistung.

Alle Dienstleistungen der Bibliothek sind über netzgebundene Formulare und Intranet-Funktionen zu bestellen, zu koordinieren und abzurufen. Das gilt für die Bestellung von Büchern und Zeitschriften

ebenso wie für die Inanspruchnahme digitaler Fernleihsysteme und anderer Dienstleistungen. Es umfaßt den Alerting-Service im Zeitschriftenbereich und erstreckt sich auf die Zirkulation und Steuerung der internen Ausleihverfahren. Dadurch wurden erhebliche Effizienz- und Transparenzgewinne erzielt. Die Bearbeitungszeit für einen typischen Erwerbungsvorgang ist auf ein Sechstel der früheren Zeiten reduziert worden.

Neue Fachdatenbanken wurden erworben und über die Homepage der Bibliothek zugänglich gemacht (http://skylla.wz-berlin.de/index.shtml). Aktuelle Konsortialbildungen innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) und langfristige Kooperationen mit den relevanten sozialwissenschaftlichen Dienstleistungsanbietern (Teilnahme am Projekt „Virtuelle Bibliothek Sozialwissenschaften") werden weitere qualitative Verbesserungen im Service-Angebot der Bibliothek bewirken.

Durch den Nachweis der eigenen lokalen Bibliotheksbestände im Internet leistet die WZB-Bibliothek einen Beitrag zum weltweiten digitalen Wissenspool. Mittlerweile weisen vier Datenbanken Bücher und Fachzeitschriften sowie Einzelbeiträge von rund 70 Prozent aller in der Bibliothek gehaltenen Periodika und die Gesamtheit aller aus der Forschung hervorgegangenen Publikationen des Hauses nach (z. Zt. 420.000, pro Jahr 70.000 Ergänzungen).

Die Bibliothek des WZB versteht sich primär als Informations-Beschaffungseinrichtung („Just in time") in enger Abstimmung und Kooperation mit ihrer Klientel im Rahmen sektoraler („ganzheitlicher") Betreuungskompetenzen. Dieses Konzept und dessen erfolgreiche Anwendung und Umsetzung ist Ergebnis der internen Kooperationsqualität und der Verantwortungsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen der Bibliothek. Deren Innovationsbereitschaft und Serviceorientierung ist wesentlich auch Ergebnis der Qualität der internen Kommunikation und Kooperation – in der Bibliothek und am WZB generell.

Bibliothek und Dokumentation

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Anke Gessner	1974
Britta Hasselmeier	2000
Silvia Höhne	1997
Jutta Horstmann	2001
Birgit Hünerbein	1988
Susanne Maczey	2001
Dr. Gerd Paul	1978
Diplom-Bibliothekarin Katharina Röttig	1989
Carola Schirmer	2000
Mairet Siemssen	2000
Kerstin Stelmacher	2001
Diplom-Bibliothekarin Regine Sühring	1979
Diplom-Bibliothekarin Birgit Wobig	1988
Karin Ziegler	1998
Maren Zychla	2000
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Simeon Faensen	1998–2000
Ursula Husingen	1993–2001
Dankwart Purbs	1974–2001
Elke Salecker	1996–2001
Katharina Sell	1993–2001

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Grundlagen

In vielen hochentwickelten Volkswirtschaften werden Arbeitsmärkte und Beschäftigung geprägt durch die wachsende Bedeutung menschlicher Ressourcen und ihre Organisation für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, durch die neuen Verteilungsmuster von Beschäftigungs- und Einkommenschancen und in einigen Ländern – darunter Deutschland – durch eine hohe und andauernde Arbeitslosigkeit. Für Länder, die sich auf dem Weltmarkt behaupten wollen, spielen Differenzierung und Qualität der Produkte und Dienstleistungen eine immer wichtigere Rolle.

Dies erfordert dezentralisierte, flexible und „intelligente" Organisationsstrukturen. Die Anpassungsprozesse können nur dann Erfolg haben, wenn innovative Fähigkeiten in Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften den organisatorischen Wandel unterstützen. Der spezifische Ansatz des Forschungsschwerpunkts Arbeitsmarkt und Beschäftigung liegt darin, sich auf die Analyse der Interaktionsbeziehungen zu konzentrieren, die für die Entwicklung des Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssystems relevant sind.

Dem Forschungsprogramm liegt die These zugrunde, daß institutioneller Wandel (Anpassung und Innovation) die grundlegende Voraussetzung ist, um die Herausforderungen für Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssysteme (Globalisierung, Individualisierung, neue Technologien) produktiv aufzugreifen. Folgende Forschungsfragen zur Analyse dieser Herausforderungen charakterisieren diesen Ansatz: Welche Handlungsoptionen eröffnen unterschiedliche nationale, regionale und sektorale institutionelle Regimes zu ihrer Bewältigung? Wie passen sich Institutionen den neuen Herausforderungen an? Was kann für die Gestaltung institutioneller Innovationen für Deutschland gelernt und was für andere Länder verallgemeinert werden?

Zur Umsetzung dieses Forschungsansatzes werden – auf der Grundlage je eigener theoretischer Schwerpunkte in den drei Abteilungen – unterschiedliche methodologische Elemente integriert: die international vergleichende Analyse der Interaktion zwischen Märkten und anderen Institutionen, die Analyse der Interaktion zwischen Mikro-, Meso- und Makroebenen von Märkten und anderen Institutionen, internationale und/oder interregionale Vergleiche unterschiedlicher institutioneller Arrangements auf der Basis von quantitativen und qualitativen Längs- und Querschnittsanalysen.

Abteilungen

Im Vordergrund des Forschungsprogramms der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung" stand der internationale Vergleich nicht von isolierten, sondern von interagierenden Beschäftigungssystemen. Es sollten institutionelle Arrangements entdeckt werden, die den Herausforderungen der Globalisierung und Individualisierung gewachsen sind. Dabei ging es besonders um Arrangements, die effizient und gerecht sind, die also sowohl den Beschäftigungsgrad und die Produktivität erhöhen als auch zum sozialen Ausgleich und zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Schwerpunktthemen waren Evaluierung der Arbeitsmarktpolitik und der Arbeitsverwaltung, Analysen zum Qualifikationsbedarf und zur Tansparenz von Bildungsabschlüssen, zu neuen Erwerbsformen im Dienstleistungssektor und zur Geschichte der Arbeitsmarktpolitik seit 1945.

Basis der Abteilungsforschung ist die Annahme, daß das traditionelle Ziel der Vollbeschäftigung nicht mehr zeitgemäß ist und durch eine neues Leitbild ersetzt werden muß. Als strategische Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik wird das Konzept der Übergangsarbeitsmärkte vorgeschlagen, in denen entlohnte Erwerbsarbeit mit anderen persönlich oder gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten (selbständige Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Erziehen, Bildung oder

Weiterbildung, kulturelles Gestalten, politische Beteiligung, soziales Engagement) kombiniert werden kann. Übergangsarbeitsmärkte gehen von einem erweiterten Arbeitsbegriff aus und zielen auf eine Steigerung der Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen, deren Risiken rechtlich, kollektivvertraglich oder sozialpolitisch abgesichert sind.

Diese Übergänge nehmen an Häufigkeit zu und sind mit Risiken verbunden, die durch die tradierten Systeme der sozialen Sicherung nicht abgedeckt sind. Deshalb müssen die Schnittstellen zwischen Arbeitsmarkt und sozialen Sicherungssystemen (einschließlich des Bildungssystems) neu justiert werden. Nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch die mit Übergangsprozessen verbundenen Einkommens- und Erwerbsrisiken müssen abgedeckt werden. Die Arbeitslosenversicherung solle deshalb zu einer öffentlich-privat gemischten Beschäftigungsversicherung weiterentwickelt werden. Ziel der Abteilung ist es, die zeitgemäßen Formen solcher Übergangsarbeitsmärkte zu entdecken und die ökonomischen wie politischen Bedingungen zu analysieren, die ihr bestmögliches Funktionieren ermöglichen.

Günther Schmid wurde im Jahr 2000 zum Mitglied und Berichterstatter der Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit berufen. Außerdem wurden zwei der vier Bücher mit Ergebnissen des dreijährigen Projekts „Soziale Integration durch Übergangsarbeitsmärkte", das im Rahmen des EU-Forschungsprogramms „Targeted Socio-Economic Research (TSER)" gefördert worden war, veröffentlicht (Working Time Changes – Social Integration through Transitional Labour Markets, Herausgeber: Jacqueline O'Reilly, Inmaculada Cebrián, Michel Lallement, sowie Labour Market Policy and Unemployment, Herausgeber: Jaap de Koning, Hugh Mosley). Die Abteilung hatte dafür die Koordination von neun Forschungsintitutionen aus sechs EU-Mitgliedstaaten übernommen.

Die Abteilung „Organisation und Beschäftigung" hat im Jahr 2000 eine neue Forschungsperiode begonnen und dafür das Forschungsprogramm neu akzentuiert. Der Blick wurde auf die Internationalisierungsprozesse gerichtet und zwar aus einer gesellschaftstheoretischen und akteurszentrierten Perspektive. Internationalisierung, begriffen als deutliches Wachstum und komplexe Vernetzung grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten, wird als Ausdruck und Instrument einer sich erneut wandelnden internationalen Arbeitsteilung begriffen. Empirische Felder der Analysen waren der Logistiksektor, die Professionalisierung internationaler Unternehmensberatung und die Neugestaltung der Schnittstellen in den internationalen Wertschöpfungsketten der Lebensmittelwirtschaft.

In dem Projekt „Logistiksteuerung zwischen Europäisierung und Globalisierung" ging es um die institutionellen und wirtschaftlichen Bedingungen der Formierung einer neuartigen, produktionsbezogenen Dienstleistungsindustrie, die europapolitische Ausgestaltung des Politikfelds „Transport/Logistik" und die Dimensionen europäischer Unternehmensreorganisation mit ihren Auswirkungen auf die verbandliche Interessenvertretung.

In einem weiteren Projekt standen die Professionalisierungsstrategien von Unternehmen und Verbänden der Unternehmensberater-Branche im Mittelpunkt. Geklärt werden sollte, mit welchen Politiken sie den Herausforderungen der Internationalisierung begegnen, in deren Kontext sie Akteure und zugleich „Objekte" sind. Von besonderem Interesse waren dabei Veränderungen der beruflichen Möglichkeiten von Frauen und Männern.

In dem Projekt „Lebensmittelwirtschaft: Internationalisierung als Machtspiel in der Wertschöpfungskette" wurde untersucht, nach welchem Modus sich Internationalisierungsprozesse in diesem Sektor vollziehen und welche Zusammenhänge mit Veränderungen von Arbeitsformen und Beschäftigung bestehen. Vor dem Hintergrund der europäischen und nationalen (Re-)Regulierungen der Lebensmittelwirtschaft wurden die Marktstrategien (insbesondere) fokaler Unternehmen im europäischen Raum analysiert sowie die Wechselbeziehungen zwischen dem Integrationsmodus entlang der Wertschöpfungskette, realisierten informations- und kommunikationstechnischen Standards und betrieblichen Arbeitspolitiken in den Unternehmen.

Im Mittelpunkt der Forschung der Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ standen die Weiterentwicklung des Konzepts „varieties of capitalism“ und damit die Analyse unterschiedlicher nationaler Institutionengefüge. Die rapide wachsende Integration der Märkte bedeutet einen zunehmenden Druck auf die nationalen Institutionengefüge, sich den neuen Anforderungen anzupassen. Ziel war eine empirisch fundierte Klassifizierung hochentwickelter kapitalistischer Volkswirtschaften. Neben dem „klassischen“ Vergleich der angelsächsischen Länder mit den mitteleuropäischen Wohlfahrtsstaaten wurde Frankreich als „eigenständiges“ Beispiel zusätzlich in die Analyse einbezogen.

Erweitert wurden die Forschungsthemen auch durch Analysen zu den politökonomischen Konsequenzen der Europäischen Währungsunion und ihren Auswirkungen auf die „varieties of capitalism“. Nach dem Wegfall der Anpassungsmöglichkeiten durch unterschiedliche Währungen im EU-Raum ist jetzt die Lohnentwicklung – das heißt die Tarifpolitik – zu einer strategischen Bedeutung hinsichtlich der Entwicklung des Zinsniveaus wie des Außenwerts des Euro gekommen.

Ergänzt wurden die beiden Projektlinien durch Analysen, die sich mit der Rolle der Politik unter besonderer Berücksichtigung parteipolitischer Einflüsse beschäftigten. An dieser Schnittstelle von ökonomischer und politologischer Analyse ging es um die Frage, wie sich die Veränderungen auf den internationalen Märkten in den nationalen Steuerpolitiken und staatlichen Ausgabeentscheidungen widerspiegeln. Daran anknüpfend wurde auch die Reaktion der Bürger untersucht, wie diese Politiken ihre Einschätzung gegenüber ihrer Regierung und der Demokratie als Staatsform beeinflussen.

Im Jahr 2001 erschien der von Peter A. Hall und David Soskice bei Oxford University Press herausgegebene Band „Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage“. In ihm werden die in mehrjähriger Arbeit in der Abteilung gewonnenen Ergebnisse und Erkenntnisse zu einem neuen Ansatz des internationalen Vergleichs von Volkswirtschaften dargestellt. Basis dafür war eine enge und lange Zusammenarbeit mit dem Minda de Gunzburg Center for European Studies an der Harvard University, darunter eine besonders intensive Kooperation mit Suzanne Berger. Neben den Autoren aus der Abteilung waren die übrigen Beiträger alle – teilweise mehrfach und über längere Zeit – als Gastwissenschaftler in die Abteilung eingeladen gewesen. Ihre Aufenthalte wurden durch den German Marshall Fund of the United States im Rahmen des Program for the Study of Germany and Europe gefördert.

Arbeitsgruppe

Die Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung“ wurde zum 31. Dezember 2001 beendet. Der Leiter, David Soskice, ist von September 2001 bis Juli 2004 beurlaubt. Er verlagert in dieser Zeit den Schwerpunkt seiner wissenschaftlichen Arbeit in die U.S.A. Von September bis Dezember 2001 wurde die Abteilung kommissarisch von Thomas R. Cusack Ph.D. geleitet. Der Abteilung folgt im Jahr 2002 die Arbeitsgruppe „Institutionen, Staaten und Märkte“, die ebenfalls von Cusack geleitet wird.

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

Grundlagen

Arbeitsmärkte wurden bisher als Orte thematisiert, in denen Arbeitsleistungen gegen Löhne getauscht werden. Diese Sichtweise blendet systematisch die Schnittstellen zwischen Erwerbsarbeit und anderen Arbeitsformen aus. Diese schaffen zwar auch Werte, werden aber auf dem Markt nicht oder unzureichend bewertet. Spätestens seit der vollen Emanzipation der Frau und der Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses" treten diese Schnittstellen in den Vordergrund und sind Angelpunkt für die derzeit tiefgreifenden Veränderungen des traditionellen Generationen- und Geschlechtervertrags.

Die Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung" richtet daher ihre Aufmerksamkeit auf Übergangsarbeitsmärkte, das heißt auf diejenigen institutionellen Arrangements, die Übergänge zwischen „Normalarbeit" und anderen Formen der Arbeit regeln. Sie geht dabei davon aus, daß diese Märkte in noch stärkerem Maße als Arbeitsmärkte im engeren Sinne von Institutionen geprägt werden, die dem Arbeitsmarkt vor- oder nachgelagert sind: vom Bildungs- und Berufsbildungssystem, von Steuer- und Abgabensystem, von der Sozialpolitik und nicht zuletzt vom Arbeitsvertragsrecht.

Übergangsarbeitsmärkte

Übergangsarbeitsmärkte lassen sich nach den kritischen Ereignissen im Erwerbsverlauf gliedern, in denen das Risiko der Arbeitslosigkeit, des dauerhaften Einkommensverlusts oder gar der sozialen Ausschließung besonders hoch ist. Die erweiterte Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik ist es, diese kritischen Übergangsphasen so zu gestalten oder zu unterstützen, daß sie zu einer erfolgreichen sozialen Integration führen. Systematisch lassen sich dabei fünf Arbeitsmarktübergänge unterscheiden:

(1) Übergänge zwischen Bildung und Beschäftigung;

(2) Übergänge zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, Vertrags- und Leiharbeit, befristeter und unbefristeter oder zwischen abhängiger und selbständiger Beschäftigung;

(3) Übergänge zwischen (meist unbezahlter) Haushalts-, Erziehungs-, Pflege- oder Bürgerarbeit und beruflicher Tätigkeit;

(4) Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung;

(5) Übergänge zwischen (zeitweiliger) Invalidität und Beschäftigung sowie Übergänge zwischen Arbeit und Rente.

Diese Übergänge nehmen an Häufigkeit zu und sind mit Risiken verbunden, die durch die tradierten Systeme der sozialen Sicherung nicht abgedeckt sind. Deshalb müssen die Schnittstellen zwischen Arbeitsmarkt und sozialen Sicherungssystemen (einschließlich des Bildungssystems) neu justiert werden. Nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch die mit Übergangsprozessen verbundenen Einkommens- und Erwerbsrisiken müssen abgedeckt werden. In der Abteilung wird daher argumentiert, daß die Arbeitslosenversicherung zu einer öffentlich-privat gemischten Beschäftigungsversicherung weiter zu entwickeln ist.

Arbeitslosigkeit ist nur eine extreme Form des Erwerbsrisikos. Sie kann – von Konjunktur- und Wachstumskrisen abgesehen – durch Differenzierung der sozialen Sicherung nach Übergangsrisiken präventiv weitgehend vermieden werden. Arbeitsmarktpolitisch gestaltete Übergangsarbeitsmärkte bieten nicht nur sozialen Schutz vor den Risiken solcher Übergänge, sondern auch Anreize, solche Risiken einzugehen: etwa den Übergang von der abhängigen zur selbständigen Beschäftigung zu wagen oder zeitweise von einer Vollzeit- in die Teilzeitbeschäftigung überzugehen oder eine Teilzeitbeschäftigung mit der Erlernung eines neuen Berufs zu verbinden. Die beschäftigungspolitische Funktion der Übergangsarbeitsmärkte ist einerseits eine Erhöhung der Mobilität und Flexibilität des Arbeitsmarkts, andererseits eine investive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die zu einem höheren Beschäftigungsniveau und zu einer ausgeglicheneren Verteilung der Beschäftigungschancen führt.

Steuerungstheorie

Ziel der Abteilungsforschung ist es, die zeitgemäßen Formen solcher Übergangsarbeitsmärkte zu entdecken und die ökonomischen wie institutionellen Be-

dingungen zu analysieren, die ihr bestmögliches Funktionieren ermöglichen. In der theoretischen Orientierung geht die Abteilung von den komplementären Stärken und Schwächen gesellschaftlicher Steuerungsmedien aus: Märkte, Hierarchien, Netzwerke und Bürgerrechte. Ziel ist eine Steuerungstheorie, welche die Theorie rationaler Wahlhandlungen mit der Theorie sozialer Institutionen verbindet.

Das methodische und empirische Interesse richtet sich auf die Analyse der Übergänge zwischen verschiedenen Formen der Erwerbs- und Nichterwerbstätigkeit und zwischen verschiedenen Formen der Beschäftigung. Neben internationalen, nationalen und regionalen Aggregatdaten treten daher zunehmend individuelle Prozeßdaten (Paneldaten) in den Vordergrund der Analyse, um Übergangsprozesse im Längsschnitt zu analysieren. Der Evaluierungsansatz der Abteilung umfaßt dabei nicht nur quantitative und qualitative Wirkungsanalysen, sondern auch die Bewertung der Kosten und Nutzen für die beteiligten oder betroffenen Akteure und für die Gesellschaft.

Forschungsprogramm

Im Mittelpunkt des Forschungsprogramms stehen drei Fragen, die sich alle um das zentrale Leitbild der „Flexicurity" zentrieren, das heißt um die übergeordnete Frage: Wie kann bei notwendiger steigender Flexibilität der Beschäftigungsverhältnisse soziale Sicherheit gewährleistet werden? Die Abteilung geht dabei von der These eines Wechselverhältnisses aus: Die Perspektive der sozialen Sicherheit mittels sozialer Innovationen wird auch die Bereitschaft zur Akzeptanz flexiblerer Beschäftigungsverhältnisse erhöhen. Die drei Fragenkomplexe sind:

Erstens: Auf welche Phänomene des Strukturwandels von Arbeit oder Arbeitsmärkten soll sich Arbeitsmarktpolitik konzentrieren? Zugespitzt stellt sich hier die Frage nach der Zukunft der Arbeit: Wo entstehen neue Jobs? Wie sehen die neuen Beschäftigungsverhältnisse aus? Wo erkennen wir positive Übergangsprozesse, wo negative? Wo entsteht dabei Handlungsbedarf? Welche Bedeutung zur Lösung dieser Probleme kommt der Arbeitsmarktpolitik zu? Im Mittelpunkt des Interesses stehen hier die Auswirkungen von (neuen) Dienstleistungen auf die Arbeitsvertragsgestaltung (Stichwort „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses") und die Folgen für notwendige Veränderungen in der (De-)Regulierung des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme.

Zweitens stellt sich die Frage, welche spezifischen Qualifikationsrisiken aus dem Strukturwandel entstehen und welchen Beitrag die Arbeitsmarktpolitik zur Qualifizierung als Risikomanagement leisten kann. Zugrunde gelegt wird, daß in Zukunft weniger das Risiko von Arbeitslosigkeit als das Risiko von großen Einkommens- und Statusschwankungen auf Grund der Kommunikationsrevolution im Vordergrund stehen wird. Zugespitzt lauten die Fragen: Wie kann die Beschäftigungsfähigkeit der Individuen im Strukturwandel erhalten werden? Wie kann die Anpassungsfähigkeit der Betriebe verbessert werden? Wie ist die Einkommenssicherung bei Qualifizierungsprozessen gewährleistet? Welche Art der Finanzierung der Weiterbildung gewährleistet ein sowohl effizientes als auch gerechtes Risikomanagement? Welche finanziellen Anreize bestehen zur investiven Arbeitszeitverkürzung? Wie werden insbesondere Jobrotation und ähnliche Maßnahmen der (betrieblichen) Personalentwicklung implementiert?

Drittens steht die Frage der Evaluation und Implementation sowie das Lernen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik im Vordergrund: Wie ist die Arbeitsmarktpolitik der Zukunft zu organisieren? Wie weit sollen Dezentralisierung und Privatisierung der Arbeitsverwaltung gehen? Wer ist (oder soll) für die Planung und Implementation der Arbeitsmarktpolitik zuständig (sein)? Welche Erfolgskriterien sind relevant („Benchmarking")? Wie sieht ein effektives Mix des „Public-Private-Managements" aktivierender Arbeitsmarktpolitik aus? Wie wird die erfolgsorientierte Arbeitsmarktpolitik umgesetzt? Welches sind die angemessenen Methoden zur Messung der Effektivität und Effizienz? Woran liegt es, daß Arbeitsämter bei gegebenen Inputs (personelle und materielle Ressourcen) unterschiedlich effizient sind? Wo sind die kognitiven und institutionellen Barrieren für eine zukunftsgerechte Reform der Arbeitsmarktpolitik?

I „Zukunft der Arbeit"

Hier geht es um Projekte, die sich mit neuen Jobs, insbesondere mit neuen Beschäftigungsverhältnissen, neuen Beschäftigungskarrieren, konkreten Übergangsprozessen und neuen Formen der Arbeitslosigkeit (sich laufend wiederholende Arbeitslosigkeit, extreme Langzeitarbeitslosigkeit) befassen.

(1) Wege in eine neue Vollbeschäftigung – Übergangsarbeitsmärkte und aktivierende Arbeitsmarktpolitik (Günther Schmid)

Angesichts der zerstörenden Wirkungen von Arbeitslosigkeit einerseits und nachhaltiger Beschäftigungserfolge einiger Nachbarländer andererseits erweist sich die These vom Ende der Vollbeschäftigung nicht nur als voreilig, sondern auch als politisch bequem und sozial verantwortungslos. Günther Schmid hat eine theoretisch, empirisch und international umfassende Analyse abgeschlossen, die als Monographie im Jahr 2002 erscheinen wird. Er zeigt darin konkrete und finanzierbare Wege in eine neue Vollbeschäftigung und plädiert – neben einer koordinierten Geld-, Lohn- und Fiskalpolitik – für die Institutionalisierung von Übergangsarbeitsmärkten und für eine Reform der aktiven zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik.

Neun Länder

Kapitel 1 befaßt sich mit den Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit. Kapitel 2 vergleicht die Performanz der Beschäftigungssysteme in den U.S.A., in Japan und Europa (Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich, Schweden). Kapitel 3 vertieft den Vergleich zwischen Deutschland und den Niederlanden. Kapitel 4 entwickelt den theoretischen Bezugsrahmen der Übergangsarbeitsmärkte. Kapitel 5 beschreibt und bewertet ausführlich die arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesrepublik Deutschland unter dem Blickwinkel der Übergangsarbeitsmärkte. Kapitel 6 befaßt sich mit Finanzierungsfragen und Kosten-Nutzen-Analysen. Kapitel 7 zeigt, wie Geld-, Lohn- und Fiskalpolitik zu koordinieren und mit aktivierender Arbeitsmarktpolitik zu verknüpfen sind.

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Christoph Albrecht*, Diplom-Volkswirt	1990
Lambert Ashu B.Sc.	2001
Diplom-Politologin Silke Bothfeld	1995
Nicole Breyer	1999
Christian Brzinsky	1999
Diplom-Sozialwissenschaftler Markus Gangl	2001
Susanne Grasow	1999
Carroll Haak M.A.	1999
Christel Hartmann	1978
Silke Kull	2000
Janine Leschke	2000
Stephan Manning	2001
Oliver Maresch*	2000
Hannelore Minzlaff*	1978
Hugh Mosley Ph.D.	1986
Kai-Uwe Müller	2001
Diplom-Politologe Ralf Mytzek	2001
Dr. Michael Neugart	2000
Diplom-Politologe Frank Oschmiansky	1999
Diplom-Politologin Heidi Oschmiansky	1999
Jacqueline O'Reilly Ph.D.	1994
Karin Reinsch	1990
Diplom-Politologin Sophie Rouault	1999
Professor Dr. Günther Schmid	1974
Dr. Klaus Schömann	1992
Maitrise Isabelle Schömann	2000
Diplom-Politologe Holger Schütz	1995
Robyn Wiesener	1972
Sina Wilke	2001
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Dr. Dietmar Dathe	1997–2000
Diplom-Volkswirt Christoph Hilbert	1997–2000
Olaf Reimann*	1997–2000

***** für den gesamten Schwerpunkt tätig
1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

(2) Urbane Arbeitsmärkte – Berlin im regionalen Standortvergleich 1977–1999 (Dietmar Dathe, Günther Schmid, Heidi Oschmiansky, unter Mitarbeit von Kai-Uwe Müller)

In der Abteilungsforschung hat die Untersuchung des Beschäftigungswandels in Berlin eine langjährige Tradition. Diese Tradition setzten Dietmar Dathe, Heidi Oschmiansky und Günther Schmid (unter Mitarbeit von Kai-Uwe Müller) mit ihrer Studie „Urbane Arbeitsmärkte – Berlin im regionalen Standortvergleich 1977–99" fort und publizierten ihre Ergebnisse 2001 in dem Buch „Urbane Beschäftigungsdynamik: Berlin im regionalen Standortvergleich".

Erwerbsformen

Der strukturelle Wandel, dem Berlin unterlag und noch unterliegt, schlägt sich nicht nur im Beschäftigungsniveau, in der sektoralen und in der Qualifikationsstruktur nieder. Ebenso drastisch ist der Einschnitt hinsichtlich der Erwerbsformen: Von der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung (15 bis 64 Jahre) befanden sich 1991 noch 45 Prozent in einem Normalarbeitsverhältnis (vollzeitbeschäftigte Arbeiter/Angestellte in unbefristeten Arbeitsverhältnissen), 1998 waren es nur noch 32 Prozent. Bei Frauen schrumpfte der Anteil von 38 auf 28 Prozent und bei Männern von 51 auf 36 Prozent. Andere Erwerbsformen nahmen zwar leicht zu, konnten aber den Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse nicht kompensieren.

„Der traditionelle Job wird in Berlin zur Mangelware. Nicht einmal mehr jeder Dritte zwischen 18 und 65 Jahren war 1998 in der Hauptstadt in Vollzeit unbefristet angestellt. Das geht aus einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) hervor. 1991 waren es noch 45 Prozent. Im Gegenzug nahm die Bedeutung von Erwerbsformen wie geringfügige Beschäftigung, Werkvertrags- und Leiharbeit sprunghaft zu.

Besonders hart traf diese Entwicklung die Männer, bei denen der Anteil des so genannten Normalarbeitsverhältnisses von 50 auf 36 Prozent sank. Bei den Frauen ging die Quote von 38 auf 28 Prozent zurück."

Berliner Morgenpost
15. September 2000

Die Zukunft des Standorts Berlin wird nicht allein von der Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen an sich abhängen, sondern von ihrer Einbettung in ein diversifiziertes und flexibles Netzwerk von Industrie-, Dienstleistungsunternehmen, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen über die Stadtgrenzen Berlins hinaus. Dies setzt eine intensive Rückkoppelung innerhalb des regionalen innovativen Clusters – insbesondere zwischen wissensintensiven Industrie- und Dienstleistungszweigen – voraus, wobei letztere zunehmend die Führungsrolle übernehmen. Nur in einem solchen Wertschöpfungsverbund bestehen für urbane Arbeitsmärkte nachhaltig expansive Beschäftigungschancen.

Qualifizierungsnetzwerke

Für die Unterstützung dieser Prozesse sind die politische Initiierung und Begleitung von Qualifizierungsnetzwerken notwendig, die die Bildungs- und Weiterbildungsaktivitäten der regional ansässigen Akteure koordinieren und als Rahmen für die Anbahnung, Durchführung und Koordinierung von Maßnahmen der investiven Arbeitszeitverkürzung – wie Jobrotation – fungieren. Urbane Arbeitsmärkte (wie der Berlins) werden zukünftig stärker durch Erwerbsformen und -felder wie Zeitarbeit und Selbständigkeit, aber auch qualifizierte Teilzeitbeschäftigung in Verbindung mit Bürgerarbeit, Eigenarbeit und insbesondere häuslicher und Pflegearbeit geprägt sein.

Die Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis ist deshalb nicht in jedem Fall negativ zu bewerten. Was „atypische" Beschäftigungsverhältnisse heute noch problematisch macht, ist ihre geringe soziale Absicherung und – in Verbindung damit – ihre nicht auf Integration (Beschäftigungsbrücken), sondern Ausgrenzung gerichtete Wirkung.

(3) Job Opportunities for Whom? Labour Market Dynamics and Service Sector Employment in Germany and the UK (Jacqueline O'Reilly, Colette Fagan/Manchester University)

Dienstleistungen

In dem von der Anglo-German Foundation geförderten Projekt „Job Opportunities for Whom? Labour Market Dynamics and Service Sector Employment in Germany and the UK", das von Jacqueline O'Reilly und Colette Fagan (Manchester University) durchgeführt wird, geht es um die Analyse von

Wachstumsprozessen im Dienstleistungsbereich, vor allem hinsichtlich der Eintrittsprozesse in eine und Austrittsprozesse aus einer Dienstleistungsbeschäftigung. Damit soll ein Beitrag zu der Debatte geleistet werden, ob der Beschäftigungsgrad durch eine verstärkte Integration nicht-beschäftigter Personen im erwerbsfähigen Alter erhöht werden kann und inwieweit dadurch geschlechts- bzw. klassenspezifische Aspekte eine Rolle spielen.

II Qualifikation, Weiterbildung und Beschäftigung

Eine Schlüsselstellung im Konzept der Übergangsarbeitsmärkte nimmt die Schnittstelle zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem ein. Sowohl der Übergang von der Schule in den Beruf als auch der von einer beruflichen Tätigkeit in eine andere sind kritische Ereignisse im Erwerbsleben. Übergangsarbeitsmärkte stellen institutionelle Brücken dar, um die mit solchen kritischen Ereignissen verbundenen Risiken abzusichern. Sie ermöglichen vor allem, Lernen mit Arbeiten zu verbinden.

Die beschäftigungspolitische Funktion solcher Kombinationen ist die investive Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, die sowohl zu einer Erhöhung des Beschäftigungsniveaus als auch zu einem produktiveren Einsatz der Arbeitskräfteressourcen führen soll. Für die Umsetzung eines Früherkennungssystems von Qualifikationserfordernissen ist es nötig, internationale Erfahrungen aufzunehmen und die Entwicklung des Bedarfs mit dafür geeigneter Methodik zu erfassen.

„Arbeiten wird in Zukunft selbstbestimmter und wettbewerbsorientierter sein, die Beschäftigung wechselhafter in Art und Umfang, in stärkerem Maße projekt- oder teamorientiert und zunehmend in Netzwerke statt in Betriebe integriert. Dies ist jedenfalls das Ergebnis einer Analyse des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mit Blick auf Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten. In einer Studie von Carroll Haak und Günther Schmid ging es um Arbeitsmärkte, die stark gewachsen sind und auch in Zukunft überdurchschnittlich wachsen werden.

Der Studie liegt die These zu Grunde, dass auf den Künstler- und Publizistenarbeitsmärkten Formen von Beschäftigung und Entlohnung praktiziert werden, die künftig auch für andere Arbeitnehmer gelten werden."

Stuttgarter Zeitung
15. Januar 2000

(1) Qualifikationsbedarf in den Ländern der OECD – Ermittlung, Analysen und Implementation (Klaus Schömann, Michael Neugart, Sophie Rouault, Heidi Oschmiansky, Isabelle Schömann)

Das Projekt „Qualifikationsbedarf in den Ländern der OECD – Ermittlung, Analysen und Implementation" ist Teil des FreQueNz-Forschungsnetzwerks zur Früherkennung von Qualifikationserfordernissen, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird.

Internationale Perspektive

Im Rahmen des Gesamtprojekts und seiner Einzelstudien werden aus einer international vergleichenden Perspektive Prognosen zum Qualifikationsbedarf sowie die Implementation erkannten Qualifikationsbedarfs in die Bildungs- und Arbeitsmarktsysteme untersucht. Zum einen können die Ergebnisse von Erhebungen anderer Länder aufgrund internationalisierter Märkte weitreichende Implikationen für die Entwicklung des deutschen Bedarfs haben. Zum anderen bietet die internationale Perspektive in methodischer wie institutioneller Hinsicht wichtige Anregungen für die Früherkennung von Qualifikationsbedarf in Deutschland.

In den Analysen zum Qualifikationsbedarf werden Verfahren und Ergebnisse aktueller Qualifikationsprognosen ausgewählter OECD-Länder verglichen. Hierfür wurde ein Netzwerk renommierter Forscher und Forschungsinstitute aufgebaut. Die Forschungsinstitute prognostizieren in regelmäßigen Abständen den Qualifikationsbedarf ihrer Länder. Daraus lassen sich Trends hinsichtlich des Arbeitskräftebedarfs nach Qualifikations- und Berufsgruppen ablesen, wie sie auch für Deutschland relevant werden können. Die sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Analysen zum Qualifikationsbedarf werden ergänzt durch Zeitreihenanalysen zum Angebot und zur Nachfrage nach Arbeitskräften im Bereich der Hochqualifizier-

ten, zu den Qualifikationserfordernissen von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie zur Rolle von Informationen und zu den Kosten der Informationsbeschaffung bei Bildungsentscheidungen.

Implementation von erkanntem Qualifikationsbedarf geht der Frage nach, wie die Qualifikationsprognoseergebnisse in die Bildungs- und Arbeitsmarktsysteme umgesetzt werden. Es sollen hemmende und fördernde Wirkungen institutioneller Rahmenbedingungen auf den Umsetzungsprozeß identifiziert werden. Von Interesse sind hierbei etwa die Rolle der Sozialpartner und Beteiligungsmodelle bei der Umsetzung erkannten Qualifikationsbedarfs in Aus- und Weiterbildung, innovative Instrumente wie „Jobrotation", die darauf zielen, erkannten Qualifikationsbedarf zu implementieren und zugleich Arbeitslosen eine Brücke ins Erwerbsleben zu bauen, die Weiterbildung von Personen, die mehreren Jobs nachgehen, sowie die berufs- und weiterbildungsberatende Funktion von öffentlichen und privaten Vermittlern.

Teilprojekt: Qualifikationsprognosen – Verfahren und Ergebnisse im internationalen Vergleich (Michael Neugart)

Ziel dieser Studie ist es, Verfahren und Ergebnisse aktueller quantitativer Prognosen ausgewählter OECD-Länder darzustellen. Die Betrachtung beschränkt sich auf Kanada, Finnland, Irland, die Niederlande, Großbritannien und die U.S.A.

Zielsetzung der Prognosen ist es, sowohl die politischen Akteure als auch Individuen vor der Entscheidung über Bildungsinvestitionen besser über zukünftige Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt zu informieren. Bedingung hierfür ist nicht nur die Entwicklung einer zuverlässigen Prognose, sondern auch die Erleichterung des Zugangs zu den Ergebnissen für eine möglichst breite Zielgruppe. Gemeinsam ist allen Qualifikations- und Beschäftigungsprognosen, daß sie an eine gesamtwirtschaftliche Prognose gebunden sind.

IT-Tätigkeiten

Es zeigte sich, daß sowohl die Anstrengungen zur Erkennung des Qualifikationsbedarfs als auch die Ergebnisse zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede aufweisen. Generell ist zu beobachten, daß der frühzeitigen Erkennung von Qualifikationsbedarf in allen betrachteten Ländern eine immer größere Bedeutung beigemessen wird. Bei den erforderlichen Qualifikationen stehen Tätigkeiten in den Informationstechnologien in allen Ländern – allerdings auch mit unterschiedlicher Intensität – hoch im Kurs.

Zwei Faktoren müssen hier allerdings mit berücksichtigt werden: Die spezifischen Qualifikationen in den Berufen können nicht ohne weiteres verglichen werden. Dazu sind die Anforderungen in den einzelnen Ländern – etwa wegen unterschiedlicher Wachstumsbereiche – zu heterogen. Darüber hinaus ist die alleinige Betrachtung des mittelfristigen Bedarfs vorsichtig zu interpretieren.

Teilprojekt: Überprüfung des „Schweinezyklen-Theorems" für das Angebot an Ingenieuren in Deutschland (Michael Neugart)

Die Studie untersucht zyklische Schwankungen des Angebots an Ingenieuren von Fachhochschulen und Universitäten in Deutschland. Zugrunde gelegt wird ein einfaches Arbeitsangebotsmodell, bei dem die erwarteten Anfangsgehälter die Studienfachwahl bestimmen.

VDI-Analyse

Für die Schätzung der beiden Modelle wurde ein Datensatz erstellt, der den Zeitraum von 1975 bis 1998 umfaßt und unter anderem Zeitreihen zu Studienanfängern, Anfangs- und Vergleichsgehältern enthält. Die Daten stammen vom Statistischen Bundesamt und von einer jährlich durchgeführten Einkommensanalyse des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI). Erste Ergebnisse bestätigen die Hypothese naiver Erwartungsbildung und reihen sich in die Befunde anderer Autoren ein, die mit schwedischen, niederländischen und U.S.-amerikanischen Daten arbeiteten. Zudem weisen die ermittelten hypothetischen Studienanfängerzahlen, die unter der Annahme korrekter Prognosen zu den Verdienstmöglichkeiten bei Abschluß des Studiums geschätzt wurden, auf erhebliche Wohlfahrtsverluste hin.

Ein Großteil der Studenten hätte sich, je nach Arbeitsmarktlage, für oder gegen ein Ingenieurstudium in den letzten 25 Jahren entschieden, wären ihnen die Arbeitsmarktbedingungen beim Eintritt in das Erwerbsleben bekannt gewesen. Damit hätte durch eine Bereitstellung von Prognosen zur Arbeitsmarkt-

entwicklung sowohl die Angebotsseite als auch die Nachfrageseite des Arbeitsmarkts bessergestellt werden können.

Teilprojekt: Wie wird man „pluriaktiv"? Die Kombination beruflicher Aktivitäten am Beispiel ländlicher Unternehmer in Frankreich, Deutschland und Irland (Sophie Rouault)

In Frankreich kombinieren rund 30 Prozent der Landwirte ihren ersten Beruf mit einer zweiten berufliche Aktivität als Angestellte, Selbständige, im Einzelhandel oder Dienstleistungsbereich. Die Einkommen dieser „pluriaktiven" Landwirte sind doppelt bis dreifach so hoch wie die Einkommen der „monoaktiven" Landwirte.

Beispielhaft

Die Statistiken zeigen, daß diese Erwerbskombination keineswegs als marginal betrachtet werden kann, sondern im Gegenteil als eine zukunftsweisende Erwerbsform analysiert werden sollte. Hinter dem Konzept der Pluriaktivität, worauf sich diese vergleichende Studie konzentriert, steht mehr als die traditionellen „Nebenaktivitäten": der Beruf „ländlicher Unternehmer" zum Beispiel beschreibt in Frankreich eine Kombination von Landwirtschaft und Dienstleistung, die voraussetzt, daß strategische und organisatorische Kompetenzen beherrscht werden, um auf die Anfrage des lokalen Markts rechtzeitig zu reagieren.

Wie kann man diese komplexen Kompetenzen entwickeln? Machen die Berufsbildungssysteme hierfür Angebote? Analysiert wurde, wie sich diese besondere Form von Pluriaktivität in Frankreich, Deutschland und Irland in den letzten 20 Jahren entwickelt hat. Die nationalen institutionellen Rahmenbedingungen spielen hier eine wichtige Rolle (Sozialversicherungssysteme, Berufsbildungssysteme, die Rolle der beruflichen Verbände).

Teilprojekt: Sozialpartner in den Unternehmen und die Früherkennung von Qualifikationsbedarf (Isabelle Schömann)

Auf der betrieblichen Ebene gewinnt die berufliche Aus- und Weiterbildung immer mehr an Bedeutung für den modernen Produktionsprozeß. Die sich ständig wandelnden Anforderungen an Qualifikationen und ihre Umsetzung im Arbeitsprozeß erfordern die Zusammenarbeit der Sozialpartner auf vielfältige Weise. Es ist daher interessant, die Reichweite der Mitwirkungsrechte im Bereich der beruflichen Bildung auch in EU-Ländern zu untersuchen.

Fehlender Rahmen

Die Studie beschränkt sich dabei auf Beteilungsmodelle bei der Früherkennung von Qualifikationsbedürfnissen, insbesondere auf die Frage, ob Früherkennung bereits ein etabliertes Handlungsgebiet ist. Durch eine grenzüberschreitende Analyse der Beteiligungsmodelle der betrieblichen Berufsbildung in Frankreich, Finnland, den Niederlanden, in Großbritannien und Schweden kann eine Reihe von Lösungsalternativen bereitgestellt werden, die eventuell Anregungen für die deutsche Praxis geben können.

Nach dieser Analyse gewinnt die berufliche Bildung als betriebliches Aktions- und Verhandlungsfeld in fast allen ausgewählten Ländern immer mehr an Bedeutung. Dennoch fehlt es zum Teil an den notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen (gesetzliche und/oder tarifliche Regelungen), die gezielt die betrieblichen Verhandlungen im Bereich der Früherkennung von Qualifikationsbedarf fördern und gestalten.

Teilprojekt: Jobrotation – ein innovatives Instrument zur Umsetzung von erkanntem Qualifikationsbedarf in Unternehmen in der EU (Heidi Oschmiansky)

Ziel dieser Studie war es, die institutionellen Rahmenbedingungen von Jobrotation sowie die Umsetzungsergebnisse des Instruments in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und in Österreich auf der Grundlage einer sekundär-analytischen Auswertung zu vergleichen. Wie erfolgreich kann Jobrotation bei der Umsetzung seiner beiden Ziele, der Qualifizierung von Beschäftigten und der Reintegration von Arbeitslosen, sein? Welche Trends zeigen sich hier im internationalen Vergleich?

Der technologische Wandel und die Entwicklung von der Industrie- zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft haben vielfältige Auswirkungen auf den Qualifikationsbedarf. Kleine und mittelständische Unternehmen haben jedoch oft aus Kostengründen und aufgrund der dünnen Personaldecke kaum die Möglichkeit, ihre Beschäftigten für Weiterbildungsaktivitäten freizustellen. Dabei sind es vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen, die einen Mangel an qualifiziertem Fachpersonal aufweisen. Jobrotation bietet hier eine innovative Lösung des für Kleinunternehmen typischen Personalproblems.

Dänemark

In den skandinavischen Ländern, insbesondere in Dänemark, ist Jobrotation ein vielfältig erprobtes und akzeptiertes Instrument und wird von Unternehmen nicht nur zur Potentialerweiterung der eigenen Belegschaft, sondern auch für eine frühzeitige Auswahl zukünftiger Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen genutzt. Die Grundidee besteht darin, Beschäftigte aus Betrieben für betriebsgerechte Qualifizierungsmaßnahmen freizustellen. Ihre Arbeit wird für diesen Zeitraum von zuvor arbeitslosen „Stellvertretern" übernommen, die dadurch im Unternehmen praktische Arbeitserfahrungen sammeln können und somit ihre Wiedereingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt deutlich verbessern. Häufig werden sie vor dem Einsatz paßgenau qualifiziert, um den betrieblichen Anforderungen zu entsprechen. Jobrotations-Modelle gibt es mittlerweile in 14 EU-Ländern.

(2) Transparenz von Fortbildungsabschlüssen (Klaus Schömann, Ralf Mytzek, unter Mitarbeit von Jochen Dreher, Isabelle Schömann, Hildegard Theobald und Katrin Vitols)

Durch den Beschluß der Arbeitsgruppe „Aus- und Weiterbildung" im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit wurde eine Studie zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung deutscher Fortbildungsabschlüsse im internationalen Arbeitsmarkt durch das BMBF gefördert. Mangelnde Transparenz von beruflichen Abschlüssen kann eine Barriere für Arbeitskräftemobilität darstellen.

Spätestens seit der PISA-Studie der OECD ist deutlich geworden, daß Bildung zu einem wichtigen Faktor im Wettbewerb der Nationen geworden ist. Zusätzlich zum internationalen „benchmarking" stellt die Transparenz von Bildungssystemen eine wichtige Voraussetzung zur Schaffung von qualitativer Vergleichbarkeit dar. Dies schließt die Transparenz von institutionellen Strukturen, Bildungsabschlüssen, Bildungsinhalten, Qualifikationen und vermittelten Kompetenzen der jeweiligen Bildungssysteme ein.

Als zentrales Instrument dienten Fallstudien, in denen einerseits erfolgreiche Migrationen deutscher Beschäftigter ins Ausland analysiert, andererseits Personalmanager und internationale Arbeitsvermittler zu den Funktionsbedingungen internationaler Rekrutierung und Arbeitsvermittlung befragt wurden. Aus den Ergebnissen der Fallstudien wurden Handlungsoptionen entwickelt und in Bezug zur politischen Akteursebene gesetzt.

Vorreiter IT-Branche

Die Analyse der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Transparenz von beruflichen Qualifikationen hat ergeben, daß bisherige Erfolge der Bemühungen auf dieser Ebene begrenzt und heterogen waren. Während es Sektoren gibt, in denen durch die europäische Ebene eingeführte Regelungen sehr einflußreich waren (Gesundheitssektor), gibt es andere Bereiche, die von europäischen Aktivitäten so gut wie gar nicht erfaßt wurden (Automobilsektor, Finanzsektor) oder Bereiche, in denen vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels neue Wege der Kooperation zwischen der EU-Kommission und multinationalen Unternehmen des IKT-Sektors beschritten wurden. Eine Alternative zu sehr

Sektor der Fallstudie	Land 1	Land 2	Land 3
Automobil-industrie	Schweiz	Schweden	Spanien
Finanzwirt-schaft	Groß-britannien	Frankreich	Niederlande
Gesundheit	Groß-britannien	Schweden	Niederlande
ITK-Industrie	Irland	Niederlande	multinatio-nale Konzerne
Unterneh-mens-beratungen	Polen		

Tabelle Auswahl der Sektoren und Länder für die Fallstudien

ausdifferenzierten Systemen der Berufsbezeichnungen könnte die konsequente Modularisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung darstellen. Eine Vorreiterrolle nimmt schon heute das neue Aus- und Weiterbildungsmodell in der IT-Branche ein.

III Evaluation, Implementation und Politiklernen

Hier geht es um die Frage der Entwicklung unterschiedlicher Implementationssysteme der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere um die horizontale und vertikale Verflechtung der zentralen Akteure (Mehrebenensteuerung, public-private mix), um ihre Beschäftigungswirksamkeit und schließlich um die Bedingungen wirksamer Erfolgskontrolle und politischen Lernens.

(1) Effizienzmobilisierung der Arbeitsverwaltung: Leistungsvergleich und Lernen von guten Praktiken/Benchmarking (Hugh Mosley, Holger Schütz, Günther Schmid, in Kooperation mit Robert Arnkil und Markku Talonen, Finnland)

Hintergrund für das Projekt bilden die anhaltenden und kontroversen Debatten über die Effektivität und Effizienz der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Unabhängig von diesem Streit sind sowohl in der Bundesanstalt für Arbeit als auch in anderen Ländern schon seit Jahren erhebliche Reformanstrengungen unternommen worden, die wissenschaftlich nur in Ansätzen ausgewertet und für systematische Lernprozesse noch kaum aufbereitet wurden.

In dem seit 2000 von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten und bis 2003 konzipierten Projekt „Effizienzmobilisierung der Arbeitsverwaltung" arbeitet die Abteilung eng mit der finnischen Forschungsgruppe um Robert Arnkil (Social Development Corporation Hämeenlinna) zusammen. Weitere Kooperationspartner sind Dr. Randall W. Eberts (W.E. Upjohn Institute for Employment Research, Kalamazoo, Michigan) sowie Professor Dr. Harald Niklasson und Dr. Lars Behrenz (Högskolan Växjö, Schweden).

Reform-potentiale

Internationale Erfahrungen deuten auf erhebliche Rationalisierungs- und Modernisierungspotentiale der Arbeitsverwaltung hin. Die Reformen der Arbeitsverwaltung sind in einigen anderen Ländern, vor allem den skandinavischen, so weit fortgeschritten, daß die

„Erwerbslose können besser und schneller in einen neuen Job vermittelt werden, wenn sie zum Erfolg gezwungen werden. Nach einer Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB) genügt es nicht, sie finanziell zu unterstützen. Nur wenn bei zu geringem Einsatz mit dem Entzug dieser Hilfe gedroht werde, habe Arbeitsvermittlung Erfolg. In Deutschland habe sich außerdem gezeigt, dass lang laufende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kaum helfen, Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. Erfolgreicher seien kurze und betriebsnahe Angebote zur Umschulung.

Studien in mehreren OECD-Ländern hätten gezeigt, dass die Förderung von Arbeitslosen erfolgreich sei, wenn zugleich bestimmte Schritte zum Wiedereinstieg in einen Job verlangt würden, schreibt WZB-Arbeitsmarktforscher Günther Schmid."

Financial Times Deutschland
30. März 2000

systematische Einbeziehung dieser Erfahrungen in den laufenden Reformprozeß der deutschen Arbeitsverwaltung großen Erkenntnisgewinn verspricht.

Die Umsetzungsbedingungen im Kontext der deutschen Arbeitsmarktverfassung sind jedoch noch nicht erforscht worden. Innerhalb der deutschen Arbeitsverwaltung sind deutliche Hinweise zu erkennen, daß es den Arbeitsämtern trotz vergleichbarer Rahmenbedingungen und Problembelastungen ganz unterschiedlich gelingt, den Handlungsspielraum (insbesondere in seiner erweiterten und innovativen Form im SGB III) auszuschöpfen.

Vor diesem Hintergrund ist das „Lernen von den Besten", das heißt, der sowohl analytisch erklärende als auch praxisorientierte Leistungsvergleich („benchmarking") vielversprechend und dringend geboten. Ziel dieses Projekts ist deshalb die wissenschaftlich gestützte Identifizierung der „Best-practice"-Treiber, das heißt, der organisatorischen Faktoren, die eine nachhaltige Verbesserung der Leistungs- und Lernfähigkeit der Arbeitsverwaltung gewährleisten.

Methodisch wurde bzw. wird in drei Stufen vorgegangen: Erstens wurde mit Hilfe sogenannter technischer Effizienzanalysen die Bandbreite der Effizienz und Effektivität in deutschen Arbeitsämtern erfaßt. Dieser Schritt der Analyse wurde durch Fallstudien in bis zu acht Arbeitsämtern ergänzt. Bei der Auswahl wurden auch die Einschätzungen der Arbeitsverwaltung selbst berücksichtigt. In beiden Analyseschritten waren internationale Expertisen einbezogen, insbesondere das weit fortgeschrittene Know-how des Kooperationspartners aus Finnland. Zweitens wurden die technischen Effizienzanalysen durch Varianten von Performanzanalysen ergänzt, die sich stärker an arbeitsmarktpolitischen Maßstäben und Einzelbereichen ausrichten. Drittens ist eine schriftliche Erhebung der Implementationsbedingungen bei Arbeitsämtern und ausgesuchten Schlüsselakteuren vorgesehen. Mit weiteren systematisch ausgewählten Fallstudien sollen die bis dahin erzielten Ergebnisse praxisnah überprüft, vertieft und modifiziert werden. Ziel ist es, die praktischen Bereiche für aussichtsreiche und gestaltungsfähige Veränderungen zu identifizieren.

(2) Evaluation langfristiger Auswirkungen der Arbeitsmarktpolitik (Markus Gangl)

Seit Juli 2001 arbeitet Markus Gangl als neuer wissenschaftlicher Projektleiter in der Abteilung. Er hat zuvor am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung im Rahmen eines EU-geförderten TSER-Projekts zu Berufseinstiegsprozessen in den Ländern der Europäischen Union gearbeitet und an der Universität Mannheim mit einer vergleichenden Analyse der Dynamik von Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland und den U.S.A. promoviert. Aus diesen Arbeiten erschien inzwischen eine Reihe von Zeitschriftenpublikationen und Buchbeiträgen; zudem ist Markus Gangl Mitherausgeber eines Sammelbands mit dem Titel „Transitions From Education to Work in Europe", der voraussichtlich 2002 bei Oxford University Press erscheinen wird. Ebenfalls 2002 wird seine Dissertation „Unemployment dynamics in the United States and West Germany" erscheinen.

Längsschnittdaten

Diese Vorarbeiten ergänzten das Abteilungsprogramm durch ihre empirische Analyse von Arbeitsmarktübergängen und -prozessen, die an ähnliche Arbeiten und Veröffentlichungen der Abteilung anknüpfen. Dementsprechend werden diese ländervergleichenden Analysen von Längsschnittdaten ausgebaut und weiterentwickelt, vorwiegend zur Evaluierung von Arbeitsmarktpolitik (Wirkung zentraler wohlfahrtsstaatlicher Institutionen wie Transferleistungen, aktiver Arbeitsmarktpolitik und Familienpolitik auf Erwerbsbeteiligung und Erwerbsverläufe, analysiert anhand ausgewählter Längsschnittdatensätze).

(3) Kognitive Determinanten der Politikwahl (Silke Bothfeld)

Risikohafte Übergänge zwischen verschiedenen Erwerbsstatusformen sind ein Phänomen, das die Erwerbsverläufe in zunehmendem Maße kennzeichnen. Besonders Frauen sind aufgrund der ihnen zugeordneten Hauptverantwortung für die Erziehungsarbeit dem Risiko der Dequalifizierung oder der Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt nach wie vor ausgesetzt. Aus dem Konzept der Übergangsarbeitsmärkte lassen sich institutionelle Lösungen – wie etwa die Reform des Erziehungsurlaubs – ableiten,

die diese Risiken mindern und die Integration von Frauen in das Beschäftigungssystem verbessern.

Elternurlaub

In dem Dissertationsprojekt wird nach den Durchsetzungschancen einer egalitären Elternurlaubsregelung gefragt, und die Momente der Problemdefinition und der Politikformulierung werden ins Zentrum der Analyse gerückt. In zwei vergleichenden Fallstudien (Deutschland und Frankreich) untersucht Silke Bothfeld, inwiefern sich „kognitive Barrieren" bei den politischen Akteuren als Determinanten für eine Politikwahl identifizieren lassen. Dabei können Vorstellungen über Gerechtigkeit und Gleichheit ebenso wie Annahmen über Kausalbeziehungen eine entscheidende Rolle spielen.

(4) Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung (Günther Schmid, Frank Oschmiansky)

Im Rahmen eines auf zwölf Bände angelegten Werks zur „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945" hat die Abteilung im April 1998 den Beitrag zur „Geschichte der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung" übernommen. Das Gesamtwerk wird gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und dem Bundesarchiv in Koblenz herausgegeben.

In sieben Zeitabschnitten (1945–49, 1949–57, 1958–66, 1966–74, 1975–82, 1982–89 und 1989–94) wird aufgezeigt, wie sich Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entwickelten, wie die Arbeitsmarktpolitik darauf reagierte und welche Wirkungen sie hatte. Dabei werden die Verknüpfungen der Arbeitsmarktpolitik mit anderen Politikbereichen beachtet, und alle Beiträge zu den historischen Einzelabschnitten werden einen spezifischen theoretischen Bezugsrahmen und einen dokumentarischen Textteil enthalten.

Historische Fundierung

In den Beiträgen der Abteilung wurden einleitend theoretische Grundlagen zu einzelnen Aspekten der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsmarktpolitik gelegt (Band 2: Prinzipien der Policy-Forschung, Effizienz und Gleichheit; Band 3: Das arbeitsmarktpolitische Ziel- und Wirkungssystem; Band 4: Lohn- und Berufsbildungspolitik; Band 5: „Aktive" Arbeitsmarktpolitik; Band 6: Segmentationstheorien; Band 7: Entscheidungstheorien; Band 11: Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik). Alle Beiträge enthalten außerdem einen historisch beschreibenden und analysierenden Teil sowie eine Dokumenten-Sammlung mit überwiegend zuvor unveröffentlichtem Material. Da im Forschungsansatz der Abteilung die These der „Pfadabhängigkeit" eine zentrale Rolle spielt, ist die historische Fundierung der Arbeitsmarktpolitik ein unentbehrlicher Bestandteil der Abteilungsforschung.

*

Berufungen

Günther Schmid wurde im Jahr 2000 zum Mitglied und Berichterstatter der Benchmarking-Gruppe im Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit berufen. Außerdem wurde er vom Minister für Arbeit und Bau und stellvertretenden Ministerpräsidenten Mecklenburg-Vorpommerns, Helmut Holter, zum Mitglied der „Denkwerkstatt 2020" ernannt. Weiterhin wurde er von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Begutachtung des Antrags der Universität Jena auf Einrichtung eines Sonderforschungsbereichs „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systembruch – Diskontinuität, Tradition und Strukturbildung" und vom brandenburgischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Frauen in die Jury des Ideentwettbewerbs „Moderne Arbeitszeiten in Brandenburg – Förderung von Initiativen zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung und zum Abbau von Überstunden" berufen.

Festschrift

Initiiert durch den Vertreter des Geschäftsführenden Direktors des Forschungsschwerpunkts Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Christoph Albrecht, organisierten wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung" in den Jahren 2000 und 2001 aus Anlaß des 60. Geburtstags von Günther Schmid im März 2002 die Herausgabe des Buchs "Labour Markets, Gender and Institutional Change – Essays in Honour of Günther Schmid".

Herausgeber sind Hugh Mosley, Jacqueline O'Reilly und Klaus Schömann. Die Beiträge wurden von Arbeitsmarktforschern und -forscherinnen geschrieben, mit denen Günther Schmid und die Abteilung im Verlauf der 90er Jahre kooperiert haben. Es handelt sich um Beiträge aus der aktuellen Forschung der

Autoren, die vergleichbare Fragestellungen (Übergangsarbeitsmärkte, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik im Kontext der Globalisierung, die „Gender"-Dimension bei der Integration in Arbeitsmärkte, institutionelle Regelungen zur Kontrolle der sozialen Risiken angesichts der Erosion des Normalabeitsverhältnisses) empirisch und theoretisch bearbeiten wie Günther Schmid. Das Buch erschien im Verlag Edward Elgar in Großbritannien, der bereits mehrere Bücher der Abteilung verlegt hatte.

Fellowship

Jacqueline O'Reilly war von Februar bis Juli 2000 als Jean-Monnet-Fellow an der Europäischen Universität in Florenz und setzte dort ihre Habilitationsarbeiten zum Thema „Gender Contract" sowie die Herausgebertätigkeiten für den Band „Working Time Changes" fort, in dem als einem von vier Bänden die Ergebnisse des dreijährigen internationalen, von der EU-Kommission im Rahmen des „Targeted Socio-Economic Research (TSER)"-Programms geförderten Forschungsnetzwerks „Soziale Integration durch Übergangsarbeitsmärkte" veröffentlicht werden. Daneben unterrichtete sie gemeinsam mit Professor Colin Crouch zu Problemen der Typologie-Bildungen bei international vergleichender Forschung. Im Jahr 2000 wurde sie in das internationale Herausgebergremium der Zeitschrift „Work, Employment and Society" berufen, in das Herausgebergremium der Zeitschrft „Economic and Social Review" und zur europäischen Herausgeberin der Zeitschrift „Gender, Work and Organization" berufen. 2001 wurde sie in den wissenschaftlichen Beirat des Centre des Etudes d'Emploi, CNRS, Paris, berufen, ebenfalls 2001 in den wissenschaftlichen Beirat des Hans-Böckler-Stiftung-Projekts zu „Gender Mainstreaming". Von Mai bis November 2001 war sie in Elternzeit.

Preis

Dr. Birgitta Rabe, bis 1998 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung", hat für ihre Dissertation mit dem Titel „Verhandlungen in der Arbeitsmarktpolitik – Eine spieltheoretische Analyse der Implementation von Lohnkostenzuschüssen in Ostdeutschland" den zweiten Preis des Joachim-Tiburtius-Preises erhalten, der alljährlich vom Land Berlin für herausragende Doktorarbeiten vergeben wird.

Gastwissenschaftler

Dr. Sabine Berghahn, Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften (OSI) der Freien Universität Berlin, war im Jahr 2000 drei Monate Gastwissenschaftlerin der Abteilung. Sie arbeitete in dieser Zeit an einem Buchmanuskript zur normativen Gleichstellungsentwicklung der Geschlechter in Deutschland und den damit verbundenen Widersprüchen und Inkonsistenzen.

Dr. Eunice Rodriguez, Asisstant Professor im Department of Policy Analysis and Management der Cornell University, Ithaca, U.S.A., arbeitete sowohl 2000 als auch 2001 als gemeinsame Gastwissenschaftlerin der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung" und der Arbeitsgruppe „Public Health" am WZB. Ihr jeweils mehrwöchiger Aufenthalt wurde mit einem Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung gefördert. Sie forschte in dieser Zeit zum Einfluß unterschiedlicher institutioneller Regelungen im Gesundheits- und Sozialbereich in den U.S.A. und Deutschland auf die gesundheitlichen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und Arbeitsbedingungen.

Lehre

Günther Schmid und Dietmar Dathe unterrichteten an der Freien Universität Berlin bzw. der Humboldt-Universität zu Berlin über Forschungsthemen aus der Abteilung und vermittelten so neue Forschungsergebnisse in die akademische Lehre. Sie betreuten Seminar- und Diplomarbeiten; Günther Schmid war auch an mehreren Promotionsverfahren als Erst- oder Zweitgutachter beteiligt.

Abteilung „Organisation und Beschäftigung"

Grundlagen

In der Abteilung werden Prozesse der Internationalisierung analysiert; dies geschieht sowohl hinsichtlich der institutionellen und akteursbezogenen Voraussetzungen als auch der politischen, sozialen und ökonomischen Implikationen. Ausgangspunkt des Forschungsprogramms ist die immer stärker wachsende Bedeutung der Wechselwirkungen zwischen nationalen Politiken und internationalen Strukturen sowie Handlungslogiken.

Prozesse der Internationalisierung führen zu einer Zunahme und größer werdenden Komplexität transnationaler Zusammenhänge. Dabei verstärken sich die politischen und ökonomischen Veränderungsdynamiken wechelseitig, denn die politische Internationalisierung kann nicht auf die Internationalisierung von Unternehmen reduziert werden. Mit anderen Worten: die gesellschaftlichen Problemdefinitionen und die institutionellen Problembearbeitungen können nicht mehr nur in nationalstaatlichen Kategorien gefaßt werden.

In den derzeitigen Projektfeldern wird der Modus der Internationalisierung auf zwei Ebenen untersucht:

- der Ebene der politischen (Re-)Regulierung (Analyse von Entgrenzungen);
- der Ebene der Organisationsveränderungen (Analyse der Prozesse innerhalb und zwischen Organisationen/Unternehmen).

Die Perspektive des internationalen Vergleichs, die bereits das frühere Forschungsprogramm prägte, wurde beibehalten. Sie findet sich in Analysen der Internationalisierung mit den entsprechenden Ansätzen (effet sociétal, national business systems, varieties of capitalism) wieder.

Im Blick auf das forschungsleitende Interesse an der Klärung von Prozessen – um also die Dynamiken in politisch-ökonomischen Systemen zu fassen – werden Verknüpfungen mit anderen sozioökonomischen und politikwissenschaftlichen Ansätzen vorgenommen (international relations, internationale politische Ökonomie, epistemic communities, internationale Netzwerke, global commodity chains).

Europa

Das theoretisch-konzeptionelle Ziel des Forschungsprogramms ist es, einen Beitrag zur Erneuerung der historisch-institutionalistischen Organisationsforschung zu leisten. Der geographische Bereich, auf den sich das Augenmerk vorrangig richtet, ist Europa; es handelt sich hier um einen spezifisch verdichteten institutionellen Raum.

Vorrangig bearbeitet werden die Felder Logistik, Dienstleistungsintermediäre und Einzelhandel. Die Auswahl der Projektfelder spiegelt gemeinsame und kontrastierende Kriterien:

- in allen Feldern sind Dienstleistungen wichtig bis dominant und damit Branchen, in denen die Internationalisierung – verglichen mit dem Produktionssektor — erst relativ spät besondere Dynamiken entfaltet hat;
- in allen Feldern ist nicht nur eine besondere „Betroffenheit" von Internationalisierung zu konstatieren, sondern die jeweiligen Akteure sind gleichzeitig auch aktive Gestalter der Internationalisierungsprozesse;
- die Felder unterscheiden sich aber hinsichtlich der jeweils wichtigsten Akteure (staatliche Stellen der verschiedenen Ebenen vs. privatwirtschaftliche Organisationen) und der zentralen Interaktionsebenen (innerbetrieblich, zwischenbetrieblich, nationale/internationale Verbände, kommunal, national, supranational).

Entsprechend werden verschiedene Formen, Tempi und Stadien der Internationalisierung untersucht:

- Im Projektfeld „Logistik" wird die Neuschneidung eines Sektors im Zusammenhang mit der EU-Integration und -Erweiterung analysiert. Untersucht werden die Reorganisationspfade großer Unternehmen auf der Grundlage der Dimensionen Internationalisierung, Diversifikation und In-

tegration; wichtig ist dabei der Zusammenhang zwischen Unternehmensreorganisation und politischer Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem.

– Im Projektfeld „Professionen“ wird das Verhältnis von Internationalisierungsstrategien und professionellen Standards analysiert. Dabei geht es um den Wandel von Geschlechterverhältnissen in wissensintensiven Dienstleistungen sowie um die Organisation und Dynamik von Professionen am Beispiel der Unternehmensberatung. Eine weitere Studie über die Rolle von Wirtschaftsanwälten, -prüfern und Investmentbankern im Internationalisierungsprozeß ist angelaufen.

– Im Projektfeld „Einzelhandel“ stehen die grenzüberschreitende Restrukturierung der Wertschöpfungskette von großen deutschen Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels und der Nahrungsgüterindustrie sowie der Wandel (groß-)städtischer Raumstrukturen angesichts der Internationalisierung im Mittelpunkt zweier Projekte.

Projektfeld Transnationale Vernetzungsorganisation

Im Zentrum der Forschung des Projektfelds „Transnationale Vernetzungsorganisation“ stehen informations-, arbeits- und zunehmend kapitalintensive Unternehmen bei produktionsbezogenen Dienstleistungen (Transport- und Logistikkonzerne, Informations- und Kommunikationsdienstleister). Sie sind wichtige Verbindungsglieder und Schnittstellen in arbeitsteiligen Wertschöpfungsprozessen. Gleichzeitig steht dieses Feld für die Phänomene emergenter Sektoren (Logistik-, Informations- und Multimediasektor), die sich aufgrund von Wechselwirkungen sozialer, wirtschaftlicher und politischer Prozesse und Akteure – teilweise unterstützt durch technische Innovation – herausbilden.

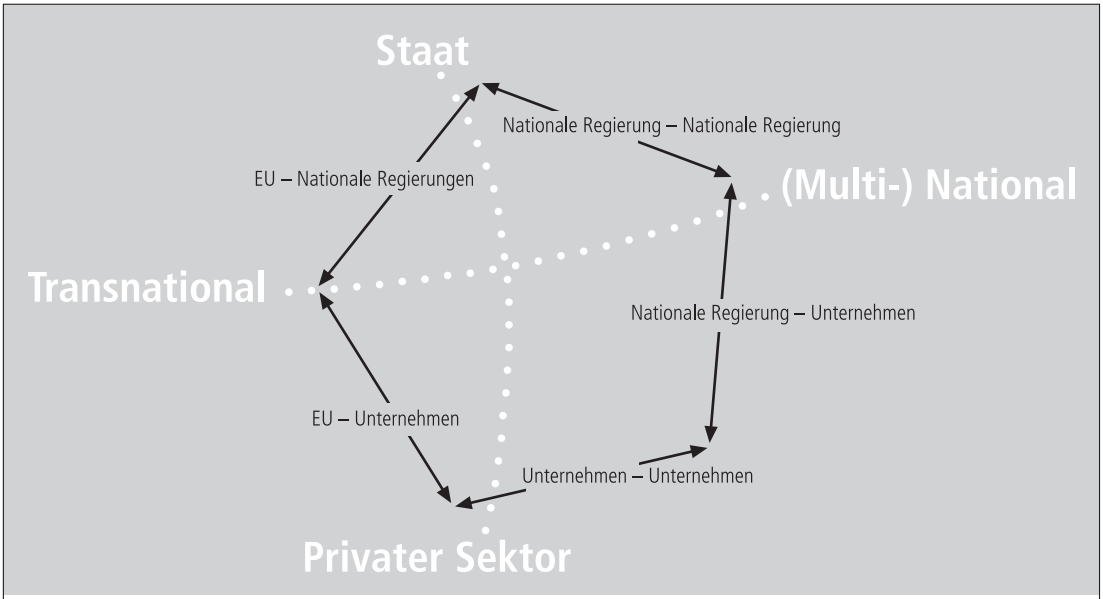


Abbildung 1
Institutionalisierte „Europäische Fünfeckbeziehungen“ zwischen öffentlichen und privaten Akteuren
Quelle: Eigene Darstellung, basierend auf „triad relationships“, entworfen von Stopford/Strange (1991, 22)

Die zentralen Dynamiken in den Reorganisationsprozessen der europäischen Mehrebenenregulierungen und globalen Liberalisierungsanstrengungen im Dienstleistungssektor können sowohl als Auslöser als auch als Resultante konzeptualisiert werden. Transnationale Organisations- und Regulierungszusammenhänge gewinnen sowohl auf privatwirtschaftlicher als auch auf öffentlich-staatlicher Seite zunehmend Gewicht bei der Steuerung von diesen ehemals besonders „staatsnahen Branchen".

Logistiksteuerung

Das von Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe und Stefano Vescovi bearbeitete Projekt „Logistiksteuerung zwischen Europäisierung und Globalisierung" wurde von Oktober 1999 bis November 2001 durchgeführt und von der Volkswagen-Stiftung im Rahmen ihres Förderungsschwerpunkts „Regulierung der Globalisierung" unterstützt. Das Ziel des Vorhabens bestand darin, den Zusammenhang zwischen dynamischer europäischer Unternehmensreorganisation und der Veränderung der europäischen Interessenvertretung zu klären. Als Beispiel wurde der emergente Transport-, Post- und Logistiksektor gewählt. Das Interesse für diesen Sektor resultierte aus

- der bis dahin beispiellosen Dynamik der gemeinsamen europäischen Verkehrspolitik der 90er Jahre,
- der enormen Reorganisationsdynamik großer europäischer Transport- und Logistikkonzerne sowie
- aus einer parallelen starken Zunahme und Veränderung der Unternehmensverbände und des Konzernlobbying in diesem Bereich.

„Fünfeck"

Im Rahmen eines akteurszentrierten, historisch-institutionalistischen Ansatzes zielte die empirisch-vergleichende Methodologie des Projekts darauf, europäische Transformations-, Institutionalisierungs- und Reorganisationsprozesse in ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu untersuchen. Dazu wurde in Abgrenzung zu Studien, die eine anhaltende Dominanz nationalstaatlicher Akteure oder eine lineare Hierarchie supranationaler Institutionen postulieren, ein Modell europäischer „Fünfeckbeziehungen" zugrundegelegt, das sowohl Machtasymmetrien zwischen verschiedenen Akteuren zuläßt als auch die unterschiedlichen Reichweiten supranationaler Entscheidungskompetenzen berücksichtigt (vgl. Abbildung 1).

Entlang der Begrenzungslinien des Fünfeck-Modells, die spezifische Struktur- und Handlungsverhältnisse thematisieren, werden im folgenden einige Ergebnisse des Projekts skizziert. Die Ausgangshypothese einer Verlagerung von verkehrspolitischen Kompetenzen von der nationalen und intergouvernementalen Ebene auf die supranationale Ebene findet im Verhältnis zwischen der EU-Ebene und den nationalen Regierungen sowie den Verhältnissen zwischen Mitgliedstaaten eine differenzierte Bestätigung.

Abteilung „Organisation und Beschäftigung"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Diplom-Volkswirt Christopher Bahn	2001
Alev Deniz	1998
Dr. Christoph Dörrenbächer	2001
Anja Fahrenholz	2001
Brigitte Freihoff	1976
Marc Kaulisch	2001
Diplom-Agraringenieurin Martina Padmanabhan	2001
Sylvia Pichorner	1979
Dr. Dieter Plehwe	1996
Dr. Sigrid Quack	1991
Professorin Dr. Hedwig Rudolph	1990
Anne Schüttpelz	1995
Michael Wortmann M.A.	2001
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Diplom-Politologin Dorothee Bohle	1994–1999
Dr. Felicitas Hillmann	1994–2000
Dr. Hildegard Theobald	1998–2000

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Die Zusammenhänge zwischen Unternehmensreorganisation und -politik wurden auf der Basis einer unternehmensbezogenen Branchenanalyse ermittelt. Dabei geraten die Beziehungen zwischen „nationalen Regierungen und (öffentlichen/privaten) Unternehmen“ ebenso ins Zentrum der Analyse wie die Beziehungen zwischen Unternehmen, weil endogene Variablen der Reorganisation die Veränderung der Unternehmenspolitik alleine nicht erklären.

Thematisiert werden auch die inhaltlichen und organisatorischen Veränderungen privater Interessenpolitik auf supranationaler Ebene (Verhältnisse „Unternehmen – Unternehmen“ sowie „supranationale Institutionen – Unternehmen“) und die sich herausbildenden Governance-Muster im Spannungsfeld von supranational fragmentierter, aber in bestimmten Bereichen und Formen koordinierter Steuerung.

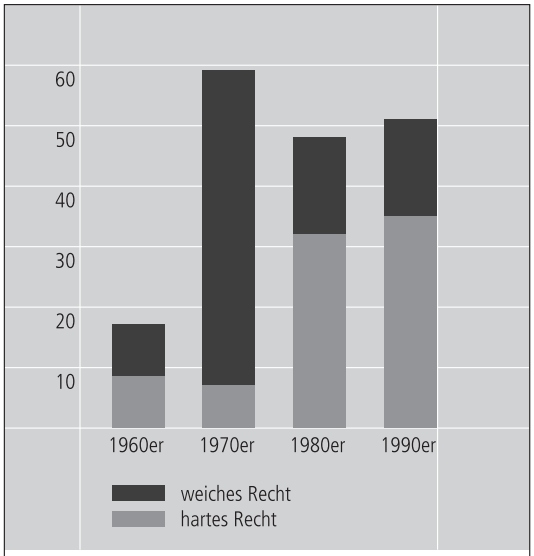


Abbildung 2
Entwicklung der Europäischen Transportgesetzgebung (Zahl der Rechtsakte bezüglich land-gestützter Verkehre)
Quelle: Eurolex 7.05 bis 7.20.60, bezogen auf die im Projekt untersuchten Branchen (ohne Rechtsakte betreffend See-, Luft- und Personenverkehr sowie Außenbeziehungen)

Kompetenzverlagerung auf die supranationale Ebene

Der Transportsektor und die gemeinsame europäische Verkehrspolitik eignen sich besonders gut, die Defizite herkömmlicher Ansätze in der Europäischen Integrationstheorie zu verdeutlichen. Formal wurde die gemeinsame europäische Verkehrspolitik bereits mit den Römischen Verträgen verbindlich geregelt und ein Autoritätstransfer (Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen spätestens bis 1969) beschlossen. Die tatsächlich zu beobachtende Stagnation bis zur Mitte der 1980er Jahre kann im Rahmen des intergouvernementalen Ansatzes in der Tradition neorealistischer Regimetheorie erklärt werden: Die Mitgliedsstaaten ignorierten weitreichende vertragliche Verpflichtungen.

Allerdings greift der Ansatz nicht, um die Transformationsdynamik seit 1985 zu erfassen. Zu diesem Zeitpunkt setzten sich supranationale institutionelle Akteure in Gestalt des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission sowie insbesondere des Europäischen Gerichtshofs vielfach gegen die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten durch. Daraufhin fand ein tiefgreifender Wandel der europäischen Transportpolitik statt, der nicht zuletzt in einer deutlichen Kompetenzverlagerung von der nationalen auf die supranationale Ebene resultierte.

EU-Ebene

Diese Verlagerung läßt sich zunächst anhand des Kompetenzgewinns wichtiger EU-Institutionen nachzeichnen. Wesentliche Schritte – mit deutlichen Folgen auch für die Verkehrspolitik – waren:

- die Einführung des Mehrheitsverfahrens im Europäischen Rat,
- die Ausdehnung der Mitentscheidungsbefugnisse des Europaparlaments,
- eine zunehmende Verantwortung der Kommission für die Infrastrukturpolitik,
- die präzedenzlose Nutzung wettbewerblicher Kompetenzen durch die Kommission und schließlich auch
- die sukzessive Entwicklung eines eigenständigen europäischen Rechtstypus durch den Europäischen Gerichtshof, der nationalen Regierungen immer weniger interpretativen Spielraum läßt.

Allerdings führt die ausschließlich auf Institutionen und institutionelle Akteure bezogene Analyse nicht weit genug bzw. sogar in die Irre, wenn die Verlagerungsthese von der nationalen auf die supranationale Ebene uneingeschränkt unterstellt wird. Die Hypothese der neuen europäischen Einflußlogik bedarf der Überprüfung realer Politikentwicklung, beispielsweise mittels einer Analyse der Ergebnisse der europäischen Gesetzgebungstätigkeit. Sie läßt sich auf dieser Basis sowohl erhärten als auch differenzieren.

Transportrecht

Eine quantitative, longitudinale Analyse der Entwicklung des europäischen Transportrechts ergibt bei Berücksichtigung aller Gesetzgebungsakte zunächst ein der Hypothese zunehmender Verlagerung widersprechendes Ergebnis: Die europäische Gesetzgebungstätigkeit war in den 1970er Jahren am höchsten. Erst eine Differenzierung nach den unterschiedlichen Formen des europäischen Rechts bestätigt die Annahme einer Verlagerung von Kompetenzen. Werden harte Gesetzgebungsakte (insbesondere Verordnungen und Direktiven) von sogenanntem „soft law" (insbesondere Meinungsäußerungen der Kommission zu Gesetzen einzelner Länder) getrennt analysiert, so zeigt sich ein starkes Anwachsen des harten Europarechts seit Beginn der 1980er Jahre (vgl. Abbildung 2).

Gleichwohl scheint das Wachstum des harten Europarechts in den 1980er Jahren die These der Verlagerung zu widerlegen, weil die zuvor beschriebenen institutionellen Verschiebungen eine deutliche Steigerung erst in den 90er Jahren nahelegen würden. Eine genauere Aufschlüsselung der Gesetzgebungsbereiche im Transport verdeutlicht indes, daß das Wachstum in den 80er Jahren beinahe ausschließlich auf Gesetzgebung im Bereich der Infrastrukturpolitik zurückzuführen ist, die in den 90er Jahren aus dem Bereich des Transportrechts herausgenommen wurde und weiter stark expandierte. Ein klares Wachstum des harten Europarechts zeigt sich in den 90er Jahren indessen erwartungsgemäß im Bereich der Marktordnungspolitik, aber auch in den Bereichen der allgemeinen Verkehrspolitik (institutionelle und programmatische Regelungen, Statistik etc.), der Sozialpolitik sowie der Technologiepolitik.

Verordnungen/ Direktiven

Als weitere aussagekräftige Unterscheidung im europäischen Rechtskorpus bietet sich die Differenzierung zwischen Verordnungen und Direktiven an. Während Verordnungen unmittelbar zu national geltendem Recht werden, setzen Direktiven einen supranationalen Rechtsrahmen, der durch nationale Gesetze implementiert und ausgestaltet werden muß. Unter insgesamt 57 Gesetzgebungsakten bis zum Jahr 2000 waren 36 Verordnungen und 21 Direktiven. Auch hier finden sich je nach Politikfeld und Branche unterschiedliche Entwicklungen; zum Beispiel dominierten im Straßengüterverkehr eindeutig Verordnungen, während bislang im Bereich Bahn- und Postpolitik überwiegend Direktiven zur Anwendung kamen.

Aus diesen Entwicklungen ist zu schließen, daß Kompetenzverschiebungen zu Politikverlagerungen geführt haben, die mit allgemein bleibenden Analysen europäischer Gesetzgebung nicht erfaßt werden bzw. – wie das Beispiel der Transportpolitik zeigt – sogar in die Irre führen können. Eine Analyse, die sich auf die formale Anordnung der Akteure und geltende Rechtsakte beschränkt, läßt keine generalisierenden Schlüsse zu und wird den prozessierenden Dynamiken und Widersprüchen des europäischen politischen Systems nicht gerecht. Über das Verhältnis supranationale vs. nationale staatliche Institutionen hinaus müssen die strukturierten Beziehungen zwischen nationalen Regierungen und privaten Akteuren, die grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenhänge sowie das Verhältnis zwischen Unternehmen und supranationalen institutionellen Akteuren berücksichtigt werden.

Politische Konsequenzen unternehmerischer Reorganisationsstrategien

Unter der Annahme, daß insbesondere die Großkonzerne des emergenten Transport-, Post- und Logistiksektors erheblichen direkten Einfluß auf die Transportpolitik nehmen können (durch eigenständiges Lobbying und aufgrund von disproportional hohem Einfluß in europäischen Verbänden), während kleinere Unternehmen weiterhin auf kollektive Strategien in nationalen Verbänden und europäischen Föderationen nationaler Verbände angewiesen sind, wurden etwa 50 Großkonzerne mit einem Unternehmensumsatz von mehr als 500 Millionen

Euro recherchiert. Aus diesem Sample wurden insgesamt zwölf Unternehmen aus drei Herkunftsmärkten (Postorganisationen, Güterbahnen, Speditionen) ausgewählt und entlang der wesentlichen Reorganisationsdimensionen, von denen ein starker Einfluß auf die verkehrspolitischen Positionen der Unternehmen zu erwarten war, detailliert untersucht.

Folgende drei Reorganisationsdimensionen waren Gegenstand der Untersuchung: Internationalisierung, Diversifikation und Art der Unternehmenskontrolle (manageriale vs. Finanzmarktkontrolle). Im Ergebnis fielen jeweils zwei Unternehmen aus den Bereichen Post, Bahn und Spedition als außergewöhnlich proaktiv auf; ihnen wurden jeweils zwei Unternehmen mit moderateren Reorganisationspfaden und -profilen gegenübergestellt.

Lobbying

Bezogen auf die organisatorischen Lobby-Strategien zeigte sich deutlich ein starker Einfluß von „economies of size“: Alle Großkonzerne haben im Laufe der 1990er Jahre ihre Aktivitäten im direkten Lobbying – nicht zuletzt auf der europäischen Ebene – erheblich verstärkt; Public Affairs-Büros wurden in Brüssel auf- oder ausgebaut. Ferner kam es zu einer engeren Verschränkung der zuvor eher getrennt laufenden kommerziellen Managementarbeit und der politischen Interessenvertretung in Brüssel.

Keiner der großen Transportkonzerne vermittelte den Eindruck, daß das Niveau und die Intensität der europäischen Interessenvertretungsarbeit in absehbarer Zeit sinken wird, eher im Gegenteil. Allerdings gaben einige Unternehmen an, daß sie sich für zu klein halten, um eigenständig in Brüssel Einfluß zu nehmen.

Neben der deutlichen Zunahme des direkten Lobbying zeigt sich auf der supranationalen Ebene auch ein starker Zuwachs an indirekten Lobbyaktivitäten.

Während von 1945 bis 1980 insgesamt 23 Unternehmensverbände im Transportsektor gegründet wurden, waren es in den 80er und 90er Jahren 31 Verbände, darunter 23 Verbandsgründungen in den 90er Jahren. Das starke Ansteigen der Verbandsgründungen ist zum einen eine direkte Folge der Herauslösung öffentlicher Unternehmen im Eisenbahn- und Postverkehr aus nationalen Administrationen unter Trennung von operativen und regulativen Funktionen.

Zum anderen verstärken die Verlagerung der Gesetzgebungstätigkeit in supranationale Arenen und der zunehmende Organisationsgrad der verladenden Wirtschaft den Organisationsbedarf der Transportanbieter. Schließlich führen auch wachsende Spannungen zwischen sich proaktiv oder aber moderat reorganisierenden Unternehmen und zwischen unterschiedlichen nationalen Verbänden – etwa bezogen auf die Frage der Liberalisierung – zur Aus- bzw. Neugründung von Verbänden.

Ertrag

Auf methodischer Ebene erwies sich der Ansatz einer Kombination unternehmenszentrierter Branchenanalyse mit dem „Europäischen Fünfeckmodell" strukturierter Handlungszusammenhänge als ertragreich für die Untersuchung von Veränderungen der Unternehmenspolitik sowie der europäischen Mitglieder- und Einflußlogiken in Verbänden. Gegenüber den ursprünglichen Formulierungen (Schmitter/Streeck) wurde eine Erweiterung vollzogen, indem die supranationale Institutionenebene (und damit vielseitigere Dynamiken europäischer Mehrebenenpolitik) der empirisch-vergleichenden Forschung zugänglich gemacht wurden.

Der theoretische Ertrag bezieht sich insbesondere auf die Europäischen Integrationstheorien: Ein organisch/systemischer polit-ökonomischer Governance-Ansatz zeigt sich überlegen sowohl gegenüber supranational-institutionalistischen Ansätzen (welche die supranationale Institutionenebene überbetonen) als auch gegenüber intergouvernementalen Theorien (welche diese unterschätzen). Allerdings ist eine begrenzte Verallgemeinerungsfähigkeit der Ergebnisse aufgrund der Fokussierung auf spezifische Branchen im Logistiksektor zu konzedieren. Weitere gezielte Branchen- bzw. Sektorenstudien sind erforderlich, um die Reichweite des Ansatzes auszuloten.

Projektfeld Professionen

Das Projektfeld Professionen befaßt sich mit Internationalisierungsprozessen im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Die Internationalisierung dieser Branchen weist spezifische Dynamiken auf, weil sie sich im Spannungsfeld von multinationalen Organisationsformen und nationalstaatlicher Regulierung von Professionen bewegt. Die Internationalisierung von Dienstleistungsintermediären ist von besonderem Forschungsinteresse, da diese Unternehmen wichtige Koordinationsaufgaben innerhalb europäisierender und globalisierender Wirtschaftsräume wahrnehmen.

Dienstleistungen

Dienstleistungsintermediäre tragen dabei nicht nur durch die grenzüberschreitende Vermittlung von Wissen, Kapital und Materialflüssen zur Senkung der Transaktionskosten bei, wie es ökonomische Betrachtungsweisen akzentuieren, vielmehr gehen von der grenzüberschreitenden Tätigkeit der Dienstleistungsintermediäre auch wichtige Impulse für die Entstehung und Institutionalisierung „privater internationaler Regime" aus.

Historisch gesehen haben sich Dienstleistungsintermediäre insbesondere in angelsächsischen Ländern entwickelt, deren sozioökonomischer Kontext gekennzeichnet ist durch ein liberales Staatsmodell, eine Laissez-faire-Politik in vielen Bereichen sektoraler Regulierung sowie eine starke Fragmentierung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilsphären. Es erscheint nicht zufällig, daß heute insbesondere Dienstleistungsintermediäre aus diesen Ländern auf internationaler Ebene dominant sind – folgen doch die sich herausbildenden transnationalen Governance-Mechanismen in vielen Sektoren noch am ehesten dem neoliberalen Regulierungsmodell. Die Analysen beziehen sich auf die Tätigkeitsfelder von Unternehmensberatungen, Investmentbanken, Wirtschaftsanwälten und Wirtschaftsprüfern.

Professionalisierungsstrategien in der Unternehmensberatung

Die Untersuchung zu Professionalisierungsstrategien in der Unternehmensberatung verfolgt ein ausdrückliches Interesse an geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Internationalisierungsprozesse. In dem auch in Deutschland stark expandierenden Markt für Unternehmensberatung zeichnen sich seit etwa einem Jahrzehnt zwei Trends ab:

– ein wachsender Zugang von Frauen als Beraterinnen und

– eine Internationalisierung der Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob eher verbandliche Professionalisierungsstrategien oder unternehmensspezifische Politiken den beruflichen Interessen von Frauen in diesem – nicht als „Profession" geschützten – Tätigkeitsfeld zur Geltung verhelfen. Dabei interessieren einerseits die Veränderung der beruflichen Chancen von Frauen in Beratungsunternehmen im Zusammenhang mit Marktstrategien, Organisationsstrukturen und Personalpolitiken im Kontext von Internationalisierung. Andererseits wird untersucht, wie die Berufsverbände in ihren Aktivitäten zur Interessenvermittlung und ihren Bemühungen zur Mitgliedergewinnung der wachsenden Zahl von Beraterinnen Rechnung tragen.

Frauen im Beruf

Als konzeptionelle Basis werden mehrere theoretische Diskurslinien verknüpft. Neben der Perspektive des historischen Institutionalismus wird Abbot (1988) mit seiner dynamischen Konzeption von „Profession" (Zuständigkeit für die Problemlösung als Ergebnis von Aushandlungsprozessen in verschiedenen „Arenen") und die von Streeck/Schmitter (1985) entwickelten Konzepte „Mitgliedschaftslogik/Einflußlogik" zur Analyse der Interessenvermittlung über Verbände herangezogen. Prozesse der Internationalisierung und ihre Akteure werden hinsichtlich der relativen Bedeutung und Regulierungskraft von Unternehmen, Verbänden, Markt und öffentlichen Stellen analysiert – mit besonderem Akzent auf den beruflichen Perspektiven von Frauen in dieser Branche.

In einer ersten Phase der empirischen Annäherung wurden dazu sechs Verbände in Deutschland und auf europäischer Ebene untersucht. Alle Verbände optieren für gemäßigte Qualifikationsanforderungen beim Berufszugang. Dies ist im Zusammenhang mit der Einführung der Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarkts zu sehen, stellt aber auch einen Kompromiß zwischen Mitgliedsunternehmen unterschiedlicher Größe dar. Eine Diskussion um Berufschancen für Frauen findet auch nicht ansatzweise statt. Unternehmensberaterinnen selbst engagieren sich selten in Verbänden und sind in Verbandsfunktionen höchstens ausnahmsweise zu finden.

Auch die Internationalisierungsprozesse und die europäische Ebene spielen keine wichtige Rolle in der Verbandsarbeit. Da in der Unternehmensberatung traditionell wenig Regulierung bestand, bedeutete der Binnenmarkt nur begrenzten Bedeutungsgewinn für die europäische Politikebene.

Ost/West Groß/Klein

In einer zweiten empirischen Untersuchungsphase wurden Strukturdaten zur Unternehmensberatung in Form einer Mikrozensusauswertung und an Hand einer eigenen Erhebung zusammengestellt. Die Auswertung der (repräsentativen) Daten des Mikrozensus sollte eine Vergleichsfolie für die Felderhebung generieren. Die ermittelten Strukturmuster sind aussagekräftig, zumal sie sich in dem gewählten Drei-Jahres-Zeitraum als stabil erwiesen haben. Dabei werden zwei Besonderheiten deutlich: Zum einen bestehen markante Differenzen zwischen den Frauen in Ost und West, die im Sektor Unternehmensberatung tätig sind; zum anderen zeigen sich Unterschiede zwischen der Beschäftigung (bzw. Tätigkeit) in großen und in kleinen Beratungsunternehmen.

Die Online-Unternehmensumfrage diente der Gewinnung von differenzierten Strukturdaten über Unternehmensstrategien und Personalpolitik. Dazu liegen bislang in erster Linie Erfahrungen von unternehmensinternen Befragungen und aus dem Marketingbereich vor. Mit der Nutzung für die sozialwissenschaftliche Forschung wurde ein Schritt in ein neues Anwendungsfeld erprobt.

Internationalisierung von Dienstleistungsintermediären

Professionsbasierte Dienstleistungsfirmen, wie etwa Investmentbanken, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften,

Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen, sind in doppelter Weise in Internationalisierungsprozesse eingebunden: Einerseits internationalisieren sie ihre eigenen Unternehmensaktivitäten, andererseits fördern sie – vermittelt über ihre Intermediations- und Koordinationsfunktionen – die Internationalisierung anderer Wirtschaftsbereiche. Der Erforschung „globaler" Dienstleistungsintermediäre europäischen Ursprungs kommt angesichts der Liberalisierung internationaler Dienstleistungsmärkte sowie der Stärke und Dominanz U.S.-amerikanischer Firmen in diesen Märkten weltweit und innerhalb Europas große Bedeutung zu.

Im Jahr 2001 hat Sigrid Quack mit Vorarbeiten zu empirischen Projekten begonnen, welche die Internationalisierung von Dienstleistungsintermediären genauer untersuchen sollen. Dabei stehen folgende Fragekomplexe im Mittelpunkt:

- Führen Internationalisierungsprozesse zur Herausbildung „multinationaler"/internationaler oder „globaler" Formen der Organisation in professionellen Dienstleistungsunternehmen?
- Welches sind die spezifischen Vorteile von „globalen" gegenüber anderen Formen von professionellen Dienstleistungsunternehmen, und wie werden diese Vorteile in der Praxis generiert und aufrechterhalten?
- Welche Unterschiede bilden sich im Verlauf von Internationalisierungsprozessen zwischen professionellen Dienstleistungsunternehmen unterschiedlicher Branchen und nationaler Herkunft heraus?
- Welche Rolle spielen professionsbasierte Dienstleistungsunternehmen in der Gestaltung und Verbreitung von – zum Teil auf der Selbstregulierung professioneller Gemeinschaften beruhender – institutionalisierten Normen und Regeln in der globalen Ökonomie?

Banken und Anwälte

In einem ersten Schritt wird die Entstehung globaler professionsbasierter Dienstleistungsfirmen am Beispiel von Unternehmenszusammenschlüssen zwischen angelsächsischen und deutschen Investmentbanken und Anwaltskanzleien untersucht. Firmen in diesen Branchen wiesen in den letzten Jahren ein überproportionales Wachstum im Ausland auf und gehörten damit zu den dynamischsten Internationalisierern unter den professionsbasierten Dienstleistern.

In beiden Branchen wurden in den letzten Jahren auffällig viele internationale Dienstleistungsfirmen auf britisch-deutscher Basis geschaffen. Im ersten Sektor, der Rechtsberatung, ging die Initiative für zahlreiche Zusammenschlüsse zwischen britischen und deutschen Anwaltskanzleien von britischer Seite aus. Im zweiten Sektor, dem Investmentbanking, kamen die Anstöße von seiten großer deutscher Banken, die britische Investmentbanken aufgekauft haben.

Mit der Entstehung internationaler professionsbasierter Dienstleistungsfirmen auf britisch-deutschen Fundamenten geht eine Reihe von Herausforderungen für das Management und die Koordination dieser Unternehmen einher. Die Literatur zu nationalen Produktions- und Wirtschaftssystemen zeigt wesentliche Unterschiede zwischen dem fragmentierten und marktvermittelten britischen und dem stärker regulierten und koordinierten deutschen Wirtschaftsumfeld auf.

„Die Beurteilung der Karrierechancen von Frauen in der Bankenbranche erfordert eine differenzierte Betrachtung: Während Frauen auf Sachbearbeiterebene schon lange und überdurchschnittlich repräsentiert sind, liegt der Prozentsatz weiblicher Führungskräfte insbesondere in den oberen Managementebenen erheblich unter dem der Männer. Nach einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung stieg der Frauenanteil im unteren Bankenmanagement zwischen 1990 und 1995 zwar von 26 auf 29 Prozent und in der mittleren Managementebene von 13 auf 18 Prozent. In der obersten Führungsebene sind die Frauen mit einem Anstieg von 6 auf 8 Prozent aber immer noch deutlich unterrepräsentiert. Der Frauenanteil nimmt entsprechend der Hierarchiestufe von unten nach oben kontinuierlich ab."

Frankfurter Allgemeine
15. Januar 2000

In beiden Ländern haben sich professionsbasierte Dienstleistungsfirmen herausgebildet und wachsende Märkte geschaffen, in denen sie dazu beitragen, Probleme der Unsicherheit in der Finanzierung, des Vertragsabschlusses und der Einhaltung von Rechtsnormen für andere Unternehmen, insbesondere solche des verarbeitenden Gewerbes, zu lösen. Sie übernehmen dabei Schlüsselfunktionen als Intermediäre. In jedem der beiden Länder agieren diese Intermediäre jedoch eingebettet in unterschiedliche Wirtschaftsbeziehungen und institutionelle Strukturen.

Während Dienstleistungsintermediäre in Großbritannien (und in noch stärkerem Maße in den U.S.A.) bereits seit Beginn der Industrialisierung eine prominente Rolle in der Überbrückung von Informationslücken zwischen Wirtschaftsakteuren aus unterschiedlichen, stark fragmentierten Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen übernahmen, fristeten diese Organisationen im „organisierten Kapitalismus" deutscher Provenienz eher ein Schattendasein, weil Staat, Universalbanken und Wirtschaftsverbände viele dieser Koordinationsaufgaben übernahmen. In Großbritannien entwickelten die Mitglieder von wirtschaftsnahen Professionen schon früh unternehmerische Qualitäten in der Akquisition von zusätzlichen Aufträgen und eröffneten sich im Rahmen weitgehend selbstregulierter Professionen neue Tätigkeitsfelder. In Deutschland hingegen agierten Mitglieder dieser Professionen eher als technische Experten und Berater, nicht zuletzt beschränkt durch die enge staatliche Regulierung von Professionen.

Diese unterschiedlichen historischen Entwicklungspfade spiegeln sich bis heute in der verschiedenartigen Größe, Kommerzialisierung und internen Differenzierung der führenden Dienstleistungsfirmen in beiden Ländern wider; sie prägen aber auch die kontrastierenden professionellen Wertvorstellungen und Verhaltenskodizes der Partner und Angestellten in diesen Firmen. Eine weitere institutionelle Herausforderung für die Integration von britischen und deutschen Dienstleistungsfirmen in globale Unternehmen stellen die unterschiedlichen Funktionsmuster professioneller Arbeitsmärkte dar: eine hohe externe Mobilität in Großbritannien im Gegensatz zu einer starken Unternehmensbindung in Deutschland.

Projektfeld Einzelhandel

Als zentrales Ergebnis der Forschungen zur Restrukturierung des Einzelhandels in Europa im Berichtszeitraum läßt sich festhalten, daß die Branche in den letzten 15 Jahren einem – durch die europäische Integration beschleunigten – Strukturwandel unterlag, der allerdings teilweise deutlich verschiedene nationale Prägungen aufweist. Wie verschiedene „Megatrends" (steigende Konzentrationsgrade, die Ausbreitung standardisierter und großflächiger Betriebsformen, die verbreitete Entwertung und Prekarisierung der Einzelhandelsbeschäftigung) miteinander verknüpft sind und nationalspezifisch mit bestimmten Regulierungen, beispielsweise im Bereich der Raumordnung, interagieren, haben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und Gastwissenschaftler der Abteilung in einem Sammelband beleuchtet (Rudolph 2001).

Lebensmittelwirtschaft: Restrukturierung der Wertschöpfungsketten in Europa

In der ersten Arbeitsphase, die 1999/2000 von Hedwig Rudolph und Anne Schüttpelz durchgeführt wurde, wurden Internationalisierungsprozesse in der europäischen Lebensmittelwirtschaft im Hinblick auf qualitative, quantitative und räumliche Veränderungen der Arbeitsorganisation und Beschäftigung entlang der Wertschöpfungsketten analysiert. Das Konzept bezog sich hauptsächlich auf die Schnittstellen europäischer Ketten und die veränderten Arbeitsteilungen zwischen den beteiligten Unternehmen aus Lebensmitteleinzelhandel, -logistik und -industrie. Es baute dabei auf Gereffis Warenkettenansatz („global commodity chains"), Konzepten der internationalen Restrukturierung von Produktionsprozessen (Ruigrok/van Tulder, Netzwerkansätze) sowie Konzepten zum institutionellen Kontext von Arbeitsorganisation und Beschäftigung („national business systems approach") auf.

Discounter

In einer zweiten Phase (ab Mai 2001) wurden diese Arbeiten von Michael Wortmann weitergeführt und auf die Internationalisierung deutscher Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels zugespitzt. Besonders erfolgreich sind hier die Discounter, eine Betriebsform, die sich zuerst in Deutschland entwickelt hat und nun europaweit expandiert. Ausgangsthese ist, daß die Internationalisierung durch die Entwicklung

der Beziehungen zu ihren Lieferanten, den Lebensmittelproduzenten, mitgeprägt wird – vor allem durch die Preis- und Konditionensysteme.

Insbesondere aufgrund des relativ hohen Anteils an Eigenmarken sind die Discounter in der günstigen Position, ihre Einkaufsmacht europaweit bündeln zu können; andere Betriebsformate sehen sich hingegen stärker mit Markenherstellern konfrontiert, die national segmentierte Marketing- und Vertriebsstrategien verfolgen, wodurch eine grenzüberschreitende Koordination des Einkaufs erschwert wird. Da nicht einzelne Unternehmen im Zentrum der Untersuchung stehen, sondern die Schnittstelle zwischen den Unternehmen zweier hochgradig aufeinander verwiesener Branchen, wird die Perspektive traditioneller Theorien der Unternehmensinternationalisierung (Buckley/Casson; Dunning) erweitert.

Der Strukturwandel des großstädtischen Einzelhandels als Resultat sektoraler Entwicklungstrends und stadtspezifischer Akteurs- und Institutionengefüge

Die von Christopher Bahn und Christoph Dörrenbächer geleisteten Vorarbeiten zu dem Forschungsprojekt wurden in zwei Beiträgen zu dem oben erwähnten Sammelband publiziert. Parallel wurden Drittmittel bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für ein Projekt eingeworben, das ab Mai 2002 von Christopher Bahn und Petra Potz bearbeitet wird.

Berlin/London/Mailand

Vergleichend untersucht wird der Strukturwandel des Einzelhandels in drei europäischen Großstadtregionen: Berlin, London und Mailand. Leitend für die Auswahl der Untersuchungsstädte waren einerseits die Zugehörigkeit zu Ländern mit unterschiedlichen Einzelhandelsstrukturen und Staats- und Verwaltungskulturen, andererseits eine vergleichbare wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung innerhalb dieser Länder.

MOE

Im Jahr 2001 begann Anne Schüttpelz, gefördert aus Mitteln des WZB-Doktorandinnenprogramms, mit einer Dissertation zur Integration Mittelosteuropas (MOE) in die EU-Arbeitsmärkte. Diese Untersuchung analysiert die Folgen der Einbeziehung der post-sozialistischen Länder in die neue europäische politische Ökonomie für die MOE-Beschäftigungssysteme und interessiert sich vor allem für die Interaktion der beschäftigungspolitisch bedeutsamen Akteure. Aus einer integrationstheoretischen Perspektive werden beschäftigungspolitische Entwicklungen (zunächst) in der Tschechischen Republik analysiert, wobei die Frage nach der Rolle der EU im (Re-)Institutionalisierungsprozeß der Arbeitsmärkte der Beitrittskandidaten im Mittelpunkt steht.

Rußland

An einem weiteren Dissertationsprojekt im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Das Neue Europa“ an der Humboldt-Universität zu Berlin arbeitet Gisela Neunhöffer, assoziierte Mitarbeiterin der Abteilung, seit April 2001. Das Projekt befaßt sich mit Arbeitsverhältnissen in der Russischen Föderation unter den Bedingungen von Transformation und Globalisierung. Die selektive Modernisierung und Integration in die globale Ökonomie führt zur Ausbildung fragmentierter Organisations- und Regulationsformen von Arbeit und deren Einbettung in gesellschaftliche Reproduktion. Einerseits passen sich bestimmte Segmente den Wettbewerbsbedingungen des globalen Kapitalismus an und internationalisieren sich, während sich andererseits nicht wettbewerbsfähige Bereiche und Akteure aus dem Markt und der formalen gesellschaftlichen Regulation zurückziehen.

Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

Grundlagen

Arbeitslosigkeit und Innovation sind zwei Schlüsselelemente, die die Leistungsfähigkeit hochentwickelter Volkswirtschaften bestimmen. Inwieweit können diese Schlüsselelemente durch die wichtigsten Institutionengefüge erklärt werden, in die Unternehmen in unterschiedlichen nationalen „Umwelten" eingebunden sind? Beispiele für diese Institutionengefüge sind das die Unternehmen betreffende Regelungssystem („corporate governance"), das Bildungs- und Ausbildungssystem und das System der Regelungen, durch die das Verhältnis der Unternehmen untereinander gestaltet wird.

In welchem Maß hängen diese von anderen Variablen ab, wie beispielsweise dem Typ von Wirtschaftspolitik oder der Parteiprägung von Regierungen? Wie werden diese Faktoren von der wachsenden Integration der Märkte und der politischen und ökonomischen Integration beeinflußt? Diese Fragen lagen der Forschung in den vergangenen zwei Jahren, die sich auf drei Hauptfelder („Varieties of capitalism", Europäische Währungsunion, Reaktion des politischen Systems auf die ökonomischen Änderungen) konzentrierte, zugrunde.

Wie haben sich die oben erwähnten institutionellen Systeme als Konsequenz der wachsenden Integration entwickelt, und wie hat dies das Verhalten der Unternehmen beeinflußt? In dieser Hinsicht ist das Schlüsselelement wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit die Innovation. Dabei galt die besondere Aufmerksamkeit dem „corporate governance"-System und unterschiedlichen Innovationsmustern in hochentwickelten Volkswirtschaften. An diesen Studien waren besonders Sigurt Vitols, Steven Casper, David Soskice und Thomas Cusack beteiligt. Dies geschah in fallweiser Zusammenarbeit mit der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" (Direktor: Lars-Hendrik Röller).

Aus dem Englischen übersetzt von Christoph Albrecht

Der generellen Stoßrichtung dieser Analysen liegen folgende Feststellungen zugrunde:

- auch wenn sich institutionelle Systeme tiefgreifend ändern und Unternehmen sich generell flexibler verhalten, gibt es nur eine sehr beschränkte Konvergenz zwischen unterschiedlichen nationalen Modellen,
- auch wenn die meisten Veränderungsprozesse durch Unternehmen und Wirtschaftsverbände vorangetrieben werden, haben sie in den Volkswirtschaften außerhalb der angelsächsischen Welt nur ein begrenztes Interesse, institutionelle Regelungen zu destabilisieren,
- der Grund dafür liegt darin, daß Unternehmen, die in unterschiedlichen institutionellen „Umwelten" arbeiten, jeweils spezifische institutionelle Vorteile erfahren. Für die Innovationsentwicklung in Deutschland bedeutet dies, daß der Schlüssel zur Entwicklung neuer Technologien in einer flexiblen Anpassung liegt und nicht in einer Deregulierung „à la U.S.A.".

Das zweite wichtige Thema der Abteilungsforschung war die europäische Währungsunion, das heißt die politische und ökonomische Integration, verstanden im Kontext des „Varieties-of-capitalism"-Ansatzes. Dabei geht es in erster Linie um das Verständnis der Ursachen für Arbeitslosigkeit. In welchem Umfang sind die nationalen Institutionengefüge, vor allem das Ausmaß der Regulierung der Arbeitsmärkte, für die Arbeitslosigkeit in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften verantwortlich? Wieweit sind keynesianische Einflüsse verantwortlich? Inwieweit sind die derzeitigen Formen in den kollektiven Tarifverhandlungen problematisch? Und wie wird sich dies möglicherweise auf die europäische Währungsunion auswirken?

Der dritte Schwerpunkt liegt – in Ergänzung zu den beiden genannten – auf den politischen Formen des wirtschaftlichen Wandels. Dabei geht es um die Fragen: Welchen Einfluß haben Politik und dabei vor allem parteipolitische Prägungen auf diese Entwicklungen?

Kern der Forschungsbemühungen war die Differenzierung des in der Abteilung entwickelten Ansatzes

„varieties of capitalism“ und dabei vor allem die Anwendung auf neue Probleme unter besonderer Berücksichtigung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen an sich verändernde Marktbedingungen. Anhand von Teilstudien wurden Forschungshypothesen und Schlußfolgerungen genauer überprüft. Empirische Themen waren nationale und sektorale Innovationssysteme, „corporate governance“ und die Institutionen des Finanzsystems und ein besseres Verständnis der Formen der Anpassung in Frankreich, die bisher nicht klar in den „Varieties-of-capitalism“-Ansatz zu integrieren waren.

Wie entwickeln Unternehmen ihre Kompetenzen, die sie benötigen, um in der turbulenten Weltwirtschaft innovativ zu sein? Der weithin wahrgenommenen Innovationsschwäche Deutschlands galt in diesem Zusammenhang eine besondere Aufmerksamkeit. Gibt es stark ausgeprägte Komplementaritäten, die unterschiedliche Innovationsprozesse charakterisieren? Benötigen Branchen, die „radikale Innovationen“ betreiben, wie beispielsweise in der Biotechnologie oder in der Software-Entwicklung, eine andere organisatorische Unternehmensstruktur als Unternehmen, die eher einen „inkrementellen“ Innovationsansatz haben, wie beispielsweise im Maschinenbau?

Die Forschungsarbeiten beruhen auf der Annahme, daß der Innovationsprozeß als Ergebnis von vier miteinander verbundenen Innovationsaktivitäten, die sich auf verschiedenen Ebenen abspielen, verstanden werden muß:

- die Mikro-Organisation des Forschungsprozesses,
- die Analyse darüber, wie Unternehmen die Anforderungen an Interaktionen im Innovationsprozeß zwischen Eigentümern, Arbeitnehmern, Wissenschaftlern usw. gestalten,
- zu verstehen, wie Innovationsaktivitäten mit der Marktstruktur verknüpft sind,
- die Wirkungsweise institutioneller Regelungen zu verstehen und wie Unternehmen sie nutzen, wenn sie Innovationsaktivitäten entwickeln.

Im Jahre 1998 begann die Abteilung die Mitarbeit in einem dreijährigen Forschungsnetzwerk zur Analyse marktorientierter Innovationssysteme, das von der Europäischen Kommission gefördert und von Professor Franco Malerba (Centre for Research on Internationalisation CESPRI, Università L. Bocconi, Mailand) koordiniert wird. Im Rahmen des Projekts „Sectoral Systems in Europe: Innovation, Competitiveness and Growth, ESSY“ übernahmen Steven Casper und David Soskice die Aufgabe, das untersuchungsleitende theoretische Grundlagenpapier zu schreiben. Steven Casper führt mit Hannah Kettler, UK Office of Health Economics, einen Vergleich der jüngeren Entwicklungen im Biotechnologie-Sektor zwischen Deutschland und Großbritannien durch. Steven Casper und David Soskice präsentierten die Schlußfassungen ihrer Studien auf der ESSY-Abschlußkonferenz an der Bocconi-Universität in Mailand im Dezember 2001; für 2002 ist die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse geplant.

„Shareholder Value“

Von ganz besonderem Interesse in der Forschung zu dem „Varieties of capitalism“-Ansatz sind die institutionellen Regelungen, die sich auf Unternehmen beziehen („corporate governance“) und den Austausch zwischen Top-Management, Investoren, Beschäftigten und Forschunginstitutionen strukturieren. Eine verbreitete These lautet, daß die Globalisierung der Finanzmärkte Unternehmen zu einem „shareholder-value“-orientierten Unternehmensmodell zwingt, in dem die Maximierung der Profite und Aktienkurse im Mittelpunkt steht.

Doch zeigen Analysen, die sich an ein 1996/97 mit der London School of Economics durchgeführtes und von der Anglo-German Foundation gefördertes Forschungsprojekt anschlossen, daß die die Unternehmen betreffenden Veränderungen der institutionellen Regelungen nicht eine durchgängige Anpassung an das shareholder-value-Modell bedeuten. Vielmehr besteht die größere Herausforderung an das Management, an die Arbeitnehmervertreter und an andere relevante Gruppen in den Unternehmen darin, wie die Interessen international mobiler Investoren – wie etwa U.S.-amerikanische Pensionsfonds – in die Unternehmensentscheidungen einzubeziehen sind.

Diese Forschung basierte hauptsächlich auf Tiefeninterviews, die Sigurt Vitols in großen deutschen Un-

ternehmen durchgeführt hat. Einen Teil dieser Interviews führte er mit Betriebsratsvertretern, von denen viele auch in den Aufsichtsräten der Unternehmen saßen. Viele Interviews wurden gemeinsam mit Mitarbeitern des Dissertationsverbunds der Hans-Böckler-Stiftung zu Globalisierung und Industriellen Beziehungen in Deutschland, angesiedelt in Köln, durchgeführt.

In den Interviews ging es hauptsächlich um die Frage, wie Betriebsräte auf die Forderungen nach stärkerer Beachtung von Profitabilität und Aktienkursen reagierten. Weitere Interviews wurden mit Managern der führenden Risikokapital-Tochtergesellschaften geführt; die Gründung solcher Tochtergesellschaften ist eine neue Entwicklung und kennzeichnet eine gewachsene Bereitschaft der deutschen Unternehmen, riskante Forschung und Entwicklungsprojekte finanziell zu unterstützen und in neue Kooperationsbeziehungen zu kleineren Hochtechnologiefirmen zu treten. Die Ergebnisse dieser Forschung wurden in einem Workshop zu Entwicklungen in nationalen Corporate-Governance-Systemen im Sommer 2000 am WZB diskutiert.

Finanzsystem

Corporate Governance und das Finanzsystem sind in hohem Maße verknüpft. Als der zentrale Mittler zwischen den Ersparnissen und Investitionen hat das Finanzsystem einen zentralen Einfluß auf den Typ von Unternehmen und Projekten, die finanziert werden und damit auch auf Beschäftigungsniveaus und -aussichten der unterschiedlichen Arbeitnehmergruppen. Außerdem sorgt die wechselseitige Beeinflussung zwischen den Ersparnissen der Haushalte, der sozialen Sicherung und den Betriebsrenten für eine wichtige Verknüpfung zwischen den individuellen Lebens- und Entwicklungschancen und der Unterstützung für unterschiedliche Formen politischer Regime.

Sigurt Vitols arbeitete zu diesem Thema als Mitglied in einer von Professor Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, und Professor Kozo Yamamura (University of Washington-Seattle) koordinierten und von der Tamaki-Foundation geförderten Forschungsgruppe. Sie analysierte die Entwicklung der deutschen und japanischen politischen Ökonomie als zwei Schlüsselbeispiele für einen Kapitalismus nicht-liberaler Prägung („embedded capitalism"). Zwei Treffen der Arbeitsgruppe fanden in dieser Zeit in Berlin und Köln statt. Die Ergebnisse wurden in mehreren Herausgeberbänden zur historischen Entwicklung und den aktuellen Veränderungen in den beiden Ländern veröffentlicht.

Der Beitrag von Sigurt Vitols bestand in der Analyse der Entwicklung des bankenbasierten Finanzsystems in beiden Ländern. Die Meinungen über die Rolle der Großbanken bezüglich der ökonomischen Entwicklung in beiden Ländern sind geteilt: Während einige Wissenschaftler argumentieren, daß sie eine Schlüsselfunktion für das schnelle Wirtschaftswachstum hatten, vertreten andere die Meinung, daß sie keinen oder sogar einen negativen Einfluß hatten. Teilweise gestützt auf zwei Forschungsreisen nach Japan schrieb Sigurt Vitols Beiträge zu den historischen Ursprüngen und den aktuellen Veränderungen des bankenbasierten Systems in beiden Ländern, die in den bereits erwähnten Herausgeberbänden erschienen sind.

Frankreich

Frankreich ist ein „Außenseiter" in vielen international vergleichenden politökonomischen Studien und wird deswegen nicht angemessen wahrgenommen. Bob Hancké, der im September 2000 das WZB verlassen hat, um seine wissenschaftliche Tätigkeit an der London School of Economics fortzusetzen, hat seine mehrjährige Studie zur Reinterpretation des französischen Systems im Lichte des „Varieties-of-Capitalism"-Ansatzes abgeschlossen. Die Institutionen Frankreichs sind besser geeignet, einen schnellen Aufholprozeß erfolgreich zu gestalten als die unsicheren Entwicklungen auf den Weltmärkten der 80er und 90er Jahre. Allerdings ist die aktuelle wirtschaftliche Situation Frankreichs besser, als es nach allgemeiner Ansicht dargestellt wird.

Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Thomas R. Cusack Ph.D.*	1978
Lutz Engelhardt	1999
Georg von Graevenitz	2000
Ilona Köhler	1971
Rita Schmidt	1974
David Soskice M.A. (beurlaubt 2001–2004)	1990
Sigurt Vitols Ph.D.	1990
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Steven Casper Ph.D.	1995–2000
Dott. Donatella Gatti	1998–2001
Bob Hancké Ph.D.	1995–2000

Um dies zu verstehen, ist es notwendig, über den „Staat-Markt"-Gegensatz, wie er die politökonomische Diskussion in der Regel beherrscht, hinauszugehen und einen analytischen Rahmen zu entwickeln, in dessen Mittelpunkt die Großunternehmen als die eigentlichen Akteure der ökonomischen Anpassung gesehen werden. Während der 80er und 90er Jahre reorganisierten sie ihr Regelwerk neu, ebenso das System der industriellen Beziehungen, die Arbeitsorganisation und Zuliefererstrukturen, entsprechend ihren Anpassungserfordernissen. So konnten sie sich in neuen Produktmärkten positionieren, wo es mehr auf Qualität und Flexibilität als lediglich auf die Produktionskosten ankommt. Diese groß angelegte Studie von Bob Hancké zur Reinterpretation der französischen politischen Ökonomie wird 2002 bei Oxford University Press veröffentlicht.

Euro-Zone

Bob Hancké und David Soskice arbeiteten 2000/2001 an einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt, das die Interaktion von Steuer- und Geldpolitik und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in der Euro-Zone zum Thema hatte. Sie

* seit 1994 mit jeweils der Hälfte der Arbeitszeit den Abteilungen „Wirtschaftswandel und Beschäftigung" und „Institutionen und sozialer Wandel" zugehörig.

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

kommen zu dem Ergebnis, daß sich in der makroökonomischen Politik eine Bewegung weg von der sehr restriktiven Haltung, die die Deutsche Bundesbank der Euro-Zone „aufgedrückt" hat, hin zu einem flexibleren Ansatz bezüglich der Steuerpolitik, in der der Rat für Wirtschaft und Finanzen der EU (EcoFin) eine immer wichtigere Rolle spielt, ergeben hat.

Auch wenn die geldpolitische Grundhaltung nach wie vor sehr konservativ gehandhabt wird, konzentriert sich die Europäische Zentralbank (EZB) auf die Inflationsentwicklung und nimmt gegenüber der Finanzpolitik eine pragmatische Haltung ein. Hancké und Soskice argumentieren weiter, daß eine quasi „lineare" Vorstellung, nach der die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt entlang angelsächsischer Pfade erweitert und eine begleitende Schwächung der Gewerkschaften als eine Konsequenz der Einführung des Euro gesehen werden müßte, nur einen Teil des gesamten Bilds erfaßt.

Zwar zeichnet sich bisher noch keine bedeutsame Entwicklung eines europaweiten Systems industrieller Beziehungen ab, geschweige denn zentralisierte oder koordinierte Tarifverhandlungen in „Euroland". Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Machtverteilung deutlich wahrnehmbar zugunsten der Arbeitgeber verschoben. Zusätzlich wurden die Arbeitsmärkte in mehrerer Hinsicht flexibler. Doch unterscheiden sich auch heute die Arbeitsmärkte in den Mitgliedstaaten der Eurozone deutlich von denen in Großbritannien oder den U.S.A.

Dies läßt sich an drei Merkmalen besonders gut erkennen: dem System der Tarifverhandlungen, der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der Arbeitnehmervertretung. Dabei ist besonders wichtig, daß die „Euro-Länder" weiterhin stark durch ein System der Tarifverhandlungen und der Koordinierung der Lohnentwicklung auf nationaler Ebene charakterisiert bleiben. Nach Ansicht von Bob Hancké und David Soskice hat sich die bedeutendste institutionelle Entwicklung bei EcoFin ergeben: es gibt deutliche Hinweise darauf, daß die EZB Entscheidungen von EcoFin bezüglich der finanzpolitischen Grundhaltung der einzelnen EWU-Mitgliedstaaten kritisch hinterfragt.

Daraus kann abgeleitet werden, daß die EZB eine Aufgabenteilung akzeptiert hat, derzufolge die EZB-Aufgabe die Kontrolle der Inflation ist und die von EcoFin und der nationalen Regierungen, auf zyklische Konjunkturschwankungen mit einer entsprechenden Finanzpolitik zu reagieren. Eine solche „robuste" Aussage fordert natürlich Widerspruch heraus, auch deswegen, weil es in der EZB widersprüchliche Sichtweisen und Haltungen gibt.

Verallgemeinert läßt sich jedoch die Herausbildung eines impliziten Verständnisses entlang folgender Kriterien beobachten:

(1) Die EZB ist sich bewußt, daß die Höhe der Zinsen – zumindest kurzfristig – nicht ausreicht, um einen Beschäftigungsrückgang als Resultat symmetrischer wie asymetrischer Schocks zu verhindern.

(2) Es müssen „automatische Stabilisatoren" auf nationaler Ebene wirken können, sollen sich diese Beschäftigungsschocks nicht gegenseitig aufschaukeln.

(3) Die Vereinbarungen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um die Defizite in den öffentlichen Haushalten innerhalb eines vereinbarten Zeitraums auf Null zu reduzieren, wäre politisch nur dann durchsetzbar gewesen, wenn das starke Wirtschaftswachstum angehalten hätte.

Insofern erscheint die Sinnhaftigkeit dieser neu entstandenen Aufgabenteilung zwischen EZB und EcoFin darin zu liegen, daß die EZB die geldpolitischen Regeln steuert und EcoFin solange eine antizyklische Politik erlaubt, wie dadurch das EZB-Inflationsziel nicht gefährdet wird. Ein förderlicher Faktor hinter dieser Entwicklung war die Art und Weise, in der sich in der Eurozone die Tarifverhandlungen entwickelt haben. Wie bereits erwähnt, dominiert in den meisten Mitgliedstaaten ein System koordinierter Tarifverhandlungen. Die wichtigste Entwicklung innerhalb dieses Regelwerks war im vergangenen Jahrzehnt der zunehmende weltweite Wettbewerb auf den Gütermärkten und die Globalisierung der Finanzmärkte.

Arbeitgeber – vor allem die großen – und ihre Verbände haben einen wachsenden Druck auf das Sy-

stem der Tarifverhandlungen ausgeübt; dies wurde ausgelöst durch den Zwang, die Arbeitskosten den Entwicklungen auf den relevanten Märkten anzupassen. Nicht alle großen Unternehmen setzten sich für eine Verlagerung der Tarifverhandlungen auf die Unternehmensebene ein; die Arbeitsmärkte für qualifizierte Arbeitnehmer sind generell eher schwach besetzt (trotz der hohen Arbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten), und eine Verlagerung zu Lohnvereinbarungen auf die Unternehmensebene wird als potentiell inflationsfördernd gesehen. Gleichzeitig wirkte sich die Notwendigkeit, die Profitabilität zu erhalten oder zu steigern, um die Erwartungen der Finanzmärkte zu erfüllen, auf die starken Bemühungen der Arbeitgeber aus, die Kosten pro Arbeitseinheit zu senken.

Daraus folgt, daß die Arbeitgeber sich besonders für koordinierte Tarifverhandlungen einsetzten und im Kontext der globalen Entwicklungen einen moderaten Einfluß ausgeübt haben. Dies geht mit dem Bewußtsein unter den Gewerkschaftsführern in den meisten Mitgliedstaaten der Währungsunion von der Wichtigkeit einer zurückhaltenden Lohnpolitik einher, soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet werden. Daraus folgt als Ergebnis, daß von den Arbeitsmärkten herrührende inflationäre Einflüsse vermieden werden.

Bis jetzt hat die EZB sich noch nicht veranlaßt gesehen, auf die erweiterte Flexibilität in der Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu reagieren. Nach Ansicht von Bob Hancké und David Soskice haben diese Faktoren eine wichtige Rolle gespielt, eine flexiblere Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts zuzulassen, indem die Furcht vor daraus resultierendem Inflationspotential abgebaut werden konnte. Bezogen auf die zukünftigen Entwicklungen vertreten sie die Meinung, daß bei fallender Arbeitslosigkeit EcoFin sich zunehmend besorgt zeigen wird, inflationäre Entwicklungen mit einer über zweiprozentigen Inflationsrate in den Euro-Ländern zu verhindern und entsprechend versuchen wird, auf die Regierungen der Mitgliedstaaten Druck in Richtung einer „anti-inflationären Disziplin“ auszuüben. Wenn die Eintrittsbedingungen in die Währungsunion erst einmal erfüllt waren, zeigten sich die Migliedstaaten weniger besorgt um die nationalen Inflationsraten. So könnte es durchaus sein, daß Sozialpakte zwischen Regierungen und Gewerkschaften, wie man sie aus den mittneunziger Jahren kennt, wieder verbreitet vereinbart werden.

Torben Iversen und David Soskice setzten ihre theorieorientierte gemeinsame Arbeit mit einer Reihe von Veröffentlichungen fort, in der sie sich mit der Wechselwirkung zwischen gewerkschaftlichen Tarifverhandlungen und der Unabhängigkeit der Zentralbanken beschäftigen.

Das dritte große Forschungsthema, dem sich vor allem Thomas Cusack widmet, sind Analysen zu der Frage, wie nationale politische Systeme auf die ökonomischen Entwicklungen in modernen kapitalistischen Wirtschaftssystemen reagiert haben. Zwei Aspekte dieses Reagierens standen im Mittelpunkt: der Charakter makroökonomischer Entwicklungen und die Art und Weise, in der die Regierungen ihre sozialstaatlichen Wohlfahrtsprogramme an diese Veränderungen angepaßt haben. Im Mittelpunkt des zweiten Projekts stand die Rolle, die parteiprogrammatische Orientierungen bei der Definition und Koordination der Finanz- und Geldpolitik in den OECD-Staaten gespielt haben.

Bezogen auf das erste Projekt ist festzuhalten, daß in einer einflußreichen und weitverbreiteten Argumentationsfigur Globalisierung als Ursache ökonomischer Unsicherheit und der Forderung nach kompensatorischen sozialstaatlichen Ausgleichsprogrammen gesehen wird. Die Analyse beruht auf der Feststellung, daß der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Wohlfahrtsstaat falsch ist und daß es sich um einen durch die De-Industrialisierung ausgelösten immanenten Antrieb zur Expansion des Wohlfahrtsstaats seit den 60er Jahren handelt. Gestützt auf eine Analyse von 15 OECD-Ländern konnte gezeigt werden, daß es keinen Zusammenhang zwischen der Globalisierung und dem Maß an Arbeitsmarktrisiken (bezogen auf die Kriterien Beschäftigung und Löhne) gibt, wohingegen gezeigt werden kann, daß Unsicherheit und Verwerfungen durch die De-Industrialisierung Forderungen in Wahlauseinandersetzungen nach wohlfahrtsstaatlichem Ausgleich und der Aufteilung der Risiken gefördert haben.

Während unterschiedliche Raten der De-Industrialisierung Unterschiede in der Größe des Sozialstaates erklären, läßt sich der jeweils spezifische Charakter – bezogen auf den Anteil direkter staatlicher Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen und die Gleichverteilung der Transferzahlungen – auf die jeweiligen Parteien in der Regierung zurückführen. Die Ergebnisse dieser Studie haben eine wichtige Bedeutung für die Analyse und zukünftige Entwicklung wohlfahrtsstaatlicher Regelungen, insoweit sie sich deutlich von dem Verständnis in der Literatur zur Globalisierung unterscheiden.

Finanzpolitik

In dem zweiten Projekt wurde deutlich, daß parteipolitisch geprägte finanzpolitische Entscheidungen eine wichtige Rolle in den OECD-Ländern gespielt haben. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Ansichten konnte gezeigt werden, daß Akteure von der politischen Linken nicht finanzpolitisch unverantwortlich gehandelt haben, indem sie dauerhaft und rücksichtslos Defizite aufgehäuft haben. Wenn sich eine Aussage machen läßt dann die, daß Regierungen der Linken in Zeiten (fast) voller Beschäftigung fiskalpolitisch eher konservativ gehandelt haben als (rechts-) konservative Regierungen. Am meisten unterschieden sich die finanzpolitischen Strategien der beiden Lager in ihrer Reaktion auf hohe Arbeitslosigkeit. Dann allerdings waren linke Regierungen eher bereit, die Finanzpolitik zur Stimulierung der Wirtschaft zu nutzen und Defizite in Kauf zu nehmen, und die konservativen Regierungen haben sich eher für restriktive Politiken entschieden, um die Nachfrage zu dämpfen.

Allerdings hat sich das Ausmaß der parteipolitisch geprägten Unterschiede in den letzten drei Jahrzehnten vermindert. In einem anderen Bereich makroökonomischer Politik wurde gezeigt, daß die allgemein verbreitete Ansicht, daß die Unabhängigkeit der Zentralbank einen parteipolitisch geprägten Einfluß auf die Geldpolitik verhindern würde, keine empirische Bestätigung erfährt. Damit soll aber nicht bestritten werden, daß parteipolitischer Einfluß da seine Grenzen findet, wo die für die Geldpolitik verantwortlichen Institutionen in eigenständiger Weise auf fiskalpolitische Entscheidungen reagieren.

Eine alternative Sichtweise darauf, wie parteipolitische Präferenzen bei geldpolitischen Entscheidungen ins Spiel kommen, wurde weiterentwickelt. Kern dieser Sichtweise ist die These, daß die Präferenzen der für die Geldpolitik verantwortlichen Institutionen denjenigen linker Parteien eher entgegenstehen und eher denjenigen konservativer Parteien entsprechen. Dementsprechend führt dies dazu, daß die Zentralbanken sich eher nicht an die Fiskalpolitik linker Regierungen anpassen, aber an diejenige konservativer Regierungen. Dieses Ergebnis unterschiedlicher Reaktionsweisen hat unabhängig von dem Grad der formalen Unabhängigkeit einer Zentralbank Bestand.

Für mehr als drei Jahrzehnte war also die Koordination von Fiskal- und Geldpolitik in den OECD-Ländern zumindest in lockerer Form mit parteipolitischen Denkschulen verbunden. Die Geldpolitik war teilweise durch fiskalpolitische Entscheidungen konservativer Regierungen bedingt. Anders ausgedrückt: Zentralbanken haben mit konservativen Regierungen zusammengearbeitet. Auf der anderen Seite haben die gleichen für die Geldpolitik verantwortlichen Institutionen sich nicht auf die Fiskalpolitik linker Regierungen eingelassen, so daß man zu der Feststellung kommen muß, daß sie die Geldpolitik genau in die entgegengesetzte Richtung gesteuert haben, als es diese Regierungen an sich gesteuert haben wollten.

Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt

Grundlagen

Die Schnittstellen zwischen technischen Entwicklungen, Organisation der Arbeit und Veränderungen in der natürlichen Umwelt haben sich immer deutlicher als eines der Kernprobleme für die Zukunft der modernen Industriegesellschaften erwiesen. Dabei ist in Wissenschaft und Praxis in zunehmendem Maße deutlich geworden, daß sich wichtige Problemsituationen nicht mehr auf einer sektoralen Ebene unter technik-, arbeits- oder umweltbezogenen Aspekten allein erfassen lassen, sondern daß gerade Zusammenhänge zwischen diesen Sektoren in den Blick genommen werden müssen.

Diesen Rahmen hatte die Themenfindungs- und Berufungskommission in ihrem Bericht an das WZB-Kuratorium 1987 für den Forschungsschwerpunkt Technik – Arbeit – Umwelt vorgegeben. Die Kommission hatte zugleich den organisationalen Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen die Gesamtkonzeption des Forschungsschwerpunkts entwickelt wurde:

(1) Innerhalb des Schwerpunkts besteht ein gemeinsames Rahmenprogramm.

(2) Die Kernprozesse der Forschung vollziehen sich in den einzelnen Arbeitseinheiten (Abteilungen, Forschungsprofessur).

(3) Diese Aktivitäten sind durch eine Reihe operativer Verflechtungen zwischen den Arbeitseinheiten gekennzeichnet, die sich auf

- methodische Diskurse,
- direkte Forschungskooperation einerseits und bewußte Überlappung in einigen Forschungsfeldern andererseits und auf
- gemeinsame Evaluierung der Produkte im Forschungsrat des Schwerpunkts

beziehen.

(4) Unterstützt und gefördert werden diese Aktivitäten durch einen gemeinsamen Managementrahmen, der die Öffentlichkeitsarbeit einschließt.

In den drei Abteilungen und der Forschungsprofessur des Schwerpunkts waren im Herbst 2001 insgesamt 67 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, drei Viertel davon (52) mit wissenschaftlichem Status. Neben einer Vielzahl von Arbeitskontakten zu Forschungseinrichtungen im In- und Ausland wurde die international vergleichend angelegte Forschungsarbeit durch Gastaufenthalte von Wissenschaftlern aus Großbritannien, Japan, der Schweiz, den U.S.A. und China verstärkt.

Das besondere Kennzeichen der Forschungsarbeit in den Abteilungen besteht in der Anlage ihrer Projekte: Die größeren Vorhaben haben eine mehrjährige Laufzeit und sind von einer vergleichenden Forschungsperspektive her konzipiert, wobei dieser Vergleich international ausgerichtet ist. Die Forschungsteams sind multidisziplinär zusammengesetzt und betreiben jedes für sich eine eigene Primärempirie. Die Forschungsvorhaben sind zumeist mischfinanziert.

Drittmittel

Zur Unterstützung der Eigenmittel des WZB wurden im Berichtszeitraum umfangreiche Mittel von dritter Seite genutzt. Unter Einbeziehung der Kooperationsprojekte, die von den Direktoren der Abteilungen in ihrer Eigenschaft als Hochschullehrer an Berliner Universitäten geleitet werden, betrug der Drittmitteleinsatz für das gesamte WZB im Berichtszeitraum 5,2 Millionen Euro, mehr als 40 Prozent davon (2,2 Millionen Euro) wurden für Forschungszwecke des Schwerpunkts Technik – Arbeit – Umwelt genutzt.

Drittmittelgeber waren bzw. sind die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Volkswagen-Stiftung, die

Hans-Böckler-Stiftung, die Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung, die Friedrich-Ebert-Stiftung, die Heinrich-Böll-Stiftung, das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Europäische Union.

Im Rahmen des für die Abteilungen einheitlichen Projekttyps kommen im Arbeitsprozeß verstärkt inhaltliche Verbindungen zwischen den Arbeitseinheiten zum Tragen. So sind beispielsweise Themen, die Automobilindustrie und Automobilnutzung betreffen, in den Abteilungen „Organisation und Technikgenese" und „Regulierung von Arbeit" in jeweils spezifischen Einzelprojekten bearbeitet worden.

In diesem Zusammenhang sind zwei die einzelnen Arbeitseinheiten verbindende Momente wichtig: Zum einen findet auf der Arbeitsebene durch eine Vielzahl von operativen Verflechtungen ein Erfahrungsaustausch methodischer und inhaltlicher Art über die Projekt- und Abteilungsgrenzen hinweg statt.

Zum anderen ist institutionell mit dem Forschungsrat des Schwerpunkts ein Gremium gegeben, das für die Evaluierung und Beratung von Publikationen zuständig ist. Dem Forschungsrat gehören die Leiter der Arbeitseinheiten, der Vertreter des Geschäftsführenden Direktors, Christian Rabe, und jeweils ein gewähltes Mitglied aus den Arbeitseinheiten an: der Vorsitzende Dr. Weert Canzler (Abteilung „Organisation und Technikgenese"), Dr. Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt") und Dr. Alexander Wegener (Abteilung „Regulierung von Arbeit").

Konferenzen

Der Projekttyp der meisten Forschungsprojekte des Schwerpunkts läßt sich mit Internationalität und Komplexität beschreiben. Er findet seinen Ausdruck aber auch in der Kooperation mit ausländischen Institutionen und Organisationen. Exemplarisch seien hier einige Veranstaltungen aus den Berichtsjahren genannt:

Am 24. Mai 2000 fand im WZB eine Gedenkveranstaltung statt, um Frieder Nascholds wissenschaftliche Bedeutung zu würdigen. Mit Frieder Naschold, der am 30. November 1999 gestorben war, hatte das WZB einen langjährigen, erfahrenen Direktor verloren. Zu der Veranstaltung hatten der Präsident des WZB, Friedhelm Neidhardt, und Ulrich Jürgens, der seit Beginn des Jahres 2000 die Abteilung „Regulierung von Arbeit" leitet, deren Direktor Frieder Naschold war, eingeladen.

Friedhelm Neidhardt eröffnete die Veranstaltung. Danach referierte Gerhard Lehmbruch (Universität Konstanz) über die Bedeutung Frieder Nascholds in seinem eigenen Feld, also der Politikwissenschaft. Michael Schumann (SOFI, Göttingen) würdigte die Leistungen Nascholds aus der Perspektive der Industriesoziologie. David Soskice stellte Nascholds besondere Stellung aus Sicht internationaler Forschung dar, und Monika Wulf-Mathies sprach darüber, daß Wissenschaft für Naschold nicht nur akademisches Glasperlenspiel war; er habe von früh an Praxis beraten und animiert. Am Ende stellte Ulrich Jürgens Nascholds letzte Buchveröffentlichung vor, die dieser selbst nicht mehr vollenden konnte („Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der Info-Com-Industrie").

Im Jahre 1991, ein Jahr vor dem „Erdgipfel" in Rio de Janeiro, hatten Günter Altner, Heidelberg, Barbara Mettler-von Meibom, Essen, Udo E. Simonis, Berlin, und Ernst U. von Weizsäcker, Wuppertal, beschlossen, ein Jahrbuch herauszugeben, das Analysen zu den ökologischen Problemen auf der lokalen, nationalen und globalen Ebene liefern und Perspektiven zu den umweltpolitischen Optionen entwickeln sollte. Das Jahrbuch kam im C.H. Beck Verlag, München, heraus und wurde schnell zu einem Erfolgsbuch. Dies war – nach einem Jahrzehnt seit der Erstausgabe – Anlaß zu einem Symposium, das am 25. November 2000 im Umweltbundesamt stattfand und von Udo E. Simonis geleitet wurde.

Im Dezember 2000 fand am WZB ein internationaler Workshop zum Thema „Diffusion of Environmental Policy Innovations" statt. Im Mittelpunkt der Tagung, die von der Abteilung „Normbildung und Umwelt" und der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität gemeinsam organisiert und von der Volkswagen-Stiftung gefördert wurde, stand die Frage nach der Bedeutung von Diffusionsprozessen in der Umweltpolitik und die Analyse ihrer zentralen Einflußfaktoren. Ziel der Tagung, an der über 40 Forscher

aus 13 Ländern teilnahmen, war es, die vorhandenen, aber bisher noch weitgehend unkoordinierten Forschungsansätze zur Ausbreitung von Umweltpolitikinnovationen zusammenzuführen und die Bedeutung dieser neuen Forschungsperspektive für die vergleichende Umweltpolitikanalyse zu diskutieren.

Mit einer auch für das WZB ungewöhnlich hochrangig, multidisziplinär und international besetzten Konferenz wurde am 16. und 17. November 2001 das seit 1994 von Meinolf Dierkes geleitete und von der Abteilung „Organisation und Technikgenese" koordinierte Kolleg der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung abgeschlossen. Führende Wissenschaftler und Unternehmensleiter, Politiker und Vertreter staatlicher Administrationen, Unternehmensberater wie Journalisten diskutierten die Rolle von Wissen und Lernen für die Entwicklung der zentralen Organisationen der Gesellschaft. Grundlage hierfür waren die wichtigsten Ergebnisse des Kollegs, die im Jahre 2000 publizierte (zweite Auflage 2001) Bibliographie Organisationslernen sowie das im August 2001 bei Oxford University Press und gleichzeitig bei The People's Publishing House Shanghai publizierte „Handbook of Organizational Learning and Knowledge". Ziel der Konferenz, die Ariane Berthoin Antal leitete, war es, weiterführende Ideen zu entwickeln und weitere Forschungen sowie Experimente in der Praxis anzuregen.

Seit den 1990er Jahren ist im Rahmen der Globalisierung eine zunehmende Fragmentierung von Wertschöpfungsketten und eine Relokalisierung industrieller Aktivitäten zu beobachten. Diese industrielle Restrukturierung hat erhebliche Auswirkungen auf die nationalen Institutionensysteme und das jeweilige Niveau der Beschäftigung. Der von der Abteilung „Regulierung von Arbeit" gemeinsam mit dem Massachusetts Institute of Technology (MIT) und dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) veranstaltete Workshop „European Industrial Restructuring in a Global Economy: Fragmentation and Relocation of Value Chains" (30. November/1. Dezember 2001) beschäftigte sich mit der Logik dieser Prozesse und den dabei neu entstehenden räumlichen und sozialen Mustern der Arbeitsteilung in West- und Osteuropa.

Querschnittsgruppen

Die Aktivitäten der Querschnittsgruppe „Umweltforschung" konzentrierten sich auf das Projekt „Arbeit und Nachhaltigkeit", das die Wechselwirkungen von Arbeit und Umwelt zum Gegenstand hatte und damit einen konzeptionellen und empirischen Beitrag der Sozialwissenschaften zur Debatte um die Konkretisierung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien lieferte. Ein mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gemeinsam getragenes Projekt „Arbeit und Ökologie" (gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung) begann Anfang 1998. Das Projekt, an dem Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus sechs Forschungseinheiten und zwei Forschungsschwerpunkten des WZB beteiligt waren, wurde von Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit") und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt") koordiniert. Mit der Konferenz über „Soziale Nachhaltigkeit und Zukunft der Arbeit" (9./10. November 2000) wurde das Projekt beendet. Auf dieser Konferenz wurden die von der WZB-Querschnittsgruppe erarbeiteten Resultate zur Integration der Dimension Arbeit in Nachhaltigkeitskonzepte vorgestellt.

Die Initiative zu der Querschnittsgruppe „Gender, Arbeit, Organisation" geht auf einen 1996 gestarteten Arbeitskreis „Karriereverläufe und Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen" zurück, in dem über neue konzeptionelle Zugänge für eine stärkere Integration von Wissenschaftlerinnen diskutiert wurde. Entstanden ist hieraus ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördertes Querschnittsprojekt „Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb", das sich nicht nur auf das WZB, sondern vergleichend auf die in ihrer disziplinären Ausrichtung und Forschungsorientierung sehr unterschiedlichen außeruniversitären „Leibniz-Institute" bezieht. Die Querschnittsgruppe wird von Maria Oppen (Abteilung „Regulierung von Arbeit") und Dagmar Simon (Forschungsplanung und -koordination) gemeinsam geleitet.

Personalia
Promotionen

Sassa Franke, Abteilung „Organisation und Technikgenese", schloß am 4. Mai 2000 ihr Promotionsverfahren am Fachbereich Umwelt und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin mit dem Prädikat „sehr gut" ab. In ihrer Dissertation behandelte sie

das Thema „Car Sharing zwischen Ökoprodukt und Mobilitätsdienstleistung – Zur Veränderung der Nutzungspraxis des Automobils".

Stephan Rammler, Abteilung „Organisation und Technikgenese", beendete am 22. November 2000 mit der Disputation der Arbeit über die „Wahlverwandtschaft von Moderne und Mobilität. Zum Verkehr der Gesellschaft – Archäologie und Theorie der Verkehrssoziologie" sein Promotionsverfahren am Fachbereich Umwelt und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin mit der Note „sehr gut".

Alexander Wegener, Abteilung „Regulierung von Arbeit", hat am 25. April 2001 mit der Disputation zu seiner Dissertationsschrift „Wettbewerb in der Kommunalverwaltung" mit der Note „magna cum laude" an der FernUniversität Hagen sein Promotionsverfahren abgeschlossen.

Am 5. Juli 2001 schloß Achim Seiler, Abteilung „Normbildung und Umwelt", seine Promotion am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Frankfurt am Main mit der Disputation zum Thema „Biotechnologie und Dritte Welt" ab.

Christina Teipen, Abteilung „Regulierung von Arbeit", beendete ihr Promotionsverfahren am 15. Oktober 2001 im Fach Soziologie mit der Disputation ihrer Arbeit über die „Frühverrentung im Wandel betrieblicher Strategien" am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin mit der Note „magna cum laude".

Natalie Juranek, Abteilung „Normbildung und Umwelt", schloß am 27. November 2001 im Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie der Freien Universität Berlin ihr Promotionsverfahren mit der Note „magna cum laude" ab. In ihrer Dissertation behandelte sie „Strukturen moralischen Bewußtseins – Universalien oder geschlechtsspezifische Differenzen?"

Habilitation

Dr. phil. Frank Biermann, ehemaliger Mitarbeiter und Kooperationspartner der Forschungsprofessur Technik – Arbeit – Umwelt, wurde am 18. Juli 2001 vom Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin die Venia legendi für Politikwissenschaft verliehen.

Berufungen

Der Präsident der Technischen Universität Berlin ernannte Ende September 2000 Privatdozent Dr. Andreas Knie, Abteilung „Organisation und Technikgenese", zum außerplanmäßigen Professor für das Fach „Soziologie, insbesondere sozialwissenschaftliche Technikforschung".

Professor Dr. Bernhard Glaeser, Abteilung „Normbildung und Umwelt", wurde von der Freien Universität Berlin im Juni 2001 zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Zuvor hatte er im März 2001 einen Ruf auf eine einjährige Gastprofessur von der Universität Wien erhalten, wo er im Institut für Anthropologie das Fachgebiet „Humanökologie" im Sommer 2002 vertritt.

Am 15. November 2001 überreichte der erste Vizepräsident der Technischen Universität (TU) Berlin, Professor Dr. Kurt Kutzler, Dr. Ariane Berthoin Antal (Abteilung „Organisation und Technikgenese") in Würdigung ihrer hervorragenden wissenschaftlichen Leistungen ihre Bestellung zur Honorarprofessorin für das Fach „Organisationsentwicklung und interkulturelles Management im Gesundheitswesen". Die Ernennung erfolgte auf Vorschlag der Fakultät für Wirtschaft und Management und durch Beschluß des Akademischen Senats der TU Berlin. Im Mai 2000 hatte sie den Ruf als Visiting Professor an das Henley Management College, Henley-on-Thames, Oxfordshire, erhalten.

Privatdozent Dr. Christoph Scherrer, Abteilung „Regulierung von Arbeit", hatte einen Ruf auf die C4-Professur für „Globalisierung und Politik" an der Universität Gesamthochschule Kassel erhalten und im Verlauf des Jahres 2000 angenommen.

Dr.-Ing. Ekhart Hahn wurde im Sommer 2001 von der Fakultät für Raumplanung der Universität Dortmund zum Honorarprofessor für das Fachgebiet Ökologischer Stadtumbau ernannt. Zu diesem von ihm bereits 1983 geprägten Begriff hatte Hahn in den Jahren 1988 bis 1991 am WZB eine internationale Forschungskooperation mit Partnern aus Polen und der damaligen Tschechoslowakei geleitet. Er

lehrt dieses Fachgebiet seit 1998 als Gastprofessor auch an der Universität Aalborg in Dänemark.

Wolfgang van den Daele, Direktor der Abteilung „Normbildung und Umwelt", ist im Frühjahr 2001 vom Bundeskanzler für vier Jahre zum Mitglied des Nationalen Ethikrats berufen worden.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen berief im Sommer 2001 Udo E. Simonis für weitere drei Jahre zum Mitglied des „Committee for Development Policy", dem insgesamt 24 Persönlichkeiten aus fünf Kontinenten angehören. Aufgabe des Komitees ist die Evaluation der ökonomischen und sozialen Leistung der Entwicklungsländer und ihre entsprechende Kategorisierung.

Meinolf Dierkes, Direktor der Abteilung „Organisation und Technikgenese", ist im November 2001 zum wissenschaftlichen Mitherausgeber des Journal of International Business Education (JIBE) bestellt worden. Neben Dierkes gehören diesem Gremium Haskel Beneshy (Northwestern University), John Kasarda (University of North Carolina) und Joseph LaPalombara (Yale University School of Management) an. Das neugeschaffene Journal zielt auf die weltweite Verbreitung qualitativ herausragender Lehrmaterialien und bedeutsamer Entwicklungen im Themenfeld der Business Education.

Lehre

Während des Berichtszeitraums haben Angehörige des Forschungsschwerpunkts mehr als 40 semesterlange Lehrveranstaltungen, überwiegend an den drei Berliner Universitäten, durchgeführt.

Umsetzung

Die Umsetzung der Forschungsergebnisse im Forschungsschwerpunkt erfolgt in vielfältigen Formen: in Konferenzen, Workshops, Publikationen (Monographien und Herausgeberschaften: 31, Artikel in Fachzeitschriften, Büchern und Zeitungen: 297 und in Discussion papers: 39) und zahlreichen Vorträgen in wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Institutionen im In- und Ausland. Ziel dieser vielfältigen Umsetzungsstrategie ist es, über die Forschungstätigkeit nicht nur ergebnisbezogen, sondern schon im Prozeß zu berichten und mit externen Experten zu diskutieren. Dies entspricht der Forschungsstrategie, Wissenschaft und Praxis schon bei der Genese der Projekte einzubeziehen und bei wichtigen Schnittstellen Rückkopplungsphasen zu organisieren.

Naschold-Preis

Nancy C. Roberts, Professorin für Strategisches Management und nationale Sicherheitspolitik von der Naval Postgraduate School, Monterey, U.S.A., ist die erste Preisträgerin des „Frieder Naschold Award for Excellence in Research in Public Management". Ihren mit diesem Preis ausgezeichneten Beitrag über „Wicked Problems and Network Approaches to Resolution" stellte sie in einem Vortrag am 17. Juli 2001 im WZB vor. Jürgen Kocka, der sie als Präsident des WZB eingeladen hatte, begrüßte die Preisträgerin und die rund 50 Seminarteilnehmer. Ulrich Jürgens verwies auf den breiten Governance-Ansatz, den Frieder Naschold in seinen letzten Jahren entwickelt hatte und der den Rahmen für die Forschungsarbeit der Abteilung „Regulierung von Arbeit" darstellt. Christoph Reichard, Universität Potsdam, skizzierte die wesentlichen Standorte (Konstanz, Speyer, Berlin/Potsdam), die in Deutschland für die Forschungen über den öffentlichen Sektor maßgeblich sind. Larry Jones, Fachkollege der Preisträgerin in Monterey, stellte das weltweit 600 Mitglieder umfassende „International Public Management Network" vor, das den Preis gestiftet hatte.

Abteilung „Organisation und Technikgenese"

Grundlagen

Die Arbeit der Abteilung konzentriert sich auf die Analyse sozialer, organisatorischer und kultureller Einflüsse auf technische und organisatorische Innovationen. Insbesondere werden bereichs- und organisationsüberschreitende Faktoren wie technische Leitbilder, Organisationskultur und Prozesse des Organisationslernens in den Blick genommen, die als akteursübergreifende Orientierungen Technikentwicklungen anstoßen oder deren Richtung beeinflussen können. Methodisch haben interaktive und begleitende Forschungsstrategien besondere Bedeutung. Die aktuellen empirischen Forschungsfelder umfassen die drei Hauptbereiche

– Organisationslernen,

– Mobilität und

– Internet Governance

sowie explorative Arbeiten zu wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der Globalisierung.

In den Forschungsarbeiten der Abteilung wird an ausgewählten sozialen und technischen Innovationen die Bereitschaft und Fähigkeit von Organisationen untersucht, Neuerungen zu schaffen, aufzunehmen, voranzutreiben und in breiten Anwendungen umzusetzen. Die einzelnen Untersuchungen setzen dabei an den verschiedenen Stufen des Innovationsprozesses und den unterschiedlichen Aktions- und Reaktionsmustern von Organisationen an.

Umsetzung

Ein fester Bestandteil der Arbeit besteht darin, die Ergebnisse der Forschung zu vermitteln. Es werden Konferenzen und Seminare mit Wissenschaftlern und Praktikern organisiert und Lehrveranstaltungen an den Berliner Universitäten und an anderen Institutionen – beispielsweise der University of California at Berkeley, am Henley Management College und an der Handelshochschule Leipzig – durchgeführt. Seit 1995 findet in Kooperation mit dem Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin ein „Forschungskolloquium sozialwissenschaftliche Mobilitätsforschung" am WZB statt. Gezielt werden die Forschungsergebnisse sowohl in fachwissenschaftlichen Büchern und Zeitschriften als auch in Publikumszeitschriften und Tages- bzw. Wochenzeitungen veröffentlicht.

Im Mittelpunkt der drei Forschungsfelder standen folgende Untersuchungen.

Projektbereich Organisationslernen

Der Hauptakzent der Arbeit lag zunächst auf dem Abschluß des mehrjährigen internationalen Verbundprojekts zum Organisationslernen und daran anschließend auf der Verbreitung der Ergebnisse durch umfangreiche Veröffentlichungen und auf internationalen Konferenzen in Berlin und im Ausland. Parallel hierzu wurde an mehreren Forschungsprojekten gearbeitet, um bisher vernachlässigte Akteure und Prozesse des Organisationslernens zu untersuchen.

Handbook

Das international besetzte Kolleg zum Organisationslernen, das von Meinolf Dierkes geleitet und von der Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung gefördert wurde, hat im Berichtszeitraum seine Arbeit abgeschlossen. Die zwei wichtigsten Produkte des Kollegs sind das bei Oxford University Press und People's Publishing House Shanghai 2001 erschienene „Handbook of Organizational Learning and Knowl-

> „Deshalb schlagen die Herausgeber vor, sich dem Handbuch wie einem orientalischen Basar zu nähern. ‚Der Basar bietet ein umfassendes Sortiment an Waren und folgt seinen eigenen Gesetzen.' Übersetzt heißt das: Überall mal gucken, ob sich etwas Interessantes findet. Und das ist der Fall: Fallstudien sorgen für Anschaulichkeit. Darin zeigen die Autoren, wie die theoretischen Erkenntnisse in den USA, Europa und Japan – beispielsweise durch Wissensmanagement – in die Praxis umgesetzt wurden."
>
> Financial Times Deutschland
> 2. April 2002

edge“ und die bei edition sigma verlegte zweite, erweiterte Auflage der „Annotated Bibliography of Organizational Learning and Knowledge“.

Das Handbuch, das unter der gemeinsamen Herausgeberschaft von Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child (University of Birmingham) und Ikujiro Nonaka (Graduate School of International Corporate Strategy, Hitotsubashi University, Tokio) entstanden ist, umfaßt 43 Artikel von 67 Autoren aus 16 Ländern. Angesichts des deutlich zunehmenden Interesses an diesem Forschungsfeld – bei Wissenschaftlern wie auch Praktikern – sahen die Herausgeber die Notwendigkeit zur Aufbereitung des fast 30 Jahre alten Forschungsfelds und zur Formulierung einer weitreichenden Forschungsagenda. Die Theorieentwicklung des Felds ist durch die Vielfalt der daran beteiligten Disziplinen (z.B. Soziologie, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie) geprägt. Unter solchen Bedingungen ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Sprache für die Beschreibung der Phänomene schwierig; einige frühe Erkenntnisse sind zeitweise auch in Vergessenheit geraten.

Beispielsweise wurden die Rolle von Emotionen und die politischen Dimensionen von Lernprozessen in den 1980er und frühen 1990er Jahren kaum diskutiert, obwohl diese Themen in den Pionierarbeiten der 70er Jahre bereits verankert waren. Erst jetzt haben sich die Rolle von Emotionen und die politischen Konnotationen von Lernprozessen erneut als wichtige Themen auf der Forschungsagenda etabliert.

Die überwiegende Mehrzahl von Untersuchungen über Organisationen aus dem angelsächsischen Kulturraum läßt sich mit der Herkunft der meisten Autoren erklären. Ein Trend zur Ergänzung des Felds mit Beiträgen über westeuropäische und japanische Unternehmen seit den 1990er Jahren beruht auf der wachsenden Anzahl von Autoren aus diesen Kulturkreisen. Angesichts der Vielfalt an Kulturen und dem Spektrum an Organisationsformen in der heutigen Welt bilden die bisherigen Untersuchungen jedoch gerade einmal die Spitze des Eisbergs. Um den Geltungsbereich der Theorien zu erweitern, müssen wesentlich mehr Regionen und Arbeitsbedingungen berücksichtigt und mit einbezogen werden als bisher (beispielsweise in Afrika, im Nahen Osten und in Südamerika).

Ebenso wichtig ist es, die Vielfalt der zu untersuchenden Organisationstypen zu erweitern. Dabei ließe sich an einen Vergleich von Internet- und dot.com-Unternehmen, unabhängigen Filmproduktionen oder der Modeindustrie mit der Katholischen Kirche oder Museen denken. Vergleiche dieser Art könnten Aufschlüsse über die Bedeutung von Zeit und Lebenszyklen in Organisationslernprozessen liefern sowie darüber, wie das Organisationsgedächtnis unter verschiedenen strukturellen Bedingungen gebildet und zugänglich gemacht wird.

Forschungslücken

Die doppelte Aufgabe des „Handbook of Organisational Learning and Knowledge“ – als Darstellung des derzeitigen Wissensstands und als Pfadfinder für die weißen Flecken auf der Forschungslandkarte – haben die Herausgeber als globale Verantwortung verstanden. Im August 2001 wurde das Handbuch auf der Jahrestagung der Academy of Management in Washington D.C. und auf einer von der Shanghai Academy of Social Sciences organisierten Konferenz vorgestellt. In Europa fand die Vorstellung anläßlich der Tagung zu „Organisations in the 21st Century: Knowledge and Learning – The Basis for Growth“ (16./17. November 2001 im WZB) statt. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung wurden auf einer hierfür neu eingerichteten Webseite festgehalten und für ein internationales Publikum zugänglich gemacht (http://www.global-insight.com/WZB/). Parallel zur Fertigstellung des Handbuchs und der Bibliographie wurden Projekte durchgeführt, um neu identifizierte Forschungslücken zu schließen, deren Bedeutung im Rahmen der Arbeit am Handbuch sichtbar wurde.

Unternehmensberatung

In vier Fallstudien über Unternehmensberatungsprojekte in einem international tätigen Großunternehmen konnte Christiane Kerlen zeigen, daß die Phase der Problemdefinition, die bislang in den theoretischen Arbeiten nicht beachtet wurde, in der Praxis tatsächlich als eigene Phase abgrenzbar ist. Zwei sich ergänzende, aber deutlich unterscheidbare Fragestellungen werden in dieser Phase beantwortet, so daß von zwei Teilprozessen gesprochen werden kann. Im ersten steht die Frage im Vordergrund, welche

Problemfelder oder Themen bearbeitet werden sollen und welche nicht. Dieser Teilprozeß kann als organisationaler Prozeß der Problemidentifizierung bezeichnet werden. Beim zweiten Teilprozeß geht es um die Frage, wie ein spezielles, bereits ausgewähltes Problem definiert werden soll. Dieser Teilprozeß kann daher als der organisationale Prozeß der Problemformulierung bezeichnet werden.

Häufig wurden Unternehmensberater in solche Umstrukturierungsprozesse einbezogen, daher wurde auch deren Einfluß in der Problemdefinitionsphase untersucht. Hiermit konnte auch ein Beitrag zur Erklärung der Rolle von Beratern als grenzüberschreitende Akteure in Prozessen des Organisationslernens geleistet werden. Dieses Dissertationsprojekt, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert wurde, ist im Frühjahr 2002 erfolgreich abgeschlossen worden.

Supranationale Organisationen

Eine zweite Forschungslücke bezieht sich auf Lernprozesse in supranationalen Organisationen. Die bisherige Forschung hat sich hauptsächlich mit privatwirtschaftlichen Unternehmen befaßt und andere Bereiche vernachlässigt. Kathrin Böhling untersucht am Beispiel der Europäischen Kommission, wie eine supranationale Organisation bei ihrer Kommunikations- und Koordinationsbeziehung mit Akteuren aus dem Umfeld über Entwicklungen und Veränderungen im Umfeld lernt. Im Mittelpunkt der von der Volkswagen-Stiftung geförderten Untersuchung steht die Zusammenarbeit von Ausschüssen, die mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft besetzt sind. Diese Ausschüsse werden unter anderem für die Durchführung von politischen Maßnahmen gebildet und stellen ein Bindeglied zur komplexen Handlungsumwelt (zu Organisationen, Interessenvertretern, Funktionsträgern öffentlicher Körperschaften etc.) dar. Anhand von Experteninterviews mit Mitgliedern der Kommission und der Ausschüsse sowie einer Dokumentenanalyse wird nachgezeichnet, wie die EU-Organisation die durch die Ausschüsse an sie herangetragenen Erwartungen, Anforderungen, Ideen und das Wissen interpretiert und die Durchführung übernationaler Politiken damit abstimmt.

Aus der ersten Interviewwelle zeichnet sich ab, daß bei der Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ausschüssen eine Ausdifferenzierung von Handlungsmustern zu beobachten ist, die sich förderlich auf den Import äußerer Signale in den Organisationskontext der Kommission auswirkt. So gelten die für die Umsetzung des untersuchten IST (Information Society Technology)-Programms einbezogenen Vertreter der Wirtschaft als sachkundige Handlungspartner aus dem Umfeld, die für die Gestaltung eines leistungsfähigen Forschungs- und Technologieprogramms unerläßlich sind. Es wird jedoch noch zu untersuchen sein, ob der Mangel an kommunikativen Austauschprozessen, der organisationsweit zum Tragen kommt, sich erschwerend auf übergreifende Lernprozesse auswirkt.

Hoechst/ Aventis

Entscheidungsgrundlagen, Beweggründe und Managementprozesse einer tiefgreifenden Unternehmenstransformation untersuchten Ariane Berthoin Antal und Meinolf Dierkes in Kooperation mit Camilla Krebsbach-Gnath (KG&D) und Ikujiro Nonaka (Graduate School of International Corporate Strategy, Hitotsubashi University, Tokio) am Beispiel des Umbaus des Chemiekonglomerats Hoechst zum Pharmaunternehmen Aventis in den Jahren 1994 bis 2000. Ungewöhnlich waren hierbei sowohl das Ausmaß der Veränderungen im Unternehmen, die Geschwindigkeit, mit der die Prozesse abliefen, und vor allem auch die Bereitschaft der Unternehmensleitung, systematisch Führungskräfte ausländischer Toch-

Abteilung „Organisation und Technikgenese"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Professorin Dr. Ariane Berthoin Antal M.A., B.A.	1975
Corinna Bäuerle	2001
Diplom-Soziologin Kathrin Böhling	2000
Dr. Weert Canzler, Diplom-Politologe	1993
Jutta Czerkewski	1988
Professor Dr. Meinolf Dierkes, Diplom-Kaufmann	1976
Dr. Sassa Franke, Diplom-Politologin	1999
Diplom-Politologe Martin Gegner	1998–2000 und seit 2001
Dr. Ute Hoffmann, Diplom-Soziologin	1989
Dr. Jeanette Hofmann, Diplom-Politologin	1990
Diplom-Sozialwissenschaftlerin Astrid Karl	1992–1995 und seit 2001
Anne Klein-Hitpaß	2000
Professor Dr. Andreas Knie, Diplom-Politologe	1988
Diplom-Ingenieur Christian Maertins	2000
Dr. Lutz Marz, Diplom-Lehrer	1990
Kate Nattrass B.A.	2000
Claudia Nentwich	1990
Dr. Markus Petersen, Diplom-Kaufmann	1998
Dr. Stephan Rammler, Diplom-Politologe	1997
Christel Reinelt	1978
Jessica Schattschneider	2000
Barbara Schlüter M.A.	1996
Berke Tataroglu	2000
Anne Vonderstein M.A.	1998
Dirk Zorn M.A.	2001
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Diplom-Politologe Felix Beutler	1998–2001
Dr. Regina Buhr, Diplom-Sozialökonomin	1991–2001
Diplom-Betriebswirt Bernd Heinemann	1999–2000
Aline Hoffmann B.A.	1993–1996 und 1999–2001
Diplom-Ingenieurin Christiane Kerlen	1999–2001
Anne Klein-Hitpaß	2000–2001
Madelaine Kolodzi	1997–2000
Birgit Schultz	1998–2000
Ingrid Schwarzkopf	1977–2000
Casey Teele B.A.	1999–2000
Anne Vonderstein M.A.	1998–2001

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

tergesellschaften und übernommener Unternehmen an zentralen Stellen in den Prozeß der Umorientierung einzubeziehen.

Neben einer Reihe von Veröffentlichungen hat die Untersuchung ein für das WZB seltenes Produkt hervorgebracht: eine für die Lehre an internationalen Business Schools aufbereitete Fallstudie, die im Frühjahr 2002 auch für die Management-Ausbildung in China auf Mandarin vorlag. Mit der Fallstudie wird also zugleich eine Lücke in den Lehrmaterialien von Business School-Programmen geschlossen, die vorwiegend aus anglo-amerikanischen Fällen bestehen.

(Weitere Informationen: http://www.wz-berlin.de/ot/personen/antal/publications.htm)

Managementpraktiken

Eine der offenen Fragestellungen im Bereich Organisationslernen betrifft Zeitpunkt, Ort und Umfang, zu dem Unternehmen neue Managementkonzepte aus ihrer Umwelt aufnehmen. Dazu gehört auch die Frage nach den Initiatoren solcher Entwicklungen, nach Imitationseffekten, Moden wie auch äußeren Druck. Dem geht Dirk Zorn (Department of Sociology, Princeton University), der seit Sommer 2001 Gast der Abteilung ist, im Rahmen seiner Dissertation nach. Grundlage seiner Arbeit bildet ein Datensatz, der strukturelle, strategische und finanzielle Informationen der amerikanischen Fortune 500-Unternehmen für den Zeitraum von 1963 bis 2000 enthält. In einem ersten Schritt wurde die Verbreitung des sogenannten „Chief Financial Officer" (CFO) mit ereignisanalytischen Methoden modelliert, um

die zu beobachtende Aufwertung dieser Funktionsträger im Laufe der letzten 35 Jahre zu beschreiben.

Im weiteren Verlauf der Untersuchung werden die strukturellen und strategischen Konsequenzen der Wandlung in den Vorstandsetagen in den Blick genommen, und dabei wird auch nach der Rolle der CFOs für die Verbreitung der Idee einer sogenannten „Fokussierung auf Kernkompetenzen" gefragt.

Wagniskapital

Für die erfolgreiche Gründung von neuen Unternehmen ist sowohl Geld als auch Erfahrungswissen wichtig. Christiana Weber und Meinolf Dierkes führten erstmals eine breit angelegte Untersuchung über Wagniskapitalgeber (VCs) in Deutschland durch, um einen Überblick über die Struktur dieses Markts zu gewinnen und um Unterschiede in den Investitionskriterien, im Selbstverständnis und in den Motivationsgründen bei den verschiedenen Typen von Akteuren zu identifizieren. Als besonders wichtig erwies sich die Unterscheidung zwischen den klassischen Wagniskapitalgebern (VC) und den „corporate venture capitalists" (CVC), die aus Konzernen heraus Wagniskapital investieren.

Zum Beispiel verfügen die CVCs im Vergleich zu klassischen VC-Gesellschaften in geringerem Umfang über Investmentmanager mit beruflicher Qualifikation aus Unternehmensberatung, Topmanagement oder Investmentbanking. CVC-Wagniskapitalgeber können also Firmengründern weniger Erfahrungswissen zur Verfügung stellen. Die Vorstellung und Analyse der Umfrageergebnisse werden im Jahre 2002 als Buch veröffentlicht und dienen als Grundlage für eine qualitative Untersuchung über interorganisationale Lernprozesse zwischen Risikokapitalgebern und Gründerunternehmen.

Außenseiter

„Wo wären wir ohne die Verrückten?" – Mit dieser Frage betitelten Ariane Berthoin Antal und Camilla Krebsbach-Gnath den von ihnen herausgegebenen Band zum 60. Geburtstag von Meinolf Dierkes. Nach fast genau einjähriger Vorarbeit überreichten die Herausgeberinnen am 24. September 2001 dem Jubilar das erste Exemplar dieses Sammelbands mit Beiträgen von Kollegen und Kolleginnen aus der ganzen Welt und aus den drei Wirkungsbereichen Wissenschaft, Politik und Wirtschaft.

Was es mit dem Buchtitel auf sich hat, verraten die beiden Herausgeberinnen in ihrer einführenden „Einladung zum Querdenken": „Es ist sein ganz persönliches Thema: Er hat nicht nur immer wieder darüber geredet und geschrieben, er hat es auch gelebt. Die Notwendigkeit, ‚Außenseiter' aktiv einzubeziehen, und die Bereitschaft, selbst als Außenseiter auf neue Gebiete einzuwirken, durchziehen seine ganze Arbeit wie ein roter Faden. Seine Innovationen haben sich davon gespeist, daß er stets für ‚verrückte' und fremde Ideen und Menschen offen gewesen, ihnen mit Neugier und Respekt begegnet ist."

(Weitere Informationen: http://www.wz-berlin.de/ot/projekte/orgalern.de.stm)

Projektbereich Mobilität

Die Projektgruppe Mobilität arbeitet seit Mitte der 90er Jahre zu Fragen der sozialwissenschaftlichen Verkehrs- und Mobilitätsforschung. Schwerpunktmäßig wurde im Berichtszeitraum das CashCar-Projekt im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung initiierten Förderungsschwerpunkts „Mobilität in Ballungsräumen" mit einer Gruppe von Berliner Pilotnutzern bearbeitet. Die für diesen Zweck 1998 gegründete CHOICE Mobilitätsproviding GmbH, an der das WZB als Gesellschafter beteiligt ist, dient dazu, in der Praxis eine innovative

„Das Tolle an Choice: Es ist seit Erfindung des Verbrennungsmotors und der Pferdeeisenbahn eines der ehrgeizigsten und hellsichtigsten Verkehrsharmonisierungs-Projekte weltweit. Es beschönigt nichts. Hier arbeiten keine PR-Strategen, sondern praxisorientierte Wissenschaftler, die über ein ausgeprägtes Problembewusstsein verfügen. Sie können sich über Rückschläge, sofern sie empirisch erhoben sind, genauso begeistern wie über operative Erfolge. Nur ist schwer zu glauben, dass sie in drei Jahren, wenn die Forschungsgelder versiegen, schwarze Zahlen schreiben werden."

Brand Eins
Januar 2001

Verkehrsdienstleistung zu verwirklichen und zugleich begleitend zu untersuchen.

Rahmenbedingungen

Oft beruhen die Konzepte zur Änderung des Verkehrsverhaltens auf zu idealistischen oder funktionalistischen Annahmen. Die Nutzer werden mit normativ aufgeladenen Appellen aufgefordert, auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umzusteigen. Die Umsetzungserfolge dieser Ansätze waren bislang nicht sehr groß.

Um eine größere Realisierungschance für eine moderne Mobilitäts- und Verkehrspolitik erreichen zu können, sind aus sozialwissenschaftlicher Perspektive folgende Rahmenbedingungen zu berücksichtigen:

- Ökologische Belastungen durch den Verkehr – insbesondere durch den Autoverkehr – bleiben trotz aller Erfolge technischer Kompensation ein sensibles Thema. Zwar gehen die klassischen Luftschadstoffe mengenmäßig zurück, der Flächenverbrauch durch die wachsende Zahl von Fahrzeugen nimmt jedoch weiter zu, und die politischen Regulierungen der verkehrsinduzierten Probleme werden schärfer und unübersichtlicher.

- Die Individualisierung der Gesellschaft schreitet voran: Die Normalfamilie wird zur Minderheit, Arbeitszeiten und -formen werden vielfältiger, Biographien werden unkonventioneller gelebt und Verkehrsbedürfnisse komplexer angelegt. Eigene Zeitordnungen und ein wachsender Bedarf an Raum werden zu wichtigen Bestimmungsfaktoren bei der Gestaltung zukünftiger Verkehrslandschaften.

- Die kulturelle und symbolische Bindung der Kunden an das Auto wird lockerer. Die hohe Wertschätzung für das Auto wird bleiben, aber der Umgang mit technischen Dingen im allgemeinen und dem Automobil im besonderen folgt zunehmend der Tendenz „Nutzen statt besitzen".

Für die Praxis der Verkehrsmittelorganisation bleibt dies nicht ohne Folgen. Generell ist in modernen Gesellschaften ein starker Hang zur „Selbstbeweglichkeit" festzustellen. Konkret bedeutet dies: ohne ein Modul „Automobil" kann kein attraktives Konzept für die Zukunft des Personenverkehrs entwikkelt werden, aber die Nutzung muß in einer neuen intelligenten Weise geschehen.

CashCar

Die Projektgruppe Mobilität hat mit dem Projekt „CashCar: Der Bedeutungswandel des Privat-Automobils zum Kernmodul eines integrierten Verkehrsdienstleisters" ein auf die Erprobung von neuen Nutzungsformen des Autos zielendes Forschungsvorhaben fortgesetzt. CashCar ist ein Full-Service-Leasing-Angebot, das dem Kunden die volle Verfügbarkeit über ein Automobil gibt und zusätzlich die Option eröffnet, das Fahrzeug bei Nichtgebrauch an einer der nahegelegenen Car-Sharing-Stationen abzugeben. Das Fahrzeug wird dann im Car-Sharing-Betrieb eingesetzt, der erzielte Umsatz wird dem CashCar-Kunden nach Abzug der anfallenden Gemeinkosten gutgeschrieben und mit der monatlichen Leasingzahlung verrechnet. Das Fahrzeug wird für Kunden somit desto attraktiver, je öfter dieses von ihm selbst nicht benutzt, sondern abgegeben wird. Somit können Bedingungen benannt werden, die den möglichen Wechsel in der Bedeutungszuschreibung des Automobils von einem Privatwagen zu einem gemeinschaftlichen Nutzungsgut fördern oder behindern.

Veränderungen in Einstellungen und Verhalten, die mit Nutzung des CashCar-Angebots möglich werden, können nur dann identifiziert werden, wenn die CashCar-Kunden vor, während und auch nach der Nutzung beobachtet und befragt werden. Die in die Projektentwicklungsphase eingebaute sozialwissenschaftliche Analysearbeit hält daher mit Hilfe einer Panel-Befragung individuelle Wahrnehmungen und Veränderungen im Umgang mit dem CashCar als Teil einer integrierten Dienstleistung fest.

Die Erarbeitung einer Theorie der Automobilnutzung im Rahmen einer neu zu formulierenden Mobilitäts- und Verkehrssoziologie soll Angaben darüber machen können, wie „stabil" diese Entscheidungen tatsächlich sind und wie Anreize beschaffen sein müssen, um über eine variable Nutzung nachzudenken.

Im bisherigen Projektverlauf ist deutlich geworden, daß das CashCar-Modell grundsätzlich funktioniert.

Private Nutzer benötigen jedoch einen erheblichen Erklärungs- und Betreuungsaufwand. Außerdem sind sie sehr sensibel gegenüber den Transaktionskosten der Fahrzeugfreigabe und -übernahme. Gewerbliche Nutzer und öffentliche Einrichtungen sind mit standardisierten CashCar-Angeboten besser zu erreichen. Bei diesen Zielgruppen liegen erhebliche Potentiale, weil sie zum einen einen vorab klar definierbaren Nutzungsbedarf haben und zum anderen hohe Refinanzierungsraten durch eine regelmäßige Freigabe der Fahrzeuge an Wochenenden erzielen können.

Für ein betriebswirtschaftlich rentables CashCar-Angebot ist eine enge Verkopplung mit einem professionell betriebenen Car Sharing notwendig. Hier ist im Jahr 2001 – nicht zuletzt befördert durch die Arbeiten der Projektgruppe Mobilität – Bewegung in die deutsche Car-Sharing-Landschaft geraten: Die Deutsche Bahn AG hat begonnen, ein bundesweites Car-Sharing-Franchise-System aufzubauen. Ziel ist es, bis 2003 mit Hilfe der lokalen Car-Sharing-Organisationen in allen deutschen Ballungsräumen ein einheitliches Car-Sharing-Angebot für Bahnkunden zu ermöglichen.

Durch die Kombination des Autobausteins mit dem Fernverkehr hat die Deutsche Bahn einen wichtigen Schritt zum umfassenden Mobilitätsanbieter gemacht. Von mindestens ebenso großer Bedeutung ist jedoch die Verbindung von Autobaustein und öffentlichem Nahverkehr. Gerade vor dem Hintergrund der begonnenen Deregulierung im öffentlichen Verkehr und des damit einhergehenden verstärkten Wettbewerbs sind die Unternehmen des öffentlichen Nahverkehrs gezwungen, sich stärker an den Bedürfnissen ihrer Kunden zu orientieren und ihre Angebote attraktiver zu machen. Dafür könnte der Autobaustein als zusätzliches Angebot für Stammkunden und als Anreiz für Neukunden eine wichtige Rolle spielen.

Mit der Neuausrichtung der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen für den Wettbewerb und mit der Aufgabendefinition in öffentlichen Ausschreibungen im Verkehr beschäftigt sich die Projektgruppe in dem Ende 2001 begonnenen Projekt „Lasten- und Pflichtenheft für einen zukunftsfähigen öffentlichen Verkehr“. Hier geht es um die Konkretisierung der Formel: „Der öffentliche Verkehr muß privater und der private Verkehr muß öffentlicher werden“.

Neben den Arbeiten am Cash-car-Projekt sind zwei Monographien entstanden, die sich aus theoretischer Sicht mit Grundlagen der Verkehrsforschung auseinandersetzen. Sassa Franke widmet sich in ihrer Arbeit „Car Sharing: Vom Ökoprojekt zur Dienstleistung“ grundlegenden Fragen der Verkehrsverhaltensforschung. Ihre qualitativ angelegte Studie ermöglicht ein tiefergehendes Verständnis des individuellen Verkehrshandelns und der Bedeutung von Routinen, indem sie der Frage nachgeht, wie es zum Wechsel vom eigenen Auto zum Car Sharing kam. Aus der Analyse dieser Veränderungsprozesse können Bedingungen für die Akzeptanz innovativer Mobilitätsdienstleistungen abgeleitet werden.

Stephan Rammler befaßt sich in der Arbeit „Mobilität in der Moderne – Geschichte und Theorie der Verkehrssoziologie“ mit den allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen moderner Verkehrsentwicklung aus einer strukturellen und differenzierungstheoretischen Perspektive. Seine zentrale Annahme ist die eines „wahlverwandtschaftlichen“, sich wechselseitig stabilisierenden und befördernden Verhältnisses zwischen moderner Gesellschaft und moderner Mobilität. Die Erkenntnisse beider Untersuchungen, die sowohl verkehrspolitisch als auch für die sozialwissenschaftliche Verkehrsforschung bedeutsam sind, tragen zur theoretischen Fundierung sowohl der konkreten Forschung über CashCar als auch zur weitergehenden konzeptionellen Rahmung der Projektgruppenarbeit bei.

(Weitere Informationen: http://www.wz-berlin.de/ot/projekte/mobilitaet.de.stm)

Projektbereich Internet Governance

Der Projektbereich Internet Governance befaßt sich mit dem neuartigen Regulierungstypus, der sich augenblicklich im Internet herauskristallisiert. Die Entwicklung der Netzinfrastruktur wird im Gegensatz zu anderen öffentlichen Kommunikationsnetzen nicht durch eine internationale Organisation, sondern durch ein privates Unternehmen verwaltet. Die Cha-

rakteristika dieses neuen Regimes sind Gegenstand von zwei komplementär angelegten empirischen Forschungsprojekten. Eines davon beschäftigt sich mit der Reform des Domainnamensystems (DNS). Im Mittelpunkt des zweiten Projekts stehen Willensbildungsprozesse in der Netzverwaltung.

Namenszonen

Nach einem mehrjährigen Stillstand tritt das DNS in eine Phase der Weiterentwicklung ein. ICANN, die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers, hat eine Erweiterung des Namensraums um sieben Namenszonen (Top Level Domains) beschlossen. Darüber hinaus steht auch die Einführung internationaler Domainnamen bevor. Numerische Netzadressen und Domainnamen bilden notwendige Voraussetzungen für den Zugang und die Nutzung des Internet. Das technische Verfahren für die Verwendung nicht-lateinischer Zeichensätze (chinesisch, russisch) liegt bereits vor. Derartige Reformprozesse sind von großer Bedeutung, weil sie die öffentliche Präsenz und Sichtbarkeit im Netz betreffen.

Das Ziel der Untersuchung über das DNS besteht darin, die Reformoptionen zu analysieren und einer Bewertung mit Blick auf ihre Auswirkung auf die Kommunikationschancen der Nutzer und Nutzungsweisen des Internet zu unterziehen. Die bisher vorliegenden Befunde der Untersuchung zeigen, daß die Einführung neuer Namenszonen mit einer wachsenden Regulierungsdichte des Namensraums verbunden ist. Der für das Internet einstmals so typische „Laissez faire"-Charakter tritt hinter dem augenblicklichen Primat der Netzstabilität und des Schutzes der Nutzer zurück.

Auch die bestehende Namensknappheit und der daraus resultierende Trend zum spekulativen Handel mit Domainnamen hat die Neueinrichtung von Namenszonen nicht beheben können. Es bestätigt sich die Ausgangsannahme, daß das DNS weitgehend ungeeignet für die Lokalisierung von Websites ist. Diese Einsicht setzt sich inzwischen auch auf seiten der Nutzer durch, die in wachsendem Umfang auf Suchmaschinen zugreifen, um zu gewünschten Websites zu gelangen.

ICANN-Wahl

Die Analyse der Willensbildungsprozesse in der Netzverwaltung greift die sozialwissenschaftliche Diskussion über Tendenzen und Erscheinungsformen der Transnationalisierung auf. Konzeptionell zielt die Untersuchung auf das Spannungsverhältnis zwischen territorialstaatlichen und internetbasierten Formen der Willensbildung.

Nationalstaatliche Verfahren und Kriterien demokratischer Organisation bestimmen die Erwartungen an die Einführung entsprechender Partizipationsstrukturen im Internet, wenngleich eine direkte Übertragung territorialer Demokratiemodelle kaum zu verwirklichen ist. Das empirische Fallbeispiel für die Untersuchung bilden die Wahlen von fünf ICANN-Direktoren im Jahr 2000. Hierbei handelte es sich nicht nur um die erste globale Wahl im Internet, sondern auch um ein Experiment in der Repräsentation von regionalen und funktionalen Interessengruppen im Internet. Die Studie kommt zu dem Schluß, daß nationalstaatliche Formen demokratischer Willensbildung weiterentwickelt werden müssen, um im Internet anwendbar zu sein und legitimationsstiftend zu wirken.

Dies betrifft etwa die Wahlbeteiligung als Legitimationsindikator. Die bei Parlamentswahlen übliche Wahlbeteiligung wird in der Selbstverwaltung des Internets niemals erreicht werden können. Zugleich entstehen jedoch Problemstellungen, die im Rahmen der meisten Nationalstaaten keine nennenswerte Rolle mehr spielen. Dazu gehören vor allem Verständigungsschwierigkeiten durch die Sprachenvielfalt, verschiedenartige Traditionen im Politikverständnis zwischen „jungen" und „alten", westlichen und (fern-)östlichen Demokratien, aber auch notorische Finanzierungsprobleme demokratischer Partizipationsprozesse.

Mit diesen Herausforderungen befaßt sich auch die Studie eines internationalen Forschungsverbunds, an dem neben der Abteilung neun weitere Forschungsgruppen beteiligt waren. Die „NGO and Academic ICANN Study" (NAIS) hat eine Untersuchung über den Verlauf der ICANN-Wahl in jedem der fünf Wahlkreise vorgelegt. Teil der WZB-Untersuchung ist eine systematische Begründung für die Beteiligung der Nutzer an ICANN sowie Empfehlungen zur Implementierung einer Nutzerorganisation.

„Bis zu ihrer Icann-Kandidatur war Jeanette Hoffmann begeisterte Napster-Nutzerin und hatte Hunderte von Songs aus dem Netz geladen. Dann entdeckte die am Berliner Wissenschaftszentrum angestellte Politikwissenschaftlerin einen Text im Internet, der im Wortlaut zu 85 Prozent einem ihrer eigenen Schriften entsprach. Sie war Opfer eines Plagiats geworden.

Mit diesen beiden Beispielen schilderte Jeanette Hoffmann ihr ‚digitales Dilemma' ... Der weltweite Zugriff auf die Wissensspeicher im Internet wirft zunehmend Fragen nach dem Schutz geistigen Eigentums auf, worunter insbesondere auch Softwareprogramme zählen."

Berliner Zeitung
23. Oktober 2000

Neben der regulierungsbezogenen Internetforschung wurden urheberrechtliche Fragestellungen aufgriffen. Die fortschreitende Digitalisierung wissensbasierter Produkte auf der einen Seite und die dramatisch sinkenden Transaktionskosten bei der Vervielfältigung und Verbreitung digitaler Werke auf der anderen Seite verändern die Bedeutung und Wirkungsweise des Urheberrechts. Zu beobachten ist eine politische Aufwertung dieses bislang eher randständigen Rechtsbereichs.

Explorative Arbeiten zu wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der Globalisierung

Die transnationalen Dimensionen aktueller wirtschaftlicher und kultureller Entwicklungen bildeten den Fokus in zwei explorativen, die Forschungen in den Projektbereichen ergänzenden Arbeitsfeldern.

„Vision Reporting"

Im Prozeß der wirtschaftlichen Globalisierung zeichnet sich zunehmend eine doppelte Unmöglichkeit ab. Zum einen ist es unmöglich, die (Selbst-)Zerstörungstendenzen des Marktradikalismus zu ignorieren und diesen Tendenzen weiter ihren Lauf zu lassen. Zum anderen ist es weder möglich noch wünschenswert, den Globalisierungsprozeß einfach zu stoppen oder gar umzukehren. In einer solchen Situation, in der die alten Antworten und Lösungen immer weniger zu den neuen Fragen und Problemen passen, gewinnen soziale Entdeckungen und Erfindungen an Bedeutung, die praktikable Auswege aus dieser doppelten Unmöglichkeit aufzeigen.

Aufbauend auf den bisherigen Arbeiten zur Leitbildtheorie, zum Organisationslernen sowie zur Zukunftsforschung standen die global operierenden Unternehmen und ihre Bezugsgruppen im Mittelpunkt der von Lutz Marz durchgeführten Studien. Diese Untersuchungen konzentrierten sich hauptsächlich auf neue Konzepte und Methoden der Sozialbilanzierung. Im Zeitalter der Globalisierung kann eine effektive Sozialbilanzierung nicht mehr vorrangig oder gar ausschließlich auf nationalstaatlicher Ebene erfolgen. Daher wurden solche Ansätze gesucht, die in dreifacher Hinsicht innovativ sind: erstens im Hinblick auf ihren globalen Bilanzierungshorizont, zweitens in bezug auf die Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechniken, speziell des Internets, und drittens im Hinblick auf eine flexible Methodik der Sozialbilanzierung. Besonders erfolgversprechend sind jene Ansätze, die auf einer leitbildzentrierten und leitbildvermittelten Sozialbilanzierung beruhen und sich kurz als „Vision Reporting" oder „Vision Controlling" zusammenfassen lassen.

Themenparks

Kulturelle Globalisierung ist ein vielschichtiger Prozeß, der eine wachsende transnationale Mobilität von Menschen, Produkten und Bildern umfaßt. Die Wirkung kultureller Globalisierung wird kontrovers eingeschätzt. Die Schlagworte einer „Disneyfizierung" und „McDonaldisierung" der Gesellschaft stehen für die verbreitete Annahme, daß es zu einer Vereinheitlichung von Lebensstilen und Populärkultur in den verschiedenen Regionen der Welt kommt. Demgegenüber führt eine Studie von Ute Hoffmann über Themenparks in Japan zu dem Ergebnis, daß die lokalen (Freizeit-)Kulturen auch im Zeitalter der Globalisierung ihre institutionen- und verhaltensprägende Bedeutung bewahren.

Freizeit- und Konsumwelten bilden einen wichtigen Schauplatz der kulturellen Globalisierung. Über eine wachsende Zahl von Rundum-Erlebniswelten wie Freizeitparks und Einkaufszentren wird die insze-

nierte Fremde mehr und mehr Teil des Alltags. Thematisierung ist ein generatives Formschema im Bereich von Konsum- und Erlebniswelten, das zwar rund um den Globus im Trend liegt, an Ort und Stelle jedoch jeweils in die lokale Kultur eingebettet wird.

Kulturelle Globalisierung führt also – dafür sind Themenparks *ein* Beispiel unter vielen – weniger zu der befürchteten westlich dominierten Homogenisierung, vielmehr vermischen sich in den künstlichen Erlebniswelten verschiedene kulturelle Stile und Traditionen. Es gibt allerdings Indizien für signifikante Unterschiede in der Art der Transformation, die kulturelle Produkte im Zuge ihrer Domestizierung je nach Ursprungs- und Empfängerkultur erfahren. Solchen unterschiedlichen Verbindungen, die das Eigene mit dem Fremden im transnationalen Fluß kultureller Formen eingeht, soll künftig verstärkt nachgegangen werden.

(weitere Informationen: http://www.wz-berlin.de/~uteh)

Abteilung „Regulierung von Arbeit"

Grundlagen

Die Strukturen, Institutionen und Gestaltungsformen gesellschaftlicher Arbeit befinden sich derzeit in einem tiefgreifenden Umbruchprozeß, der seit Ende der 90er Jahre zunehmend an Dynamik gewonnen hat. Die Triebkräfte dieses Umbruchs, neue Konfliktlinien und alternative Entwicklungswege der Zukunft von Arbeit stehen im Zentrum des Forschungsprogramms der Abteilung „Regulierung von Arbeit".

Nach dem Tode von Frieder Naschold, der die Abteilung von 1988 bis 1999 geleitet hatte, wurden Forschungsprogramm und Forschungsstruktur der Abteilung neu ausgerichtet. Im Zentrum stehen seither governancetheoretische Fragen:

- die Herausbildung neuer Formen der Koordination und Steuerung von Prozeßketten der Leistungserstellung im öffentlichen wie privaten Sektor;
- Anforderungen der neuen Koordinations- und Steuerungsformen an den institutionellen Wandel und an entsprechende Kompetenzentwicklungen sowie
- damit verbundene Veränderungen in den Organisationsformen und Bedingungen gesellschaftlicher Arbeit.

Die Forschungsarbeit der Abteilung erfolgt nun in vier Projektbereichen:

Vier Bereiche

Im Projektbereich „Arbeit im globalen Strukturwandel" steht die Analyse der Umbrüche industrieller und postindustrieller Arbeit im Vordergrund. Leitfragen sind die nach der Governance transnationaler Prozeßketten, der Kompetenzentwicklung in Unternehmen bei der Globalisierung, nach Konvergenz und Divergenz der Gestaltungsformen im Länder- und Branchenvergleich sowie Fragen nach Formen des Übergangs zur Internetökonomie.

Im Projektbereich „Public Governance" werden Veränderungen der Leistungserstellung in politisch-ad-

ministrativen Systemen im Zusammenhang von Europäisierung und Regionalisierung bzw. Kommunalisierung untersucht. Besonders interessieren die Auswirkungen der Einführung wettbewerblicher und netzwerkartiger Koordinationsformen auf die Qualität und Innovativität öffentlicher Dienstleistungen. Gefragt wird auch nach den Herausforderungen an die Kompetenzentwicklung von öffentlichen wie privaten Leistungsproduzenten.

Zentrales Forschungsthema im Projektbereich „Arbeit und Nachhaltigkeit" ist die Entwicklung eines erweiterten Arbeitsbegriffs – empirisch und theoretisch. Im Zentrum stehen dabei die Wechselwirkungen zwischen flexibler Arbeit, individueller Lebensführung, sozialer Integration und Gerechtigkeit. Dabei geht es um Erwerbs-, Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit. Für eine sozial nachhaltige Entwicklung ist von entscheidender Bedeutung, wie die verschiedenen gesellschaftlichen Tätigkeiten miteinander kombiniert werden.

Im Projektbereich „Transformation und Globalisierung" wird das Ineinandergreifen von Prozessen der Transformation und der Globalisierung bei der industriellen Restrukturierung in Ostmitteleuropa untersucht. Leitfragen sind die nach der Bedeutung von hemmenden und fördernden Faktoren der regionalen Kompetenzentwicklung, nach der Herausbildung eigenständiger Governanceformen unter Bedingungen eines schwachen Staats und starker transnationaler Einwirkungen sowie Fragen der Regulierung der Ost-West-Standortkonkurrenz im Vorfeld der EU-Erweiterung.

Die verschiedenen Projektbereiche verbindet ein typisches Projektprofil. Dazu gehören Transdisziplinarität (die Verbindung politikwissenschaftlicher, arbeitssoziologischer und betriebswirtschaftlicher Ansätze), ein vergleichender Fallstudienansatz (untersucht wurden Organisationen, Netzwerke, Prozeßketten), ein akteurs- und interaktionszentrierter (Neo-) Institutionalismus, internationale Untersuchungssamples und eine prospektiv-longitudinale Perspektive (mehrere Meßpunkte, Erfassung zukunftsbezogener Perspektiven).

Der gemeinsame Theoriebezug der Projektbereiche besteht in der Entwicklung einer Governancetheorie, die darauf zielt, Veränderungen in den Koordinations- und Steuerungsformen des privaten und öffentlichen Sektors vor dem Hintergrund von Tendenzen der Globalisierung in den Prozeßketten der Leistungserstellung sowie der Individualisierung von Lebenslagen und -entwürfen zu erfassen. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Frage nach der Kompetenzentwicklung und den Kompetenzanforderungen, die sich im Rahmen neuer Formen der Governance für Unternehmen, Kommunen und Regionen sowie für die Beschäftigten ergeben.

Projektbereich „Arbeit im globalen Strukturwandel"

Die durch die Globalisierung bedingte verschärfte Konkurrenz auf den Produktmärkten, der verstärkte Einfluß der Finanzmärkte und der Übergang zu einer wissensbasierten Ökonomie stellen für die Unternehmen zentrale Herausforderungen dar. Sie sind gezwungen, sich neue Kompetenzen anzueignen.

Führende Unternehmen reagieren auf diese Herausforderungen mit einer Neubestimmung ihrer Geschäftsmodelle und der Umgestaltung ihrer Prozeßketten. An die Stelle der klassischen, vertikal integrierten, diversifizierten, stark funktional und hierarchisch geprägten Organisation treten zunehmend Wertschöpfungsnetzwerke vertikal desintegrierter, stärker spezialisierter Unternehmen, die mit flacheren Hierarchien, flexiblen Beschäftigungsverhältnissen und neuen Anreizsystemen agieren.

InfoCom-Industrie

War die Automobilindustrie die leitbildgenerierende Branche des Wachstumsmodells der Nachkriegsära, so wird die aus der Verschmelzung von Informations- und Kommunikationstechnologie hervorgehende InfoCom-Industrie vielfach als die paradigmatische Branche der „New Economy" angesehen. Die Produktionsstrukturen des Silicon Valley gelten als exemplarisch für ein neues Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation, das mit dem Begriff des „Wintelismus" (von *Win*dows + In*tel*) bezeichnet wird.

Ein Vergleich zwischen der Automobilindustrie und der InfoCom-Industrie zeigt, daß die Unternehmen

beider Branchen durchaus vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Die Automobilindustrie reagiert auf die Sättigung der Massenmärkte mit der Produktion einer wachsenden Modellvielfalt und einer Verkürzung des Produktlebenszyklus. Beides bedeutet einen erhöhten Entwicklungs- und Produktionsaufwand, der von den Endherstellern alleine immer weniger zu bewältigen ist. Die Modularisierung der Produkte und die stärkere Einbindung der Zulieferer sind die Folge.

„Ulrich Jürgens vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin brachte aus der Auto-Branche ein Beispiel dafür, dass auch technisch äußerst gelungene Erfindungen manchmal ökonomisch fragwürdig sind: ‚Als die deutsche Automobil-Industrie den Vergaser mit der Einspritz-Technik ablöste, ging der Schuss zunächst nach hinten los.' Die Autos waren im Ausland kaum verkäuflich. Es gab dort keine Mechaniker, die den letzten Schrei aus Deutschland reparieren konnten ..."

Ruhr-Nachrichten
31. August 2001

In der InfoCom-Industrie führen die rapiden technologischen Umbrüche zu einer Innovationskonkurrenz, bei der die „time-to-market" das entscheidende Erfolgskriterium ist. Noch extremer als in der Autoindustrie konzentrieren sich die Markenhersteller hier auf Produktentwicklung und Marketing, während die Produktion weitgehend Kontraktfertigern überlassen wird. Die Fragmentierung der Wertschöpfungsketten ist in der Regel mit einer Heterogenisierung der Arbeitsbedingungen verbunden, die für die Beschäftigten erhebliche Risiken birgt. So ist einer der Gründe für den Erfolg der global agierenden Kontraktfertiger gerade die Verlagerung der Produktion an Niedriglohnstandorte.

Die Governanceformen in beiden Branchen sind durch ein Spannungsverhältnis von Konkurrenz, netzwerkartiger Kooperation und hierarchischer Macht- und Risikoverteilung gekennzeichnet.

Abteilung „Regulierung von Arbeit"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Diplom-Volkswirt, Diplom-Sozialökonom Sebastian Brandl	1998
Sarah Bormann	2000
Silke Bräuninger	2000
Diplom-Soziologe Jürgen Caspar	2001
Dr. Gerlinde Dörr, Diplom-Politologin	1976
Dr. Matthias Eberling	2001
Gebhard Glock	1990
Privatdozent Dr. Eckart Hildebrandt, Diplom-Wirtschaftsingenieur	1977
Heiko Hoche	2000
Andreas Hüner	2000
Professor Dr. Ulrich Jürgens, Diplom-Politologe	1977
Petra Lio	1996
Dr. Rudolf Meißner, Betriebswirt (grad.), Diplom-Ökonom	1995
Edith Narewsky	1984
Dr. Maria Oppen, Diplom-Soziologin	1979
Diplom-Politologe Christian Rabe*	1979
Diplom-Volkswirt Leo Renneke	1995
Dr. Thomas Sablowski	2000
Professor Dr. Gert Schmidt, Diplom-Soziologe	2001
Diplom-Politologe Holger Straßheim	1999
Dr. Christina Teipen, Diplom-Soziologin	2000
Friederike Theilen-Kosch	1984
Dr. Alexander Wegener, Diplom-Verwaltungswissenschaftler	1994
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Ingrid Behrmann	1996–2000
Heiko Hoche	2000–2001
Diplom-Politologe Jochen Lang	1998–2001
Katrin Naumann	1999–2000
Diplom-Soziologe Joachim Rupp	1999–2001

***** für den gesamten Schwerpunkt tätig
1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Deutlich verschieden ist der Bezug der InfoCom-Industrie und der Automobilindustrie zum Kapitalmarkt. Profitierte die InfoCom-Industrie zunächst von der Spekulation auf die mit der Entwicklung des Internets einhergehende „neue Ökonomie", so erwies sich der Kapitalzufluß als Bumerang, als deutlich wurde, daß die Geschäftsmodelle vieler „Dot-Com"-Unternehmen nicht tragfähig sind und daß durch den forcierten Netzausbau bereits Überkapazitäten geschaffen worden waren. Der Kapitalmarkt erweist sich für die InfoCom-Industrie als Verstärker zyklischer Bewegungen.

Die Automobilindustrie ist von dieser dramatischen Entwicklung vergleichsweise wenig berührt worden, da sie aufgrund eingeschränkter Wachstumsaussichten und niedrigerer Renditen für institutionelle Investoren unter Shareholder-Value-Gesichtspunkten weniger attraktiv ist. Gleichwohl kann sich auch die Automobilindustrie dem von den Kapitalmärkten ausgehenden Druck angesichts der globalen Konzentrationsbewegung und der Bedeutung von Aktien als Akquisitionswährung, aber auch angesichts der Abhängigkeit der Autohersteller von Anleihen nicht entziehen. Für beide Branchen birgt der von den Kapitalmärkten ausgehende Performancedruck erhebliche Risiken, da kurzfristige Kapitalausschüttungen im Interesse der „Kurspflege" langfristig die Innovationspotentiale aushöhlen können, von den Konsequenzen des Drucks auf Löhne und Arbeitsbedingungen ganz zu schweigen.

Projekt: Vom chandlerianischen Unternehmensmodell zum Wintelismus?

Gegenstand des global und explorativ angelegten Projekts ist die Entwicklung der Governanceformen in der Automobilindustrie und der InfoCom-Industrie im Übergang zur New Economy. Untersucht werden die Geschäftsmodelle führender Unternehmen, die sektoralen Akteurskonstellationen sowie die Formen der Kompetenzentwicklung und der sozialen Kohäsion.

Das Projekt wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Zeit von März 2000 bis Juni 2002 gefördert und ist Teil des DFG-Schwerpunktprogramms „Regulierung und Restrukturierung von Arbeit in den Spannungsfeldern von Globalisierung und Regionalisierung".

Projekt: Corporate Governance, Innovation und ökonomische Leistungsfähigkeit in der Europäischen Union.

Gegenstand des Projekts sind die Auswirkungen der Kapitalmarkt- und Shareholder-Value-Orientierung auf die Corporate Governance und die Innovationspotentiale von Unternehmen verschiedener Branchen im europäischen Vergleich.

Das Projekt wird von der Europäischen Union im Rahmen des TSER-Programms (Targeted Socio-Economic Research) für einen Zeitraum von gut drei Jahren gefördert (Januar 1999 bis März 2002). Es wird vom European Institute of Business Administration – INSEAD, Fontainebleau, koordiniert (Professor Dr. Mary O'Sullivan, Professor Dr. William Lazonick). Neben dem WZB-Team, das für den deutschen Untersuchungsteil zuständig ist und Fallstudien in der Automobil- und der Telekommunikationsindustrie sowie in der Softwarebranche durchführt, sind weitere Partner aus Großbritannien, Norwegen und Italien beteiligt.

Netzwerkprojekt: Coordination of Competencies and Knowledge in the European Automotive System (CoCKEAS)

Ziel des Netzwerks ist es, spezifisch europäische Ansätze in der Organisation von Zulieferbeziehungen und der Ausgestaltung von Kommunikation und Kooperation sowie des Wissensmanagements in diesen Beziehungen zu analysieren. Im Fokus stehen dabei Netzwerke zwischen Automobilherstellern, System- und Modulzulieferern sowie Ingenieursfirmen und darauf bezogene Politiken der Förderung regionaler Clusterbildung in Europa.

Kooperationspartner sind Forschungsgruppen verschiedener europäischer Länder, die sich zu GERPISA (Groupe d'Études et de Recherches Permanent sur l'Industrie et les Salariés de l'Automobile) zusammengeschlossen haben.

Projektbereich „Public Governance"

Mit der Restrukturierung des öffentlichen Sektors sind in den OECD-Staaten zwei konvergierende Entwicklungstrends zu beobachten. Einerseits erneuern Kommunen interne Prozesse ihrer Leistungsproduktion durch Dezentralisierung und Ökonomisierung. Die Steuerung der teilautonomen Leistungsproduzenten erfolgt zunehmend nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien. Andererseits ziehen sich die Kommunen aus verschiedenen Feldern lokaler Dienstleistungsproduktion zurück und beschränken sich auf die Gewährleistungsaufgabe. Privatisierung und Auftragsvergabe kennzeichnen den „schlanken Staat".

Dezentralisierung und Auslagerung schaffen jedoch neue Probleme. Die weitere Zergliederung von Zuständigkeiten und die damit einhergehende Leistungsfragmentierung unterhöhlen die Problemlösungskompetenz der Kommunen und erfordern neue Strategien der Einbindung der vielfältigen Akteure und die Verknüpfung der arbeitsteilig erstellten Dienstleistungen. Empirische Befunde aus der Forschungsarbeit verweisen mit der Zunahme horizontaler Koordinationsformen auf einen Wandel in der Steuerungsproblematik.

Netzwerke

Im Mittelpunkt der Forschung stehen daher grenzüberschreitende Kooperationsformen bei der Produktion gemeinschaftlicher Güter und Dienstleistungen. Die Untersuchungen richten sich auf netzwerkförmige Austausch- und Interaktionsprozesse und hybride Organisationsformen zwischen öffentlicher Hand, Privatwirtschaft, Wohlfahrtsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Erforscht werden Möglichkeiten und Grenzen der Gestaltung von Lern- und Innovationsprozessen. Übergreifend sind damit Fragen erfolgreicher Strukturdesigns und Governanceformen interorganisationaler Kooperationsprozesse aufgeworfen.

Projekt Public-Private Partnership

Die Institutionalisierung öffentlich-privater Kooperationsverbünde auf kommunaler Ebene hat in den 90er Jahren einen großen Aufschwung erfahren. Die Mobilisierung von privatem Know-how und Kapital versprach Entlastungseffekte und Innovationspotential für die öffentliche Hand. Das Forschungsvorhaben ist in das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Verbundprojekt der Fraunhofer-Gesellschaft „Forschung zur Förderung internationalen Benchmarkings der Dienstleistungswirtschaft in Deutschland" einbezogen und zielt auf die Identifizierung von Chancen und Risiken sogenannter Public-Private-Partnerships im Wandlungsprozeß lokaler Staatlichkeit. Die empirische Forschung konzentriert sich auf zwei Gegenstandsbereiche: personengebundene soziale Dienstleistun-

„Wo deutsche Kreise, Städte und Gemeinden erste zaghafte Schritte in Richtung Mitarbeiterbeteiligung Effizienz, Bürgerorientierung und Transparenz wagen, sind Kommunen in anderen Ländern schon viel weiter. Alexander Wegener, der das Netzwerk ‚Kommunen der Zukunft' und die Verwaltungsreformen am Wissenschaftszentrum Berlin forschend begleitet, verweist etwa auf Skandinavien, Großbritannien und die USA. Dort würden die Rathausmitarbeiter und die Bürger weit mehr als hierzulande an Entscheidungsprozessen beteiligt."

Demo 1/2000

Ortsgebundene Entsorgung — Foto: Fritz Rust/Ullstein

gen (Jugend- und Seniorenpolitik) und ortsgebundene Ver- und Entsorgungsdienstleistungen.

Zentrale These des Vorhabens ist, daß öffentlich-private Kooperationen durch gezielte Nutzung von Ressourcenkomplementarität und kultureller Divergenz einen Beitrag dazu leisten können, Innovationen im Dienstleistungssektor voranzutreiben. Hierzu werden die Gegenstandsbereiche mehrdimensional untersucht:

– Welche Gestaltungsmerkmale kennzeichnen leistungsfähige Allianzen zwischen Staat und Markt (Strukturdimension)?

– Wie sind in hybriden Organisationsvarianten die Arbeits- und Leistungsprozesse organisiert und in den Gesamtprozeß der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung integriert (Prozeßdimension)?

– Welche sozioökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind für Public-Private-Partnerships besonders förderlich (institutionelle Dimension)?

– Welche Innovationswirkungen haben Public-Private-Partnerships auf Dienstleistung und Arbeit im Blick auf intendierte „policy shifts" (Wirkungsdimension)?

Die fallstudienbasierten Forschungsergebnisse dienen dazu, die Funktionsbedingungen von leistungsfähigen Public-Private-Partnerships und deren Beitrag zur Modernisierung des öffentlichen Sektors zu verstehen.

Projekt Corporate Citizenship

Immer mehr Unternehmen engagieren sich über bekannte Formen des Sponsoring hinaus in sozialen, kulturellen oder ökologischen Initiativen an ihrem Standort. Für Programme, die den Beschäftigten die Möglichkeit bieten, ihr Erfahrungswissen und ihre Arbeitskraft in gemeinnützige Projekte einzubringen, werden Mittel und begrenzt Arbeitszeit zur Verfügung gestellt. Mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement verbinden Unternehmen zugleich betriebliche Interessen wie Imageförderung und Entwicklung sozialer Kompetenzen. Multinationale Konzerne haben wesentlich zur Verbreitung des angelsächsisch geprägten Konzepts beigetragen.

Unterstützt durch die Friedrich-Ebert-Stiftung wird eine Untersuchung zu Corporate Citizenship in Deutschland durchgeführt. Mit Hilfe von Experteninterviews auf der Ebene von Unternehmen und gemeinwohlorientierten Agenturen und Projekten sollen die Beiträge solcher neuen Kooperationsformen zum Aufbau von sozialem Kapital in der Kommune und zu innovativen Bewältigungsformen gesellschaftlicher Probleme ausgeleuchtet werden.

Projekt Lernen in Netzwerken

Lokale Beschäftigungspolitik zeichnet sich durch wachsende interkommunale Vernetzung aus: Seit Mitte der 90er Jahre bemühen sich Kommunen zunehmend überregional und transnational um den Austausch von Wissen und das Experimentieren mit innovativen Instrumenten. Im Ergebnis läßt sich eine breite Vielfalt von Interaktionsformen und Strukturarrangements beobachten, die sich auch hinsichtlich der Generierung und Verbreitung von Erfahrungs- und Problemlösungswissen unterscheiden. Ausgehend von diesen ersten Befunden, konzentriert sich das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Projekt auf das zentrale Problem lokaler Beschäftigungspolitik mit dem Ziel, besonders lernförderliche Netzwerkstrukturen zu identifizieren.

Städtenetze

Die sozialen und fiskalischen Folgelasten anhaltend hoher Arbeitslosigkeit werden auf lokaler Ebene besonders spürbar. Damit wachsen auch die Erwartungen an eine lokale Beschäftigungsförderung. Kommunen reagieren auf diese Erfordernisse mit doppelter Vernetzung: Auf lokaler Ebene streben sie strategische Kooperationen mit Arbeitsämtern, Maßnahmenträgern, Wohlfahrtsverbänden und Betrieben an, um an Ort und Stelle integrierte Problemlösungen zu entwickeln. In interkommunalen Städtenetzen suchen sie den Austausch über innovative Strategien kommunaler Beschäftigungspolitik.

Eine solche doppelte Vernetzungsstrategie setzt letztlich auf das fruchtbare Ineinandergreifen beider Ebenen – lokale Problemlösungspotentiale sollen

durch interkommunalen Wissenstransfer unterstützt werden. Auf der Basis vergleichender Intensivfallstudien sollen Organisationsformen von Wissenstransfer-Netzwerken identifiziert werden, welche die Problemlösungsfähigkeit lokaler Beschäftigungspolitik nachweislich fördern.

Projektbereich „Arbeit und Nachhaltigkeit"

Sowohl durch die steigende Marktnähe und Projektförmigkeit der Erwerbsarbeit als auch durch veränderte Werthaltungen der Beschäftigten findet eine laufende Entstandardisierung und Flexibilisierung der Normalarbeitszeit und des entsprechenden Leitbilds statt. Staatliche Regulierung und Tarifpolitik hatten in der Bundesrepublik Deutschland die Norm einer regelmäßigen Vollzeitarbeit im Rahmen der Institutionen Wochenende, Feierabend und Jahresurlaub etabliert. Dieses Zeitmuster gilt inzwischen nur noch für weniger als 20 Prozent der Erwerbstätigen. Dementsprechend wird die reale Arbeitszeit zunehmend betrieblich, arbeitsplatznah in Gruppen oder sogar individuell geregelt. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Externalisierung von betriebsbezogener Weiterbildung und Gesundheitsschutz, die Mobilität der Erwerbsarbeit beispielsweise durch Telearbeit sowie die Zunahme personenbezogener Dienstleistungen – all dies zusammen bewirkt eine Entgrenzung zwischen Arbeit und Leben.

Zeitmanagement

Die Beziehungen zwischen Erwerbsarbeit einerseits, anderen Tätigkeiten wie Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit andererseits sowie Freizeit und Erholung geraten in Bewegung. Der Druck der Betriebsleitungen geht in Richtung auf eine kurzfristige Flexibilität der Arbeitszeiten und Kostenverringerungen durch den Wegfall von Zuschlägen; die Interessen eines wachsenden Teils der Beschäftigten gehen demgegenüber in Richtung auf eine bessere Vereinbarkeit zwischen den verschiedenen Lebensbereichen und höhere Zeitsouveränität.

Die Flexibilität der Zeitmuster erfordert von den Beschäftigten ein individuelles Zeitmanagement als Teil einer reflexiven Lebensführung, d.h. die Koordination unterschiedlicher und teilweise widersprüchlicher Anforderungen und Interessen. Entsprechende Aushandlungsprozesse zwischen Beschäftigten und Betrieb lassen sich – unter Bezug auf amerikanische Managementdiskurse – als Herstellung einer „Balance zwischen Arbeit und Leben" charakterisieren.

Zeitkonten

Unter diesem Titel wird seit August 2001 ein empirisches Projekt in Zusammenarbeit mit dem Soziologischen Institut der Universität Hannover und dem ISO-Institut Saarbrücken durchgeführt. Am Beispiel der Nutzung von Zeitkonten werden in fünf Betriebsfallstudien die bestehenden Zeitregelungen, die Aushandlungsprozesse, die individuellen Präferenzen und Motive, deren Durchsetzungsbedingungen und die Bewertung der vereinbarten Arrangements durch die Betriebe und die Beschäftigten erhoben.

Aufgrund einer breiten Streuung der Betriebsfälle über die Branchen und der großen Zahl der Beschäftigten- und Experteninterviews werden Rückschlüsse auf betriebliche und gruppenspezifische Präferenzen, auf Konvergenz- und Divergenzentwicklungen ermöglicht. Diese Empirie ist Teil der Forschung zu einem „erweiterten" Arbeitsbegriff, der im Rahmen eines Projektverbunds „Arbeit und Ökologie" entwickelt wurde.

„Arbeit und Ökologie"

Im Frühjahr 2000 wurden die Forschungen des transdisziplinären Verbunds „Arbeit und Ökologie" (gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie) abgeschlossen. Der Kern des Beitrags der gleichnamigen Querschnittsgruppe des WZB bestand in der Integration gesellschaftlicher Arbeit in das Nachhaltigkeitsprojekt (vgl. WZB-„Bericht 1998–1999", S. 195 ff.). Im Nachgang förderte die Hans-Böckler-Stiftung einen eigenständigen Projektabschnitt des Transfers der Ergebnisse zu gesellschaftlichen Akteuren, politischen Stiftungen und Wissenschaftsorganisationen. Darüber hinaus wurden im Rahmen der sogenannten Sondierungsphase des BMBF-Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung" Empfehlungen für weiterführende Forschungsfragestellungen zu den Wechselwirkungen zwischen „Arbeit und Ökologie" erarbeitet.

Die BMBF-Initiative zeichnet sich dadurch aus, daß spezifisch transdisziplinäre Forschung gefördert wer-

den soll, d.h. Forschung, in der die inhaltlichen Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Themenfeldern, interdisziplinäre Arbeit, Methodenentwicklungen und Praxisbezüge im Vordergrund stehen. Zur Entwicklung dieser Methode hat die Nachhaltigkeitsforschung gewichtige Beiträge geleistet. Somit lag es nahe, die Erfahrungen des Projektverbunds zur sozialen Dimension der Nachhaltigkeit in dieser Hinsicht zu reflektieren, die auf dreijähriger, gleichberechtigter Kooperation der drei genannten Institute mit unterschiedlicher disziplinärer Fundierung beruhen.

Die daraus entstandene Expertise beinhaltet einen Vorschlag zu drei exemplarischen Forschungsfeldern unter Zugrundelegung der Kriterien Interdisziplinarität, Problemlösungsgehalt, Leitkonzepte und Handlungsbezug:

(1) *Lebensqualität:* Nachhaltigkeit als globales Konzept vs. Differenzen nationaler Leitbilder für Arbeit und Leben auf der Grundlage ungleich verteilter Ressourcen. Angleichung oder Überbrückung dieser Leitbilder für soziale Nachhaltigkeit durch neue internationale Akteurskonstellationen und Steuerungsnetzwerke (global governance)?

(2) *Individualisierung und neue Wohlstandsmodelle:* Neue sozial-ökologische Ungleichheiten durch den Wandel von Arbeitsverhältnissen, -biographien und gesellschaftlichen Zeitregimen; Bewältigung durch aktivierende Politik und Empowerment?

(3) *Tätigkeitsgesellschaft und erweiterter Arbeitsbegriff:* Die Bedeutung informeller Arbeitsformen für soziale Integration und ökologische Verträglichkeit; zivilgesellschaftliche Regulierung von Arbeit?

„Teilzeitplus"

Eine praktische Weiterführung des in der Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie" entwickelten Ansatzes war die sozialwissenschaftliche Begleitung eines Arbeitsmarktprojekts im ADAPT-Programm, in dem eine Form von Mischarbeit erprobt wurde: Unter dem Titel „Teilzeit*plus*" wurde Klein- und Mittelbetrieben, in denen Entlassungen drohten, angeboten, eine Anzahl von Mitarbeitern bis zur Dauer eines halben Jahres und mit maximal 50 Prozent der Arbeitszeit freizustellen. Da das Arbeitsamt 30 Prozent der Lohnkosten der fortbestehenden Vollzeitbeschäftigung übernahm, wurde erwartet, daß die Unternehmen in relevantem Umfang von Kosten entlastet und damit Kündigungen vermieden werden. Der Aspekt von Mischarbeit bestand darin, daß die *Plus*-Arbeit in lokalen Gemeinschaftsprojekten geleistet, also eine Kombination von Erwerbsarbeit und Gemeinschaftsarbeit organisiert wurde.

Dieses Projekt war in mehrfacher Hinsicht erfolgreich: Betriebsschließungen und Kündigungen konnten in allen Fällen verhindert werden, der Dritte Sektor wurde gestärkt, und die beteiligten Beschäftigten bilanzierten nach anfänglichen Vorbehalten ihre *Plus*-Arbeit als bereichernd und zufriedenstellend. Nach einer Abschlußkonferenz im Dezember 2000 am WZB wird dieser Ansatz seit Ende 2001 in mehreren Bundesländern fortgeführt und geht in den BMBF-Forschungsschwerpunkt „Lernen im sozialen Umfeld" ein.

Projektbereich „Transformation und Globalisierung"

Die Arbeiten in diesem Projektbereich befassen sich mit Unternehmenskooperationen im Ost-West-Verhältnis. Im Zentrum steht eine Intensivfallstudie zur Kooperation zwischen dem global agierenden deutschen Volkswagenkonzern und dem tschechischen Automobilhersteller Škoda. Prägend für diese Kooperation ist die große Machtasymmetrie zwischen beiden Unternehmen.

Škoda/ Volkswagen

Im Hinblick auf diese Machtasymmetrie, so zeigen die Befunde, haben die ausgehandelten Kooperationsvereinbarungen insbesondere für das schwächere Unternehmen eine zentrale Bedeutung. Obgleich das Instrument der Vereinbarung nicht den Status eines Vertrags hatte und mithin nur eine schwache Kontrolle möglich war, konnte damit gegen den Konzern, der eigenmächtig in die Vereinbarung eingriff und eine Investitionsreduktion vornahm, erfolgreich vorgegangen werden. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, daß Volkswagen zu diesem Zeitpunkt noch Minderaktionär war und das tschechische Un-

ternehmen insofern noch über Entscheidungsmacht über den weiteren Transaktionsverlauf verfügte.

Zwar blieb es bei der einseitig vorgenommenen Investitionsreduktion, aber in der Folge der Auseinandersetzungen wurde zwischen beiden Unternehmen eine Zusatzvereinbarung ausgehandelt. Bei Nichteinhaltung dieser Vereinbarung sollte Volkswagen die Position als Mehrheitsaktionär verweigert und die Übernahme von Škoda auf diese Weise ausgeschlossen werden. Zwar hatte auch diese Regelung keinen formellen Vertragscharakter, aber sie ermöglichte es dennoch, einen größeren Druck auf das dominante Unternehmen auszuüben und so die Gewährleistung der vereinbarten Ziele zu sichern.

Ein anderes, allerdings noch vorläufiges Ergebnis der Studie betrifft die Integrationsstrategie, die sich im untersuchten Falle deutlich von vergleichbaren Fällen asymmetrischer Kooperation unterschied. Unter den Bedingungen der Asymmetrie werden, so zeigen bisherige Untersuchungen, Organisations- und Produktionsstrukturen in der Regel dem Modell des dominanten Unternehmens angepaßt. Im untersuchten Fall VW-Škoda wurde eine solche flächendeckende und vereinheitlichende Integrationsstrategie nicht eingeschlagen. Erkennbar war demgegenüber die Strategie, an den Strukturen und Potentialen des schwächeren Kooperationspartners vor Ort anzuschließen und Problemlösungen durch eine „Kreuzung heterogener Wissenskreise“ (Simmel) zu generieren.

„Kultur der Integration"

Deutlich ist hier eine Umorientierung auf eine Strategie, die zentral auf den Aspekt der „Kultur der Integration“ abstellt. Diese Neuorientierung war nur teilweise Resultat bewußter strategischer Überlegungen, teilweise mußte sie auch gegen Widerstand erkämpft werden. Im Ergebnis läßt sich aber feststellen, daß eine Integrationsstrategie, die Strukturen und Kompetenzen aus beiden Unternehmen einbezieht, nicht nur mit mehr Akzeptanz und Legitimation rechnen kann, sondern auch mit einem Zugewinn an Organisationsflexibilität einhergeht und damit insgesamt Räume für neue Problemlösungen und Innovationschancen eröffnen.

Auch die Frage, ob diese strategische Neuorientierung auf singulären Bedingungen und dem Handeln einzelner Manager beruht oder ob sich darin neuartige kollektive Handlungsmuster angesichts sich herausbildender, stärker netzwerkförmiger Organisationsstrukturen in Untenehmen ausdrücken, kann noch nicht begründet beantwortet werden. Dafür braucht es weitere, empirisch vertiefende Forschung.

Die Studien zur Thematik Unternehmenskooperation führen Arbeiten aus der Forschungsgruppe „Transformation und Globalisierung“ fort, die unter der Leitung von Gerlinde Dörr in der zweiten Hälfte der 90er Jahre begonnen wurden. Die gegenwärtigen Arbeiten sind auf die Kooperations- und Governancefrage von asymmetrischen Unternehmenskooperationen gerichtet. Parallel dazu wird an einer weiterführenden Projektlinie gearbeitet, die über den engeren Ost-West-Kontext hinausgeht und die neueren internationalen Unternehmenszusammenschlüsse in den Blick nimmt.

Abteilung „Normbildung und Umwelt"

Grundlagen

Im Zentrum des Forschungsprogramms der Abteilung stehen nicht-staatliche, kooperative Verfahren der politischen Steuerung und Konfliktbewältigung. Ausgangspunkt ist die begrenzte und im Zuge von Globalisierungsprozessen womöglich weiter abnehmende Leistungsfähigkeit staatlicher Regulierung. Prämisse ist, daß hier ein Politikdefizit entsteht, das weder durch internationale Regime und neue Konstellationen von Staatlichkeit – wie etwa die Europäische Union (EU) – noch durch einfache Deregulierung, die Steuerungsprobleme den Kräften des Markts überläßt, ausgeglichen werden kann (oder sollte).

Gesucht wird nach Ressourcen sozialer Integration und Koordination durch nicht-marktliche gesellschaftliche Selbstorganisation. In diesem Zusammenhang wird Akteuren und Netzwerken der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zugeschrieben. Die Abteilung untersucht Formen und Bedingungen solcher Selbstorganisation. Dabei konzentriert sie sich vor allem auf transnationale Politikprozesse. Die aktuellen empirischen Forschungsfelder umfassen drei Hauptbereiche.

Projekt: Konfliktdynamik und Konfliktregulierung im globalen Regime des geistigen Eigentums

Information ist zu einer strategisch wichtigen Ressource ökonomischer und sozialer Entwicklung geworden. Daher stehen Probleme der Erzeugung und Verteilung von Wissen regelmäßig auf der politischen Agenda. Wissen kann ohne Teilungsverluste durch Lernen vervielfältigt und verbreitet werden. Was irgendwo entdeckt oder erfunden wird, steht im Prinzip – und unter den Bedingungen moderner Kommunikationsmedien (insbesondere des Internets) zunehmend auch realiter – überall in der Welt zur Verfügung.

Beschränkungen des Zugangs zu vorhandenem Wissen müssen daher gewissermaßen gegen den Strom, also gegen die immer bestehende Möglichkeit der Verallgemeinerung von Wissen, eingeführt und durchgesetzt werden. Diesem Zweck dienen Praktiken der Geheimhaltung oder Regime des geistigen Eigentums, die besondere Rechte der Verfügung über Wissen begründen.

Ressource Wissen

Die Abteilung untersucht gegenwärtige Konflikte über die Regime des geistigen Eigentums. In diesen Konflikten wird wie in Risikokonflikten über Innovation und Modernisierung gestritten, aber mit umgekehrter Stoßrichtung: Ziel der Kritik ist nicht die Beschränkung neuer Technik, sondern deren Freisetzung. Im Feuer stehen Privilegien des Zugangs zu Wissen und exklusive Verfügungsrechte. Proteste gegen geistige Eigentumsrechte, insbesondere gegen „Patente auf Leben", aber auch gegen Patente für in den armen Ländern der Erde benötigte Medikamente und landwirtschaftliche Nutzpflanzen gehören zum Standardrepertoire der Globalisierungskritik in Seattle, Prag, Porto Alegre usw. Was in den Konflikten über geistiges Eigentum ausgehandelt wird, ist die legitime Ordnung und die gerechte Teilhabe an der Ressource Wissen. Im Kern geht es um die normative und politische Verfassung der heraufziehenden Wissensgesellschaft.

Diese Wissensgesellschaft kann schwerlich in den Grenzen des Nationalstaats gedacht werden. Rechtliche Regelungen mögen, wie im Patentrecht, noch dem Territorialprinzip folgen, die sozialen Dynamiken greifen längst über nationale Räume hinaus. Das gilt erkennbar für die Erzeugung neuen Wissens; dieses ist das kollektive Resultat der Kooperation von weltweit vernetzten wissenschaftlichen Gemeinschaften. Das gilt aber ebenso auch für die technische Innovation, also die Übersetzung des Wissens in neue Verfahren und Produkte.

Hauptakteure sind hier die am Weltmarkt orientierten transnationalen Unternehmen. Entsprechend komplex ist das Konfliktfeld der Regime des geistigen Eigentums. In ihm kollidieren unterschiedliche Rechtssysteme: nationale Regelung, zwischenstaatliche (bilaterale oder multilaterale) Abkommen und gelegentlich Gewohnheitsrechte indigener Bevölkerungen. Die Akteure, die das Feld bevölkern, sind heterogen: Regierungen, internationale Organisatio-

nen (World Trade Organisation, World Intellectual Property Organisation), Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, unabhängige Experten. Die meisten operieren transnational. Zwar sind Regierungen die bei weitem wichtigsten Akteure im Konfliktfeld, denn jedes denkbare Regime geistigen Eigentums muß letztlich als nationales Recht implementiert und sanktioniert werden.

Auch sind sowohl die Lobbyarbeit der Unternehmen wie der Protest der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an starke Regierungen (insbesondere in den U.S.A. und der EU) adressiert, von denen paradigmatische Lösungen erwartet werden. Aber mangels einer Zentralinstanz, die das Mandat und die Macht zu weltweiter Regelung hat, muß jede Lösung schließlich in Verhandlungssystemen ratifiziert werden, in denen formal keine Regierung mehr als ein Teilnehmer unter anderen ist. Darüber hinaus gibt es Ansätze, in denen Lösungen durch Verhandlungen zwischen gesellschaftlichen Konfliktparteien gesucht werden – ohne oder unter Umgehung von Regierungen („governance without government"). Auf diese Versuche zielt das Projekt der Abteilung.

Dialogverfahren

Das Beobachtungsfeld des Projekts ist ein Dialogverfahren („stakeholder dialogue process"), in dem sich international operierende Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Experten über strittige Probleme des Schutzes geistigen Eigentums bei der Entwicklung und Nutzung moderner Biotechnologien auseinandergesetzt haben. Das Verfahren ist in Zusammenarbeit mit dem World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) vom Projekt organisiert worden und umfaßt 40 Vertreter aus 15 Ländern. Die Beteiligten verhandelten „face to face" auf zwei Konferenzen im Abstand von acht Monaten. Zwischen den Konferenzen gab es weiteren Austausch via Internet (E-mail) auf der Basis von Argumentationsübersichten, die das Projektteam anhand der Transkripte der Eingangskonferenz und einschlägiger Dokumente erstellt hatte.

Gegenstand der Verhandlungen sind Probleme geistigen Eigentums, die bei der Entwicklung neuer Medikamente auftreten. Thematisch werden drei Konfliktfelder abgedeckt:

(1) Zugang zu humangenetischen Ressourcen in der biomedizinischen Forschung, einschließlich Patentierung von Genen. In diesem Feld geht es um die Bedingungen legitimer Erfassung und Speicherung von individualisierbaren Gesundheitsdaten und genetischen Proben für große Bevölkerungsgruppen, um das Verhältnis von privater Aneignung und öffentlicher Verfügbarkeit („public domain") beim Zugang zu den Daten und den mit ihnen gewonnenen Erkenntnissen, und um die Frage, ob die bisherige Praxis altruistischer Beteiligung an medizinischer Forschung durch Kommerzialisierung („benefit sharing") abgelöst werden soll.

(2) Schutz und Nutzung des traditionellen Wissens indigener Bevölkerungen bei der Entwicklung von Medikamenten. Hier geht es um die Anerkennung kultureller Identitäten und um exklusive Rechte an überlieferten Erkenntnissen, die nach modernen Regeln des geistigen Eigentums nur bedingt schutzfähig sind. In diesem Feld wird über die Kollisionsnormen für traditionelle und moderne Wissens- und Rechtssysteme in und zwischen Gesellschaften gestritten, und es wird sich über die Normen gerechter Teilhabe an den Vorteilen von Innovation im Nord-Süd-Verhältnis auseinandergesetzt: Abwehr von „Biopiraterie", „benefit sharing" und Technologietransfer.

(3) Zugang zu wesentlichen Medikamenten, für die Patentschutz besteht, in den armen Ländern der Dritten Welt. Der Konflikt um die Aufhebung des Patentschutzes für Aids-Medikamente in Afrika ist exemplarisch für dieses Feld. Probleme der globalen Gerechtigkeit stehen im Zentrum. Es geht um die Spannung von Menschen- und Eigentumsrechten, um das Verhältnis von strikten Ansprüchen auf Teilhabe und moralischen Pflichten zu Solidarität und Hilfe. Letztlich steht die Legitimität der Regime geistigen Eigentums im Kontext der entstehenden Welthandelsordnung (WTO) zur Diskussion.

Ziel des Dialogverfahrens ist ein gemeinsames Dokument der Beteiligten, in dem die Kontroversen ge-

klärt und Spielräume identifiziert werden sollten, die für die Unternehmen bestehen, die Konflikte durch Anpassung ihrer Geschäftspolitik, mithin unterhalb der Ebene internationaler rechtlicher Regelung, auszuräumen oder zu entschärfen. Die Projektgruppe der Abteilung (W. van den Daele, R. Döbert, A. Seiler und J. Wagner) ist im Rahmen der Steuerungsgruppe des Verfahrens an der Ausarbeitung dieses Dokuments beteiligt. Sie wird darüber hinaus die thematischen Erträge des Verfahrens in einem Schlußreport zusammenfassen, der zu den drei Konfliktfeldern die Verteilung von Konsens und Kontroverse und das normative Repertoire von Gerechtigkeits- und Gemeinschaftsdefinitionen diskutiert, das verschiedenen Regulierungsoptionen zugrunde liegt.

Dieser Report wird mit den Verfahrensbeteiligten rückgekoppelt. Er soll zugleich ein Beitrag zu „policy"-Diskussionen sein, die in Deutschland in den kommenden Jahren anstehen, und in die Mitglieder der Projektgruppe ohnehin involviert sein werden. Das betrifft die Diskussion über den Zugang zu humangenetischen Ressourcen und Biobanken im Nationalen Ethikrat (Wolfgang van den Daele) und über den Schutz genetischer Ressourcen und traditionellen Wissens des Südens im Kontext der deutschen Bewerbung um das UN-Sekretariat für die Konvention für Biologische Vielfalt (Achim Seiler).

Analyse der Diskurse

Die sozialwissenschaftlichen Untersuchungen des Projekts zielen auf die Dynamik des Dialogverfahrens und seine möglichen Funktionen im Kontext internationaler und transnationaler politischer Steuerung („governance"). Im Zentrum werden Analysen der Diskursleistungen stehen. Damit schließt das Projekt an die früheren Untersuchungen der Abteilung zu diskursiven Verfahren der Technikfolgenabschätzung an (vgl. WZB-„Bericht 1998–1999", S. 104–106). Es greift jedoch komplementäre Fragestellungen auf, weil im Dialogverfahren weniger die deskriptiven Sachverhalte als die normativen Kriterien strittig waren, ein ausgewogeneres Verhältnis von Argumentieren und Verhandeln vorlag und die Kommunikation in erheblichem Umfang nicht unter Anwesenden, sondern im Internet ablief.

Im einzelnen werden die folgenden Fragen untersucht: Wieviel Argumentationsdruck läßt sich bei Kontroversen über Normen und Werte entfalten? Welche Konzepte von globaler Gerechtigkeit sind konsensfähig? Wie werden Weltbilddivergenzen und die Spannungslinie traditionell/modern im Nord-Süd-Verhältnis gerahmt und verarbeitet? Welche Übergänge zwischen Argumentieren und Verhandeln treten auf? Kann der Austausch via Internet die Kommunikation unter Anwesenden ersetzen?

Das Projekt weist eine Reihe von Querverbindungen zu anderen Arbeiten in der Abteilung auf: Systematische Fragen der Internet-Kommunikation werden im Projektbereich „Online-Mediation" behandelt. Die Auswirkungen der Interaktion mit „stakeholders" auf die Politik transnationaler Unternehmen wird Gegenstand eines Projekts zur zivilgesellschaftlichen Kooperation im Umweltbereich (Helmut Weidner) sein. Prozesse der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung, vor deren Hintergrund das untersuchte Dialogverfahren erst möglich und wirksam werden kann, sind Thema in anderen Arbeitsgruppen am WZB (Dieter Rucht, Wolf-Dieter Eberwein).

Projekt: Online-Mediation

Im Projektbereich „Mediation" sind die Erträge früherer Arbeiten in einer Monografie zur „Psychologie der Mediation" (Fietkau 2000, 2001 zweite Auflage) zusammengefaßt worden. Ferner hat die Abteilung mit Untersuchungen zum Einsatz des Internets bei der Konfliktmediation begonnen.

„Psychologie der Mediation"

Die Monografie zur „Psychologie der Mediation" beschreibt den Prozeß der Mediation als kognitive Umstrukturierung. Diese Sichtweise unterscheidet sich von den dominierenden theoretischen Interpretationen, die die Überwindung von Interessengegen-

„Fietkau gelingt es, den Lesern das Verfahren der Mediation auch mit seinen Begrenzungen näher zu bringen und dieses anhand kommunalpolitischer Fälle lebensnah zu schildern."

ZPol-Bibliographie 2/2001

sätzen bzw. die Erweiterung fachlicher und sozialer Kompetenz in das Zentrum der Betrachtung stellen. Neben Interessengegensätzen und Defiziten in der fachlichen und sozialen Kompetenz von Verfahrensbeteiligten können soziale oder politische Konflikte auf der Art und Weise beruhen, wie relevante Sachverhalte individuell oder kollektiv gedanklich strukturiert werden.

Problemlösungen werden in solchen Fällen dann möglich, wenn es gelingt, den Problembereich kognitiv neu zu ordnen (z.B. den Problembereich unter neue Leitfragen zu stellen). Der Prozeß der Umstrukturierung ist jedoch fast zwangsläufig mit Veränderungswiderständen verbunden. Ihre Überwindung erfordert spezifische Techniken, deren Grundmuster zwar aus anderen Feldern sozialer Interventionen bekannt sind, die aber bislang in der Entwicklung von Mediationstechniken wenig Beachtung fanden.

Die sozialwissenschaftliche Behandlung von Diskursen und Mediationsverfahren ist durch theoretische Spekulationen einerseits und fallbezogene Berichte von Mediatoren andererseits geprägt. Systematische Studien sind Mangelware. Die wenigen vorliegenden Erfolgsstudien zu Mediation bei öffentlichen Konfliktlagen weisen, wie eine in der Abteilung durchgeführte Metanalyse deutlich macht, erhebliche methodische Mängel auf. Gleichwohl kann festgehalten werden, daß in vielen Verfahren die Verfahrensbeteiligten in entsprechenden Befragungen einen hohen Grad an Zufriedenheit mit den Verfahren (nicht notwendigerweise mit den Verfahrensergebnissen) zum Ausdruck bringen.

Wichtiger jedoch als pauschalierende Erfolgsabschätzungen scheint ein verbessertes Verständnis der Verfahrensdynamik. Aus ihm ließen sich Hinweise zu konstruktiver Verfahrensgestaltung herleiten: vorausgesetzt, daß sich trotz unterschiedlicher Verfahrensgegenstände und Randbedingungen im Verlauf öffentlicher Diskurse Gemeinsamkeiten feststellen lassen. Methodisch gewendet: Es bedarf weiterer prozeßbegleitender Kasuistiken.

Umweltindikatoren

Hierzu hat die Abteilung in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt, dem Ökologiezen-

Abteilung „Normbildung und Umwelt"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Professor Dr. Wolfgang van den Daele	1989
Privatdozent Dr. Rainer Döbert, Diplom-Soziologe	1989
Dr. Hans-Joachim Fietkau, Diplom-Psychologe	1977
Professor Dr. Bernhard Glaeser, Diplom-Kaufmann	1976
Christa Hartwig	1992
Mary Kelley-Bibra	1979
Dr. Kristine Kern, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Verwaltungswirtin (FH)	1999
Dagmar Kollande	1977
Tina Löffelsend	2000
Stefan Niederhafner, Diplom-Politologe	2001
Christine Schön, Diplom-Soziologin	1999
Sergius Seebohm	2000
Dr. Achim Seiler, Diplom-Politologe	2001
Matthias Trénel, Diplom-Psychologe	1999
Axel Tröster-Grönig	1977
Jost Wagner	2001
Dr. Helmut Weidner, Diplom-Politologe	1978
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Emma Aulanko	1997–2000
Dr. Eberhard Bruckner, Diplom-Physiker	1990–2001
Natalie Juranek, Diplom-Psychologin	1997–2000
Dr. Andrea Scharnhorst, Diplom-Physikerin	1990–2001
Marlies Schneider, Diplom-Politikwissenschaftlerin	1997–2000

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

trum Kiel und der Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin einen Diskurs zwischen Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen zur Entwicklung von Umweltindikatoren (am Beispiel des Agrarbereichs) initiiert, durchgeführt und sozialwissenschaftlich begleitet. Abweichend von „üblichen" öffentlichen Diskursen, bestand das Ziel hier nicht darin, Politik durch Wissenschaft zu beraten, sondern umgekehrt suchte ein Forschungsverbund die Beratung durch gesellschaftliche Gruppen in wissenschaftlich nicht eindeutig klärbaren Fragen von gesellschaftlicher Bedeutung.

Die Diskursziele konnten nach Einschätzung der Beteiligten erreicht werden. Unterschiedliche Formen verbaler Interaktionen der Akteure in einer insgesamt viertägigen Diskussion wurden mit Hilfe eines standardisierten Codierungsschemas erfaßt. Sie ähnelten denen, die in anderen Kontexten gefunden wurden. Es scheint sich die Vermutung zu bestätigen, daß verbale Interaktionen in (moderierten) Diskursen einem einheitlichen Interaktionsschema folgen, das in Gruppen relativ situationsstabil auftritt. Ob und in welcher Spezifizierung sich diese Vermutung aber letztendlich halten läßt, ist eine Frage, die sich erst nach einer Reihe weiterer Studien beantworten ließe.

Neue Medien

Mit dem neuen Projekt zur Online-Mediation trägt die Abteilung – beteiligt sind H.-J. Fietkau und M. Trénel – der Tatsache Rechnung, daß öffentliche Diskurse in zunehmendem Maße internet-unterstützt durchgeführt werden (E-Mails, Datenaustausch Web-Seiten, gemeinsame Workspaces etc.). In diesem Zusammenhang stellt sich eine Reihe von Fragen: Wie werden die neuen Medien genutzt, welche Konsequenzen ergeben sich für die Gestaltung, den Ablauf und die Ergebnisse von Diskursverfahren, wie können die Möglichkeiten, die das Internet bietet, für Diskurs-/Mediationszwecke weiterentwickelt werden.

Das Projekt hat sozialpsychologische Untersuchungen zu diesem Feld begonnen. Hierzu wurde eine enge Kooperationsbeziehung zu zwei Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft (AiS und Focus) aufgebaut,

Umweltindikatoren im Agrarbereich

Foto: aslu/Ullstein

die sich mit der Entwicklung einschlägiger Software und mit E-Government beschäftigen. Das AiS hat eine Software (ZENO) zur Unterstützung von Mediationsverfahren entwickelt.

In einer vorbereitenden Erhebung wurden die bislang vorliegenden Erfahrungen mit internet-gestützten Diskursen recherchiert. Es zeigte sich, daß die Erwartungen, die an das neue Medium geknüpft werden, bislang in der Praxis nicht eingelöst werden konnten. Hierfür kann eine Reihe von Ursachen genannt werden: ungeeignete Software, mangelnde Übung im Umgang mit dem neuen Medium auf seiten der Nutzer und/oder auf seiten der Moderatoren/Mediatoren und mangelnde (Transparenz über die) Einbettung in Entscheidungsprozesse.

Gemeinsam mit dem AiS und der Hammerbacher Beratungsgesellschaft GmbH wurde ein Pilotprojekt zur Nutzung von Internetplattformen bei umstrittenen kommunalpolitischen Themen durchgeführt und ausgewertet. Dazu wurde Esslinger Bürgern über einen Zeitraum von vier Wochen die Möglichkeit gegeben, Informationen zu einem umstrittenen Bauvorhaben abzurufen und Anregungen bzw. Kritik am Bebauungsplan zu diskutieren. Das Esslinger Pilotprojekt gehört international zu den ersten Versuchen, das Internet für die Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren zu nutzen.

Im Rahmen des sozialpsychologischen Untersuchungsprogramms wird in Kooperation mit dem Fraunhofer Institut für Autonome intelligente Systeme (AiS) eine experimentelle Simulation (Dauer ca. zwei bis drei Monate) eines online-basierten Mediationsverfahrens durchgeführt. Die Studie wird von einer von der WZB-Projektgruppe gegründeten Arbeitsgemeinschaft „Online-Mediation“ unterstützt, der etwa 20 Kollegen aus Wissenschaft und Praxis angehören, die an der Simulation teilnehmen.

Es werden drei Ziele verfolgt: (1) Die eingesetzte Software (ZENO 2) soll auf der Basis der Erfahrungen in der Simulation weiterentwickelt werden. (2) Die online-spezifische psychosoziale Mediationsdynamik wird auf dem Hintergrund allgemeiner sozialpsychologischer Theorien analysiert, und (3) es sollen Hinweise für die künftige psychosoziale Gestaltung von Online-Mediationen abgeleitet werden.

In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Dissertationsprojekt wird von Matthias Trénel die Moderation partizipativer Entscheidungsprozesse im Internet untersucht. Ausgangspunkt ist die Annahme, daß nicht nur die Rahmenbedingungen, sondern auch die Gestaltung der Interaktion zwischen Entscheidungsträgern, Betroffenen, Experten und anderen Stakeholdern Auswirkungen auf die Erträge partizipativer Prozesse hat. Dies gilt um so mehr für Erträge jenseits von Kompromiß und Konsens: gegenseitiger Respekt, Zunahme des geteilten Wissens und Dissens-Lokalisation.

Moderation und Gesprächsleitung sind in diesem Zusammenhang wichtige, wenngleich im Bereich des Internets weitgehend unbekannte Sozialtechniken, deren verhaltenswissenschaftliche Fundierung bislang aussteht. Auf der Grundlage der Mediationsforschung sowie sozialpsychologischer Erkenntnisse über die Effektivität von Gruppen und von computervermittelter Kommunikation werden Prinzipien für die Moderation partizipativer Entscheidungsprozesse entwickelt und in einem „virtuellen Gruppenlabor“ empirisch überprüft. Es wird vermutet, daß interpersonelles Vertrauen eine zentrale Mediatorvariable darstellt.

Projekt: Transnationale Städtenetzwerke in Europa

Die abnehmende Handlungsfähigkeit des Nationalstaats löst einen Wandel politischer Institutionen aus, der sowohl Ausdruck des drohenden Steuerungsverlusts wie auch der Versuch ist, diesem zu begegnen. Das 2000/2001 begonnene Projekt untersucht neue Formen der Governance jenseits des Nationalstaates. Dabei konzentriert sich das Projektteam (K. Kern, T. Löffelsend, St. Niederhafner) auf die Struktur und die Funktion transnationaler Städtenetzwerke in Europa. Gefragt wird nach den Entstehungsgründen und der Problemlösungskapazität dieser Netzwerkorganisationen. Sind sie eine Alternative zu anderen Governance-Formen? Welche Bedeutung haben sie für Politiklernen? In welchem Verhältnis stehen sie zu nationalstaatlichen Institutionen? Welche Rolle spielt die EU als Netzwerkbildnerin?

Transnationale Städtenetzwerke sind ein relativ neues Phänomen. Sie sind vor allem seit Ende der 80er Jahre entstanden und unterscheiden sich erheblich von den traditionellen Formen der europäischen Interessenvertretung der Kommunen. Mitglieder der transnationalen Städtenetzwerke sind die Städte selbst und nicht ihre nationalen Verbände. Beispiele hierfür sind die Union of the Baltic Cities (über 100 Städte in der Ostseeregion einschließlich Berlin), das Gemeindenetzwerk „Allianz in den Alpen" (ca. 140 Gemeinden in der Alpenregion) oder Eurocities (über 100 Städte mit jeweils mehr als 250.000 Einwohnern in 26 europäischen Ländern).

Meta-Netzwerke

Charakteristisch für Städtenetzwerke ist erstens die Autonomie der Mitgliedsstädte, denen sowohl der Beitritt als auch der Austritt aus solchen Netzwerken frei steht. Zweitens handelt es sich in der Regel um polyzentrische, horizontale und nicht-hierarchische Netzwerke. Drittens bilden solche Netzwerke die Basis für die dezentralisierte Kooperation zwischen den Mitgliedsstädten. Untersucht werden vor allem transnationale Städtenetzwerke, die einen hohen Grad an Institutionalisierung und interner Ausdifferenzierung aufweisen. Von besonderer Bedeutung für das Projekt sind zudem Meta-Netzwerke.

Ausgangspunkt der Analyse sind drei parallele Tendenzen: Erstens werden Aufgaben zunehmend auf bereits bestehende internationale und supranationale Institutionen übertragen. Daneben sind auf internationaler wie europäischer Ebene in den letzten Jahren zahlreiche neue Institutionen entstanden, zu denen auch transnationale Städtenetzwerke zu rechnen sind. Zweitens zeichnet sich neben den damit verbundenen neuen Governance-Formen jenseits des Nationalstaats ein Bedeutungszuwachs der subnationalen Ebene (Regionen, Städte) ab. In den letzten Jahren kam es in vielen europäischen Staaten zur Dezentralisierung der Staatsorganisation und zum Ausbau der lokalen Handlungskapazitäten.

Drittens werden Staatsaufgaben von staatlichen Institutionen auf NGOs und auf private Träger, aber auch auf transnationale Städtenetzwerke verlagert. Staatliche Autorität diffundiert somit in drei Richtungen: aufwärts hin zu transnationalen und supranationalen Organisationen, seitwärts hin zu NGOs und anderen nicht-staatlichen Organisationen und abwärts hin zu subnationalen Akteuren. Die Institutionalisierung der transnationalen Netzwerke von Städten und Gemeinden in Europa spiegelt die Entwicklung in alle drei Richtungen wider: Durch die Entstehung transnationaler Städtenetzwerke wandeln sich die institutionellen Arrangements auf europäischer und internationaler Ebene.

Lokale Ebene

Tangiert wird darüber hinaus die lokale Ebene, da durch die transnationale Vernetzung von Städten die lokale direkt mit der globalen Ebene verbunden wird („glokale Governance"). Schließlich zeigen sich Veränderungsprozesse auf der nationalen Ebene, da die transnationalen Städtenetzwerke zunehmend mit staatlichen Institutionen im Rahmen von gemeinsamen Projekten kooperieren.

Vier Untersuchungsbereiche, die sowohl die „Binnensteuerung" als auch die „Außenpolitik" der transnationalen Netzwerke umfassen, bilden den Kern der Projektarbeit:

- Governance und Performanz von transnationalen Städtenetzwerken;
- Konkurrenz und Kooperation zwischen transnationalen Städtenetzwerken;
- nationalstaatliche Institutionen und transnationale Städtnetzwerke;
- europäische Governance und transnationale Städtenetzwerke.

Transnationale Städtenetzwerke verfügen über eigene Ressourcen, haben in der Regel eine Geschäftsstelle mit eigenem Personal und Finanzmitteln, die Mitgliedschaft ist formalisiert, die Mitglieder fördern die Organisation durch ihre Beiträge, und schließlich können durch die Organisation Entscheidungen getroffen werden, die für alle Mitglieder verbindlich sind. Dabei stellt sich die Frage, welche funktionalen Äquivalente für das Sanktionspotential hierarchischer Organisationen entwickelt wurden.

Zunehmend spielen Wettbewerbe und Benchmarking-Strategien für die Performanz der Netzwerke

eine entscheidende Rolle. In vielen Städtenetzwerken zeichnet sich im Zeitverlauf eine Abfolge ab: Zunächst werden Datenbanken zu „best practice" aufgebaut, danach Qualitätswettbewerbe durchgeführt, und schließlich werden Indikatoren festgelegt, die den systematischen Vergleich der Performanz der Mitgliedsstädte ermöglichen.

Konkurrenz und Kooperation

Ein weiteres Merkmal transnationaler Städtenetzwerke ist die Konkurrenz und die Kooperation der verschiedenen Netzwerke untereinander. Transnationale Städtenetzwerke konkurrieren sowohl um Mitglieder als auch um Ressourcen. Die Dynamik der transnationalen Städtenetzwerke hängt von den Strategien ab, die von einer Organisation verfolgt werden, wobei man zwischen Wachstumsstrategien (möglichst viele Mitglieder) und Stabilisierungsstrategien (bestimmte Anzahl von Mitgliedern, die möglichst konstant gehalten werden soll) unterscheiden kann.

Die Kooperation und die Koordination der Netzwerke erfolgen häufig über Meta-Netzwerke. So wird die European Sustainable Cities & Towns Campaign, der sich mittlerweile ca. 1.300 europäische Städte, Gemeinden und Regionen angeschlossen haben, derzeit von zehn europäischen und internationalen Städtenetzwerken getragen. Dieses Netzwerk stellt eine neue Form europäischer Netzwerk-Governance und eine Art „Dachverband" europäischer und internationaler Städtenetzwerke dar.

Transnationale Netzwerke

In einem weiteren Schritt werden die Beziehungen zwischen nationalstaatlichen Institutionen und transnationalen Netzwerken untersucht. Transnationale Städtenetzwerke überschreiten nationalstaatliche Grenzen. Dies bedeutet allerdings nicht, daß nationale Faktoren völlig bedeutungslos werden. Vielmehr kommt es auch bei den transnationalen Städtenetzwerken auf die Verbindung nationaler und transnationaler Governance an.

Hier können verschiedene Wege gewählt werden, beispielsweise die Einbindung bereits bestehender nationaler Städteverbände (International Council on Local Environmental Initiatives, ICLEI) oder die Schaffung nationaler Koordinationsstellen (Klima-Bündnis). In einigen Fällen (z.B. Allianz in den Alpen) kann festgestellt werden, daß durch selektive nationalstaatliche Programme, die sich nur auf die Mitglieder eines bestimmten Städtenetzwerks beziehen, das Wachstum dieses Netzwerks beschleunigt wird. Der Nationalstaat trägt also zur Schaffung transnationaler Räume bei, die er selbst nur schwer zu kontrollieren vermag.

Allerdings zeigt sich auch, daß der Aufbau nationaler Betreuungsstrukturen, insbesondere für die kleinen Gemeinden, von herausragender Bedeutung für den Erfolg der (transnationalen) Städtenetzwerke ist. Insgesamt kann festgestellt werden, daß sich die aktive Mitgliedschaft in transnationalen Städtenetzwerken vor allem auf größere Städte konzentriert, während bei den kleineren Städten und Gemeinden die nationale Orientierung überwiegt.

EU-Initiativen

Gefragt wird schließlich nach den interdependenten Beziehungen zwischen Städtenetzwerken, Nationalstaaten und EU. Die bisherige Entwicklung macht deutlich, daß die Transnationalisierung der Stadtpolitik häufig durch die EU beeinflußt oder sogar initiiert wird. Unterstützend wirken hier die Initiativen der EU, die auf eine stärkere Dezentralisierung von Politik, die Integration der Zivilgesellschaft in Entscheidungsprozesse, aber auch auf die Verbesserung der direkten Beziehungen zu den Städtenetzwerken zielen.

Die Europäische Kommission beschränkt sich keineswegs darauf, bereits bestehende Strukturen für ihre Programme zu nutzen, sondern fungiert als Netzwerkbildnerin, die die Fäden zwischen den Knoten spinnt. Sie fördert die Kooperation der Netzwerke, insbesondere durch die Schaffung und die institutionelle Förderung von Meta-Netzwerken. Von Bedeutung ist zudem die in vielen Ländern festzustellende Tendenz, daß Aufgaben vom Nationalstaat auf die lokale und regionale Ebene verlagert werden.

Daneben entstehen direkte Verbindungen zwischen der Europäischen Union und den Städten, die nicht nur die Beziehungen zwischen Nationalstaaten und Europäischer Union berühren („bypassing"), sondern auch die (hierarchischen) Beziehungen zwischen den Nationalstaaten und den Städten indirekt beeinflus-

sen und verändern. Hier scheint sich also tatsächlich eine neue Variante der europäischen Netzwerk-Governance zu etablieren.

Transnationale Städtenetzwerke sind ein Beispiel für neue globale Governance-Formen jenseits des Nationalstaates. Das Projekt dient dem Zweck, die internen und die externen Erklärungsfaktoren für die Leistungsfähigkeit transnationaler Netzwerkorganisationen genauer zu bestimmen. Darüber hinaus wird das Spannungsverhältnis zwischen transnationalen und nationalen Formen der Governance analysiert. Das Spektrum reicht hier von der Re-Nationalisierung transnationaler Netzwerke bis zur Transnationalisierung nationalstaatlicher Programme. Schließlich handelt es sich bei den transnationalen Städtenetzwerken um eine bislang weitgehend vernachlässigte Variante der europäischen Governance, die zusehends an Bedeutung gewinnt.

Projekt: Politkberatung zwischen etablierter Wissenschaft und Gegenexperten

In diesem von der Heinrich-Böll-Stiftung geförderten Dissertationsvorhaben wird von Christine Schön die Rolle der Wissenschaft an der Schnittstelle zur Politik untersucht. Zentrale Frage ist, ob die Wissenschaft zählt und was als Wissenschaft zählt, wenn unvereinbare Handlungsansprüche aus Politik und Wissenschaft aufeinanderprallen.

Gentechnik

Ausgangspunkt der Untersuchung sind zwei Konfliktfälle in der deutschen Gentechnikpolitik, bei denen die Einführung gentechnisch veränderter Maissorten (Bt176-Mais, Artuis-Mais) durch Weisung der Ministerien an die zuständigen Zulassungsbehörden gestoppt wurde. In einem Fall wurde die Intervention mit einer neuen Studie des Öko-Instituts begründet, die auf neue Risiken der gentechnisch veränderten Pflanzen hinweise.

Die Arbeit rekonstruiert auf der Grundlage von Leitfadeninterviews mit den beteiligten Wissenschaftlern, Behördenvertretern, Politikern und Unternehmen die jeweils zugrunde gelegten Konzepte von Expertise und Politikberatung. Geklärt werden soll, ob sich in den untersuchten Fällen Übergänge zu einem Konzept von „post-normal science“ abzeichnen. Dieses Konzept unterstellt, daß sich in Bereichen, in denen die Wissenschaft mit komplexen Problemen und erheblichen Ungewißheiten konfrontiert wird, neue Formen der Expertise etablieren, bei denen „Gegenexperten“ und die Beteiligung der Öffentlichkeiten konstitutive Bedeutung gewinnen.

Projekt: Grundfragen einer Theorie komplexer adaptiver sozialer Systeme

In einem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekt wurden von Eberhard Bruckner Spezifika der Beschreibung sozialer Systeme im Rahmen der Theorie komplexer adaptiver Systeme auf soziale Systeme untersucht. Untersuchungsfeld war die Wachstumsdynamik (Erfolg/Mißerfolg) neu gegründeter Firmen. In sozialen Systemen handeln die Akteure auf der Grundlage interner Modelle, die sie sich von dem sozialen Geschehen machen, in dem sie operieren.

Erfolg von Firmen

In einer theoretischen Studie wurden Mechanismen analysiert, durch die komplexe adaptive soziale Systeme Wissen über sich selbst erzeugen und wieder auf sich selbst anwenden. Auf dieser Grundlage wurde gezeigt, auf welche Weise die internen Modelle von Akteuren als Ausgangspunkte sozialer Dynamiken ins Spiel kommen. Der Erfolg von Firmen läßt sich als Endpunkt einer Dynamik bestimmen, die von den Produktbewertungen ausgeht, die Kunden im Kaufakt realisieren.

Neben analytischen Rechnungen und Arbeiten zur Modellentwicklung wurde im Berichtszeitraum die so explizierte Erfolgsproblematik bei Unternehmensgründungen an Simulationsexperimenten demonstriert. Zur Dynamik von Unternehmensgründungen gibt es mit der „liability of adolescence“-Hypothese und den Beobachtungen zu einer suboptimalen Eintrittsgröße empirische Befunde zur Frühphase des Markteintritts neuer Firmen, die in einem evolutionstheoretischen Zugang sinnvoll interpretiert werden können. Unter Anwendung eines Evolutionsmodells konnten mit Hilfe einiger plausibler Annahmen und analytischer Berechnungen beide Phänomene aus den durch stochastische Effekte bedingten Besonderheiten der Selektion in der Frühphase der Implantation einer neuen Qualität erklärt werden.

Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen"

Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Petra Barsch	1991
Katrin Löwen	2000
Professor Dr. Udo E. Simonis, Diplom-Volkswirt	1981
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Nicole Böhm	1999–2000

Grundlagen

Die Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung, Arbeitsformen" wurde im April 1988 eingerichtet und wird seither von Professor Dr. Udo E. Simonis wahrgenommen. Die Aufgabenstellung dieses Forschungsbereichs besteht darin, die Wechselwirkungen zwischen Arbeit, Technik und natürlicher Umwelt, die gegenseitig förderlich, vor allem aber auch abträglich sein können, zu analysieren und sie im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung der Gesellschaft gestalten zu lernen (siehe hierzu www.wz-berlin.de/uta).

Zwei Zusammenhänge stehen im Vordergrund der diesbezüglichen Forschungsarbeit: Einerseits sollen die Wirkungen untersucht werden, die von der lokalen, nationalen und internationalen Umweltpolitik auf die Entwicklung und Anwendung der Technik und die Formen und Inhalte der Arbeit ausgehen; andererseits sollen die ökologischen Effekte beschrieben und analysiert werden, die von den anstehenden oder zu erwartenden Änderungen des Technik- und Arbeitseinsatzes ausgehen.

Dieser Forschungsansatz bedarf einer spezifischen Methodik: Ökonomie, Technologie und Ökologie müssen in ihrer jeweiligen Verknüpfung gesehen werden; erforderlich ist eine Politikanalyse, in der Normbildung (Zielbestimmung), Regulation (Instrumentarium) und Organisation (Institutionen) integriert werden; zu betrachten sind die verschiedenen Akteursebenen (Private, Gruppen, Staat, internationale Institutionen) und deren gegenseitige Verflechtung. Es geht somit also um Wirkungs- und Gestaltungsforschung zugleich.

Die konkrete Forschungsarbeit ist in besonderer Weise auf die internationale Dimension der genannten Wechselwirkungen gerichtet, weil weiterhin erhebliche Defizite in der Internationalisierung der Umweltpolitik bestehen und weitreichende (positive wie negative) Umwelteffekte aus der weltweit fortschreitenden Technisierung und der Intensivierung der Arbeit erwartet werden. Sozialwissenschaftliche Umweltforschung wird insofern auch als eine wichtige internationale Kommunikationsaufgabe verstanden.

Zukunftsfähige Entwicklung

Im Berichtszeitraum 2000 und 2001 standen Studien zur weiteren Ökologisierung der Industriegesellschaft und zur Umweltpolitik im Zentrum der Forschungsarbeit. Dabei wurde unter anderem die Frage untersucht, wie Wirtschaftsstruktur und Umweltbelastung miteinander zusammenhängen bzw. wie welche Art des Strukturwandels von Technik und Arbeit die natürliche Umwelt belastet oder aber entlastet. Es zeigte sich, daß der ökonomische Strukturwandel ökologischen Kriterien bisher erst ansatzweise gerecht wird, aber durch strategische Entscheidungen in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik (insbesondere durch Ökosteuern, Emissionszertifikate und Umwelthaftung) zukunftsfähig werden kann.

Daher wurde weiterhin der Frage nachgegangen, wie sich Formulierung und Implementierung der Umweltpolitik entwickelt haben und inwieweit dabei eine Verlagerung vom nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz, von kurativer zu präventiver Umweltpolitik gelungen ist.

Welt-Umweltpolitik

Der Fortentwicklung der globalen Umweltpolitik galt dabei das besondere Augenmerk zahlreicher Forschungsarbeiten. In Nachbereitung der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in New York 1997 und der 6. und 7. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarah-

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

menkonvention in Den Haag 2000, Bonn 2001 und Marrakesch 2001 wurde eine Reihe von Studien angefertigt zu den Erfolgsbedingungen und -aussichten der Klima- und Biodiversitäts-Konvention und einer international koordinierten Wasserstrategie. Es zeigte sich, daß der Erfolg dieser Teilbereiche der globalen Umweltpolitik entscheidend davon abhängt, ob der damit verbundene Verteilungskonflikt zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und der politische Positionierungswettbewerb zwischen den verschiedenen Gruppen von Vertragsstaaten und internationalen Akteuren durch geeignete institutionelle Innovationen und finanzielle wie technische Ausgleichsmechanismen entschärft werden kann.

Kooperation

Die lokalen, nationalen und internationalen Arbeitszusammenhänge der Forschungsprofessur sind im Berichtszeitraum gepflegt und gefestigt worden. In zahlreichen Vorträgen und Seminarveranstaltungen im In- und Ausland wurden Vorschläge zur Zukunftsfähigkeit der Industriegesellschaft wie der Entwicklungsgesellschaft unterbreitet im Sinne der Anpassung technischer Strukturen, ökonomischer wie sozialer Entscheidungsmechanismen und individueller Verhaltensweisen an die gegebenen ökologischen Begrenzungen. Zur weiteren Institutionalisierung der globalen Umweltpolitik wurden neue konzeptionelle Vorschläge unterbreitet, insbesondere zur Klima-, Biodiversitäts- und Wasserpolitik. An entsprechenden Initiativen wurde mitgewirkt, unter anderem im Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), im Committee for Development Policy (CDP) der Vereinten Nationen, im Forum Globale Fragen des Auswärtigen Amts und in einer Enquêtekommission des Deutschen Bundestags.

Publikationen

Die Jahre 2000 und 2001 waren durch eine rege Publikationstätigkeit gekennzeichnet (siehe hierzu Publikationsverzeichnis S. 239 ff.).

Unter Betreuung seitens der Forschungsprofessur erschien die Monographie von Axel Volkery über „Die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes", Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung, Band 18, herausgegeben von Udo E. Simonis, Frankfurt am Main, New York, Paris: Verlag Peter Lang, 2001, 160 S. Unter Federführung der Forschungsprofessur erschien die Festschrift für Günter Altner: „Ein Grenzgänger der Wissenschaften – Aktiv für Mensch und Natur", Berlin: edition sigma, 2001, 384 S., und die Studie „Global Change – Globaler Wandel. Ursachenkomplexe und Lösungsansätze. Causal Structures and Indicative Solutions", Berlin: Berlin Verlag, 2000, 307 S.

Unter Redaktionsleitung von Udo E. Simonis und in Kooperation mit den Professoren Günter Altner (Heidelberg), Barbara Mettler-von Meibom (Essen) und Ernst U. von Weizsäcker (Wuppertal) erschien das „Jahrbuch Ökologie" (München: C.H. Beck Verlag) zum neunten (2000) bzw. zehnten (2001) Mal (siehe hierzu www.jahrbuch-oekologie.de). Am „Jahrbuch Ökologie 2000" waren insgesamt 40 Autorinnen und Autoren beteiligt, am „Jahrbuch Ökologie 2001" waren es 36. Aus Anlaß des zehnjährigen Erscheinens des Jahrbuchs wurde ein mit 10.000 Mark dotierter Ökologie-Preis ausgeschrieben, an dem 40 Wettbewerber teilnahmen. Die Preisvergabe durch die Jury erfolgte im November 2001 im WZB.

„Wer in dem Gesamtregister aller bisher erschienenen Jahrbücher blättert – das im übrigen in jedem Jahrbuch abgedruckt war – könnte sich die Frage stellen, ob nicht eigentlich die aktuellen Fragestellungen auch schon die alten waren oder ob die Herausgeber der Jahrbücher ihrer Zeit immer soweit voraus sind?"

umwelt · medizin · gesellschaft
1/2002

In den Jahren 2000 und 2001 erschienen im Rahmen der Forschungsprofessur insgesamt 10 Bücher, 36 Artikel in Fachzeitschriften, 41 Beiträge in Sammelwerken, 3 Gutachten und 31 sonstige Veröffentlichungen. In der WZB-Paper-Reihe der Forschungsprofessur erschienen 13 Papers (vgl. Publikationsverzeichnis S. 239 ff.).

Berufungen

Professor Udo E. Simonis wurde im Jahr 2000 zum Präsidenten der „World Society for Ekistics" (WSE) gewählt. Wiederberufungen erfolgten vom General-

sekretär der Vereinten Nationen in das „Committee for Development Policy (CDP)“, in den Beirat der „Stiftung Entwicklung und Frieden“ und in das Auswahlgremium für Promotions- und Habilitationsstipendien der „Deutschen Bundesstiftung Umwelt“. Die Mitarbeit im Vorstand der „Deutschen Stiftung Weltbevölkerung“, im Kuratorium der „Deutschen Umweltstiftung“, des „Öko-Instituts“ und des „Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung“ sowie im Beirat des „Deutschen Übersee-Instituts“ wurde fortgesetzt. Weitergeführt wurde die Mitarbeit in den Redaktionsbeiräten der Zeitschriften „Environmental & Resource Economics“, „Environmental Values“, „International Journal of Social Economics“, „Socijalna Ekologija“, „The Environmentalist“, „Universitas“ und „World Development“.

Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Grundlagen

Der Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse war im März 1987 vom Kuratorium des WZB beschlossen worden. Am 1. April 1988 übernahm Professor Dr. Friedhelm Neidhardt die Leitung der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen", zum 1. September 1989 wurde unter der Leitung von Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann die Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" eingerichtet. Darüber hinaus wurde zum 1. Oktober 1994 die Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" unter der Leitung von Professor Dr. Wolfgang Zapf dem Schwerpunkt zugeordnet. Die Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme" war bereits am 1. Oktober 1993 mit der Berufung von Professor Dr. Max Kaase geschaffen worden.

Die drei Abteilungen und die Forschungsprofessur haben einen ähnlichen Problembezug. Sie gehen von der Annahme aus, daß die ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse neue Problemlagen und Interessen in der Gesellschaft sowie neue Formen der politischen Artikulation und Problemverarbeitung erzeugen. Es ist das Forschungsanliegen des Schwerpunkts, die Entstehung von sozialen Problemen in der Gesellschaft, ihre öffentliche Thematisierung, ihre politische Vermittlung und ihre Verarbeitung im politischen System zu beobachten, theoretisch zu konzeptionalisieren und zu analysieren.

Mit dem Ende des Jahres 2000 wurde der Direktor Friedhelm Neidhardt emeritiert. Aus dem Zusammenhang der Abteilung entstand die Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung" (PÖM), die abwechselnd von Dr. Ruud Koopmans und Professor Dr. Dieter Rucht geleitet wird. In dem hier vorgelegten Bericht wird sowohl über die Arbeiten der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" als auch über die Arbeiten der Arbeitsgruppe berichtet. An sich ist diese Arbeitsgruppe beim Präsidenten angesiedelt, jedoch sind die hier zu berichtenden Arbeitsergebnisse mit den Arbeiten der Abteilung verbunden und aus ihr entstanden. Eine Trennung der beiden Perioden ist daher nicht sinnvoll. Im nächsten Jahresbericht wird sich die Zuordnung zum Präsidenten auch im Berichtswesen widerspiegeln.

Personal

In den drei Abteilungen und der Arbeitsgruppe des Forschungsschwerpunkts und an der Forschungsprofessur, die bis zum 30. September 2000 von Max Kaase wahrgenommen wurde, waren im Dezember 2001 insgesamt 26 wissenschaftliche Mitarbeiter beschäftigt. Im Berichtszeitraum waren außerdem 18 Gastwissenschaftler, darunter Professor Dr. Zdenka Mansfeldová, Academy of Sciences of the Czech Republic, Prag, Professor Seymour Martin Lipset, George Mason University, Arlington, U.S.A., Professor Sten Berglund, Universität Örebro, Professor Dr. Bernhard Schäfers, Universität Karlsruhe, Professor Dr. Ruut Veenhoven, Erasmus Universiteit Rotterdam und Universität Utrecht, sowie Professor Kenneth Newton, University of Southhampton, im Schwerpunkt tätig. Professor Friedhelm Neidhardt war weiterhin Gast der Arbeitsgruppe und an den Arbeiten einzelner fortbestehender Projekte beteiligt.

Des weiteren arbeiteten für jeweils ein bis drei Monate zwölf Praktikantinnen und Praktikanten im Schwerpunkt, von denen einige nach Abschluß des Praktikums als studentische Hilfskräfte in den jeweiligen Abteilungen blieben. Dies gilt für Catherine Eunice Netjes, Nuria Schaefer, Nadine Schmidt sowie Sebastian Schnettler. Zwölf der 26 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden über Drittmittel oder über ein Kooperationsprojekt mit der Freien Universität Berlin finanziert. Insgesamt hat der Schwerpunkt im Berichtszeitraum über mehr als fünf Millionen Euro Drittmittel eingeworben, die für Personalkosten, für Datenankäufe, Konferenzen und Reisen im Rahmen der Projekte eingesetzt wurden.

Sang-Won Hahn, Referatsleiter für Politische Angelegenheiten im Amt des Premierministers von Süd-Korea, war mit einem internationalen Austauschstipendium seines Landes für die Zeit von September 2000 bis Februar 2002 ans WZB gekommen. Er war Gast des Präsidenten, zugleich aber aufgrund seiner speziellen Fragestellung mit der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" verbunden. Er untersuchte Fragen der empirischen Wahlforschung, der politischen Kultur, der Entwicklungsperspektiven der Demokratie und ihrer Akzeptanz im vereinigten Deutschland.

Unterstützt wurden die Arbeiten durch studentische Hilfskräfte und Praktikanten. Nach dem Abschluß des Examens wurde in einigen Fällen der Übergang von einer Hilfskraftposition zu einer wissenschaftlichen Mitarbeiterposition möglich. Eine ehemalige studentische Hilfskraft wurde wissenschaftliche Assistentin in Stuttgart bei Professor Dr. Dieter Fuchs. Aus dem Kontext der Beschäftigung ergab sich eine Vielzahl von Möglichkeiten für die jungen Mitarbeiter – die Vermittlung an auswärtige Positionen und wissenschaftliche Forschungsaufenthalte im Ausland wurden unterstützt. So wurde in dem Schwerpunkt ein reger Austausch von jungen Wissenschaftlern gefördert – zum einen kamen über das TMR-Programm (TMR: Training and Mobility of Researchers) junge Wissenschaftler an den Schwerpunkt, zum anderen wurden Möglichkeiten für einen Auslandsaufenthalt geschaffen (Denis Huschka, Jochen Roose).

Berufungen

Das Stammpersonal des Schwerpunkts hat sich in dem Berichtszeitraum aus verschiedenen Gründen verringert: zu den erfreulichen Gründen gehören die Berufungen von Professor Dr. Dieter Fuchs auf die Professur in Stuttgart und von Professor Dr. Barbara Pfetsch auf eine Professur in Hohenheim. Dieter Rucht wurde zum Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin ernannt. Dort nimmt er, wie auch schon vorher, Lehrtätigkeiten wahr.

Über die Konferenzen, die externen und internen Aktivitäten, die öffentlichen Auftritte einzelner Wissenschaftler sowohl in den Medien als auch in verschiedenen Gremien wird im Rahmen der inhaltlichen Projektbeschreibungen berichtet.

Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

Grundlagen

Allgemeiner Ausgangspunkt für das Forschungsprogramm ist die Frage, inwieweit politische Institutionen in modernen Gesellschaften fähig sind, die vielfältigen Problemlagen und die unterschiedlichen Ansprüche ihrer Bürger aufzunehmen und zu verarbeiten. Durch zwei grundlegende Wandlungsprozesse haben sich die Voraussetzungen und Bedingungen für die Aufnahme und Verarbeitung von gesellschaftlichen Problemlagen und Ansprüchen in den letzten Jahrzehnten nachhaltig verändert.

Erstens haben in den westlichen Demokratien soziale und wirtschaftlich-technische Wandlungsprozesse zu neuen Problemlagen und zu einem veränderten Verhältnis der Bürger zur Politik geführt. Die Bürger artikulieren neue Ansprüche (z.B. Umweltschutz, Lebensqualität) und konfrontieren politische Institutionen mit der Forderung nach stärkerer politischer Beteiligung. Zweitens haben sich seit Ende der 1980er Jahre in Mittel- und Osteuropa Wandlungen und Umwälzungen in Richtung des Aufbaus demokratischer politischer Systeme vollzogen. Damit verbunden sind Wandlungen in allen Bereichen dieser Gesellschaften, die die entstehenden politischen Institutionen vor besondere Anforderungen stellen. Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa haben nicht nur Auswirkungen auf diese neu entstandenen Systeme, sondern durch den Wegfall des Ost-West-Konflikts ebenfalls Rückwirkungen auf die Problemhaushalte und die Legitimationsbedingungen westlicher Demokratien.

Vor dem Hintergrund dieser beiden grundlegenden Wandlungsprozesse stellt sich die Frage, ob demokratische Systeme auf die neuen Bedingungen in ihrer Umwelt angemessen reagieren, also die Frage nach ihrer Leistungsfähigkeit. In dem Forschungsprogramm der Abteilung wird diese Frage aufgegriffen, und es wird versucht, in einigen zentralen Aspekten empirische Klärungen durch vergleichende Analysen vorzunehmen. Im internationalen Vergleich werden die westlichen Demokratien der OECD so-

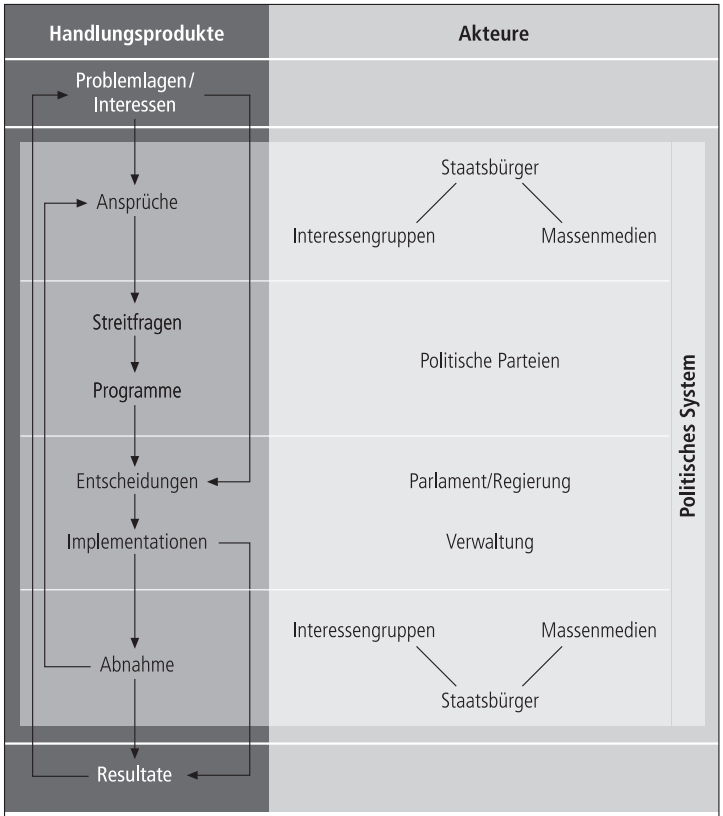


Schaubild 1
Ein Modell des demokratischen Prozesses (Auszug)
Quelle: Fuchs 1993

wie die neu entstandenen Demokratien vor allem in Mittel- und Osteuropa untersucht.

Theoretischer Bezugsrahmen

Als allgemeiner theoretischer Bezugsrahmen für die empirischen Analysen dient zum einen ein systemtheoretisches Modell des politischen Prozesses in Demokratien. Zum anderen werden demokratische Kriterien spezifiziert und zur Beurteilung dieser Prozesse herangezogen. Die allgemeinen theoretischen Grundlagen der Forschungsaktivitäten wurden in der Abteilung entwickelt und zu einer Metatheorie des demokratischen Prozesses verdichtet (Fuchs, FS III 93-202 und FS III 93-203). In Anknüpfung an etablierte systemtheoretische Vorstellungen wird das politische System als ein Leistungssystem begriffen, dessen spezifische Funktion in der Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen liegt. Der Prozeß wird dabei als eine gerichtete Abfolge von Handlungsprodukten unterschiedlicher Akteure des politischen Systems konzeptualisiert (s. Schaubild 1).

Dieser Prozeß beginnt nach der demokratischen Grundnorm bei den Ansprüchen der Staatsbürger. Diese Ansprüche werden sowohl von den Staatsbürgern direkt als auch vermittelt über Interessengruppen, soziale oder politische Bewegungen und Massenmedien artikuliert. Politische Parteien selektieren aus diesen Ansprüchen. Aufgegriffene Ansprüche werden Gegenstand des Parteienwettbewerbs, sie werden zu politischen Streitfragen und zum Teil in die politischen Programme der Parteien aufgenommen und gebündelt. Über den Mechanismus der demokratischen Wahl finden bestimmte Programme Eingang in Parlament und Regierung und werden dort in kollektiv bindende Entscheidungen umgesetzt, die die Verwaltung anschließend implementiert. Entscheidungen haben Auswirkungen (Resultate), die von den Staatsbürgern und ihren Organisationen bewertet werden (Abnahme). Resultate und Abnahme politischer Entscheidungen wirken dann wieder auf die gesellschaftlichen Problemlagen und Ansprüche der Bürger zurück.

Zur Beurteilung der Qualität der politischen Prozesse wurden systematische Kriterien entwickelt (Fuchs 1998). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, in welchem Ausmaß kollektive politische Akteure gesellschaftliche Problemlagen und Ansprüche der Bürger aufnehmen (Responsivität), in welchem Ausmaß diese realisiert werden (Effektivität) und wie diese Leistungen durch die Bürger beurteilt werden. Darüber hinaus wird die Frage erörtert, ob und inwieweit in modernen Gesellschaften die politische Beteiligung der Bürger als ein Kriterium demokratischer Qualität verwendet werden kann (Fuchs 2000).

Forschungsdesign

Das empirische Forschungsprogramm der Abteilung setzt sowohl auf der mikro- als auch auf der makroanalytischen Ebene an, also der Ebene der Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger und politi-

scher Eliten einerseits und der Strukturen und Handlungsprodukte kollektiver Akteure und politischer Institutionen andererseits. Beide Ebenen werden zueinander in Beziehung gesetzt.

Datenquellen

Auf der Mikroebene stellen repräsentative Bevölkerungs- und Elitenumfragen die wichtigsten Datenquellen für das Forschungsprogramm dar. Auf der Makroebene sind es Struktur- und Leistungsindikatoren der kollektiven Akteure und Subsysteme der Politik. Sowohl für die Mikro- als auch die Makroebene kann teilweise auf bereits vorliegende Daten zurückgegriffen werden. Für bestimmte Forschungsfragen muß die Abteilung jedoch in größerem Umfang eigene Erhebungen durchführen. In aller Regel werden diese über Drittmittel finanziert. Im Berichtszeitraum förderten die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Fritz Thyssen Stiftung und die Europäische Kommission diese Aktivitäten.

Struktur des Forschungsprogramms

Im Forschungsprogramm werden systematisch drei Untersuchungsobjekte unterschieden: Bürger, kollektive Akteure und politische Institutionen einschließlich der Subsysteme der Politik sowie politische Eliten. In drei Forschungsbereichen werden zentrale mikro- und makroanalytische Fragestellungen der Demokratieforschung in empirischen, vor allem international vergleichenden Projekten bearbeitet und aufeinander bezogen:

- Bürger und Politik,
- Strukturen und Leistungen kollektiver Akteure, politischer Institutionen und politischer Systeme,
- Politische Eliten und politische Repräsentation.

1. Bürger und Politik

In diesem Bereich werden Projekte und Fragestellungen der mikroanalytisch orientierten, umfragebasierten, vergleichenden Demokratieforschung in drei Themenfeldern bearbeitet: Politische Kultur, Wahlen und Wahlverhalten sowie Demokratisierungsprozesse.

Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Alexander Beloussov	2000
Thomas R. Cusack Ph.D.[1]	1978
Diplom-Soziologin Sybille Frank[2]	1997
Dr. Susanne Fuchs	2001
Diplom-Politologin Rusanna Gaber	1998
Professor Dr. Hans-Dieter Klingemann	1989
Kati Kuitto	2001
Gudrun Mouna	1990
Catherine Netjes	2000
Diplom-Soziologin Katarina Pollner	1997
Privatdozentin Dr. Edeltraud Roller	1990
Dr. Hossein Shahla	2001
Ilona Sperling-Meyer	1983
Dr. Andrea Volkens	1989
Privatdozent Dr. Bernhard Weßels	1989
Ausgeschiedenes Personal[3]	2000–2001
Professor Dr. Dieter Fuchs[4]	1989–2001
Diplom-Politologe Philipp Harfst	1999–2000
Diplom-Politologe Hans-Joachim Hildebrandt	1998–2001
Jutta Horstmann	1998–2000
Diplom-Politologe Achim Kielhorn	1992–2001
Dr. Annette Legutke	1999–2000
Jan Pickery	2000–2001
Diplom-Politologe Kai-Uwe Schnapp[4]	1996–2001
Privatdozent Dr. Christian Welzel[4]	1997–2001
Forschungsprofessuren	
Professor Dr. Max Kaase	1993–2000
Professor Dr. Hanspeter Kriesi	2000–2001

1 den Abteilungen 2 und „Wirtschaftswandel und Beschäftigung" zugehörig
2 Mitarbeiterin des im Schwerpunkt verbliebenen Projekts des Forschungsprofessors
3 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
4 ab 2001 Gast der Abteilung

Politische Kultur

Anknüpfend an das Konzept der politischen Kultur wird angenommen, daß das Ausmaß der Kongruenz zwischen der politischen Struktur eines Landes und seiner nationalen politischen Kultur von maßgeblicher Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Demokratie eines Landes ist. Trotz der starken Plausibilität dieser Annahme ist das Konzept der politischen Kultur immer wieder scharf kritisiert worden. An dieser Kritik setzt die theoretische Analyse von Fuchs (2000) zum Konzept der politischen Kultur an. Sie hält am paradigmatischen Kern des Konzepts weiterhin fest, nimmt die vielfältig geäußerten Kritikpunkte auf und schlägt konzeptuelle Präzisierungen und Modifikationen des Konzepts vor.

„‚Ost- und Westdeutsche sind in unterschiedlichen Welten groß geworden. Da gibt es ohne Frage Unterschiede', weiß Soziologe Dieter Fuchs. ‚Ostdeutsche erwarten eher, dass der Staat die Dinge regelt. Und viele sind enttäuscht, fühlen sich immer noch als Bürger zweiter Klasse.' Der Ost-West-Experte vom Wissenschaftszentrum Berlin hält es für denkbar, dass die gesellschaftlichen Unterschiede auch individuelle Eigenschaften prägten."

Berliner Kurier
2. November 2001

Das Konzept der politischen Kultur wurde in verschiedenen Analysen zu aktuellen politischen Problemen im vereinigten Deutschland und des Prozesses der Europäischen Integration angewandt und hat sich dabei als fruchtbar erwiesen.

Vereinigtes Deutschland

Die Art der Auseinandersetzungen über Qualität und Inhalt von Politik kennzeichnen eine politische Kultur als demokratieförderlich oder -hinderlich. Empirische Analysen weisen darauf hin, daß die politische Kultur des vereinigten Deutschland eine relativ unproblematische Verarbeitung von politischen Konflikten gewährleistet. So entziehen sich unzufriedene Demokraten in Deutschland in aller Regel nicht der Politik und wenden sich nicht dem Extremismus zu. Vielmehr wird politische Unzufriedenheit in beiden Teilen Deutschlands meistens artikuliert und in die Wahl demokratischer Oppositionsparteien umgesetzt. Unzufriedenheit mit der Performanz des demokratischen Systems in Deutschland kann deshalb eher als Stimulus und weniger als Bedrohung der Demokratie interpretiert werden (Hofferbert, Klingemann dp 2000).

In der andauernden Diskussion um die Krise des Sozialstaates haben Konflikte um das angemessene wohlfahrtsstaatliche Arrangement zugenommen. Empirische Analysen der Abteilung können zeigen, daß der Konsens für das existierende Sozialstaatsmodell (noch) sehr breit ist. Festgestellt werden kann lediglich ein langsamer und allmählicher Aufweichungsprozeß dieses Konsenses, der vor allem durch das Aufbrechen des traditionellen Klassencleavages vorangetrieben wird. In den 1990er Jahren deutet sich eine Re-Politisierung des Klassenkonflikts und damit neue Herausforderungen für die politische Kultur an (Roller 2000).

Europäische Integration

Das Problem von Konflikten zwischen unterschiedlichen politischen (Teil-) Kulturen ist aber nicht nur auf der nationalstaatlichen Ebene, sondern im Zuge der Europäischen Integration auch auf der europäischen Ebene von zunehmender Bedeutung. Die weitere Integration der Europäischen Union hängt entscheidend von der Möglichkeit ab, ob es angesichts der Vielfalt der europäischen Nationen mit ihrer je eigenen Geschichte einen europäischen Demos und eine kollektive Identität geben kann. Analysen zeigen, daß die Gemeinsamkeit grundlegender Wertorientierungen unter den Bürgern Westeuropas ein hinreichendes Potenzial für die Herausbildung eines europäischen Demos, der sich als ein kollektives Subjekt begreift, bieten könnten (Fuchs 2000).

Im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union wird die kulturelle Heterogenität in der Union noch weiter zunehmen. Unter der Perspektive des Herausbildung eines europäischen Demos mit einer kollektiven Identität stellt sich hier die Frage nach der Ähnlichkeit der grundlegenden Wertorientierungen der Bürger der Länder Mittel- und Osteuropas mit den bisherigen Mitgliedsländern der Europäischen Union. Hinsichtlich dieser Wertorientierungen läßt sich eine West-Ost-Achse identifizieren.

Das Ausmaß demokratischer Einstellungen nimmt nach Osten hin ab, und zugleich nimmt das Ausmaß etatistischer Orientierungen zu. Relative Schwellenwerte innerhalb dieser Achse lassen sich zwischen Westeuropa einerseits und Mittel- und Osteuropa andererseits feststellen und innerhalb Mittel- und Osteuropas zu den slawischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Fuchs und Klingemann, dp 2000).

European Social Survey

Zur Analyse des Zusammenwachsens von Europa und den damit verbundenen Herausforderungen bedarf es der kontinuierlichen Beobachtung und Analyse nationaler politischer Kulturen. Im Rahmen des „European Social Survey (ESS)" wirkt die Abteilung an der Etablierung einer solchen Infrastruktur für die komparative europäische Forschung mit. Beim ESS handelt es sich um eine in allen europäischen Ländern in regelmäßigen Zeitabständen durchzuführende repräsentative Bevölkerungsumfrage (s. S. 146).

Das wichtigste langfristige Ziel des Projekts besteht darin, die Interaktion zwischen den sich wandelnden politischen und ökonomischen Institutionen in den europäischen Staaten und den Einstellungen und Verhaltensmustern der Bevölkerungen zu beschreiben und zu erklären. Die deutsche Teilstudie wird von Jan van Deth (Universität Mannheim), Oscar W. Gabriel (Universität Stuttgart), Heiner Meulemann (Universität Köln) und Edeltraud Roller (WZB) verantwortet und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Im Berichtszeitraum sind die Vorbereitungen zur Durchführung der ersten Welle dieser Studie abgeschlossen worden. Die Datenerhebung erfolgt nach der Bundestagswahl 2002.

Wahlen und Wahlverhalten

Was das politische Verhalten der Bürger angeht, so ist die Teilnahme an Wahlen das zentrale und am häufigsten genutzte Mittel politischer Beteiligung in Demokratien. Deshalb gehört die Analyse von Wahlen und Wahlverhalten in Deutschland und im internationalen Vergleich zum Kernbestand der Abteilungsforschungen. Analysiert werden sowohl die Motive der Wahlteilnahme als auch die Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung selbst. Auf der Basis dieser Informationen soll die demokratietheoretisch zentrale Frage geklärt werden, worauf die legitime Machtzuweisung durch Wahlen beruht.

Die Forschungsergebnisse der Abteilung zeigen, daß nicht nur Nachfragefaktoren (z.B. Interessen) bedeutsam sind. Auch institutionelle Strukturen wie das Wahlsystem und Angebotsfaktoren wie die Struktur des Parteiensystems und die Leistungsfähigkeit von Parteien und Politikern (Fuchs, Rohrschneider 2002; Klingemann, Weßels 2001) sind zentrale Einflußfaktoren der Motivation und Entscheidung der Wähler.

Die Abteilung beteiligt sich regelmäßig an den Bundestagswahlstudien, führt in diesem Zusammenhang eigene Projekte durch und ist an den maßgeblichen Buchpublikationen der Wahlforschung verantwortlich beteiligt (van Deth, Rattinger, Roller 2000; Brettschneider, van Deth, Roller 2002; Klingemann, Kaase 2001). Mitglieder der Abteilung arbeiten an dem international vergleichenden Projekt „The Comparative Study of Electoral Systems (CSES)" mit, in dem das Wahlverhalten in komparativer Perspektive untersucht wird.

Bundestagswahlen 1998

Die Bundestagswahlen 1998 sind für die Wahlforschung und für die deutsche Demokratie von besonderer Bedeutung gewesen, da zum ersten Mal seit 1949 ein Machtwechsel direkt durch ein Wahlergebnis herbeigeführt wurde (van Deth, Rattinger, Roller 2000). Zu der kontroversen Debatte, ob das Wahlergebnis ein Resultat einer Kanzlermüdigkeit oder eines Wunsches nach Politikwechsel war, hat die Abteilung mit Forschungsergebnissen beigetragen, die zeigen können, daß die Bedeutung der Kanzlerkandidatenfrage für den erfolgten Regierungswechsel stark relativiert werden muß (Weßels 2000).

Dieser Befund wird durch eine längerfristige Entwicklung des Wahlverhaltens der Kerngruppen der Parteien bestätigt (Brettschneider, van Deth, Roller 2002). Seit 1987 haben sich die traditionellen CDU/CSU-Wählergruppen stark in die politische Mitte bewegt. Damit ging ein Anstieg der Kompetenzeinschätzung zu Gunsten der SPD bei potenziellen CDU/CSU- und auch SPD-Wählern einher. Simultan entwickelte sich der Zweitstimmenanteil zu Gunsten der SPD. Zu beobachten ist ein spätestens 1987 einsetzender politischer Wandel, der der SPD kontinuierlich bis zu ihrem Wahlsieg 1998 zu Gute gekommen ist (Weßels 2002).

Der Wählerwandel in Deutschland findet seinen Ausdruck aber nicht in einer zunehmenden instrumentellen Orientierung der Bürger (Shala 2002). Langfristig zeigt sich, daß Wahlen für die Bürger ein Instrument der politischen Beeinflussung sind, das nicht primär genutzt wird, um den eigenen persönlichen Vorteil zu verfolgen, sondern um kollektive Güter zu produzieren (Kühnel, Fuchs 2000). Wenn auch die Kalküle der Wahlentscheidung sich nicht verändert haben, so hat es doch einen massiven Wandel in der sozialen Zusammensetzung der Parteiwählerschaften gegeben.

Der Anteil der traditionellen Wählerschaften der Parteien – Arbeiter bei der SPD, Kirchgänger bei der CDU/CSU – hat sich seit Ende der 1950er Jahre mindestens halbiert. So dramatisch diese Veränderungen sind, so verblüffend ist die Anpassungsleistung der beiden großen Parteien. Wären sie weiterhin auf ihre Kerngruppen angewiesen, wären sie heute Kleinparteien. Beiden ist es gelungen, etwa 85 Prozent ihrer Wähler aus anderen Gruppen zu mobilisieren (Weßels 2000).

Vergleichende Analysen

Bei der „Comparative Study of Electoral Systems (CSES)" handelt es sich um einen Projektverbund von Teams nationaler Wahlstudien aus mehr als 30 Ländern. In diesem Projekt werden erstmals systematisch die Effekte von Makromerkmalen demokratischer Systeme (wie insbesondere politische Institutionen) auf das individuelle Wahlverhalten untersucht. Im Rahmen der dritten WZB-Projektkonferenz im Februar 2002 haben Klingemann und Weßels erste Ergebnisse zu der Frage vorgelegt, un-

ter welchen Bedingungen Wähler tatsächlich im Sinne ihrer Präferenzen wählen können und wann sie zu strategischen Überlegungen gezwungen sind.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Wähler ihre Präferenzen um so besser in ihrer Wahlentscheidung zum Ausdruck bringen können, je mehr Wahlmöglichkeiten das Wahlsystem anbietet und je differenzierter das Parteienangebot ist. Es zeigt sich aber auch, daß die Fähigkeit, die Präferenzen im Wahlakt auszudrücken, von weiteren Vorbedingungen abhängig ist. Die Qualität des (Aus-)Wählens ist von sozialer Ungleichheit geprägt. Im internationalen Vergleich zeigt sich allerdings, daß die Faktoren individueller Ressourcenausstattung (Bildung, politisches Wissen) umso weniger Ungleichheit erzeugen, je reicher und besser gebildet Gesellschaften und je differenzierter die Parteienangebote sind (Weßels 2002).

Demokratisierungsprozesse

Die dritte Demokratisierungswelle begann in den 1970er Jahren mit den Systemwechseln in Südeuropa und hat ihren vorläufigen Höhepunkt im Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme gefunden. Im Zuge dieser Entwicklung ist in der vergleichenden Demokratieforschung das Interesse an Fragen der Konsolidierung dieser neuen Demokratien angestiegen. Die Forschungen der Abteilung konzentrieren sich in erster Linie auf die Konsolidierung der neuen Demokratien in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Unterschiedliche Aspekte der Demokratisierungsprozesse werden in vier verschiedenen Forschungsprojekten bearbeitet („Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa", „World Values Surveys", „Founding Elections", „Politische Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa").

Demokratie in Mittel- und Osteuropa

Im international vergleichenden Forschungsprojekt „Konsolidierung der Demokratie in Mittel- und Osteuropa" wird der Grad der Konsolidierung der Demokratie in den postkommunistischen Ländern ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der alten Systeme untersucht (Bearbeiter: Dieter Fuchs, Rusanna Gaber, Hans-Dieter Klingemann, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels). Im Mittelpunkt steht die Herausbildung einer demokratischen Gemeinschaft und eines demokratischen Parteiensystems.

Die Datenbasis dieses Projekts, das von der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel" koordiniert wird, bilden Bevölkerungsumfragen in 14 Ländern Mittel- und Osteuropas (einschließlich Deutschland) zwischen 1998 und 2001. In elf dieser Länder sind bereits Anfang der 90er Jahre derartige Umfragen durchgeführt worden, so daß länder- und zeitvergleichende Analysen möglich sind. Die deutsche Teilstudie wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert. Geplant sind Sammelbände mit Länderanalysen (Hg. Weßels, Simon) und vergleichenden Analysen (Hg. Fuchs, Roller).

World Values Survey

Verschiedene Aspekte der Demokratisierungsprozesse werden im Rahmen des „World Values Survey"-Projekts untersucht, in dem regelmäßig Einstellungen der Bürger zu Politik, Wirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt, Religion und Familie in Ländern aus allen Erdteilen erhoben werden. Im Berichtszeitraum wurde die dritte Welle 1995–1998 mit insgesamt 58 Ländern (Koordination: Ronald Inglehart, University of Michigan, Ann Arbor) abgeschlossen. Im Jahr 2000 wurde mit der vierten Erhebungswelle begonnen (Koordination: Ronald Inglehart in Kooperation mit der European Values Study Group).

Hans-Dieter Klingemann hat bei der dritten Welle (mit Mitteln der Volkswagen-Stiftung) die Umfragen im gesamten mittel- und osteuropäischen Raum und bei der vierten Welle die Umfragen in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Jugoslawien, Mazedonien und Moldawien koordiniert. Im Berichtszeitraum wurden neben den bereits erwähnten Analysen zur Osterweiterung der Europäischen Union (s. politische Kultur) Analysen zum demokratischen Wandel und der Herausbildung von Parteiensystemen in Mittel- und Osteuropa durchgeführt.

Die Analysen zum demokratischen Wandel werden von einer Theorie der gesellschaftlichen Humanentwicklung angeleitet, die einen kausalen Zusammenhang zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung (Ressourcen), kulturellen Modernisierung (Ansprüche) und Demokratisierung (rechtliche Garantien) postuliert. In seiner Habilitationsschrift „Fluchtpunkt Humanentwicklung: Die Grundlagen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung"

hat Christian Welzel diese kausale Sequenz untersucht.

Die Analyse, die 2002 im Westdeutschen Verlag erscheinen wird, zeigt, daß es erstens einen universellen Zusammenhang zwischen Ressourcen, Ansprüchen und Garantien gibt, der sich auf der individuellen, nationalen und supra-nationalen Ebene in über 80 Gesellschaften und acht Kulturzonen nachweisen läßt. Zweitens kommt dieses Syndrom der Humanentwicklung durch kausale Effekte von Ressourcen und Ansprüchen auf Garantien zustande, und drittens stellt regelkonformes Elitenverhalten eine exogene Determinante dieses Syndroms dar (s. auch Inglehart, Klingemann, Welzel 2001; Welzel 2000; Welzel, Inglehart, Klingemann dp 2001; Welzel, Inglehart dp 2001; Welzel 2002).

Weitere Publikationen auf der Basis des „World Values Surveys" sind in Vorbereitung: ein Sammelband „Pathways to Democratic Community: Democratic Consolidation in Central and Eastern Europe" (Hg. Klingemann, Fuchs, Zielonka), eine Monographie zu „Cultural Foundations of Democracy" (Inglehart, Klingemann, Welzel) und zu „Democracy and Markets – Public Values in the Pacific Rim Region" (Dalton, Klingemann, Ong).

Demokratischer Wandel verläuft nicht konfliktfrei. Für seinen Erfolg entscheidend ist unter anderem die Frage, inwieweit politische Unzufriedenheit durch Akteure aufgefangen und institutionell kanalisiert werden kann. Dabei ist entscheidend, wie Unzufriedenheit, demokratische Orientierungen und parteipolitische Angebote zusammenwirken. Eine komparative Analyse für 17 postkommunistische Länder zeigt, daß politisch unzufriedene Bürger, wenn sie die Demokratie als Ordnungsform präferieren, mehrheitlich demokratische (Oppositions-)Parteien wählen. Bürger, die eine Autokratie bevorzugen, wählen dagegen vergleichsweise häufiger extremistische Parteien. Die politischen Parteien sind damit die zentralen Akteure bei der Kanalisierung von Unzufriedenheit in den demokratischen Prozeß. Die Parteiensysteme in den Ländern Mittel- und Osteuropas bieten dafür die hinreichenden Optionen (Klingemann und Hofferbert 2000).

Founding Elections in Osteuropa

Dieser Befund wird auch durch die Ergebnisse der Analysen der ersten demokratischen Wahlen in Mittel- und Osteuropa nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus bestätigt. Diese „Founding Elections" sind die zentralen Ausgangspunkte für die Konsolidierung der jungen Demokratien. Daß diese Fragen untersucht werden können, ist auch dem Umstand zu verdanken, daß die empirische Wahlforschung sich – wie die vergleichende Analyse der Disziplin zeigt – recht schnell und erfolgreich in den neuen Demokratien etablieren konnte, in manchen Ländern allerdings erst nach Überwindung ernster ökonomischer und politischer Hindernisse (Klingemann, Mochmann, Newton 2000).

Ein Beitrag zur Entwicklung der Wahlforschung ist das von Hans-Dieter Klingemann initiierte und von der Fritz Thyssen Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Founding Elections in Eastern Europe". Zusammen mit Charles L. Taylor (Virginia Polytechnic Institution and State University, Blacksburg) organisiert er im Rahmen dieses Projekts eine Publikationsreihe in der edition sigma, in der die ersten demokratischen Wahlen in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas auf der Basis eines einheitlichen analytischen Rasters untersucht werden. Zusätzlich werden die Daten archiviert und dokumentiert, um sie für Sekundäranalysen verfügbar zu machen. Die Publikationsreihe wurde mit den Studien über Litauen (Krupavičius 2001) und Slowenien (Toš, Miheljak 2002) auf neun Bände erweitert.

Komparative Analysen können zeigen, daß die Entscheidungsgründe beim Wählen in den neuen Demokratien sich nicht besonders von denen in westlichen Demokratien unterscheiden. Allerdings werden in den neuen Demokratien extremistische Parteien sehr viel häufiger als wählbare Alternative bei Parlamentswahlen angesehen (Klingemann 2000). Wie das Beispiel Rußlands zeigt, sind die Entfaltungsmöglichkeiten von Parteien in den mittel- und osteuropäischen Ländern recht unterschiedlich ausgeprägt (Legutke 2001).

Politische Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa

Im Projekt „Politische Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa: Der Stand der Disziplin zehn Jahre nach der Revolution" ist in Kooperation mit sieben osteuropäischen Wissenschaftlern die Institutionalisie-

rung politikwissenschaftlicher Forschung und Lehre an den Universitäten und anderen akademischen Einrichtungen in den Beitrittsländern zur Europäischen Union analysiert worden (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Annette Legutke). Das Projekt ist Teil des Projektverbunds „Thematic Network Political Sciences“ und wurde von der Europäischen Kommission finanziert. Es ist mit der Erstellung eines Berichts im Dezember 2001 abgeschlossen worden.

2. Strukturen und Leistungen kollektiver Akteure und politischer Systeme

Im Mittelpunkt der makroanalytisch ausgerichteten Arbeiten der Abteilung zur vergleichenden Demokratieforschung steht die Frage nach der Leistungsfähigkeit politischer Systeme und kollektiver Akteure. Die Forschungen der Abteilung werden von der zentralen Prämisse des neuen Institutionalismus angeleitet, wonach die Leistungsfähigkeit politischer Systeme und der in ihnen handelnden Akteure maßgeblich von der Ausgestaltung der Institutionengefüge bestimmt wird.

Angeleitet durch diese Prämisse hat sich die Abteilung in verschiedenen Forschungsprojekten und -arbeiten zum Ziel gesetzt, einerseits Typologien demokratischer Strukturen zu entwickeln und andererseits den Effekt unterschiedlicher Institutionengefüge auf die Leistungsfähigkeit zu untersuchen. Im Berichtszeitraum konzentrierten sich die Analysen auf die politischen Institutionen im engeren Sinn sowie auf die Vermittlungsinstitutionen.

Politische Institutionen und Performanz

Was die Typologien demokratischer Strukturen anbelangt, so wurden im Berichtszeitraum Arbeiten zu Typen und Indizes demokratischer Regime (Fuchs 2000, 2000dp; s. auch Gaber 2000) und den Ministerialbürokratien (Schnapp 2002) vorgelegt. Daneben sind zwei umfangreiche Studien abgeschlossen worden, die den Einfluß demokratischer Strukturen auf die Leistungsfähigkeit politischer Systeme für die OECD-Länder untersuchen.

Leistungsfähigkeit von Demokratien

In ihrer Habilitationsschrift „Die Leistungsfähigkeit von Demokratien – Eine Analyse des Einflusses politischer Institutionen auf die Effektivität von Politiken und Politikmustern in westlichen Demokratien 1974–1995“ hat Edeltraud Roller ein theoretisches Modell zur Evaluation der Effektivität liberaler Demokratien entwickelt und auf dieser Grundlage die Entwicklung der Effektivität westlicher Demokratien in zentralen Politikfeldern (innere Sicherheit, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik) untersucht. Die vor allem im Rahmen der Globalisierungstheorien prognostizierten Effektivitätsverluste moderner Demokratien konnten empirisch nicht ermittelt werden. Dasselbe gilt für die ebenfalls in der Globalisierungstheorie formulierte These der zunehmenden „trade-offs“ zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. Wirtschafts- und Umweltpolitik (s. auch Roller 2002). Die Analysen zur Wirkung unterschiedlicher Typen von Demokratie (u.a. Mehrheits- und Verhandlungsdemokratien) auf die politische Effektivität ergeben lediglich schwache Effekte auf einzelne Effektivitätsdimensionen.

Ministerialbürokratien

In seiner Dissertation „Politischer Einfluß von Ministerialbürokratie in westlichen Demokratien – Eine vergleichende Analyse des Potenzials von Ministerialbürokratien zur Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse in 21 OECD-Ländern“ hat Kai-Uwe Schnapp mit Hilfe formaler Modelle unterschiedliche Arten bürokratischer Einflußpotenziale auf politische Entscheidungen identifiziert. Auf dieser theoretischen Grundlage konnten die Ministerialbürokratien der OECD-Länder im Hinblick auf ihr Entscheidungspotenzial klassifiziert werden. Frankreich, Belgien, Österreich und Deutschland verfügen über die einflußreichsten Ministerialbürokratien. In den U.S.A., den Niederlanden, Kanada, Australien und Finnland ist das Einflußniveau am niedrigsten. Die Zugehörigkeit zu einer Rechtsfamilie erweist sich als entscheidend für das Einflußpotenzial der Ministerialbürokratie.

Vermittlungsinstitutionen

Demokratische Interessenvermittlung kommt nicht ohne Vermittlungsinstitutionen aus. Vor allem Mitgliederorganisationen wie Interessengruppen und politische Parteien haben in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung.

Der positive Beitrag von Verbänden und Interessengruppen zur Demokratie in Deutschland ist kaum bestreitbar (Zimmer, Weßels 2001). Um so problematischer sind Entwicklungen, die sich unter dem Begriff der Erosion der Interessenvermittlung subsumieren lassen und auf soziale, wirtschaftliche und politische Wandlungstendenzen zurückgehen.

Verschiedene Entwicklungen verweisen darauf, daß in Deutschland zentrale Bereiche der Interessenvermittlung geschwächt worden sind. In den letzten zehn Jahren haben vor allem in Ostdeutschland, in den letzten Jahren auch in den alten Bundesländern, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an Attraktivität und Verpflichtungsfähigkeit verloren, wenngleich durch diese Entwicklung das „deutsche Modell" nicht in Frage gestellt ist (Schroeder 2000). Diese Entwicklungen gehen weniger auf die Unzufriedenheit der Mitglieder mit ihren Organisationen zurück, als vielmehr darauf, daß die Attraktivität für potenzielle Neumitglieder zu schwinden scheint (Weßels 2001).

Im internationalen Vergleich ist die Entwicklung jedoch uneinheitlich (Weßels 2000). Insbesondere im Bereich der Arbeitsbeziehungen ist zu beobachten, daß korporatistische Formen der Interessenvermittlung politischen Zyklen folgen und weitgehend an sozialdemokratische Regierungsbeteiligung gebunden sind (Weßels 2000). Vor allem die großen Mitgliederorganisationen sind stark gefordert, den Erosionstendenzen entgegenzuwirken und sich neueren Entwicklungen, auch in den Interessenlagen, anzupassen.

Andererseits zeigen Ergebnisse eines Projekts zu den institutionellen Reaktionen auf die europäische Integration (Bearbeiter: Weßels), daß die Akteure der Interessenvermittlung anpassungsfähig sind. Es formieren sich zunehmend neue, auf die europäische Ebene zielende Verbände und Interessengruppen sowie europäische Dachverbände. Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kompetenzentwicklung der EU.

Die Zukunft der Interessenmittlung wird dementsprechend davon abhängen, ob Mitgliederorganisationen an Attraktivität für potenzielle Mitglieder gewinnen können. Eine wichtige Bedingung dafür ist sicherlich der Erfolg der Mitgliederorganisation, der maßgeblich davon abhängig ist, wie stark verbandliche Interessenvermittlung durch staatliche Akteure gestützt und aufgegriffen wird (Weßels 2001).

Vermittlungsinstitutionen sind aber nicht nur Transmissionsriemen von Interessen, sondern selbst Anbieter politischer Zielsetzungen. Das trifft insbesondere auf politische Parteien zu. Im „Comparative Manifestos Project (CMP)" werden auf der Grundlage quantitativer Inhaltsanalysen von Wahlprogrammen politischer Parteien und von Regierungserklärungen vor allem diese beiden Aspekte von Parteien- und Regierungssystemen untersucht (Bearbeiter: Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens). Die Datensammlung wurde von der Manifesto Research Group (MRG) des European Consortium for Political Research (ECPR) 1979 begonnen. Da diese Datensammlung mit Beginn der 1980er Jahre endete, hat sich die Abteilung entschlossen, die Datensammlung fortzuschreiben und um weitere Länder zu ergänzen. Die Datensammlung umfaßt gegenwärtig alle OECD-Länder von 1945 bis 2000 und die neuen Demokratien in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Im Berichtszeitraum wurde der vierte Band aus diesem Projekt publiziert (Budge, Klingemann, Volkens, Bara, Tannenbaum 2001). Dieser gibt erstens einen Überblick über den Forschungsstand in den Themenbereichen, die auf der Grundlage der Manifesto-Daten bearbeitet worden sind. Zweitens werden Analysen zu Reliabilität und Validität der Daten präsentiert (Volkens 2001). Und drittens wurden in Form eines CD-ROM-Anhangs die Daten für 24 OECD-Länder und Israel für den Zeitraum von 1945 bis 1998 veröffentlicht.

Im Berichtszeitraum wurden zusätzlich Analysen zur Europäischen Integration und Erweiterung vorgelegt. Untersucht wurden die Bedingungen, unter denen parteipolitische Positionen nationaler Parteien in der Europäischen Union zum Tragen kommen (Volkens 2001). Die Einflußchancen nationaler Parteien variieren dabei mit der Stärke und Homogenität ihrer Fraktion sowie mit der Paßfähigkeit mit den Parteien ihrer europäischen Fraktion. Die Fraktionen

im linken Spektrum weisen dabei eine größerer Homogenität auf als die im rechten Spektrum. Nach der Erweiterung der Europäischen Union wird die Heterogenität im linken Spektrum jedoch zunehmen, weil sich sowohl die postkommunistischen als auch die sozialdemokratischen Parteien Mittel- und Osteuropas erheblich von den entsprechenden Parteien der Mitgliedsländer unterscheiden (Volkens 2000).

3. Politische Eliten und politische Repräsentation

Die Qualität demokratischer Prozesse hängt nicht zuletzt auch davon ab, wie die Entscheidungsträger in den Institutionen agieren, welche Handlungsspielräume sie haben und wie sie gesellschaftliche Problemlagen und die Ansprüche der Bürger aufnehmen und verarbeiten. Mit Studien über die regionale und nationale Ebene in Deutschland sowie die Mitgliedsländer der EU ist diesen Fragen in der Abteilung nachgegangen worden.

Lokale Demokratie

Die Frage der Leistungsfähigkeit lokaler Demokratie in Deutschland wurde in dem Projekt „Democracy and Local Governance" von Thomas R. Cusack untersucht. Leistungsfähigkeit beinhaltet zum einen, wie die Bürger die Demokratie und Politikergebnisse in ihren Gemeinden beurteilen, und zum anderen, wie die lokalen Eliten selbst urteilen. Die Datenerhebung wurde 1994/95 durchgeführt. Die Studie, deren Ergebnisse demnächst in dem Band „Democracy and Local Governance in Germany" von Thomas R. Cusack veröffentlicht werden, kommt zu drei zentralen Ergebnissen.

Erstens sind die Bürger mit der Demokratie und den Leistungen der Politik auf der lokalen Ebene durchweg stärker zufrieden als mit der Bundespolitik. Zweitens sind die Handlungsspielräume lokaler Eliten institutionell im Vergleich zum Aufgabenspektrum zwar stark begrenzt, dennoch sehen die lokalen Eliten ihre Politik unter schwierigen institutionellen und ökonomischen Bedingungen als relativ erfolgreich an. Drittens ist die Leistungsfähigkeit der Demokratie entgegen der These des amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Putnam zumindest in Deutschland stark geprägt von der institutionellen Struktur der jeweiligen Gemeindeverfassung. Sie steigt mit der Machtkonzentration in der Gemeinde.

Institutionelle Machtverschiebung

Dieser Aspekt der Machtverteilung ist auch für die Performanz der deutschen Demokratie auf Bundesebene von Bedeutung. Aus der Perspektive der nationalen politischen Eliten haben sich in den letzten 30 Jahren die Machtverhältnisse zwischen den politischen Institutionen nachhaltig verschoben. Nach ihrer Wahrnehmung hat die relativ starke Konzentration auf die zentralen politischen Institutionen (Regierung, Parlament, Parteien) abgenommen, sie ist heute breiter verteilt, allerdings mit dem Effekt, daß die zentralen Akteure des Repräsentativsystems an Bedeutung verloren haben.

Diese Machtverschiebungen entsprechen zwar einerseits den Effektivitätserfordernissen der starken verhandlungsdemokratischen Elemente in Deutschland, tangieren aber andererseits die Legitimitätserfordernisse. Daß diese Wahrnehmung von den Bürgern geteilt wird, verstärkt die Problematik. Denn Machtverschiebungen zu Lasten der Parlamente stellen auch aus der Bürgerperspektive ein substanzielles Problem der Demokratie dar (Schnapp, Welzel 2000).

Repräsentation und europäische Integration

Derartige Machtverschiebungen haben nicht nur auf der nationalen Ebene zwischen Institutionen, sondern auch zwischen nationaler und europäischer Ebene stattgefunden (Weßels, Schmitt 2000). In dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1991–2001 geförderten Projekt „Abgeordnete in Europa: Ordnungsvorstellungen und europäische Integration" (Bearbeiter: Achim Kielhorn, Bernhard Weßels) wurden die nationalen Reaktionen auf den europäischen Integrationsprozeß untersucht. Ausgehend von der Wahrnehmung eines beträchtlichen demokratischen Defizits des europäischen Institutionensystems bevorzugen die Parlamentarier der elf untersuchten Mitgliedsländer der Union eine politische Ordnung, die auch den Machtverlust der nationalen Parlamente wieder ausgleicht.

Dabei suchen zwei Drittel nach Lösungen, die die politische Integration durch Parlamentarisierung oder Mehrebenenlösungen verstärken. Einer intergovernmentalistischen Option wird weitgehend eine Ab-

sage erteilt (Weßels 2000, 2001). Auch institutionell haben die Parlamente reagiert und sich auf die europäische Integration eingestellt. Seit den 1970er Jahren und insbesondere in den 90er Jahren haben sie ihre europapolitischen Kompetenzen und Aktivitäten beträchtlich steigern können.

Für die Handlungsorientierungen und Handlungsmöglichkeiten politischer Entscheidungsträger sind die institutionellen Voraussetzungen also von entscheidender Bedeutung. Sie beeinflussen auch die Qualität politischer Repräsentation, wie Achim Kielhorn in seiner Dissertation zu den „Rollenorientierungen von Parlamentariern in Europa" zeigen konnte.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

Grundlagen

In der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung" ist die Analyse des sozialstrukturellen Wandels moderner Gesellschaften das zentrale grundlagenorientierte wissenschaftliche Forschungsthema. Die Abteilung hat ferner einen anwendungsorientierten Forschungsbereich in der Sozialberichterstattung. Unter Sozialstruktur wird auf der Individualebene die demographische Grundgliederung der Bevölkerung sowie ihre Gliederung bezüglich hoch bewerteter, knapper Güter wie Erwerbspositionen, Einkommen, Prestige und Einfluß verstanden. Auf einer zweiten Ebene, der Meso-Ebene, läßt sich Sozialstruktur bestimmen als das System sozialer Klassen und Schichten, operationalisiert als System von sozialen Lagen und seinen gegenwärtigen Differenzierungstendenzen in Richtung auf eine Pluralisierung von sozialen Milieus, Lebensformen und Lebensstilen. Auf einer dritten Ebene, der Makro-Ebene, läßt sich Sozialstruktur als System von politischen, ökonomischen und kulturellen Basisinstitutionen begreifen, mit den Problemen der Systemintegration und der sozialen Integration.

Die Abteilung besteht in ihrer jetzigen Form und Ausrichtung seit 1994. Sie setzt das Forschungsprogramm in erweitertem Umfang fort, das zuvor von der Arbeitsgruppe „Sozialberichterstattung" bearbeitet wurde. In den vergangenen Jahren wurde eine deutliche Akzentuierung im Hinblick auf sozialstrukturelle Veränderungen vorgenommen, wobei im Berichtszeitraum die europäischen Vergleiche zur Wohlfahrtsentwicklung erheblich ausgebaut wurden. Die Abteilung wird von dem jetzigen Direktor Wolfgang Zapf noch bis Ende September 2002 weitergeführt.

Theoretische Ansätze

Den theoretischen Rahmen bilden Konzepte der Modernisierung und der Wohlfahrtsproduktion. Modernisierung wird als die durchaus konfliktthafte Weiterentwicklung komplexer Gesellschaften verstanden, die auf alternativen Pfaden verlaufen kann, aber in den Basisinstitutionen von Konkurrenzdemokratie, Marktwirtschaft, Wohlfahrtsstaat und Massen-

konsum eine gemeinsame Klammer hat. Aus dieser Perspektive wird die Transformation, etwa der postkommunistischen Gesellschaften, als Systemwechsel und nachholende Modernisierung betrachtet, die jedoch jeweils eigene Entwicklungspfade verfolgen kann. Unter Wohlfahrtsproduktion werden die spezifischen und die kombinierten Leistungen von Staat, Markt, Assoziationen (z.B. Dritter Sektor) und Kleingruppen (z.B. Haushalte) verstanden.

Zu den Aufgaben der Sozialberichterstattung gehören die Dauerbeobachtung des sozialstrukturellen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung. Dabei wird die Wohlfahrtsentwicklung als eine Teilmenge von Prozessen des sozialen Wandels verstanden, die explizit an gesellschaftlich hoch bewerteten Zielen (wie z.B. Gesundheit, gesunde Umwelt, hohe Beschäftigung) ausgerichtet sind. Moderne Gesellschaften zeichnen sich jedoch auch dadurch aus, daß sie ihren Bürgern gleiche Chancen im Hinblick auf immaterielle Dimensionen der Zugehörigkeit und Selbstverwirklichung bieten.

Wohlfahrt umfaßt als Oberbegriff drei Dimensionen. „Objektive Lebensbedingungen", beispielsweise in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Einkommen, Gesundheit, aber auch Freizeit, Sozialbeziehungen, gesellschaftliche Partizipation. „Subjektives Wohlbefinden" hat positive und negative Komponenten; Zufriedenheiten und Glück, aber auch Ängste und Sorgen, Anomie, Pessimismus. Die dritte Dimension zielt auf die „Qualität der Gesellschaft" im Aggregat und in den individuellen Bewertungen der Bürger.

Datenbasis

In methodischer Hinsicht sind bevölkerungsrepräsentative Erhebungen die wichtigsten Instrumente der Abteilung. Von zentraler Bedeutung sind die eigenen Wohlfahrtssurveys. In einem umfangreichen Replikationsteil werden für einzelne Lebensbereiche objektive Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bürger erfaßt. Variable Teile des Frageprogramms dienen der Operationalisierung neuer Konzepte, zu denen die „Qualität der Gesellschaft" (vgl. Bulmahn 1999) und „Soziale Integration und Exklusion" (vgl. Böhnke 2001) gehören. Diese wurden in die jüngsten Erhebungen (1998 und 2001) eingebracht.

Die seit 1978 in regelmäßigem Abstand erhobenen deutschen Wohlfahrtssurveys gehören zusammen mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und dem ALLBUS zu den zentralen Instrumenten der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und der wissenschaftsbasierten Sozialberichterstattung in Deutschland. Die Wohlfahrtssurveys wurden bislang von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert. Die Bedeutung der Wohlfahrtssurveys als sozialwissenschaftliches Programm der Datenerhebung ist allgemein anerkannt.

> „Die Deutschen werden insgesamt glücklicher, und die Selbstmordrate sinkt. Das ist das Ergebnis einer am Mittwoch veröffentlichten Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, die auf repräsentativen Umfragen der letzten 20 Jahre beruht. Danach stieg die Zahl der Westdeutschen, die sich glücklich fühlen, in den vergangenen 20 Jahren von 41 auf 60 Prozent. In den neuen Bundesländern fühlen sich 52 Prozent der Befragten ‚frei von mentalen Belastungen', nach 37 Prozent im Jahr 1990."
>
> Frankfurter Rundschau
> 8. Juni 2000

Ihr spezifischer Beitrag besteht in der systematischen und kontinuierlichen Beobachtung der Entwicklung der Lebensbedingungen und Lebensqualität in Deutschland über einen Zeitraum von bisher mehr als 20 Jahren (vgl. Zapf 2001). Seit 1985 besteht eine Kooperation mit dem Statistischen Bundesamt bei der Herausgabe des „Datenreport". Der „Datenreport" wird national und international als deutscher „Sozialbericht" wahrgenommen; er wird von zahlreichen Nutzern in der Wissenschaft, Politik und Bildung als wichtige Informationsquelle herangezogen. Die Datensätze der Wohlfahrtssurveys werden über das Zentralarchiv in Köln interessierten Kollegen und Kolleginnen für Sekundäranalysen zur Verfügung gestellt.

Die Kooperation zwischen amtlicher Statistik und empirischer Sozialwissenschaft wird von der „Kom-

Erhebungsjahr	Population	Stichprobenumfang	Ausschöpfung in Prozent	ZA-Nummer
1978	Deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre, alte Länder	2012	67,1	1141
1980	dto.	2427	64,2	1142
1984	dto.	2067	59,1	1339
1988	dto.	2144	62,1	1839
1990	Deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre, neue Länder	735	71,7	2121
1993	Deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahre, alte und neue Länder	3062 (davon West: 2046, Ost: 1016)	63,4	2792
1998	Deutsche und ausländische Wohnbevölkerung ab 18 Jahre, alte und neue Länder	3042 (davon West: 2007, Ost: 1035)	56,1	3398
1999 „Euromodul"	Deutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahre, alte und neue Länder	2439 (davon West: 2006, Ost: 487)		
2001 Wohlfahrtssurvey Trend	Deutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahre, alte und neue Länder	2732 (davon West: 1971, Ost: 761)		

Tabelle 1 Die Wohlfahrtssurveys 1978–1998 im Überblick

mission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik" in ihrem Gutachten positiv gewürdigt (Kapitel C.3, Seite 4/22). Die Bedeutung der Wohlfahrtssurveys als einem zentralen Instrument der Sozialberichterstattung hat dazu beigetragen, daß die Kommission in ihrem Gutachten die Fortführung der Wohlfahrtssurveys empfiehlt:

> *„Die Kommission empfiehlt die Fortführung von ALLBUS (...), ISSP (...) und Wohlfahrtssurveys, da sie in den Sozialwissenschaften wichtige Informationsquellen darstellen. ... Mit den Wohlfahrtssurveys ist ein wichtiges Instrument der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung entstanden, das in geeigneter Weise fortgeführt werden sollte".*
> *(Kapitel A, S. 31)*

Das Frageprogramm des Wohlfahrtssurveys 1998 war ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Initiative zur Entwicklung und zum Aufbau eines europäisch vergleichenden Wohlfahrtssurveys. Das „Euromodul" wurde mit Kollegen und Kolleginnen aus insgesamt 19 europäischen Ländern als ein ehrgeiziges Projekt gestartet. Das Ziel ist die Beobachtung der Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen, des subjektives Wohlbefindens und der Qualität der Gesellschaft europaweit mit einem einheitlichen Erhebungsinstrument.

Inzwischen enthält die gemeinsame Datenbank Euromodul-Daten aus Deutschland (Erhebungsjahr 1999), Slowenien (1999), Ungarn (1999), Schweden (1998/1999), Spanien (2000), der Schweiz (2000) und aus der Türkei (2001). Ein Codebook liegt vor; ein umfangreicher Tabellenband wird derzeit erstellt. Die Befragung wurde auch in Italien (2000) und Süd-Korea (2001) durchgeführt; Österreich wird im Frühjahr 2002 folgen. In Deutschland konnte man im Oktober/November 2001 unter dem Titel „Wohl-

fahrtssurvey Trend 2001“ eine weitere Erhebung durchführen; die Feldarbeit wurde wie bisher von Infratest Sozialforschung (München) übernommen.

Projekte und Themen

Bearbeitet werden sieben Projekte, die durch das gemeinsame Thema „Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich“ verbunden und an denen insgesamt neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt sind.

Eine Innovation für das aktuelle Forschungsprogramm der Abteilung sind die Daten des Euromoduls; diese sind inzwischen zum Bestandteil weiterer Projekte geworden: „Wohlfahrtsentwicklung in Beitrittsländern zur EU“ sowie „Armut und Ausgrenzung in Europa“. Darüber hinaus wurden im Berichtszeitraum die Forschungsarbeiten zum „Nonprofit Sector Project“ (Eckhard Priller) und zu „Wohnen und regionale Mobilität“ (Wilhelm Hinrichs) fortgeführt.

Wohlfahrtsentwicklung, Integration und Exklusion im deutsch-deutschen und europäischen Vergleich

Wohlfahrtsentwicklung in Deutschland

Die wichtigsten Ergebnisse zur „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland“ basieren auf Analysen der Wohlfahrtssurveys und des SOEP. Sie greifen jedoch auch auf Daten der amtlichen Statistik zurück. Zahlreiche Forschungsarbeiten, vor allem im Rahmen des im Jahre 2000 beendeten Drittmittelprojekts „Wohlfahrtssurvey“, das gemeinsam mit der Abteilung Soziale Indikatoren beim Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), durchgeführt wurde, konzentrierten sich auf die Untersuchung des Angleichungsprozesses der ostdeutschen Lebensverhältnisse an das westdeutsche Niveau. Auch wenn in einigen Bereichen noch deutliche Unterschiede zwischen Ost und West bestehen, gibt es hinreichende Gründe „Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft“ (Noll/Habich 2000) zu sprechen.

„Transformation through Unification“

Der Vergleich mit den anderen Transformationsgesellschaften macht deutlich, daß es sich beim Wandel in Ostdeutschland um einen privilegierten Sonderfall handelt. Zwar stand man in allen postkommunistischen Gesellschaften vor ganz ähnlichen Problemen, doch waren in den neuen Bundesländern die Rahmenbedingungen zur Bewältigung dieser Herausforderungen ungleich günstiger. Diese positive Bilanz des Transformationsprozesses in Ostdeutschland ist eine der Schlußfolgerungen im umfangreichen Report „Transformation through Unification“ (Wolfgang Zapf, Roland Habich, Jan Delhey, Thomas Bulmahn 2001).

Bei diesem Report handelt es sich um den deutschen Beitrag für die Konferenz „Structural Changes in Postsocialist Central Europe and the Actual Challenges of Modernization“, die im Mai 2001 in Prag stattfand (s. S. 131). In diesem Länderreport präsentieren die Autoren eine Fülle empirischer Erkenntnisse und theoretischer Einsichten zur Sozialstruktur,

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Diplom-Soziologin Petra Böhnke	1998
Diplom-Soziologe Thomas Bulmahn	1996
Dr. Jan Delhey	1998
Ursula Gerlach	1992
Dr. Katrin Gillwald	1976
Dr. Roland Habich	1988
Dr. Wilhelm Hinrichs	1992
Holger Krimmer	2000
Diplom-Soziologin Ricarda Nauenburg	2001
Marion Obermaier	1992
Dr. sc. Eckhard Priller	1992
Martina Sander-Blanck	1990
Professor Dr. Wolfgang Zapf	1987
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Denis Huschka M.A.	1998–2001
Diplom-Soziologin Annett Schulz	1999–2000
Janina Söhn	1999–2000

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Wohlfahrtsentwicklung und Modernisierung im vereinten Deutschland.

Ausführungen zur Bedeutung der Modernisierungstheorie für die Transformationsforschung bilden den konzeptionelle Rahmen dieses Reports. „Transformation“ wird als spezieller Typ von Modernisierung definiert: als nachholende Modernisierung weniger entwickelter Gesellschaften. Die Analysen zur Wohlfahrtsentwicklung im deutsch-deutschen Vergleich beziehen sich auf die objektiven Lebensbedingungen, das subjektive Wohlbefinden und die wahrgenommene Qualität der Gesellschaft.

Die Analysen auf der Basis des Wohlfahrtssurveys führen zu der Erkenntnis, daß die Wohlstandskluft zwischen West- und Ostdeutschland im Verlauf der 1990er Jahre weitgehend eingeebnet werden konnte: Einkommen und Lebensstandard in den neuen Bundesländern erreichen mittlerweile annähernd westdeutsches Niveau, und die Veränderungen werden von der Bevölkerungsmehrheit als Verbesserung gewertet. Untersuchungen zur Einkommensverteilung und Armut in Deutschland zeigen, daß es nicht zu einem problematischen Anstieg der sozialen Ungleichheit gekommen ist, wie das zuweilen behauptet wird. Im Verlauf der 1990er Jahre haben sich die Einkommensunterschiede in Ostdeutschland nur marginal vergrößert.

„Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung haben sich die materiellen Lebensbedingungen in Ostdeutschland erheblich verbessert. Zugleich ist ein Verlust an Lebensqualität zu beobachten, der allerdings im Bewußtsein der Menschen weniger schwer wiegt, da für sie die Verbesserung der finanziellen Situation entscheidend für ihr persönliches Wohlbefinden ist. Das ist das Ergebnis einer nun veröffentlichten Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB).“

Frankfurter Allgemeine
2. Oktober 2000

Insgesamt gesehen sind also Modernisierung und Wohlfahrtsentwicklung die zentralen Bilanzierungsmaßstäbe. Bei der Beurteilung der Wohlfahrtsentwicklung wird die Qualität der Gesellschaft als eigenes Beobachtungsfeld stärker gewichtet als in früheren Jahren, weil Fragen der Identität, des Demokratisierungsvertrauens und der gegenseitigen Anerkennung anfangs tatsächlich gegenüber den materiellen Lebensbedingungen und dem persönlichen Wohlbefinden eine geringere Rolle spielten. Das Gesamtergebnis ist: Das Wohlstandsgefälle bei den objektiven Lebensbedingungen ist weitgehend abgebaut; beim subjektiven Wohlbefinden ist der positive Trend

nicht zu leugnen, wenngleich noch deutlich Lücken bestehen; die Wahrnehmung und Bewertung der gemeinsamen Gesellschaft fällt allerdings auseinander (vgl. Krause/Habich 2000, 467).

Zur Erklärung der Diskrepanz zwischen individueller Wohlfahrt und der Wahrnehmung und Bewertung der gemeinsamen Gesellschaft sowie zur Prognose der weiteren Entwicklung bieten sich folgende Überlegungen an. Die verbleibenden Niveauunterschiede bei den objektiven Lebensbedingungen reduzieren sich deutlich langsamer als in den ersten Jahren nach der Wende. „Wachsende Erwartungen" relativieren das bisher Erreichte und lassen neue Ansprüche aufkommen (z.B. nach der Angleichung im Einkommen jetzt der Anspruch auf Angleichung der Vermögen, wie sie in Westdeutschland in fünfzig Jahren aufgebaut wurden). Nach dem „Tocqueville-Paradox" steigt die Sensibilität gegenüber verbleibenden Ungleichheiten gerade bei genereller Reduzierung von Unterschieden.

Handeln im Wandel

Aber aus spezifischen Blickwinkeln kommen Mitarbeiter der Abteilung bei der Analyse der ostdeutschen Transformation auch zu differierenden Bewertungen. Im Rahmen der von Wilhelm Hinrichs und Eckhard Priller herausgegebenen Buchpublikation „Handeln im Wandel – Akteurskonstellationen in der Transformation" (2001), in der vor allem ostdeutsche Sozialwissenschaftler ihre Positionen vertreten, wird deshalb ein bisher in der Transformationsforschung wenig beachteter Ansatz verfolgt. Demnach ist eine Reihe von Problemen der ostdeutschen Transformation auf die ungenügende Berücksichtigung von potentiellen Handlungsoptionen zurückzuführen.

Die Schaffung von erfolgversprechenden Handlungsmöglichkeiten wird als wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Identifikation der Ostdeutschen und einen sich selbst tragenden wirtschaftlichen Aufschwung in einer Transformationsgesellschaft angesehen. In gesellschaftlichen Bereichen, in denen günstige Handlungsoptionen für die Ostdeutschen nachgewiesen werden (Mobilität, Dritter Sektor, Haushaltsmanagement), konnten durchaus erfolgreiche Entwicklungen festgestellt werden.

Weitere Schwerpunkte bei der Auswertung der Wohlfahrtssurvey-Daten waren Analysen zu Lebensstandard, Armut und dem Verhältnis von Wohlstandslage und subjektivem Wohlbefinden (Delhey/Böhnke 2000). Es konnte gezeigt werden, wie einkommensbezogene Armutsmessung durch das lebensstandardbasierte Konzept der relativen Deprivation sinnvoll ergänzt werden kann (Böhnke/Delhey 2001).

Darüber hinaus ermöglichten die Daten der Wohlfahrtssurveys empirische Analysen zu sozialer Ausgrenzung. Prozesse sozialer Ausgrenzung spielen gegenwärtig im europäischen sozialpolitischen Diskurs eine bedeutende Rolle, betont werden neue Aspekte sozialer Ungleichheit, die man insbesondere mit anhaltender Langzeitarbeitslosigkeit und wachsender Armut in Verbindung bringt. Das Exklusionskonzept bietet einen mehrdimensionalen und dynamischen Zugang zur umfassenden Analyse gesellschaftlicher Teilhabe. Mit Hilfe von Informationen über die Zufriedenheit mit persönlichen Teilhabemöglichkeiten und Voraussetzungen sozialer Integration aus der Sicht der Befragten konnten die Auswirkungen prekärer Lebenslagen auf das subjektive Wohlbefinden differenziert dargestellt werden (Böhnke 2001a).

Datenreport

Die Forschungsergebnisse zur „Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland" sind wesentlicher Bestandteil des alle zwei/drei Jahre erscheinenden „Datenreport – Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland", der in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt entsteht. Er hat jeweils eine Gesamtauflage von ca. 50.000. Den Vertrieb hat die Bundeszentrale für politische Bildung übernommen. Diese Kooperation zwischen amtlicher Statistik und wissenschaftlicher Sozialberichterstattung hat sich bewährt. Der „Datenreport" ist der deutsche „social report" und wird auch in der internationalen Wahrnehmung als solcher gewertet. Im Berichtszeitraum erschien zu Beginn des Jahres 2000 der „Datenreport 1999". Die Ausgabe für 2002 erscheint im August 2002.

Der Datenreport beruht in seinem zweiten Teil (herausgegeben von R. Habich und H.-H. Noll) in großen Teilen auf den Daten der Wohlfahrtssurveys und wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

dieser Abteilung sowie der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ zusammen mit Kollegen und Kolleginnen des ZUMA und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) verfaßt. Mit der 1999er Ausgabe wurde zum ersten Mal neben der traditionellen Buchausgabe eine über das Internet abrufbare Version erstellt (vgl. z.B. http://www.statistik-bund.de/allg/d/veroe/d_daten.htm), die auch als CD-ROM bei den beteiligten Institutionen (Statistisches Bundesamt, ZUMA und WZB) erhältlich ist.

Der Report 2002 wird in seinem Teil II wiederum detailliert über die Wohlfahrtsentwicklung und den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland informieren. Der Vergleich der Lebensverhältnisse ins Ost- und Westdeutschland steht im Mittelpunkt der Berichterstattung. Daneben wird allerdings die Perspektive in Richtung Europa erweitert. Der Datenreport 2002 wird zum ersten Male zwei Kapitel enthalten, in denen der Wohlfahrtsvergleich verschiedener europäischer Gesellschaften in den Vordergrund gestellt wird. Auf der Basis der Daten des Euromoduls wird die deutsche Situation im europäischen Kontext behandelt.

Europäische Sozialberichterstattung

In den letzten Jahren wurde in den Forschungsarbeiten der Abteilung die europäische Perspektive in vierfacher Hinsicht wesentlich erweitert: Erstens gelang mit den Umfragen des Euromodul die Etablierung einer europäisch vergleichenden Datenbasis im Bereich der Sozialberichterstattung. Zweitens konnten mit dem Vorliegen dieser Datensätze Drittmittel für das Projekt „Wohlfahrtsentwicklung in Beitrittsländern zur Europäischen Union“ von der Fritz Thyssen Stiftung eingeworben werden. Drittens wurden die Aktivitäten für das Projekt „Armut und Lebensstandard in Europa“ verstärkt. Viertens schließlich wurde die nach wie vor auch theoretisch spannende Frage nach der Richtung der ostmitteleuropäischen Transformation zusammen mit Kollegen und Kolleginnen aus den betreffenden Ländern zum Thema eines entsprechenden Symposiums in Prag.

Das Euromodul

Mit dem Zusammenwachsen Europas und der anstehenden Erweiterung der Europäischen Union nach Osten hat das Interesse an vergleichender Sozialstrukturanalyse und Sozialberichterstattung zugenommen. Bislang fehlte allerdings eine geeignete Datenbasis für eine grenzüberschreitende Sozialberichterstattung, die vor allem die individuelle Wohlfahrt über repräsentative Bevölkerungsumfragen in den Blick nimmt. Um diese Lücke zu schließen, wurde die Initiative für eine solche gemeinsame Datenbasis gestartet. In einem Netzwerk haben sich Forscherteams aus 19 Ländern zusammengeschlossen.

In internationaler Zusammenarbeit wurde ein Umfragebaustein für einen europäischen Wohlfahrtsvergleich entwickelt, das „Euromodul“. Dabei handelt es sich um zentrale konzeptionelle und praktische Schritte hin zu einem „Europäischen Wohlfahrtssurvey“. Die Federführung liegt bei der Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ (Zapf, Habich, Delhey, Böhnke, Nauenburg). In der Abteilung werden zudem die erheblich aufwendigen technischen Arbeiten der Erstellung einer kumulierten Datenbank durchgeführt. Ein entsprechendes Codebook dokumentiert die verschiedenen Schritte beim Aufbau dieses Datensatzes.

Das Euromodul untersucht die individuellen Lebensverhältnisse und ausgewählte Aspekte der gesellschaftlichen Lebensqualität und kombiniert dabei objektive und subjektive Dimensionen von Wohlfahrt. In seiner Konzeption folgt es weitgehend dem deutschen Wohlfahrtssurvey. Der Euromodul-Fragebogen besteht aus einem Hauptbereich und einem optionalen Erweiterungsteil. Der für alle Länder obligatorische Hauptteil orientiert sich an zentralen Lebensbereichen und deren Bewertung: Wohnen, Haushaltszusammensetzung, soziale Beziehungen, Partizipation, Lebensstandard, Einkommen, Gesundheit, Arbeit und Bildung, Umwelt und öffentliche Sicherheit. Zusätzlich werden Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens sowie zentrale Aspekte der Qualität der Gesellschaft erfaßt. Der Erweiterungsteil bietet ergänzende Fragen insbesondere zur Qualität der Gesellschaft, zum Beispiel zum Themenbereich „soziale Integration“. Dieser Teil wird bei ausreichenden finanziellen Ressourcen in den einzelnen Ländern zusätzlich erhoben.

Das Euromodul baut somit auf „klassische“ Konzepte der Wohlfahrtsforschung auf, die durch neuere

Forschungskonzepte wie dem der Qualität der Gesellschaft, der sozialen Kohäsion oder der sozialen Exklusion ergänzt werden. Bis Ende 2001 haben neun Länder eine Euromodul-Umfrage durchgeführt (s. Tabelle). Befragt wurden in der Regel zwischen 1000 und 2500 Personen. Die beteiligten Länder verfügen über unterschiedliche Modernisierungsniveaus und sozialpolitische Ausrichtungen. Darüber hinaus eröffnet die Beteiligung west- wie osteuropäischer Länder eine Reihe von politikrelevanten Vergleichsmöglichkeiten.

Beitrittsländer zur EU

Mit der geplanten Aufnahme weiterer Staaten in die Europäische Union im Zuge der Osterweiterung erhöht sich die Heterogenität der Gemeinschaft stärker als in früheren Erweiterungsrunden. Dies zeigt ein Vergleich sozialstruktureller und wirtschaftlicher Kennzahlen von jetzigen und zukünftigen EU-Mitgliedern (Zapf, Delhey 2002). Folgen hat dies unter anderem für die Verteilung der EU-Fördermittel. In einer weiteren Untersuchung wurde ein Modell entwickelt, wie sich die EU-Mitgliedschaft auf die Lebensqualität in geringer modernisierten Ländern auswirkt (Delhey 2001). Die überwiegend positive Wirkung eines EU-Beitritts wurde anhand der Wohlfahrtsentwicklung Irlands, Griechenlands, Por-

Land	Erhebungsjahr	Stichprobengröße
Deutschland	1999	2493
Slowenien	1999	1012
Ungarn	1999	1510
Schweden	1998/1999; jeweils Teile des EM	5003/2698
Schweiz	2000	1570
Spanien	2000	2489
Südkorea	2001	1000
Türkei	2001	2710
Italien	2001	11000
Österreich	2002	500
In Planung:		
Südafrika	2003	1500

Länder mit Euromodul (EM)-Umfragen

Objektive Lebensbedingungen	**Subjektives Wohlbefinden**	**(Wahrgenommene) Qualität der Gesellschaft**
Wohnen	Zufriedenheiten mit persönlichen und öffentlichen Lebensbereichen	Gesellschaftliche Konflikte
Haushaltszusammensetzung und soziale Beziehungen	Allgemeine Lebenszufriedenheit	Realisierte öffentliche Güter (Freiheiten, Sicherheiten, soziale Gerechtigkeit)*
Gesellschaftliche Partizipation	Glück, Ängste und Anomiesymptome	Lebensbedingungen in europäischen Ländern im Vergleich zum eigenen Land*
Lebensstandard und Einkommen	Schichteinstufung	Generalisiertes Vertrauen
Bildung und Arbeit	Wichtigkeit von Lebensbereichen*	Bedingungen sozialer Integration*
Persönliche Umwelt und öffentliche Sicherheit		
Gesundheit		
*Optionaler Teil		

Übersicht über die Dimensionen des Euromoduls

tugals und Spaniens nachgewiesen. In den Bereichen Einkommen, soziale Absicherung und Lebenszufriedenheit konnten diese sogenannten „Kohäsionsländer“ gegenüber den reicheren Kernländern der EU überwiegend aufholen.

Eine alles in allem positive Entwicklung ist auch für die kommenden Beitrittsländer zu erwarten. Darauf verweisen Ergebnisse des Projekts „Wohlfahrtsentwicklung in Beitrittsländern zur Europäischen Union“ (Delhey, Habich, Zapf), das von der Fritz Thyssen Stiftung in den Jahren 2001/2002 gefördert wird. Vornehmlich auf der Grundlage der Daten des Euromoduls wird die Wohlfahrtsentwicklung in potentiellen Beitrittsländern zur Europäischen Union untersucht: Slowenien, Ungarn und die Türkei im Vergleich zu Deutschland und Spanien als EU-Referenzländer mit unterschiedlichem Modernisierungsgrad.

Von Interesse ist erstens, wo die Beitrittsländer im Niveau der Lebensbedingungen in zentralen Wohlfahrtsdimensionen (Wohnen, Lebensstandard, Einkommen, Gesundheit, Umwelt und Sicherheit, Arbeit und Bildung, soziale Beziehungen) im Vergleich zu Deutschland und Spanien stehen. Zweitens, welche Lebensbereiche sich besonders stark auf das subjektive Wohlbefinden auswirken. Und drittens, wie vor dem Hintergrund ungleicher Lebensbedingungen die Qualität der Gesellschaft und ihrer zentralen Institutionen, beispielsweise der demokratischen Einrichtungen, wahrgenommen wird.

Die Ergebnisse geben Aufschluß darüber, wie groß der Wohlfahrtsrückstand der Erweiterungsländer zur EU ist (im Sinne einer Nullmessung) und welche Schwerpunkte beim sozialen Integrationsprozeß zu setzen sind. Das Projekt soll ein Beitrag zu einer sozialen Evaluierungsforschung der EU-Erweiterung sein, der mit den Ergebnissen politischer und wirtschaftlicher Evaluationsstudien verbunden werden soll.

Armut und Lebensstandard

Die Messung von Armut beschränkt sich im europäischen Zusammenhang längst nicht mehr auf das Einkommen als einzige Dimension. Das Konzept der relativen Deprivation zielt auf die Messung eines eingeschränkten Lebensstandards und orientiert sich am durchschnittlichen Versorgungsniveau verschiedener Bevölkerungsschichten. Die Definition eines notwendigen Lebensstandards wird in bevölkerungsrepräsentativen Umfragen erfaßt: Es wird erfragt, ob bestimmte Güter oder auch Aktivitäten zum alltäglichen Lebensstandard notwendigerweise dazugehören oder nicht. Dieses Konzept wurde in verschiedenen europäischen Ländern empirisch umgesetzt. Im Projekt „Armut und Lebensstandard im europäischen Vergleich“ werden für Irland, England, Schweden und Deutschland (Björn Halleröd, David Gordon, Christopher Whelan, Petra Böhnke, Roland Habich) die vorhandenen nationalen Datensätze harmonisiert, um vergleichende Analysen durchführen zu können.

Ausgehend von der sozialpolitischen Diskussion um Armut und soziale Ausgrenzung auf europäischer Ebene geht es zum einen um den Zusammenhang von Wohlfahrt und Armut, zum anderen um methodische Aspekte der Messung von Armut und Lebensstandard. Auf der Grundlage der Euromodul-Daten wurde beispielsweise das Zusammenspiel von materiellem Lebensstandard und sozialer Teilhabe in Ungarn, Spanien und Deutschland vergleichend analysiert. Die drei Länder unterscheiden sich in ihren sozialen Sicherungssystemen ebenso wie in ihrem Wohlfahrtsniveau. Vergleichsprozesse und Unterstützung durch soziale Netzwerke sind zwei entscheidende Faktoren, die das Risiko sozialer Ausgrenzung wesentlich beeinflussen (Böhnke 2001b).

Osteuropa

Der unerwartete politische und wirtschaftliche Umbruch in Osteuropa hat auch die gesellschaftliche Schichtung und die soziale Ungleichheit drastisch verändert. Der Systemwechsel hat zu großer Unzufriedenheit über die zunehmende soziale Ungleichheit in der Bevölkerung in allen Transformationsgesellschaften geführt. Doch trotz dieser Unzufriedenheit gibt es nur bei einer Minderheit den Wunsch nach einem „Zurück“ zum Sozialismus. Dies sind zentrale Ergebnisse der Dissertation „Osteuropa zwischen Marx und Markt – Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein nach dem Kommunismus“ (Delhey 2001).

Mit Daten vornehmlich des International Social Survey Programme (ISSP) von 1987 und 1992 wurde

der Wandel sozialer Ungleichheit und die Dynamik der entsprechenden Einstellungen der Bevölkerung in sieben Reformstaaten Osteuropas untersucht: in Bulgarien, Polen, Slowenien, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Ostdeutschland. Die Untersuchung hat vier Vergleichsebenen: Einstellungswandel im Zuge des Systemwechsels, Vergleich der Transformationsländer, Ost-West-Vergleich und innergesellschaftlicher Konsens in den Transformationsländern.

Ein einheitliches postsozialistisches Einstellungsmuster besteht insbesondere in den großen Erwartungen an den Staat, Ungleichheit abzubauen und soziale Leistungen zu erbringen – diese Erwartungen sind nach wie vor höher als in Westeuropa. Eine Ausnahme sind die Modernisierungsgewinner und Bildungseliten in den Transformationsgesellschaften, die deutlich mehr „Markt" wollen als die staatsorientierten mittleren und unteren Bildungsschichten. Dies ist ein Indiz für die zu beobachtende Abkopplung der Transformationseliten von der Masse der Bevölkerung.

Weitgehend parallel zur Unterstützung des Systemwechsels insgesamt finden sich in Tschechien eher affirmative Einstellungen gegenüber Schichtung und Ungleichheit, in Bulgarien sehr kritische. Ein Zusammenhang besteht hier mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nach 1989 und der Modernisierungsbilanz des sozialistischen Regimes. Die Einstellungen der Ostdeutschen werden erkennbar durch die Vereinigung beeinflußt, mit positiver (Beispiel Wohlfahrtsentwicklung), aber auch mit negativer Wirkung (Beispiel Verteilungskonflikte zwischen West- und Ostdeutschland). Im internationalen Vergleich sind sich die Deutschen in Ost und West in ihren Haltungen zu Ungleichheit und Gerechtigkeit aber durchaus ähnlich – ähnlicher, als die vielen rein deutsch-deutschen Vergleiche vermuten lassen, die primär die Unterschiede betonen.

Konferenz in Prag

Wie weit sind die ostmitteleuropäischen Gesellschaften auf dem Weg der Transformation vorangekommen? Lassen sich die Entwicklungen seit 1989 als Prozesse der Modernisierung beschreiben? Dies waren zwei Hauptfragen, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Polen, der Slowakei, Tschechien, Ungarn und Deutschland mit weiteren Transformationsforschern auf einer international besetzten WZB-Konferenz vom 11. bis 13. Mai 2001 in Prag diskutierten. Die Konferenz war Teil der seit 1996 bestehenden Kooperation zwischen dem WZB und der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Sie wurde von Mitgliedern der Abteilung in Zusammenarbeit mit den Kollegen in Prag organisiert.

Die Konferenz ging auf eine Initiative von Pavel Machonin vom Institut für Soziologie der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Wladyslaw Adamski vom Institut für Philosophie und Soziologie der Polnischen Akademie der Wissenschaften und Wolfgang Zapf zurück. Ausgedehnt wurde die Kooperation auf Ungarn und die Slowakei. Finanziell gefördert wurde die Veranstaltung durch die Volkswagen-Stiftung. Die Wissenschaftler der fünf beteiligten Länder erstellten im Vorfeld umfangreiche Länderberichte über die gesellschaftliche Entwicklung der letzten zehn Jahre, die auf der Konferenz diskutiert wurden. Diese „National Reports" sind im Internet verfügbar: http://www.soc.cas.cz/sou/akce/20010511_papers.htm. Experten aus verschiedenen west- und osteuropäischen Ländern kommentierten die Länderberichte.

Aus der Perspektive der Modernisierungstheorie ergibt sich für die ostmitteleuropäischen Gesellschaften eine (bislang) gemischte Bilanz. Einige Entwicklungen laufen entlang der erwarteten Linien, andere lassen sich nur schwer mit der Idee von „gesellschaftlicher Modernisierung" in Einklang bringen. Die Konferenzteilnehmer waren aber überwiegend der Ansicht, daß viele der gegenwärtigen Probleme Übergangsprobleme seien.

Kurzfassungen der „National Reports" und der Kommentare sind bereits als Sondernummer der polnischen Zeitschrift Sisyphus mit dem Titel „Structural Changes and Modernization in Postsocialist Societies" (Vol. XV/2001, edited by Adamski, Machonin, Zapf) erschienen. Eine umfangreichere Konferenzdokumentation in tschechischer Sprache, finanziell unterstützt von der Friedrich Ebert Stiftung, liegt ebenfalls vor (Adamski/Machonin/Zapf 2001b). Eine Buchpublikation in englischer Sprache wird folgen. Die Bedeutung der Konferenzbeiträge für andere osteu-

ropäische Transformationsgesellschaften kann daran abgelesen werden, daß Zusammenfassungen der Berichte auch als Sondernummer einer russischen Zeitschrift erscheinen.

Dritter Sektor

Ein weiteres Forschungsfeld, das innerhalb der Abteilung bearbeitet wurde und im theoretischen Rahmen der Wohlfahrtsproduktion verankert ist, befaßt sich mit dem Dritten Sektor und den ihn konstituierenden Nonprofit-Organisationen (z.B. Vereine, Verbände, Stiftungen und gemeinnützige GmbHs, Umweltschutzgruppen, staatsbürgerliche Vereinigungen, Wirtschafts- und Berufsverbände sowie Gewerkschaften). Sie gehören neben dem Staat, den Unternehmen des Marktes und den privaten Haushalten zu den wichtigsten Wohlfahrtsproduzenten moderner Gesellschaften. Trotz der gestiegenen Aufmerksamkeit und der hohen Erwartungen, die diesem zwischen Staat und Markt angesiedelten Bereich entgegengebracht werden, standen bislang kaum empirisch gesicherte Strukturdaten über ihn zur Verfügung. Durch die Mitarbeit der Abteilung an einem internationalen Vergleichsprojekt konnten hier bedeutende Verbesserungen erreicht werden.

Die empirischen Forschungsarbeiten im Rahmen des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project endeten 1999. Danach stand die weitere Auswertung der erhobenen Daten im Rahmen der deutschen Teilstudie im Mittelpunkt der Arbeiten zum Dritten Sektor (Eckhard Priller). Die bisherige Zusammenarbeit mit der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Annette Zimmer), der London School of Economics and Political Science, dem Centre for Civil Society (Helmut K. Anheier) und der Johns Hopkins University (Lester M. Salamon) wurde fortgesetzt.

Nicht zuletzt externe Anfragen und Anforderungen verweisen auf die zunehmende Bedeutung des Themas. Ergebnisse der Forschung fanden Niederschlag in Expertisen und Gutachten, unter anderem für die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Einen besonderen Stellenwert kamen dabei Aussagen zu den Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland zu.

In der Buchpublikation „Der Dritte Sektor international: mehr Markt – weniger Staat?" (Priller/Zimmer 2001) werden aus der international vergleichenden Perspektive vor allem quantitative Länderprofile erstellt, Entwicklungstendenzen in ausgewählten europäischen Ländern aufgezeigt sowie aktuelle Probleme und Schwierigkeiten der Nonprofit-Organisationen diskutiert. Die quantitativen Analysen zeigen, daß sich die Organisationen zunehmend am Markt orientieren und ihre Funktion als Dienstleister im Wohlfahrtsmix ausbauen. Hierdurch und durch knapper werdende öffentliche Mittel werden sie zwar „staatsunabhängiger", gleichzeitig richten sich ihr internes Management und ihre Arbeitsweise aber stärker an den Wirtschaftsunternehmen aus.

Aus den Daten zur quantitativen Entwicklung unter Berücksichtigung der sich verändernden Rahmenbedingungen wird in „Der Dritte Sektor: Wachstum und Wandel – Aktuelle deutsche Trends" (Priller/Zimmer 2001) eine Trendanalyse für den deutschen Dritten Sektors vorgenommen. Vor dem Hintergrund der Deregulierungspolitik der Europäischen Union gerät die privilegierte Position von Teilen des deutschen Dritten Sektors – vor allem den Organisationen im Bereich des Gesundheitswesens und der Sozialen Dienste – in Gefahr.

Die gegenwärtige starke staatliche Subventionierung (staatliche Fördermittel, Steuerbefreiung, Zuwendungen) steht im Widerspruch zur marktorientierten Logik der Europäischen Union, die von gleichen Marktchancen für alle Anbieter von Dienstleistungen ausgeht. Zunehmen wird künftig die Bedeutung des Dritten Sektors im Hinblick auf seine Funktionen der Interessenartikulierung, der Partizipation und Integration. Die Organisationsdichte von Sport-, Kultur-, Hobby- und Freizeitorganisationen wird deshalb ebenso zunehmen wie die Inanspruchnahme sogenannter Themenanwälte in den Bereichen Umwelt und internationale Aktivitäten.

Nachdem in der international vergleichenden Forschung vor allem der Dritte Sektor in seiner ökonomischen Struktur erfaßt wurde, richtete sich der Schwerpunkt der Forschung seit 2000 auf die Untersuchung seines Stellenwerts für die Zivilgesellschaft. Neben den inneren Strukturen und Wir-

kungsmechanismen der Organisationen steht das Engagement der Bürger in den Organisationen des Dritten Sektors besonders im Zentrum der Aufmerksamkeit. In diesen Organisationen erfolgt rund 80 Prozent des bürgerschaftlichen Engagements der deutschen Bevölkerung. Gleichzeitig ist das Engagement der Bürger durch starke Veränderungen gekennzeichnet. So findet immer deutlicher eine Hinwendung zu einem zeitlich begrenzten Engagement in den einzelnen Organisationen sowie eine Hinwendung zu projektgebundenen Aktivitäten statt. Dabei wird die Verbindung zwischen dem Eintreten für gesellschaftliche Anliegen mittels der Tätigkeit in Organisationen und der Verfolgung individueller Motive und spezieller Interessen enger.

Im Jahr 2001 wurde das von der Robert-Bosch-Stiftung geförderte, unter Leitung von Annette Zimmer (Universität Münster) und Eckhard Priller (WZB) bis 2003 laufende interdisziplinäre Forschungsprojekt „Future of Civil Society" (focs) begonnen. Die Ergebnisse sollen in Form eines Lehrbuchs praxisrelevantes Wissen für Dozenten, Studierende, Mitarbeiter und ehrenamtlich Tätige in gemeinnützigen Organisationen in Zentraleuropa bereitstellen und gleichzeitig ein Netzwerk europäischer Dritte-Sektor-Forschung knüpfen.

Ein erstes Treffen der rund 30 beteiligten Wissenschaftler aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Österreich und Deutschland fand am 27. und 28. Juli 2001 am WZB statt. In der Ausrichtung konzentriert sich das Vorhaben auf die Aufdeckung von historischen Hintergründen und Entwicklungen des Dritten Sektors in Zentraleuropa, auf die differenzierte Darstellung gegenwärtiger Länderprofile und die Bereitstellung von Basiswissen in den Bereichen Personalmanagement, Finanzierung, Marketing, Fundraising, Öffentlichkeitsarbeit, Konflikt- und Innovationsmanagement.

Wohnen und Mobilität

Die Analyse der Entwicklung der Wohnverhältnisse (Wilhelm Hinrichs) ist integraler Bestandteil der Forschungsarbeiten der Abteilung zum Sozialstaat und zur Wohlfahrt seiner Bürger. Jenseits von Unterschieden in Standard und Kosten für das Wohnen, die noch zwischen Ost- und Westdeutschland zu registrieren sind (Hinrichs 2000), nimmt Deutschland in der Wohnungsversorgung innerhalb Westeuropas eine gute Mittelposition ein. Erreicht wurde dieses Ergebnis, indem der Sozialstaat das Wohnen für breite soziale Schichten subventionierte. Nationale Entwicklungen (Altersentwicklung der Bevölkerung, anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und hohe finanzielle Belastung des Staatshaushalts) und Einflüsse der Internationalisierung (Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Standortwettbewerb der Kommunen) zwingen zu neuen sozialstaatlichen Konzepten der Wohnungsversorgung.

Internationale Vergleiche zeigen, daß das Niveau der Wohnungsversorgung innerhalb eines Landes durch die spezielle Kombination von drei Elementen bestimmt wird, „Strukturierung des Wohnungsmarktes", „Bereitstellung öffentlicher Mittel" und „Einbeziehung der Bürger und Kommunen". Vor diesem Hintergrund deutet sich ein klarer Paradigmenwechsel in Deutschland an. Das bislang praktizierte und historisch bewährte dynamische Steuerungs-Mischmodell, das Markt- und Politikelemente kombiniert, bedarf der Neujustierung. Staatliche Intervention ist stärker notwendig zur Sicherung eines Segments preiswerter Mietwohnungen mit Grundstandard für tatsächlich sozial Bedürftige.

Für die mittleren und höheren Einkommensgruppen werden die Instrumente staatlicher Wohnungspolitik, einschließlich des Mietrechts, deutlicher auf eine Stärkung eigenverantwortlichen Handelns der Marktakteure – Anbieter wie Nachfrager – auszurichten

„Fast alle Deutschen fühlen sich in ihrer Wohnung wohl. Rund 90 Prozent der Westdeutschen sind laut einer Studie des Wissenschaftszentrums (WZB) für Sozialforschung mit ihrem Zuhause und der Umgebung ‚eher zufrieden'. Im Osten zeigten sich über 80 Prozent mit ihrem trauten Heim zufrieden. Das hohe Behagen/Ost führt das WZB vor allem auf die vielen modernisierten Wohnungen zurück und auf Anstrengungen, das Wohnumfeld zu verbessern."

die tageszeitung
6. April 2000

sein. Die gehobene Mittelschicht und die Oberschicht, die Zugang zum Eigentums- und gehobenen Mietwohnungsmarkt haben, bedürfen keiner sozialstaatlichen Wohnungsfürsorge. Für die breite Mittelschicht kann sich das assoziierte, zivilgesellschaftliche Handeln, etwa in Form der Wohnungsbaugenossenschaften, als ein wirksamer „dritter Weg" der Organisierung der Wohnungsversorgung in Deutschland erweisen.

Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik werden trotz Europäisierung Aufgaben der einzelnen Mitgliedsländer und ihrer innerstaatlichen Organe bleiben. Doch macht der im internationalen Wettbewerb gewachsene Stellenwert der städtischen Zentren für die Wohlfahrtsentwicklung der Bürger eine stärkere Dezentralisierung staatlicher Wohnungspolitik notwendig. Befugnisse und Verantwortung für Städtebau- und Wohnungsförderungsprogramme werden in größerem Ausmaß vom Bund auf Länder und Kommunen übergehen müssen (Hinrichs 2001).

Die Arbeiten zur regionalen Mobilität (Wilhelm Hinrichs) richteten sich in den Jahren 2000/2001 auf eine möglichst komplexe Erfassung und Analyse des sozialen Phänomens der räumlichen Mobilität: a) Residenzmobilität (deutsch-deutsche Wanderungen, Wohnsuburbansierung, Außenmigration), b) internationale Reisefreiheit sowie c) Alltagsmobilität innerhalb der Arbeits- und Freizeit. Die Ergebnisse belegen, daß Raumüberwindung und Raumnutzung von Individuen und Haushalten in Ostdeutschland während der Transformation sehr viel weniger als in der DDR strukturell eingeengt waren.

Für alle Mobilitätsformen haben sich die Optionen vervielfacht und die materiell-technischen Voraussetzungen erweitert und verbessert, wodurch die Ostdeutschen ihre Mobilität auch tatsächlich enorm erhöhten. Individuelle und haushaltsinterne Ressourcen und Restriktionen, die die Nutzung der gewonnenen Freizügigkeit letztlich bestimmen, sind jedoch sozialstrukturell sehr unterschiedlich verteilt, so daß die sozialen Gruppen am Wohlfahrtsgewinn, mit dem eine höhere räumliche Mobilität überwiegend einhergeht, unterschiedlich partizipieren konnten.

Lange Nacht der Wissenschaften

Sozialberichterstattung dient nicht zuletzt dem Ziel, die interessierte Öffentlichkeit über den Zustand und den Wandel der eigenen Gesellschaft „aufzuklären". Daß man die Daten der Wohlfahrtssurveys darauf bezogen auch „spielerisch" nutzen kann, hat die Abteilung im September 2001 mit ihrer Beteiligung an der „Langen Nacht der Wissenschaften" dokumentiert. Die Idee war, wesentliche Befunde über die nachhaltige Wirkung gesellschaftlicher Mechanismen auf die soziale Lage des Einzelnen so umzusetzen, daß die Besucher ohne weitere Vorkenntnisse und Erläuterungen in der Lage waren, dies nachzuvollziehen. Dies geschah in einer computergestützten kleinen Befragung der Teilnehmer, die auch aus dem Internet heruntergeladen werden kann (www.wz-berlin.de/sb). Dieses Spiel hatte den Titel „Lebensstandard-Test". Der Test bestand aus zwanzig Fragen aus dem Wohlfahrtssurvey. Mit diesem Test sollte vermittelt werden, welche sozialen Merkmale in unserer Gesellschaft mit darüber entscheiden, wo man sich in einer Hierarchie des Lebensstandards plaziert. Unter dem Titel „Wie gut lebt es sich eigentlich in Deutschland" und der Frage nach einem „angemessenen" Lebensstandard sollten die Teilnehmer über sich selbst Antwort geben. Am Schluß des Tests bekamen die Teilnehmer mitgeteilt, in welcher Position einer gesellschaftlichen Hierarchie sie sich befinden.

Konferenzen/ Kooperationen

Die Forschungsarbeiten der Abteilung stehen in vielfältigen nationalen und internationalen Beziehungen. Über Kooperationen wurde bereits im Zusammenhang mit den einzelnen Projekten informiert; nochmals zu nennen sind zwei internationale Konferenzen zum „Euromodul" und die Konferenz in Prag „Changes in Postsocialist Central Europe". Als Gastwissenschaftler waren Ruut Veenhoven (Rotterdam und Utrecht), Bernhard Schäfers (Karlsruhe), Zsolt Spéder (Budapest) und Ken Newton (Southampton) für längere Zeit in der Abteilung. Stipendien für die U.S.A. und für Großbritannien erhielten Jan Delhey und Petra Böhnke. Tagungen und Konferenzen wurden organisiert unter anderem mit der Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie („Reichtum in Deutschland"), dem Centre for Civil Society London („Beschäftigung im Dritten Sektor"), der Robert-Bosch-Stiftung („Future of Civil Society"), der Social Indicators Group der Interna-

tional Sociological Association („Rich and Poor"), der Panelgruppe am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung („4th International Panel Conference") sowie der Ungarischen Botschaft („Rudolf Andorka zu Ehren").

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung hielten im Berichtszeitraum über 60 Referate im In- und Ausland. Drittmittel wurden von der Fritz Thyssen Stiftung und von der Volkswagen-Stiftung eingeworben.

Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung"

Die Arbeitsgruppe ist aus der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" hervorgegangen, die mit der Emeritierung von Friedhelm Neidhardt zum Jahresende 2000 zu Ende gegangen ist. Die seit dem 1. Januar 2001 beim Präsidenten des WZB angesiedelte Arbeitsgruppe setzt teilweise neue inhaltliche und forschungsstrategische Akzente und knüpft zugleich an Themenstellungen und Arbeiten der vormaligen Abteilung an. In der Arbeitsgruppe werden Fragen der öffentlichen Meinungsbildung und Konfliktaustragung in demokratischen Systemen untersucht. Die Analysen sind longitudinal sowie länder- und themenvergleichend angelegt. Dabei werden drei Schwerpunkte gesetzt:

(1) Die Rolle von Mobilisierungen und massenmedialen Diskursen im politischen Prozeß

Politische Mobilisierungen, die sich teilweise auf diskursive Auseinandersetzungen beschränken, teilweise aber auch handlungspraktischen Charakter annehmen, sollen in ihren spezifischen Mustern sowie deren Entstehungsbedingungen und Wirkungen vergleichend untersucht werden. Dies geschieht in Erweiterung bzw. Fortsetzung laufender Projekte, die sich bestimmten Akteursklassen (z.B. Medien, Verbände), Aktionsformen (z.B. Protest) und/oder Issues und Policyfeldern (z.B. Migration) zuwenden. Ein besonderes Augenmerk gilt den locker organisierten Akteuren der „politischen Peripherie" (Bürgerinitiativen, Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen) und den Bedingungen, unter denen sie einer „Demokratie von unten" Geltung verschaffen könnten.

(2) Europäisierung von Öffentlichkeit und politischen Konflikten

Angesichts der Supranationalisierung politischer Entscheidungskompetenzen in Europa stellt sich die Frage, wie dieser Prozeß mit den Repräsentations- und Partizipationsbedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen in Einklang gebracht werden kann. Dies wird in

der einschlägigen Literatur unter dem Stichwort Demokratiedefizit und der Diagnose eines weitgehenden Fehlens einer europäischen Öffentlichkeit und europäischen Identität diskutiert. Damit verbundene Probleme sollen an politischen Prozessen und deren Strukturen exemplarisch und vergleichend untersucht werden. Zwei Untersuchungsthemen stehen hierbei im Vordergrund. Erstens werden die angesprochenen Prozesse anhand eines Konzepts von „Issuekarrieren" auf Zusammenhänge zwischen mehreren Handlungsebenen bezogen, unter Berücksichtigung der beteiligten Akteure und der sie einbindenden Netzwerke. Untersucht werden sollen Konfliktthemen, die auf der Ebene der Europäischen Union entschieden werden. Allerdings steht dabei nicht die „Europäische Politik", sondern die „Europäisierung nationalstaatlicher Politik" einschließlich deren Rückwirkung auf nationale Strukturen und Institutionen im Mittelpunkt. Zweitens wird gefragt, ob sich mit der Supranationalisierung von Fachpolitiken auch eine Konvergenz von auf Europa gerichteten Vorstellungen und Erwartungen im öffentlichen Diskurs und speziell unter den Akteuren des intermediären Systems abzeichnet. Eine derartige Entwicklung könnte die Voraussetzungen für eine gemeinsame europäische Identität verbessern, dürfte aber auch bestimmte Abgrenzungen nach außen (z.B. U.S.A., Rußland, islamische Welt) und nach innen (z.B. gegenüber Migranten) mit sich bringen.

(3) Funktionen und Bedingungen der Zivilgesellschaft

Analysen und Ergebnisse aus den beiden genannten Problemfeldern, aber auch eigenständige Projekte in diesem dritten Bereich sollen in Studien zu den partizipatorischen und legitimatorischen Funktionsbedingungen der Zivilgesellschaft einmünden. Hierbei geht es um den generellen Beitrag, den Öffentlichkeit und die auf öffentliche Wirkung und politischen Druck bedachten zivilgesellschaftlichen Akteure (einschließlich der Medien) für die Stabilität oder Instabilität eines demokratischen Systems leisten. Diese Frage stellt sich sowohl auf der Ebene einzelner Nationalstaaten, die sich hinsichtlich ihrer Ausprägungen von Öffentlichkeit und zivilgesellschaftlichen Akteuren deutlich unterscheiden, als auch für die Europäische Union.

Die drei genannten Schwerpunkte werden in einer Reihe von Projekten bearbeitet. Eine besondere inhaltliche und verstärkt policy-bezogene Aufmerksamkeit gilt dabei den Themen Migration und Staatsbürgerschaft, die sowohl mit Fragen der nationalstaatlichen politischen Integration als auch mit der Supranationalisierung von Gesellschaft und Politik in engem Zusammenhang stehen. Daher sind sie besonders geeignet, um Querverbindungen zwischen einzelnen theoretischen Fragestellungen nach den Bedingungen und Effekten von politischer Mobilisierung einerseits und den Formen öffentlicher Konfliktaustragung andererseits herzustellen.

Soziale Bewegungen und politische Mobilisierung

Die bereits länger laufenden Arbeiten in diesem Themenbereich wurden teilweise fortgeführt, teilweise auch um neue Vorhaben erweitert. Neben überwiegend projektbezogenen Analysen wurden auch mehrere Aufsätze verfaßt, die sich einigen Grundfragen der politischen Soziologie sowie der Soziologie von Bewegungen und Protest widmen (Rucht 2000b, c, d, 2001b, d, e; Rucht/Neidhardt 2001).

PRODAT

Das 1992 begonnene Projekt PRODAT („Dokumentation und Analyse von Protestereignissen in der Bundesrepublik") beruht auf einer Inhaltsanalyse von Presseberichten über Protestereignisse seit 1950. Gefragt wird vor allem nach Zeiten, Orten, Akteuren, Protestthemen und -formen sowie Prozeßmerkmalen. Der ursprünglich für dieses Projekt vorgesehene Erhebungszeitraum wurde sukzessive ausgedehnt, so daß nun eine Zeitreihe von 1950 bis einschließlich 1996 mit rund 14.000 Protestereignissen vorliegt. Die Arbeiten verlagerten sich von der Datenerfassung auf die Datenanalyse.

In Verbindung mit dem Projekt und unter Nutzung der Daten wurden zwei Dissertationen abgeschlossen. Susann Burchardt (2001) konzentriert sich auf den Vergleich von Protesten in West- und Ostdeutschland und sucht deren Spezifik durch unterschiedliche Arten und Ausmaße von Deprivation (gemessen anhand von Meinungsumfragen) sowie Mobilisierungsstrukturen (gemessen anhand von Gruppenbefragungen und vorhandenen Statistiken)

zu erklären. Die Dissertation von Peter Hocke (2000) wird für eine Buchpublikation vorbereitet. Hocke überprüft einerseits Nachrichtenwerttheorien anhand des Protestgeschehens in Freiburg/Br. zwischen 1983 und 1989 unter Nutzung verschiedener Datentypen. Zum anderen untersucht er die Selektivität der Prodat-Kerndatei. Weiterhin sind aus dem Zusammenhang von PRODAT ein Sammelband (Rucht 2001a) sowie eine Reihe zusätzlicher Aufsätze hervorgegangen (Rucht 2000e, g).

Eines der auffälligsten Ergebnisse des Projekts ist, daß die durchschnittliche Protestneigung ebenso wie der Anteil gewaltförmiger Proteste seit 1950 bis hin zur jüngsten Erhebungsphase zugenommen hat. Gestiegen ist auch der Anteil eher informeller Protestträger (Bewegungsgruppen und Bürgerinitiativen) im Vergleich zum Anteil protestaktiver Verbände und Parteien. Im Verlauf der Untersuchungsperiode haben sich die Themen der Protestereignisse erheblich verändert.

In den U.S.A. wird durch Kollegen eine zu PRODAT analoge Datenerhebung durchgeführt. Komparative Analysen sind geplant, die sowohl die Einflußfaktoren auf Protest als auch die Auswirkungen von Protest untersuchen. Professor Jesus Casquete (Universität des Baskenlandes, Bilbao), Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung, ist seit Herbst 2001 Gast der Arbeitsgruppe. Unter anderem bereitet er in Anlehnung an PRODAT eine Studie zu Protesten im Baskenland vor.

TEA-Projekt

Im Rahmen des 1998 begonnenen Projekts „Transformation of Environmental Activism“ (TEA-Projekt), einer ländervergleichenden Studie zu Umweltbewegungen in sieben Staaten der EU, wurden die Datenerhebungen zur deutschen Teilstudie abgeschlossen und ein Teil der Datenanalysen durchgeführt. Ergebnisse zum deutschen Untersuchungsteil wurden von Dieter Rucht und Jochen Roose auf mehreren internationalen und nationalen Konferenzen vorgetragen und teilweise auch publiziert (Rucht/Roose 2001a, b, c).

Ein herausragendes Charakteristikum der Umweltkonflikte in der Bundesrepublik ist das anhaltend große Gewicht von Anti-Atomkraftprotesten, die in

Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Dr. Christiane Eilders (1996–2000, ab 2001 Gast mit Habilitations-Stipendium)	2001
Diplom-Politologin Jessica Erbe	2001
Diplom-Sozialwissenschaftler Christian Galonska	1998
Dr. Ruud Koopmans	1994
Konstanza Prinzessin zu Löwenstein[1]	1978
Dr. Norbert Pütter[2]	1999
Professor Dr. Dieter Rucht (beurlaubt 1998–2000)	1988
Tobias Schlecht	2001
Nadine Schmidt	2001
Cornelia Vetter	1991
Barbara Wennemer-Abée[1]	2000
Mundo Yang	2001
Diplom-Soziologin Ann Zimmermann	2001
Ausgeschiedenes Personal[3]	2000–2001
Claudia Daheim	1999–2000
Martin Eisend M.A.	1998–2000
Dr. Peter Hocke (2000 Gast der Abteilung)	1991–1999
Tobias Köhler M.A.	1998–2000
Diplom-Politologe Albrecht Lüter	1998–2000
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt[4]	1988–2001
Professor Dr. Barbara Pfetsch	1994–2001
Diplom-Soziologe Jochen Roose	1998–2001
Diplom-Sozialwissenschaftler Mark Weider	1998–2000
Ute-Marie Yu[1]	1978–2000
Annika Zorn	1998–2001

1 für den gesamten Schwerpunkt tätig
2 Kooperationsvertrag mit der Freien Universität Berlin
3 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB
4 ab 2001 Gast der Arbeitsgruppe

der Phase von 1988 bis 1997 mit einem Anteil von rund 50 Prozent zu Buche schlagen. Die aus dem Projekt hervorgegangene Dissertation von Jochen Roose wurde zum Jahresende 2001 abgeschlossen. Er untersucht, ob und wie britische und deutsche Umweltgruppen verschiedene EU-Institutionen als eine „Gelegenheitsstruktur" für ihre Anliegen nutzen.

Die Ergebnisse des Gesamtprojekts werden in verschiedenen Sammelbänden vorgestellt werden. Ein erster, bei Oxford University Press erscheinender Band wird auf Protestereignisanalysen beruhen. Hier zeigt sich, daß die Muster des Protests in den untersuchten Ländern extrem variieren und sich kaum übergreifende Gemeinsamkeiten feststellen lassen. Weitere komparative Studien werden sich den Umweltorganisationen sowie der Dynamik ausgewählter Umweltkonflikte widmen.

„Seattle"

Transnationale Mobilisierungen, wie sie mit den Protesten in Seattle 1999 und Genua 2001 verbunden sind, bilden einen neuen Themenschwerpunkt der Arbeitsgruppe. Hierzu wurden Beiträge publiziert, die sich mit der Geschichte transnationaler Mobilisierungen (Rucht 2001f), gegenwärtigen Mobilisierungen (2001k, h) und deren massenmedialer Resonanz befassen (2001b, j). Eine quantitative Inhaltsanalyse der deutschen Zeitungsberichte zu ausgewählten Protestkampagnen (Seattle, Prag, Genua) wurde begonnen und wird – in Zusammenarbeit mit Jackie Smith (USA) – auch auf andere Ländern ausgedehnt werden.

Auf der Basis einer 1998 am WZB durchgeführten internationalen Tagung zum Thema „Jugendkulturen, Politik und Protest" wurde ein gleichnamiger Sammelband herausgegeben (Roth/Rucht 2000), in dem auch Beiträge der Herausgeber enthalten sind (Roth/Rucht 2000b; Rucht/Roth 2000).

Öffentliche Meinung und politische Kommunikation

Der Einfluß der Öffentlichkeit auf politische Entscheidungsprozesse, mit denen kollektive Probleme bearbeitet werden, erfolgt unter bestimmten Bedingungen über die Entstehung und Vermittlung dessen, was „öffentliche Meinung" genannt wird. Theoretisch macht dieser unklar und widersprüchlich gebrauchte Begriff nur dann Sinn, wenn er von dem demoskopisch erhobenen, statistischen Aggregat von „Bevölkerungsmeinung" systematisch abgegrenzt wird.

Öffentliche Meinung entsteht dann, wenn in öffentlichen Kommunikationen – wahrnehmbar vor allem über Massenmedien – zu bestimmten Themen eine relativ starke Konsonanz von Meinungsäußerungen entsteht. Die Frage, unter welchen Bedingungen zu welchen Themen in der Öffentlichkeit eine Übereinstimmung von Meinungsäußerungen entsteht und welche Wirkung dies unter welchen Bedingungen auf politische Prozesse ausübt, wurde bisher wissenschaftlich kaum untersucht.

Pressekommentare

In der Abteilung wurden in mehreren Projekten Grundprozesse öffentlicher Meinungsbildung untersucht und Ansätze einer Theorie der Öffentlichkeit entwickelt. Für empirisch gehaltvolle Aussagen mußte eine valide und zuverlässige Messung „öffentlicher Meinung" entwickelt werden. Dies geschieht durch ein Vorhaben, das seit 1996 von Christiane Eilders zusammen mit Friedhelm Neidhardt und Barbara Pfetsch unter dem Titel „Die Stimme der Medien im politischen Prozeß: Themen und Meinungen in

Pressekommentaren“ bearbeitet wird und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziell gefördert wurde (Eilders 2000a, b, c). Der Abschlußbericht wurde im Mai 2001 fertiggestellt (Neidhardt/Eilders/Pfetsch 2001). Eine gemeinsame Buchpublikation ist für Ende 2002 vorgesehen.

Pressekommentare liefern instruktive Indikatoren für den eigenständigen Beitrag der Medien zur öffentlichen Meinungsbildung und zum politischen Agenda-Setting. Im Mittelpunkt des Interesses steht die Gesamtheit von Themen und Meinungen im Mediensystem, insbesondere der Umfang von Übereinstimmungen mehrerer Medien hinsichtlich ihrer Themen (Fokussierung) und der Meinungen zu diesen Themen (Konsonanz). Es wird angenommen, daß die Wahrscheinlichkeit der politischen Resonanzerzeugung im Ausmaß der in Kommentaren meßbaren Fokussierungen und Konsonanzen im Mediensystem steigt.

Die Ergebnisse einer Inhaltsanalyse von Kommentaren überregionaler Tageszeitungen zwischen 1994 und 1998 zeigen eine hohe Aufmerksamkeit für Strukturen und Prozesse von Politik in Verknüpfung mit einigen wenigen herausragenden politikbereichsspezifischen Themen. Kommentare bieten offenbar Gelegenheit, bestimmte policy-Themen – vor allem die „harten“ Politikbereiche wie internationale Beziehungen, Arbeit, Wirtschaft und Recht – mit einer grundsätzlicheren Diskussion von politics- und polity-Themen zu verknüpfen.

Obwohl sich in den Häufigkeiten, mit denen in den Kommentaren bestimmte politische Themen behandelt wurden, zeitungsspezifische Präferenzen ausdrücken, entsteht insgesamt ein Bild hoher Übereinstimmungen auf der Themenebene. Auch die Auswahl der in den Kommentaren genannten Akteure zeigt ein hohes Maß an zeitungsübergreifender Übereinstimmung.

Deutlich weniger Einhelligkeit besteht bei der Beurteilung dieser Akteure sowie bei den Positionen der Zeitungen zu politischen Handlungsoptionen; hier schlagen parteispezifische Präferenzen nach einem Muster durch, das in der Medienforschung schon häufiger ermittelt wurde. Die Kommentierung im Zeitungsspektrum stellt sich als ein Diskurs dar, der auf ein überschaubares, von klassischen Politikbereichen bestimmtes Themenspektrum fokussiert ist und in mehreren Bereichen deutlich von Kontroversen zwischen rechtem und linkem publizistischen Spektrum geprägt wird.

Um die wechselseitigen Einflüsse zwischen Medien- und Politikagenda und die spezifischen Bedingungen einer Resonanzerzeugung im politischen System zu untersuchen, wurde die Kommentaragenda mit der politischen Agenda – wie sie in Parteiprogrammen, Regierungserklärungen und Parlamentsdokumenten zum Ausdruck kommt – verglichen. Parteiprogramme und Regierungserklärungen lagen für den Untersuchungszeitraum bereits in Gestalt inhaltsanalytisch aufbereiteter Daten aus dem Projekt „Party-Manifesto“ der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ vor. Für die Erfassung der Parlamentsdokumente wurden eigene Inhaltsanalysen durchgeführt. Obgleich ein strenger Kausalnachweis der genauen Einflußmechanismen zwischen Medien und politischem System noch aussteht, konnte eine beträchtliche Parallelität der beiden Agenden gezeigt werden. Es ist zu vermuten, daß hier komplexe Wechselwirkungen vorliegen, denen in weiteren Analysen auf den Grund gegangen werden soll.

Regierungskommunikation

Die Professionalisierungstendenzen bei der Generierung öffentlicher Meinungen werden von Barbara Pfetsch bearbeitet. Mit dem Projekt „Regierungskommunikation – Eine vergleichende Studie politischer Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland und den U.S.A.“ untersucht sie die im Regierungsbereich ausdifferenzierten Kontaktstellen politischer Öffentlichkeitsarbeit, die an der Grenze zwischen politischem System und Mediensystem das Management des Informationsaustauschs unternehmen. Dem Projekt liegt die Annahme zugrunde, daß das politische Kommunikationssystem an der Grenzstelle von Politik und Öffentlichkeit mit der Herausbildung eines spezifischen Milieus verbunden ist, das als politische Kommunikationskultur eines Landes empirisch beschrieben werden kann.

Darüber hinaus wird angenommen, daß die Ausgestaltung der politischen Kommunikationskultur durch die strukturellen Kontexte der politischen

Kommunikation, d.h. die Rahmenbedingungen des politischen bzw. des Regierungssystems (präsidentielles vs. parlamentarisches Regierungssystem), und denen des Mediensystems (kommerzielles vs. duales Mediensystem) geprägt ist. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die These, daß die vorherrschende politische Kommunikationskultur eines Landes wesentlich dazu beiträgt, wie das politische Agenda-Building verläuft und wie Themen öffentlich kommuniziert und verarbeitet werden.

Gegenstand des Projekts ist die Analyse der politischen Kommunikationskultur, d.h. die Orientierungen politischer Sprecher im Regierungssystem und von Journalisten in unterschiedlichen nationalen Kontexten. Die für die Kommunikation von Politik relevanten Orientierungen beziehen sich auf vier Komplexe: (1) das politische Kommunikationssystem, insbesondere die politische Rolle der Massenmedien, (2) die öffentliche Meinung als Input der politischen Kommunikation, (3) die politische Öffentlichkeit als Output der Kommunikation sowie (4) die professionellen Selbstwahrnehmungen von Public Relations-Experten im Regierungssystem und von Journalisten in der Bundesrepublik Deutschland und in den U.S.A. Empirische Grundlage der Studie sind 112 halbstandardisierte Leitfadeninterviews mit (1) Sprechern und PR-Experten in der Regierung der Bundesrepublik und der U.S.A. und (2) mit Korrespondenten der wichtigsten nationalen Qualitätsmedien und Fernsehanstalten in Bonn/Berlin und Washington.

Die Auswertungen zu den akteursspezifischen Handlungsorientierungen und Bedeutungsmustern zeigen, daß die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und den U.S.A. bei der Interaktion von politischen Sprechern und Journalisten größer sind als die Gemeinsamkeiten. Die empirisch rekonstruierten Orientierungen der Akteure verweisen auf eine medienorientierte politische Kommunikationskultur in den U.S.A. und eine (partei-)politische Kommunikationskultur in der Bundesrepublik.

In den Jahren 2000 und 2001 wurden die Datenauswertung abgeschlossen und die Ergebnisse in verschiedenen Artikeln (Pfetsch 2001a, b) publiziert. Die theoretischen Überlegungen und Ergebnisse wurden zudem in einer Habilitationsschrift „Politische Kommunikationskultur“ zusammengefaßt, die im April 2001 beim Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin eingereicht wurde.

Demoskopie

Weitere Arbeiten von Barbara Pfetsch bezogen sich auf die Demoskopie, die sich zu einer wissensproduzierenden Branche eigener Art entwickelt hat. In einem Projekt werden repräsentative und „zielgruppen“-spezifisch differenzierte Bevölkerungsmeinungen erhoben, die zunehmend medienvermittelt anderen Akteuren als Orientierung für eigene Problemwahrnehmungen und Problembearbeitungen dienen.

Dabei stellt sich die Frage, welche Selektivitäten erzeugt werden und welche Effekte im Prozeß politischen Agenda-Buildings entstehen. Die bisherigen Überlegungen gingen im Berichtszeitraum in zwei Aufsätze ein, die von Max Kaase und Barbara Pfetsch (2000, 2001) gemeinsam publiziert wurden.

Abtreibungskonflikt

Das langjährige Projekt „Strukturen und Prozesse öffentlicher Meindungsbildung im Ländervergleich: Der Abtreibungskonflikt in den U.S.A. und der Bundesrepublik Deutschland“ wurde auf amerikanischer Seite von William A. Gamson (Boston College) und Myra Marx Ferree (University of Connecticut), auf deutscher Seite von Jürgen Gerhards (Universität Leipzig), Friedhelm Neidhardt und Dieter Rucht bearbeitet und ist nun abgeschlossen. Teilergebnisse wurden auf mehreren Konferenzen vorgestellt. Eine ausführliche Analyse wird in einem 2002 bei Cambridge University Press erscheinenden Buch vorgelegt werden. Einzelne Ergebnisse wurden in Aufsätzen veröffentlicht (Gerhards/Rucht 2000a).

Einer der bemerkenswertesten Befunde dieses Projekts ist die überaus dominante Rolle von Akteuren des politischen „Zentrums“ (Regierungen, Parteien, etablierte Großverbände) im öffentlichen Abtreibungsdiskurs in Deutschland. Dagegen spielen in den U.S.A. die Akteure der politischen „Peripherie“, darunter vor allem „Lebensschützer“ und feministische Gruppen, eine relativ gewichtige Rolle. Diese Unterschiede können vor allem auf die spezifischen kulturellen und politischen Gelegenheitsstrukturen,

jedoch nicht auf die unterschiedlichen Mediensysteme zurückgeführt werden.

Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung in Europa

Prozesse der Globalisierung und „Denationaliserung" stehen in zunehmendem Maße in einem Spannungsverhältnis zur nationalstaatlich organisierten Demokratie. Die Europäische Union stellt den am weitesten fortgeschrittenen Versuch dar, die (vor allem wirtschaftlichen) Globalisierungsprozesse über eine Transnationalisierung von politischen Entscheidungs- und Regulierungskompetenzen in den Griff zu bekommen. Werden Kompetenzen von der nationalstaatlichen auf die europäische Ebene verlagert, so entstehen jedoch neue Legitimitätsprobleme, die oft mit dem Begriff des „demokratischen Defizits" umrissen werden.

Während Entscheidungen immer häufiger auf europäischer Ebene getroffen werden, sind kollektive Identitäten, politische Beteiligung und öffentliche Meinungsbildung nach wie vor hauptsächlich auf nationaler Ebene angesiedelt. Dieses Spannungsverhältnis ist seit Anfang der 1990er Jahre immer deutlicher zutage getreten und zeigt sich auch in der rückläufigen Unterstützung für europäische Institutionen in den Eurobarometer-Umfragen und in der Ablehnung oder nur knappen Akzeptanz von europäischen Verträgen in den wenigen Fällen, in denen sie durch Volksabstimmungen ratifiziert werden mußten (z.B. Frankreich, Dänemark, Irland).

Europub-Projekt

Seit September 2001 wird diese Problematik im Rahmen des Projekts „The Transformation of Political Communication and Mobilisation in European Public Spheres" (EUROPUB) untersucht. Das von Ruud Koopmans koordinierte Projekt wird aus Mitteln des fünften Rahmenprogramms der Europäischen Kommission finanziert. In der Arbeitsgruppe wurden Jessica Erbe und Ann Zimmermann als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen sowie Tobias Schlecht als studentische Hilfskraft eingestellt. In der Vorbereitungsphase des Projekts waren Christian Schmidt-Wellenburg (2000) und Lena Ruthner (2001) als Praktikanten in der Arbeitsgruppe daran beteiligt. Das Forschungsvorhaben wird in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen in sieben europäischen Ländern durchgeführt.

Die Ursachen der Legitimitätsprobleme der EU liegen nicht in erster Linie in dem Fehlen vollständig ausgeprägter demokratischer Institutionen auf europäischer Ebene (z.B. eine nicht gewählte Kommission oder ein zu schwaches Europaparlament) oder in der prinzipiellen Unmöglichkeit, eine transnationale europäische Identität oder einen gemeinsamen Demos zu schaffen. Als problematisch gilt eher das Fehlen einer demokratischen Öffentlichkeit in Europa, die als Vermittlungsinstanz zwischen politischen Institutionen und Bürgern dienen und damit zur Responsivität und Legitimität des europäischen Politikprozesses beitragen und Partizipations- und Einflußchancen eröffnen könnte.

In dem Projekt werden Umfang und Formen europäisierter politischer Kommunikation und Mobilisierung auf drei Vergleichsebenen untersucht:

- in sieben Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, Niederlande, Schweiz) sowie auf der transnationalen europäischen Ebene,
- im Zeitverlauf von 1980 bis 2002,
- in sechs verschiedenen inhaltlichen Politikfeldern sowie in bezug auf das Thema Europäische Integration selbst. Die inhaltlichen Politikfelder wurden so ausgewählt, daß sie sich hinsichtlich der Kompetenzverteilung zwischen nationaler und europäischer Ebene systematisch unterscheiden: Agrarpolitik, Währungspolitik, Verteidigungspolitik, Migrationspolitik, Rentenpolitik sowie Bildungspolitik.

Angesichts der dürftigen empirischen Faktenlage sollen erst einmal sich zeigende Tendenzen einer Europäisierung politischer Kommunikation und Mobilisierung entlang der drei genannten Vergleichsdimensionen herausgearbeitet werden. Statt die Frage nach der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit mit einem einfachen „ja" oder „nein" zu beantworten, werden verschiedene Formen einer solchen Europäi-

sierung unterschieden, die einander nicht gegenseitig ausschließen, aber ebenso wenig logisch auseinander folgen:

(1) eine genuine Supranationalisierung politischer Kommunikation und Mobilisierung, etwa in Form europäischer Medien, Interessengruppen oder Protestkampagnen;

(2) eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten durch eine stärkere Fokussierung nationaler Medien und nationaler Akteure auf europäische Institutionen und Themen;

(3) eine durch wachsende Interdependenz bedingte zunehmende Diffusion von Themen, Strategien und Rahmungen zwischen den einzelnen nationalen Öffentlichkeiten der Mitgliedsstaaten;

(4) die Herausbildung einer neuen Konfliktlinie in nationalen Öffentlichkeiten zwischen Befürwortern und Gegnern der europäischen Integration oder zwischen Vertretern unterschiedlicher Vorstellungen von der „Finalität" des Einigungsprozesses. Im Unterschied zu Ansätzen, die Europäisierung vor allem als einen Prozeß immer größerer Konvergenz und des Konsenses begreifen, wird die – aus der Perspektive der historischen Entwicklung nationaler Öffentlichkeiten durchaus plausible – Möglichkeit einer Europäisierung durch Konflikt offengehalten.

Um die Befunde erklären zu können, wird einerseits auf Theorien aus der Bewegungsforschung (insbesondere politische Gelegenheitsstrukturen) und andererseits auf Theorien des „agenda building" sowie der Nachrichtenselektion durch Massenmedien zurückgegriffen. Empirisch stützt sich das Vorhaben auf eine Kombination verschiedener Methoden, wobei – wie in vielen anderen Projekten der Arbeitsgruppe – der Inhaltsanalyse von Medienquellen eine besondere Bedeutung zukommt. Bei der Analyse politischer Kommunikation und Mobilisierung stützt sich die Untersuchung auf die im Rahmen des MERCI-Projekts (siehe unten) entwickelte Methode der „political claims analysis".

Für die Analyse der eigenen Stimme der Medien werden darüber hinaus die Erfahrungen aus dem bereits erwähnten Projekt „Pressekommentare" berücksichtigt. Mit der zusätzlichen Untersuchung der politischen Kommunikation im Internet geht das EUROPUB-Projekt über die Auswertung traditioneller Medien hinaus. Dabei werden zum einen der Inhalt von relevanten Webseiten, zum anderen das Netzwerk der kommunikativen „flows" und „links" zwischen einzelnen Webseiten, insbesondere im transnationalen Raum, analysiert. Schließlich wird eine Reihe von teilweise standardisierten Interviews mit kollektiven Akteuren in den untersuchten Politikfeldern sowie mit Vertretern von Massenmedien durchgeführt.

Die geförderte Laufzeit des Projekts reicht bis September 2004. Eine Vorarbeit für das Projekt erschien im WZB-Jahrbuch 2000 (Neidhardt/Koopmans/Pfetsch 2000), eine ausführlichere Projektbeschreibung ist im Internet zugänglich (Koopmans/Statham 2001c).

Querschnittsthema: Zuwanderung, Integration und Fremdenfeindlichkeit

Die Wechselbeziehungen zwischen öffentlichen Diskursen und Protestmobilisierung, die diesbezüglichen Auswirkungen von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen sowie die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Strukturen für den demokratischen Prozeß werden exemplarisch im Rahmen des Themenkomplexes „Zuwanderung, Integration und Fremdenfeindlichkeit" in drei Forschungsprojekten untersucht.

Fünf Länder

In dem Projekt „Mobilisation on Ethnic Relations, Citizenship and Immigration" (MERCI) werden die unterschiedliche institutionelle Gestaltung und der öffentliche Diskurs bezüglich der Einwanderungs- und Integrationspolitik in fünf europäischen Ländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Schweiz) untersucht. Zusätzlich werden verschiedene Formen der Mobilisierung ethnischer Unterschiede (rechtsextreme und ausländerfeindliche Mobilisierung, antirassistische Mobilisierung und die Mobilisierung von Ausländern und ethnischen Minderheiten) verglichen.

Dabei stehen drei Fragen im Mittelpunkt: (1) Wie kann Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik integrationsfördernde Formen der Mobilisierung und Partizipation stimulieren und zur Eindämmung ausländerfeindlicher und fundamentalistischer Formen kollektiver Aktion beitragen? (2) Wie beeinflussen umgekehrt die verschiedenen Formen der Mobilisierung die offizielle Politik und den öffentlichen Diskurs zu den genannten Themen? (3) Wie wirken diese drei Formen der Mobilisierung aufeinander ein? Im Projekt werden Theorien aus der Literatur zu Ethnizität und Staatsbürgerschaft mit Erkenntnissen aus der Forschung zu sozialen Bewegungen und kollektiver Aktion kombiniert.

Die Primärdaten für die vergleichende Analyse wurden durch eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung zu dem angesprochenen Themenspektrum in den 1990er Jahren in nationalen Tageszeitungen in den untersuchten Ländern gewonnen. Die methodische Innovation des Projekts besteht darin, daß die inhaltsanalytische Erfassung öffentlicher Diskurse systematisch mit der in der Bewegungsforschung gängigen Methode der Protestereignisanalyse verbunden wird. Die Analyseeinheit bilden einzelne berichtete Handlungen, wobei sowohl verbale Aussagen und politische Entscheidungen als auch kollektive Proteste erfaßt werden. Die aus der Inhaltsanalyse gewonnenen Daten werden zusätzlich mit relevanten verfügbaren Sekundärdaten verknüpft, beispielsweise in bezug auf Einwanderungsströme. Das Design der Studie erlaubt sowohl Querschnittsvergleiche zwischen Ländern oder Regionen als auch Zeitreihenanalysen innerhalb der untersuchten Länder.

Das von Ruud Koopmans initiierte Projekt wird in Zusammenarbeit mit Partnerinstitutionen in Großbritannien, den Niederlanden und der Schweiz durchgeführt. Paul Statham, der für die britische Fallstudie zuständig ist, war bis September 1999 in der Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen" des WZB tätig und wechselte dann an die Universität Leeds. Die Datensammlung für das Projekt wurde im Jahre 2000 abgeschlossen. Eine große Zahl von Veröffentlichungen, teils aus früheren Jahren (siehe den „Bericht 1998–1999"), liegt bereits vor. Im Berichtszeitraum erschienen weitere Arbeiten von Duyvené de Wit und Koopmans (2000) sowie Koopmans und Statham (2000a, b, c, d, e; 2001a, b). Im Jahre 2002 soll das Projekt mit einer Buchpublikation abgeschlossen werden.

„Diese Einschätzung ergänzt Ruud Koopmans' Analyse für das ‚Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung'. Was heute Rechtsextremismus genannt werde, sei vor allem ein Problem von Fremdenfeindlichkeit. Die Politik sollte daher einwanderungspolitische Fragen aus dem Parteienstreit heraushalten. Gängige Bekämpfungsstrategien – von Lichterketten bis NPD-Verbot – würden nicht greifen, weil sie den Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und ausländerpolitischen Fragen ignorierten. Koopmans plädiert für eine Integrationspolitik mit Rechten und Pflichten für beide Seiten und mit Respekt für kulturelle Unterschiede. Zu unbedacht gingen Politiker und Medien, die sich selbst in der Mitte des politischen Spektrums sehen und sich daher jeder rechtsextremen Haltung unverdächtigt wähnen, mit ihrer Verantwortung um."

Westdeutsche Allgemeine
22. März 2001

Rechtsradikalismus

Neben den ländervergleichenden Fragestellungen richtet sich die von Ruud Koopmans durchgeführte deutsche Teilstudie des MERCI-Projekts auf die Erklärung ausländerfeindlicher und rechtsradikaler Mobilisierung in Deutschland. Der allgemeinen theoretischen Idee des Projekts folgend, wird diese Mobilisierung in ihrem Zusammenhang zu Konzeptionen von Staatsbürgerschaft und nationaler Identität sowie zu öffentlichen Debatten über Zuwanderungs- und Integrationspolitik untersucht. Auch hier liegt schon eine Reihe von Veröffentlichungen aus früheren Jahren vor, die im Berichtszeitraum um mehrere Publikationen von Koopmans (2000a, c; 2001a, b, c, e) erweitert wurde.

Berlin-Amsterdam

Das zweite Projekt zu diesem Querschnittsthema beschäftigt sich mit „The quality of multicultural democracy in Berlin and Amsterdam". Dieses im Berichtszeitraum begonnene Drittmittelprojekt wird von der Niederländischen Stiftung für wissenschaftliche Forschung (NWO) gefördert und hat eine Laufzeit

bis September 2004. Die Berliner Teilstudie wird von Ruud Koopmans geleitet. Christian Galonska ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in dem Projekt. Maria Berger (Institut für Migrations- und ethnische Studien, Amsterdam) arbeitet ebenfalls im Projekt mit und ist regelmäßiger Gast der Arbeitsgruppe.

Im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens steht die Rolle ethnischer Selbstorganisationen bei der politischen Integration im Zuwanderungsland. Die Untersuchung baut auf Theorien zur Rolle von Sozialkapital, insbesondere in Form von Beteiligung in zivilgesellschaftlichen Assoziationen, für das Funktionieren der Demokratie auf. Eine zentrale Frage dabei ist, ob die positiven Wechselwirkungen zwischen zivilgesellschaftlichen Strukturen und politischer Integration, die für die „Mehrheitsgesellschaft" vielfach nachgewiesen wurden, auch für zivilgesellschaftliche Organisationen auf ethnischer Basis gelten. Eine mögliche Gegenhypothese ist, daß die Integration von Zuwanderern in ethnischen Selbstorganisationen und Gemeinschaften der Integration in die Mehrheitsgesellschaft eher abträglich ist und zu „Parallelgesellschaften" oder ethnischer Selbstisolierung führen könnte.

Empirische Grundlage der Analyse ist eine Umfrage zur politischen und sozialen Partizipation sowie Einstellungen zur Politik in Deutschland und den Herkunftsländern unter drei Zuwanderergruppen in Berlin: Türken, Italiener und Russischstämmige (Aussiedler, Juden und sonstige Russen) sowie einer deutschen Vergleichsgruppe. Die Umfrage wurde im Oktober 2001 in Zusammenarbeit mit dem Essener Zentrum für Türkeistudien durchgeführt. Erste Ergebnisse sowohl für Berlin als auch für Amsterdam deuten entgegen der Parallelgesellschaftshypothese darauf hin, daß sich – jedenfalls auf der Individualebene – ethnische Selbstorganisation und Integration in die Mehrheitsgesellschaft nicht ausschließen und zum Teil sogar verstärken können (siehe Koopmans 2001d).

Um die Stichhaltigkeit dieses Befunds auf der Gruppenebene weiter zu untersuchen, soll im Jahre 2002 damit begonnen werden, in einem zweiten Schritt die Organisationslandschaft der drei Zuwanderergruppen in Berlin systematisch zu erfassen. Dazu werden dann die Akten des Vereinsregisters ausgewertet, insbesondere im Hinblick auf eine Netzwerkanalyse der so genannten „interlocking directorates" zwischen ethnischen Organisationen sowie zwischen ethnischen und deutschen Organisationen. In einem dritten Schritt werden anschließend die Daten auf den Individual- und Gruppenebenen miteinander verbunden.

Deutsch-israelischer Vergleich

Die spezifische Rolle der Medien bei der Integration kultureller und ethnischer Minderheiten wird schließlich in dem deutsch-israelischen Vergleichsprojekt „From Melting Pot to Cultural Pluralism: Production and Consumption by and for Ethnic and Minority Communities" untersucht, das 1997 vorbereitet und ab 1998 von der German Israeli Foundation for Scientific Research and Development (G.I.F.) für drei Jahre gefördert wurde. Das Projekt wird auf der deutschen Seite im WZB von Barbara Pfetsch und Hans-Jürgen Weiß von der Freien Universität Berlin, auf der israelischen Seite von Hanna Adoni, Hebrew University of Jerusalem, Dan Caspi, Open University of Israel, Jerusalem, und Akiba Cohen, Tel Aviv University, bearbeitet.

Die Studie knüpft an die Frage an, wie moderne demokratische Gesellschaften mit dem Problem erhöhter Integrationsanforderungen bei möglicherweise abnehmenden Integrationskapazitäten umgehen. Für ethnische und kulturelle Minderheiten liegt das Integrationsproblem darin, daß diese Gruppen sowohl aufgrund ihres kulturellen bzw. historischen Hintergrunds als auch aufgrund ihrer konkreten Lebenssituation mit einer Mehrheitskultur konfrontiert sind, die unterschiedliche Wertesysteme und Normen aufweist. Massenmedien können unter anderem Integrationsleistungen für die Gesellschaft und das politische System erbringen, indem sie – wie neuere Ansätze betonen – in ihren Konstruktionen von Medienrealität so genannte „imagined communities" der Zugehörigkeit oder Abschottung schaffen.

Das vergleichende Design sieht vor, die Produktion von Medien für Minderheiten, die Inhalte der von den Minderheiten genutzten Mehrheitsmedien und Minderheitsmedien sowie die Mediennutzungsmuster bei vier Gruppen zu analysieren: (1) die arabische Minderheit in Israel; (2) die russisch-jüdischen

Einwanderer nach Israel; (3) die Bevölkerung in der ehemaligen DDR; (4) die russisch-deutschen Einwanderer (Aussiedler) nach Deutschland.

In der abschließenden Projektphase in den Jahren 2000/2001 wurden vergleichende Analysen von Umfragedaten der deutschen Erhebungen mit den parallel dazu durchgeführten Untersuchungen in Israel sowie umfangreiche Analysen des Minderheitendiskurses in Mehrheits- und Minderheitsmedien in beiden Ländern durchgeführt.

Die Befunde werden in einer gemeinsamen Buchpublikation (Hampton Press 2003) der deutschen und israelischen Gruppe dokumentiert werden. Dort soll die international vergleichende Perspektive in den Mittelpunkt gerückt werden.

Konferenzen

Seit 2000 wird von der Abteilung/Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Soziale Bewegungen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft und dem Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen jährlich eine Konferenz am WZB organisiert. Die Veranstaltungen wurden bisher von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Otto-Brenner-Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung gefördert. Jede Konferenz setzt sich aus drei parallelen Workshops sowie drei Plenarreferaten zusammen, deren Rahmenthema in engem Zusammenhang zu den Forschungsinteressen der Arbeitsgruppe steht. Die Konferenzleitung liegt bei Ruud Koopmans und Ansgar Klein (Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen).

Die Konferenz im Juli 2000 hatte die „Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung“ zum Gegenstand. In den Plenarreferaten von Hanspeter Kriesi (Universität Genf), Klaus Eder (Humboldt-Universität zu Berlin) und Roland Roth (Fachhochschule Magdeburg) sowie den Workshops wurden die Themen Nichtregierungsorganisationen, Migration und politische Mobilisierung in Europa sowie Stadt und politische Beteiligung diskutiert. Ausgewählte Konferenzbeiträge sind inzwischen veröffentlicht worden (Klein/Koopmans/Geiling 2001a).

„Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa“ war das zentrale Thema der Konferenz im Juli 2001, das in Plenarreferaten von Heidrun Abromeit (Universität Darmstadt), Jürgen Gerhards (Universität Leipzig) und Jo Leinen (Europaparlament) sowie in Workshops zu Demokratie und Bürgerbeteiligung, Europäischer Öffentlichkeit und Regionalismus behandelt wurde. Die für das Jahr 2002 geplante Konferenz wird sich mit dem Thema „Demokratie und Sozialkapital – Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure“ befassen.

Forschungsprofessur

Vom 1. Oktober 2000 bis zum 30. September 2001 war Hanspeter Kriesi (Universität Genf) als Forschungsprofessor am WZB. Während seines Aufenthalts arbeitete er intensiv mit der Arbeitgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung“ zusammen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt seiner Forschungsaktivitäten lag auf der Weiterführung seiner Arbeiten zur politischen Meinungsbildung und zur politischen Mobilisierung unter Einbeziehung der neueren Literatur zur politischen Kommunikation. In dem Diskussionspapier zur „Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozeß“, das in der Veröffentlichungsreihe der Arbeitsgruppe erschien, umriß Kriesi den konzeptuellen Rahmen für ein international vergleichendes Projekt zu diesem Thema.

Darauf aufbauend organisierte er gemeinsam mit der Arbeitsgruppe im September 2001 einen Workshop am WZB, zu dem eine kleine Gruppe von Forschern aus mehreren europäischen Ländern eingeladen wurde. Im Rahmen des Workshops wurde das Design des Projekts weiter geklärt und spezifiziert. Im Anschluß daran haben Hanspeter Kriesi und Dieter Rucht gemeinsam einen Projektantrag ausgearbeitet, der im Januar 2002 bei der letzten Runde des 5. Rahmenprogramms der EU-Kommission eingereicht wurde.

Im Frühjahr 2001 begann Kriesi die Vortragsreihe „Nationaler Wandel in entgrenzten Räumen“, die für Wissenschaftler aus dem ganzen WZB geöffnet war und so zu einem abteilungsübergreifenden Forum wurde. Seine Initiative schloß an einen Vortrag an, den er im Rahmen der Tagung des Arbeitskrei-

ses „Soziale Bewegungen“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft im Juli 2000 am WZB gehalten hatte und der inzwischen in einem von Ansgar Klein, Ruud Koopmans und Heiko Geiling herausgegebenen Band zu „Globalisierung, Partizipation, Protest“ publiziert worden ist (Kriesi 2001a).

Als Auftakt zu dieser Reihe präsentierte er den neusten Stand seiner Überlegungen zum Thema. Weitere Referenten waren Stefano Bartolini (EUI Florenz), Klaus Eder (HUB), Michael Zürn (Universität Bremen), Pavel Machonin (Institut für Soziologie, Prag) sowie Wolfgang Schroeder (Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main/IG Metall). Aus dieser Vortragsreihe ergaben sich erste Kontakte mit dem Sonderforschungsbereich 536 „Reflexive Modernisierung“, der in München von Ulrich Beck geleitet wird, und schließlich die Ausarbeitung eines gemeinsamen, international vergleichend angelegten Projekts mit Edgar Grande (Technische Universität München). Ein Teil dieses Gemeinschaftsprojekts wurde Ende 2001 zusammen mit den anderen Projekten des Sonderforschungsbereichs bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingereicht und ist inzwischen positiv begutachtet worden.

Daneben setzte Kriesi seine Arbeiten am Schweizer Teilprojekt zu einem von Jan van Deth (MZES-Mannheim) geleiteten, international vergleichenden Projekt zu „Citizenship, Involvement and Democracy“ fort. Im Laufe des Jahres wurde insbesondere eine Umfrage unter Aktivisten von lokalen Organisationen durchgeführt und ein Papier verfaßt, das Ideen zur „political opportunity structure“ für die Analyse lokaler Organisationen fruchtbar macht. Es wurde im September auf dem Kongreß des European Consortium for Political Research (ECPR) in Canterbury präsentiert.

Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme“

Die Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme“ war seit Oktober 1993 mit Max Kaase besetzt, der für die Wahrnehmung dieser Position von seiner Mannheimer Professur für Politische Wissenschaft und International Vergleichende Sozialforschung vom Land Baden-Württemberg beurlaubt worden war. Das Beschäftigungsverhältnis am WZB hat am 30. September 2000 mit seinem Eintritt in den Ruhestand geendet.

European Social Survey

Die dem Forschungsprofessor gestellte Aufgabe des internationalen Demokratievergleichs hat er bis September 2000 vor allem durch den Fortgang der Vorbereitung des European Social Survey (ESS) verfolgt. Dabei handelt es sich um eine in allen europäischen Ländern in regelmäßigen Zeitabständen durchzuführende Repräsentativbefragung der Bevölkerung im Alter ab 15 Jahre. Diese Arbeiten laufen seit 1995 und sind in die Aktivitäten der European Science Foundation (ESF), Straßburg, zur Verbesserung der europäischen Forschungsinfrastruktur eingebettet. Details sind dem „Bericht 1998–1999“ (S. 162 f.) zu entnehmen.

Die für das Jahr 2002 vorgesehene erste Erhebungswelle des ESS wird termingerecht im Herbst beginnen. Ermöglicht worden ist sie zum einen durch die Bereitschaft von 22 europäischen Ländern und ihrer Forschungsförderungsorganisationen, die Finanzierung der Feldarbeit der 1. Erhebungswelle einschließlich der Bezahlung eines Projektleiters („principal investigator“) zu übernehmen. Hinzu kam als wichtige weitere Bedingung, daß sich die Europäische Kommission (Directorate General Research, früher DG XII) nach einer sehr positiv verlaufenen Evaluation des Vorhabens durch Experten bereit erklärt hat, die institutionellen Kosten des Projekts (Central Coordinating Team unter der Leitung von Professor Roger Jowell, London) in Höhe von 1,4 Millionen Euro zu übernehmen.

Israel/ Deutschland

Im Herbst 1998 hatten sich Max Kaase und der Geschäftsführer des Kölner Zentralarchivs für Empi-

rische Sozialforschung, Ekkehard Mochmann, sowie die israelischen Professoren Asher Arian, Universität Haifa, und Elihu Katz, Hebrew University Jerusalem, entschlossen, gemeinsam an die German-Israeli Foundation (GIF) einen Antrag auf Finanzierung des Vorhabens „Changes in Individual Attitudes and Collective Identities: The Cases of Germany and Israel 1949–2001“ zu richten. In diesem Projekt geht es darum, für die genannten Länder auf der Grundlage von Daten aus repräsentativen Bevölkerungsbefragungen die Phase der Etablierung der Demokratie und der Herstellung einer kollektiven nationalen Identität vergleichend zu untersuchen. Das Vorhaben hat im Januar 2000 mit einer Bestandsaufnahme der Datensituation in beiden Ländern begonnen und wird am 31. Dezember 2002 beendet sein.

Die Wissenschaftlerin Sybille Frank wurde für das Projekt am WZB eingestellt. Sie übernimmt auch nach dem Ausscheiden des Forschungsprofessors weiterhin die Bearbeitung der Projektaufgaben. Dies erfolgt in Koordination mit dem Institut für Demoskopie in Allensbach und dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung in Köln. Max Kaase hat weiterhin die Projektverantwortung. Die Hauptaufgabe der deutschen und israelischen Gruppe war in der ersten Projektphase im Jahr 2000 die Identifikation einschlägiger Datenquellen zur Dokumentation der Orientierungen der beiden Bevölkerungen gegenüber der in beiden Ländern neu installierten Demokratie. Für die israelische Seite ging es dabei hauptsächlich um die Identifikation der entsprechenden Unterlagen des Guttman-Instituts, das seit einer Reihe von Jahren nicht mehr formal existiert. Auf deutscher Seite sind Daten aus der Frühzeit der bundesdeutschen Demokratie vor allem in Allensbach beim Institut für Demoskopie verfügbar. Nachdem dessen Leiterin, Professor Dr. Elisabeth Noelle-Neumann, dem Projekt ihre Unterstützung zugesagt hatte, ging es zunächst darum, eine Auswahl aus der Vielzahl der in Allensbach vorhandenen Daten zu treffen.

Zu diesem Zwecke arbeitete die deutsche Projektgruppe die Allensbacher Jahrbücher für Demoskopie durch und stellte einen Prioritätenkatalog der wünschenswerten Informationen zusammen. In Absprache mit dem Institut und der israelischen Projektgruppe wurde im Jahr 2001 einerseits die Aufbereitung der israelischen Daten vorangetrieben und der Datenaustausch vorbereitet. Andererseits zeigte sich, daß die Entscheidung, welche der insgesamt überhaupt vom Allensbacher Institut angebotenen Datensätze ausgewählt werden sollten, aus technischen wie auch aus substantiellen Gründen durchaus schwierig war. Nach der endgültigen Entscheidung für zwei paradigmatische Datensätze aus den Jahren 1952 und 1962 erfolgte die Datenüberführung in SPSS-Dateien beim deutschen Projektpartner, dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln. Auf dieser Grundlage wird nun das Jahr 2002 der abschließenden komparativen Datenanalyse und der Erstellung darauf beruhender Publikationen gewidmet sein.

Wahl 1998

Im WZB-„Bericht 1996–1997“ war erwähnt worden, daß die Tradition deutscher Wahlforschung am WZB mit einer Nachbefragung zur Bundestagswahl 1994 fortgesetzt worden war. Daraus und aus anderen Datenbasen resultierende Arbeiten sind im Frühsommer 1998 im Westdeutschen Verlag als „Wahlen und Wähler – Analysen zur Bundestagswahl 1994“ unter der Herausgeberschaft von Kaase und Klingemann veröffentlicht worden. Kaase, Klingemann und Weßels haben auch an der im Januar 1996 eingerichteten Arbeitsgruppe „Deutsche Nationale Wahlstudie“ mitgewirkt, welche die empirischen Untersuchungen zur Bundestagswahl 1998 vorbereitet und durchgeführt hat.

Unter der Federführung der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ (Klingemann, Weßels) ist in Kooperation mit dem Inhaber der Forschungsprofessur das deutsche Nachwahlmodul entwickelt und implementiert worden, das im Rahmen der Comparative Study of Electoral Systems (CSES) erstmals einen systematischen internationalen Vergleich des Wahlverhaltens am Ausgang des 20. Jahrhunderts in mehr als 40 Ländern ermöglichen wird. Unter der letztmaligen Herausgeberschaft von Klingemann und Kaase ist im Jahr 2001 die bisherige Publikationstradition durch die Veröffentlichung des Bandes „Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998“ fortgeführt worden.

Jahrbuch 2000

Angesichts seines kontinuierlichen Forschungsinteresses an der Thematik der politischen Massenkommunikation hat der Inhaber der Forschungsprofessur die Chance besonders begrüßt, für das WZB-Jahrbuch 2000 zusammen mit Barbara Pfetsch die Bedeutung der Publikation von Befunden der Empirischen Sozialforschung für die Konstitution von Öffentlichkeit in demokratisch verfaßten Gesellschaften zu analysieren. Das im WZB-Jahrbuch 2000 unter dem Titel „Umfrageforschung und Demokratie – Analysen zu einem schwierigen Verhältnis" veröffentlichte Kapitel ist von den Verfassern in englischer Sprache auch im Rahmen des 18. Weltkongresses der International Political Science Association (IPSA) in Quebec City im August 2000 zur Diskussion gestellt worden. Es fand dabei ein so großes Interesse, daß es nach einer entsprechenden Anfrage der Zeitschrift unter dem Titel „Polling and the Democratic Process in Germany – Analyses of a Difficult Relationship" in der International Review of Sociology, Vol. 11, Heft 2, 2001, publiziert worden ist.

KSPW

Nach dem Wechsel ans WZB im Herbst 1993 hatte Kaase sich federführend im Rahmen der Kommission zur Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) mit Aspekten der Transition früher totalitär verfaßter Staaten zu demokratischen Regierungsformen und dabei besonders der deutschen Vereinigung befaßt. Mit der Auflösung der KSPW im Frühsommer 1997 sind diese Aktivitäten abgeschlossen worden. Zusammen mit M. Rainer Lepsius hat er zu dieser Thematik eine zusammenfassende Analyse unter dem Titel „Transformationsforschung" vorgelegt, die 2001 im Rahmen eines Sammelbandes im Verlag Leske + Budrich, Opladen, erschienen ist.

Kulturwissenschaften

Abschließend soll noch darauf verwiesen werden, daß der Inhaber der Forschungsprofessur als Mitglied der DFG-Senatskommission für Kulturwissenschaften von der Kommission gebeten worden war, in einem Forschungsprojekt eine Bestandsaufnahme der gesamten deutschen außeruniversitären Forschungslandschaft der Kulturwissenschaften durchzuführen und die Befunde in einem Bericht zu analysieren. Dieses Vorhaben ist im November 2001 abgeschlossen worden. Der entsprechende Bericht ist von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) im Frühjahr 2002 veröffentlicht worden.

Forschungsschwerpunkt Markt und politische Ökonomie

Grundlagen

Die Forschung im Schwerpunkt Markt und politische Ökonomie konzentriert sich in den beiden Abteilungen „Marktprozesse und Steuerung“ und „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ auf die politökonomischen Handlungsspielräume unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs. Das macht eine Berücksichtigung der politischen Wirkungszusammenhänge und strategischen Eigennutzüberlegungen der Teilnehmer im politischen Prozeß erforderlich. Es werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die Funktionsweise und Leistungsfähigkeit von Märkten und anderen privaten oder öffentlichen Institutionen untersucht. Im Mittelpunkt stehen Fragen nach der Tragfähigkeit nationalstaatlicher Politik, deren optimaler Ausgestaltung und der Notwendigkeit internationaler Koordination als Folge der Globalisierung.

Leitung

Mit der Berufung und Amtsübernahme von Professor Dr. Kai A. Konrad als Direktor der Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ zum 1. Januar 2001 erfolgte eine thematische Neuorientierung und Umbenennung des Schwerpunkts. Konrad war Professor für Finanzwissenschaft am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Freien Universität Berlin und parallel dazu von 1994 bis 2000 Adjunct Professor an der Universität Bergen in Norwegen. Durch seine Berufung auf eine S-Professur an die Freie Universität verbindet Konrad seine Forschungstätigkeit am WZB mit seiner bisherigen Tätigkeit in der Hochschullehre.

Die Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“ wird von Professor Lars-Hendrik Röller Ph.D. geleitet, der seine Tätigkeit im August 1994 aufgenommen hat. Das Forschungsprogramm der früheren Abteilung „Market Dynamics“ war mit der Emeritierung des Direktors, Professor Horst Albach, zum 30. September 1999 abgeschlossen worden.

Veranstaltungen

Der Schwerpunkt veranstaltet zwei Seminarreihen, die vor allem der Förderung der Kooperation zwischen den Wissenschaftlern des WZB, der Berliner und auswärtiger Hochschulen dienen. Es handelt sich um die „WZB Economics Seminar Series“ und das „WZB Economic Policy Forum“.

Zudem veranstaltet der Schwerpunkt jährlich eine internationale Konferenz. Im Oktober 2002 findet diese als „11th Annual WZB Conference on Industrial Organization“ zum Thema „Innovation Policy in International Markets“ statt. Über einen „Call for Papers“ und die Einladung international anerkannter Wissenschaftler spricht die Konferenz den wissenschaftlichen Nachwuchs und erfahrene Forscher gleichermaßen an.

Jahrbuch

Professor Röller und Dr. Christian Wey haben das WZB-Jahrbuch 2001 herausgegeben, das den Titel „Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft“ trägt. Es beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern das deutsche Modell einer sozial ausgestalteten Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft weiterhin wettbewerbsfähig sein kann und welche ordnungspolitischen Maßnahmen – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene – Zukunftsperspektiven aufweisen.

Berufungen

Professor Konrad wurde 2000 in den wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, berufen. Er setzte 2000/2001 seine Beratungstätigkeit im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums der Finanzen sowie seine Tätigkeiten als Fellow in den Forschungsnetzwerken des Center for Economic Policy Research (CEPR), des Center for Economic Studies/Ifo-Instituts (CESifo) und des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) fort. Er war bis Juni 2000 Managing Editor von „Economic Policy“ und ist seit Januar 2000 Gründer und Mitherausgeber von „Economics of Governance.“ Er steht in herausgeberischer Mitverantwortung für verschiedene andere Journale und Schriftenreihen.

Professor Röller wurde 2001 in den wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, berufen und ist dessen stellvertretender Vorsitzender. Ebenfalls 2001 wurde er Mitglied des erweiterten Vorstands des Vereins für Socialpolitik und in den wissenschaftlichen Beirat von Business Environment Europe (BEE) berufen. Er setzte 2000/2001 seine Tätigkeit als Programmdirektor für Industrieökonomik im CEPR, als Vorstandsmitglied der European Association for Research in Industrial Economics (EARIE) und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der INSEAD Foundation fort. Er ist Fellow in den Forschungsnetzwerken des CEPR und des IZA und Mitherausgeber des „International Journal of Industrial Organization" und des „Journal of Industrial Economics".

Dr. Ralph Siebert und Dr. Christian Wey wurden im September 2000 als Research Affiliates ins CEPR aufgenommen. Das in London ansässige CEPR gehört zu den bedeutendsten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsnetzwerken in Europa. Mit dem Research Affiliate-Programm werden promovierte Nachwuchswissenschaftler gefördert. Wey ist darüber hinaus seit März 2001 kooptiertes Mitglied im Industrieökonomischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik.

Ehrung

Das Kapitel des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste hat in seiner Sitzung am 28. Mai 2000 in Berlin Professor Horst Albach als Mitglied zugewählt. Der Orden Pour le mérite wurde als Friedensklasse für Verdienste um die Wissenschaften und Künste 1842 von König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen gestiftet und 1952 vom damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss wiederbelebt.

Preise

Tomaso Duso und Dr. Ralph Siebert sind von der European Association for Research in Industrial Economics (EARIE) mit dem „Young Economists' Essay Award 2000" ausgezeichnet worden. Der Preis wird von der EARIE alljährlich jungen Ökonomen für eingereichte Konferenzbeiträge zuerkannt. Duso hat den Preis für seine Arbeit „Who Decides to Regulate? Lobbying Activity in the US Cellular Industry" erhalten und Siebert für den Konferenzbeitrag „Multiproduct Firms, Market Conduct, and Dynamic Marginal Costs over the Product Life Cycle: Evidence from the DRAM Industry". Siebert erhielt den Preis ebenfalls für das Jahr 2001 für seine Arbeit „New Product Introduction by Incumbent Firms". Johannes Münster erhielt im Herbst 2001 von der Freien Universität Berlin eine besondere Auszeichnung für das beste Diplomzeugnis im Fach Volkswirtschaftslehre.

Im Jahr 2000 erhielt Professor Konrad den Gossen-Preis, mit dem der Verein für Socialpolitik seit 1997 jährlich auf seiner Jahrestagung einen deutschen Wirtschaftswissenschaftler unter 45 Jahren für seine wissenschaftliche Arbeit würdigt.

Frauenförderung

Im Rahmen der Frauenförderung des WZB qualifizierte sich Diplom-Volkswirtin Astrid Jung. In ihrem Dissertationsprojekt untersucht sie „Konkurrenz und politische Einflußnahme im Telekommunikationsbereich".

Promotionen

Im Berichtszeitraum wurden folgende Mitarbeiter des Schwerpunkts von der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin zum Dr. rer. pol. promoviert:

- Ulrike Görtzen für ihre Dissertation über die „Wissensgenerierung und -verbreitung als Wettbewerbsfaktor", in der sie das Phänomen im Rahmen einer empirischen Analyse japanischer Industrieaktiengesellschaften untersucht (17. April 2000).

- Hans Mewis für seine Dissertation „Essays on Herd Behavior and Delegation", in der er das Herdenverhalten mittels Informationsexternalitäten rational erklärt (20. Juli 2000).

- Andreas Moerke für seine Untersuchung von Strukturen der Verflechtungen der Boards of Directors japanischer Industrieaktiengesellschaften sowie die Auswirkungen dieser personellen Netzwerke auf den Lernprozeß und Erfolg der Unternehmen (Titel „Organisationslernen über Netzwerke", 17. April 2000).

- Ralph Siebert für seine Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen Innovation und Mehrpro-

duktwettbewerb (Titel „Innovation, Research Joint Ventures, and Multiproduct Competition", 23. März 2000).

– Rita Zobel für ihre Untersuchung der Frage, wie erfolgreiche japanische Unternehmen ihre Personalpolitik gestalten (Titel: „Beschäftigungsveränderungen und organisationales Lernen in japanischen Industrieaktiengesellschaften – Eine empirische Analyse anhand der Kaisha-Datenbank", 19. Juni 2000).

– Christine Zulehner für ihre ökonometrischen Analysen des dynamischen Wettbewerbs auf Oligopolmärkten, insbesondere auf den Märkten für Halbleiter (Titel: „Essays in Empirical Industrial Economics", 28. November 2001).

Promotion an der Technischen Universität Berlin:

– Dr.-Ing. Talat Mahmood hat mit seiner Dissertation zum Thema „Hazard Rates, Market Structure and Geography: The Dynamic Post-Entry Performance of New Business Start-ups" seine zweite Promotion am 17. April 2000 erfolgreich abgeschlossen.

Promotion außerhalb Berlins:

– Jos Jansen hat am 24. Januar 2000 seine Dissertation „Essays on Incentives in Regulation and Innovation" an der Universität Tilburg erfolgreich verteidigt. In drei theoretischen Essays untersucht Jansen den Zusammenhang zwischen Regulierung und Innovation.

Gastwissenschaftler

Im Rahmen von Kooperationsprojekten, die durch das WZB bzw. von dritter Seite gefördert wurden, waren als Gastwissenschaftler im Berichtszeitraum am Schwerpunkt tätig:

Professor Rabah Amir Ph.D. (University of Southern Denmark)
Professor Andreas Blume Ph.D. (University of Iowa)
Jürgen Bracht Ph.D. (University of Pittsburgh)
Professor Amihai Glazer (University of California, Irvine)
Dr. Klaus Gugler (Universität Wien)
Dr. Justus Haucap (Universität der Bundeswehr Hamburg)
Professor Toshihiro Ihori (University of Tokyo)
Professor Kjell Eric Lommerud (University of Bergen)
Professor Nicolas Melissas Ph.D. (Universitat Autònoma de Barcelona)
Professor Pierre Mohnen Ph.D. (University of Quebec)
Professor J. Peter Murmann Ph.D. (Northwestern University)
Professor Frederic L. Pryor Ph.D. (Swarthmore College)
Dr. Julio Robledo (Freie Universität Berlin)
Dr. Johan Stennek (Research Institute of Industrial Economics, Stockholm)
Professor Francesc Trillas Ph.D. (London Business School)
Professor Karl Wärneryd (Stockholm School of Economics)
Dr. Christine Zulehner (Universität Wien)

Publikationen

Im Berichtszeitraum erschienen von Mitarbeitern des Schwerpunkts insgesamt 15 Bücher, 14 Aufsätze in Zeitschriften, 8 Aufsätze in Büchern, 6 sonstige Veröffentlichungen und 49 Discussion papers. Es wurden acht Dissertationen abgeschlossen (Veröffentlichungslisten siehe S. 255ff.).

Konferenzen

Im Berichtszeitraum wurden folgende internationale Konferenzen veranstaltet:

– „9th Annual WZB Conference on Industrial Organization" zum Thema „Antitrust Issues in International Markets" (30. November – 2. Dezember 2000)

– „10th Annual WZB Conference on Industrial Organization" zum Thema „Contests in Politics and Industrial Organization" (30. November – 1. Dezember 2001; gefördert von der Volkswagen-Stiftung)

– 3. Asien-Pazifik-Wochen in Berlin; Pakistan-Wirtschaftstag mit dem Thema: „Investment, Privatization and IT-Human Capital" (21. September 2001)

Drittmittel

Gemeinsam wurden Professor Konrad und Professor Röller Drittmittel für folgende Konferenz bewilligt:

– „10th Annual WZB Conference on Industrial Organization“ zum Thema „Contests in Politics and Industrial Organization“ (30. November – 1. Dezember 2001); Bewilligung der Volkswagen-Stiftung.

Professor Röller wurden Drittmittel für folgende Projekte bewilligt:

– „Product Markets, Financial Markets and the Pace of Innovation in Europe“, EU-Kommission, RTN-Projekt, WZB ist Projektkoordinator, 2000–2004.

– „Competition Policy in International Markets“, EU-Kommission, RTN-Projekt, Professor Röller ist wissenschaftlicher Leiter, 2002–2006.

– „Die politische Ökonomie von Deregulierungsprozessen: Ein empirischer Ansatz“, Bewilligung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Kooperation mit der Humboldt-Universität zu Berlin, 2002–2004.

Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“

Aufgaben

Der Forschungsgegenstand der seit dem 1. Januar 2001 bestehenden neuen Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“ ist wie folgt charakterisiert. In der modernen (Welt-)Wirtschaft treffen Entscheidungsträger unterschiedlichen Typs in Märkten und in anderen komplexen vertragstheoretisch beschreibbaren Formen von Organisationen aufeinander. Bei diesen Organisationsformen handelt es sich teilweise um zufällige, teilweise um sorgfältig gewählte, teilweise um aus politökonomischen Wirkungsmechanismen hervorgegangene Instrumente der Steuerung der Interaktion dieser Entscheidungsträger. In der finanzwissenschaftlichen Forschung werden diese Organisationsformen und das aus ihnen resultierende Handlungsergebnis einer wohlfahrtstheoretischen Analyse unterzogen.

Dies geschieht mit dem Ziel einer Bewertung bestehender Organisations- bzw. Steuerungsformen und der Entwicklung von alternativen Konzepten bzw. der Bestimmung des optimalen Organisationsdesigns. Aus Erkenntnissen über die Effizienz- und Verteilungswirkungen bestehender und alternativer Organisationsstrukturen lassen sich Handlungsanweisungen für die praktische Wirtschaftspolitik ableiten, beispielsweise zu Fragen der Konzeption wohlfahrtsstaatlicher Institutionen, der Wahl von Steuersystemen, des Zuschnitts föderaler Strukturen, in der Wettbewerbspolitik und vor allem für die Gestaltung von staatlichen, privatwirtschaftlichen und politischen Organisationsstrukturen.

Die Institutionen des ausgehenden 20. Jahrhunderts sind überwiegend in einer Zeit entstanden, in der die meisten ökonomisch relevanten Handlungen der privaten Wirtschaft zwischen Zugehörigen des gleichen Nationalstaats und innerhalb der territorialen Grenzen dieser Nationalstaaten erfolgten. Über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg erfolgte vor allem Güterverkehr. Im Verhältnis zur Wirtschaft der Gegenwart gab es nur wenige „weltumspannende“ Unternehmen, die sich häufig auf Transporte und die Abwicklung des internationalen Handels be-

schränkten. In dieser Situation konnten Nationalstaaten unabhängig voneinander durch Schaffung von geeigneten nationalen Institutionen die sozial- und rechtsstaatlichen Probleme zufriedenstellend regulieren.

Zu diesen Institutionen gehören die nationalen Systeme der sozialen Sicherung (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung, Sozialhilfegesetze, sozialer Wohnungsbau), staatliche Aktivitäten im Bereich der öffentlichen Bildung und Weiterbildung (öffentliche Schulen und Hochschulen, Regulierung der betrieblichen Aus- und Weiterbildung) und auf der Finanzierungsseite ein auf den Nationalstaat ausgerichtetes und um Einfuhr- und Ausfuhrabgabenordnungen erweitertes nationales Steuersystem, aber auch die Ausgestaltung von Systemen der Zuordnung und Garantie von Eigentumsrechten.

Globalisierung

Unter den Herausforderungen der sogenannten Globalisierung entstehen neue Probleme, und die Bedeutung von Problemen erfährt eine Gewichtsverlagerung. Alte Problemlösungen, etwa in der Steuerpolitik oder der Bildungspolitik, werden teilweise ungeeignet, teilweise überflüssig oder ineffizient. Fragen nach dem optimalen Design staatlicher Instrumente, aber auch nach dem optimalen Design des Staats selbst stellen sich in vielen Bereichen neu.

Einige Beispiele illustrieren das: Angesichts zunehmender Mobilität von Steuerbemessungsgrundlagen entstehen zunehmend fiskalische Externalitäten der Steuererhebung. Daraus stellen sich Fragen nach der Notwendigkeit oder Vorteilhaftigkeit von Steuerko-

ordination. Im Rahmen der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und im Rahmen der EU-Erweiterung stellen sich überdies Fragen nach der Zuordnung von Hoheitsrechten und Kompetenzen zu den unterschiedlichen Gebietskörperschaftsniveaus bzw. Fragen nach der optimalen föderalen Struktur und Aufgabenteilung. Die erhöhte Mobilität von Individuen allgemein verändert die Muster der intergenerationalen Austauschbeziehungen innerhalb der Familie zwischen Eltern und ihren Kindern. Dies gibt Raum für strategische Verhaltensmuster und führt zu neuen Quellen für ineffizientes Verhalten.

Veränderte technologische Möglichkeiten des Staates, Informationen über die einzelnen Bürger zu gewinnen, verändern den Möglichkeitsrahmen staatlicher Politik, beispielsweise in der Steuerpolitik, und führen zu Verhaltensänderungen der Bürger. Veränderte Produktionsstrukturen im Bereich der sogenannten „New Economy" und die erhöhte Mobilität von hochausgebildeten Humankapitalanbietern verändern die traditionellen Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern und die Mobilität und Stabilität von Unternehmensorganisationen. Veränderungen in der Struktur des Außenhandels verändern die Rahmenbedingungen für staatliche Handels- und Steuerpolitik.

All dies sind Beispiele für Steuerungsprobleme, die dem wie folgt beschriebenen Problemfeld zuzuordnen sind: Die Globalisierung ökonomischer Prozesse verändert den Systemwettbewerb nationaler Ökonomien in einer Weise, deren Bedeutung über ökonomische Bedingungen und Folgen hinausführt. Die soziale Einbettung dieser Prozesse und die politische Rahmung ihrer Abläufe berühren das gesamte Institutionensystem sozialstaatlich verfaßter Demokratien und erzeugen einen Bedarf an institutionellen Reformen, zum Beispiel in Hinblick auf die Systeme innovationsfähiger Produktion, sozialer Sicherheit sowie ökonomischer und politischer Steuerung. Eine Forschung über diese Zusammenhänge bedarf einer Wirtschaftswissenschaft, die auf globale Wirtschaftsprozesse und deren institutionelle Kontexte bezogen ist und die Möglichkeiten einer Neubalancierung von sozialer Sicherheit und ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit im Blick hat.

Politökonomie

Die Analyse solcher Fragestellungen muß berücksichtigen, daß „Regierende" oder andere zentrale Entscheidungsträger dieser Prozesse keine einfachen ökonomischen Akteure mit exogenen Präferenzen und klar umrissenen Handlungsbeschränkungen sind, sondern häufig komplexe Organisationen, die letztendlich nur aus Individuen mit gegebenen Präferenzen und Handlungsbeschränkungen bestehen. Dieser Sachverhalt erfordert eine interdisziplinäre, nämlich politökonomische Betrachtungsweise. Erforderlich ist die Berücksichtigung der politischen Wirkungszusammenhänge und strategischen Eigennutzüberlegungen der Teilnehmer im politischen Prozeß. Insbesondere stellt sich damit auch die Frage des Designs des politischen Entscheidungsprozesses selbst.

Ein anderer Aspekt, der in vielen Steuerungsproblemen eine Rolle spielt, ist die „property-rights"-Problematik. Sowohl auf der individuellen als auch auf der Ebene der Interaktion zwischen Organisationen, besonders aber auf der Ebene der Interaktion souveräner Staaten spielen unvollständig gesicherte Eigentumsrechte und daraus erwachsende (Aneignungs-)Konflikte eine zentrale Rolle. Designfragen müssen deshalb häufig darauf abzielen, diese Aneignungskonflikte zu entschärfen oder die Konfliktanreize in produktive Aktivität umzulenken.

Theorien

Die skizzierten Fragestellungen haben einige Gemeinsamkeiten, die sie unter theoretischer Perspektive einer Untersuchung mit einem einheitlichen Instrumentarium zugänglich machen. Das Instrumentarium setzt sich dabei aus den theoretischen und empirischen Methoden der modernen angewandten Wirtschaftstheorie bzw. der modernen formalen politischen Wissenschaften zusammen. Zu deren theoretischen Analysemethoden gehören vor allem die Spieltheorie, die Vertragstheorie und die moderne Konflikttheorie. Zu den empirischen Analysemethoden gehören insbesondere die Ökonometrie und die experimentelle Spieltheorie.

Projekt 1: Humankapital, Besteuerung und Globalisierung

Kai A. Konrad

Der Zusammenhang zwischen privaten und öffentlichen Humankapitalinvestitionen und der Veränderung der Mobilität von Personen mit hohem Humankapital spielt in der Globalisierungsdebatte eine zentrale Rolle. In dem Forschungsprojekt wird untersucht, welche Konsequenzen sich aus dem Sachverhalt ergeben, daß produktives Kapital zunehmend in Form von Humankapital an die Person von Arbeitnehmern gebunden ist und die besonders reich mit Humankapital ausgestatteten Arbeitnehmer häufig besonders mobil sind.

In einer geschlossenen Volkswirtschaft können die Träger von Humankapital einer Besteuerung der Humankapitalerträge nicht durch Migration ausweichen. Ihre Humankapitalerträge sind zu dem Zeitpunkt, in dem sie entstehen, eine relativ unelastische und damit effizienzpolitisch günstige Steuerbemessungsgrundlage, auf die sowohl wohlfahrtsmaximierende als auch rein einnahmenorientierte Regierungen entsprechend stark zugreifen. Private Individuen antizipieren zum Zeitpunkt der Ausbildungsentscheidung den Trend zur zukünftigen starken Besteuerung der Erträge ihrer Humankapitalinvestitionen. Deshalb haben sie geringe private Anreize zur Humankapitalbildung.

Bildungspolitik

Dieser Zusammenhang charakterisiert ein typisches „Hold-up-Problem“: Der Staat würde gerne mehr private Investitionen in Humankapital induzieren. Er würde dazu den Individuen zu diesem Zweck auch gerne zusagen, daß die Steuerlast auf diese Investitionen in 20 bis 30 Jahren niedrig sein wird. An der Fähigkeit zu einer solchen Selbstbindung fehlt es allerdings. Das Hold-up-Problem kann im Prinzip durch eine zwangsverordnete Humankapitalinvestition oder durch staatliche Ausbildungssubventionen beseitigt werden. Darauf wurde von Boadway, Marceau und Marchand hingewiesen. Staatliche Bildungspolitik ist also die staatliche Antwort auf ein Versagen des Staats in der Steuerpolitik.

Wenn die Träger von Humankapital frei und mit niedrigen Kosten zwischen unterschiedlichen Staa-

Abteilung „Marktprozesse und Steuerung“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Kinga Bloch	2001
Diplom-Informatikerin Nina Bonge	1995
Eva Buchholz	1991
Dr. Manfred Fleischer*, **Diplom-Kaufmann**	1977
Diplom-Kauffrau Sabine Kelm	2001
Professor Dr. Kai A. Konrad	2001
Diplom-Mathematiker Daniel Krähmer M.Sc.	2001
Annika Müller	2001
Diplom-Volkswirt Johannes Münster M.A.	2001
Diplom-Volkswirt Robert Nuscheler	2001
Deborah Palm	1998
Ausgeschiedenes Personal[1] (Abteilung „Market Dynamics“)	
Diplom-Volkswirt Thomas Brandt	1990–2000
Marie-Antoinette Eggebrecht	1992–2000
Noriko Fujimura B.A.	1998–2000
Dr. Ulrike Görtzen M.A., Diplom-Volkswirtin	1997–2000
Heiko Hoche (Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität zu Berlin)	1999–2000
Dr. Tobias Miarka, Diplom-Kaufmann	1996–2000
Dr. Andreas Moerke M.A.	1994–2000
Diplom-Volkswirtin Anna Magdalena Paradowska-Thimm	1997–2000
Stephan Schönfeld	1996–2001
Diplom-Volkswirtin Elke Tscharf	1996–2000
Dr. Jianping Yang, Diplom-Ingenieur (Kooperationsprojekt mit der Humboldt-Universität zu Berlin)	1986–2000
Dr. Rita Zobel M.A.	1994–2000

***** für den gesamten Schwerpunkt tätig

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

ten wandern können, werden sie ihr Humankapital dort gewinnbringend anbieten lassen, wo ihnen (von anderen Lebensumständen einmal abgesehen) die höchste Nettorendite nach Steuer für ihr Humankapital geboten wird. Länder wählen in dieser Situation ihre Einkommensteuersätze strategisch. Sie berücksichtigen die Steuergesetzgebung in anderen Ländern und wählen ihren eigenen Steuersatz unter Berücksichtigung der dadurch induzierten Wanderungsanreize. Im resultierenden Steuerwettbewerbsgleichgewicht wählen alle Länder relativ niedrige Steuersätze. Dieser Wettbewerbsdruck löst das Hold-up-Problem exzessiver Besteuerung von Humankapitalerträgen.

Aus dieser Überlegung ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen für die Bildungspolitik in einer globalisierten Welt. Erstens: Das Staatsversagen exzessiver Besteuerung verschwindet und damit der Anlaß für eine umfängliche Bildungspolitik. Im Verhältnis zu einer geschlossenen Volkswirtschaft gibt es für die Privaten verbesserte Anreize für private Bildungsinvestitionen und für den Staat in zweifacher Hinsicht Anreize, sich in der Bildungspolitik weniger stark zu engagieren. Zum einen, weil die privaten Anreizstrukturen wieder funktionieren, zum anderen, weil der Staat in einer Steuerwettbewerbswelt nicht damit rechnen kann, die Erträge staatlicher Bildungsinvestitionen in Form von hohen Steuern auf die Erträge dieser Investitionen selbst wieder abschöpfen zu können.

Zweitens: Der Spielraum für steuerpolitische Umverteilung zwischen Personen, deren Humankapitalinvestitionen erfolgreich waren, und den Personen, deren Investitionen nicht erfolgreich waren, nimmt ab. Aus einer Ex-ante-Sicht betrachtet, also aus der Perspektive eines Individuums, das noch nicht weiß, ob es durch seine Humankapitalinvestitionen zu einem Gewinner oder einem Verlierer wird, hatte diese Umverteilung den Charakter einer Versicherung. Mit dem Rückgang sozialer Sicherung sind Individuen stärker auf sich gestellt. Inwiefern private Versicherungsmärkte für derlei Risiken entstehen werden, wenn sich der Staat aus diesem Bereich zurückzieht, ist eine empirische Frage, die nur die Zukunft beantworten kann.

Drittens: Eine mögliche Konsequenz der Globalisierung der Humankapitalmärkte ist die Entpolitisierung der Bildungseliten. Der Prototyp des international perfekt mobilen Arbeitnehmers mit hohem Humankapital hat keinen Anreiz mehr, für Repräsentanz im politischen Prozeß zu sorgen. Darauf hat bereits David Wildasin in anderem Zusammenhang hingewiesen. Viertens: Humankapitalarten unterscheiden sich hinsichtlich der Mobilität. Die Mobilität eines Juristen oder Steuerberaters ist gering verglichen mit der Mobilität eines Arztes, eines Ingenieurs, eines Hochschullehrers, eines Computerspezialisten oder Softwareentwicklers. Daraus erwachsen staatliche Anreize, unterschiedliche Berufsgruppen im Ausbildungsbereich und im Rahmen der Besteuerung differenziert zu behandeln.

Fünftens resultiert aus der Bindung von Humankapital an dessen Träger und dessen Mobilität eine Veränderung der Abhängigkeiten in den Produktionsstrukturen. Unternehmen werden interregional mobiler, die Anreizstrukturen und Abhängigkeiten in Unternehmen und die Stabilität von Unternehmen als Produktionseinheiten verändern sich. Diese und weitere Ergebnisse sind dokumentiert in Konrad (2001a, 2001c) und Andersson und Konrad (2001 und FS IV 01-01).

Projekt 2: Nationale und internationale Fusionen
Kai A. Konrad

Im vergangenen Jahrzehnt haben Fusionsaktivitäten von Unternehmen stark zugenommen. Dabei sind die Ursachen und Folgen von Fusionen sowie die Einflüsse des Kapitalmarkts auf das Fusionsverhalten bis heute zwar intensiv erforscht worden. Die Rolle des Zusammenhangs zwischen Fusionen und Governance-Strukturen wurde dabei jedoch nur wenig berücksichtigt. Dabei geht es nicht um die Frage des möglichen Konflikts aufeinanderprallender verschiedenartiger Unternehmenskulturen, die allseits diskutiert wird, und die für das Gelingen von Fusionen sicher eine Rolle spielt. Es geht vielmehr um die Frage, welche systematischen Änderungen in der Governance-Struktur mit Fusionen einhergehen bzw. im Rahmen der Fusion ermöglicht werden, und welche Rolle diese Änderungen für die erwarteten Effi-

zienz- und Verteilungswirkungen von Fusionen haben.

Governance

Die Arbeiten von Steffen Huck, Kai A. Konrad und Wieland Müller (2001a, 2001b, 2001c, FS IV 01-04 und FS IV 01-05) diskutieren Fusionen bei alternativen Wettbewerbsstrukturen und zeigen theoretische Gründe dafür auf, weshalb durch die Fusion eine Veränderung der Governance-Struktur in den fusionierten Unternehmen auftreten kann, die den fusionierten Unternehmen Vorteile bei der strategischen Interaktion auf den Absatzmärkten verleihen können. Die Arbeit von Klaus Gugler und Kai A. Konrad (2002) untersucht anhand einer Fusionsdatenbank, ob Unternehmensaufkäufe von den Leitungen der aufkaufenden Unternehmen genutzt werden, um Kapitalstrukturanpassungen zu bewirken. Dabei findet sich Evidenz für die von den Autoren entwickelte These, daß asymmetrische Information über die Profitabilität von Unternehmensaufkäufen den Handlungsspielraum der aufkaufenden Unternehmensleitung erweitern kann.

Die Arbeit von Huck, Konrad, Müller und Normann (2001) untersucht in einer Reihe von Experimenten die Frage, welche Rolle psychologische Aspekte und die Selbstwahrnehmung der Entscheidungsträger in fusionierenden Unternehmen für die Marktmacht fusionierter Unternehmen haben. Dabei zeigte sich, daß sowohl die fusionierenden als auch die nicht fusionierenden Spieler die Spielsituation offenbar psychologisch anders wahrnehmen, als sie sich entsprechend der spieltheoretischen Charakterisierung der Situation ergeben würde.

Huck und Konrad (FS IV 01-12) untersuchen in einem internationalen Zusammenhang die Bedeutung von strategischer Handelspolitik für die Profitabilität von Unternehmensfusionen. Die Analyse behandelt das Fallbeispiel der Fusion von Boeing und MacDonnell-Douglas, aber auch verschiedene spieltheoretische Marktszenarien (Cournot, Bertrand, Promotional Competition, R&D-competition etc.) Es zeigt sich, daß unter Bedingungen strategischer Außenhandelspolitik nationale Fusionen profitabler sind als unter Freihandelsbedingungen, und daß ähnliche Profitabilitätseffekte für internationale Unternehmensaufkäufe nicht auftreten.

Projekt 3: Optimalität von föderalen Einnahmetransfermechanismen
Kai A. Konrad

Mit seinem jüngsten Urteil zum Länderfinanzausgleich hat das Bundesverfassungsgericht eine grundlegende Reform des Länderfinanzausgleichs angemahnt. Der derzeit erfolgende Reformprozeß ist aus finanzwissenschaftlicher und aus politökonomischer Perspektive von großem Interesse. Konrad und Seitz (FS IV 01-20) haben die Problematik des optimalen Risikoausgleichs zwischen den deutschen Bundesländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs genauer betrachtet. Dabei wurde zunächst eine empirische Abschätzung des Risikokonsolidierungspotentials eines Transfermechanismus zwischen den Bundesländern vorgenommen.

Risiko

Es zeigte sich, daß das Konsolidierungspotential hinsichtlich kurzfristiger Schwankungen des Ländersozialprodukts sehr gering ist, daß aber langfristige Entwicklungen innerhalb der Länder korreliert sind und es deshalb bezogen auf Zeiträume von zehn bis 20 Jahren Möglichkeiten der Risikokonsolidierung durch einen Länderfinanzausgleich gibt. Den Vorteilen des Risikoausgleichs durch einen Transfermechanismus stehen aber negative Anreizwirkungen des Transfermechanismus gegenüber.

Die Kernaussage der Arbeit ist, daß der optimale Transfermechanismus die marginalen Risikokonsolidierungsvorteile und die marginalen Anreiznachteile eines entsprechenden Transfermechanismus die relative Bevölkerungszahl in den einzelnen Bundesländern berücksichtigen muß. Die Arbeit charakterisiert den in dieser Hinsicht optimalen Transfermechanismus und kommt zu dem Ergebnis, daß die in Deutschland, aber auch die in anderen föderalen Staaten existierenden Transfermechanismen die betreffenden Optimalitätseigenschaften nicht aufweisen.

Projekt 4: Geographie der Familie
Kai A. Konrad

Kinder tragen zum Wohlergehen ihrer Eltern in vielfältiger Weise bei: angefangen mit Besorgungen über häufige Besuche und gemeinsame Aktivitäten mit den Eltern bis hin zu konkreten Pflege- und Dienstleistungen im elterlichen Haushalt. Gelegentliche Besuche bei den Eltern machen Kinder nicht ungern. Indes übersteigt, so haben Soziologen in den 70er Jahren herausgefunden, der Wunsch der Eltern nach solchen gemeinsamen Aktivitäten mit fortschreitendem Alter der Eltern und Kinder den entsprechenden Wunsch der Kinder. Besonders wenn Kinder Geschwister haben, entsteht ein interssantes Problem strategischer Interaktion.

Ein Kind, dem das Wohlergehen der eigenen Eltern am Herzen liegt, möchte, daß den eigenen Eltern viel Aufmerksamkeit widerfährt, bevorzugt aber möglicherweise, daß diese Aufmerksamkeit überwiegend nicht von ihm selbst, sondern vor allem von seinen Geschwistern geleistet wird. Diese Überlegung wird in einer Arbeit von Konrad, Künemund, Lommerud und Robledo (FS IV 01-16) erörtert. Sie fragen, wie Geschwisterkinder in Familien mit zwei Kindern durch ihre Wohnortentscheidungen gegenüber den Eltern und Geschwistern auf die gesamten Besuchs- und Aufmerksamkeitsleistungen und auf die Aufteilung dieser Leistungen auf die Geschwister Einfluß nehmen können.

„Flucht vor der Verantwortung? Berliner Forscher unterstellen Erstgeborenen strategische Gründe, wenn sie einen Wohnort wählen, der weit weg von den eigenen Eltern ist. ...

Die einen tun es aus Liebe, die anderen, weil sich ihnen fern der Heimat bessere berufliche Chancen bieten: Es gibt viele Gründe, den Ort, an dem man aufgewachsen ist, zu verlassen. Ein weiterer Grund sind die alten Eltern – das gilt jedenfalls für manche Erstgeborene.

Ein internationales Team aus Ökonomen und Soziologen unter Federführung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) will in einer Studie festgestellt haben, dass Mobilität auch von der Stellung in der Geschwisterreihe abhängen kann."

Psychologie heute
Juni 2002

Der Zweitgeborene

Die zentrale Überlegung knüpft an den Sachverhalt an, daß ein Geschwisterkind um so weniger zu diesen Leistungen beiträgt, je weiter es von den Eltern weg wohnt, und zwar im Hinblick auf seine absolute Entfernung von den Eltern als auch im Hinblick auf die Entfernung im Vergleich zur Entfernung zwischen Eltern und den Geschwisterkindern. Der Erstgeborene schafft mit seinem Wegzug einen Sachverhalt, bei dem glaubhaft ist, daß er nicht maßgeblich zur Fürsorge beitragen wird, und veranlaßt damit den Zweitgeborenen, sich in seine Rolle zu fügen und nahe bei den Eltern zu bleiben.

Dieser Zusammenhang führt zur Vorhersage, wonach in vielen Familien die Erstgeborenen weit von den Eltern entfernt wohnen, während die Letztgeborenen nahe bei den Eltern bleiben. Interessant ist die Frage, ob ein solcher Zusammenhang wirklich die Überlegungen von Kindern bei ihrer Entscheidung über ihren zukünftigen Wohnort beeinflußt. Immerhin gibt es viele andere private und berufliche Gründe, die für die Wohnortentscheidung in einer konkreten Situation mitverantwortlich oder ausschlaggebend sein können. Deshalb besteht die eigentlich interessante Forschungsfrage darin zu untersuchen, ob die theoretischen Vorhersagen sich im Verhalten von Kindern manifestieren.

Um dies zu prüfen, haben die Autoren die sogenannten FALL-Daten aus einer repräsentativen Befragung ausgewertet, in der 5.000 ältere Haushalte in Deutschland ausgewählt wurden und über ihre Lebensumstände, ihre Kinder, die Wohnortentscheidung ihrer Kinder und eine Reihe anderer sozioökonomischer Größen befragt wurden. Als Ergebnis einer geeigneten ökonometrischen Schätzung, in der andere mögliche Erklärungsfaktoren für die Wohnortentscheidung der Kinder (z.B. deren Einkommen/Beruf, Geschlecht, Familienstand) berücksichtigt werden, zeigt sich als robuster Tatbestand, daß Erstge-

borene bei ansonsten gleichen persönlichen Charakteristika weiter entfernt als Zweitgeborene ihren Wohnort gewählt haben. Dabei ist der Effekt, den die Geburtsfolge auf die Wohnortentfernung ausübt, von der gleichen Größenordnung wie das Kriterium, ob ein Kind eine eigene Familie gegründet hat oder nicht.

Projekt 5: Information und Selbsteinschätzung auf Märkten

Daniel Krähmer

Unvollständige und asymmetrische Informationen sind entscheidende Merkmale ökonomischer Transaktionen. Wenn Marktteilnehmer nur unvollständig oder nicht alle im selben Maße informiert sind, ist die Leistungsfähigkeit von Märkten eingeschränkt. In dem Projekt werden beispielhaft Auswirkungen und Korrekturmöglichkeiten von solchen Informationsexternalitäten analysiert. Drei Teilaspekte werden untersucht.

Verbraucherinformation

Bei vielen Gütern lernt man erst dadurch, daß man sie ausprobiert, ob sie von hoher oder geringer Qualität sind. Solche Güter werden als Erfahrungsgüter bezeichnet. Typische Beispiele sind Güter, die neu eingeführt werden. In einem Markt, in dem ein Anbieter eines Erfahrungsguts mit einem Anbieter eines bekannten Alternativguts konkurriert, ist neben der Qualität des Alternativguts und der Preise für die Kaufentscheidung ausschlaggebend, wie gut die Verbraucher über die Qualität des Erfahrungsguts informiert sind.

Interessanterweise zeigt sich, daß eine verbesserte Verbraucherinformation sich ungünstig auf die Verbraucher auswirken kann. Wenn nämlich bekannt wird, daß das Erfahrungsgut besonders hochwertig ist, erlangt der Anbieter des Erfahrungsguts eine Monopolstellung und kann die Preise zum Nachteil der Verbraucher erhöhen. Analog erlangt im Fall, daß das Erfahrungsgut minderwertig ist, der Anbieter des Alternativguts die unerwünschte Monopolstellung. Diese Theorie liefert einen Beitrag zur Diskussion von Verbraucherinformation und Verbraucherschutz.

Turniermärkte

Die Einschätzung der eigenen Stärke spielt bei vielen ökonomischen Entscheidungen eine wichtige Rolle. So wird vielfach das Beenden der aktiven Arbeitsplatzsuche auf Entmutigungs- und Frustrationserscheinungen zurückgeführt („discouraged worker effect"). Umgekehrt deuten empirische Befunde auf eine systematische Selbstüberschätzung von Topmanagern hin, die ihrerseits für die Frage nach den Gründen von Unternehmensfusionen und deren Folgen von Bedeutung ist.

In diesem Teil des Projekts wird die Rolle der Selbsteinschätzung für die Gewinnwahrscheinlichkeiten in Turniermärkten untersucht. Wenn die Einsatzbereitschaft mit der eigenen Stärke zunimmt, wird eine höhere Selbsteinschätzung die Einsatzbereitschaft erhöhen. Dies wiederum erhöht die Gewinnwahrscheinlichkeit und führt zu einer höheren Anzahl von Erfolgen. Eine hohe Selbsteinschätzung kann sich somit selbst verstärken und intrinsische Schwächen ausgleichen.

Wissen

Häufig ist Wissen innerhalb von Organisationen dezentral verteilt. Ein Konflikt entsteht, wenn diejenigen, die über relevantes Wissen verfügen, nicht dieselben Interessen haben wie die Organisation als ganzes. So wissen vielfach die Betroffenen einer Organisationsumstruktierung am besten über Notwendigkeit und richtiges Ausmaß einer Umstrukturierungsmaßnahme Bescheid. Gleichzeitig sind sie als Betroffene aber möglicherweise nicht an Veränderungen interessiert. Sie werden ihre Information also nur ungern den verantwortlichen Entscheidungsträgern zur Verfügung stellen, weil sie antizipieren, daß die Information letztlich zu ihrem Nachteil verwendet wird. Somit bleiben die Verantwortlichen möglicherweise nur unzureichend informiert und treffen eine aus Sicht der Organisation ungünstige Entscheidung.

Ausgehend von diesem Problem wird in diesem Teil des Projekts untersucht, ob eine Organisation ihre Entscheidungen verbessern kann, indem sie Entscheidungsbefugnisse an Betroffene abtritt. Zwar geht damit die Gefahr einher, daß die Betroffenen ihre Verfügungsgewalt mißbrauchen. Allerdings kann dadurch die Expertise der Betroffenen verfügbar gemacht werden. Letzteres kann dazu führen,

daß Delegation tatsächlich sinnvoll sein kann. Allerdings muß hierfür gewährleistet sein, daß Organisations- und Privatinteresse nicht zu weit auseinanderliegen.

Projekt 6: Kollektives Rent-Seeking

Johannes Münster

Unter „Rent-Seeking" versteht man in der ökonomischen Literatur Aktivitäten in Verteilungskonflikten, die den gesellschaftlichen Wohlstand nicht vermehren, sondern nur die Verteilung im Sinne des jeweiligen Akteurs beeinflussen. Die Kosten derartiger Aktivitäten können beträchtlich sein und sind aus sozialer Sicht vergeudet. Eine wichtige Einsicht der ökonomischen Theorie derartiger Konflikte ist, daß die genaue Ausgestaltung des Wettkampfs einen entscheidenden Einfluß darauf hat, in welchem Ausmaß es zu der sozial unerwünschten Ressourcenvergeudung durch Rent-Seeking kommt.

Häufig betreiben Individuen nicht isoliert, sondern in Gruppen Rent-Seeking. Dadurch erhält der Verteilungskonflikt zwei Dimensionen – es steht sowohl die Aufteilung zwischen den Gruppen als auch innerhalb der jeweiligen Gruppe auf dem Spiel. In dem Projekt „Rent-Seeking durch Gruppen" untersucht Johannes Münster beispielhaft die Frage, ob es sinnvoll ist, die beiden Dimensionen des Konflikts zeitlich auseinanderzuziehen, so daß der Verteilungskonflikt innerhalb der Gruppen erst beginnt, wenn der Verteilungskonflikt zwischen den Gruppen bereits entschieden ist. Oder sollten die beiden Konflikte besser simultan stattfinden?

Organisation

Ein erstes Teilergebnis besagt, daß bei kleinen Gruppengrößen ein sequentieller Ablauf von Vorteil ist. Der Grund dafür ist, daß die Individuen bei einem sequentiellen Ablauf einen geringeren Aufwand im Konflikt zwischen den Gruppen betreiben, da sie antizipieren, daß ein größerer Gewinn für die eigene Gruppe zu einer Intensivierung des Verteilungskonflikts innerhalb der eigenen Gruppe führen wird. Die Untersuchung ist von Bedeutung für Fragen der optimalen Gestaltung von Föderationen und der optimalen Organisation von Unternehmen.

Projekt 7: Anreizstrukturen innerhalb von Gesundheitssystemen

Robert Nuscheler

Im Projekt „Theoretische und empirische Analysen der Anreizstrukturen innerhalb von Gesundheitssystemen" werden die optimale Vergütung von ärztlichen Leistungen, die Effizienz von Impfprogrammen und der Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und Krankenkassenwahl bzw. -wechsel untersucht.

Vergütung

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Wettbewerbsverhalten von niedergelassenen Ärzten oder auch von Krankenhäusern bei Abwesenheit von Preiswettbewerb. Entfällt der Preis als strategische Variable, um Marktanteile zu gewinnen, verlagern die Ärzte den Wettbewerb auf andere strategische Variablen, wie etwa die Qualität der angebotenen Leistung. Die Standorts- und Markteintrittsentscheidung spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine entscheidende Rolle. Möchte der Regulator das soziale Optimum implementieren, so benötigt er zwei Regulierungsvariablen: den Preis und eine geeignete Markteintrittsbeschränkung. Verzichtet er jedoch auf eine Begrenzung der Arztdichte, was in einigen Ländern der Fall zu sein scheint, verbleibt der Preis als einzige Stellgröße. Das soziale Optimum ist nun nicht mehr erreichbar.

Es zeigt sich, daß die zweitbeste Preispolitik nicht zeitkonsistent ist. Im Gleichgewicht ohne Selbstbindung ergibt sich eine zu hohe Arztdichte mit zu geringer medizinischer Qualität. Läßt man Preiswettbewerb zu, verzichtet man also vollständig auf eine Regulierung des Markts, dann stellt sich das gleiche Gleichgewicht ein wie bei optimaler zeitkonsistenter Vergütung. Das Marktergebnis läßt sich also auch nicht durch mehr Wettbewerb verbessern.

Impfungen

Betrachtet wird eine von Mensch zu Mensch übertragbare Krankheit, für die ein Impfstoff erhältlich ist. Läßt sich ein Individuum impfen, so hat dies zwei Effekte: Einerseits ist das Individuum immun und kann selbst nicht mehr erkranken, andererseits kann es die Krankheit auch nicht mehr übertragen. Impfungen sind also stets mit einem positiven externen Effekt verbunden. Da dieser in der Regel

nicht internalisiert wird, sind zu niedrige Durchimpfungsraten zu erwarten.

Ein monopolistischer Anbieter eines Impfstoffs kann sich nun den externen Effekt zunutze machen, indem er das Angebot verknappt. Dadurch ergibt sich eine erhöhte Ansteckungswahrscheinlichkeit, was eine Erhöhung der Zahlungsbereitschaft für Impfungen zur Folge hat. Eine Subventionierung kann die Verzerrungen, die durch den externen Effekt und das Monopol entstehen, nur bedingt lösen. Das gleiche gilt für Impfprogramme. Die Effizienz der Impfprogramme läßt sich jedoch erhöhen, wenn sie gezielt eingesetzt werden, beispielsweise für Arme.

Krankenkassen

Mit dem Gesundheitsstrukturgesetz von 1993 hat der Gesetzgeber den Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erheblich verstärkt. So ist es allen Versicherten seit dem 1. Januar 1996 möglich, ihre Krankenkasse (im wesentlichen) frei zu wählen. Da die Krankenkassen zu dieser Zeit eine erheblich voneinander abweichende Risikostruktur aufwiesen, wurde am 1. Januar 1994 der Risikostrukturausgleich (RSA) eingeführt. Komparative Vorteile aufgrund der Mitgliederstruktur sollten so ausgeglichen werden. In verschiedenen Gutachten der letzten Jahre wurde die Vollständigkeit des RSA angezweifelt.

In diesem Teil des Projekts werden Daten des Sozio-oekonomischen Panels für den Zeitraum von 1995 bis 2000 verwendet, um zu prüfen, ob es adverse Selektion in der GKV gibt. Es wird gezeigt, daß der Gesundheitszustand die Wahrscheinlichkeit eines Wechsels zu einer Betriebskrankenkasse (BKK) signifikant positiv beeinflußt. Somit ist der RSA im Hinblick auf die BKK-Wechsler unvollständig. Es ist daher angezeigt, die bisher im RSA verwendeten Variablen Alter, Geschlecht, Krankengeldanspruch und Arbeitsunfähigkeit um eine Gesundheitsvariable zu erweitern. Dies könnte der zur Zeit diskutierte morbiditätsorientierte RSA leisten.

Projekt 8: Risikosteuerung und Produktinnovation
Manfred Fleischer

Das Management von Produktrisiken ist eine der zentralen Herausforderungen des globalen Wettbewerbs. In diesem Projekt wird untersucht, welche unterschiedlichen Governance-Systeme – d.h. welche Regeln und Institutionen – in der EU, in Japan und in den U.S.A. beim Risikomanagement von Chemieprodukten eingesetzt werden, um den Schutz von Gesundheit und Umwelt bei der Herstellung und Nutzung dieser Produkte zu gewährleisten, und wie sich diese Systeme auf die Innovationsleistung der chemischen Industrie auswirken.

Chemische Industrie

In der chemischen Industrie beeinflussen beispielsweise die gesetzlichen Vorschriften, die für die Herstellung und Markteinführung neuer chemischer Stoffe gelten (Chemikaliengesetz), erheblich die Entwicklungskosten und Markteinführungszeiten. Die entscheidende Frage ist, ob die Regulierungsziele – Mensch und Umwelt zu schützen – effizient erreicht werden. In einem von der EU-Kommission geförderten Vergleich der sehr unterschiedlichen Neustoffregulierungen in der EU, in Japan und den U.S.A. wurde untersucht, welche direkten und indirekten Wirkungen zu beobachten sind und welche Unterschiede in der Innovationsleistung dieser Regionen auf Unterschiede in den Regulierungsansätzen zurückzuführen sind (Fleischer, Kelm und Palm 2000).

Darüber hinaus wird im Projekt der Frage nachgegangen, ob nationale Gesetzgeber mit dem Chemikalienrecht in einem Regulierungswettbewerb um

„The European Union's regulatory framework for new chemicals is stifling innovation, and puts the chemical industry here at a significant competitive disadvantage to its international competition. This is the finding of a European Commission report prepared by WZB in Germany."

European Chemical News
5-11 March 2001

mobile Produktionsfaktoren wie Kapital konkurrieren (Fleischer 2001). Es wird überprüft, ob der Prozeß der Globalisierung zu einer kreativen Suche nach effizienterem und effektiverem Chemikalienrecht führt und damit langfristig einen harmonisierungsähnlichen Effekt dieses Rechts bewirkt oder ob die Gegenthese gilt, daß der Wettbewerb der Staaten im Globalisierungsprozeß ein „race to the bottom" in sich birgt, d.h. eine Abwärtsentwicklung zu niedrigeren Sicherheitsstandards bewirkt. Dabei werden Aussagen zur Struktur und zu den Wirkungen der Neustoff-Regulierung des Chemikalienrechts theoretisch abgeleitet und empirisch überprüft. Die empirische Analyse stützt sich auf einen Vergleich der Rechtsvorschriften und eine eigens für die Analyse aufgebaute Datenbank mit Daten aus den Geschäftsberichten europäischer, japanischer und amerikanischer Chemieunternehmen.

Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel"

Grundlagen

Das Forschungsprogramm konzentriert sich auf die Entstehung und Erhaltung von wettbewerbsfähigen Strukturen in einem sich weltweit verändernden wirtschaftlichen Umfeld. Da der Wettbewerb immer stärker in Märkten stattfindet, die dem klassischen Modell der vollständigen Konkurrenz nicht mehr entsprechen (New Economy), erfordert dies neue Strategien für Industrie und Politik auf nationaler und besonders auch auf europäischer Ebene.

Der Forschungsansatz rückt die Beurteilung von wettbewerbsfähigen Marktstrukturen in den Mittelpunkt, wobei die Verbindung von modernen industrieökonomischen Erkenntnissen und empirischer Forschung eine grundlegende Komponente darstellt.

Das Programm ist in vier Kernbereiche untergliedert, die mehrere wichtige Schnittstellen aufweisen:

(1) Wettbewerbspolitik und Fusionskontrolle: Analyse nationaler und internationaler wettbewerbspolitischer Steuerungsinstrumente.

(2) Inputmärkte und Wettbewerbsfähigkeit: Beurteilung wettbewerbsfähiger Marktstrukturen am Beispiel von Arbeitsmärkten.

(3) Politik und Markt: Politökonomische Analyse wirtschaftspolitischer Entscheidungsprozesse am Beispiel von Arbeitsmärkten und Infrastrukturinvestitionen.

(4) Technischer Fortschritt: Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen der Beschleunigung des technischen Fortschritts und grundlegender Änderung der Kostenstruktur.

Wie Abbildung 1 veranschaulicht, befaßt sich das Forschungsprogramm der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel" mit dem Zusammenspiel von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf das Marktgeschehen. Dabei werden sowohl betriebs- als auch volkswirt-

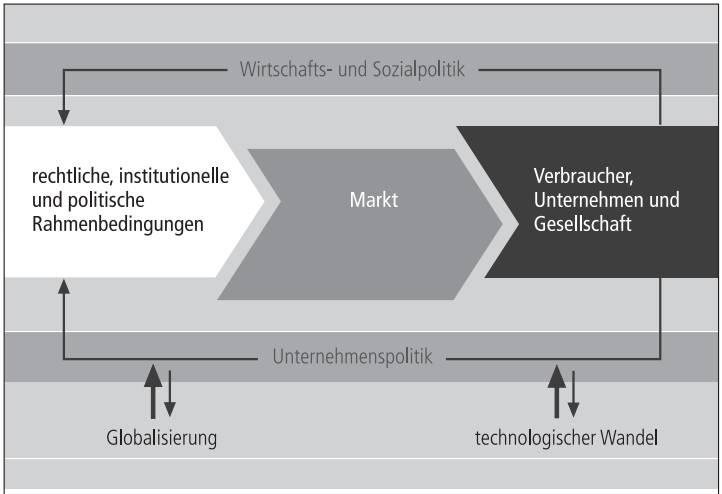


Abbildung 1
Forschungsstruktur der Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel"

schaftliche Ansätze angewendet. Ein weiterer Gesichtspunkt der Forschung ist die Betonung einer Wechselwirkung zwischen politischen Entscheidungen und Marktergebnis.

Des weiteren rücken zwei bestimmende Aspekte in den Vordergrund. Einerseits verändert die Internationalisierung des wirtschaftlichen und sozialen Geschehens die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats. Andererseits führt der enorme technologische Fortschritt zu Marktbedingungen, die dem klassischen Marktmodell immer weniger entsprechen.

Forschungsbereich 1: Wettbewerbspolitik und Fusionskontrolle

Tomaso Duso, Paul Heidhues, Jos Jansen, Rainer Nitsche, Lars-Hendrik Röller, Ralph Siebert, Christian Wey, Zhentang Zhang und Christine Zulehner

In diesem Bereich werden die nationale und internationale Wettbewerbspolitik und die Fusionskontrolle mit industrieökonomischen Methoden untersucht. Daneben werden institutionelle Fragestellungen, wie etwa die Transparenz und Unabhängigkeit von Wettbewerbsbehörden, analysiert. Weitere Themen sind die Fusionspolitik, die Rolle der Wettbewerbspolitik in der New Economy und die internationale Koordination zwischen Wettbewerbsbehörden.

Projekt 1: Fusionstheorie und Fusionskontrolle

Kartellbehörden

Damien Neven (University of Lausanne) und Lars-Hendrik Röller (2000a und FS IV 00-14) sowie Lars-Hendrik Röller und Christian Wey (2001) beschäftigen sich mit der Internationalisierung der Fusionsaktivitäten und dem hiermit einhergehenden Konfliktpotential, das dadurch entsteht, daß ein Fusionsfall von mehreren Kartellbehörden beaufsichtigt wird. Offen zutage getretene Konflikte in Fällen wie Boeing/McDonnell Douglas und General Electric/Honeywell zeigen, daß noch keine hinreichende Übereinstimmung bei der Einschätzung marktbeherrschender Fusionen zwischen der EU-Kommission und den US-Antitrustbehörden besteht. Damit stellt sich die Frage, ob und inwiefern durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der Ökonomien Konflikte zwischen Kartellbehörden wahrscheinlicher werden.

Neven und Röller (FS IV 00-14) kommen zu dem Ergebnis, daß Globalisierung tendenziell zu einer Angleichung der Einschätzung des „relevanten Markts" führt und insofern Konflikte verringern hilft. Eine solche Einschätzung wird allerdings konterkariert, wenn die Wettbewerbsbehörden als Instrument nationaler Industriepolitik eingesetzt werden. Röller und Wey (2001) argumentieren, daß auch die zu-

„Ein internationales Regelwerk oder die Einrichtung einer Art ‚Welt-Kartell-Behörde' wären sinnvoll, damit sich die Weltwirtschaft weiter entwickeln kann. Das ist ein wesentliches Ergebnis des im Dezember vorgelegten ‚Jahrbuchs 2001' des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), das sich mit den Rahmenbedingungen der neuen Weltwirtschaft befaßt."

Berliner Wirtschaft
Januar 2002

nehmende Bedeutung der New Economy, die sich durch ausgeprägte Monopolisierungstendenzen auszeichnet, eher zu einer Verschärfung der Konflikte zwischen den Wettbewerbsbehörden beiträgt.

Effizienzgewinne

Empirische Arbeiten zeigen, daß durch Fusionen erhebliche Effizienzgewinne entstehen können (siehe Gugler et al., FS IV 01-21). Die erhoffte Ausnutzung von Synergien ist neben dem Monopolisierungsvorteil die wichtigste Ursache für Unternehmenszusammenschlüsse (siehe hierzu auch Inderst und Wey, FS IV 01-24). Die Frage jedoch, ob und wie Kartellbehörden solche unternehmensseitigen Synergien in Betracht ziehen sollen, wenn über eine marktbeherrschende Fusion zu entscheiden ist, bleibt im wesentlichen unbeantwortet. In den EU-Vorschriften zur Fusionskontrolle wird eine Effizienzverteidigung explizit nicht erwähnt (im Gegensatz zu den Fusionsrichtlinien der US-Kartellbehörden).

Mit diesem Defizit haben sich Lars-Hendrik Röller, Johan Stennek (Research Institute for Industrial Economics, Stockholm) und Frank Verboven (Universität Antwerpen) auseinandergesetzt. Die Arbeit faßt den Stand der Forschung zu diesem Thema zusammen, bietet einen Vergleich der Handhabung von Effizienzen in sieben OECD-Ländern und mündet in einem konkreten Vorschlag eines zweistufigen Revisionsprozesses, der im zweiten Schritt für „große" Fusionen Regeln einer expliziten Effizienzverteidigung formuliert (FS IV 00-09).

Einzelhandel

Fusionen monopolisieren nicht nur das Angebot, sondern auch die Nachfrage auf Zulieferermärkten. Inderst und Wey (FS IV 00-12 und 01-19) entwikkeln einen Modellrahmen für multilaterale Verhandlungen in bilateralen Oligopolen, um die Fusions- und Technologiewahlanreize der Unternehmen sowie deren Wohlfahrtswirkungen zu untersuchen. Der wichtigste Anwendungsbereich sind die Firmenbeziehungen zwischen Einzelhandelsketten und Herstellerfirmen.

Die Untersuchung kommt unter anderem zu dem Ergebnis, daß die aktuellen Konzentrationsprozesse im europäischen Einzelhandel Zulieferer ermuntert, Technologien mit höheren Skalenvorteilen zu installieren. Hierdurch stellen sich insbesondere die Verbraucher besser. Für die kartellrechtliche Einschätzung von Fusionen zwischen Einzelhandelsketten ergibt sich daher, daß Wettbewerbsbehörden die durch „Käufermacht" entstehenden Effizienzvorteile gegen die Monopolisierung von Absatzgebieten abwägen müssen.

Projekt 2: Netzwerkindustrien

In der Forschung zu Netzwerkindustrien werden häufig bestimmte Eigenschaften hervorgehoben. So sind einige Netzwerkindustrien durch hohe spezifische Investitionen in Infrastruktur gekennzeichnet. Beispiele sind die Telekommunikation, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und der Schienenverkehr. Es ist mittlerweile allgemein akzeptierte Auffassung, daß diese Märkte zwar liberalisiert und dereguliert werden sollten, jedoch eine Restregulierung für den Bereich des Netzzugangs zumindest temporär bestehen bleiben sollte.

Andere Netzwerkindustrien weisen jedoch geringe spezifische Investitionen auf. Dazu gehören die Postdienstleistungen, der lokale Nahverkehr und auch der Luftverkehr. Für derartige Märkte wird häufig eine vollständige Deregulierung gefordert, da die normale Ex-post-Wettbewerbskontrolle ausreichend sei. Ein solcher Ansatz wird durch die Theorie der bestreitbaren Märkte gestützt. Diese lehnt eine sektorspezifische Regulierung eines Netzmonopolisten selbst bei Skalenerträgen und Größenvorteilen ab, wenn die netzspezifischen Marktzutrittskosten relativ gering sind. In diesem Fall muß der Monopolist einen relativ geringen Preis setzen, um den Marktzutritt erfolgreich abwehren zu können. Da die spezifischen Markteintrittskosten in Netzökonomien wie Post, Flug- und Nahverkehr anerkannt gering sind, wäre in diesen Sektoren also auch die Abwesenheit von aktivem Wettbewerb noch kein Grund, ein besonderes Eingreifen oder einen besonderen Regulierungsrahmen zu fordern, da bereits der potentielle Wettbewerb ein wohlfahrtsökonomisch wünschenswertes Ergebnis erzwingt.

Multimarktindustrien

In seiner Dissertation „Competition Policy in Multimarket Industries" stellt Rainer Nitsche eine andere Eigenschaft von Netzwerkindustrien in den Untersu-

chungsmittelpunkt: Die Dienstleistungen in einem Netzwerk sind zeitlich und räumlich differenziert, und die Unternehmen operieren entsprechend in mehreren Märkten gleichzeitig (vgl. dazu auch Nitsche 2001). Es wird gezeigt, daß die Theorie der bestreitbaren Märkte die Marktentwicklung in diesen Referenzmärkten nicht befriedigend erklären kann. Es wird ein alternativer Ansatz vorgestellt, bei dem die Vermutung im Vordergrund steht, daß Multimarktunternehmen durch die Verknüpfungen zwischen Märkten sowohl effektive Markteintrittsbarrieren aufbauen als auch den Wettbewerb untereinander einschränken können. Ein zentrales Argument in diesem Zusammenhang ist, daß in Multimarktindustrien eine lokale Investition in aggressives (Verdrängungs-)Verhalten – aufgrund der dadurch erzeugten Markteintrittsbarrieren in den anderen Märkten – zur glaubhaften Drohung werden kann.

An die Stelle des Wettbewerbs in Märkten tritt dann der (Expansions-)Wettbewerb um Märkte, was zur Erklärung der beachtlichen Fusionen in diesen Industrien beitragen kann. Diese Fusionen sind jedoch meist nicht im Interesse der Konsumenten. Eine vor diesem Hintergrund durchgeführte Analyse der Eingriffsmöglichkeiten der Wettbewerbsbehörden zeigt, daß die herkömmlichen wettbewerbspolitschen Instrumente oft nicht greifen, da sie auf Veränderungen der Wettbewerbsintensität in einem lokalen Markt abstellen. Tatsächlich steigert jedoch die zunehmende Größe des Unternehmens die Anreize für lokal agressives Verhalten.

Alternativ kann natürlich auch lokal aggressives Verdrängungsverhalten direkt unterbunden werden. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, daß die herkömmlichen Instrumente zur Bekämpfung von Verdrängungspreisverhalten die strategische Reaktion der Unternehmen vernachlässigt. Wird diese berücksichtigt, so kann gezeigt werden, daß die alteingesessenen Unternehmen einen Anreiz haben, ihre Märkte dadurch zu schützen, daß der Produktraum strategisch gefüllt wird. Im Verkehrskontext kann beispielsweise der Bedienungstakt derart angehoben werden, daß ein profitabler Markteintritt nicht mehr möglich ist. Oft ist eine solche „product proliferation“ nicht im Interesse der Wohlfahrt.

Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit und industrieller Wandel“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Xenia Dickscheit	2000
Tomaso Duso, Dottore in Economia	1998
Bianca Faber	1978
Tseveen Gantumur	2001
Paul Heidhues Ph.D. in Economics	1998
Jos Jansen Ph.D. in Economics	1998
Diplom-Volkswirtin Astrid Jung	2001
Johan Lagerlöf, Ph.D. in Economics	1998
Dr. Dr.-Ing. Talat Mahmood, Diplom-Informatiker	1981
Diplom-Volkswirt Rainer Nitsche, M.Sc. in Economics	1999
Olaf W. Reimann	1996
Professor Lars-Hendrik Röller, Ph.D. in Economics	1994
Dr. Ralph Siebert, Diplom-Volkswirt	1994
Dr. Christian Wey, Diplom-Kaufmann, M.A. in Economics	1998
Christopher Xitco	1998
Zhentang Zhang Ph.D. in Economics	1995
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Stephanie Aubert	1998–2000
Diplom-Ökonom Getachew Bekele B.A.	1998–2000
Diplom-Kauffrau Annekathrin Bell	1997–2000
Eva Eszes	1995–2000
Diplom-Volkswirt Achim Kemmerling	1998–2000
Christiane Loycke	1978–2000
Diplom-Volkswirtin Martina Samwer	1999–2000
Diplom-Volkswirt Stephan Scheinert	1998–2000

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Vertikale Integration

Ein weiteres Forschungsvorhaben im Bereich der Netzwerkindustrien bezieht sich auf die Anreize zur vertikalen Integration von Unternehmen. Jos Jansen zeigt in einer theoretischen Analyse, daß die Koexistenz von vertikal integrierten und getrennten Unternehmen in solchen Industrien möglich ist (FS IV 00-16). Ein vertikal getrenntes Unternehmen wägt die fixen Vertragskosten gegen den strategischen Vorteil eines Vertrags mit gespaltenem Tarif und exklusiven Vertriebsrechten mit dem nachgelagerten Unternehmen ab. Die Koexistenz der beiden Organisationsformen im Gleichgewicht entsteht, wenn den nachgelagerten Cournot-Oligopolisten, die fast perfekte Substitute produzieren, beobachtbare und nicht nachverhandelbare Verträge angeboten werden. Wenn Koexistenz besteht, könnte die Wohlfahrt durch eine Reduktion der Anzahl der vertikal getrennten Unternehmen erhöht werden.

Projekt 3: Industrieanalyse, Marktstruktur und die Messung von Marktmacht

Bisherige empirische Studien über Preis-Kosten-Margen nehmen die Kosten oftmals als exogen an. Das Projekt von Neven, Röller und Zhang konzentriert sich auf die Endogenisierung der Kosten bei der empirischen Schätzung von Preis-Kosten-Margen. Methodisch führt die Endogenisierung der Kosten zu einer weiteren Gleichung, die die Simultanität zwischen Produktmarkt und Inputmärkten (in diesem Fall der Arbeitsmarkt) ausdrückt. Somit wird das gewöhnliche Zwei-Gleichungssystem (Nachfrage und Optimalitätsbedingung im Produktmarkt) erweitert durch die Einbeziehung einer weiteren Gleichung, der Kostengleichung. Am Beispiel der europäischen Flugindustrie (1976–1994) wird unter Zuhilfenahme des Modells gezeigt, daß die Endogenisierung von Kosten wichtige Implikationen für die Messung von Preis-Kosten-Margen und Marktmacht besitzt.

Lerneffekte

Ralph Siebert untersuchte in seiner Dissertation (2000), inwieweit Lerneffekte in Produktionsprozessen Auswirkungen auf die Marktstruktur besitzen. Es ist bereits bekannt, daß Lerneffekte im Einzelproduktmarktwettbewerb die Unternehmen veranlassen, gegenwärtig überzuproduzieren, um in der Zukunft Kostenvorteile zu erzielen. Dieses Phänomen kann Gefahren des Verdrängungswettbewerbs nach sich ziehen. Die Studie konzentriert sich insbesondere darauf, wie die Berücksichtigung des Multiproduktmarktwettbewerbs die Messung von Lerneffekten, Marktstruktur und Marktmacht beeinflußt.

Anhand eines strukturellen ökonometrischen Modells wird am Beispiel der Halbleiterindustrie gezeigt werden, daß negative Externalitäten das dynamische Preisverhalten der Unternehmen mit beeinflussen. Die Anpassung an einen Multiproduktmarktwettbewerb führt somit zu empirisch niedrigeren Lerneffekten und einem kompetitiveren Marktverhalten im Produktmarkt. Diese Ergebnisse können entscheidende Auswirkungen für zukünftige Wettbewerbsuntersuchungen besitzen.

Forschungsbereich 2: Inputmärkte und Wettbewerbsfähigkeit

Paul Heidhues, Lars-Hendrik Röller, Andreas Stephan, Christian Wey und Zhentang Zhang

In diesem Bereich wird der traditionelle industrieökonomische Ansatz erweitert, indem Inputmärkte berücksichtigt werden. So werden zum Beispiel Arbeitsmärkte als Inputmärkte unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs untersucht. Dies führt wiederum dazu, daß eine industrieökonomische und auch wettbewerbspolitische Analyse einer Branche ohne Berücksichtigung von Verhandlungsmacht auf Inputmärkten nicht überzeugen kann. Ein zweiter wirtschaftlich wichtiger Inputfaktor, der in diesem Forschungsbereich betrachtet wird, sind die staatlichen Investitionen in die Infrastruktur.

Projekt 4: Tarifverhandlungen und Märkte

Die Forschung im Rahmen dieses von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts konzentriert sich auf die Interaktion von zentralen Tarifverhandlungen und Produktmarktwettbewerb in oligopolistischen Märkten. Es werden sowohl grundlagentheoretische Arbeiten zur Entwicklung von Verhandlungsmodellen in bilateral oligopolistischen Industrien als auch angewandte Arbeiten,

die sich mit speziellen Arbeitsmarktinstitutionen auseinandersetzen, angefertigt.

Verhandlungstheoretische Arbeiten nehmen typischerweise an, daß Verhandlungen zwischen zwei (oder mehreren) Individuen stattfinden. In Arbeitsmärkten wird jedoch oft zwischen Gewerkschaften und Firmen verhandelt, also zwischen Gruppen von Individuen mit unterschiedlichen Präferenzen. Um auf verhandlungstheoretische Ergebnisse zurückgreifen zu können, modellieren angewandte Arbeiten im Bereich der Arbeitsmarktökonomie Gewerkschaften und Firmen als Spieler und nicht als Gruppen von Spielern.

Verhandlungsmodell

Vor diesem Hintergrund haben Suchan Chae und Paul Heidhues ein axiomatisches Verhandlungsmodell entwickelt, dessen Lösung als eine Verallgemeinerung der Nash-Verhandlungslösung angesehen werden kann (FS IV 01-15). In dem Verhandlungsmodell wird nicht angenommen, daß alle Spieler, die zu einer Verhandlungspartei gehören, homogene Präferenzen haben.

Chae und Heidhues zeigen, daß jede Gruppe als ein institutioneller Spieler mit einer „Gruppennutzenfunktion" interpretiert werden kann. Die Gruppennutzenfunktion ist dann das geometrische Mittel der Nutzenfunktion der Gruppenmitglieder. Folglich erlaubt das Modell auch heterogene Gruppen, wie Gewerkschaften, als einen einzelnen Spieler zu modellieren. Es kann als theoretische Fundierung der in der Arbeitsmarktliteratur beschriebenen Tarifverhandlungen angesehen werden.

John C. Harsanyi hat anhand eines einfachen Beispiels gezeigt, daß Spieler sich schlechter stellen können, wenn sie als Gruppe verhandeln (das sogenannte „joint-bargaining paradox" von Harsanyi). Harsanyis Beispiel ist ein reines Verhandlungsproblem, das heißt, ein Problem, in dem jeder Spieler nur dann einen Nutzengewinn erzielen kann, wenn sich alle Spieler einigen. Chae und Heidhues zeigen, daß eine abgewandelte Form des „joint-bargaining paradox" für alle reinen Verhandlungsprobleme gilt: Es gibt immer zumindest einen Spieler, der nicht von einer Gruppenbildung profitiert. Anhand eines einfachen Beispiels zeigen sie aber auch, daß es in komplexeren Verhandlungsproblemen profitabel sein kann, eine Gruppe zu formen.

In der Arbeitsmarktliteratur wird die Frage heftig debattiert, ob Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Monopolunternehmen als reine Lohnverhandlungen oder als effiziente Verhandlungen über Löhne und Arbeitsmenge modelliert werden sollen. Heidhues hat die Implikationen eines effizienten Verhandlungsmodells in einer duopolistischen Industrie untersucht (FS IV 00-11). Er hat gezeigt, daß es sich für Arbeitnehmer lohnt, eine Industriegewerkschaft zu gründen, wenn die Unternehmen substituierbare Güter herstellen. Die Bildung einer Industriegewerkschaft ist aus wettbewerbspolitischer Sicht jedoch höchst bedenklich, da sie zu einer Monopolisierung des Produktmarkts führt – unabhängig davon, ob Tarifverhandlungen zentral oder dezentral durchgeführt werden.

Im Gegensatz zu Modellen, in denen nur über Löhne verhandelt wird, lohnt es sich in einem effizienten Verhandlungsmodell für Unternehmen, auf die Gründung einer Industriegewerkschaft mit der Gründung eines Arbeitgeberverbands zu reagieren, da ein Arbeitgeberverband die Verhandlungsmacht gegenüber der Gewerkschaft erhöht. Heidhues argumentiert auch, daß in vielen empirischen Arbeiten über die Effizienz von Lohnverhandlungen die ökonometrischen Modelle nur dann richtig spezifiziert wären, wenn die Arbeitnehmer in reinen Firmengewerkschaften organisiert wären.

Tarif-Verträge

Justus Haucap (Universität der Bundeswehr Hamburg), Uwe Pauly (Ministerium für Wirtschaft des Saarlands) und Christian Wey (2000, 2001) untersuchen die Auswirkungen allgemeinverbindlicher Tarifabschlüsse. Arbeitgeberverbände haben unter bestimmten Bedingungen ein Interesse an allgemeinverbindlichen Tariflöhnen, um strategisch die Kosten der Konkurrenz überproportional zu erhöhen („raising rivals' costs"-Strategie).

Das Modell beleuchtet das Verhalten deutscher Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften und bietet eine Erklärung, warum sich beide Tarifparteien in Deutschland gegen eine Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung aussprechen, durch die kollektive Lohnabschlüsse den Charakter von Minimallöhnen annehmen. Die Analyse zeigt auch, daß die Organisation von Arbeitsmärkten entscheidenden Einfluß auf die Wettbewerbsintensität auf Gütermärkten hat, so daß der explizite Ausschluß des Arbeitsmarkts vom Geltungsbereich des Kartellrechts problematisch ist.

Projekt 5: Infrastrukturinvestitionen

Infrastrukturinvestitionen sind eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung der Wirtschaft und dienen damit dem wirtschaftlichen Wachstum, der Wettbewerbsfähigkeit und der Produktivität. In diesem Projekt wird der Einfluß traditioneller und moderner regionaler und überregionaler Infrastruktur auf das Wirtschaftswachstum, auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und auf die Beschäftigung untersucht.

Beispiele für die traditionelle Infrastruktur sind Verkehrsverbindungen (Straße, Schiene, Wasser, Luft) und Energieversorgungsnetze. Zur modernen Infrastruktur gehören Telekommunikations- und Informationstechnologien. Im Mittelpunkt steht die quantitative Analyse des Zusammenhangs zwischen diesen unterschiedlichen Formen von Infrastrukturinvestitionen und der wirtschaftlichen Entwicklung.

Straßen

Zwei Wirkungsweisen von Infrastruktur auf die private Produktion werden unterschieden. Erstens können Firmen öffentliche Infrastruktur gewissermaßen wie ein kostenloses „Zwischenprodukt" für die Produktion nutzen. Zweitens kann Infrastruktur ähnlich wie technischer Fortschritt die Produktivität der privaten Produktionsfaktoren erhöhen. Der theoretische Ansatz beruht auf einem politökonomischen Lobbyismus-Modell, da zu vermuten ist, daß große Firmen versuchen werden, Einfluß auf die politische Entscheidung der regionalen Allokation von Infrastrukturinvestitionen zu nehmen (vgl. Stephan 2001b). In der empirischen Analyse werden beide Wirkungen von Infrastruktur berücksichtigt.

Die empirischen Ergebnisse zeigen eine Korrelation zwischen dem Produktivitätswachstum im verarbeitenden Gewerbe und der Straßeninfrastruktur. Allerdings ist diese Korrelation im Querschnittsvergleich der Bundesländer stärker ausgeprägt als im Zeitverlauf. Die Hypothese über „das Defizit an öffentlichem Kapital" wird daher für das verarbeitende Gewerbe in Deutschland im Rahmen dieser Studie nicht bestätigt (Stephan 2000 und 2001a).

Telekommunikation

In der American Economic Review berichten Röller und Waverman (2001) über ihre Analyse des Einflusses der Telekommunikationsinfrastruktur auf das wirtschaftliche Wachstum für 21 OECD-Länder in den vergangenen 20 Jahren. Sie haben ein strukturelles Gleichungsmodell geschätzt, in dem die Investitionen in die Telekommunikationsinfrastruktur als endogene Variable erfaßt und in einem Mikromodell Angebot und Nachfrage nach Telekommunikationsinvestitionen spezifiziert werden. Das Mikromodell wird dann zusammen mit einer Makro-Wachstumsgleichung geschätzt. Röller und Waverman kommen zu dem Ergebnis, daß eine positive kausale Beziehung zwischen Telekommunikationsinvestitionen

und wirtschaftlicher Entwicklung besteht, sofern eine kritischen Masse dieser modernen Infrastruktur vorliegt.

Forschungsbereich 3: Politik und Markt

Tomaso Duso, Paul Heidhues, Johan Lagerlöf, Lars-Hendrik Röller und Zhentang Zhang

Dieser Forschungsbereich erweitert den industrieökonomischen Ansatz, indem politische Anreizstrukturen bei wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen mitberücksichtigt werden. Dies bedeutet, eine Verbindung von politischer Ökonomie und Industrieökonomik herzustellen. Die zentrale These lautet, daß eine fundierte Aussage über die Auswirkungen einer wirtschaftspolitischen Maßnahme auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen nicht möglich ist, ohne gleichzeitig die Wechselwirkung zwischen Unternehmen und Politik zu berücksichtigen. Auch andere Interessengruppen und deren Lobbyverhalten können die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen beeinflussen. Abbildung 2 (Einflußgrößen wirtschaftspolitischer Entscheidungen) veranschaulicht diese Zusammenhänge.

Die Hauptakteure in dem Modell sind Regierung sowie Ministerien und öffentliche Verwaltung als politische Entscheidungsträger und Verbraucher sowie Unternehmen als Marktakteure. Vier politökonomische Wirkungszusammenhänge lassen sich unterscheiden, die in den folgenden Projekten untersucht werden. Die Regierung wird durch Wahlen bestimmt und entscheidet über die Politik, die Unternehmen und Verbraucher beeinflußt. Sie kann die Politikentscheidungen auf Ministerien und die öffentliche Verwaltung delegieren. Die Verbraucher sind durch ihr Wahlverhalten Teil des politischen Prozesses. Die Unternehmen sind durch Lobbying in den politischen Prozeß involviert. Dieses vereinfachte Akteurshandeln liegt den Untersuchungen zu Grunde, die sich auf die Vergabe von staatlichen Beihilfen und auf Entscheidungsprozesse bei der Fusionskontrolle konzentrieren.

Abbildung 2
Einflußgrößen wirtschaftspolitischer Entscheidungen

Projekt 6: Politische Ökonomie der Wettbewerbs- und Industriepolitik

Ziel des Projekts ist es, die wettbewerbspolitischen Entscheidungen zu endogenisieren und damit einer Erklärung zugänglich zu machen, indem die industrieökonomische Analyse durch einen politökonomischen Ansatz erweitert wird. Dies geschieht unter Zuhilfenahme der „neuen politischen Ökonomie", die in den letzten Jahren wichtige Beiträge zum Verständnis von wirtschaftspolitischen Entscheidungen geleistet hat. Dabei werden Entscheidungsträger – wie etwa Politiker oder Regulierungsbehörden – explizit modelliert, um so die Determinanten der Entscheidungen berücksichtigen zu können.

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt. Erstens, welche politischen und institutionellen Faktoren sind bei

wirtschaftspolitischen Entscheidungen von Bedeutung? Zweitens, inwieweit führt ein Ansatz, der Politik und Markt simultan betrachtet – im Vergleich zu einer isolierten Betrachtung – zu einer unterschiedlichen Beurteilung der Auswirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Der neue Forschungsansatz wird auf zwei konkrete Politikbereiche angewendet, die Wettbewerbs- und die Industriepolitik. In der Wettbewerbspolitik wird die Fusionskontrolle analysiert und in der Industriepolitik das Instrument der staatlichen Beihilfen bzw. Subventionen.

Fusionskontrolle

Die Entscheidungsträger in den Wettbewerbsbehörden sehen sich nicht selten einem erheblichen Druck sowohl von politischer als auch von privater Seite ausgesetzt. Insbesondere die fusionierenden Unternehmen haben ein erhebliches Interesse, durch Lobbying den Entscheidungsprozeß zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Neven und Röller (2000b) zeigen, daß die Verpflichtung von Wettbewerbsbehörden auf einen strikten Konsumentenstandard, der unternehmensseitige Fusionsgewinne explizit ausblendet, unter der Berücksichtigung wirksamen Lobbyings vorteilhaft sein kann. Konsumenten sind im Gegensatz zu Unternehmen nicht am Lobbying-Prozeß beteiligt und von daher unterrepräsentiert, so daß eine Verpflichtung der Wettbewerbsbehörden auf einen Konsumentenstandard zu einer sozial optimalen Ausbalancierung der Interessengegensätze führen kann.

Lagerlöf und Heidhues (2001) begreifen Lobbying nicht nur als eine reine Rent-seeking-Aktivität, sondern auch als ein Mittel zur Bereitstellung „harter Informationen" über den wahren Wert einer Fusion. Sie wenden ihren Ansatz auf die Frage an, ob eine explizite Effizienzverteidigung, die es den Fusionspartnern gestattet, den volkswirtschaftlichen Nutzen ihres Anliegens „zu beweisen", anderen Kontrollverfahren ohne Effizienzverteidigung vorzuziehen ist. Es zeigt sich, daß dies nicht notwendigerweise der Fall ist, weil die Anreize zur Bereitstellung „harter Informationen" aus volkswirtschaftlicher Sicht zu groß oder zu klein sein können. Anhand ihres Modells entwickeln sie auch konkrete Vorschläge zur Gestaltung der Fusionskontrolle.

Beihilfepolitik

Der zweite Politikbereich, der in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat, ist die Beihilfepolitik, wie etwa Subventionen in Forschung und Entwicklung. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, daß politische Faktoren bei der Vergabe von nationalen Beihilfen eine wichtige Rolle spielen (vgl. Neven und Röller 2000c). Es wurde eine signifikante Korrelation zwischen nationalen Beihilfen innerhalb der EU und nationalen politischen Faktoren – wie etwa die Regierungs- und Parlamentsstruktur und die ideologische Orientierung der Regierung – nachgewiesen.

Allerdings sind die Resultate theoretisch und auch empirisch nicht ausreichend abgesichert, da bisher ausschließlich politische Faktoren berücksichtigt wurden. Es ist jedoch notwendig, sowohl ökonomische als auch politische Variablen gleichzeitig zu betrachten. Zudem gilt es, die Wechselwirkung zwischen Wirtschaftspolitik und Marktergebnis zu untersuchen.

Mobiltelefonmarkt

Tomaso Duso hat ein politökonomisches Modell der Regulierung entwickelt und am Beispiel des Mobiltelefonmarkts in den U.S.A. überprüft (FS IV 01-03). Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Endogenität der Regulierung tatsächlich empirisch relevant ist. Dort, wo der zu erwartende Wettbewerb im Markt hoch ist, sind die Lobbying-Aktivitäten der Unternehmen am stärksten und die Regulierungswahrscheinlichkeit am niedrigsten. Die Regulierungswahrscheinlichkeit ist außerdem von politökonomischen Faktoren beeinflußt und stieg, wenn die Mitglieder einer Regulierungsbehörde ernannt anstatt gewählt wurden, wenn der Gouverneur des Bundesstaats der Republikanischen Partei angehörte, wenn die Regierung politisch stabil war und wenn die Opportunitätskosten der Regulierung gering waren.

Projekt 7: Wahlwettbewerb und Glaubwürdigkeit im politischen Prozeß

In der politökonomischen Literatur wird oftmals argumentiert, daß Wahlwettbewerb – analog zum Marktwettbewerb – zu effizienten Ergebnissen führt. Anhand eines einfachen Modells, in dem Politiker mehr Informationen über Kosten und Nutzen verschiedener Politikalternativen haben als der (durchschnittliche) Wähler, wird diese These von Paul

Heidhues und Johan Lagerlöf (FS IV 00-06) hinterfragt.

Öffentliche Meinung

Unter der Annahme, daß die Politiker vor allem gewählt werden möchten, zeigen sie, daß die Politiker die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen im Gleichgewicht teilweise oder völlig ignorieren und stattdessen ihre Wahlkampfplattform nach der öffentlichen Meinung ausrichten. Da Informationen der Politiker dem Wähler vorenthalten bleiben, führt der Wahlwettbewerb nicht zu effizienten Ergebnissen.

Zentralbank

In der Literatur zur Geld- und Kreditpolitik wurde gezeigt, daß eine Zentralbank ein Interesse daran hat, eine restriktivere Geldpolitik anzukündigen als diejenige, die sie tatsächlich implementieren möchte. Um das hierdurch entstehende Glaubwürdigkeitsproblem zu vermindern, wird daher typischerweise vorgeschlagen, die Zentralbank vor allem auf die Bekämpfung der Inflation (und nicht der Arbeitslosigkeit) zu verpflichten.

Lagerlöf (2001) zeigt, daß dieses Argument nicht uneingeschränkt gilt. Er geht davon aus, daß eine Zentralbank detaillierte Informationen sammeln muß, um die passende Geld- und Kreditpolitik durchzuführen. Ist eine Zentralbank jedoch sehr konservativ (bzw. nur der Inflationsbekämpfung verpflichtet), so hat sie wenig Anreize, detaillierte Informationen zu sammeln. Er zeigt, daß es daher optimal sein kann, eine „liberale" Zentralbank zu wählen. Dieses Resultat kann auch erklären, warum die jüngsten Reformen zu einer konservativen Zentralbankpolitik, welche in vielen Ländern durchgeführt wurden, politisch sehr umstritten waren.

Forschungsbereich 4: Technischer Fortschritt

Jos Jansen, Astrid Jung, Talat Mahmood, Hans Mewis, Lars-Hendrik Röller, Ralph Siebert und Christian Wey

Projekt 8: Innovation, Institutionen und Organisationen

Das Innovationsverhalten der Unternehmen wird von vielen Faktoren beeinflußt. Von besonderer Bedeutung ist die Wettbewerbsintensität auf dem Produktmarkt und in der Forschung, die Informationsverarbeitung der Unternehmen sowie die Verfügbarkeit komplementären Kapitals. Aber auch das kulturelle Umfeld, etwa in Form des Sozialkapitals, kann den Fortschrittspfad einer Gesellschaft beeinflussen (siehe hierzu Haucap und Wey 2000). Die Wirkungsweise eines Faktors hängt kritisch von den Ausprägungen der anderen Faktoren ab, so daß die Analyse ihrer Wirkungszusammenhänge von großer Bedeutung für die Erklärung des Innovationsniveaus einer Industrie und damit für die effektive Förderung von Innovationen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist. Teilprojekte befassen sich mit folgenden Themen.

Produktinnovation

Ralph Siebert (2000) untersucht die Anreize von Mehrproduktunternehmen, neue Produkte höherer Qualität am Markt zu plazieren. Zwar haben Unternehmen Anreize, neue Produkte mit höherer Qualität anzubieten, sie sind jedoch auch bestrebt, Kannibalisierungseffekte innerhalb ihres Produktprogramms zu minimieren, was durch Zurücknahme älterer Produkte vom Markt geschieht. Das Ergebnis zeigt, daß die vielfach gepriesene Innovationsstrategie, den Produktmarkt mit vielen Produkten unterschiedlicher Qualitäten abzudecken, um Konkurrenten vom Marktzutritt abzuhalten, nicht notwendigerweise optimal ist.

Die Anreize der Unternehmen, neue Produkte am Markt einzuführen, werden nicht nur von der Nachfrageseite, sondern auch von den Produktionsmöglichkeiten der Unternehmen bestimmt. Die Verwirklichung einer Produktinnovation erfordert eine Umstellung des Produktionsprozesses und ist daher mit

beträchtlichen Kosten verbunden. Astrid Jung untersuchte, ob flexible Fertigungstechnologien mit höheren Anreizen zu Produktinnovation verbunden sind (FS IV 01-07). Ihre quantitativ-empirische Analyse über flexible Produktionstechnologien und Innovationsverhalten im deutschen Maschinenbau offenbart einen leicht positiven Zusammenhang zwischen Produktinnovation und Flexibilität in dieser Industrie.

Made in Germany

Haucap, Wey und Barmbold (2000) konzentrieren sich auf die Anreize der Unternehmen, dauerhaft die Qualität ihrer Produkte hoch zu halten. Sie zeigen, daß Herkunftslandsiegel wie das berühmte „Made in Germany" als Qualitätssignal wirken können, wenn die Standortkostenstruktur Qualitätsverschlechterungen wenig profitabel machen. Das gilt insbesondere dann, wenn – wie in Deutschland – hohe Standards die Kosten für Anbieter hoher und niedriger Qualität gleichermaßen in die Höhe treiben.

Gerade sogenannte Niedriglohnländer zeichnen sich nun dadurch aus, daß hier die Produktion von Gütern minderer Qualität überaus billig ist, wodurch die Anreize zur Qualitätsverschlechterung hier erheblich ansteigen. Im Ergebnis kann daher eine statistische Diskriminierung auf der Grundlage von Herkunftslandzeichen für die Verbraucher rational sein, und „teure" Standorte wie Deutschland müssen nicht notwendig die Abwanderung ihrer Hochqualitätshersteller in Niedriglohnländer befürchten.

Informationen

Am Markt werden nicht nur Güter und Dienste feilgeboten, sondern auch eine Fülle von Informationen bereitgestellt. Marktinformationen können die Innovationsaktivitäten auf vielfältige Art und Weise beeinflussen. In einem Umfeld unvollständiger Konkurrenz sind Informationen zum Teil ausschließlich privater Natur und können damit strategisch von Unternehmen eingesetzt werden. Jos Jansen untersucht das schwierige Problem strategischer Informationspolitik, wenn sich Unternehmen in einem Innovationsrennen befinden (FS IV 01-06). So können positive Äußerungen hinsichtlich der Aussichten der eigenen Forschungsleistungen sowohl abschreckend als auch motivierend auf die Forschungsanstrengungen der Konkurrenzunternehmen wirken. Jansen untersucht nun auf der Grundlage dieses strategischen Wechselspiels die Wirkungen von Lizenzvereinbarungen, die den „Alles oder Nichts"-Charakter eines Innovationsrennens abschwächen, und kommt zu dem Ergebnis, daß Lizenzverträge die Anreize zur Beeinflussung von Konkurrenten durch strategische Informationspolitik verringern.

Marktinformationen werden auch durch Wahlentscheidungen von Unternehmen für oder gegen die Aneignung neuer Technologien bereitgestellt. Wenn die Informationen über den Nutzen der Einführung einer neuen Technologie privater Natur sind, dann neigen die Unternehmen dazu, private Informationen aus dem Verhalten anderer Unternehmen abzuleiten. Das kann im Aggregat zu Informationskaskaden und Herdenverhalten führen, was Gegenstand der Dissertation von Mewis (2001) war.

Innovationssysteme

Pierre Mohnen und Lars-Hendrik Röller modellieren die Innovationstätigkeit von Unternehmen als ein System von Komplementaritäten in Abhängigkeit von Standortfaktoren, wie die Verfügbarkeit von Risikokapital, staatlichen Regulierungen und dem Ausbildungsniveau der Erwerbstätigen (FS IV 00-18). In ihrem empirischen Ansatz verwenden die Autoren die neue Komplementaritätstheorie und überprüfen die Innovationsfunktion der Unternehmen auf die Eigenschaft der Supermodularität. Empirisch kann die Komplementaritätshypothese anhand von Innovationsdaten aus dem „Community Innovation Survey" für viele Branchen gestützt werden.

Dieses Ergebnis entspricht der häufig geäußerten Vermutung, daß Innovation das Koordinationsergebnis diverser Standortfaktoren ist. Für die Innovationspolitik besonders wichtig ist die Erkenntnis, daß Humankapital in fast allen Industrien höchst komplementär zu allen anderen Standortfaktoren ist. Hiermit tritt die Schlüsselrolle des Humankapitals für jede Innovationspolitik offen zutage.

„Start-ups"

Neue Ideen und neue Produkte werden in einem erheblichen Maße durch Neugründungen von Unternehmen am Markt realisiert. Der Erfolg dieser Startups ist ein wichtiger Indikator für das Innovationspotential einer Ökonomie. Mahmood (2000a/b) untersucht die Gültigkeit der „Liability of Adolescence"-Hypothese, nach der die Marktaustrittsrate neuer Unternehmen einem invertierten u-förmigen

Verlauf folgt. Er verwendet hierzu Längsschnittdaten für eine Vielzahl von Industrien und zeigt, daß die Daten die Hypothese stützen.

Projekt 9: Wettbewerb in der New Economy

Wettbewerbspolitik

Röller und Wey (2001) bezeichnen mit New Economy zwei miteinander verbundene Entwicklungen: erstens, die Internationalisierung der Ökonomien, womit die Möglichkeiten, weltweit zu verkaufen und zu produzieren, gemeint sind, und zweitens, bestimmte Markteigenschaften wie Netzwerkeffekte sowie Produktionsbedingungen natürlicher Monopole. Die Autoren konzentrieren sich auf drei substantielle Problembereiche internationaler Fusionskontrolle in der New Economy: die Marktabgrenzung, die Einschätzung der Wettbewerbswirkungen und die Rolle von Abhilfemaßnahmen.

Es zeigt sich, daß die Gefahren internationaler Konflikte sich sehr unterschiedlich über diese drei Bereiche verteilen. Die Problematik der Wettbewerbspolitik in der New Economy offenbart sich vor allem durch eine erheblich schwierigere Einschätzung der Wettbewerbswirkungen von Fusionen und bei der Anwendung von Abhilfemaßnahmen.

IT-Sektor

Im Bereich Informationstechnologien (IT) hängt die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und „IT-Agglomerationen" wie dem berühmten Silicon Valley entscheidend von der Verfügbarkeit hochausgebildeter Fachkräfte ab. Angesichts des überaus rasanten technologischen Fortschritts im IT-Sektor sind einzelne Regionen und sogar Staaten immer weniger in der Lage, den wachsenden Bedarf nach IT-Fachkräften zu befriedigen. Länder wie die U.S.A., die es ihren Unternehmen gestatten, äußerst effizient auf den globalen Arbeitsmarkt zurückzugreifen, gelangen daher gegenüber Ländern mit „geschlossenen" Arbeitsmärkten zu einem Wettbewerbsvorteil. Eine erfolgreiche Standortpolitik muß insbesondere im IT-Sektor auch eine effektive Migrationspolitik gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund untersucht Talat Mahmood die Wanderungsentscheidungen junger IT-Experten aus Pakistan. Hierzu ist eine Befragung von Hochschulabsolventen in Pakistan durchgeführt worden, um die spezifischen Determinanten zu bestimmen. Das Projekt dient auch einer kritischen Einschätzung des Green Card-Programms in Deutschland.

> „Karriere und Gehalt sind die wichtigsten Gründe, warum pakistanische IT-Studenten sich für eine Green Card bewerben würden. Das ist das wichtigste Ergebnis einer Umfrage, die das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB) an 25 IT-Hochschulen in Pakistan machte. Die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, spielt auch eine wichtige Rolle, sich für Deutschland zu entscheiden. In 1389 Interviews wurde klar: Die Migration wäre in den meisten Fällen ökonomisch begründet. Aufenthaltsdauer, soziale Netzwerke, Sprache und Kultur sind weniger bedeutend."
>
> VDI nachrichten
> 12. April 2002

Forschungseinheiten beim Präsidenten

Außerhalb der Forschungsschwerpunkte sind beim Präsidenten einige Forschungseinheiten institutionell angesiedelt: Es handelt sich um die Arbeitsgruppen „Public Health", „Metropolenforschung", „Wissenschaftstransformation", „Internationale Politik", „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung" und „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven". Darüber hinaus bestehen sogenannte Querschnittsgruppen, die zu Themen eingerichtet sind, die in mehreren Abteilungen bearbeitet werden und abteilungsübergreifend besondere Aufmerksamkeit verdienen. Bestehende Forschungsansätze und Forschungsarbeiten werden neu ausgerichtet auf wissenschaftliche Zusammenhänge hin, deren Erforschung von der Verknüpfung unterschiedlicher abteilungsspezifischer Kompetenzen profitieren kann. Querschnittsgruppen organisieren auf Zeit problembezogene Forschungskooperationen. Sie werden in Verantwortung des Präsidenten zentral betreut.

Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie"

Im Frühjahr 2000 fand mit der Abgabe des Endberichts die Forschungsarbeit am Verbundprojekt „Arbeit und Ökologie" seinen Abschluß (zu den Ergebnissen vgl. WZB-„Bericht 1998–1999", S. 195 ff.). Getragen wurde das Projekt von der gleichnamigen Querschnittsgruppe; Projektleiter waren Eckart Hildebrandt (Abteilung „Regulierung von Arbeit") und Helmut Weidner (Abteilung „Normbildung und Umwelt"); Sebastian Brandl war für Koordinierungs- und Forschungsaufgaben im Projekt tätig.

Der Abschlußbericht des Verbundprojekts wurde im Februar 2000 in einer Großveranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt und dem Bundesumweltminister überreicht. Die Ergebnisse wurden von Vertretern aus grünen Wirtschaftsverbänden, den Gewerkschaften und den Umweltverbänden kommentiert.

Transfer

Als Novum des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts schloß sich an die wissenschaftliche Arbeitsphase ein Transferprozeß an, in dem die Ergebnisse den relevanten Akteuren präsentiert wurden. Das Hauptaugenmerk der Transferphase lag in der Darstellung der Ergebnisse bei den Einzelgewerkschaften und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB); erstmalig wurden Ergebnisse eines Forschungsprojekts dem DGB-Bundesvorstand vorgestellt. Diese Präsentationen dienten der Information über die Ergebnisse und deren Kommentierung durch die Gewerkschaften; sie verfolgten das Ziel der Aufnahme der Ergebnisse in deren programmatische und strategische Arbeit. Daneben wurden Präsentationen bei Organisationen im sozial-ökologischen und im Bildungsbereich durchgeführt, um zu einer Annäherung von Diskursen und ihrer Verknüpfung beizutragen.

Dem folgten Veranstaltungen bei ähnlichen Projekten und Forschungsprogrammen, um einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und transdisziplinäre Forschungsansätze weiterzuentwickeln. Zu nennen ist hier insbesondere die BMBF-Förderinitiative „Sozial-ökologische Forschung" (siehe Bericht der Abteilung „Regulierung von Arbeit"). Weiterhin fand in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut eine Präsentation im europäischen Rahmen in Brüssel statt. Diese diente dem Transfer der Projektergebnisse in die Administration der Europäischen Union und der Vorbereitung eines europäischen Forscher-Netzwerks zu „sozialer Nachhaltigkeit". Es zeigte sich, daß durch einen solchen Transferprozeß die Vermittlung von Forschungsergebnissen wesentlich verbessert werden kann, daß hierfür aber auch ausdrücklich Ressourcen durch die Förderinstitution bereitgestellt werden müssen.

Konferenz

Der wissenschaftlichen Community wurden die Ergebnisse in der Konferenz „Soziale Nachhaltigkeit und Zukunft der Arbeit" im November 2000 am

WZB vorgestellt. Die Beiträge aus dem WZB konzentrierten sich auf verschiedene Aspekte des Wandels gesellschaftlicher Arbeit und ihre Einbettung in das Konzept Lebensqualität. Die als Schlußfolgerung aus den Erosionsprozessen der Normalarbeit und den normativen Anforderungen der Nachhaltigkeit präsentierten Konzepte eines erweiterten Arbeitsbegriffs und der Mischarbeit wurden kontrovers diskutiert.

Während die Notwendigkeit eines erweiterten Arbeitsbegriffs unbestritten war, wurden zu den Dimensionen der Erweiterung und ihrer konzeptionellen Fassung unterschiedliche Positionen vertreten. So wurde unter anderem auf eine Erweiterung hin zu einem politischen, konfliktorischen Konzept gedrängt, das neben den sozialen auch Fragen der Demokratie aufnimmt. Von anderer Seite wurde das Drei-Säulen-Modell nachhaltiger Entwicklung, nach dem ökonomische, ökologische und soziale Aspekte als prinzipiell gleichrangig erachtet werden, als überkomplex kritisiert und für den Vorrang ökologischer Belange plädiert.

Aufbauend auf den Forschungsarbeiten der Querschnittsgruppe wird nach deren Beendigung zum Jahresende 2000 innerhalb der Abteilung „Regulierung von Arbeit" an den Konzepten des erweiterten Arbeitsbegriffs und der Mischarbeit unter der Überschrift „Soziale Nachhaltigkeit" weitergearbeitet.

Querschnittsgruppe „Gemeinwohl"

Unter der Leitung von Professor Gunnar Folke Schuppert (Humboldt-Universität zu Berlin), der 1999/2000 eine Gastprofessur beim WZB-Präsidenten wahrnahm, beteiligten sich ca. 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Forschungseinheiten des WZB an einer Buchpublikation zur Thematik Institutionenbildung und Gemeinwohl mit dem Ziel, die politikwissenschaftliche Gemeinwohldiskussion, die organisationstheoretische Institutionendiskussion und die rechtswissenschaftliche Steuerungsdiskussion zu verbinden. Die Ergebnisse werden als WZB-Jahrbuch 2002 „Gemeinwohl – Auf der Suche nach Substanz" unter der Herausgeberschaft von Schuppert und Friedhelm Neidhardt veröffentlicht. Es geht unter anderem um Annäherungen an den Gemeinwohlbegriff, um die Suche nach Kriterien des Gemeinwohls, Kommunikation über Gemeinwohl, Aspekte seiner Institutionalisierung, Gemeinwohlakteure, Staatstypen und Gemeinwohl sowie gemeinwohlorientierte Dienstleistungen.

„Was heißt ‚Gemeinwohl'? Welcher Inhalt gibt dem Worte mit welcher Reichweite seine Bedeutung und seinen Glanz? Ob man mit den bisher vorliegenden Antworten zufrieden sein kann, bleibt zu prüfen. Dabei geht der Reiz, das zu tun, über das Thema selber hinaus. Am Beispiel des normativen Konstrukts ‚Gemeinwohl' lassen sich sowohl allgemeine Probleme als auch typische Muster der Problembearbeitung moderner Gesellschaften demonstrieren. Wie erzeugen sie sich ihre Werte, wenn die alten Instanzen – Gott und Natur – nicht mehr hinreichend autoritativ erscheinen? Wie lassen sich diese Werte nicht nur finden, sondern auch verbindlich machen und auf Dauer stellen? Mit welchen Sanktionen sichert man deren Geltung? Gibt es dafür neue Instanzen – und welche sollen das sein? Hängt die Legitimität ihrer Entscheidungen von bestimmten Verfahren ab, die einzuhalten sind – und um welche handelt es sich dann?" (aus der Einführung von Friedhelm Neidhardt)

„Jahrbuch"

In Verbindung mit der Querschnittsgruppe stand eine Vorlesungsreihe „Gemeinwohl" („Lectures on Public Interest") (siehe S. 211), die in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Gemeinwohl und Gemeinsinn" der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) durchgeführt wurde. Vorgetragen haben unter anderen Herfried Münkler, Claus Offe, Ulrich K. Preuß, Josef Isensee und Hasso Hoffmann. Die Vorträge fanden lebhaftes Interesse und führte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen am WZB zusammen, die an den Berliner Universitäten und der BBAW an ähnlichen Vorhaben arbeiten. Ein großer Teil der Referate dieser Vorlesungsreihe wird im Jahrbuch 2002 publiziert.

Querschnittsgruppe „Geschlecht, Arbeit, Organisation"

Im Zentrum der Arbeit dieser Querschnittsgruppe, an der sich Wissenschaftlerinnen aus den Abteilungen „Regulierung von Arbeit", „Organisation und Beschäftigung", „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung", der Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven" und des Präsidentenbereichs beteiligen, stand im Berichtszeitraum die Vorbereitung einer gemeinsamen Buchpublikation zum Thema „Institutionenwandel und Wandel des Geschlechterverhältnisses".

Absicht des geplanten Bandes ist es, die im Kontext verschiedener Abteilungen des WZB entstandenen genderanalytischen Arbeiten vorzustellen und aufeinander zu beziehen. Gemeinsamer Bezugspunkt ist die Untersuchung der Interdependenzen zwischen gesellschaftlich-ökonomischem Wandel und den Veränderungsprozessen des Geschlechterverhältnisses. Insofern das WZB Genderforschung bislang programmatisch und organisatorisch nicht institutionalisiert hat, handelt es sich hierbei im wesentlichen um Beiträge, die im Rahmen thematisch, theoretisch und methodisch unterschiedlich ausgelegter Forschungsprogramme von Abteilungen entstanden sind. Mit der befristet eingerichteten Querschnittsgruppe hat sich die Möglichkeit geboten, die bislang eher impliziten konzeptionellen Schnittflächen sowie mögliche Konvergenzen der Erkenntnisse hinsichtlich genderanalytischer und genderpolitischer Implikationen jenseits der divergierenden Problemfelder, in denen die Forschungen angesiedelt sind, zu reflektieren und stärker zu explizieren.

Institutioneller Wandel

Einen gemeinsamen Nenner, auf den sich die Mehrzahl genderanalytischer Beiträge aus der WZB-Forschung beziehen lassen, bildet der institutionelle Wandel. Denn entsprechend der thematischen Ausrichtung des WZB auf „Entwicklungstendenzen, Anpassungsprobleme und Innovationschancen moderner Gesellschaften" in spezifischen Teilbereichen orientieren die Forschungen auf soziale, ökonomische und politische Institutionen oder institutionelle Arrangements und die Bedingungen ihrer Dynamik (bzw. Stabilität). Hierzu wird typischerweise eine vergleichende Betrachtung in zeitlicher, räumlicher und/oder funktionaler Hinsicht zugrunde gelegt. Dies trifft entsprechend auch für den größten Teil der Beiträge des geplanten Bandes zu.

In Anbetracht der divergenten empirischen Felder, der besonderen Forschungsfragen und Erkenntnisinteressen stehen bei den Beiträgen je spezifische institutionelle Arrangements im Zentrum der Betrachtung, die dementsprechend eher politikwissenschaftlich, soziologisch oder auch ökonomisch informierte Konzeptionalisierungen von Institutionen erfordern. Den zentralen Fokus auf die Analyse der Bedingungen des Wandels oder der Stabilität teilen jedoch die einzelnen Beiträge, die sich unter anderem auf folgende Themen beziehen:

(1) auf die Wandlungsprozesse wohlfahrtsstaatlicher Arrangements aus unterschiedlichen Perspektiven: so die Einschreibung von Geschlecht in fortlaufende Prozesse der Herstellung und begrifflichen Fassung sozialer Arrangements sowie auch in der Konstruktion von Symbolen und Bildern,

(2) auf den Einfluß von Wandlungsprozessen von Ehe und Familie vor dem Hintergrund verfassungsrechtlicher und rechtspolitischer sowie ökonomischer und kultureller Entwicklungen auf die Geschlechterverhältnisse,

(3) auf nationale, internationale und auch supranationale arbeitsmarktliche Entwicklungen im Hinblick auf (neue) geschlechtsspezifische Arbeitsteilungen und

(4) auf betriebliche und staatliche Reorganisationsprozesse von Arbeit und (Wissens-)Produktion sowie ihre Auswirkungen auf Geschlechterdifferenzen und Geschlechtergleichheit.

Die Buchpublikation wird von den Koordinatorinnen der Querschnittsgruppe, Maria Oppen (Abteilung „Regulierung von Arbeit") und Dagmar Simon (Forschungsplanung und -koordination), herausgegeben.

Arbeitsgruppe „Public Health"

Die Arbeitsgruppe „Public Health" beim Präsidenten wurde nach Diskussion des Forschungsprogramms im Wissenschaftlichen Rat zum 1. Januar 1995 eingerichtet. Sie ist hervorgegangen aus der früheren Forschungsgruppe „Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik". Leiter der Arbeitsgruppe sind Professor Dr. Rolf Rosenbrock und Privatdozent Dr. Hagen Kühn.

Grundlagen

Ein primär kurativ und individualmedizinisch orientiertes Versorgungssystem vermag zwar vielen einzelnen zu helfen, aber im gesellschaftlichen Maßstab die vorherrschenden zivilisationsbedingten Gesundheitsstörungen und chronischen Krankheiten erst relativ spät und – gemessen an den gesellschaftlichen Trends – nicht besonders wirksam beeinflussen. Auch bleibt das medizinische System gegenüber dem persistierenden Problem der sozialen Ungleichheit von Gesundheitschancen weitgehend hilflos. Das wachsende Spannungsverhältnis zwischen der Leistungsstruktur der Gesundheitssysteme und der gesundheitlichen Lage der Bevölkerung in industrialisierten Ländern verweist auf die Notwendigkeit von Umstrukturierungen und Anpassungen an gewandelte Problemlagen und lenkt den Blick auf ein gesellschaftlich relevantes und sozialwissenschaftlich herausforderndes Feld sozialer Innovation.

„Public Health" bedeutet soviel wie Theorie und Praxis der auf Gruppen und Bevölkerungen bezogenen Maßnahmen und Strategien zur Verminderung von Erkrankungs- und Sterbewahrscheinlichkeiten durch Senkung von (pathogenen) Belastungen und Förderung von (salutogenen) Ressourcen. Public Health untersucht und beeinflußt epidemiologisch faßbare Risikostrukturen, Verursachungszusammenhänge und Bewältigungsmöglichkeiten, sowohl vor als auch nach Eintritt von Erkrankungen. Ihr Gegenstandsbereich erstreckt sich sowohl auf Prävention als auch auf Krankenversorgung. Die Gruppe untersucht Voraussetzungen, Instrumente und Wirkungen von Strategien und Maßnahmen des Interventionstyps „Public Health" und fragt nach den professionellen und politischen Konstellationen, die ihre Herausbildung begünstigen bzw. behindern. Zur Debatte und Entwicklung dieses innovativen Ansatzes in Deutschland leistete sie spürbare, auch international sichtbare und anerkannte Beiträge.

Ein Beispiel sind ihre Arbeiten zur Aids-Politik und Aids-Prävention, die einen wesentlichen und international stark beachteten Anteil haben an der Formulierung der gesellschaftlichen Antwort („gesellschaftliche Lernstrategien") auf die durch die Infektionskrankheit gestellten Herausforderungen. Ein anderes ist die Kritik der Lebensstilkonzepte („Healthismus") in Prävention und Gesundheitsförderung. In Studien zur betrieblichen Gesundheitssicherung konnten sinnvolle Verbindungen von Verhältnis- und Verhaltensprävention („combined approach") identifiziert werden.

Die an Public Health geknüpften hohen Umsetzungserwartungen führen zu einer beständigen Beratungsnachfrage von Regierungen, Parlamenten, Sozialversicherungen, Verbänden sowie aus dem Selbsthilfebereich. Die Spannung zwischen den Postulaten der Theoriebildung, des internationalen Transfers, der Verankerung in der überwiegend universitären Forschung (und Lehre) sowie der Mitarbeit und Beratung in zahlreichen wissenschaftspolitischen und praktisch-politischen Zusammenhängen verweist auf die besondere Rolle problemorientierter Grundlagen-

„‚Weil du arm bist, musst du früher sterben.' Damit diese Aussage möglichst nicht mehr zutrifft, hoffen viele Akteure im Gesundheitswesen auf den Beitrag der Krankenkassen.

So folgten mehr als 200 TeilnehmerInnen der Berliner Gesundheitsszene am 19. September 2001 einer Einladung des Berliner Zentrum Public Health und des Wissenschaftszentrum Berlin AG Public Health. Ihr Hauptinteresse galt der Frage, inwieweit Krankenkassen zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen beitragen."

Die BKK
11/2001

forschung in einem jungen und rasch expandierenden Wissens- und Praxisfeld.

Drittmittel

Die akademische wie praktische Anerkennung dieser Rolle äußert sich unter anderem in einem anhaltend hohen Anteil an Drittmitteln. Die Forschungen, Konferenzen und Publikationen der Arbeitsgruppe wären ohne erhebliche Zuwendungen von Dritten nicht mehr möglich gewesen. Hervorzuheben sind insbesondere die großzügigen Förderungen durch die Bundesministerien für Bildung und Forschung sowie für Gesundheit, das Ministerium für Arbeit, Frauen, Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, die Hans-Böckler-Stiftung sowie das „Berliner Zentrum Public Health".

In den Jahren 2000 und 2001 veröffentlichen Wissenschaftler der Arbeitsgruppe 12 Bücher, 73 Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften und Sammelbänden; als Discussion papers wurden 12 Forschungsberichte herausgebracht (vgl. Publikationsliste).

Die Untersuchungen der Arbeitsgruppe „Public Health" beziehen sich sowohl auf Inhalte belastungssenkender und gesundheitsfördernder Maßnahmen und Strategien („policies") als auch auf institutionelle Strukturen sowie fördernde und hemmende Bedingungen ihrer Realisierung („politics"). „Public Health" wird von der Arbeitsgruppe vornehmlich im Sinne einer sozial innovativen Wahrnehmungs- und Handlungslogik verstanden, die in einer großen Vielfalt gesundheitspolitisch relevanter Handlungsfelder angewandt werden kann. Im Berichtszeitraum untersuchte die Gruppe ausgewählte Fragestellungen aus diesem Feld in drei Projektbereichen: (1) Public Health und soziale Innovation, (2) Public Health und Organisationsentwicklung sowie (3) Public Health und Gesundheitssysteme. Außerdem waren Mitglieder der Gruppe an einer Reihe von Querschnittsprojekten beteiligt (4).

Public Health und soziale Innovation

Gesundheitspolitik

Das Querschnittsprojekt „Innovationen in Public Health und Gesundheitspolitik" stand Ende 2001 kurz vor dem Abschluß. Anhand des sekundäranalytischen Vergleichs von Innovationsversuchen konnte gezeigt werden, daß sich eine Reihe von verallgemeinerbaren Aussagen über die Ermöglichungsräume bzw. Restriktionen treffen läßt, die für den Erfolg oder Mißerfolg von Innovationsversuchen bedeutsam sind. Es wurde aber auch deutlich, daß sich die Innovationsbedingungen in den einzelnen Feldern entsprechend den sektoralen Kontextbedingungen zum Teil erheblich unterscheiden. Da Gesundheit für die beteiligten Akteure in aller Regel ein Sekundärmotiv ist, wachsen die Erfolgschancen von Innovationsversuchen insbesondere dann, wenn sich das Thema „Gesundheit" mit anderen Themen verbinden läßt.

Vor besondere Schwierigkeiten wird die Implementation dadurch gestellt, daß im Sinne von Public Health zielführende Innovationen in der Regel die Komplexität von Handlungen und Strukturen steigern. Dadurch werden vielfältige Hürden im Implementationsprozeß errichtet, die bei den Akteuren die Neigung verstärken, die Reichweite von Interventionen zu beschränken. Hinzu kommt, daß die Erhaltung von Gesundheit und die Entstehung von Krankheit Ergebnis komplexer und interdependenter Einflußfaktoren sind. In der Regel fallen die Intervention (und die mit ihr einhergehenden Kosten) und das Eintreten einer beabsichtigten Wirkung zeitlich erheblich auseinander. Der Nachweis eines kausalen Zusammenhangs zwischen Intervention und Wirkung ist häufig schwer zu erbringen. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen unspezifischer Prävention und Gesundheitsförderung, die für den Public-Health-Ansatz typisch sind.

Daher stehen derartige Interventionen vor besonderen Legitimationsproblemen. Die betriebswirtschaftliche Ökonomisierung von Versorgungsentscheidungen bzw. Akteursbeziehungen, insbesondere der Einsatz von marktförmigen Wettbewerbsmechanismen, ist zwar geeignet, Suchprozesse anzuregen und anzustoßen, legt aber zugleich eine Richtung fest, die zielführende Problemlösungen eher blockiert als fördert.

Fernstudium

In Kooperation mit der Fachhochschule Magdeburg und der Universität Bielefeld wurde ein Studientext „Das Gesundheitssystem im Umbruch" für das wei-

terbildende Fernstudium „Angewandte Gesundheitswissenschaften“ verfaßt. Er vermittelt einen problemorientierten Einblick in die jüngeren Entwicklungslinien der Gesundheitspolitik in Deutschland und analysiert ausgewählte Steuerungsprobleme des deutschen Gesundheitswesens und fragt nach den Bedingungen für die Überwindung von Reformblockaden im Gesundheitswesen.

Lehrbuch

Aufbauend auf dem Projekt „Innovationen in Public Health und Gesundheitspolitik“ und unter Verwendung anderer, didaktisch erprobter Produkte der Arbeitsgruppe „Public Health“ machten die Arbeiten am Lehrbuch Gesundheitspolitik im Berichtszeitraum erhebliche Fortschritte. Die Konzeption für das Lehrbuch Gesundheitspolitik unterscheidet sich von anderen Werken dadurch, daß es Gesundheitspolitik als Einheit von Prävention und Krankenversorgung („gesellschaftliches Management von Gesundheitsrisiken vor und nach ihrem Eintritt“) konzeptualisiert und die Perspektiven unterschiedlicher mit dem Thema Gesundheit befaßter Disziplinen zusammenführt. Als Erscheinungstermin ist der Herbst 2002 vorgesehen.

Bundesausschuß

Vom 1. Januar bis 31. März 2001 war Hans-Jürgen Urban, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall, in der Arbeitsgruppe als Gastwissenschaftler tätig. Er befaßte sich während seines Forschungsaufenthalts mit der Funktion eines in der Öffentlichkeit kaum beachteten, für die Verteilung von Gesundheitsleistungen gleichwohl überaus wichtigen Steuerungsgremiums: dem Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen. Der Staat hat ihm schrittweise Kompetenzen für die Definition des Leistungskatalogs der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) übertragen – vor allem um sich von den Legitimationsrisiken zu entlasten, die mit einer restriktiven Gewährung von Leistungen in der GKV verbunden sind.

Insofern fungiert der Bundesausschuß auch als Agentur jenes gesundheitspolitischen Paradigmenwechsels, der vielfach als Übergang von einer expansiven zu einer wettbewerbs- und beitragssatzorientierten Gesundheitspolitik beschrieben worden ist. Die Studie interpretiert den Aufstieg des Bundesausschusses als politikfeldspezifischen Teilprozeß eines allgemeinen Übergangs vom Sozial- zum Wettbewerbskorporatismus, der sich in vielen Wohlfahrtsstaaten Westeuropas seit Mitte der 70er Jahre vollzieht (Urban 2001).

Arbeitsgruppe „Public Health“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Professor Dr. Eva Barlösius, Heisenberg-Stipendiatin	1998
Dr. phil. Dr. rer. med. Thomas Gerlinger, Diplom-Politologe	1999
Diplom-Sozialwirtin Susanne Jordan	1999
Privatdozent Dr. Hagen Kühn, Diplom-Volkswirt	1977
Dr. rer. med. Uwe Lenhardt, Diplom-Politologe Kooperationsprojekt mit der Technischen Universität Berlin	1993
Hannelore Rees	1978
Renate Reiter	2000
Professor Dr. Rolf Rosenbrock, Diplom-Kaufmann	1977

Ernährung

Eva Barlösius hat mit der Arbeit an einer international kulturvergleichenden Studie (Frankreich, U.S.A., Schweiz, England, Italien, Deutschland) zum Thema „Body, Health and Diet“ begonnen. Ziel der Studie ist es, erstens die wichtigsten Unterschiede bezüglich des Verhältnisses von Körper, Gesundheit und Ernährung in den verschiedenen Ländern herauszuarbeiten und zweitens ein für dieses Themengebiet geeignetes Instrumentarium für kulturvergleichende Untersuchungen sowohl mit qualitativen als auch quantitativen Methoden zu entwickeln.

Im Jahr 2000 erschien das Buch „Ernährungsberichterstattung in Deutschland“, in dem die Voraussetzungen für eine verbesserte Berichterstattung über Ernährung als Vorbedingung für eine empirisch begründete Ernährungspolitik dargelegt wurden (Köhler, Oltersdorf, Papastefanou 2000). An dieses Forschungsthema schlossen sich unmittelbar ernährungspolitische Studien an, die durch die BSE-Krise und die politisch initiierte „Agrar- und Ernährungs-

wende“ unerwartete Aktualität erhielten. Darin wurden die Akteure und bisherigen ernährungspolitischen Steuerungsinstrumente dargelegt und der Spielraum für neue Formen der politischen Steuerung bestimmt. Für diesen Bereich wurde erfolgreich ein inzwischen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) genehmigtes Verbundprojekt ausgearbeitet, bei welchem Eva Barlösius das Modul „Ernährungskommunikation“ in Kooperation mit dem Ökoforum bearbeiten wird.

Armut

Gesundheitliche Ungleichheit gehört seit etlichen Jahren zum zentralen Themenbereich der Arbeitsgruppe. In diesem Zusammenhang wurde ein Buchprojekt durchgeführt, welches zum Ziel hatte, den aktuellen Stand der Armutsforschung, sowohl der theoretischen als auch der empirischen Arbeiten, zusammenzufassen. An diesem Projekt war auch die WZB-Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“ beteiligt (Barlösius/Mayerhofer 2001).

„Der Sammelband gibt eine gelungene Übersicht über die aktuelle Armutsforschung und teilt Sachverhalte mit, die sich der unmittelbaren Beobachtung für die meisten von uns entziehen. Und er ist, was bei diesem Thema keineswegs selbstverständlich ist, wohltuend sachlich.“

Süddeutsche Zeitung
5./6. Januar 2002

Gewaltprävention

Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem mit großer Belastung für die Gesundheit der Bevölkerung. Gewalttaten führen zu verschiedenen körperlichen, seelischen und sozialen Beeinträchtigungen der Gesundheit. In Deutschland ist Gewaltprävention mit Hilfe von Public Health eine soziale Innovation. Sie umfaßt verschiedene Formen der Prävention: primäre Prävention zur Herstellung von Bedingungen, die Gewalttaten erst gar nicht entstehen lassen; sekundäre Prävention, die sicherstellen soll, daß die Behandlung nicht zu weiteren, erneuten Schäden bei den Gewaltopfern führt; und tertiäre Prävention, die durch die langfristige Behandlung von Gewaltopfern für eine optimale Wiedereingliederung sorgen soll.

Das Promotionsprojekt untersucht Möglichkeiten und Grenzen der Prävention familiärer Gewalt durch Public Health. Um die fördernden und hemmenden Bedingungen für die Umsetzung einer Public-Health-Strategie zur Prävention von familiärer Gewalt darzustellen, werden Programme und Projekte zur Prävention von „Gewalt gegen Kinder“ mit Ansätzen zur Prävention von „Gewalt gegen Frauen“ unter Public-Health-Gesichtspunkten verglichen. Die Auswertung von Literatur und Projektdokumenten wird durch Interviews mit Experten und Expertinnen aus dem Gesundheitswesen, dem Sozialwesen und der Polizei ergänzt.

Die Interviews zeigen, daß Experten und Expertinnen aus allen untersuchten Bereichen die Notwendigkeit äußern, das Gesundheitswesen stärker in die primäre und sekundäre Gewaltprävention einzubeziehen, wobei der Schwerpunkt der Äußerungen sich auf sekundärpräventive Maßnahmen bezieht, also dem Umgang mit Gewaltopfern, die unter den verschiedenen gesundheitlichen Folgen der Gewalttaten leiden. Auch der Bedarf zur Kooperation zwischen Akteuren des Gesundheits- und Sozialwesens sowie innerhalb des Gesundheitssektors wird wahrgenommen.

Aids

Das Auftauchen von Aids in den 80er Jahren wurde von vielen Akteuren als drohende gesundheitliche wie bürgerrechtliche Katastrophe wahrgenommen. Dies führte zu einer erhöhten Handlungsbereitschaft und in der Folge zu einer Fülle von Innovationen in Prävention, Krankenversorgung und den Prozessen der Politikformulierung. Diese Innovationen hat die Arbeitsgruppe in einer Reihe von Projekten untersucht. Mit der Entwicklung wirksamer HIV-Medikation in der zweiten Hälfte der 90er Jahre verlor der Innovationsprozeß an Kraft und Tempo – die Normalisierung setzte ein.

> „Das Wissenschaftszentrum beeinflusste durch seine Arbeiten sowohl die wissenschaftsinternen als auch die präventionspolitischen Diskussionen. Es bot damit auch für die BZgA eine Grundlage ... an, die zum Abgleich mit eigenen Erkenntnissen und Positionen hilfreich war."
>
> Bundesgesundheitsblatt 8/2001

Im internationalen Vergleich zwischen reichen Ländern zeigt sich, daß dieser Prozeß je nach Akteurkonfiguration und Handlungsfeld sehr unterschiedliche Formen annimmt. Insgesamt lassen sich drei Typen der Normalisierung als (a) Generalisierung, (b) Stabilisierung und (c) Regression unterscheiden. Je nach nationalem Kontext und Handlungsfeld unterscheiden sich auch die Bedingungen, die im Zusammenhang mit Aids entwickelten Innovationen für die Prävention von anderen Gesundheitsrisiken bzw. für die Versorgung anderer Erkrankungen bzw. für die Weiterentwicklung diskursiver Politikentwicklung nutzbar zu machen.

Public Health und Organisationsentwicklung

In neueren Ansätzen der Prävention wird die häufig problematische Spannung zwischen Versuchen der individuellen Verhaltensmodifikation (Verhaltensprävention) und gesundheitsgemäßen Veränderungen von Lebensbedingungen (Verhältnisprävention) im auch von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) propagierten „Setting"-Ansatz überwunden. Dabei geht es im Kern darum, im jeweiligen institutionellen oder sozialen Kontext unter aktiver Beteiligung der Betroffenen die jeweiligen Belastungen und Gesundheitspotenziale zu ermitteln und Prozesse organisatorischer Veränderungen anzuregen und zu unterstützen.

Dieser Ansatz systemischer Organisationsentwicklung wurde bislang vor allem in stark strukturierten „Settings" (Betrieb, Krankenhaus) erfolgreich entwikkelt und erprobt, gilt aber auch als aussichtsreichster Interventionstyp für schwächer strukturierte Bereiche (Stadtteil, Freizeiteinrichtungen, Milieus etc). Die Arbeitsgruppe, deren Mitglieder zum Teil seit 25 Jahren Erfahrungen in der Entwicklung betrieblicher Gesundheitspolitik sammeln konnten, ist in Deutschland wesentlich an der Entwicklung betrieblicher Gesundheitsförderung durch Organisationsentwicklung beteiligt. Für den Berichtszeitraum ist insbesondere auf zwei Projekte hinzuweisen:

Arbeitswelt

Die dreijährige Laufzeit des Projekts „Anpassungs- und Modernisierungsprozesse im System arbeitsweltbezogener Prävention" (zu Fragestellung und Methodik vgl. WZB-„Bericht 1998–1999", S. 201 f.) endete im November 2001. In der Untersuchung konnte aufgezeigt werden, daß das System der an der arbeitsweltbezogenen Prävention beteiligten Institutionen und Akteure sich seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre in einem höchst widersprüchlich und ungleichmäßig verlaufenden Umbruchprozeß befindet. Die Anforderungen haben sich – nicht zuletzt auch rechtlich – in Richtung eines umfassenderen Problembezugs, eines systematischeren Vorgehens und einer verstärkten Kooperation verändert. Dies löste auf unterschiedlichen Handlungsebenen und -feldern auch durchaus relevante Neuorientierungsprozesse aus (z.B. Reform des Vorschriftenwerks, neue Beratungskonzepte, Ermittlung und Beurteilung arbeitsbedingter Gesundheitsgefährdungen, Modernisierung professioneller Qualifizierung, Auf- und Ausbau von Kooperationsstrukturen).

Allerdings ließ sich eine ganze Reihe von Faktoren identifizieren, die die Dynamik und Reichweite solcher innovativer Entwicklungen zum Teil deutlich

begrenzen. Hierbei spielen neben wirtschaftlich-finanziellen Restriktionen und institutionellen Zuständigkeitskonflikten auch tradierte, trotz veränderter Bedingungen sehr beharrungsfähige Problemverständnisse, Handlungsorientierungen und Kompetenzprofile eine wichtige Rolle. Diese vermögen es zwar nicht, dem Modernisierungsdruck völlig seine Wirkung zu nehmen, führen aber etwa dazu, daß der Wandel der arbeitsweltbezogenen Prävention zentrale inhaltliche Problembereiche wie die Verminderung psychischer Belastungen höchstens punktuell erfaßt.

Prävention

Im Dezember 2001 wurden die Arbeiten für ein neues Projekt („Betriebliche Gesundheitsförderung und Reorganisation in Unternehmen") aufgenommen, das von der Hans-Böckler-Stiftung mit zweijähriger Laufzeit gefördert wird. Im Mittelpunkt dieses Projekts steht die Frage, wie sich größere Umstrukturierungs- und Reorganisationsmaßnahmen in Unternehmen auf die Chancen zur Initiierung, Umsetzung und Verstetigung einer systematischen, ganzheitlichen Arbeitsschutz- und Gesundheitsförderungspraxis auswirken. Die möglichen hemmenden und fördernden Effekte sowie deren Ursachen werden empirisch anhand qualitativer Fallstudien in Betrieben aus den Wirtschaftsbereichen Metallindustrie, Chemische Industrie sowie Handel/private Dienstleistungen untersucht. Ein Ziel hierbei ist herauszufinden, wie betriebliche Prävention und Gesundheitsförderung in einem permanent sich wandelnden organisatorischen Umfeld „störungsresistenter" gemacht werden können.

Public Health und Gesundheitssysteme

Public Health stellt an Gesundheitssysteme vor allem zwei Fragen: (1) Sind Gesamtstruktur, Institutionen, Anreizsysteme, Normen und Qualifikationen so beschaffen, daß möglichst jeder Mensch mit Gesundheitsproblemen zum richtigen Zeitpunkt in die richtige Institution gelangt? (2) Gewährleisten diese Strukturen und Institutionen eine möglichst angemessene Versorgung nach Kriterien der Wirksamkeit, der umfassenden Qualität („Systemqualität") und der Wirtschaftlichkeit? Diese Fragen werden im Kontext des Wandels der Gesundheitssysteme in den westlichen Industrieländern, mit Schwerpunkten auf die U.S.A. und Deutschland, untersucht. Dessen zentrale Merkmale sind Tendenzen zur „Industrialisierung" (Verbetrieblichung, Integration, Technisierung etc.) und die „Ökonomisierung" der medizinischen Versorgung. Im Berichtszeitraum hatte die Arbeit folgende Schwerpunkte:

Krankenhäuser

In den medizinischen Versorgungssystemen der westlichen Industrieländer wird im Zuge der ökonomischen Rationalisierung zunehmend durch prospektive Finanzierungsweisen das wirtschaftliche Behandlungsrisiko tendenziell auf die Anbieter medizinischer und pflegerischer Dienstleistungen verlagert. Damit verändern sich auch die Versorgungsrisiken der Patienten. Dies war die Fragestellung des im Rahmen des Berliner Zentrums Public Health durchgeführten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanzierten Projekts „Anpassungsprozesse der Krankenhäuser an die prospektive Finanzierung und ihre Auswirkung auf Patientenorientierung". Es wurde im Mai 2001 abgeschlossen. In ausgewählten deutschen Krankenhäusern wurden qualitative Interviews mit Ärzten, Pflegekräften, Verwaltungsleitern, Geschäftsführern, Controllern etc. durchgeführt, die durch Interviews mit externen Experten (1996–1999), Datenanalysen und Literaturrecherchen ergänzt worden sind.

„In einer über drei Jahre laufenden Untersuchung über den Klinik-Alltag haben Wissenschaftler des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) Erschreckendes festgestellt: Notfallpatienten werden in eine andere Klinik abgeschoben, wenn der Kliniketat erfüllt ist; Patienten werden auf Intensivstationen wegen höherer erzielbarer Einnahmen verlegt, obwohl es medizinisch nicht notwendig ist; Patienten werden zu früh in die Reha-Kur entlassen, um Kosten in andere Bereiche zu verschieben; ‚teure' Patienten werden in andere Kliniken überwiesen oder vorzeitig entlassen; medizinisch nicht nötige Operationen werden durchgeführt, um Extra-Vergütungen zu erzielen."

Westdeutsche Allgemeine
2. Oktober 2001

Die Krankenhäuser reagieren auf die Budgetierung und Einführung von Fallpauschalen mit Verbesserungen der internen Ablauforganisation, Ansätzen zu Qualitätsmanagement und sektorübergreifender Kooperation. Mit diesen Entwicklungen geht die Tendenz zur Ökonomisierung des Krankenhauses einher, d.h. der tendenziellen Überformung des Denkens und Versorgungshandelns durch wirtschaftliche Kalküle und Ziele. Das wurde insbesondere bei Entscheidungen über die Aufnahme, Versorgung und Verlegung von Patienten berichtet. Der Schlußbericht und einzelne Aufsätze wurden im Berichtszeitraum veröffentlicht. Erweitert erscheint er in Buchform („Die Ökonomisierung des Krankenhauses") 2002.

Ein Schwerpunkt der Bearbeitung liegt auf den mit der Ökonomisierungstendenz auftretenden bzw. sich verstärkenden ethischen Problemen im Hinblick auf (1) die Situation der Patienten, (2) Orientierung und Belastung der medizinisch und pflegerisch Tätigen und (3) das öffentliche Gut „Vertrauen in das Gesundheitssystem".

Die Fragestellung zu Anpassungsprozessen und Ökonomisierung in Krankenhäusern wird auf Grundlage der Projektergebnisse weitergeführt mit der Entwicklung eines quantitativen empirischen Forschungsprojekts gemeinsam mit dem Zentrum für Sozialpolitik (Universität Bremen) und dem Picker-Institut (Hamburg). Die Schwerpunkte werden auf der Auswertung von Krankenkassendaten und einer Befragung von Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen liegen.

Integration

Chronische Erkrankungen, Multimorbidität und vermehrte Behandlungsmöglichkeiten auf der Patienten- und höhere Arbeitsteiligkeit und Spezialisierung auf der Versorgungsseite machen für einen wachsenden Teil der Patienten eine Vielzahl verschiedener Helfer in einer Reihe von unterschiedlichen Einrichtungen erforderlich. Der daraus resultierenden Tendenz zur Fragmentierung kann nur mit Bemühungen zur Koordination, Kooperation und Integration entgegengewirkt werden, um kontinuierliche Versorgungsverläufe und Rationalität arbeitsteiliger Vorgehensweisen zu erreichen und sicherzustellen.

In einer 2001 veröffentlichten Studie, die sich vor allem auf internationale, insbesondere amerikanische Erfahrungen stützt, wird deutlich gemacht, daß politische Gestaltungsversuche herkömmlicher Art, d.h. kurzfristige Orientierung, Umlenkungen finanzieller Ressourcen, neue Vertragsmöglichkeiten und monetäre Anreize, allein zu kurz greifen. Integrierte Interventions- und Versorgungssysteme sind als Prozesse aufzufassen, bestehend aus Veränderungen der sozialen Beziehungen, der beruflichen Kompetenzen, der Einkommensrelationen, des Status, der institutionellen Strukturen einschließlich ihrer gewachsenen Organisationskulturen, regionaler Orientierungen und Traditionen usw. Der Erfolg politischer Strategien hängt wesentlich davon ab, ob und wie sie den zum Teil recht verschiedenen Sachlogiken, unterschiedlichen Zeitbedarfen und interessenbedingten Resistenzen dieser Veränderungsdimensionen gerecht werden.

Finanzierung

Eine Studie zur künftigen Finanzierbarkeit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zeigt, daß die Beitragssatzsteigerung der letzten Jahrzehnte nicht auf die Ausgaben-, sondern auf die Einnahmeseite zurückgehen. Langfristige Hochrechungen bis 2040 oder 2050 stellen drei Faktoren in den Vordergrund: eine sogenannte Anspruchsinflation, der demographische Wandel bzw. die „Alterung" der Bevölkerung und der medizinisch-technische Fortschritt. Deren Analyse legt jedoch erhebliche Zweifel an der Möglichkeit nahe, daraus gegenwärtige gesundheits- und sozialpolitische Legitimation abzuleiten.

Fast alle Berechnungen überschätzen den Ausgabenanstieg teilweise bei weitem. Dennoch ist es aufgrund des hohen Anteils personenbezogener Dienstleistungen mit unterdurchschnittlich ansteigender Produktivität unwahrscheinlich, daß auf der Finanzierungsbasis der beitragspflichtigen Lohn- und Sozialeinkommen eine leistungsfähige GKV ohne Beitragssatzerhöhungen gewährleistet werden kann. Allerdings gibt es bei entsprechender Budgetierung keinen empirisch belegten und theoretisch nachvollziehbaren Grund, von einer prinzipiellen Nichtfinanzierbarkeit auszugehen. Plausibel ist die Annahme einer mittel- und langfristig nur leicht ansteigenden GKV-Quote am Bruttoinlandsprodukt in Größenordnun-

gen, von der keine makroökonomischen Gefährdungen ausgehen können.

Querschnittsprojekte

Die Arbeitsgruppe war mit zwei Mitarbeitern (E. Barlösius, T. Gerlinger) in der Querschnittsgruppe „Gemeinwohl" (sh. S. 175) vertreten. Sie haben Beiträge zu gesundheitsrelevanten Aspekten von Gemeinwohlorientierung verfaßt.

Der derzeit stattfindende Generationenwechsel innerhalb der Soziologie war Anlaß einer Tagung zum Thema „Neue Perspektive der Soziologie im 21. Jahrhundert". Sie fand am 5./6. Mai 2000 im WZB statt und wurde finanziell von der Fritz Thyssen Stiftung unterstützt. Zu der Tagung wurden jüngere Kolleginnen und Kollegen geladen, die in den vergangenen Jahren durch neue Themen wie auch theoretisch programmatische Beiträge hervorgetreten sind. Durch den gemeinsamen Austausch über neue inhaltliche und theoretische Konzepte sowie Perspektiven sollte die zukünftige Zusammenarbeit intensiviert werden. Die zu Aufsätzen ausformulierten Vorträge und einige neu eingeworbene Beiträge wurden in einem Sammelband publiziert, um an dieser im kleinen Kreis geführten Debatte über zukünftige Perspektiven ein größeres Publikum zu beteiligen (Barlösius, Müller, Sigmund 2001).

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"

Die Arbeitsgruppe untersucht international vergleichend Entwicklungsdynamiken von Wissenschaftssystemen im gesellschaftlichen Transformationsprozeß. Veränderungen der (nationalen) institutionellen Bedingungen in der Wissenschaft (und in ihrer Umgebung) sollen die Integration der Wissenschaft in die Transformationsgesellschaft ermöglichen und dabei insbesondere die Leistungsfähigkeit der Forschung auch unter Bedingungen der internationalen Öffnung und des Übergangs zur Marktwirtschaft gewährleisten. Um Zusammenhänge zwischen Bedingungen und Ergebnissen der Transformation aufzuklären, steht die Dialektik von Strukturwandel und Kontinuität im Zentrum des Interesses.

Grundlagen

Die Umgestaltungen in Wirtschaft und Politik haben die institutionellen Voraussetzungen von wissenschaftlichen Tätigkeiten in den Transformationsländern wesentlich verändert, oft auch ihre Organisationsform und Ressourcenausstattung. Der damit verbundene Strukturwandel des Wissenschaftssystems muß jedoch ein Mindestmaß an Kontinuität sichern, insbesondere in Form der „Anschlußfähigkeit" neuer Forschungsprozesse an vorhergegangene. Anderenfalls gehen die notwendigen kognitiven und sozialen Bedingungen für erfolgreiche Forschung – wie Verfügung über relevantes implizites Wissen, Reputation in „scientific communities", Einbindung in informelle Netzwerke usw. – verloren.

In den Transformationsgesellschaften ist letzteres in erster Linie im Bereich der industriellen Forschung und Entwicklung (FuE) der Fall. Bei internationaler Öffnung und rascher Umstellung auf marktwirtschaftliche Bedingungen erfolgt die erforderliche technologische Anpassung vor allem über Technologie-Transfer aus dem Ausland und andere nicht FuE-gebundene innovative Aktivitäten, so daß es nicht notwendig bzw. gar nicht möglich ist, an bisherige FuE-Arbeiten anzuschließen. Zu dem fehlenden Bedarf für Forschung und Entwicklung kommt der Zwang zur Rationalisierung in den neuen Unternehmen hinzu, so daß FuE zumindest zeitweilig

primär als (unnötiger) Kostenfaktor wahrgenommen wird.

Folgerichtig unterliegt die Industrieforschung in den Ländern, die den Transformationsprozeß marktwirtschaftlichen Strukturen und Mechanismen überlassen, einem schnellen und starken Abbau. Eher zentralistisch gesteuerte Transformationsprozesse – wie in China und Vietnam – können diesen Abbau zwar auch nicht verhindern, versuchen ihm aber durch Übergangslösungen entgegenzuwirken und dabei sozialverträglich wie perspektivisch orientierte Varianten einer letztlich effektiveren Um- bzw. Neuprofilierung von Potentialen zu finden.

Im Bereich der öffentlich finanzierten Forschungseinrichtungen sind Strukturwandel und Anschlußfähigkeit jedoch gleichermaßen Erfolgsbedingungen der Transformation. Es hängt wesentlich von den konkreten Akteurkonstellationen ab, wie und mit welchem Tempo institutioneller Wandel verwirklicht wird und inwieweit es dabei gelingt, die von den Akteuren auf der Makroebene nicht bewußt berücksichtigte Erfolgsbedingung „Anschlußfähigkeit" aufrechtzuerhalten.

Die generell schrumpfenden Ressourcen für Wissenschaft und das Fehlen einer Nachfrage aus der Wirtschaft lassen im öffentlichen Sektor eine Reduzierung und (Re-)Orientierung auf Grundlagenforschung und den Anschluß an internationale „scientific communities" als einen bevorzugten Pfad dieser Forschung erkennen. Dem wird wiederum durch den Zwang, Drittmittel einzuwerben, der vielen Einrichtungen bei der institutionellen Transformation auferlegt ist, mehr entgegengewirkt.

Weniger Industrieforschung

Die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigen unterschiedliche Entwicklungslinien in den Sektoren des Wissenschaftssystems, insbesondere einen überdurchschnittlichen Rückgang der Industrieforschung mit negativen Auswirkungen auf die Praxisverbindungen der öffentlichen (akademischen) FuE. Die erwartete Verlagerung der Forschung im öffentlichen Sektor von den Akademien der Wissenschaften an die Universitäten erfolgt meist nur zögerlich, bedingt durch Kürzungen der Forschungsmittel und das zunehmende Gewicht der Lehre nach der Öffnung des früher streng reglementierten Hochschulzugangs.

Ob und wie sich (unter den neuen Bedingungen von Marktwirtschaft und Demokratie) effiziente Systeme von Wissenschaft und Technik sowohl lokal und national als auch (unter Bedingungen der EU-Erweiterung und der Globalisierung) regional und international herausbilden und welchen Einfluß dabei Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nehmen (können), sind die gegenwärtig aktuellen Fragen. Sie sind nicht nur für die Transformationsländer von Bedeutung, sondern betreffen angesichts der beabsichtigten EU-Erweiterung den gesamten angestrebten „Europäischen Forschungsraum" und dessen Ausgestaltung.

Wissenschaft in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas

Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die Forschung der Arbeitsgruppe auf die Veränderungen in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas (MOE) sowie in Vietnam. Insbesondere die bevorstehende Ost-Erweiterung der EU hat das Interesse an der Situation und den Perspektiven auch der Wissenschaft in mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten-Ländern verstärkt.

Inhaltlich entsteht dabei – vor allem durch den zunehmenden Übergang von Transformations- zu vielfältigen neuen Integrationsprozessen im nationalen wie internationalen Maßstab – eine immer stärkere Annäherung an Grundfragen der Wissenschaftsentwicklung in modernen Gesellschaften. Die Arbeitsgruppe stellt demzufolge in ihren Analysen zunehmend auch Beziehungen zu Veränderungen in westlichen Industrieländern her, die dort seit Beginn der 90er Jahre insbesondere unter den Stichwörtern „science in a steady state" bzw. „R&D systems in transition" diskutiert werden und sich auf die Entwicklung neuartiger „public/private partnerships" zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik konzentrieren. Diese Beziehungen werden in dem Maße verstärkt, wie die meisten europäischen Transformationsländer durch ihren bevorstehenden Beitritt zur EU in eine neue gesamteuropäische Wissenschafts-

landschaft integriert werden und diese bereits jetzt aktiv mitgestalten, etwa als gleichberechtigte Teilnehmer im 5. Rahmenprogramm Forschung, Technik und Entwicklung der EU und bei der Profilierung des neuen 6. Rahmenprogramms.

MOE-Länder

Die jüngsten Entwicklungen haben die Aussagefähigkeit des von der Arbeitsgruppe entwickelten Drei-Phasen-Modells der Transformation des Wissenschafts- und Technik-Systems für die MOE-Länder bestätigt. Phase 1 war die Auflösung und Fragmentation des früheren sozialistischen Systems. In Phase 2 kam es zur Um- bzw. Neuprofilierung von Akteuren und Aktivitäten sowie zur Konsolidierung der verbliebenen oder neugeschaffenen Institutionen; dies war oft mit einer Verschiebung der Aktivitäten von Forschung hin zu Innovationen auf der Basis von Technologietransfer in den Unternehmen verbunden. Die dritte Phase, die Herausbildung eines neuen, effektiv und stabil funktionierenden Wissenschafts- und Techniksystems, erweist sich wegen der gleichzeitigen Veränderungen auf der Mikro- und Makroebene sowie im internationalen Rahmen als schwierig und hat in den MOE bestenfalls begonnen. Daher gewinnt mit der politischen Stabilisierung und der wirtschaftlichen Erholung der meisten EU-Beitrittskandidaten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre die Frage der Neugestaltung des Systemcharakters von Wissenschaft und Technik in regionalem, nationalem und internationalem Maßstab entscheidende Bedeutung.

Das betrifft einmal die bisher meist noch unausgewogene Entwicklung der drei Hauptsektoren (Universitäten/Hochschulen; öffentliche Forschungsinstitute; Wirtschaftssektor) in den einzelnen Ländern und deren ungenügende Zusammenarbeit – es betrifft aber auch die zunehmende Einbeziehung dieser Länder in die EU-Arbeit. Trotz erheblicher Fortschritte in der Annäherung an die EU-Regelungen

(„acquis communautaire“) gibt es dabei das grundlegende Problem, daß die wirtschaftliche Transformation – mit Privatisierung und internationaler Öffnung sowie Neuausrichtung des Außenhandels – in allen MOE-Ländern neue Struktur- und Entwicklungsprobleme hervorruft. Diese sind nur teilweise transformationsbedingt – sie stehen eher im Zusammenhang mit der neuen internationalen Arbeitsteilung unter Bedingungen der Globalisierung.

Zum einen sind die früheren FuE-intensiven Zweige bzw. Betriebe im Rüstungsbereich, in der Elektronik usw. überflüssig geworden und aufgelöst oder von multinationalen Konzernen als reine Produktionsstätten übernommen worden. Zum anderen sind die verbliebenen oder neu entstandenen innovativen Betriebe sehr klein, sie produzieren in der Regel für einen begrenzten Binnenmarkt bzw. haben mit erheblichen (inneren wie äußeren) Barrieren beim Zugang zu internationalen High-tech-Märkten zu kämpfen. Im Ergebnis ist in allen MOE-Ländern der Wirtschaftssektor hinsichtlich FuE schwach entwickelt – einmal hinsichtlich eigener betrieblicher FuE-Kapazitäten wie auch als Kunde der privatisierten und öffentlichen FuE- und Wissenschaftseinrichtungen. Hier zeigen sich deutliche Parallelen zu der Situation in Ostdeutschland.

Die internationale Differenzierung zwischen innovativen und sich rasch entwickelnden Regionen sowie diesbezüglich zurückbleibenden Regionen macht sich nicht nur bei den Unterschieden zwischen führenden EU-Ländern und den MOE-Ländern, sondern auch zunehmend zwischen den MOE-Ländern (z.B. Polen und die Tschechische Republik einerseits, Rumänien und Bulgarien andererseits) und sogar innerhalb dieser Länder bemerkbar. Beispielsweise sind in Ungarn Tendenzen zur Herausbildung eines dualen Wirtschaftssystems mit innovativen, auf internationalen Märkten vertretenen ausländischen Tochterfirmen und einem hinsichtlich Kapitalausstattung, Absatzmärkten und technologischem Niveau deutlich zurückbleibenden einheimischen Unternehmenssektor unübersehbar. Diese Dualität wirkt sich nicht nur auf die Struktur der FuE-Kapazitäten in der Wirtschaft (z.B. deren Konzentration in wenigen ausländischen Tochterfirmen), sondern von daher auch auf die relativ einseitige Nachfrage und Förderung von Hochschulabsolventen und öffentlichen FuE-Ergebnissen nur ausgewählter Wissenschaftsgebiete aus.

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Margret Arzt	1992
Dr. Charles Melis	1992
Professor Dr. Werner Meske	1992
Christine Nait	2001

EU-Erweiterung

Da solche Erkenntnisse über die Situation und die weiteren Entwicklungsprobleme der MOE auch auf die Zukunft der (erweiterten) EU erheblichen Einfluß haben, wurde der Leiter der Arbeitsgruppe Werner Meske eingeladen, nach der gemeinsam mit dem Institut für Technologische Zukunftsforschung (IPTS, Sevilla) im Juni 1999 in Berlin organisierten Konferenz „A prospective dialogue on EU enlargement: Science, Technology and Society“ vom IPTS der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission zur Mitarbeit am „IPTS Futures Project“ und insbesondere zur Erarbeitung des Teils, der sich mit der EU-Erweiterung befaßt, eingeladen. Die Ergebnisse dieses Projekts wurden auf der „IPTS Futures Conference“ im Februar 2000 in Brüssel mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments und von Mitglieds- und Kandidatenländern diskutiert und haben unter anderem zur Entwicklung eines „Enlargement Futures Project“ des IPTS geführt.

Dabei hat sich die Erkenntnis vertieft, daß die Kandidaten-Länder ihre Anstrengungen auf die Herausbildung neuer Verflechtungen und funktionierender Netzwerke auch in Wissenschaft und Technik richten müssen. Es ist von einem Marktversagen im Bereich Wissenschaft und Technik als Folge der während der gesamten 90er Jahre zu geringen Nachfrage nach den Ergebnissen von FuE auszugehen, aber auch von noch nicht genügend angepaßten FuE-Strukturen und -Profilen. Da die künftige Entwicklung dieser Länder jedoch stark von technologischem Wandel und wissenschaftlich-technischen Qualifikationen abhängt, muß die Nachfrage gestärkt

und die Koordinierung zwischen Forschung, Bildung und wirtschaftlicher Entwicklung seitens der Politik verbessert werden.

Die meisten Kandidaten-Länder haben inzwischen ihre „Laissez-faire"-Politik gegenüber FuE aufgegeben und sind dabei, integrative und komplexe Strategien zur Verbindung von Wirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungspolitik zu entwickeln. Gegen Ende der 90er Jahre zeichnen sich dabei in den meisten MOE-Ländern eine politische Stabilisierung und wirtschaftliches Wachstum ab, was sich aber nur allmählich günstig auf Wissenschaft und Technik auswirkt. Rückschläge gab es vor allem in der Balkanregion durch die Kriege und deren noch anhaltende wirtschaftliche Folgen und in Rußland (und seinen Nachbarn) durch die Finanzkrise 1998.

Unter Nutzung der früher entwickelten Kooperationsbeziehungen zu Wissenschaftlern in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern sind die vergleichenden Analysen zur Entwicklung von Wissenschaft und Technik in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern im Berichtszeitraum weitergeführt, vertieft und bis zum Jahr 2000 aktualisiert worden. Die Ergebnisse werden im Jahr 2002 in einem Buch veröffentlicht.

Vietnam

Vietnam (und China) stehen vor ähnlichen Problemen wie die europäischen Transformationsländer bei der Anpassung ihrer Wissenschaftspotentiale an eingeschränkte finanzielle Voraussetzungen und neue Marktbedürfnisse. Sie versuchen diese jedoch durch zentral von den herrschenden kommunistischen Parteien „gesteuerte" „Top-down"-Transformationsprozesse zu lösen. Erste Ergebnisse eines gemeinsam mit dem National Institute for Science and Technology Policy and Strategy Studies (NISTPASS), Hanoi, seit 1995 durchgeführten und von der Volkswagen-Stiftung geförderten Projekts zur Untersuchung des „Zusammenhangs von Struktur- und Funktionswandel des vietnamesischen Forschungs- und Entwicklungssystems" wurden bereits in den Vorjahren vorgestellt. Dieses Projekt wurde im Jahre 2000 mit zwei international besetzten Workshops in Berlin und Hanoi sowie einem umfangreichen Forschungsbericht abgeschlossen (Werner Meske and Dang Duy Thinh [Eds.], Vietnam's Research & Development System in the 1990s, WZB-Discussion paper P 00-401).

Im Ergebnis konnte gezeigt werden, daß im Zuge der „doi-moi"-(Erneuerungs-)Politik seit 1986 der Übergang zur Marktwirtschaft auch durch Umgestaltungen im FuE-System unterstützt werden sollte. Dieses Ziel, so das Ergebnis von 17 Fallstudien, konnte wegen Diskrepanzen zwischen erfolgreichem Strukturwandel und wenig veränderten Funktionen nur eingeschränkt verwirklicht werden.

Vietnam hat auch unter der „doi-moi"-Politik eine politische Linie fortgesetzt, die früher für alle sozialistischen Länder charakteristisch war: Um die Innovationsschwäche der Wirtschaft zu bekämpfen, wurde die Forschung immer enger an die Wirtschaft und insbesondere an die Industrie gebunden. Die „doi-moi"-Politik der „Erneuerung" führte lediglich dazu, daß neben die staatlichen Regelungen, die früher das einzige Steuerungselement bildeten, nun auch ökonomischer Druck zur besseren Nutzung des vorhandenen wissenschaftlichen Potentials trat.

Dagegen wurde der Erhaltung und Entwicklung des wissenschaftlichen Leistungsniveaus zu wenig Beachtung geschenkt. Vietnam liegt beispielsweise bei den internationalen Publikationen noch deutlich unter dem Niveau seiner Nachbarländer. Das FuE-Personal wurde in einem Maße abgebaut, das fast den bekannten Transformations-Szenarios in den mittel- und osteuropäischen Ländern entspricht; zugleich ging der Anteil der tatsächlichen FuE-Aktivitäten in den Forschungsinstituten zurück. Die Institute sahen sich gezwungen, die nachlassende staatliche Finanzierung durch Dienstleistungen und eigene Produktionstätigkeiten auszugleichen, die häufig nichts mit FuE zu tun haben.

Die makrostrukturelle Analyse und die empirischen Befunde in Betrieben und FuE-Instituten haben zu folgenden Schlußfolgerungen geführt:

(1) Die Innovationsvoraussetzungen der industriellen (und vermutlich auch der landwirtschaftlichen) Unternehmen müssen verbessert werden, und deren Wirtschaftskraft muß es erlauben, selbst betriebliche FuE-Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten

sowie die für Innovationen notwendigen Investitionen vorzunehmen.

(2) Auf der Angebotsseite geht es um die langfristige Stabilisierung und qualitative Verbesserung der personellen Situation in FuE-Instituten, besonders durch erhöhte Attraktivität für junge Wissenschaftler. In den letzten Jahren haben sich die Bedingungen dafür durch zunehmende Alterungsprozesse in den Instituten und wachsende Nachfrage ausländischer Tochterfirmen nach qualifiziertem Personal eher verschlechtert. Hinzu kommt, daß die Geräte-, Literatur- und finanzielle Ausstattung der Forschungsinstitute erheblich verbessert werden muß, wenn man diesen Engpaß in Vietnams Innovationssystem überwinden will.

(3) Wegen der gegenwärtigen Begrenztheit der Innovationskapazitäten in den Unternehmen sollte es den Forschungsinstituten erlaubt werden, ihre Innovationen selbst durch Unternehmensgründungen zu verwirklichen, wenn sie diese nicht in die Industrie überführen können.

(4) Durch das Forschungsprojekt wurden Hinweise auf notwendige weitere Forschungen gegeben, nicht zuletzt, weil der Wettbewerbsdruck auf Vietnam mit der bevorstehenden weiteren Öffnung des Landes durch die Teilnahme an der Asiatischen Freihandelszone (AFTA) stark zunehmen wird. So muß das Wissen darüber verbessert werden, wie das FuE-Potential in Vietnam in Anbetracht der Überalterung von Personal und der technologischen Ausrüstungen erhalten und entwickelt werden kann. Welches sind die Haupthindernisse für Innovationen in den Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben, welchen Einfluß nehmen die ausländischen Investitionen auf technologische Veränderungen in Vietnam, und wie können die Verträge zwischen Forschungsinstituten und Unternehmen wirksamer gestaltet werden?

Wissenschaft in Ostdeutschland

Seit 1990 hat die Forschungsgruppe die Entwicklung der ostdeutschen Forschungslandschaft analysiert, insbesondere die öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschung und ihre Beziehungen zur Wirtschaft. Dabei wurde festgestellt, daß die Transformations- und Integrationsprozesse mit dem weitgehend erfolgreich verwirklichten „Institutionentransfer“ nicht abgeschlossen sind. Vielmehr stellt dieser lediglich die formale Übertragung des institutionellen Rahmens dar, wobei die wirtschaftlichen und anderen Umweltbedingungen weitgehend ausgeblendet werden mußten.

Stagnation

So kam es zur Herausbildung von Strukturen im Forschungssystem, die von denen in den alten Bundesländern abweichen und die die weitere Entwicklung erheblich beeinflussen. Mit dem Auslaufen von verschiedenen Übergangslösungen und speziellen Förderprogrammen sowie dem Erlahmen des wirtschaftlichen Aufholprozesses kam es ab 1997/98 in Ostdeutschland zu einer Stagnation beim wissenschaftlichen Personalbestand und zu nochmaligen Strukturveränderungen. In diesem Zeitraum wurde auch deutlich, daß die wenigen institutionellen Innovationen aus dem Prozeß der Transformation nicht verstetigt werden.

Diese Veränderungen wurden im Berichtszeitraum seitens der Arbeitsgruppe aus Kapazitätsgründen nur makrostrukturell beobachtet und in ausgewählten Blaue-Liste-Instituten unter dem Ost-West-Integrationsaspekt weiter verfolgt; das betrifft insbesondere Veränderungen in der Personalstruktur und beim Publikationsverhalten der Wissenschaftler sowie die Einwerbung von Drittmitteln. Eine Zwischenbilanz der ambivalenten Ergebnisse nach zehn Jahren deutscher Einheit im (ost-)deutschen Wissenschaftssystem wurde der Öffentlichkeit vorgestellt, eine Veröffentlichung der Forschungen zur Entwicklung von neu gegründeten Blaue-Liste-Instituten nach 1992 ist in Vorbereitung.

Methodik

Die von der Arbeitsgruppe durchgeführten Projekte belegen, daß die Überlagerung der Auflösungsprozesse der früheren Wissenschaftssysteme mit neuen, durch die Transformation initiierten und durch die Globalisierung wiederum stark geprägten Entwicklungs- und Integrationsprozessen von einzelnen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftssektoren zu einer besonderen Dynamik in der Entwicklung der Wissenschaftssysteme der Transformationsländer führt. Die Arbeitsgruppe verbindet daher in ihrem

methodischen Vorgehen zur Erfassung und Erklärung dieser Dynamik makrostrukturelle Analysen zur Entwicklung des Wissenschaftssystems und seiner Sektoren – unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – mit Fallstudien auf der Mesoebene der Organisationsentwicklung von Forschungseinrichtungen. In Vorbereitung und Auswertung der Fallstudien haben Jochen Gläser und Grit Laudel das methodische Vorgehen bei Experteninterviews einer kritischen Analyse unterzogen und für deren Auswertung die computer-gestützte qualitative Inhaltsanalyse weiterentwickelt.

*

Gastwissenschaftler

Grit Laudel vom Frankfurter Institut für Transformationsstudien der Europa-Universität Viadrina war vom 1. April 1998 bis August 2001 Gastwissenschaftlerin der Arbeitsgruppe.

Zu Arbeitsbesuchen und Vorträgen waren von der Arbeitsgruppe Professorin Judith Mosoni-Fried (Institute for Research Organisation, Academy of Sciences, Budapest/Ungarn), Professor Dang Duy Thinh (National Institute of Science and Technology Policy and Strategy Studies, Hanoi/Vietnam) und Professor Pham Huyen (Ministry of Science, Technology and Environment, Hanoi/Vietnam) sowie Professor Thomas G. Whiston (Roskilde University, Roskilde, Dänemark) und Professor Jan Annerstedt (Scandinavian Academy of Management Studies, Nyhavn, Kopenhagen, Dänemark) eingeladen worden.

Kooperationen

Die Arbeitsgruppe hat im Berichtszeitraum die meisten ihrer vielfältigen, insbesondere auch internationalen, Arbeitsbeziehungen aufrechterhalten. Durch die Verbindung zum IPTS/Sevilla der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission, ausgehend von einer zusammen mit diesem Institut 1999 am WZB durchgeführten Konferenz zur Erweiterung der EU, wurde die Vernetzung mit Wissenschaftlern sowohl aus der EU wie aus den Beitrittskandidaten-Ländern intensiviert. Der Leiter der Arbeitsgruppe hat von Dezember 1999 bis Mai 2000 auf Einladung des IPTS einen Forschungsaufenthalt in Sevilla wahrgenommen. Durch aktive Mitwirkung an IPTS-Konferenzen in Brüssel (2000), Prag und Bled (2001) sowie an einem Advanced Research Workshop in Bukarest (2001) wurden die internationalen Arbeitsbeziehungen vertieft und erweitert.

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

Grundlagen

Die internationalen Beziehungen der Gegenwart haben die Unterscheidung in innerstaatliche bzw. -gesellschaftliche Prozesse und zwischenstaatliche und -gesellschaftliche Beziehungen hinfällig werden lassen. Daß deswegen bereits von einer Vergesellschaftung der Außenpolitik die Rede sein kann, d.h. von der Emanzipierung der Gesellschaft vom Staat, wäre irreführend. Dies ist sicherlich eine der möglichen Entwicklungen, die in der Wirklichkeit zu beobachten sind. Es stellt sich aber auch heraus, daß parallel hierzu sich komplementäre Beziehungen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren herausbilden.

So lassen sich etwa Strategien der Instrumentalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure durch die Staaten beobachten. Damit ist in groben Zügen die spezifische Problematik des Strukturwandels „Internationaler Politik" umrissen. Die Arbeitsgruppe „Internationale Politik" konzentriert sich dabei insbesondere auf die Problematik der Gewalt, innerstaatlich wie zwischenstaatlich, und zwar unter dem Aspekt der Prävention und ihrer Überwindung. Dabei spielt die humanitäre Hilfe eine besondere Rolle, weil sie ordnungspolitisch einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zur Zivilisierung der Gewalt liefern kann.

Ausgangspunkt der theoretischen Überlegungen sind die Rahmenbedingungen und Strukturbrüche im internationalen System sowie die damit verknüpften Prozesse der zunehmenden Verflechtung zwischen den Gesellschaften wie zwischen den Staaten. Die übergeordneten charakteristischen Strukturmerkmale des internationalen Systems können unter folgenden Gesichtspunkten gesehen werden, die gleichzeitig das Forschungsprogramm der Arbeitsgruppe anleiten:

Kennzeichnend für das internationale System der Gegenwart sind erstens Strukturbedingungen, die eine zunehmende Fragmentierung des internationalen Systems zur Folge haben: regionale Integration durch Verdichtung und Verflechtung (die demokratischen Wohlfahrtsstaaten in der sogenannten OECD-Welt) einerseits, nur partiell integrierte, desintegrierende oder desintegrierte Regionen andererseits (Afrika, Asien, Lateinamerika).

Zweitens sind global vielschichtige Transformationsprozesse zu beobachten. Zum einen sind Demokratisierungsprozesse im Gange, die nach wie vor stattfinden (Balkan, Mittel- und Osteuropa etc.). Zum anderen besteht aber gerade das Problem, daß politische und soziale Institutionen scheitern bzw. zerbrechen. Die Folge sind Gewalt im allgemeinen, ein Wandel der Gewaltformen im besonderen. Zentrale Elemente dieser neuen Gewaltformen sind die partielle Privatisierung des Gewaltmonopols, ihr zunehmend transnationaler Charakter sowie die Verfestigung von Bürgerkriegen durch Gewaltmärkte, die insbesondere in Afrika zu Kriegswirtschaft führen.

Begleitet werden diese Transformationsprozesse drittens durch einen Vergesellschaftungsprozeß im Sinne der zunehmenden transnationalen Aktivitäten von gesellschaftlichen, aber auch staatlichen Akteuren. Dieser Prozeß wird zum Teil erleichtert durch Deregulierung. Dabei wird aber deutlich, daß Regulierungsprozesse, zu denen nur die Staaten fähig sind, erforderlich sind, um zur Wahrung und Durchsetzung von Menschenrechten etwas beizutragen.

Die staatlichen wie nichtstaatlichen Akteure unterliegen ihrerseits den vorherrschenden strukturellen Restriktionen, gestalten aber zugleich die ablaufenden Prozesse durch ihr Handeln. Dieses Handeln kann nun seinerseits unter folgenden Gesichtspunkten gesehen werden:

Staatliche wie nichtstaatliche Akteure unternehmen einerseits Regulierungsbemühungen. Darunter fallen sämtliche Tätigkeiten, die zur Integration durch Normensetzung im internationalen System beitragen sollen. Zivilgesellschaftliche Akteure spielen sowohl bei der Normensetzung (z.B. Verbot der Personenminen) wie bei deren Durchsetzung (etwa Rechte der Frauen) eine entscheidende Rolle. Neben den Regulierungsbemühungen stellt sich andererseits das Problem, inwieweit diese Bereitschaft auch dekkungsgleich ist mit der Fähigkeit, eine solche normative Integrationsleistung zu erbringen. Das gilt so-

wohl für die Zivilgesellschaft als auch für die staatlichen Akteure. Hinzu kommt, daß das bestgemeinte Handeln zuweilen nichtintendierte Effekte bewirkt.

Partizipation

Einen konzeptionellen Anknüpfungspunkt für das Forschungsprogramm bietet das von Ernst-Otto Czempiel entwickelte Konzept der Vergesellschaftung der Außenpolitik. Unter Vergesellschaftung versteht Czempiel, vereinfacht formuliert, die Emanzipation der Zivilgesellschaft von staatlichen Institutionen, was grenzüberschreitende Aktivitäten einbezieht. Auf die Zivilgesellschaft bezogen läßt sich dieser Aktivitätsbereich mit dem Begriff der „Partizipation" umschreiben, Aktivitäten also, die sich innergesellschaftlich wie international auf Demokratisierung beziehen. Dieser Emanzipationsprozeß beinhaltet zugleich Komplementaritätsbeziehungen, die unterschiedlichste Ausprägungen haben. Weitgehend vernachlässigt wird bis heute das Problem, daß Komplementarität im Sinne von gegenseitiger Ergänzung aber auch Unter- oder Überordnung oder der Unabhängigkeit voneinander bedeuten kann.

Die zu beobachtenden Dimensionen des Strukturwandels in der internationalen Politik, das damit in Wechselbeziehung stehende Handeln staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure sowie die daraus resultierenden Spannungsfelder werden von der Arbeitsgruppe vor allem aus der Perspektive der Politikfelder der Sicherheit und der humanitären Hilfe betrachtet. Sicherheits- und ordnungspolitisch geht es um die Herausforderungen, die sich aus internen Konflikten und der regionalen Fragmentierung im internationalen System ergeben. Darunter fällt der Problemkomplex, Gewalt vorbeugend einzudämmen bzw. ihre Eskalation durch Prävention oder Intervention zu verhindern, sowie die Frage nach der Durchsetzung und Erzwingung bestimmter Verhaltensnormen innerhalb wie zwischen Staaten.

Daraus ergibt sich dann zugleich die Verknüpfung zum Politikfeld der humanitären Hilfe, die als Problem internationaler Politik im allgemeinen und als ordnungspolitisches Problem des internationalen Systems im besonderen verstanden wird. Das normative Anliegen des humanitären Hilfesystems kann mit dem Normenwandel im internationalen System verknüpft werden.

Für die humanitäre Hilfe geht es um die Diffusion und Durchsetzung des humanitären Prinzips, das gleichermaßen die Legitimationsbasis der humanitären Hilfsorganisationen als auch deren Handlungszweck ist. Die Überschneidung mit der internationalen Politik resultiert aus dem zumindest symbolisch deklarierten Bemühen, die Menschenrechte im Staatensystem durchzusetzen.

Vorläufige Ergebnisse

Die Bedingungen präventiven Handelns im allgemeinen, im Sinne der Intervention der Staaten in die inneren Angelegenheiten im besonderen, haben sich mit dem Ende des Kalten Kriegs wesentlich verändert. Militärische Interventionen häuften sich zunächst (u.a. Irak, Somalia), doch sehr schnell kam es zur Ernüchterung, was die Möglichkeiten eines solchen Interventionismus betrifft (z.B. Ruanda). Wenn es strategisch opportun erscheint, wird von diesem Instrument Gebrauch gemacht (z.B. Afghanistan). An anderen Konfliktherden im internationalen System, vorrangig innerstaatliche Gewalt, hält sich die Politik allerdings zurück (z.B. Tschetschenien). Das erklärt unter anderem die Ersatzstrategie, nämlich humanitäre Hilfe als Ersatz für die sicherheitspolitische Enthaltsamkeit in strategisch unwichtigen Gebieten einzusetzen. Grundsätzlich stellt sich dennoch das Problem, inwieweit Prävention dazu führen kann, Gewalt zu verhindern bzw. zu überwinden.

Anspruch und Realität klaffen in diesem Zusammenhang nach wie vor weit auseinander.

Die dramatische Erhöhung humanitärer Hilfeleistungen, die seit den 1980er Jahren im Gange ist, hat dazu geführt, daß sie politisch instrumentalisiert wird. Dafür spricht die „Angebotsorientierung" in diesem Sektor, d.h., die verfügbaren Mittel werden zum Teil nicht nach Bedürftigkeit (was man auch als „Nachfrage" charakterisieren kann) eingesetzt, sondern gemäß dem öffentlichen Interesse an bestimmten Konfliktgebieten.

Im Politikfeld der humanitären Hilfe ist somit ein Strukturwandel im Gange, der sich zuungunsten der Zivilgesellschaft, der humanitären Hilfsorganisationen, auswirken kann. Aus der Komplementarität von Staat und Gesellschaft scheint sich ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zugunsten der Staaten herauszubilden. Damit gerät die ordnungspolitische Funktion der Staaten in den Hintergrund, die entsprechenden humanitären Normen (Schutz der Zivilbevölkerung in gewaltsamen Konflikten, Schutz und Zugang der humanitären Hilfsorganisationen) durchzusetzen und gegebenenfalls anzupassen.

Die Konkurrenz der humanitären Hilfsorganisationen ihrerseits um die knappen Ressourcen verstärkt darüber hinaus deren Abhängigkeit von den Geberstaaten. Um „Kohärenz" bemüht, wird darüber hinaus humanitäre Hilfe als potentiell nützliches Element einer sicherheits- und entwicklungspolitischen Strategie konzeptionell vereinnahmt. Dadurch besteht aber die keineswegs beabsichtigte Gefahr, daß letztlich zentrale humanitäre Prinzipien wie Unparteilichkeit und Unabhängigkeit verletzt werden. Ein weiterführender Effekt kann darin bestehen, daß die Politik an Glaubwürdigkeit verliert, weil die generelle Zielsetzung – Demokratisierung und Durchsetzung der Menschenrechte, auf die sich die humanitären Prinzipien zurückführen lassen – nur noch selektiv verfolgt wird.

„Sie sind jung, engagiert und riskieren ihr Leben. Menschen, die als humanitäre Helfer in Krisengebieten arbeiten, müssen eine besondere Motivation haben, um sich diese körperliche und seelische Belastung anzutun. Die Psychologin Uta Bronner von der Arbeitsgruppe Internationale Politik am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat die Beweggründe dieser Krisenhelfer untersucht. ...

Wie der Leiter des WZB-Projekts, Wolf-Dieter Eberwein, berichtet, haben sich die Ausgaben der OECD-Staaten für humanitäre Hilfe seit den siebziger Jahren etwa verzehnfacht. Vor allem die Zahl der Naturkatastrophen (etwa Erdbeben, Überflutungen oder Dürreperioden) pro Jahr sei in den vergangenen fünfzig Jahren stark angestiegen. ‚In den fünfziger Jahren gab es 11 große Katastrophen, während es in den neunziger Jahren 4881 waren', sagt Eberwein. Auch die wachsende Zahl der lang anhaltenden Bürgerkriege mache immer mehr Einsätze von Hilfsorganisationen notwendig."

Berliner Zeitung
24. Januar 2001

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Dr. Sven Chojnacki	2000
Professor Dr. Wolf-Dieter Eberwein	1978
Martin Ledwon	2001
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Diplom-Politologin Catherine Götze	1997–2000
Diplom-Politologin Yasemin Block	1997–2000

Publikationen

Wesentliche Forschungsergebnisse zur Struktur des deutschen und internationalen humanitären Hilfesystems aus einer institutionalistischen Perspektive werden im Rahmen einer Buch-Publikation im Herbst 2002 erscheinen. Verantwortlich dafür sind neben Wolf-Dieter Eberwein Yasemin Bock und Catherine Götze. Ein Sammelband zu den neueren Problemen im Politikfeld der humanitären Hilfe – herausgegeben von Wolf-Dieter Eberwein und Peter

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Runge (VENRO) – ist in Vorbereitung. Schließlich stehen zwei bzw. drei Dissertationsvorhaben zum Problemkreis der humanitären Hilfe kurz vor dem Abschluß.

Während Catherine Götze die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure im Transformationsprozeß auf dem Balkan anhand der Rotkreuz-Gesellschaften untersucht, steht bei Uta Bronner die Motivation der Helferinnen und Helfer in der humanitären Hilfe vor und nach dem Ersteinsatz im Mittelpunkt ihrer empirischen Studie. Das Promotionsvorhaben von Michael Schloms zur humanitären Hilfe und Politik am Beispiel Nordkoreas wird voraussichtlich 2003 abgeschlossen sein.

Prävention

Ende 2001 hat im Rahmen der Arbeitsgruppe ein von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördertes und auf zwei Jahre angelegtes Forschungsprojekt über „Neue Formen der Gewalt im internationalen System: Möglichkeiten und Grenzen der Prävention" begonnen. Leiter des Projekts ist Wolf-Dieter Eberwein. Wissenschaftlicher Mitarbeiter ist Sven Chojnacki. Dieser ist mit der Entwicklung eines theoretischen Analyserahmens wie auch mit der empirischen Analyse selbst betraut.

Ausgangspunkt des Projekts sind die sicherheits- und ordnungspolitischen Veränderungen im internationalen System, die man seit dem Ende des Ost-West-Konflikts beobachten kann. Diese bringen sowohl einen Wandel von Ordnungsvorstellungen als auch einen quantitativen und qualitativen Wandel der Gewaltformen mit sich. Die zentralen Elemente des übergreifenden Wandels der Gewalt sind deren Entstaatlichung und Privatisierung, ihr zunehmend transnationaler und regionaler Charakter sowie die Verfestigung von Bürgerkriegen durch Gewaltmärkte, die in eine zunehmend globalisierte Kriegswirtschaft führt. Bilden sich neue Formen der Gewalt heraus, dann stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen der externen Konflikttransformation unter veränderten Rahmenbedingungen (Prävention, Intervention) völlig neu.

Das Ziel des Projekts besteht demzufolge in der Beantwortung der doppelten Fragestellung, durch welche neuen Gewaltformen das internationale System der Gegenwart sicherheits- wie ordnungspolitisch geprägt wird und welche Möglichkeiten und Grenzen der internationalen Steuerung durch Prävention und Intervention in schwachen oder gescheiterten Staaten bestehen. Theoretisch wie empirisch setzt das Projekt dabei an einer ganzen Reihe von Desiderata der Forschung an.

Während mit der systematischen Herausarbeitung der strukturellen und akzidentiellen Entwicklungen von Gewaltformen in schwachen bzw. zerfallenden Staaten ein Beitrag zur konflikttheoretischen Fundierung sogenannter „neuer Kriege" im globalisierten Zeitalter geleistet werden soll, die mit ihrer substaatlichen bzw. transnationalen Dimension auch die offene Frage der Klassifikation bzw. Typenbildung im Teilgebiet der Friedens- und Konfliktforschung aufwirft, soll mit der Verknüpfung von Konfliktformen und externen Steuerungsansätzen zur Akzentuierung der Präventionsdimension beigetragen werden. Der Begriff der Prävention ist heute zwar in aller Munde, doch mangelt es nach wie vor an einer theoretisch-konzeptionellen Rückbindung mit ihrem eigentlichen Gegenstand, den gewaltsamen Konflikten, insbesondere ihrem Wandel, sowie mit dem Problem regional unterschiedlich angelegter Risiken für die internationale Politik.

In der Diskussion wird nicht hinreichend berücksichtigt, daß Prävention erstens von der Fähigkeit und Bereitschaft abhängt, überhaupt zu intervenieren, dem Korrelat von Prävention. Dabei wird zweitens häufig übersehen, daß Prävention bzw. Intervention, konsequent zu Ende gedacht, die Anwendung von Gewalt als ultima ratio impliziert. Drittens wird immer wieder in der Diskussion der Umstand vernachlässigt, daß Prävention akteurszentriert sein muß, und das heißt, Erfolg oder Mißerfolg von Prävention unmittelbar auf die Art der Gewaltkonflikte bezogen sein muß. Viertens ist aus sicherheitspolitischer Sicht der regionale Kontext zu berücksichtigen, in dem gewaltsame Konflikte auftreten. Schließlich stellt sich das Problem, inwieweit Prävention und Intervention zu einem Wandel der internationalen Ordnungsstruktur beitragen, d.h. zur Normierung und damit Eingrenzung von Gewalt einerseits, Intervention andererseits.

Das präventionstheoretische Erkenntnisinteresse zielt dann dabei weniger auf die allgemeine Diskussion von angemessenen Präventionsstrategien, sondern vielmehr auf die Evaluierung der Auswirkungen präventiven Handelns in gegenwärtigen, regional unterschiedlichen Konfliktformationen. Damit verknüpft ist die Frage, welche Lehren man aus vergangenen Situationen ziehen kann. Demzufolge besteht neben der Fundierung der neueren Entwicklungen in der Gewaltproblematik ein wesentliches Ziel des Projekts darin zu untersuchen, wie die Sicherheitspolitik (Prävention/Intervention) den Anforderungen substaatlicher/transnationaler Kriege und regionaler Entwicklungen gerecht wird und welche ordnungspolitischen Konsequenzen (Durchsetzung und Erzwingung bestimmter Verhaltensnormen in Konfliktfällen) sich daraus ergeben.

Eine Vertiefung bestehender Kooperationen bzw. neue Kooperationen gibt es im Rahmen des Forschungsprojekts in Deutschland mit dem Institut für Friedens- und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) sowie den regionalspezifischen Forschungsabteilungen am Deutschen Übersee-Institut (DÜI) in Hamburg. International stehen der Leiter der Arbeitsgruppe und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter zur Vertiefung und zum Austausch spezifischer Teilaspekte in enger Verbindung mit den Forschergruppen des „Correlates of War (COW) Project“ an der University in Michigan (Ann Arbor) und des „Conflict Data Project (CDP)“ an der Universität Uppsala in Schweden.

Polen/ Deutschland

Im Jahre 2001 wurde der Komplex der – regionalen – Integration, der theoretisch die Kehrseite der globalen Desintegrations- bzw. Fragmentierungstendenzen darstellt, weitgehend abgeschlossen. Diese Problematik wurde anhand der deutsch-polnischen Beziehungen empirisch-systematisch analysiert. Mit den deutsch-polnischen Verträgen von 1990/91 ist der auf staatlicher Ebene nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags von 1970 weitgehend zum Stillstand gekommene Prozeß der Annäherung ein erhebliches Stück weitergekommen. Deutsche und Polen bilden nach weitgehend übereinstimmend erzählter Geschichte eine eherne Konstante als „Konfliktgemeinschaft” (Karl W. Deutsch) – von der Machtpolitik des Deutschen Ordens gegen die polnischen Herrscher über Preußens Rolle als eine der drei Teilungsmächte bis hin zu dem deutschen Überfall, Besatzungsregime und anschließender Vertreibung.

Im Gegensatz dazu manifestieren sich seit 1990 auf der politischen Ebene weitreichende Hoffnungen auf eine Transformation zu einer Interessen- und Wertegemeinschaft, während Umfragen das konstante gleiche Bild zweier in Vorurteilen verharrender Völker zeichnen. Beide Diagnosen sind widersprüchlich und verweisen auf gravierende Forschungsdefizite. Ein Teil dieses Defizits im Hinblick auf Einstellungen deutscher und polnischer Eliten zu schließen, war das wesentliche Ziel der „Deutsch-Polnischen Elitestudie“, deren Ergebnisse im Frühjahr 2001 in zwei Publikationen – einer Monographie (Eberwein/Ecker-Ehrhardt) und einem Sammelbandbeitrag (Eberwein/Kerski) – zusammengefaßt wurden.

Die sich in den einschlägigen Bevölkerungsumfragen auf wenige Prozentzahlen verdichtende öffentliche Meinung, so die erste Annahme, geht in ganz unterschiedlichem Maße in die manifesten Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften ein. Unterstellt man aber, daß gesellschaftliche Macht ungleich verteilt ist, so geben die üblichen Meinungsumfragen ein verzerrtes, ja, gegebenenfalls irreführendes Bild von Chancen und Risiken „gutnachbarschaftlicher Beziehungen”. Als „missing link“ erscheint demgemäß das Denken jener besonders einflußreichen Kreise beider Gesellschaften, die an der Spitze von Regierungen, Parteien, Unternehmen und Verbänden stehen und deren Handeln maßgeblich verantworten.

Eliten

Gesellschaftliche Positionseliten nehmen – gemäß der im Rahmen der Deutsch-Polnischen Elitestudie eingenommenen Perspektive – eine Schlüsselstellung im deutsch-polnischen Integrationsprozeß ein. Zum einen spielen die befragten Entscheider dabei als „nationale Machteliten“ im engeren Sinne eine Rolle, sofern sie den außenpolitischen Entscheidungsprozeß von der Seite der betroffenen Gesellschaften maßgeblich mitgestalten. Auf der anderen, nicht minder wichtigen Seite sind sie es, die an der Spitze jener großen Verbände oder Unternehmen stehen, die selbst transnationale Verflechtung vorantreiben, aber auch unterlassen können.

Auf der Ebene von Werten, Interessen und Gemeinschaftssinn zeigen die befragten Eliten einen Grad an Gemeinsamkeit, der das in interessierten Kreisen zirkulierende Postulat einer „deutsch-polnischen Werte- und Interessengemeinschaft" in einigen zentralen Punkten gerechtfertigt erscheinen läßt. Lediglich hinsichtlich des geringen Grads an Gemeinschaftssinn lassen sich Probleme ausmachen, die eine weitere Diskussion dringend erfordern. Es mag nicht überraschen, daß auch die einschlägige Warnung vor den auf beiden Seiten verbreiteten Vorurteilen dies bestätigt und eine mentale Annäherung anmahnt.

Daß sich auf der Ebene der Werte und Normen keine wesentlichen Differenzen zeigen lassen, gibt Grund zur Entwarnung: Wie die Ergebnisse der Deutsch-Polnischen Elitestudie in mehrfacher Hinsicht belegen, sind von einer weiteren Verflechtung beider Gesellschaften wechselseitige Erfahrungen kultureller Nähe zu erwarten, die diese Lücken langfristig schließen dürften. Auch zeigen die Analysen, daß zwar Vorurteile im geringeren Umfang vorhanden sind, diese jedoch nicht mit Einstellungen zu konkreten politischen Fragen oder eigenen Handlungsabsichten verknüpft sind; ihre Relevanz als „politische Barrieren", wie vielfach behauptet, ist also auf Elitenebene keinesfalls empirisch nachweisbar.

Die Deutsch-Polnische Elitestudie im engeren Sinne hat weitere Projekte in ihrem Umfeld angeregt. Ein zeitgleich mit der Monographie erschienener und von Wolf-Dieter Eberwein und Basil Kerski herausgegebener Sammelband faßt den Forschungsstand hinsichtlich der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Krieg zusammen und stellt die Ergebnisse der Elitestudie im engeren Sinne in ihren sozialgeschichtlichen Kontext.

Schließlich werden die Ergebnisse in einem auf die Studie auch theoretisch aufbauenden Projekt durch eine Analyse der deutschen Debatte um die Erweiterung der Europäischen Union mit einem wesentlichen Teil des „sprachlichen Vordergrunds" der deutsch-polnischen Beziehungen in Parlament und Zeitungskommentaren konfrontiert. Im Zentrum dieses Projekts von Ecker-Ehrhardt steht die Frage, inwieweit wesentliche Argumente der moralisch aufgeladenen deutschen Debatte um die Osterweiterung der Europäischen Union weniger rhetorisch als tatsächlich authentisch sind. Zwei Aspekte der öffentlichen Debatte fallen besonders ins Auge: der hohe Anteil normativer Bezüge und die häufigen Referenzen auf positive oder negative Konsequenzen für die Beitrittskandidaten.

Die Ergebnisse der Elitestudie und der ergänzenden Inhaltsanalyse korrespondieren insofern, als bei kaum einem der diskutierten normativen und analytischen Begründungen bzw. Einstellungen wesentliche Differenzen von sprachlichem Vordergrund und kognitivem Hintergrund zu konstatieren sind. Die gängige These, der starke moralische Gehalt europapolitischer Debatten in Deutschland sei lediglich rhetorischer Zierrat, um „harte" Interessen zu kaschieren, scheint somit zumindest mit Blick auf das europapolitisch zentrale Thema der Osterweiterung kaum haltbar. Schließlich erweist sich soziale Identifikation über nationale Grenzen hinweg als mögliche Ressource verantwortungsethischer Argumentationen.

Beide Bücher – Projektmonographie und Sammelband – wurden kurz nach ihrem Erscheinen bei Leske + Budrich unter anderem im Rahmen einer Pressekonferenz und einer eintägigen Fachtagung im Februar 2001 vorgestellt. Weitere Präsentationen folgten, zuletzt auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropaforschung im März 2002, auf der bereits die Ergebnisse von Elitestudie und Inhaltsanalyse vergleichend dargestellt wurden.

Arbeitsgruppe „Metropolenforschung"

Grundlagen

Die Arbeitsgruppe „Metropolenforschung" hat sich im Berichtszeitraum auf die Fertigstellung der Arbeiten aus dem vorangegangenen Forschungsgruppenprogramm (Czarniawska 2000, Peters 2000, Potthast 2001, Horwitz FS II 00-502, Peters FS II 00-501, Bär 2000) und die aus der Forschungslinie „Metropolendiskurse" hervorgegangenen Untersuchungen zu den Berliner „Großstadt-Dokumenten" konzentriert. Neben dem Leiter Bernward Joerges gehören der Arbeitsgruppe gegenwärtig Dietmar Jazbinsek und Ralf Thies, Robert Lorenz als studentische Hilfskraft sowie der Stipendiat Jörg Potthast als assoziiertes Mitglied an.

Aus dem „alten" Programm wurden zwei Dissertationen (Katharina Peters und Matthias Horwitz) abgeschlossen, die gegenwärtig publiziert werden. Peters hat mit ihrer Arbeit zu Berliner Budgetkulturen einen außerordentlich originellen, auf einem ethnographischen Programm beruhenden Beitrag zum Verständnis der Umstellungsprozesse geleistet, die mit dem Wechsel von kameralen zu betriebswirtschaftlich orientierten kommunalen Finanzverfassungen und ihren unterschiedlichen Repräsentationen und Praktiken verbunden sind. Horwitz hat mit seinen vergleichenden, „symmetrisch" angelegten Untersuchungen der Verhandlung ingenieurwissenschaftlicher und rechtswissenschaftlicher Expertise im Feld der öffentlich-privaten Produktion des Potsdamer Platzes in Berlin weitreichende Generalisierungen zur Praxiswirksamkeit innovativer Wissenschaft vorgelegt.

Der ehemalige Mitarbeiter Richard Rottenburg schließlich hat mit seiner Habilitationsschrift, die teilweise auf die theoretischen Ansätze der Forschungsgruppe zurückgeht, einen konzeptionellen Rahmen für die Analyse der Übersetzungsprozesse erarbeitet, die Handlungskoordinationen und institutionelle Stabilisierungen in hochkomplexen und heterogenen Organisationsfeldern erfordern, wie sie für urbanes Management charakteristisch sind. Eine weitere Dissertation (Jörg Potthast) aus diesem Arbeitsbereich zum Management von Großflughäfen ist noch in Arbeit.

Das ursprüngliche Programm „Metropolenforschung" ist damit weitgehend abgeschlossen und wird, im Anschluß an die Projektlinie „Metropolendiskurse", lediglich im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts „Großstadt-Dokumente – Metropolenforschung und intellektuelles Milieu im Berlin der Jahrhundertwende" weitergeführt. Bernward Joerges hat darüber hinaus seine Arbeiten in verschiedenen Netzwerken zur Wissenschafts- und Techniksoziologie, insbesondere im Rahmen des „Yearbook for the Sociology of the Sciences", erweitert (Joerges 2001, Joerges/Shinn 2001).

Großstadt-Dokumente

Diese „Milieustudie über die Berliner Milieuforscher" stellt eine Untersuchung zur Sozialgeschichte der Sozialwissenschaften dar. Dabei geht es um die Wiederentdeckung eines der ehrgeizigsten Unternehmen der Stadtforschung, die es im deutschsprachigen Raum gegeben hat: die 51 Bände der „Großstadt-Dokumente" aus den Jahren 1904 bis 1908. Die Studie orientiert sich an zwei Leitfragen:

- Welches Bild der Metropole wird in den Großstadt-Dokumenten einschließlich ihres publizistischen Kontexts gezeichnet, und welche Verfahren der Stadtforschung kommen dabei zum Einsatz?

- In welchem Verhältnis stand die Berliner Autorengemeinschaft zu den intellektuellen Zirkeln der Jahrhundertwende?

Die Großstadt-Dokumente waren als eine Art soziologischer Reiseführer konzipiert, in dem die Errungenschaften der Berliner Moderne, aber auch die Opfer der urbanen Modernisierung zur Sprache kommen. Das Projekt zur Rekonstruktion ihrer Entstehungs- und Wirkungsgeschichte wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Neue Gemeinschaften

Trotz umfangreicher Archivrecherchen waren die Verlagskonzeption der Großstadt-Dokumente oder eine Arbeitsanweisung des Herausgebers Hans Ostwald an seine Koautoren nicht auffindbar. Ein

Schwerpunkt der Projektarbeit lag daher auf der systematischen Inhaltsanalyse der insgesamt knapp 5.000 Textseiten, um herauszufinden, inwieweit die Teilstudien durch thematische und methodische Gemeinsamkeiten miteinander verknüpft sind. Die Schriftenreihe erwies sich dabei als äußerst ergiebige Fundgrube für stadtsoziologisch relevante Themen und Theorieansätze.

Eines der inhaltlichen Leitmotive ist die Bildung neuer Großstadt-Gemeinschaften, die in einer Kleinstadt undenkbar wären, weil dort niemals genug Gleichgesinnte oder gleichermaßen Betroffene zusammenkommen würden. Im Stile einer urbanen Ethnographie wird in der Reihe der Nachweis erbracht, daß nur in einer Metropole wie Berlin Anarchisten, Lesben, Handelsreisende, Taschendiebe, Gewichtheber oder Flagellanten ihre eigene Subkultur mit besonderen Treffpunkten, Umgangsformen und Erkennungszeichen entwickeln. Während die offizielle Soziologie noch die Auflösung traditionaler Gemeinschaften in der Anonymität städtischer Ballungsräume beklagte, ging es in der Proto-Soziologie der Ostwald-Gruppe bereits um die modernen Formen des Wir-Gefühls (Jazbinsek/Thies FS II 96-501).

Ein Spezifikum der Großstadt-Dokumente ist die Idee des Städtevergleichs. Zehn Bände reservierte Hans Ostwald für eine Wiener „Pendant-Serie", von ihnen konnten allerdings nur sechs erscheinen. Diese Beiträge sind in der umfangreichen, hauptsächlich an der Elitekultur orientierten Forschung zur Wiener Moderne bisher nicht gewürdigt worden.

Im Metropolendiskurs der Jahrhundertwende bildeten Berlin und Wien ein urbanistisches Gegensatzpaar. Berlin galt als geschichtslose Retortenstadt nach amerikanischem Muster, Wien dagegen als traditionsbewußte Kulturmetropole. Die Wiener Großstadt-Dokumente sperren sich gegen ihre Einordnung in diese Dichotomie: Zum einen wird – durch Felix Salten – die urbane Selbstdarstellung der Donaumonarchie als anachronistische Inszenierung dechiffriert und zum anderen die Aufmerksamkeit auf das „andere Wien" gelenkt.

Max Winters Streifzüge durch die Arbeiterbezirke, Emil Baders Reportagen aus dem kriminellen Milieu sowie Otto Herschmanns Stippvisiten auf den Sportplätzen Wiens wichen von den üblichen touristischen Routen ab und dokumentierten den Alltag

benachteiligter Bevölkerungsgruppen und gesellschaftlicher Außenseiter. Durch das Prinzip der Paralleldarstellung – zu nahezu jedem Wiener Band gibt es ein direktes Berliner Gegenstück – wurde die damals gängige Kontrastierung der beiden Städte als mythologischer Diskurs kenntlich gemacht (vgl. Thies FS II 01-503).

Hans Ostwald

Als Herausgeber und Autor von fünf Beiträgen ist Hans Ostwald (1873–1940) die Schlüsselfigur des publizistischen Großprojekts. In seiner Heimatstadt ist er heute allenfalls noch als Verfasser von Zille-Biographien und Sammler humoriger Berlin-Anekdoten bekannt. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung von Leben und Werk des Berlin-Ethnographen ist bislang nur ansatzweise erfolgt. Durch Archivrecherchen und die Sichtung des von Ostwalds Enkelinnen verwalteten Restnachlasses konnten bislang unbekannte Materialien zusammengetragen werden, die genauere Aufschlüsse über seine Biographie, seine Rolle als Herausgeber und seine Einstellung zur urbanen Lebensform geben. Hinzu kommt eine Bibliographie seiner Schriften, die bislang rund 100 selbständige Veröffentlichungen und mehr als 450 Artikel in Zeitungen und Zeitschriften nachweist.

Als ehemaliger Wanderarbeiter war Ostwald mit den Umgangsformen sozialer Randgruppen vertraut. Aus dem Makel seiner Herkunft hat er eine Tugend gemacht und sich auf die Berichterstattung über Stadtstreicher, Arbeitslose und Prostituierte spezialisiert. Bereits um 1900 schrieb er unter anderem für den sozialdemokratischen „Vorwärts“ zahlreiche Berlinfeuilletons und Lokalreportagen, deren Leitmotive und Recherchemethoden in den Großstadt-Dokumenten wieder auftauchen.

Neue Aktenfunde vermitteln Einblicke in Ostwalds Engagement für den „Verein für soziale Kolonisation Deutschlands“. Dieses für die wilhelminische Epoche einzigartige Experiment einer privat organisierten Arbeitsbeschaffung ist bisher von der historischen Forschung übersehen worden. Für Ostwald bedeutete es die Überführung seiner sozialpolitischen Leitideen zur Bekämpfung der städtischen Arbeitslosigkeit aus der Theorie in die Praxis.

Arbeitsgruppe „Metropolenforschung“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Diplom-Soziologe Dietmar Jazbinsek	1999
Professor Dr. Bernward Joerges	1979
Dagmar Kollande	1977
Robert Lorenz	2000
Jörg Potthast M.A.	1994
Ralf Thies M.A.	1999
Ausgeschiedenes Personal[1]	2000–2001
Katharina Fichtenau	1999–2000
Dr. Katharina Peters	1994–2001

Autoren-gemeinschaft

Die Großstadt-Dokumente wurden von 40 Autoren verfaßt, die auf den ersten Blick als ein sehr heterogener Kreis von Journalisten, Literaten, Politikern und Wissenschaftlern erscheinen. Bei genauerer Betrachtung läßt sich jedoch eine Kerngruppe ausmachen, die durch ein enges Netzwerk privater und professioneller Beziehungen miteinander verbunden war. Wichtige Treffpunkte waren Bohème-Zirkel wie „Die Kommenden“ und sozialreformerische Vereinigungen wie das „Wissenschaftlich-humanitäre Komitee“, das sich für die Abschaffung des Homosexuellenparagraphen einsetzte.

Was im Rückblick besonders auffällt, ist die Intensität der publizistischen Kooperation. Sie läßt sich vor allem an den Periodika nachvollziehen, in denen die Autoren der Großstadt-Dokumente selber als verantwortliche Redakteure oder Herausgeber tätig waren. Dazu gehören die populärwissenschaftlichen Themenhefte der „Diskussion“ (Herausgeber: Ostwald), die Fachzeitschrift „Sexual-Probleme“ (Herausgeber: Max Marcuse) und die Tageszeitung „Berliner Morgenpost“ (Redakteure: Moritz Loeb und Felix Salten). Aufgrund der Vielzahl der Kontakte insbesondere in den Jahren 1900 bis 1914 ist es gerechtfertigt, von einer „Autorengemeinschaft“ zu sprechen.

1 mit mindestens 12 Monaten Zugehörigkeit zum WZB

Über den weiteren Werdegang der Berliner Autorengemeinschaft liegen nur bruchstückhafte Informationen vor. Ein Grund für die Schwierigkeiten bei der Rekonstruktion der Lebenswege ist die Vernichtung wichtiger Unterlagen im Zweiten Weltkrieg. Adolf Goetz und Otto Herschmann wurden deportiert und sind aller Wahrscheinlichkeit nach im Konzentrationslager ums Leben gekommen; Julius Bab, Karl Baer, Georg Bernhard, Alfred Deutsch-German, Magnus Hirschfeld, Moritz Loeb, Max Marcuse, Balder Olden, Felix Salten, Johannes Werthauer und Max Winter sind im Exil gestorben. Andere Autoren wie Edmund Edel, Hans Hyan oder Albert Weidner haben ihre letzten Lebensjahre im nationalsozialistischen Deutschland verbracht, waren den neuen Machthabern jedoch suspekt, weshalb ihr Werk nicht postum gewürdigt worden ist.

Dagegen stellte sich im Fall von Hans Ostwald heraus, daß er (vergeblich) um die Anerkennung der Nationalsozialisten geworben und sich deshalb von großen Teilen seines eigenen Werks distanziert hat. Die Lebensphilosophie seiner späten Jahre, in denen er Visionen eines agrarisch geprägten Deutschen Reichs nachhing, war gleichbedeutend mit einer Selbstdemontage des Autors Ostwald und hat mit dazu beigetragen, daß seine Verdienste um die frühe Berliner Metropolenforschung in Vergessenheit geraten sind.

Kinometerdichter

Zur Wirkungsgeschichte der Ostwald-Reihe gehört auch ihr Stellenwert im Zusammenhang mit der frühen Kinoproduktion, denn einige der beteiligten Autoren haben ihre Stadttexte zu Filmstoffen weiterverarbeitet. Der heute bekannteste von ihnen ist der Sexualwissenschaftler Magnus Hirschfeld. Sein Großstadt-Dokument über „Berlins drittes Geschlecht" enthält mehrere Szenen, die sich 15 Jahre später in „Anders als die Andern" wiederfinden, dem ersten und lange Zeit einzigen Kinofilm, in dem die gesellschaftliche Ächtung der Homosexuellen thematisiert worden ist. Die Parallelität der Handlungsstränge ist kein Zufall, da Hirschfeld als wissenschaftlicher Berater an dem „sozialhygienischen Filmwerk" des Regisseurs Richard Oswald beteiligt war.

Während Hirschfeld mit Regisseuren zusammengearbeitet hat, um für eine Liberalisierung des Sexualstrafrechts zu werben, sind andere Verfasser von Großstadt-Dokumenten direkt in das Filmgeschäft eingestiegen. Walter Turszinsky hat unter anderem Drehbücher für mehrere Komödien geschrieben, die im Milieu der Berliner Modebranche spielen und in denen Ernst Lubitsch in seinen ersten Hauptrollen zu sehen war.

Hans Hyan, der in der Ostwald-Reihe die Professionalisierung des kriminellen Gewerbes untersucht, ist als Regisseur zu einem der Pioniere des Kriminalfilms in Deutschland avanciert. Edmund Edel hat 1921 eine vierteilige Filmserie mit dem Titel „Die Geheimnisse von Berlin" inszeniert, die heute als verschollen gilt, aber den Inhaltsangaben nach ein kinematographisches Äquivalent zu den Großstadt-Dokumenten gewesen sein könnte.

Neben Turszinsky, Hyan und Edel gehören auch noch andere Verfasser der Berliner Großstadt-Reihe zur ersten Generation von Drehbuchautoren im deutschsprachigen Raum. Der Zwang, am laufenden Band Geschichten für die boomende Filmindustrie zu produzieren, hat den Drehbuchschreibern damals die Berufsbezeichnung „Kinometerdichter" eingetragen. Zum Kinometerdichter waren vor allem diejenigen Autoren prädestiniert, die über einen umfangreichen Fundus an Themen verfügten, den sie ihren eigenen Vorveröffentlichungen entnehmen konnten. Hierzu gehörten Reportagen, Feuilletons, Bühnenstücke, Novellen und eben auch die Beiträge zur Stadtforschung.

Multitalente wie Edmund Edel haben ihre Erfahrungen im Filmgeschäft wiederum zum Stoff von Romanen gemacht. Mit anderen Worten: die Kinometerdichter haben über ihre Person und ihre Textproduktion eben jenen Medienverbund hergestellt, der später zum vorherrschenden Organisationsprinzip der Kulturindustrie werden sollte (vgl. Jazbinsek 2000, Jazbinsek FS II 00-505).

Rezensionen

Der Publikumserfolg der Großstadt-Dokumente war enorm, manche Beiträge kamen auf bis zu 20 Auflagen. Auch im Besprechungsteil der Tageszeitungen und Fachzeitschriften hat die Schriftenreihe ein lebhaftes Echo ausgelöst. Bislang hat das Projekt mehr

als hundert Rezensionen ermittelt. Ihre Auswertung läßt sich in zwei Punkten zusammenfassen.

(1) Die Bände haben zu einer Polarisierung unter ihren professionellen Lesern geführt. Die Befürworter loben die Dokumentation kaum erforschter Randzonen und Randgruppen der Großstadt. So sah die Redaktion der „Kritischen Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften" die besondere Leistung von Ostwald und seinen Mitarbeitern darin, sich in Lebensbereiche hineingewagt zu haben, „die dem sozialen Forscher seiner Erziehung und Berufsarbeit nach verhältnismäßig ferne liegen." Die Gegner ziehen nicht die empirischen Qualitäten der Reihe in Zweifel, wohl aber die Motive des Herausgebers. Für sie war Ostwalds Anspruch auf „Ernsthaftigkeit" nur ein Vorwand, um die voyeuristischen Bedürfnisse des Publikums kommerziell auszuschlachten.

(2) Die frühe Resonanz auf die Form der kleinen Monographie – ob positiv oder negativ – nimmt ein späteres Rezeptionsmuster vorweg. Weil die Einzelhefte nicht mehr als jeweils 80 bis maximal 130 Seiten umfaßten, wurden sie von den Kritikern als „Heftchen", „Bändchen" oder „Schriftchen" tituliert. Da Sammelbesprechungen die Ausnahme geblieben sind, haben die damaligen Rezensenten die Dimensionen des Gesamtprojekts ebenso wenig überschaut wie viele spätere Leser.

Exkommunikation

Der prominenteste Rezensent der Großstadt-Dokumente ist Emile Durkheim. Im Jahrgang 11 (1908/09) der „L'Année Sociologique" hat der Klassiker der französischen Soziologie eine wohlwollende Besprechung der Studie von Georg Buschan zum Thema „Geschlecht und Verbrechen" veröffentlicht. Auch die Vertreter der Chicago School of Sociology haben in der Berliner Reihe einen ernstzunehmenden Beitrag zur Sozialforschung erkannt. Hierfür sprechen vier Indizien, auf die das Projekt im Zuge der Archivrecherchen in der Chicagoer Regenstein-Library gestoßen ist:

(1) Die Großstadt-Dokumente wurden bereits im Jahre 1914 komplett von der Bibliothek der University of Chicago angeschafft, und zwar auf Anregung des Sociology Department.

(2) Anhand der Einträge auf den Leihkarten der Originalexemplare läßt sich der Nachweis führen, daß Ernest W. Burgess, Walter C. Reckless, William I. Thomas, Louis Wirth und andere amerikanische Soziologen die Bände tatsächlich ausgeliehen haben.

(3) In den Veröffentlichungen der Chicago School, darunter auch in dem Standardwerk „The City" aus dem Jahr 1925, finden sich Literaturhinweise und unausgewiesene Zitate, die auf eine aufmerksame Lektüre der Ostwald-Reihe hindeuten.

(4) Die Berliner Studien wurden im Rahmen von Lehrveranstaltungen als Anschauungsmaterial über die Stadtentwicklung in Europa genutzt (vgl. Jazbinsek et al. FS II 01-501).

Die Vertreter der frühen deutschen Soziologie sind dagegen kommentarlos über das Erscheinen der Reihe hinweg gegangen, obwohl sie nachweislich zahlreiche Kontakte zu der Ostwald-Gruppe hatten. Georg Simmel zum Beispiel war lange Jahre mit Julius Bab befreundet, ohne bei irgendeiner Gelegenheit auf dessen Beitrag über die Berliner Bohème Bezug zu nehmen. Gerade bei Simmel ist dieses Desinteresse überraschend, weil er in seinen jungen Jahren – wie Bab und Ostwald – mit der Sozialdemokratie sympathisiert und in den Zirkeln oppositioneller Literaten verkehrt hatte. Die Großstadt-Dokumente erschienen jedoch zu einem Zeitpunkt, als er sich von seinen „Jugendsünden" schon lange distanziert hatte.

In einem biographischen Exkurs hat Dietmar Jazbinsek die Aussagen des Soziologen über die Arbeiterstadt Berlin, die Berliner Vergnügungskultur und über Berlin im Ersten Weltkrieg noch einmal Revue passieren lassen und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß Simmels Verhältnis zu seiner Heimatstadt in zunehmendem Maße von Antipathien geprägt war (Jazbinsek FS II 01-504). Ein ähnliches Reaktionsmuster hat es hierzulande auch bei anderen prominenten Soziologen gegeben. Die antiurbanistische Grundhaltung der meisten Klassiker wird von dem Projekt als ein Hauptgrund dafür benannt, warum es in Deutschland zur Exkommunikation der Großstadt-Dokumente aus der sozialwissenschaftlichen Forschungstradition gekommen ist.

Lange Nacht der Wissenschaften

Erste Ergebnisse des Projekts wurden der Berliner Öffentlichkeit im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften“ am 15. September 2001 präsentiert. Teil des Programms war eine Lesung aus den Großstadt-Dokumenten mit der Schauspielerin Silvia Höhne, die Mitarbeiterin des WZB ist. Darüber hinaus wurden 14 ausgewählte Berlin-Bände auf Plakaten mit Illustrationen der Schauplätze und Porträts der Autoren vorgestellt.

Ausblick

Da es im deutschen Sprachraum keine Bibliothek mit einem lückenlosen Bestand der Großstadt-Dokumente gibt, bemühen sich die Projektmitarbeiter derzeit darum, für das WZB eine komplette Sammlung zu beschaffen. Um die Reihe einer breiteren Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, ist eine zweibändige Publikation geplant, die zum einen die Ergebnisse der Untersuchungen über ihre Entstehungs- und Wirkungsgeschichte noch einmal zusammenführt und in der zum anderen Auszüge aus sämtlichen Bänden sowie Informationen über die beteiligten Autoren enthalten sind. Darüber hinaus ist die Komplettierung der Plakatreihe zu den Großstadt-Dokumenten in Vorbereitung. Sie soll dem Betrachter die Gelegenheit zu einem imaginären Stadtrundgang durch das Berlin der Jahrhundertwende geben.

Insgesamt leistet die Analyse der Großstadt-Dokumente am Beispiel Berlins einen sowohl wissenschaftssoziologischen/-historischen wie stadtsoziologischen/-historischen Beitrag zur Genealogie wechselnder Bilder der Metropole, wie sie in inner- und außerwissenschaftlichen Medien ständig produziert und reproduziert werden.

Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“

Die Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“ wurde im Frühjahr 2001 neu eingerichtet und befindet sich seitdem im Aufbau. Sie steht unter Leitung des Präsidenten des WZB, Professor Dr. Jürgen Kocka. Im Laufe des Jahres 2001 traten Privatdozentin Dr. Shalini Randeria (z.Zt. zur Wahrnehmung einer Lehrstuhlvertretung beurlaubt), Dr. Sven Reichardt, Dr. Gunilla-Friederike Budde (befristet bis Anfang 2002) und Ute Hasenöhrl M.A. als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Arbeitsgruppe ein.

Grundlagen

Der Begriff „Zivilgesellschaft“ hat seit Beginn seiner Renaissance in den osteuropäischen Bürgerbewegungen der 1980er Jahre im politischen Diskurs wie in wissenschaftlichen Debatten außerordentlich breite Resonanz gefunden. Zunächst eng mit den antidiktatorischen Bewegungen und Transformationsprozessen in Osteuropa, Lateinamerika und auf der iberischen Halbinsel verbunden, gewann das Konzept der Zivilgesellschaft bald auch bei der Beschreibung problematischer Entwicklungen in westlichen Gesellschaften und als richtunggebendes Ideal möglicher und wünschenswerter Wege aus den hochkomplexen Krisenlagen „postmoderner“ Gesellschaften an Attraktivität.

Angesichts von Individualisierung und Wertepluralisierung, der Dauerkrise des klassischen Wohlfahrtsstaats, der Glaubwürdigkeitsprobleme herkömmlicher Formen politischer Partizipation und Repräsentation und der Herausforderungen einer globalisierten Marktökonomie wird ein normativ verstandenes Konzept von Zivilgesellschaft von vielen Autoren als Wegweiser zu einer besseren Ordnung der Gesellschaft verstanden. Seine vielfältig schillernden Konnotationen und sein normatives Ordnungsversprechen haben die internationale Karriere des Begriffs gefördert, so daß „civil society“ mittlerweile zu einer global verwendeten Chiffre zur Beschreibung gegenwärtiger Problemlagen und wünschenswerter

Zukunftsentwicklungen in ganz unterschiedlichen Gesellschaften geworden ist.

Im Begriff „Zivilgesellschaft“ sind ähnlich wie in anderen sozialwissenschaftlichen „Großbegriffen“ normative und deskriptive Aspekte eng und letztlich unlösbar verbunden. Er bezeichnet einerseits den weitgehend selbstregulierten sozialen Raum bürgerschaftlichen Engagements zwischen Staat, Ökonomie und Privatsphäre, andererseits ein immer noch nicht voll eingelöstes Zukunftsprojekt menschlichen Zusammenlebens in der Tradition der Aufklärung. Dazu gehören gesellschaftliche Selbstorganisation, Gemeinwohlorientierung, die Begrenzung staatlicher Herrschaft durch Verfassung, Recht und Partizipation wie auch kulturelle Vielfalt, politische Öffentlichkeit und ökonomische Leistungsfähigkeit.

Verschiedene Bedeutungsebenen liegen übereinander, verschiedene Begriffstraditionen konkurrieren miteinander oder durchdringen sich zum Teil, unterschiedliche historisch-kulturelle Voraussetzungen führen zu abweichenden Vorstellungen von „ziviler Gesellschaft“ wie zu stark variierenden Ausprägungen der Zivilgesellschaft selbst. Jede wissenschaftliche Verwendung des Begriffs wird dies zu berücksichtigen und zu reflektieren haben.

In diesem Sinne soll die neue Arbeitsgruppe sowohl Beiträge zu einer kritischen Reflexion der Entwicklung des Begriffs und seiner politisch-normativen Verwendung liefern als auch die analytischen Chancen des Konzepts Zivilgesellschaft in konkreten empirischen Forschungen erproben. Sie will den Begriff, das Projekt Zivilgesellschaft einerseits aus historischer Perspektive, andererseits in seinen globalen Verflechtungen thematisieren, und zwar nicht nur diskursgeschichtlich, sondern auch mit Blick auf praktische Bedingungen und Folgen.

Dies soll einerseits zur Kritik und Weiterentwicklung des Begriffs und der mit ihm verbundenen Vorstellungen führen. Andererseits soll sich daraus ein Ensemble theorieorientierter und aufeinander bezogener Fragestellungen ergeben, das sehr unterschiedliche empirische Forschungen miteinander in Beziehung setzt und in dem sich historisch orientierte Sozialwissenschaften und sozialwissenschaftlich orientierte Geschichtsforschung treffen. Insofern ist es auch ein Ziel der Arbeitsgruppe, theoretisch und empirisch an den Perspektiven einer „Historischen Sozialwissenschaft“ weiterzuarbeiten.

Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“

Personal am 1. Oktober 2001	seit
Dr. Gunilla Friederike Budde	2001
Ute Hasenöhrl M.A.	2001
Professor Dr. Jürgen Kocka	2001
Privatdozentin Dr. Shalini Randeria	2001
Dr. Sven Reichardt	2001
Franka Schneider	2001

Die Forschungsvorhaben der Arbeitsgruppe befanden sich im Jahr 2001 im Stadium der Konzeptualisierung. Ergebnisse der Diskussion lassen sich in der Veröffentlichung „Neues über Zivilgesellschaft – Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel“ (P 01-801) nachlesen. Auch wenn die Konzipierung von Einzelprojekten im Jahr 2001 noch nicht abgeschlossen wurde und personelle Veränderungen in der Arbeitsgruppe in Zukunft neue Akzente setzen werden, lassen sich doch vorläufig vier Interessenfelder umreißen.

Konzept

Gerade weil die Rede von der Zivilgesellschaft so vieldeutig ist, in unterschiedlichen Kulturen vor dem Hintergrund abweichender historischer Erfahrungen geführt wird, normativen wie deskriptiven Zwecken dienen kann und von Wissenschaftlern und Nichtwissenschaftlern bestritten wird, spielt die kritische Reflexion des Konzepts und seiner sozial- wie geschichtswissenschaftlichen Verwendung eine zentrale Rolle für die Arbeitsgruppe. Auch die sehr erwünschte und notwendige interdisziplinäre Annäherung an den empirischen Forschungsgegenstand Zivilgesellschaft hat diesen Reflexionsprozeß zur Voraussetzung. Der Begriff, seine historische Entwicklung, die Verbindung seiner Varianten mit nationalspezifischen Besonderheiten der sozialen Entwicklung (etwa mit der Geschichte des Bürgertums

in Mitteleuropa), die von ihm beschriebenen europäischen Gemeinsamkeiten und seine universellen Geltungsansprüche sind also selbst Gegenstand der Forschung.

Beispiel Indien

Die globale Karriere des Worts „civil society" hat keinen globalen Konsens über dessen Bedeutungskern herbeigeführt, im Gegenteil. Die Pluralität und Vagheit des Konzepts waren Voraussetzung seiner Verbreitung, und je mehr die Diskussion über den ursprünglichen europäischen Herkunftszusammenhang der Idee hinausgriff, desto umstrittener wurde die Vorstellung, daß es so etwas wie ein einzig wahres Modell der Zivilgesellschaft geben könne, das als universelles, vom Westen ausgehendes Richtungskriterium zivilisatorischer Entwicklung einen global gültigen Maßstab bilden würde. Zivilgesellschaft in globaler Perspektive zu thematisieren, heißt daher nicht nur, neue, globale Akteure wie die transnationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Blick zu nehmen. Am Beispiel Indiens soll vielmehr auch nach Interaktionsprozessen zwischen europäischen und außereuropäischen Erfahrungen, Gesellschaftsentwürfen und Konzepten von „civil society" gefragt werden, wobei statt vom Modell eines einseitigen Transfers von der Annahme verwobenener Geschichten – „entangled histories" – ausgegangen wird.

Bezug zur Gewalt

Gewöhnlich wird mit der Zivilgesellschaft die Utopie gewaltlosen, selbstregulierten und selbstorganisierten Handelns staatsferner Assoziationen auf der Grundlage eines „zivilen" Wertekonsenses verbunden. In der sozialen Realität wird dieses Ideal freilich immer wieder mit ganz anders gelagerten Handlungsorientierungen konfrontiert. Die Überlegung,

das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Gewalt zu thematisieren, erschließt das Thema daher von seinen Rändern, Grenzen und inneren Widersprüchen her.

So gehört es zu den Aporien der Zivilgesellschaft, daß es gesellschaftliche Akteure gab und gibt, die in ihrer Selbstlegitimation und hinsichtlich ihrer Binnenbeziehungen zivilgesellschaftlichen Mustern entsprechen, deren Handeln nach außen aber alles andere als demokratieförderlich und tolerant war oder ist. Die Geschichte der Protestbewegungen bietet hierfür Beispiele. Diese Frageperspektive erschließt vielfältige Probleme – etwa die Frage nach der Wertebasis von Zivilgesellschaften, nach der ambivalenten Bedeutung sozialer Disziplinierung und nach dem Interaktionsverhältnis von Staat und Zivilgesellschaft –, die in historischer wie gegenwartsbezogener Perspektive verfolgt werden können.

„Gerechtigkeit"

Als Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts die Vision der zivilen Gesellschaft ihre „klassischen" Formulierungen fand, klaffte zwischen ihrem universellen Geltungsanspruch und ihrer realen sozialen Exklusivität ein gewaltiger Widerspruch. Mit guten Gründen hat man argumentiert, daß gerade aus dem Widerspruch zwischen Teilhabeversprechen und realem Ausschluß (etwa von Frauen, Angehörigen der Unterschichten oder religiöser Minderheiten) eine ausgeprägte selbstreferentielle Entwicklungsdynamik der Zivilgesellschaft erwuchs.

Aber auch nachdem ein egalitäres Staatsbürgerschaftskonzept den Zugang zu bürgerschaftlichen, politischen und sozialen Rechten weitgehend von den Strukturen sozialer Ungleichheit abgekoppelt hat, gehören Ungleichheit und soziale Exklusion zur Wirklichkeit moderner Zivilgesellschaften. Wieweit diese Ungleichheit als illegitime „Ungerechtigkeit" wahrgenommen und handlungsleitend wird, hängt allerdings von einer Vielzahl kultureller Faktoren ab. Dies legt es nahe, anknüpfend an die neuere „Gerechtigkeits"-Diskussion in interkulturell vergleichender Perspektive nach dem historischen Wandel von Gerechtigkeitserwartungen in ihrem Verhältnis zu den Mustern sozialer Ungleichheit und den Strukturen politischer Partizipation zu fragen.

Umweltbewegung

Zusätzlich zu den genannten Bereichen sind Projektüberlegungen zu zwei weiteren Themenfeldern in der Diskussion. Sie beziehen sich zum einen auf das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft, Privatsphäre, Öffentlichkeit und Geschlechterordnung und zum anderen auf die Rolle der Umweltbewegung für die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Handlungsmuster in der Bundesrepublik Deutschland seit den 50er Jahren.

Mitglieder des Kuratoriums des WZB

(Stand: August 2002)

Vorsitzender:

Wolf-Michael Catenhusen MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Stellvertretender Vorsitzender:

Dr. Thomas Flierl
Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Professor Dr. med. Peter Gaethgens
Präsident, Freie Universität Berlin

Professor Dr. Kurt Kutzler
Präsident, Technische Universität Berlin

Professorin Dr. Christine Landfried
Universität Hamburg

Werner Lensing MdB
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestags

Professor Dr. Jürgen Mlynek
Präsident, Humboldt-Universität zu Berlin

Professorin Dr. Helga Nowotny Ph.D.
ETH Zürich

Professor Dr. Wolfgang Schluchter
Universität Erfurt

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Richard Schröder
Von der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestags benannt

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Dieter Simon
Präsident, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Professor Dr. Klaus F. Zimmermann
Präsident, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

mit beratender Stimme:

Professor Dr. Manfred G. Schmidt
Vorsitzender des WZB-Beirats

Professorin Dr. Ariane Berthoin Antal
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Professor Dr. Dieter Rucht
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Weitere WZB-Gremien

(Stand: September 2002)

WZB-Beirat

Professorin Eileen Appelbaum Ph.D., Washington D.C.
Professorin Dr. Marlis Buchmann, Zürich
Professorin Dr. Karin Hausen, Berlin
Professorin Dr. Bettina Heintz, Mainz
Professor Dr. Martin Hellwig. Mannheim
Professor Dr. Jerzy Holzer, Warschau
Professor Dr. Peter Graf Kielmansegg, Mannheim
Professor Dr. Meinhard Miegel, Bonn
Professor Dr. Rainer Münz, Berlin
Professor Dr. Ulrich K. Preuß, Berlin
Professor Dr. Manfred G. Schmidt, Heidelberg (Vorsitz)
Professor Dr. Gunnar Folke Schuppert, Berlin
Professor Dr. Göran Therborn, Göteborg

Wissenschaftlicher Rat des WZB

Dr. Weert Canzler (Sprecher)
Professor Dr. Wolfgang van den Daele
Professor Dr. Meinolf Dierkes
Professor Dr. Ulrich Jürgens
Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Dieter Klingemann
Professor Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka (Vorsitzender)
Professor Dr. Kai A. Konrad
Daniel Krähmer
Christiane Neumann (mit beratender Stimme)
Dr. Martina Padmanabhan
Dr. Dieter Plehwe
Dr. Sven Reichardt
Dr. Martina Röbbecke
Dr. Edeltraud Roller
Professor Lars-Hendrik Röller Ph.D.
Professorin Dr. Hedwig Rudolph
Professor Dr. Günther Schmid
Professor Dr. Udo E. Simonis
Dr. Helmut Weidner
Dr. Christian Wey
Dr. Bernhard Weßels
Professor Dr. Wolfgang Zapf

Betriebsrat des WZB

Udo Borchert
Dr. Hans-Joachim Fietkau
Jutta Höhne
Dagmar Kollande
Clemens Kraetsch
Marion Obermaier
Katarina Pollner
Katharina Röttig
Axel Tröster-Grönig (Vorsitzender)

Gleichstellungsbeauftragte

Anke Geßner

Frauenausschuß des WZB

Anne Scheuble-Wilker
N.N.
N.N.

WZB Organisationsschema

Gesellschafterversammlung
Bundesrepublik Deutschland, Land Berlin

Kuratorium
Vorsitzender: Wolf-Michael Catenhusen MdB
Stellvertretender Vorsitzender: Dr. Thomas Flierl

Beirat
Vorsitzender: Prof. Dr. Manfred G. Schmidt

Wissenschaftlicher Rat
Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka
Sprecher: Dr. Weert Canzler

Geschäftsführung

Präsident:
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka

Administrative Geschäftsführerin:
Christiane Neumann

Beim Präsidenten

Arbeitsgruppe „Public Health"
Leitung: Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
und Privatdozent Dr. Hagen Kühn

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"
Leitung: Prof. Dr. Werner Meske

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"
Leitung: Prof. Dr. Wolf-Dieter Eberwein

Arbeitsgruppe „Metropolenforschung"
Leitung: Prof. Dr. Bernward Joerges

Arbeitsgruppe „Politische
Öffentlichkeit und Mobilisierung"
Leitung: Dr. Ruud Koopmans

Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-
sozialwissenschaftliche Perspektiven"
Leitung: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Jürgen Kocka

Referat Forschungsplanung und -koordination
Leitung: Dr. Georg Thurn, Dr. Dagmar Simon

Presse- und Informationsreferat
Leitung: Burckhard Wiebe M.A., B.A.

Verwaltung

Finanzen und Rechnungswesen
Leitung: Ursula Noack

Personal und Recht
Leitung: Frank Ottens

Technik
Leitung: Brigitte Mazurek

Bibliothek und wissenschaftliche Information
Leitung: Dr. Gerd Paul

DV-Koordination
Leitung: Peter Rindfuß

Forschungsschwerpunkt I

Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und
Beschäftigung"
Direktor: Prof. Dr. Günther Schmid

Abteilung „Organisation und Beschäftigung"
Direktorin: Prof. Dr. Hedwig Rudolph

Arbeitsgruppe „Institutionen, Staaten
und Märkte"
Leitung: Thomas R. Cusack Ph.D.

Forschungsschwerpunkt II

Technik – Arbeit – Umwelt

Abteilung „Organisation und Technikgenese"
Direktor: Prof. Dr. Meinolf Dierkes

Abteilung „Regulierung von Arbeit"
Kommissarischer Direktor:
Prof. Dr. Ulrich Jürgens

Abteilung „Normbildung und Umwelt"
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang van den Daele

Forschungsprofessur „Umweltpolitik,
Technikentwicklung, Arbeitsformen"
Prof. Dr. Udo E. Simonis

Forschungsschwerpunkt III

Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"
Direktor: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Dieter Klingemann

Abteilung „Sozialstruktur und
Sozialberichterstattung"
Direktor: Prof. Dr. Wolfgang Zapf

Forschungsschwerpunkt IV

Markt und politische Ökonomie

Abteilung „Marktprozesse und Steuerung"
Direktor: Prof. Dr. Kai A. Konrad

Abteilung „Wettbewerbsfähigkeit
und industrieller Wandel"
Direktor: Prof. Lars-Hendrik Röller Ph. D.

Stand: Juli 2002

WZB Verwaltung des WZB

Administrative Geschäftsführerin
Christiane Neumann

Sekretariat und Sachbearbeitung
Anne Scheuble-Wilker, Susanne Zweiniger

Beauftragte für den Haushalt
Ursula Noack

Prokurist
Frank Ottens

Projektmanagement Kosten- und Leistungsrechnung
Anne Langehaneberg

DV-Koordination
Leitung: Peter Rindfuß

Bibliothek und wissenschaftliche Information
Leitung: Dr. Gerd Paul

Personal und Recht
Leitung: Frank Ottens

Frank Ottens
Allgemeine Rechtsangelegenheiten
Personalangelegenheiten
Grundsatzfragen der Arbeitsverträge
haushaltsrechtliche Prüfung
Tarif- und Steuerfragen
Prüfung der Eingruppierungen
Zeugnisse, Kontrolle des Stellenplans

Roswitha Meumann
Sachbearbeitung für FS II,
P/Pr/FP, RNE
Gehälter
Vertragsabschlüsse
Umzugskosten, Trennungsgelder

Manfred Lübcke
Sachbearbeitung für FS III, MET,
PÖM, FS IV, PH, DV, Bibliothek
Gehälter
Vertragsabschlüsse
Umzugskosten
Trennungsgelder

Susanne Hänsch
Sachbearbeitung für FS I,
Verwaltung, IP, WT
Gehälter
Vertragsabschlüsse
Umzugskosten
Trennungsgelder

Anne Scheuble-Wilker
Stellenplan, Urlaubsplan

Katrin Reichel
Jana Bährend
Mitarbeit bei der Personalsachbearbeitung

Stand: Juli 2002

Finanzen und Rechnungswesen
Leitung: Ursula Noack

Buchhaltung

Ursula Schuster (Leitung)
Bilanz
GuV-Rechnung
Steuerfragen
Wirtschaftsplanabrechnung
Finanzstatistik
Konzeption EDV-System

Bettina Schindelmeiser
Monika Dreyer
Kreditorenbuchhaltung
Kontierungen und Buchungen
Haushaltsüberwachungslisten
Anlagenbuchhaltung
Zahlungsverkehr

Jan Flickschu
Systemadministration
Datenbank
Tabellen- und Berichtsdesign

Drittmittel

Birgit Schultz
Reinhild Wagner
Beratung
Beantragung
Vorkalkulation
Vertragsprüfung
Mittelabruf
Mittelüberwachung
Schriftwechsel
Datenbankpflege
Abrechnung und Verwendungsnachweis

Kim Tan
Datenbankpflege
Mittelüberwachung
Mittelabruf
Mitarbeit bei der Vorkalkulation
und Abrechung

Konferenzen und Reisekosten

Hannelore Trautmann (Leitung)
Diana Kuschminder
Organisation und Abrechnung von
Konferenzen und Veranstaltungen

Marzena Dabrowski
Abrechnung von Dienstreisen
(In- und Ausland)

Kassenwesen

Brigitte Mazurek (Leitung)
Sachbearbeitung für Werk-
und Honorarverträge
Kasse
Mittelanforderung

Nicole Griepentrog
Vergabeverfahren
Bestellwesen
Aufträge einschl. Reparaturen
Inventarverwaltung

Margit Pieper
Druckereierzeugnisse und Abrechnungen
Mitgliedschaften
Miet- u. Wartungsverträge für Maschinen
Ausgabe/Rücknahme von Notebooks

Ina Kemter
Kreditoren
Bestellwesen
Schriftwechsel für Honorar- und
Werkverträge

Technik
Leitung: Brigitte Mazurek

I Poststelle

Andreas Kepper (Leitung)
Martina Müller-König
Romy Becher
Postservice
Büromaterial

II Hausverwaltung

Brigitte Mazurek
Hausverwaltung
Bauunterhaltung

Margit Pieper
Bauunterhaltung

III Haustechnik/Hausmeister

Dietmar Kremser
Guido Kalk
Haustechnik
Kraftfahrer

Istvan Horvath
Hausmeister

IV Telefonzentrale

Thomas Schuh (Leitung)
Gebührenauswertung
Intranet-Verwaltung

Heidrun Kelleh
Gunilla Mahmood
Samira Schäfer
Telefonzentrale
Telefax

V Druckerei/Binderei

Andreas Kepper
Druckerei
Vervielfältigung

Marion Zabel
Buchbinderei
Fotokopien

WZB-Kolloquien 2000–2001

4. Mai 2000
Michael H. Belzer (Michigan): „Sweatshop on Wheels: Winners and Losers in Trucking Deregulation“

9. Mai 2000
Rebecca M. Blank (Michigan): „The Effects of Welfare Reform in the United States“

18. Mai 2000
Joan Acker (Oregon/Bochum): „Gender, Organization and Internationalization“

22. Juni 2000
Piotr Sztompka (Krakau): „Social and Cultural Trauma: The Ambivalence of Social Change“

8. November 2000
Julie A. Nelson (Cambridge, Massachusetts): „Labour, Gender, and the Economic/Social Divide“; in Zusammenarbeit mit der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg (LWBB)

5. Dezember 2000
Debora Spar (Harvard Business School): „Negotiating Antitrust: The Case of U.S. versus Microsoft“ (Karl W. Deutsch-Gastvortrag)

19. Dezember 2000
Mladen Lazic (Belgrad): „Democracy in Serbia: The Light at the End of the Tunnel?“

13. Februar 2001
Martin Lengwiler (Zürich): „Zwischen Sozialstaat und Risikogesellschaft: Wissenschaftsgeschichte der Sozialversicherungen am Beispiel der schweizerischen Unfallversicherung“

21. Februar 2001
Kees van Paridon (Amsterdam): „Geht es mit dem niederländischen Arbeitsmarkt weiter aufwärts?“

27. Februar 2001
Karel Williams und **Julie Froud** (Manchester): „The New Economy: after the First Phase“

26. Juni 2001
David Soskice (WZB): „Globalisation and the Scope of Centre-Left Strategies“

3. Juli 2001
Pavel Machonin (Prag): „Social cleavages and political conflicts in the contemporary Czech society“

4. September 2001
Ellen M. Immergut (Konstanz): „On the Rationality of Constitutional Choice: Using an Historical Counterfactual to Understand Institutional Change“

9. September 2001
Lord Ralf Dahrendorf: „Öffentliche Sozialwissenschaft: nützlich? lehrreich? unterhaltsam?“ (Sonntags-Matinee)

16. Oktober 2001
J. Rogers Hollingsworth (Wisconsin-Madison): „Effective Ways of Organizing Research Institutes to Advance Fundamental New Knowledge“

13. Dezember 2001
Amy Mazur (Washington): „Making the State More Democratic: Feminist Policy as a Separate Policy Sector“

18. Dezember 2001
J. Peter Murmann Ph.D. (Evanston/WZB): „Interdisciplinary Research in the U.S.: Opportunities and Challenges“

Kolloquien in Zusammenarbeit mit dem Centre Marc Bloch

13. April 2000
Bernard Lahire (Lyon): „Wie kann eine Tradition der Kritik lebendig erhalten werden? Die Soziologie Pierre Bourdieus zwischen Ablehnung und ‚Verehrung‘“

31. Januar 2001
Luc Boltanski (Paris): „Der neue Geist des Kapitalismus – Eine neue Art der Rechtfertigung: das ‚cité par projet‘“

13. März 2001
Jean-Marie Vincent (Paris): „Die Entwicklung einer kritischen Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg im deutsch-französischen Vergleich“

21. Juni 2001
Margaret Maruani (Paris): „Frauenerwerbstätigkeit im deutsch-französischen Vergleich“

Lectures on Public Interest
(Eine Vorlesungsreihe zum Thema Gemeinwohl)

9. Februar 2000
Herfried Münkler (Berlin): „Gemeinwohl und Korruption“

22. Februar 2000
Ulrich K. Preuß (Berlin): „Citizenship und Gemeinwohl“

4. April 2000
Claus Offe (Berlin): „Wessen Wohl ist das Gemeinwohl? Überlegungen zur Pragmatik und Semantik einer Formel zur Bewertung sozialen Handelns“

16. Mai 2000
Hasso Hofmann (Berlin): „Grundpflichten: Staatliche Einforderung privater Gemeinwohlbeiträge?“

30. Mai 2000
Christoph Engel (Berlin): „Offene Gemeinwohldefinition – Annäherungsversuche verschiedener Wissenschaftsdisziplinen“

19. September 2000
Rudolf Steinberg (Frankfurt am Main): „Langzeitverantwortung im Umweltstaat“

11. Oktober 2000
Christian Kirchner (Berlin): „Gemeinwohl aus institutionenökonomischer Perspektive“

7. November 2000
Hans-Heinrich Trute (Dresden): „Gemeinwohlsicherung im Gewährleistungsstaat“

23. Januar 2001
Josef Isensee (Bonn): „Prinzip des Amtes und Idee des Gemeinwohls“

20. Februar 2001
Hans G. Nutzinger (Kassel): „Unternehmen

und Gemeinwohl: Vaterlandslose Gesellen oder Beraubung der Anteilseigner?“

5. März 2001
Hans J. Lietzmann (Essen): „Nichtregierungsorganisationen als Gemeinwohlakteure“

Kolloquienreihe „Politische Konflikte in entgrenzten Räumen: nationale Folgen der Denationalisierung“

27. März 2001
Hanspeter Kriesi (Genf): „Nationaler politischer Wandel in entgrenzten Räumen“

8. Mai 2001
Stefano Bartolini (Florenz): „Exit Options, boundary building and political structuring/ destructuring“

30. Mai 2001
Klaus Eder (Berlin): „Transnationale Öffentlichkeit“

4. September 2001
Wolfgang Schroeder (Frankfurt am Main): „Möglichkeiten und Grenzen einer Europäisierung der Gewerkschaftspolitik im Schatten des Euro“

19. Juni 2001
Michael Zürn (Bremen): „Politische Interessen in denationalisierten Problemlagen“

WZB-Foren

11. Juni 2001
„Deutschland als Einwanderungsland – Chancen, Risiken und Perspektiven für Politik und Gesellschaft“
mit: **Rita Süssmuth** (Berlin)
Diskutanten: **Peter Marschalck** (Osnabrück), **Rainer Münz** (Berlin), **Hedwig Rudolph** (WZB), **Jürgen Kocka** (WZB)

26. November 2001
„Erweiterung und innere Reform – Die EU auf dem Prüfstand“
mit: **Günter Verheugen** (Brüssel)
Diskutanten: **Christoph Bertram** (Berlin), **Klaus von Beyme** (Heidelberg), **Wolf-Dieter Eberwein** (WZB), **Volker Hauff** (Berlin)
(in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und Förderer des WZB)

29. November 2001
„Integration durch Dezentralisierung – Föderalismus und europäische Einigung“
mit: **Kurt Biedenkopf** (Dresden)
Diskutanten: **Kai Konrad** (WZB), **Gerhard Lehmbruch** (Universität Konstanz), **Marie-Louise Plessen** (Deutsches Historisches Museum, Berlin), **Thomas Risse** (Freie Universität Berlin), **Jürgen Kocka** (WZB)
(in Zusammenarbeit mit dem Verein der Freunde und Förderer des WZB)

Podiumsdiskussionen

15. Juni 2001
„Internationalizing Anti-Corruption Regimes“
mit: **Werner Abelshauser** (Bielefeld), **Ulrich von Alemann** (Düsseldorf), **Peter Eigen** (Transparency International), **Manfred Möhrenschlager** (Bonn), **Hellmut Wollmann** (Berlin)

25. Oktober 2001
„Amerika, Deutschland und die Folgen des 11. September“
mit: **Guido Goldman** (Harvard University), **Helga Haftendorn** (Berlin), **Gunter Hofmann** (Die Zeit), **Claus Offe** (Berlin), **Hans-Ulrich Wehler** (Bielefeld), **Jürgen Kocka** (WZB)

3. Dezember 2001
„Was haben die Sozialwissenschaften zur bioethischen Debatte beizutragen?“
mit: **Wolfgang van den Daele** (WZB)
Diskutanten: **Wolf-Michael Catenhusen** (Bonn), **Dieter Simon** (Berlin)

Publikationen

Forschungseinheiten beim Präsidenten

Bücher

Conrad, Christoph, Jürgen Kocka (Hg.), Staatsbürgerschaft in Europa – Historische Erfahrungen und aktuelle Debatten, Hamburg: edition Körber-Stiftung 2001, 335 S.

Kocka, Jürgen, Das lange 19. Jahrhundert – Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft, Gebhardt – Handbuch der deutschen Geschichte, 10., völlig neu bearbeitete Auflage, Band 13, Stuttgart: Klett-Cotta 2001, 187 S.

Röbbecke, Martina, Dagmar Simon, Reflexive Evaluation – Ziele, Verfahren und Instrumente der Bewertung von Forschungsinstituten, Berlin: edition sigma 2001, 141 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Kocka, Jürgen, „Metamorphosen der Mitte – Stadt und Schloß", in: Akademie der Künste (Hg.), Mitten in Berlin – Ein Diskussionsforum zur Berliner Stadtmitte, Berlin 2001, S. 23–27

Kocka, Jürgen, „Totalitarismus und Faschismus – Gegen einen falschen Begriffskrieg", in: Totalitarismus und Faschismus – eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse, Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München 1980, S. 39–44; *franz. Übers. u.d.T.:* Totalitarisme et fascisme: contre une fausse guerre des concepts, in: Enzo Traverso (Hg.), Le Totalitarisme, Le XXe siècle en débat, Paris 2001

Kocka, Jürgen, „Zivilgesellschaft als historisches Projekt – Moderne europäische Geschichtsforschung in vergleichender Absicht", in: Christoph Dipper u.a. (Hg.), Europäische Sozialgeschichte, Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 475–484; *japan. Übers. in:* Ritsumeikan Social Sciences Review, Bd. 37, Nr. 3 (December 2001), Seite 147–157; „How can one make labour history interesting again?", in: European Review, Bd. 9 (2001), S. 201–212

Kocka, Jürgen, „Reform and Revolution: Germany 1989–90", in: Reinhard Rürup (Ed.), The Problem of Revolution in Germany, 1789–1989, Oxford/New York 2001, S. 161–179

Kocka, Jürgen, „Thesen zur Geschichte und Zukunft der Arbeit", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/2001, S. 8–13

Kocka, Jürgen, „Bismarcks zweites Leben – Sichtweisen seit 1890", in: Marcus Gräser u.a. (Hg.), Staat, Nation, Demokratie – Traditionen und Perspektiven moderner Gesellschaften, Festschrift für Hans-Jürgen Puhle, Göttingen 2001, S. 53–59

Kuhlmann, Ellen, Hildegard Matthies, „Geschlechterasymmetrie im Wissenschaftsbetrieb – Eine vergleichende Fallstudie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen", in: Berliner Journal für Soziologie, Band 11, Heft 1, 2001, S. 31–50

Neidhardt, Friedhelm, „Über die Kunst der Selbstverteidigung", in: Gegenworte, Zeitschrift für den Disput über Wissen, 5. Heft, Frühling 2000, S. 26–29

Röbbecke, Martina, Dagmar Simon, „Assessment of the Evaluation of Leibniz-Institutes – External Evaluation and Self-Evaluation", in: Philip Shapira, Stefan Kuhlmann (Eds.), Proceedings from the 2000 US-EU Workshops on Learning from Science and Technology Policy Evaluation, Bad Herrenalb 2001, Kap. 8, S. 16–23 (www.isi.fhg.de/ti/departm.htm)

Röbbecke, Martina, Dagmar Simon, „Was ist gute Forschung?", in: Gegenworte, Zeitschrift für den Disput über Wissen, 5. Heft, Frühling 2000, S. 59–62

Thurn, Georg, Friedhelm Neidhardt, „Infrastructure: Social/Behavioral Research (Western Europe)", in: Neil J. Smelser, Paul B. Baltes (Eds.), International Encyclopedia of the Behavioral and Social Sciences, Amsterdam: Elsevier 2001/2002, S. 7511–7517

Wiebe, Burckhard, „Chancen für Sozialwissenschaften", in: Winfried Göpfert, Stephan Ruß-Mohl (Hg.), Wissenschaftsjournalismus – Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis, 4., aktualisierte Auflage, München: List Verlag 2000, S. 213–218

Discussion papers 2000–2001

P 00–001
Piotr Sztompka, The Ambivalence of Social Change – Triumph or trauma?, 48 S.

P 01–001
Martina Röbbecke, Dagmar Simon, Promovieren mit Stipendium – Zweite Evaluation der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nach dem Nachwuchsförderungsgesetz (NaFöG), 75 S.

P 01–002
Michael Schäfer, Verfassung, Zivilgesellschaft und europäische Integration – Deutschland und die Niederlande, 77 S.

P 01–003
Hermann H. Dieter, Udo E. Simonis, Fritz Vilmar, Hans-Dieter Klingemann, Christian Wey, Gerhard Stickel, Zur Debatte: Deutsch als Wissenschaftssprache, 27 S.

P 01–004
Helmut Steiner, Privatisation and the Emergence of New Business Elites in Russia, 43 S.

P 01–005
Hans J. Lietzmann, Europäische Verfassungspolitik – Die politische Kultur des „Verfassungsstaates" und die Integration der Europäischen Union, 30 S.

Querschnittsgruppe „Geschlecht, Arbeit, Organisation"

Matthies, Hildegard, Ellen Kuhlmann, Maria Oppen, Dagmar Simon, Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb – Geschlechterdifferente Teilhabechancen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Berlin: edition sigma 2001, 233 S.

P 00–601
Ellen Kuhlmann, Hildegard Matthies, Maria Oppen, Dagmar Simon, Der Wissenschaftsbetrieb als Arena der Geschlechterdifferenzierung – Arbeitsstrukturierung und Arbeitsinteressen in außeruniversitären Forschungsinstituten, 58 S.

Querschnittsgruppe „Arbeit und Ökologie"

Discussion papers 2000

P 00–501
Frank H. Witt, Christoph Zydorek, Informations- und Kommunikationstechnologien – Beschäftigung, Arbeitsformen und Umweltschutz, 59 S.

P 00–502
Jürgen P. Rinderspacher, Zeitwohlstand in der Moderne, 76 S.

P 00–503
Klaus Fichter, Beteiligung im betrieblichen Umweltmanagement, 38 S.

P 00–504
Adelheid Biesecker, Kooperative Vielfalt und das „Ganze der Arbeit" – Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff, 23 S.

P 00–505
Heinz-Herbert Noll, Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und „neue" Wohlfahrtskonzepte, 29 S.

P 00–506
Carsten Schneider, Veränderungen von Arbeits- und Umwelteinstellungen im internationalen Vergleich, 40 S.

P 00–507
Wolfgang Hien, Betrieblicher Gesundheitsschutz und betrieblicher Umweltschutz unter Mitarbeiterbeteiligung: Konflikt- und Synergiepotentiale, 39 S.

P 00–508
Hermann Schäfer, Ökologische Betriebsinitiativen und Beteiligung von Arbeitnehmern an Umweltmanagementsystemen, 31 S.

P 00–509
Josef Hilbert, Vom Kostenfaktor zur Beschäftigungslokomotive – Zur Zukunft der Arbeit in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft, 43 Seiten

P 00–510
Max Geray, Verbindung der Ökologisierung von Produktionsstrukturen und Produktionsverfahren mit aktiver Gesundheitspolitik im Betrieb, 39 S.

P 00–511
Karin Schulze Buschoff, Über den Wandel der Normalität im Erwerbs- und Familienleben: Vom Normalarbeitsverhältnis und der Normalfamilie zur Flexibilisierung und zu neuen Lebensformen?, 31 S.

P 00–512
Sabine Krüger, Arbeit und Umwelt verbinden – Probleme der Interaktion zwischen Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen, 57 S.

P 00–513
Uta Cupok, Lokales Handwerk: Dienstleistungen und Unternehmensnetzwerke, 50 Seiten

P 00–514
Martin Prange, Günter Warsewa, Arbeit und nachhaltige Stadtentwicklung – Das Handlungsfeld lokale Ökonomie, 37 S.

P 00–515
Eckhard Priller, Jana Rückert-John, Nonprofit-Organisationen im Umweltbereich – Strukturen, Tätigkeitsfelder und Beschäftigungspotentiale, 43 S.

P 00–516
Peter Bleses, Auf zu neuen Ufern? – Arbeit und Einkommen in der gewerkschaftlichen Zukunftsdebatte, 43 S.

P 00–517
Antje Vetterlein, Verhandelbarkeit von Arbeitszeitverkürzung – Zum Versuch neokorporatistischer Beschäftigungssteuerung im „Bündnis für Arbeit", 93 S.

P 00–518
Karin Schulze Buschoff unter Mitarbeit von **Jana Rückert-John,** Vom Normalarbeitsverhältnis zur Flexibilisierung – Über den Wandel der Arbeitszeitmuster: Ausmaß, Bewertung und Präferenzen, 29 S.

P 00–519
Katrin Gillwald, Konzepte sozialer Innovation, 50 S.

P 00–520
Manfred Moldaschl, Neue Arbeitsformen und ökologisches Handeln, 43 S.

P 00–521
Willy Bierter, Dematerialisierung und Beschäftigung im Rahmen einer pluralen Ökonomie, 25 S.

P 00–522
Gerd U. Scholl, Beschäftigungsimplikationen und ökologische Wirkungen einer Verlängerung und Intensivierung der Produktnutzung, 45 S.

P 00–523
Jana Rückert-John, Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit – Der „Runde Tisch zur nachhaltigen Entwicklung in Berlin und Brandenburg", 44 S.

P 00–524
Volker Teichert, Die informelle Ökonomie als notwendiger Bestandteil der formellen Erwerbswirtschaft – Zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen informellen Arbeitens, 138 S.

P 00–525
Peter Bleses, Georg Vobruba, Entwicklungslinien und Zukunftsperspektiven der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 53 S.

Discussion papers 2001

P 01–501
Sven Ripsas, Unternehmensgründung im Umweltschutz, 33 S.

P 01–502
Welf Schröter, Fallstudie AIFU „Regionales Anwender- und Innovations-Forum Umwelttechnologie" Heilbronn/Neckarsulm – Ein bewertender Erfahrungsbericht aus der Perspektive der AIFU-Moderation, 39 S.

P 01–503
Gitta Barufke, Neue Armut und ökologische Verhaltensmöglichkeiten, 42 S.

P 01–504
Wolfgang Röhr, Voraussetzungen, Chancen und Anknüpfungspunkte für eine ökologische Betriebspolitik, 60 S.

P 01–505
Anneli Rüling, Arbeitszeit und Reproduktionsarbeit – Zusammenhänge und Wechselwirkungen am Beispiel der Teilzeitarbeit, 75 S.

P 01–506
Christel Degen, Teilzeitplus: Ein Instrument zur Förderung von Betrieben und Beschäftigten im europäischen Vergleich – Neue Handlungsspielräume für kleine und mittlere Unternehmen und ihre Beschäftigten durch präventive Arbeitsmarktpolitik, 37 S.

P 01–507
Eckart Hildebrandt, Eberhard Schmidt, Industrielle Beziehungen und Umweltschutz auf europäischer und internationaler Ebene, 48 S.

P 01–508
Jürgen Kädtler, Gewerkschaftliche Leitbilder und Organisationslernen im Umweltschutz, 35 S.

P 01–509
Geneviève Hesse, Erwerbslose Ehrenamtler – Botschafter einer sinnvollen Arbeit oder Opfer der Erwerbsarbeitskrise? Eine explorative Studie über Erwerbslose nach ihrer Beratung in der Berliner Freiwilligenagentur „Treffpunkt Hilfsbereitschaft", 54 S.

P 01–510
Burghard Flieger, Betriebliche Formen gemeindenaher ökologischer Versorgung. 68 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Abschlußbericht zum Projekt Nr. 97-959-3, gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung im Schwerpunkt „Perspektiven der Arbeitsgesellschaft", Berlin und Wuppertal 2000, 749 S.

Wege in eine nachhaltige Zukunft – Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2000, 59 S.

Pathways to a Sustainable Future – Results from the Work & Environment Interdisciplinary Project, Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 2001, 59 S.

Arbeitsgruppe „Public Health"

Bücher

Barlösius, Eva, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.), Die Armut der Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich 2001, 361 S.

Barlösius, Eva, Hans-Peter Müller, Steffen Siegmund (Hg.), Gesellschaftsbilder im Umbruch – Soziologische Perspektiven in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, 343 S.

Gerlinger, Thomas, Arbeitsschutz und europäische Integration – Europäische Arbeitsschutzrichtlinien und nationalstaatliche Arbeitsschutzpolitik in Großbritannien und Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2000, 492 S.

Gerlinger, Thomas, Jürgen Herdt, Britta Rudolph, Klaus Stegmüller, Wissenschaftliche Untersuchung der unterschiedlichen Vergütungssystematiken in der ambulanten Pflege, Wiesbaden 2000, 252 S.

Gerlinger, Thomas, Markus Herrmann, Lioba Hinricher, Germanus Hungeling, Uwe Lenhardt, Michael Simon, Klaus Stegmüller, Nicola Wolf (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 32: »… aber vieles besser«? Gesundheit »rot-grün«, Hamburg: Argument Verlag 2000, 151 S.

Gerlinger, Thomas, Markus Herrmann, Lioba Hinricher, Germanus Hungeling, Uwe Lenhardt, Michael Simon, Klaus Stegmüller, Nicola Wolf (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 33: Kostendruck im Krankenhaus, Hamburg: Argument Verlag 2000, 138 S.

Gerlinger, Thomas, Harald Heiskel, Markus Herrmann, Lioba Hinricher, Germanus Hungeling, Uwe Lenhardt, Michael Simon, Klaus Stegmüller, Anne Verbeck (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 34: Krankheitsursachen im Deutungswandel, Hamburg: Argument Verlag 2001, 160 S.

Gerlinger, Thomas, Harald Heiskel, Markus Herrmann, Lioba Hinricher, Germanus Hungeling, Uwe Lenhardt, Michael Simon, Klaus Stegmüller (Hg.), Jahrbuch für Kritische Medizin 35: Leitlinien, Hamburg: Argument Verlag 2001, 131 S.

Jordan, Susanne, Adolescent Violence in Cities from a Public Health Perspective – A Global Health Problem Presented within a Comprehensive Framework, Lage: Verlag Hans Jacobs 2000, 109 S.

Köhler, Barbara Maria, Ulrich Oltersdorf, Georg Papastefanou (Hg.), Ernährungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: edition sigma 2000, 230 S.

Rosenbrock, Rolf, Michael T. Wright (Eds.), Partnership and Pragmatism – Germany's response to AIDS prevention and care, London, New York: Francis & Taylor/Routledge 2000, 254 S.

Simon, Michael, Krankenhauspolitik in der Bundesrepublik Deutschland – Historische Entwicklung und Probleme der politischen Steuerung stationärer Krankenversorgung, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, 374 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Barlösius, Eva, „Kultursoziologie körperbezogener Tätigkeiten und Lebensbereiche", in: Teil A des Studienbriefs: E. Barlösius, J. Gerhards, R. Hitzler, S. Neckel, Empirische Kultursoziologie, Hagen: Fernuniversität – Gesamthochschule 2000, S. 5–92

Barlösius, Eva, „Cucina", „Dieta", „Gastronomia", in: L'universo del corpo, Rom: Istituto della Enciclopedia Italiana 1999, Band 3, S. 56–58, 178–179, 675–677

Barlösius, Eva, „Perspektiven der Ernährungswissenschaft aus soziologischer Sicht", in: G.U. Schönberger, U. Spiekermann (Hg.), Die Zukunft der Ernährungswissenschaft, Berlin, Heidelberg: Springer 2000, S. 115 bis 126

Barlösius, Eva, „Gesellschaft zu Tisch – Mahlzeiten und Tischgemeinschaften", in: Eva Barlösius, Christina von Braun, Essen und Gesellschaft – Die Politik der Ernährung, Innsbruck, Wien, München: Studienverlag 2000, S. 7–56

Barlösius, Eva, „France“, in: Kenneth F. Kiple, Kriemhild Coneè Ornelas, The Cambridge World History of Food, Vol. 2, Part V: The History and Culture of Food and Drink in Europe, Cambridge, New York, Oakleigh, Madrid, Cape Town: Cambridge University Press 2000, S. 1210–1216

Barlösius, Eva, „Über den gesellschaftlichen Sinn der Sinne“, in: Cornelia Koppetsch (Hg.), Körper und Status – Zur Soziologie der Attraktivität, Konstanz: UVK Universitätsverlag 2000, S. 17–37

Barlösius, Eva, „Das gesellschaftliche Verhältnis der Armen – Überlegungen zu einer theoretischen Konzeption einer Soziologie der Armut“, in: Eva Barlösius, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.), Die Armut der Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 69–94

Barlösius, Eva, „Die Propheten und ihre Gefolgschaft – Lebensläufe und sozialstrukturelle Charakterisierung“, in: K. Buchholz, R. Latocha, H. Peckmann, K. Wolbert (Hg.), Die Lebensreform – Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900, Band 1, Darmstadt: Verlag Häusser und Institut Mathildenhöhe 2001, S. 67–69

Barlösius, Eva, „Alles Vergangenheit? Lebensreformische Spuren in unserer Zeit – Eine essayistische Annäherung“, in: K. Buchholz, R. Latocha, H. Peckmann, K. Wolbert (Hg.), Die Lebensreform – Entwürfe zur Neugestaltung von Leben und Kunst um 1900, Band 1, Darmstadt: Verlag Häusser und Institut Mathildenhöhe 2001, S. 585 bis 588

Barlösius, Eva, „Die Macht der Repräsentation“, in: E. Barlösius, H.-P. Müller, St. Siegmund (Hg.), Gesellschaftsbilder im Umbruch – Soziologische Perspektiven in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 179–202

Barlösius, Eva, „Ernährungsziele – Ein Kommentar aus Sicht der soziologischen Ess-Forschung“, in: Ernährungsziele der Gesellschaft – Die Beiträge der Ernährungsverhaltenswissenschaft, BFE-R-01-02, Berichte der Bundesforschungsanstalt für Ernährung, Karlsruhe 2000, S. 113–125

Barlösius, Eva, Hans-Peter Müller, Steffen Siegmund, „Deutsche Soziologie im Umbruch – Eine Momentaufnahme in systematischer Absicht“, in: E. Barlösius, H.-P. Müller, St. Siegmund (Hg.), Gesellschaftsbilder im Umbruch – Soziologische Perspektiven in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 9–34

Barlösius, Eva, Barbara Maria Köhler, „Berichtssysteme als Vermittler zwischen Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft“, in: B.M. Köhler, U. Oltersdorf, G. Papastefanou, Ernährungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: edition sigma 2000, S. 29–47

Barlösius, Eva, Claudia Neu, „Die Wildnis wagen“, in: Berliner Debatte Initial, 12. Jg., Heft 6/2001, S. 65–76

Berthoin Antal, Ariane, Uwe Lenhardt, Rolf Rosenbrock, „Barriers to organizational learning“, in: M. Dierkes, A.B. Antal, C. Child, I. Nonake (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 865–885

Braun, Bernard, Hagen Kühn, Hartmut Reiners, „Das Märchen von der Kostenexplosion“, in: U. Wiesing (Hg.), Ethik in der Medizin, Stuttgart: Reclam 2000, S. 253–258

Elkeles, Thomas, Uwe Lenhardt, Rolf Rosenbrock, Edith Seligmann Silva, „Origens e Enfrentamentos de Duas Epidemias – Lombalgias na Alemanha e L.E.R. no Brasil: um estudo comparativo“, in: D.M.R. Glina, L.E. Rocha, Saúde Mental no Trabalho – Desafios e Soluções, São Paulo: Editora VK 2000, S. 205–236

Gerlinger, Thomas, Das Gesundheitssystem im Umbruch, 7. Studientext, Weiterbildendes Fernstudium Angewandte Gesundheitswissenschaften, Fachhochschule Magdeburg, Universität Bielefeld 2001, 108 S.

Gerlinger Thomas, „Der Risikostrukturausgleich muß fortentwickelt werden – Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung“, in: ÖTV Report GeKiSS, Stuttgart: ÖTV, März 2000, S. 9–11

Gerlinger, Thomas, „Großbritannien: Ein nationales Strategiekonzept will dem Arbeitsschutz in der Praxis neuen Schwung geben“, in: Arbeit & Ökologie-Briefe, 2001, Nr. 1, S. 9–11

Gerlinger, Thomas, „Die Gesetzliche Krankenversicherung vor dem Systemwechsel? – Gesundheitspolitik am Scheideweg“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 46. Jg., 2001, H. 3, S. 345–354

Gerlinger, Thomas, „Gesundheitspolitik als Quadratur des Kreises“, in: Freitag, Nr. 28, 6. Juli 2001, S. 4

Gerlinger, Thomas, „Gesundheitspolitische Dilemmata“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 46. Jg., 2001, H. 8, Seite 920–923

Gerlinger, Thomas, Uwe Lenhardt, Klaus Stegmüller, „Arbeit und Gesundheit zwischen supranationaler und betrieblicher Regulierung,“ in: Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urban (Hg.), Flexibler Kapitalismus. Analysen – Kritik – Politische Praxis, Hamburg: VSA 2001, S. 177–192

Köhler, Barbara Maria, Ulrich Oltersdorf, Georg Papastefanou, „Begründung und Stand der Ernährungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland – Einleitung“, in: B.M. Köhler, U. Oltersdorf, G. Papastefanou, Ernährungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: edition sigma 2000, S. 15–26

Kühn, Hagen, „Pecunary Issues in Medical Services: Ethical Aspects“, in: International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Vol. 16, Paris, New York: Elsevier 2001, S. 11171–76

Kühn, Hagen, „Globalbudget und Beitragsstabilität“, in: Jahrbuch für Kritische Medizin, Bd. 32, Hamburg: Argument Verlag 2000, S. 17–37

Kühn, Hagen, „Kostenentwicklung des Gesundheitssystems bei einer älter werdenden Bevölkerung“, in: GesundheitsBeirat der Landeshauptstadt München, Jahrbuch 1999/2000, S. 38–52

Kühn, Hagen, „Normative Ätiologie: Zur Herrschaftlichkeit des gesellschaftlichen Krankheitsverständnisses“, in: Jahrbuch für kritische Medizin, Bd. 34, Hamburg: Argument-Verlag 2001, S. 11–18

Kühn, Hagen, „Ethik ist kein Beiwerk, sondern die Sache selbst – Folgen der Ökonomisierung des Gesundheitswesens“, in: SM – Soziale Medizin, Jg. 28, Nr. 6 (2001), Seite 18–22

Kühn, Hagen, „Gesundheit/Gesundheitssystem“, in: B. Schäfers, W. Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen: Leske + Budrich 2001 (2. erw. u. aktual. Aufl.), S. 270–282

Kühn, Hagen, „Integration der Medizin-Versorgung: Leitbilder wichtiger als Modelle“, in: Pharma Marketing Journal, Nr. 4/2001, S. 136–138

Kühn, Hagen, „Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und das Instrument der Budgetierung“, in: W. Michaelis (Hg.), Der Preis der Gesundheit – Perspektiven zur Gesundheitspolitik, Landsberg/Lech: ecomed 2001, S. 1–25

Kühn, Hagen, „‚Rationierung‘ medizinischer Leistungen nach dem Alterskriterium aus wirtschaftlichen Gründen?“, in: Workshop Medizinethik: Leben um jeden Preis?, Berlin: Evangelische Katholische Akademie in Berlin 2001, S. 11–18

Lenhardt, Uwe, „Neue Arbeitsformen zwischen Risiken und Chancen: Ansätze für gesundheitsförderliche Arbeitspolitik“, in: Arbeit & Ökologie-Briefe 15/2001, S. 8–10

Lenhardt, Uwe, „Wirksamkeit betrieblicher Gesundheitsförderung: Daten und Befunde am Beispiel Rückenleiden“, in: Arbeit & Ökologie-Briefe 17/2001, S. 9–11

Lenhardt, Uwe, „Neue Arbeitsformen zwischen Gesundheitsrisiken und -ressourcen: Herausforderungen für eine gesundheitsförderliche Arbeitspolitik“, in: Klaus Pickshaus, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban (Hg.), Arbeiten ohne Ende – Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik, Hamburg: VSA 2001, S. 51–68

Lenhardt, Uwe, „Veränderte Rollen und Aufgaben der betrieblichen Akteure des Arbeits- und Gesundheitsschutzes – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in: Wolfgang Quaas (Hg.), Die Zukunft der Arbeit gemeinsam gestalten – Arbeitskultur als Gesundheitskultur?, Tagungsband zur Fachveranstaltung des Verbundprojekts „gesina“ am 22. Mai 2001 in Magdeburg, Magdeburg: Otto-von-Guericke-Universität 2001, S. 51–58

Peter, Horst, René Röspel, Rolf Rosenbrock, „Zukunft der Gesundheitspolitik: Gesundheitspolitik für die Zukunft“, in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 117, Ausgabe 1/2001, Seite 38–42

Rice, T., B. Biles, E.R. Brown, F. Diderichsen, H. Kuehn, „Reconsidering the Role of Competition in Health Care Markets“, in: Journal of Health Politics, Policy and Law, 25, 5 (2000), S. 863–873

Rosenbrock, Rolf, „Gesundheitspolitische Rahmenbedingungen“, in: B. Rennen-Althoff, D. Schaeffer (Hg.), Handbuch Pflegewissenschaft, Weinheim und München: Juventa 2000, S. 187–216

Rosenbrock, Rolf, „Voraussetzungen, Chancen und Risiken für integrierte Versorgungsformen“, in: Forum der AOK Hessen – Innovationen für Gesundheit, Bad Homburg: AOK Hessen 2000, S. 17–36

Rosenbrock, Rolf, „Primäre Prävention als Ziel öffentlicher Gesundheitspolitik“, in: Gesundheitsakademie e.V. (Hg.), Salutive – Beiträge zur Gesundheitsförderung und zum Gesundheitstag 2000, Frankfurt am Main: Mabuse 2000, S. 41–50

Rosenbrock, Rolf, „Krankheit vermeiden, Gesundheit fördern – Die Public-Health-Alternative“, in: psychomed, 12. Jg., Heft 2/2000, S. 99–107

Rosenbrock, Rolf, „AIDS policy, health policy, and gay politics“ in: Rolf Rosenbrock, Michael T. Wright (Eds.), Partnership and Pragmatism – Germany’s response to AIDS prevention and care, London, New York: Francis & Taylor/Routledge 2000, S. 216–227

Rosenbrock, Rolf, „Der HIV-Test in der politischen Auseinandersetzung – Ein persönlicher Rückblick“, in: Deutsche AIDS-Hilfe (Hg.), HIV-Tests 2000, Aids-Forum DAH, Band 39, Berlin 2000, S. 19–26

Rosenbrock, Rolf, „Testen zu Hause am Küchentisch? Der HIV-Home-Sampling-Test“, in: Deutsche AIDS-Hilfe (Hg.), HIV-Tests 2000, Aids-Forum DAH, Band 39, Berlin 2000, S. 63–69

Rosenbrock, Rolf, „Prävention durch Krankenkassen“, in: Prävention, 23. Jg., Heft 3/2000, S. 69–72

Rosenbrock, Rolf, „Der neue § 20 SGB V als Gestaltungsherausforderung für die Selbstverwaltung der GKV“, in: Die BKK – Zeitschrift der Betrieblichen Krankenversorgung, 89. Jg., Heft 1/2001, S. 22–27

Rosenbrock, Rolf, „Verbraucher, Versicherte und Patienten als handelnde Subjekte“, in: Chr. v. Reibnitz, P.-E. Schnabel, K. Hurrelmann (Hg.), Der mündige Patient – Konzepte zur Patientenberatung und Konsumentensouveränität im Gesundheitswesen, Weinheim München: Juventa Verlag 2001, S. 25–34

Rosenbrock, Rolf, „Perspektiven für die Gesundheitsförderung und Prävention“, in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften – Journal of Public Health, 4. Beiheft 2001, S. 31–38

Rosenbrock, Rolf, „Wußten Sie das schon?“, in: Bundesgesundheitsblatt, 44. Jg., Heft 8/2001, S. 751–752

Rosenbrock, Rolf, „Was ist New Public Health?“, in: Bundesgesundheitsblatt, 44. Jg., Heft 8/2001, S. 753–762

Rosenbrock, Rolf, „Funktionen und Perspektiven gesundheitsbezogener Selbsthilfe im deutschen Gesundheitswesen“, in: Bernhard Borgetto, Jürgen von Troschke (Hg.), Entwicklungsperspektiven der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe im deutschen Gesundheitswesen, Freiburg/Br.: Deutsche Koordinierungsstelle für Gesundheitswissenschaften 2001, S. 28–40

Rosenbrock, Rolf, „Keine Anreize zum ‚Rosinenpicken‘ geben“, in: Die Furche, Wochenzeitschrift für die Themen der Zeit (Wien), 57. Jg., Nr. 38, 20. September 2001, S. 11

Rosenbrock, Rolf, „Anforderungen an eine Strukturreform der Gesetzlichen Krankenversicherung“, in: J. Klauber, J. Klose, H. Schellschmidt (Hg.), Die Zukunft denken, Diskussion des Wissenschaftlichen Beirats des WIdO zur Zukunft des Gesundheitswesens, WIdO-Material 47, Bonn: Wissenschaftliches Institut der AOK 2001, S. 63 bis 79

Rosenbrock, Rolf, „Betriebliche Gesundheitsförderung – Möglichkeiten und Grenzen“, in: DGB-Bildungswerk e.V. (Hg.), Betriebliches Gesundheitsmanagement – Ein erfolgreicher Weg zu gesunden MitarbeiterInnen und gesunden Unternehmen, Erkrath: Toennes 2001, S. 9–12

Rosenbrock, Rolf, „Primärprävention zur Verminderung sozial bedingter Unterschiede von Gesundheitschancen – Was ist das und welche Rolle können die Krankenkassen dabei spielen?“, in: R. Geene, C. Gold, Chr. Hans (Hg.), Armut macht krank!, Teil 3, Materialien zur Gesundheitsförderung, Band 7, Berlin: b_books 2001, S. 14–24

Rosenbrock, Rolf, „Primärprävention zur Verminderung sozial bedingter Unterschiede von Gesundheitschancen“, in: Arbeit und Sozialpolitik, 55. Jg., 11-12/2001, S. 49–57

Rosenbrock, Rolf, Françoise Dubois-Arber, Martin Moers, Patrice Pinell, Doris Schaeffer, Michel Setbon, „The normalization of AIDS in Western European Countries", in: Social Science & Medicine 50 (2000), Seite 1607–1629

Rosenbrock, Rolf, Raimund Geene, „Sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen und Gesundheitspolitik", in: Raimund Geene, Carola Gold (Hg.), Gesundheit für alle! Wie können arme Menschen von präventiver und kurativer Gesundheitsversorgung erreicht werden?, Berlin: b_books 2000, S. 10–26

Rosenbrock, Rolf, Werner Maschewsky, „Prophylaxe – Verhaltens- versus Verhältnisprävention", Kap. IX-1.1, in: H.E. Wichmann, H.-W. Schlipköter, G. Fülgraff, Handbuch der Umweltmedizin: Toxikologie, Epidemiologie, Hygiene, Belastungen, Wirkungen, Diagnostik, Landsberg/Lech: ecomed 2000, 18. Erg.Lief. 3/00, 10 S.

Rosenbrock, Rolf, Doris Schaeffer, Martin Moers, „The normalisation of AIDS in Germany", in: Rolf Rosenbrock, Michael T. Wright (Eds.), Partnership and Pragmatism – Germany's response to AIDS prevention and care, London, New York: Francis & Taylor/Routledge 2000, S. 231–248

Rosenbrock, Rolf, Doris Schaeffer, Martin Moers, Françoise Dubois-Arber, Patrice Pinell, Michel Setbon, „Die Normalisierung von Aids in Westeuropa – Der Politikzyklus am Beispiel einer Infektionskrankheit (1. Teil)", in: Soziale Medizin, Das kritische Magazin im Gesundheits- und Sozialwesen, Basel, 28. Jg., Heft 2/01, S. 41–46

Rosenbrock, Rolf, Doris Schaeffer, Martin Moers, Françoise Dubois-Arber, Patrice Pinell, Michel Setbon, „Die Normalisierung von Aids in Westeuropa – Der Politikzyklus am Beispiel einer Infektionskrankheit (2. Teil)", in: Soziale Medizin, Das kritische Magazin im Gesundheits- und Sozialwesen, Basel, 28. Jg., Heft 3/01, S. 41–45

Rosenbrock, Rolf, Michael T. Wright, „Pragmatism and partnership: an overview of this volume", in: Rolf Rosenbrock, Michael T. Wright (Eds.), Partnership and Pragmatism – Germany's response to AIDS prevention and care, London, New York: Francis & Taylor/Routledge 2000, S. 3–6

Rosenbrock, Rolf, Doris Schaeffer, Martin Moers, Françoise Dubois-Arber, Patrice Pinell, Michel Setbon, „Die Normalisierung von Aids in Westeuropa", in: H. Jäger (Hg.), AIDS und HIV-Infektionen. Diagnose – Klinik – Behandlung, Handbuch und Atlas für Klinik und Praxis, Loseblattwerk, 34. Ergänzungslieferung 9/01, Landsberg a.L.: ecomed 1988 ff. (2001), S. 1–10

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Gisela C. Fischer, Adelheid Kuhlmey, Karl Lauterbach, Rolf Rosenbrock, Friedrich Wilhelm Schwartz, Peter C. Scriba, Eberhard Wille), Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Gutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Kurzfassung, Bonn 2000, 96 S.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Gisela C. Fischer, Adelheid Kuhlmey, Karl Lauterbach, Rolf Rosenbrock, Friedrich Wilhelm Schwartz, Peter C. Scriba, Eberhard Wille), Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Band I: Zielbildung, Prävention, Nutzerorientierung und Partizipation, Gutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Kurzfassung, Bonn 2000, 330 S.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Gisela C. Fischer, Adelheid Kuhlmey, Karl Lauterbach, Rolf Rosenbrock, Friedrich Wilhelm Schwartz, Peter C. Scriba, Eberhard Wille), Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Band II: Qualitätsentwicklung in Medizin und Pflege, Gutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Kurzfassung, Bonn 2000, 380 S.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Gisela C. Fischer, Adelheid Kuhlmey, Karl Lauterbach, Rolf Rosenbrock, Friedrich Wilhelm Schwartz, Peter C. Scriba, Eberhard Wille), Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Gutachten 2000/2001, Band III: Über-, Unter- und Fehlversorgung, ausführliche Zusammenfassung, Bonn 2001, 232 S.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Gisela C. Fischer, Adelheid Kuhlmey, Karl Lauterbach, Rolf Rosenbrock, Friedrich Wilhelm Schwartz, Peter C. Scriba, Eberhard Wille), Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Gutachten 2000/2001, Band III: Über-, Unter- und Fehlversorgung, vier Teilbände, Bonn 2001, 1064 S.

Simon, Michael, „Kein Ende des Experimentierens: Zur geplanten Einführung eines DRG-basierten Fallpauschalensystems", in: Jahrbuch für Kritische Medizin 33 – Kostendruck im Krankenhaus, Hamburg: Argument Verlag 2000, S. 10–36

Discussion papers 2000

P 00–201
Michael Simon, Neue Krankenhausfinanzierung – Experiment mit ungewissem Ausgang: Zur geplanten Umstellung auf ein DRG-basiertes Fallpauschalensystem, 42 S.

P 00–202
Uwe Lenhardt, Betriebliche Prävention im Umbruch – Stand und Perspektiven des Arbeitsschutzes und der betrieblichen Gesundheitsförderung in Sachsen-Anhalt, Dokumentation eines Workshops, veranstaltet vom WZB und dem MAFGS Sachsen-Anhalt am 11. Februar 2000 in Magdeburg, 67 Seiten

Discussion papers 2001

P 01–201
John A. Harrington, A Contingent Value? – The Changing Role of Autonomy in Law and Policy on Aids, 30 S.

P 01–202
Hagen Kühn, Integration der medizinischen Versorgung in regionaler Perspektive – Dimensionen und Leitbild eines politisch-ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozesses, 90 S.

P 01–203
Uwe Lenhardt, Wirksamkeit betrieblicher Gesundheitsförderung in bezug auf Rückenbeschwerden und durch Rückenbeschwerden bedingte Arbeitsunfähigkeit, 62 S.

P 01–204
Hagen Kühn, Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung und das Instrument der Budgetierung, 32 S.

P 01–205
Michael Simon, Die Ökonomisierung des Krankenhauses – Der wachsende Einfluss ökonomischer Ziele auf patientenbezogene Entscheidungen, 80 S.

P 01–206
Hans-Jürgen Urban, Wettbewerbskorporati-

stische Regulierung im Politikfeld Gesundheit – Der Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen und die gesundheitspolitische Wende, 51 S.

P 01–207
Susanne Jordan, Violence and Adolescence in Urban Settings: A Public Health Approach Based on the MLIVEA Framework, 33. S.

P 01–208
Uwe Lenhardt, Herausforderungen und Ansätze einer modernen Arbeitsschutz- und Gesundheitsförderungspraxis im Betrieb: Neue Aufgaben – neue Partner – neue Wege? Dokumentation eines Workshops am 5. April 2001 in Magdeburg, 80 S.

Arbeitsgruppe „Internationale Politik"

Bücher

Eberwein, Wolf-Dieter, Karl Kaiser (Eds.), Germany's New Foreign Policy – Decision-Making in an Interdependent World, Houndmills: Palgrave 2001, 326 S.

Eberwein, Wolf-Dieter, Matthias Ecker-Ehrhardt, Deutschland und Polen – Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive, Opladen: Leske + Budrich 2001, 213 S.

Eberwein, Wolf-Dieter, Basil Kerski (Hg.), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949–2000 – Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen: Leske + Budrich 2001, 219 S.

Mader, Gerald, Wolf-Dieter Eberwein, Wolfgang R. Vogt (Hg.), Konflikt und Gewalt: Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven, Schriftenreihe Studien für europäische Friedenspolitik des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Bd. 5, Koordination: Wilhelm Kempf, Münster: agenda Verlag 2000, 443 S.

Mader, Gerald, Wolf-Dieter Eberwein, Wolfgang R. Vogt (Hg.), Ökonomie eines friedlichen Europa: Ziele – Hindernisse – Wege, Schriftenreihe Studien für europäische Friedenspolitik des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Bd. 6, Koordination: Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf, Münster: agenda Verlag 2000, 365 S.

Mader, Gerald, Wolf-Dieter Eberwein, Wolfgang R. Vogt (Hg.), Die Umwelt – Konfliktbearbeitung und Kooperation, Schriftenreihe Studien für europäische Friedenspolitik des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Bd. 7, Koordination: Günther Baechler, Münster: agenda Verlag 2001, 283 S.

Mader, Gerald, Wolf-Dieter Eberwein, Wolfgang R. Vogt (Hg.), Zivile Konfliktbearbeitung – Eine internationale Herausforderung, Schriftenreihe Studien für europäische Friedenspolitik des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Bd. 8, Koordination: Arno Truger, Münster: agenda Verlag 2001, 414 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Angenendt, Steffen, Sven Chojnacki, „Zum Zusammenhang von Flucht und Gewalt – Grundsätzliche Überlegungen und empirische Trends", in: G. Mader, W.-D. Eberwein, W. Vogt (Hg.), Konflikt und Gewalt: Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven, Schriftenreihe Studien für europäische Friedenspolitik des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Bd. 5, Münster: agenda Verlag 2000, S. 310–333

Chojnacki, Sven, Wolf-Dieter Eberwein, „Gewalt, Katastrophen und Prävention – Konzeptionelle Überlegungen", in: G. Mader, W.-D. Eberwein, W. Vogt (Hg.), Konflikt und Gewalt: Ursachen – Entwicklungstendenzen – Perspektiven, Schriftenreihe Studien für europäische Friedenspolitik des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (Hg.), Bd. 5, Münster: agenda Verlag 2000, S. 216–238

Chojnacki, Sven, Wolf-Dieter Eberwein, „Kosovo – Indonesien – Tschetschenien: Sind alle Menschen gleich?", in: Jana Hasse, Erwin Müller, Patricia Schneider (Hg.), Humanitäres Völkerrecht – Politische, rechtliche und strafgerichtliche Dimensionen, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2001, S. 197–220

Eberwein, Wolf-Dieter, Government Discourses and Practices on Peace Building and Relations with NGOs, Paper prepared for the Colloquium „Does the State still manage Security", Centre D'Etudes en Relation Internationales, Paris September 11–13, 2001

Eberwein, Wolf-Dieter, „Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und Konfliktbearbeitung", in: A. Truger (Hg.), Zivile Konfliktbearbeitung, Münster: agenda Verlag 2001, S. 89–109

Eberwein, Wolf-Dieter, „Werte- und Interessengemeinschaft – Integrationstheoretische Überlegungen", in: Wolf-Dieter Eberwein, Matthias Ecker-Ehrhardt, Deutschland und Polen – Eine Werte- und Interessengemeinschaft – Die Elitenperspektive, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 13–34

Eberwein, Wolf-Dieter, Sven Chojnacki, Abschlußbericht zur Vorstudie Politische Fähigkeit und Bereitschaft zur Prävention von Gewalt, Berlin: WZB 2000, 114 S.

Eberwein, Wolf-Dieter, Sven Chojnacki, „Die Kultur der Prävention – Ein Ansatz zur Zivilisierung internationaler Politik?", in: Europa nach dem Kosovo-Krieg, Loccumer Protokolle 17/00, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie 2001, S. 343–415

Eberwein, Wolf-Dieter, Sven Chojnacki, „Umweltkonflikte und Umweltsicherheit: Verteilungskonflikte: Wasser und Erdöl – Umweltdegradierung und Konflikte – Umweltflucht und Krieg – Prävention und Krisenmanagement – Bedingungen globaler Umweltsicherheit", in: Globale Trends 2002: Fakten – Analysen – Prognosen, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn, in Zusammenarbeit mit dem Institut für Entwicklung und Frieden der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg, Herausgegeben von Ingomar Hauchler, Dirk Messner, Franz Nuscheler, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH 2001, S. 357–378

Eberwein, Wolf-Dieter, Catherine Götze, „Humanitarian activities of the German Red Cross in the Balkans – An evaluation", in: International Review of the Red Cross, Volume 83, No. 844, 2001, S. 1127–1150

Eberwein, Wolf-Dieter, Catherine Götze, Roland Albert, DRK-Studie – was tun? Optionen für eine längerfristige Handlungsstrategie, Berlin, Januar 2001 (Gutachten für das Deutsche Rote Kreuz, 2 Bde.), 166 S.

Eberwein, Wolf-Dieter, Karl Kaiser, „Academic Research and Foreign Policy Making", in: Wolf-Dieter Eberwein, Karl Kaiser (Eds.), Germany's New Foreign Policy –

Decision-Making in an Interdependent World, Houndmills: Palgrave 2001, S. 3–15

Eberwein, Wolf-Dieter, Andreas Nölke, Eckhardt Priller, „Die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NGO)", in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, Hamburg: E.S. Mittler & Sohn 2001, Seite 809–828

Ecker-Ehrhardt, Matthias, „Die deutsch-polnischen Beziehungen auf Elitenebene – Werte, Interessen, Gemeinschaftssinn", in: Wolf-Dieter Eberwein, Matthias Ecker-Ehrhardt, Deutschland und Polen – Eine Werte- und Interessengemeinschaft? Die Elitenperspektive, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 149–178

Schloms, Michael, Humanitarianism and Peace – On the (im-)possible inclusion of humanitarian assistance into peacebuilding efforts, Online version of Discussion paper P 01–306 published by the Journal of Humanitarian Assistance [www.jha.ac/articles/a072.htm; document posted: 9 October 2001]

Discussion papers 2000

P 00–301
Sven Chojnacki, Wolf-Dieter Eberwein, Die Kultur der Prävention: Ein Ansatz zur Zivilisierung internationaler Politik?, 32 S.

P 00–302
Peter Brecke, Risk Assessment Models and Early Warning Systems, 24 S.

P 00–303
Tørris Jæger, Die Schutzfunktion humanitärer Hilfe, 40 S.

P 00–304
Michael Schloms, Divide et impera – Totalitärer Staat und humanitäre Hilfe in Nordkorea, 42 S.

P 00–305
Sarah Reichel, Transnational Administrations in former Yugoslavia: A repetition of failures or a necessary learning process toward a universal peace-building tool after ethno-political war?, 45 S.

P 00–306
François Jean, Tschetschenien – Moskaus Rache, 21 S.

Discussion papers 2001

P 01–301
Matthias Ecker-Ehrhardt, Werte, Identität, Gemeinschaftssinn? – Ergebnisse der „Deutsch-Polnischen Elitestudie", 35 S.

P 01–302
Wolf-Dieter Eberwein, Humanitäre Hilfe, Flüchtlinge und Konfliktbearbeitung, 32 S.

P 01–303
Wolf-Dieter Eberwein, Sven Chojnacki, Stürmische Zeiten? – Umwelt, Sicherheit und Konflikt, 40 S.

P 01–304
Wolf-Dieter Eberwein, Sven Chojnacki, Scientific Necessity and Political Utility – A Comparison of Data on Violent Conflicts, 30 S.

P 01–305
Wolf-Dieter Eberwein, Basil Kerski (Hg.), Deutsch-polnische Beziehungen zehn Jahre nach der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages: Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, 69 S.

P 01–306
Michael Schloms, Humanitarianism and Peace – On the (im-)possible inclusion of humanitarian assistance into peacebuilding efforts, 20 S.

P 01–307
Wolf-Dieter Eberwein, Realism or Idealism, or both? – Security Policy and Humanitarianism, 30 S.

P 01–308
Sven Chojnacki, The times they are a-changin': prevention and humanitarianism, 30 S.

Arbeitsgruppe „Wissenschaftstransformation"

Bücher

Weber, Matthias, Werner Meske, Ken Ducatel, The Wider Picture – Enlargement and Cohesion in Europe, TECS – Future Programme, Series No.: 15, European Commission, DG Joint Research Centre, Institute for Prospective Technological Studies (Seville), EUR 19035 EN, December 1999, 66 Seiten

The IPTS Futures Project (Project manager: **Gustavo Fahrenkrog**; team member u.a.: **Werner Meske**), Synthesis Report, TECS Futures Programme, Futures Report Series, European Commission, DG Joint Research Centre, Institute for Prospective Technological Studies (Seville), EUR 19038 EN, January 2000, 54 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Meske, Werner, „Nauka i technika w państwach Europy Środkowo-Wschodniej – główne kierunki zmian oraz cechy specyficzne krajów i sektorów", in: Nauka i Szkolnictwo Wyższe 1/15/2000, S. 7–21

Meske, Werner, „Changes in the innovation system in economies in transition: basic patterns, sectoral and national particularities", in: Science and Public Policy, vol. 27, No. 4, August 2000, S. 253–264

Meske, Werner, K. Matthias Weber (ARCS), „European Union enlargement: economic restructuring in candidate countries and the roles of technological change and education", in: Science and Public Policy, vol. 28, No. 3, June 2001, S. 154–168

Meske, Werner, „Wissenschaft in Ostdeutschland – Eine ambivalente Zwischenbilanz des deutsch-deutschen Einigungsprozesses nach 10 Jahren", in: Falk Bretschneider, Gerd Köhler (Hg.), Autonomie oder Anpassung? – Die Vernetzung von Wissenschaft, Staat und Gesellschaft gestalten, Dokumentation der 20. GEW-Sommerschule, Materialien und Dokumente Hochschule und Forschung, Heft 100, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Frankfurt am Main, Paris 2001, S. 249–274

Meske, Werner, R&D and innovation in Central and East European Countries – A macrostructural view, Paper presented at the NATO ARW, Bukarest 2001, 18 S.

Discussion paper 2000

P 00–401
Werner Meske, Dang Duy Thinh (Eds.), Vietnam's Research & Development System in the 1990s, 280 S.

Arbeitsgruppe „Metropolenforschung"

Bücher

Czarniawska, Barbara, A City Reframed – Managing Warsaw in the 1990s, Cities and Regions Planning, Policy and Management Vol. 4, Amsterdam etc.: Harwood Academic Publishers 2000, 154 S.

Jazbinsek, Dietmar (Hg.), Gesundheitskommunikation, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, 338 S.

Joerges, Bernward, Terry Shinn (Eds.), Instrumentation between Science, State and Industry, Sociology of the Sciences, Vol. XXII, Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers 2001, 270 S.

Beiträge in Büchern und Zeitschriften

Jazbinsek, Dietmar, „Vom Sittenspiegel der Großstadt zum Sittenfilm", in: Geschlecht in Fesseln – Sexualität zwischen Aufklärung und Ausbeutung im Weimarer Kino 1918–1933 (Red. Malte Hagener), München: Edition Text + Kritik 2000, S. 80–101

Jazbinsek, Dietmar, „Public Health & Public Opinion – Die Ansätze der empirischen Kommunikationsforschung aus Sicht der Gesundheitswissenschaften", in: Klaus Hurrelmann, Anja Leppin (Hg.), Moderne Gesundheitskommunikation, Bern u.a.: Hans Huber 2001, S. 142–163

Joerges, Bernward, „Technik – das Andere der Gesellschaft", in: Günter Ropohl (Hg.), Erträge der Interdisziplinären Technikforschung – Eine Bilanz nach 20 Jahren, Berlin: Erich Schmidt 2001, S. 165–180

Joerges, Bernward, Terry Shinn, „A Fresh Look at Instrumentation", in: Bernward Joerges, Terry Shinn (Eds.), Instrumentation between Science, State and Industry, Sociology of the Sciences, Vol. XXII, Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers 2001, S. 1–11

Joerges, Bernward, Terry Shinn, „Research-Technology in Historical Perspective: An Attempt at Reconstruction", in: Bernward Joerges, Terry Shinn (Eds.), Instrumentation between Science, State and Industry, Sociology of the Sciences, Vol. XXII, Dordrecht, Boston, London: Kluwer Academic Publishers 2001, S. 241–248

Peters, Katharina, „Die Doppelkonstruktion budgetärer Wirklichkeit – Repräsentationen und Praktiken der Finanzverwaltung", in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 29, Heft 2, April 2000, S. 121–137

Potthast, Jörg, „Kollektive Identität und Technik – Die Wartungstechniker von Roissy", in: Werner Rammert et al. (Hg.), Kollektive Identitäten und kulturelle Innovationen, Leipzig: Universitätsverlag 2001, S. 197–217

Potthast, Jörg, „Der Kapitalismus ist kritisierbar – Le nouvel esprit du capitalisme und das Forschungsprogramm der ‚Soziologie der Kritik'", in: Berliner Journal für Soziologie 11 (4), 2001, S. 551–562

Discussion papers 2000

FS II 00–501
Katharina Peters, When Reform Comes into Play – Budgeting as Negotiations between Administrations, 21 S.

FS II 00–502
Matthias Horwitz, Rechtswissenschaftliche Expertise für den Tiergartentunnel – Zur Institutionalisierung eines Grenzobjekts, 47 S.

FS II 00–503
Bernward Joerges, Terry Shinn, Research-Technology – Instrumentation Between Science, State and Industry, 22 S.

FS II 00–504
Bernward Joerges, Technik – Das Andere der Gesellschaft? Ein Rückblick auf 20 Jahre Soziologie städtischer und anderer Artefakte, 20 S.

FS II 00–505
Dietmar Jazbinsek, Kinometerdichter – Karrierepfade im Kaiserreich zwischen Stadtforschung und Stummfilm, Mit Filmessays von Arno Arndt, Alfred Deutsch-German, Edmund Edel, Hans Hyan, Felix Salten und Walter Turszinsky, 66 S.

FS II 00–506
Bernward Joerges, Metropolitan Time – Reflections on the Millennium, Calendars, and Gregorian Hegemony, 34 S.

Discussion papers 2001

FS II 01–501
Jörg Potthast, Wenn Riesen tanzen lernen – Großflughäfen und Flexibilisierung aus wartungssoziologischer Perspektive, 31 S.

FS II 01–502
Dietmar Jazbinsek, Bernward Joerges, Ralf Thies, The Berlin „Großstadt-Dokumente": A Forgotten Precursor of the Chicago School of Sociology, 25 S.

FS II 01–503
Ralf Thies, Wiener Großstadt-Dokumente: Erkundungen in der Metropole der k.u.k. Monarchie, 60 S.

FS II 01–504
Dietmar Jazbinsek, Die Großstädte und das Geistesleben von Georg Simmel – Zur Geschichte einer Antipathie, 30 S.

Im Internet

Bär, Gesine, Mit Andern eine Grube graben – Projektorganisation und Fakten-Schaffen auf der Großbaustelle ‚Regionalbahnhof Potsdamer Platz' (27 Absätze), Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research [On-line Journal], 1(1), 2000 [http://qualitative-research.net/fqs] [Datum des Zugriffs: Tag, Monat, Jahr]

Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven"

Reichardt, Sven (Hg.), Reinheit und Gewalt, Sociologus 51 (2001), Doppelheft Nr. 1 und 2 (zusammen mit Sebastian Conrad und Julia Eckert), 194 S.

Reichardt, Sven „Bourdieu történés-zeknek? Kulturszociológiai ajánlat a társadalomtörténet számára", in: Korall Nr. 3–4, 2001, S. 233–246

Reichardt, Sven, „Formen faschistischer Gewalt – Faschistische Kampfbünde in Italien und Deutschland nach dem Ersten Welt-

krieg – Eine typologische Deutung ihrer Gewaltpropaganda während der Bewegungsphase des Faschismus", in: Sociologus 51, Nr. 1/2, 2001, S. 55–88

Discussion paper 2001

P 01–801
Jürgen Kocka, Paul Nolte, Shalini Randeria, Sven Reichardt, Neues über Zivilgesellschaft – Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel, 104 S.

Forschungsschwerpunkt Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Abteilung „Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung"

Bücher

Gülker, Silke, Christoph Hilbert, Klaus Schömann, Qualifikationsbedarf in den Ländern der OECD – Ermittlung, Analysen und Implementation, Serien-Hg: Hans-Jörg Bullinger, Bielefeld: Bertelsmann-Verlag 2000, 128 S.

Mosley, Hugh, mit **Jaap de Koning** (Eds.), Labour Market Policy and Unemployment – Impact and Process Evaluations in Selected European Countries, Aldershot, UK: Edward Elgar 2001, 317 S.

Neugart, Michael, Jürgen Gabriel (Hg.), Ökonomie als Grundlage politischer Entscheidungen, Festschrift für Michael Bolle, Opladen: Leske + Budrich 2001, 343 S.

Neugart, Michael, Nonlinear Labor Market Dynamics – Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems, Vol. 486, Heidelberg: Springer-Verlag 2000, 175 S.

O'Reilly, Jacqueline, Inmaculada Cebrián, Michel Lallement (Eds.), Working Time Changes: Social integration through transitional labour markets, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2000, 369 S.

Schmid, Günther, Dietmar Dathe (Mitarbeit: **Kai-Uwe Müller** und **Heidi Oschmiansky**), Urbane Arbeitsmärkte: Berlin im regionalen Standortvergleich 1977–1999, Schriftenreihe der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen, Band 43, Berlin 2001, 167 S.

Schmid, Günther, Heidi Oschmiansky (Mitarbeit: **Thomas Heitmann**), Qualifikation und Beschäftigung: Jobrotation als Instrument der Weiterbildung und Integration von Arbeitslosen, Gesprächskreis Arbeit und Soziales der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2001, 83 S.

Schmid, Günther, Dietmar Dathe (Mitarbeit: **Heidi Oschmiansky** und **Kai-Uwe Müller**), Urbane Beschäftigungsdynamik: Berlin im Standortvergleich mit Ballungsregionen, Berlin: edition sigma 2001, 175 S.

Schömann, Klaus (Hg.), Qualifikationen von morgen – Ein deutsch-französischer Dialog, Bielefeld: Bertelsmann Verlag 2001, 305 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Anxo, Dominique, Jacqueline O'Reilly, „Working Time Transitions and Transitional Labour Markets", in: Günther Schmid, Bernard Gazier (Eds.), Full Employment and Labour Market Dynamics – Social Integration by Transitional Labour Markets, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2001, S. 339 bis 364

Anxo, Dominique, Jacqueline O'Reilly, „Working-time regimes and transitions in comparative perspective", in: J. O'Reilly, I. Cebrián, M. Lallement (Eds.), Working Time Changes – Social Integration through working time transitions in Europe, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2000, S. 61–91

Anxo, Dominique, Jacqueline O'Reilly, „Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangsarbeitsmarkt in vergleichender Perspektive", in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, ÖZS-Schwerpunktheft 2/2000: „Arbeit und Beschäftigung", S. 43–74

Bothfeld, Silke, Jacqueline O'Reilly, „Moving up or moving out? Transitions through part-time work in Britain and Germany", in: J. O'Reilly, I. Cebrián, M. Lallement (Eds.), Working Time Changes – Social Integration through working time transitions in Europe,

Cheltenham, UK: Edward Elgar 2000, Seite 132–172

Cebrián, Inmaculada, Jacqueline O'Reilly, Michel Lallement, „Introduction", in: Jacqueline O'Reilly, Inmaculada Cebrián, Michel Lallement (Eds.), Working Time Changes – Social Integration through working time transitions in Europe, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2000, S. 1–24

Fagan, Colette, Jacqueline O'Reilly, Jill Rubery, „El trabajo a tiempo parcial en los Paíes Bajos, Alemania y el Reino Unido: ¿un nuevo contrato social entre los sexos?", in: M. Maruani, C. Rogerat, T. Torns (dirs.), Las nuevas fronteras de la desigualdad, Barcelona: Icaria 2001, S. 379–398

Fagan, Colette, Jacqueline O'Reilly, Jill Rubery, „Teilzeitarbeit in den Niederlanden, Deutschland und Großbritannien: Ein neuer Geschlechtervertrag?", in: B. Krais, M. Maruani (Hg.), Frauenarbeit – Männerarbeit. Neue Muster der Ungleichheit auf dem europäischen Arbeitsmarkt, Frankfurt am Main: Campus Verlag 2001, S. 368–385

Gangl, Markus, „European perspectives on labour market entry: a dichotomy of occupationalized versus non-occupationalized systems?", in: European Societies, Vol. 3 (2001), Issue 4, S. 471–494

Gülker, Silke, Christoph Hilbert, Klaus Schömann, Lernen von den Nachbarn – Qualifikationsbedarf in Ländern der OECD, Bielefeld: Bertelsmann Verlag 2000, 126 S.

Haak, Carroll, Christoph Hilbert, Heidi Oschmiansky, Sophie Rouault, Isabelle Schömann, Klaus Schömann, „Qualifikationsbedarf erkennen – eine Gemeinschaftsaufgabe", in: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), Qualifikationsstrukturbericht 2000, Bonn: BMBF 2000, Kapitel 6

Hilbert, Christoph, Carroll Haak, Klaus Schömann, „Lässt sich Qualifikationsbedarf prognostizieren? Ergebnisse und Verfahren aus OECD-Ländern", in: Hans-Jörg Bullinger (Hg.), Qualifikationen erkennen – Berufe gestalten, Bielefeld: Bertelsmann Verlag 2000, S. 161–186

Mosley, Hugh, mit **Els Sol,** „Process Evaluation of Active Labour Market Policies and Trends in Implementation Regimes", in: Jaap de Koning, Hugh Mosley (Eds.), Labour Market Policy and Unemployment: Impact and Process Evaluations in Selected European Countries, Aldershot, UK: Edward Elgar 2001, S. 163–177

Mosley, Hugh, with **Jaap de Koning** and **Günther Schmid,** „Introduction: Active Labour Market Policies, Social Exclusion, and Transitional Labour Markets", in: Jaap de Koning, Hugh Mosley (Eds.), Labour Market Policy and Unemployment – Impact and Process Evaluations in Selected European Countries, Aldershot, UK: Edward Elgar 2001, S. 1–16

Mosley, Hugh, Holger Schütz, „The Implementation of Active Policies in the German Regions – Decentralisation and Co-operation", in: Jaap de Koning, Hugh Mosley (Eds.), Labour Market Policy and Unemployment – Impact and Process Evaluations in Selected European Countries, Aldershot, UK: Edward Elgar 2001, S. 178–218

Mosley, Hugh, Christopher Engelmann, Methodological Issues of Radar Charts as a Benchmarking Tool, Report Prepared for the European Commission, Directorate General for Employment and Social Affairs, Berlin: WZB 2000, 39 S.

Neugart, Michael, „Arbeitslosigkeit in Europa – Persistenz und Flexibilität", in: Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu Das Parlament, Bd. 14–15, 2000, S. 15–22

O'Reilly, Jacqueline, „Is it time to gender the societal effect?", in: M. Maurice, A. Sorge (Eds.), Embedding organizations – Societal analysis of actors, organizations and socio-economic context, Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins 2000, S. 345–358

Rubery, Jill, Jacqueline O'Reilly, Silke Morschett, „Restructuring internal labour markets – Integration and exclusion in the British and German banking sector", in: J. O'Reilly, I. Cebrián, M. Lallement (Eds.), Working Time Changes – Social Integration through working time transitions in Europe, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2000, S. 289–316

Schmid, Günther, „Benchmarking erfolgreicher Politikkonzepte: Ein Blick über die Grenzen oder was können wir aus dem Ausland lernen?", in: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen, Land Brandenburg (Hg.), Potsdam: Reihe Forschungsberichte Nr. 17, 2001, S. 34–42

Schmid, Günther, „Arbeitsmarkt und Beschäftigung", in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 21–36

Schmid, Günther, „Teilhabe sichern – Übergänge schaffen", in: Claudia Lenz, Waltraud Waidelich, Elisabeth von Dücker, Anne Reichmann (Hg.), Hauptsache Arbeit? Was wird ... Maßstäbe, Modelle, Visionen, Hamburg: VSA-Verlag 2001, S. 116–140

Schmid, Günther, „Internationale Erfahrungen mit Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik", in: Viktor Steiner, Heimfried Wolff (Hg.), Mismatch am Arbeitsmarkt – Was leistet die Arbeitsmarktpolitik? Ein Werkstattbericht zur Evaluation der Arbeitsmarktpolitik, Schnittpunkt von Forschung und Politik, Bd. 2, hrsg. von der Gesellschaft für Programmforschung, Münster/New York/München/Berlin: Waxmann 2001, S. 91 bis 142

Schmid, Günther, zusammen mit **Carroll Haak,** „Arbeitsmärkte für Künstler und Publizisten: Modelle der künftigen Arbeitswelt?", in: Leviathan, 29 (2), 2001, S. 157 bis 178

Schmid, Günther, zusammen mit **Dietmar Dathe,** „Dynamik der Dienstleistungen und Wandel der Erwerbsformen – Berlin im regionalen Standortvergleich", in: Berliner Statistik – Monatsschrift, 55. Jg., H. 5, 2001, S. 213–219

Schmid, Günther, zusammen mit **Jaap de Koning, Hugh Mosley,** „Introduction: Active Labour Market Policies, Social Exclusion, and Transitional Labour Markets", in: Jaap de Koning, Hugh Mosley (Eds.), Labour Market Policy and Unemployment: Impact and Process Evaluations in Selected European Countries, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2001, S. 1–18

Schmid, Günther, zusammen mit **Stefan Speckesser, Christoph Hilbert,** „Does Active Labour Market Policy Matter? An Aggregate Impact Analysis for Germany", in: Jaap de Koning, Hugh Mosley (Eds.), Labour Market Policy and Unemployment: Impact and Process Evaluations in Selected European Countries, Cheltenham, UK: Edward Elgar 2001, S. 77–114

Schmid, Günther, zusammen mit **Gerhard Fels, Rolf Heinze, Heide Pfarr, Wolfgang Streeck,** Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik – Thesen der Benchmarking-Gruppe, Die Bundesregierung, Schriftenreihe Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 07, 2001, 72 S.

Schmid, Günther, „Enhancing gender equality through transitional labour markets", in: Transfer, European Review of Labour and Research, Vol. 7, No. 2/2001, S. 227–243

Schmid, Günther, „Übergangsarbeitsmärkte – Eine investive Form der Arbeitszeitverkürzung", in: Rolf Dobischat, Hartmut Seifert (Hg.), Lernzeiten neu organisieren – Lebenslanges Lernen durch Integration von Bildung und Arbeit, Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin: edition sigma 2001, S. 181–200

Schmid, Günther, zusammen mit **Nicola Wiebe, Dierk Hoffmann,** „Arbeitsmarktpolitik und Arbeitslosenversicherung (Westzonen) und Arbeitskräftegewinnung und Arbeitskräftelenkung (SBZ)", in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv (Hg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 2/1: 1945–1949, Die Zeit der Besatzungszonen – Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweier deutscher Staaten, Bandverantwortlicher Udo Wengst, Baden-Baden: Nomos Verlag 2001, S. 268–340

Schmid, Günther, „Aktivierung der Arbeitsmarktpolitik: Flexibilität und Sicherheit durch Übergangsarbeitsmärkte", in: Jürgen Gabriel, Michael Neugart (Hg.), Ökonomie als Grundlage politischer Entscheidungen, Festschrift für Michael Bolle, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 161–187

Schmid, Günther, „Mobilmachung wider die generelle Ausmusterung", in: Die Mitbestimmung, 47. Jg., H. 11, 2001, S. 10–15

Schmid, Günther, „Finanzierung interaktiver Arbeitsmarktpolitik: Grundprinzipien, Reformoptionen, Beispiele", in: Klaus-Dirk Henke, Winfried Schmähl (Hg.), Finanzierungsverflechtung in der Sozialen Sicherung, Analyse der Finanzierungsströme und -strukturen, Europäische Schriften zu Staat und Wirtschaft, Band 9, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2001, S. 94–109

Schmid, Günther, zusammen mit **Donald Storrie,** „Employment Relations in the ‚New Economy'", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 57–89

Schmid, Günther, „L'activation des politiques d'emploi: combiner la flexibilité et la sécurité dans les marchés du travail transitionnels", in: Centre Saint-Gobain (Ed.), Institutions et croissance – Les chances d'un modèle économique européen (Présenté par Robert M. Solow, prix Nobel d'économie), Paris: Éditions Albin Michel 2001, S.A., S. 93–130

Schmid, Günther, zusammen mit **Dietmar Dathe,** „Determinants of business and personal services: Evidence from the German regions", in: Dominique Anxo, Donald Storrie (Eds.), The job creation potential of the service sector in Europe, Employment Observatory Research Network, Final Report 2000, Part II, Luxembourg 2001, S. 181–237

Schmid, Günther, „Beyond conventional service economics – utility services, service product chains and job services", in: Dominique Anxo, Donald Storrie (Eds.), The job creation potential of the service sector in Europe, Employment Observatory Research Network, Final Report 2000, Part III, Luxembourg 2001, S. 287–302

Schmid, Günther, zusammen mit **Gerhard Fels, Rolf Heinze, Heide Pfarr, Wolfgang Streeck,** Gute Praxis in der betrieblichen Weiterbildung, Bericht der Benchmarking-Gruppe, Die Bundesregierung, Schriftenreihe Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit 08, 2001, 40 S.

Schmid, Günther, mit **Klaus Schömann,** „Neue und alte Themenfelder für Beschäftigungsbündnisse", in: Ernst Piehl, Hans-Jörg Timmann (Hg.), Der Europäische Beschäftigungspakt – Entstehungsprozess und Perspektiven, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2000, S. 51–62

Schmid, Günther, „Beispiel für eine ex-ante Policy-Evaluation: Kosten und Nutzen der Jobrotation", in: Lorenz Lassnigg, Andrea Leitner, Angela Wroblewski, Mario Steiner, Peter Steiner, Kurt Meyer, Günther Schmid, Klaus Schömann, Evaluationsschema für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Wien, Wien: Institut für Höhere Studien (IHS) 2000 , S. 222–231

Schmid, Günther, zusammen mit **Dietmar Dathe,** „Dynamik der Dienstleistungsbeschäftigung: Ballungsregionen in der Krise", in: Wirtschaftsdienst, 80. Jg., H. 5, 2000, S. 284–288

Schmid, Günther zusammen mit **Birgitta Rabe**, „Strategie der Befähigung: Zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik", in: WSI-Mitteilungen, 53. Jg., H. 5, 2000, S. 305–313

Schmid, Günther, „Arbeitsplätze der Zukunft: Von standardisierten zu variablen Arbeitsverhältnissen", in: Jürgen Kocka, Claus Offe (Hg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag 2000, S. 269–292

Schmid, Günther, zusammen mit **Heidi Oschmiansky,** „Wandel der Erwerbsformen. Vom Arbeitsvertrag zum Kaufvertrag?", in: Stefan Ryll, Alparslan Yenal (Hg.), Politik und Ökonomie – Problemsicht aus klassischer, neo- und neuklassischer Perspektive, Festschrift für Gerhard Huber, Marburg: Metropolis 2000, S. 243–268

Schmid, Günther, „Flexibilität und Sicherheit im globalen Sozialstaat", in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51 (8-9), August 2000, S. 497–507

Schmid, Günther, zusammen mit **Eberhard von Einem, Hans Heuer, Michael Heine, Bernd Reissert,** „Wettbewerbsfähigkeit und Arbeit", in: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Senatskanzlei (Hg.), Die Berlin-Studie. Strategien für die Stadt, *engl. Kurzfassung*: The BerlinStudie – Strategies for the City, Berlin: Regioverlag 2000, S. 75 bis 111

Schömann, Klaus, „Zukünftiger Qualifikationsbedarf: Beispielhafte Ansätze aus den OECD-Ländern", in: Klaus Schömann, Qualifikationen von morgen – Ein deutsch-französischer Dialog, Serien-Hg. H.-J. Bullinger, Bielefeld: Bertelsmann Verlag 2001, S. 275–290

Schömann, Klaus, Carroll Haak, Michael Neugart, Heidi Oschmiansky, Sophie Rouault, Isabelle Schömann, „Qualifikationsbedarf in den Ländern der OECD – Ermittlung, Analysen und Implementation", in: Hans-Jörg Bullinger (Hg.), BMBF-Initiative „Früherkennung von Qualifikationserfordernissen" – Ergebnisse aus der laufenden Projektarbeit, Stuttgart: Fraunhofer Institut Arbeitswirtschaft und Organisation 2001, Seite 8–12

Schömann, Klaus, „Les besoins futurs en qualifications: des exemples d'approches dans quelques pays de l'OCDE", in: Les travaux prospectifs sur les besoins en qualifications en France et en Allemagne, Les Dossiers Juin 2001, Paris: Ministère de l'Education Nationale 2001, S. 221–229

Schömann, Klaus, „Längsschnittdesign in der Evaluation von Arbeitsmarktpolitik", in: Lorenz Lassnigg, Andrea Leitner, Angela

Wroblewski, Mario Steiner, Peter Steiner, Kurt Meyer, Günther Schmid, Klaus Schömann, Evaluationsschema für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Wien, Wien: Institut für Höhere Studien (IHS) 2000, S. 222–231

Schütz, Holger, „Zielsteuerung in europäischen Arbeitsverwaltungen", in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), Heft 2, 2001, S. 207–225

Discussion papers 2000

FS I 00–201
Klaus Schömann, Stefanie Flechtner, Ralf Mytzek, Isabelle Schömann, Moving towards Employment insurance – Unemployment Insurance and Employment Protection in the OECD, 61 S.

FS I 00–202
Dietmar Dathe, Günther Schmid, Determinants of Business and Personal Services: Evidence from West-German Regions, 74 S.

FS I 00–203
Günther Schmid, Beyond Conventional Service Economics – Utility Services, Service-Product Chains and Job Services, 20 S.

FS I 00–204
Heidi Oschmiansky, Günther Schmid, Wandel der Erwerbsformen – Berlin und die Bundesrepublik im Vergleich, 54 S.

FS I 00–205
Dominique Anxo, Jacqueline O'Reilly, Beschäftigung, Arbeitszeit und Übergangsarbeitsmärkte in vergleichender Perspektive, 28 S.

FS I 00–206
Thomas Kruppe, The Dynamics of Dependent Employment and Unemployment – A Comparison of Different Data Sources, 17 S.

FS I 00–207
Heidi Gottfried, Jacqueline O'Reilly, Der Geschlechtervertrag in Deutschland und Japan: Die Schwäche eines starken Versorgermodells, 40 S.

FS I 00–208
Birgitta Rabe, Wirkungen aktiver Arbeitsmarktpolitik – Evaluierungsergebnisse für Deutschland, Schweden, Dänemark und die Niederlande, 71 S.

FS I 00–209
Michael Neugart, The Supply of New Engineers in Germany, 24 S.

FS I 00–210
Rolf Becker, Studierbereitschaft und Wahl von ingenieur-wissenschaftlichen Studienfächern – Eine empirische Untersuchung sächsischer Abiturienten der Abschlussjahrgänge 1996, 1998 und 2000, 40 S.

FS I 00–211
Donald Storrie, Hans Bjurek, Benchmarking European Labour Market Performance with Efficiency Frontier Techniques, 12 S.

Discussion papers 2001

FS I 01–201
Achim Kemmerling, Die Messung des Sozialstaates – Beschäftigungspolitische Unterschiede zwischen Brutto- und Nettosozialleistungsquote, 34 S.

FS I 01–202
Isabelle Schömann, Berufliche Bildung antizipativ gestalten: die Rolle der Belegschaftsvertretungen – Ein europäischer Vergleich, 29 S.

FS I 01–203
Hugh Mosley, Holger Schütz, Nicole Breyer, Management by Objectives in European Public Employment Services, 146 S.

FS I 01–204
Robert Arnkil, Timo Spangar, Comparing Recent Danish, Finnish and Swedish Labour Market Policy Reforms, 27 S.

FS I 01–205
Günther Schmid, Kai-Uwe Müller, Die Zukunft der Erwerbsarbeit – Thesen und Perspektiven für Mecklenburg-Vorpommern, 36 S.

FS I 01–206
Silke Kull, Frank Oschmiansky, Günther Schmid, Faule Arbeitslose? Politische Konjunkturen einer Debatte, 30 S.

FS I 01–207
Sabine Berghahn, Ehe als Übergangsarbeitsmarkt?, 58 S.

FS I 01–208
Jan Johannesson, On the Efficiency of Placement Service and Programme Placement at the Public Employment Offices in Sweden, 21 S.

FS I 01–209
Michael Neugart, Jan Tuinstra, Endogenous Fluctuations in the Demand for Education, 32 S.

Abteilung „Organisation und Beschäftigung"

Bücher

Dörrenbächer, Christoph, Dieter Plehwe (Hg.), Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen, Berlin: edition sigma 2000, 312 S.

Hildebrandt, Swen, Jenseits globaler Managementkonzepte – Betriebliche Reorganisation von Banken und Sparkassen im deutsch-französischen Vergleich, Berlin: edition sigma 2000, 272 S.

Naschold, Frieder, Christoph Dörrenbächer, Heinz-Rudolf Meissner, Leo Renneke, Kooperieren über Grenzen: Evaluationsprozesse globaler Entwicklungsverbünde in der Info-Com-Industrie, Heidelberg u.a.: Physica Verlag 2000, 436 S.

Neunhöffer, Gisela, Belarus und die internationale politische Ökonomie – Globale Zwänge, autoritäre Antwort, Münster: Westfälisches Dampfboot 2001, 160 S.

Plehwe, Dieter, Deregulierung und transnationale Integration der Transportwirtschaft in Nordamerika, Münster: Westfälisches Dampfboot 2000, 531 S.

Quack, Sigrid, Glenn Morgan, Richard Whitley (Eds.), National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance, Amsterdam, Philadelphia: Benjamins 2000, 322 S.

Rudolph, Hedwig (Hg.), unter Mitarbeit von **Anne Schüttpelz,** Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin: edition sigma 2001, 196 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Bahn, Christopher, „Der Einzelhandel als Ressource der Stadtentwicklung in Deutschland und Großbritannien: ein Vergleich mit

den USA", in: Hedwig Rudolph (Hg.), unter Mitarbeit von Anne Schüttpelz, Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin: edition sigma 2001, S. 157–176

Bahn, Christopher, „Eine regionalökonomische Analyse von Factory Outlet Centern am Beispiel Berlin-Brandenburgs", in: Geographische Handelsforschung, Nr. 10, 2001, S. 5–6

Bohle, Dorothee, „EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen Europäischen Unordnung", in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hg.), Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster: Westfälisches Dampfboot 2000, S. 304–330

Bohle, Dorothee, „Internationalisation: An Issue Neglected in Path Dependency Approaches to Transformation", in: Michel Dobry (Hg.), Democratic and Capitalist Transitions in Eastern Europe – Lessons for Social Sciences, Dordrecht: Kluwer 2000, S. 235–262

Bohle, Dorothee, „Vilaggazdasagi nyitas es dualis intezmenyrendszer: a szallitasi agazat esete Lengyelorszagban", in: Külgazdasag, Vol. XLIV, Nr. 1, 2000, S. 65–78

Dörrenbächer, Christoph, „Between Global Market Constraints and National Dependencies – The Internationalisation of the World Leading Telecommunication Equipment Manufacturers 1980–1995", in: Transnational Corporations, Vol. 9, No. 3, December 2000, S. 1–32

Dörrenbächer, Christoph, Christian Riedel, „Strategie, Kultur und Macht – Ein kleiner Streifzug durch die Literatur zur Internationalisierung von Unternehmen", in: Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe (Hg.), Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen, Berlin: edition sigma 2000, S. 15–41

Dörrenbächer, Christoph, Dieter Plehwe, „Übermacht, Ohnmacht, Allmacht? – Eine kurze Einleitung zur langen Diskussion um Multinationale Konzerne", in: Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe (Hg.), Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen, Berlin: edition sigma 2000, S. 7 bis 14

Dörrenbächer, Christoph, „Entführung in die Wirklichkeit – Der Wandel von Arbeit im Spiegel der Literatur: Max von der Grüns ‚Irrlicht und Feuer' und Douglas Couplands ‚Mikrosklaven'", in: Journal Arbeit, Vol. 1, Nr. 1, Frühjahr 2001, S. 43–44

Dörrenbächer, Christoph, Marion Dohle, „E-Commerce und Erlebnisshopping – Revolution an der Kundenschnittstelle oder Business as usual im europäischen Einzelhandel", in: Hedwig Rudolph (Hg.), unter Mitarbeit von Anne Schüttpelz, Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin: edition sigma 2001, S. 177–194

Dörrenbächer, Christoph, „Measuring Corporate Internationalisation – A review of Measurement Concepts and their Use", in: Intereconomics, May/June 2000, S. 119 bis 126

Dörrenbächer, Christoph, Michael Fichter, László Neumann, András Tóth, Michael Wortmann, „Transformation and Foreign Direct Investment: Observations on Path Dependency, Hybridization and Model Transfer at the Enterprise Level", in: Transfer, Vol. 6, Nr. 3, Autumn 2000, S. 434–449

Dörrenbächer, Christoph, Michael Wortmann, Zur Rolle transnationaler Konzerne auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten, Bericht zur 7. Sitzung der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten", Berlin 25. 9. 2000 (Dokument: AU 14/24 http://www.bundestag.de/gremien/enquete/weltto7.htm)

Dörrenbächer, Christoph, Stefano Vescovi, „Diversifikation, Internationalisierung und Integration – Zur Reorganisation europäischer Güterbahnen in den 1990er Jahren", in: Internationales Verkehrswesen, Heft 11/2001, S. 552–555

Dörrenbächer, Christoph, Stefano Vescovi, „Logistik aus politischer Sicht: Zum Zusammenhang von verlagerten Entscheidungskompetenzen, veränderten Unternehmensstrukturen und Interessenpolitik im europäischen (Schienen-)Güterverkehr", in: K. Inderfurth, M. Schenk, D. Ziems (Hg.), Logistik 2000plus – Herausforderungen, Trends, Perspektiven, Kongreßband zur 6. Magdeburger Logistiktagung, Magdeburg 2000, S. 194–209

Dörrenbächer, Christoph, The International Transfer of Production Models – Some Lessons from German FDI in Hungary, Copenhagen Business School, Department of International Economics and Management, Working paper 4/2001, http://www.cbs.dk/departments/int/publications/wp_2001/wp4-2001-cd.pdf

Lane, Christel, Sigrid Quack, „How Banks Construct and Manage Risk – A Sociological Study of Small Firm Lending in Britain and Germany, in: Working Paper No. 217, ESRC Centre for Business Research, University of Cambridge 2001, S. 987–1010

Miera, Frauke, „Transnationalisierung sozialer Räume? Migration aus Polen nach Berlin in den 80er und 90er Jahren", in: Christoph Pallaske (Hg.), Die Migration von Polen nach Deutschland – Zu Geschichte und Gegenwart eines europäischen Migrationssystems, Baden-Baden 2001, S. 141–161

Morgan, Glenn, Sigrid Quack, „Confidence and Confidentiality: The Social Construction of Performance Standards in German and British Banking", in: Sigrid Quack, Glenn Morgan, Richard Whitley (Eds.), National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance, Amsterdam, Philadelphia: Benjamins 2000, S. 131–158

Neunhöffer, Gisela, „Die liberale Konterrevolution – neoliberale Thinktanks in Polen", in: Utopie kreativ – Diskussion sozialistischer Alternativen, Nr. 126, April 2001, Seite 313–323

Plehwe, Dieter, Bernhard Walpen, „Gedanken zu einer Soziologie der Intellektuellen des Neoliberalismus", in: Hans-Jürgen Bieling, Klaus Dörre, Jochen Steinhilber, Hans-Jürgen Urban (Hg.), Flexibler Kapitalismus – Analyse, Kritik und politische Praxis, Frank Deppe zum 60. Geburtstag, Hamburg: VSA-Verlag 2001, S. 225–239

Plehwe, Dieter, „Arbeitspolitische Probleme ungleicher Reorganisation – Zur Veränderung der Arbeit in Logistiknetzwerken", in: Industrielle Beziehungen 8, 1, 2001, S. 55 bis 82

Plehwe, Dieter, „Final Showdown and New Horizons: Transnational Integration and the Making of Wide Area Logistics Networks", in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Eds.), Dimensions of a Critical Theory of European Integration, Marburg: FEG Studie 13, 2000, S. 147–184

Plehwe, Dieter, „National Trajectories, International Competition, and Transnational

Governance in Europe", in: Glenn Morgan, P.H. Kristensen, Richard Whitley (Eds.), The Multinational Firm: Organizing across Institutional and National Boundaries, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 281 bis 305

Plehwe, Dieter, „Neoliberale Ideen aus der nationalen Peripherie ins Zentrum gerückt", in: Utopie kreativ, 129/130, 2001, S. 634 bis 643

Plehwe, Dieter, „Neue Horizonte transnationaler Integration: Die Entwicklung von grenzüberschreitenden Logistiknetzwerken", in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hg.), Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2000, S. 276–303

Plehwe, Dieter, „Neue Multis als transnationale Vernetzungsunternehmen", in: Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe (Hg.), Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen, Berlin: edition sigma 2000, S. 111–147

Quack, Sigrid, Glenn Morgan, „National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance: An Introduction", in: Sigrid Quack, Glenn Morgan, Richard Whitley (Eds.), National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance, Amsterdam, Philadelphia: Benjamins 2000, S. 2–26

Quack, Sigrid, Glenn Morgan, „Institutions, Sector Specialisation and Economic Performance Outcomes", in: Sigrid Quack, Glenn Morgan, Richard Whitley (Eds.), National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance, Amsterdam, Philadelphia: Benjamins 2000, S. 27–52

Rudolph, Hedwig, Anne Schüttpelz, „Europäische Struktur im Einzelhandel – Einleitung", in: Hedwig Rudolph (Hg.), Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin: edition sigma 2001, S. 7–21

Rudolph, Hedwig, „Der Lebensmitteleinzelhandel als Treiber weltregionaler Warenketten", in: Hedwig Rudolph (Hg.), Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin: edition sigma 2001, S. 81–102

Rudolph, Hedwig, „Foreign Companies and the Transformation Processes in Poland: The Role of Western Financial and Human Capital", in: Rueyling Tzeng, Brian Uzzi (Eds.), Embeddedness & Corporate Change in a Global Economy, New York et al.: Peter Lang 2000, S. 239–262

Rudolph, Hedwig, „Frauenarbeitsmarkt und Internationalisierung: Stand und Perspektiven", in: Zentrum für Weiterbildung (Hg.), Dokumentation zur Fachtagung „Taten, Thesen, Temperamente – Neue Beschäftigungsfelder und Berufsperspektiven für Frauen", Fachtagung am 4./5. September 2000, Frankfurt am Main 2000, S. 25–31

Rudolph, Hedwig, Martina Padmanabhan, „Der soziale Ort für Frauen in der Branche der Unternehmensberatung aus Sicht der Berufsverbände", in: Zeitschrift für Frauenforschung/Geschlechterstudien, 19. Jg., H. 1 und 2, 2001, S. 201–216

Schüttpelz, Anne, Alev Deniz, „Beschäftigungsentwicklungen im europäischen Einzelhandel", in: Hedwig Rudolph (Hg.), unter Mitarbeit von Anne Schüttpelz, Aldi oder Arkaden? Unternehmen und Arbeit im europäischen Einzelhandel, Berlin: edition sigma 2001, S. 103–129

Walpen, Bernhard, Dieter Plehwe, „Wahrheitsgetreue Berichte über Chile: Die Mont Pèlerin Society und die Diktatur Pinochet", in: 1999 – Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 16, 2, 2001, S. 42–70

Wortmann, Michael, „From Interdependence to Globalization – Multinational Companies and the Havanna Charta", in: David Foden, Jürgen Hoffmann, Rob Scott (Eds.), Globalisation and the Social Contract, Brüssel: ETUI 2001, S. 295–316

Wortmann, Michael, „Zur Logik von Wachstum und Restrukturierung multinationaler Unternehmen: ein kritischer Beitrag zum Globalisierungsdiskurs", in: Christoph Dörrenbächer, Dieter Plehwe (Hg.), Grenzenlose Kontrolle? Organisatorischer Wandel und politische Macht multinationaler Unternehmen, Berlin: edition sigma 2000, S. 165 bis 193

Discussion papers 2000

FS I 00–101
Christoph Dörrenbächer, Measuring Corporate Internationalisation – A review of measurement concepts and their use, 17 S.

FS I 00–102
Michael Wortmann, What is new about „global" corporations? Interpreting statistical data on corporate internationalisation, 19 S.

Discussion papers 2001

FS I 01–101
Hildegard Theobald, Professionalisierungspolitiken im Kontext von Internationalisierung und Feminisierung – Das Beispiel der Verbände in der Unternehmensberaterbranche, 30 S.

FS I 01–102
Hedwig Rudolph, Hildegard Theobald, Sigrid Quack, Internationalisierung: Ausgangspunkt einer Neuformierung der Geschlechterverhältnisse in der Unternehmensberatung?, 21 S.

FS I 01–103
Alison E. Woodward, Gender Mainstreaming in European Policy: Innovation or Deception?, 36 S.

Abteilung „Wirtschaftswandel und Beschäftigung"

Bücher

Iversen, Torben, Jonas Pontusson, David Soskice (Eds.), Unions, Employers and Central Banks: Macroeconomic coordination and institutional change in social market economies, Cambridge: Cambridge University Press 2000, 339 S.

Hall, Peter A., David Soskice (Eds.), Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001, 540 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Casper, Steven, „The Legal Framework for Corporate Governance: The Influence of Contract Law on Company Strategies in Germany and the United States", in: Peter A. Hall, David Soskice (Eds.), Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations

of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 387–416

Cusack, Thomas R., „Partisanship in the Setting and Coordination of Fiscal and Monetary Policies", in: European Journal of Political Research, Nr. 40/1, 2001, S. 93–115

Estevez-Abe, Margarita, Torben Iversen, David Soskice, „Social Protection and the Formation of Skills: A Reinterpretation of the Welfare State", in: Peter A. Hall, David Soskice (Eds.), Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 145–183

Hall, Peter A., David Soskice, „An Introduction to Varieties of Capitalism", in: Peter A. Hall, David Soskice (Eds.), Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 1–68

Hancké, Bob, „European Works Councils and Industrial Restructuring in the European Motor Industry", in: European Journal of Industrial Relations, Vol. 6, No. 1, March 2000, S. 33–57

Hancké, Bob, Steven Casper, „Reproducing Diversity – ISO 9000 and Work Organisation in the French and German Car Industry", in: Sigrid Quack, Glenn Morgan, Richard Whitley (Eds.), National Capitalisms, Global Competition and Economic Performance, Amsterdam: John Benjamins 2000, S. 173–188

Hancké, Bob, „Revisiting the French Model: Coordination and Restructuring in French Industry", in: Peter A. Hall, David Soskice (Eds.), Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 307–334

Iversen, Torben, Thomas R. Cusack, „The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?", in: World Politics, No. 52/3, 2000, S. 313–349

Iversen, Torben, David Soskice, "An Asset Theory of Social Policy Preferences", in: American Political Science Review, Vol. 95, No. 4, 2001, S. 875–893

Kasten, Gabriele, David Soskice, „Möglichkeiten und Grenzen europäischer Beschäftigungspolitik", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu Das Parlament, H. B 14/15, 2000, S. 23–31

Soskice, David, „Macroeconomic Analysis and the Political Economy of Unemployment", in: Torben Iversen, Jonas Pontusson, David Soskice (Eds.), Unions, Employers and Central Banks – Macroeconomic Coordination and Institutional Change in Social Market Economies, New York, Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 38–74

Soskice, David, „Explaining Changes in Institutional Frameworks: Societal Patterns of Business Coordination", in: Marc Maurice, Arndt Sorge (Eds.), Embedding Organizations, Societal Analysis of Actors, Organizations and Socio-economic Context, Amsterdam/Philadelphia: John Benjamins 2000, S. 167–183

Soskice, David, „Technology policies and institutional frameworks – Contrasting Germany with the U.K.", in: Damien J. Neven, Lars-Hendrik Röller (Eds.), The political economy of industrial policy in Europe and the member states, Berlin: edition sigma 2000, S. 69–97

Soskice, David, Torben Iversen, „The Non-Neutrality of Monetary Policy with Large Price or Wage Setters", in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 115, No.1, February 2000, S. 265–284

Vitols, Sigurt, „Frankfurt's Neuer Markt and the IPO Explosion: Is Germany on the Road to Silicon Valley?", in: Economy and Society, 2001, Vol. 30, No. 4, S. 553 bis 564

Vitols, Sigurt, „The Origins of Bank-Based and Market-Based Financial Systems: Germany, Japan, and the United States", in: Wolfgang Streeck, Kozo Yamamura (Eds.), The Origins of Nonliberal Capitalism: Germany and Japan, Ithaca: Cornell University Press 2001, S. 171–199

Vitols, Sigurt, „Varieties of Corporate Governance: Comparing Germany and the UK", in: Peter A. Hall, David Soskice (Eds.), Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford: Oxford University Press 2001, Seite 337–360

Vitols, Sigurt, „Globalization – A fundamental challenge to the German model?", in: Richard Stubbs, Geoffrey R.D. Underhill (Eds.), Political Economy and the Changing Global Order, Oxford: Oxford University Press 2000, S. 373–381

Vitols, Sigurt, Gregory Jackson, „Pension Regimes and Financial Systems: Between Financial Commitment, Market Liquidity and Corporate Governance", in: Bernhard Ebbinghaus, Philip Manow (Eds.), The Varieties of Welfare Capitalism: Social Policy and Political Economy in Europe, Japan and the USA, London: Routledge 2001, S. 171–189

Vitols, Sigurt, Norbert Kluge, „Works Councils: Managers of Cross-Cultural Change", in: Die Mitbestimmung, English Edition, July 2001, S. 40–43

Welzel, Christian, Thomas R. Cusack, „Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation", in: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 297–330

Discussion papers 2000

FS I 00–301
Delphine Corteel, Judith Hayem, „Loyalty" and „middle class" at stake in the General Motors strikes, Flint (Michigan), Summer 1998, 18 S.

FS I 00–302
Donatella Gatti, Competence, Knowledge, and the Labour Market – The role of complementarities, 17 S.

FS I 00–304
Bruno Amable, Donatella Gatti, Is Perfection Optimal? – Employment and Product Market Competition, 18 S.

Discussion papers 2001

FS I 01–301
Delphine Corteel, First line supervision without any supervisor: What Do Workers Think About Groupwork? Anthropological Fieldwork at Volkswagen Hanover, 18 S.

FS I 01–302
Sigurt Vitols, The Origins of Bank-Based and Market-Based Financial Systems: Germany, Japan, and the United States, 30 S.

FS I 01–304
Georg von Graevenitz, The Complementarity of RJV's and Subsidies When Absorptive Capacity Matters, 37 S.

Abteilung „Organisation und Technikgenese"

Bücher

Abels, Gabriele, Strategische Forschung in den Biowissenschaften – Der Politikprozeß zum europäischen Humangenomprogramm, Berlin: edition sigma 2000, 324 S.

Aizu, Isumi, Adam Peake, Jerry Berman, Alan Davidson, Rob Courtney, Christian Ahlert, Scott Harshberger, Don Simon, Andy Draheim, Scott Albert Johnson, Alan Levin, Mark Neville, Raúl Echeberría, Carlos Alfonso, Clement Dzidonu, Stefaan Verhulst, Myungkoo Kang, Jeanette Hofmann, ICANN, Legitimacy and the Public Voice: Making Global Participation and Representation Work – Report of the NGO and Academic ICANN Study, 2001 NGO and Academic ICANN Study, 156 S. [http://www.naisproject.org/]

Barben, Daniel, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin: edition sigma 2000, 434 S.

Berthoin Antal, Ariane, Camilla Krebsbach-Gnath (Hg.), Wo wären wir ohne die Verrückten? – Zur Rolle von Außenseitern in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, Meinolf Dierkes zum 60. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, 303 S.

Dierkes, Meinolf, Marcus Alexis, Ariane Berthoin Antal, Bo Hedberg, Peter Pawlowsky, John Stopford, Anne Vonderstein (Eds.), The Annotated Bibliography of Organizational Learning and Knowledge Creation, Berlin: edition sigma 2001 (2., erweiterte Auflage), 450 S.

Dierkes, Meinolf, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, 979 S. (in Chinesisch unter Mitherausgeberschaft von Zhang Xinhua bei Shanghai's People Publishing House, 760 S.)

Dierkes, Meinolf, Claudia von Grote (Eds.), Between Understanding and Trust – The Public, Science and Technology, Amsterdam: Harwood Academic Publishers 2000, 381 S.

Franke, Sassa, Car-Sharing: vom Ökoprojekt zur Dienstleistung, Berlin: edition sigma 2001, 222 S.

Projektgruppe Mobilität, Kurswechsel im öffentlichen Verkehr – Mit automobilen Angeboten in den Wettbewerb, Berlin: edition sigma 2001, 107 S.

Rammler, Stephan, Mobilität in der Moderne – Geschichte und Theorie der Verkehrssoziologie, Berlin: edition sigma 2001, 270 S.

Scherf-Braune, Sandra, Organisationales Lernen – Ein systemtheoretisches Modell und seine Umsetzung, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2000, 200 S.

Wagner, Peter, Claude Didry, Bénédicte Zimmermann (Hg.), Arbeit und Nationalstaat – Frankreich und Deutschland in europäischer Perspektive, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, 442 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Abels, Gabriele, „Das globale Genom: Forschung und Forschungspolitik zum menschlichen Genom zwischen Kooperation und Konkurrenz", in: Daniel Barben, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin: edition sigma 2000, S. 85–108

Barben, Daniel, „Einleitung: Zur Problematik von Globalisierung und Demokratie für die Biotechnologieentwicklung", in: Daniel Barben, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin: edition sigma 2000, S. 13–33

Berthoin Antal, Ariane, „Types of Knowledge Gained by Expatriate Managers", in: Journal of General Management, Vol. 26, No. 2, Winter 2000, S. 32–51

Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes, „Organizational Learning: Where Do We Stand? Where Do We Want to Go?", in: Global Focus, formerly: Business & The Contemporary World, An International Journal of Business, Economics, and Social Policy, Vol. 13, No. 1, Spring 2001, S. 1–10

Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes, John Child, Ikujiro Nonaka, „Finding Paths through the Handbook of Organizational Learning and Knowledge", in: Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, S. 1–7

Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes, John Child, Ikujiro Nonaka, „Organizational Learning and Knowledge: Reflections on the Dynamics of the Field and Challenges for the Future", in: Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, Seite 921–939

Berthoin Antal, Ariane (in collaboration with **Meinolf Dierkes, Camilla Krebsbach-Gnath, Ikujiro Nonaka**), The transformation of Hoechst to Aventis (A): The Challenges Facing the new CEO, http://www.wz-berlin.de/ot/personen/antal/publications.htm und European Case Clearing House, Nr. 302-031-1, 2001

Berthoin Antal, Ariane, Meinolf Dierkes Camilla Krebsbach-Gnath, Ikujiro Nonaka, The transformation of Hoechst to Aventis (B): How Dormann used evolution to achieve revolution, http://www.wz-berlin.de/

ot/personen/antal/publications.htm und European Case Clearing House, Nr. 302-032-1, 2001

Berthoin Antal, Ariane, Emilio Herbolzheimer, Teaching note for „The transformation of Hoechst to Aventis" (Cases A and B), European Case Clearing House, Nr. 302-031-8, 2001

Berthoin Antal, Ariane, Camilla Krebsbach-Gnath, „Consultants as Agents of Organizational Learning: The Importance of Marginality", in: Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, S. 462–483

Berthoin Antal, Ariane, Camilla Krebsbach-Gnath, „Einladung zum Querdenken", in: Ariane Berthoin Antal, Camilla Krebsbach-Gnath (Hg.), Wo wären wir ohne die Verrückten? – Zur Rolle von Außenseitern in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, Meinolf Dierkes zum 60. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, S. 7–16

Berthoin Antal, Ariane, Camilla Krebsbach-Gnath, „Auf der Suche nach ‚internen Außenseitern'", in: Ariane Berthoin Antal, Camilla Krebsbach-Gnath (Hg.), Wo wären wir ohne die Verrückten? – Zur Rolle von Außenseitern in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, Meinolf Dierkes zum 60. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, Seite 185–204

Berthoin Antal, Ariane, Uwe Lenhardt, Rolf Rosenbrock, „Barriers to Organizational Learning", in: Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, S. 865–885

Buhr, Regina, „Wider den Mythos geschlechtsneutraler Technik", in: Bremer Frauenmuseum e.V. (Hg.), ‚Fräulein, bitte schreiben Sie …' 150 Jahre Frauenarbeit im Büro – Vom Kontor zum Servicecenter, Bremen 2000, S. 17–30

Canzler, Weert, „Das Auto im Kopf und vor der Haustür – Zur Wechselbeziehung von Individualisierung und Autonutzung", in: Soziale Welt, Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis, 51 (2000), S. 191–208

Canzler, Weert, „Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik", in: Am neuen Standort. EU-Strukturfond. Regionalmarketing. Soziale Stadt. Partizipation und Medien. Mobilitätsmanagement. Hg. v. Institut für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund 2000, S. 149–153

Canzler, Weert, „Neue Systeme in altem Gewand", in: Politische Ökologie 65, Juni/Juli 2000, S. 50–52

Canzler, Weert, „A New Perspective in Transport Policy", in: CLIMAIL europe, 2000/1, S. 11–12

Canzler, Weert, „Verkehr und Mobilität 2050 – Ein Hoch auf Lenkrad und Eisenbahnschienen!", in: Zukünfte, 8. Jg., H. 30, Winter 1999/2000, S. 19–20

Canzler, Weert, „Wir brauchen eine neue Sicht der Dinge – Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik", in: Verkehrszeichen, 16. Jg., 1/2000, S. 6–10

Canzler, Weert, Meinolf Dierkes, „Informationelle Techniksteuerung: öffentliche Diskurse und Leitbildentwicklungen", in: Georg Simonis, Renate Martinsen, Thomas Saretzki (Hg.), Politik und Technik – Analysen zum Verhältnis von technologischem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft Politik und Technik, 41. Jg., Sonderheft 31 (2000), Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 457–475

Canzler, Weert, Andreas Knie, „Komplementäre Urbanität – Vom Zusammenhang von lokalen Identitäten und fernräumlichen Aktivitäten", in: Voyage – Jahrbuch für Reise & Tourismusforschung 2001, Köln: DuMont 2001, S. 79–89

Canzler, Weert, Andreas Knie, „‚New Mobility?' Mobilität und Verkehr als soziale Praxis", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 45–46/2000, S. 29–38

Canzler, Weert, Andreas Knie, „Die Verstärkung der Wirkungsmacht sozialwissenschaftlicher Forschung – Bau und Betrieb eigener Forschungsobjekte", in: Ariane Berthoin Antal, Camilla Krebsbach-Gnath (Hg.), Wo wären wir ohne die Verrückten? – Zur Rolle von Außenseitern in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, Meinolf Dierkes zum 60. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, S. 99–118

Dierkes, Meinolf, „Business Ethics – Basic Organizational values in corporate culture and business vision", in: Digest of Foreign Essays an Social Business, Shanghai, May 2000, S. 29–32 (nur in chinesischer Sprache)

Dierkes, Meinolf, „Visions, Technology, and Organizational Knowledge: An Analysis of the Interplay Between Enabling Factors and Triggers of Knowledge Generation", in: John de la Mothe, Dominique Foray (Eds.), Knowledge Management in the Innovation Process, Boston, Dordrecht, London: Kluwer Academic Publishers 2001, S. 9–42

Dierkes, Meinolf, Lutz Marz, „Leitbildgestaltung von Unternehmen und Organisationen", in: Barbara Mettler-von Meibom, Ulrich Steger (Hg.), Elitenkooperation in der Region – Neue Wege an der Ruhr, Essen: Klartext Verlag 2001, S. 169–172

Dierkes, Meinolf, Lutz Marz, „Zukunft und Wissenschaft – Erwartungsfallen, Orientierungshilfen und Denkangebote", in: Martin Bernhofer (Hg.), Fragen an das 21. Jahrhundert, Wien 2000, S. 50–61

Dierkes, Meinolf, Lutz Marz, Casey Teele, „Technological Visions, Technological Development, and Organizational Learning", in: Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, S. 282–301

Dierkes, Meinolf, Stephan Rammler, „Das Leitbild ‚Automobilität' – Seine Veränderung und mögliche Zukunft", in: Fahrzeugkonzepte für das 2. Jahrhundert Automobiltechnik, VDI-Berichte 1653, Düsseldorf: VDI Verlag GmbH 2001, S. 89–115

Dierkes, Meinolf, Stephan Rammler, „‚Die weite Ferne nebenan?' Freizeitmobilität und Tourismus im Spannungsfeld zwischen globalem Wachstum und Nachhaltigkeit — Überlegungen für ein neues Forschungs- und Politikfeld", in: Institut für Mobilitätsforschung (Hg.), Freizeitverkehr – Aktuelle und künftige Herausforderungen und Chancen, Berlin: Springer Verlag 2000, S. 168 bis 209

Dierkes, Meinolf, Xinhua Zhang, „Corporate Transformation and Organizational Learning – The People's Republic of China", in: Daniel Denison (Ed.), Managing Organizational Change in Transition Economies, Lawrence Erlbaum Associates Publishers, Mahwah, New Jersey; London 2001, S. 233 bis 267

Fischer, Frank, „Citizens and Experts in Biotechnology Policy: The Consensus Conference as Alternative Model", in: Daniel Barben, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin: edition sigma 2000, S. 359 bis 372

Franke, Sassa, Martin Stutzbach, „Car-Sharing – eine Mobilitätsdienstleistung zur Verringerung des Autoverkehrsaufkommens", in: Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung, 3.4.16.1, 8/01, S. 1–15

von Grote, Claudia, Meinolf Dierkes, „Public Understanding of Science and Technology: State of the Art and Consequences for Future Research", in: Meinolf Dierkes, Claudia von Grote (Eds.), Between Understanding and Trust – The Public, Science and Technology, Amsterdam: Harwood Academic Publishers 2000, S. 341–362

Hoffmann, Ute, „Neues vom Baron Münchhausen – Die institutionelle Selbstorganisation bei der Bildung virtueller Gruppen im Usenet", in: Udo Thiedeke (Hg.), Virtuelle Gruppen – Charakteristika und Problemdimensionen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 168–186

Hoffmann, Ute, Jeanette Hofmann, „Monkeys, Typewriters and Networks – Das Internet im Lichte der Theorie akzidentieller Exzellenz", in: Ariane Berthoin Antal, Camilla Krebsbach-Gnath (Hg.), Wo wären wir ohne die Verrückten? – Zur Rolle von Außenseitern in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, Meinolf Dierkes zum 60. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, S. 119 bis 140

Hoffmann, Ute, Lutz Marz, „Leitbild und Leitbildorientierung", Vortrag auf der Sommerakademie der Arbeitsgruppe Zukunftstechnologien der Grünen Akademie, 2. August 2000, Bildungshaus Kloster Neustift [als Online-Publikation zugänglich unter http://www.gruene-akademie.de/themen/zukunft/download/hoffmann.rtf]

Hoffmann, Ute, Christine Weiske, „Die Erlebniswelt als Stadt – Über reale und digitale Städte", in: Materialien zur Stadtentwicklung, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 3. Jg., Nr. 1, 2001, S. 14–27

Hofmann, Jeanette, „Das digitale Dilemma und der Schutz des geistigen Eigentums", in: Beiträge einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 20./21. 10. 2000 in Berlin, Wem gehört das Wissen? – Geistiges Eigentum in Zeiten des Internets, Heinrich-Böll-Stiftung 2000, S. 20–28

Hofmann, Jeanette, „Digitale Wanderungen: Der Wandel im Inneren des Wissens", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 36/2001, Berlin 2001, S. 3–6

Hofmann, Jeanette, „Die VN und das Internet – Neue Technologische Möglichkeiten und Risiken (am Beispiel ICANN)", in: Beiträge zum 4. Forum Globale Fragen: Die UNO stärken – neue Impulse nach dem Millenniumsgipfel am 24./25. 10. 2000 in Berlin, Auswärtiges Amt Berlin 2000, S. 104 bis 106

Hofmann, Jeanette, „Und wer regiert das Internet? – Regimewechsel im Cyberspace", in: Jahrbuch Telekommunikation und Gesellschaft [Band 8], 2000 Global-home, Heidelberg: Hüthig 2000, S. 67–78

Hård, Mikael, Andreas Knie, „The Cultural Dimension of Technology Management: Lessons from the History of the Automobile", in: Technology Analysis & Strategic Management, Vol. 13, No. 1, 2001, S. 91 bis 103

Hård, Mikael, Andreas Knie, „Getting Out of the Vicious Traffic Circle: Attempts at Restructuring the Cultural Ambience of the Automobile Throughout the 20th Century", in: Robin Cowan, Staffan Hultén (Hg.), Electric Vehicles: Socio-economic Prospects and Technological Challenges, Ashgate: Burlington VT 2000, S. 21–52

Hård, Mikael, Andreas Knie, „‚Stile' oder ‚Sprachen' in der Technik? Orthodoxer und pragmatischer Dieselmotorenbau", in: Peter Wagner, Claude Didry, Bénédicte Zimmermann (Hg.), Arbeit und Nationalstaat – Frankreich und Deutschland in europäischer Perspektive, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, S. 346–374

Karl, Astrid, „Die Bewertung von ‚Leistungsmissbräuchen' und die Akzeptanz von Sicherungsleistungen bei Arbeitslosigkeit", in: Soziale Welt, Jg. 52, Heft 3 (2001), Seite 341–360

Knie, Andreas, „Berührungsangst – Der öffentliche Verkehr muß wieder öffentlich werden", in: Foyer, Journal für Stadtentwicklung, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie Berlin, April 2000, S. 40–41

Knie, Andreas, „Der deutsche Car-Sharing-Markt ist in Bewegung – Bilanz und Perspektiven", in: Frankfurter Rundschau, Beilage Mobilität & Logistik, 10. Mai 2001, S. 2

Knie, Andreas, „Am Ende der behördlichen Beförderung – Eine Agenda für einen zukunftsfähigen Verkehr", in: Foyer, Journal für Stadtentwicklung, Vol. 11, Nr. 1, Februar 2001, S. 16–17

Knie, Andreas, „Beim Kampf um die Kunden hört der ‚integrierte' Spaß auf – Die Einführung kombinierter Mobilitätsangebote scheitert am Eigensinn der Verkehrsanbieter", in: Frankfurter Rundschau, 11. Oktober 2000, S. A 1

Knie, Andreas, „Die Professionalität fehlt (noch) – Car-sharing in Deutschland am Scheideweg", in: Frankfurter Rundschau, 19. Februar 2000, S. M 10

Knie, Andreas, „Die Zukunft des Autofahrens – Neue Mobilitätsdienstleistungen", in: Rudolf Boch (Hg.), Geschichte und Zukunft der deutschen Automobilindustrie, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2001, S. 247–265

Knie, Andreas, Willi Diez, Stefan Reindl, „Car-Sharing: Mobilität mit Zukunft?", in: Horizonte 17, November 2000, S. 14–15

Knie, Andreas, Siegfried Frick, Stefan Reindl, „Car-Sharing auf der Standspur? – Die Ausbreitung von öko-effizienten Dienstleistungen stößt auf erhebliche Hemmnisse", in: Ökologisches Wirtschaften 5/2000, S. 19 bis 20

Rammler, Stephan, „Mobil im Namen des Herrn – Kirchenleute legen immer größere Strecken zurück", in: Zeitzeichen, Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft, 6 (2001), S. 40–42

Rammler, Stephan, Hans-Liudger Dienel, „‚Zwischen Butterbrot und Wellness' – Zur Entwicklung des Reisens im Alter", in: Antje Flade, Maria Limbourg, Bernhard Schlag (Hg.), Mobilität älterer Menschen, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 199 bis 208

Tsui-Auch, Lai Si, „Functional versus Sectoral Industrial Policy: A Comparative Study of Biotechnology Development in Hong Kong and Singapore", in: Daniel Barben, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwick-

lung, Berlin: edition sigma 2000, S. 251 bis 268

Wagner, Peter, Claude Didry, „Transformation des europäischen Kapitalismus und die Nationalisierung der Wirtschaft in Frankreich und Deutschland", in: Peter Wagner, Claude Didry, Bénédicte Zimmermann (Hg.), Arbeit und Nationalstaat – Frankreich und Deutschland in europäischer Perspektive, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, S. 45–74

Weber, Christiana, Ariane Berthoin Antal, „The Role of Time in Organizational Learning", in: Meinolf Dierkes, Ariane Berthoin Antal, John Child, Ikujiro Nonaka (Eds.), Handbook of Organizational Learning and Knowledge, Oxford, New York: Oxford University Press 2001, S. 351–368

Discussion papers 2000

FS II 00-101*
Sabine Helmers, Ute Hoffmann, Jeanette Hofmann, Internet … The Final Frontier: An Ethnographic Account – Exploring the cultural space of the Net from the inside, 124 S.

FS II 00-102
Weert Canzler, Sassa Franke, Autofahren zwischen Alltagsnutzung und Routinebruch – Bericht 1 der choice-Forschung, 26 S.

FS II 00-103
Mikael Hård, Andreas Knie, Getting Out of the Vicious Traffic Circle: Attempts at Restructuring the Cultural Ambience of the Automobile Throughout the 20th Century, 20 S.

FS II 00-104
Ariane Berthoin Antal, Ilse Stroo, Mieke Willems, Drawing on the Knowledge of Returned Expatriates for Organizational Learning – Case Studies in German Multinational Companies, 47 S.

FS II 00-105
Ariane Berthoin Antal, Meinolf Dierkes, Organizational Learning: Where Do We Stand? Where Do We Want to Go?, 33 S.

* auch als elektronische Publikation verfügbar unter http://duplox.wz-berlin.de/texte/

Discussion paper 2001

FS II 01-101
Katrin Böhling, Zur Bedeutung von ‚boundary spanning units' für Organisationslernen in internationalen Organisationen, 34 S.

Abteilung „Regulierung von Arbeit"

Bücher

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Verbundprojekt Arbeit und Ökologie – Abschlußbericht zum Projekt Nr. 97-959-3, Berlin und Wuppertal, April 2000, 749 S.

Hildebrandt, Eckart, Børge Lorentzen, Eberhard Schmidt (Eds.), Towards a Sustainable Worklife, Berlin: edition sigma 2001, 259 S.

Jürgens, Ulrich (Ed.), New Product Development and Production Networks – Global Industrial Experience, Berlin etc.: Springer-Verlag 2000, 472 S.

Matthies, Hildegard, Ellen Kuhlmann, Maria Oppen, Dagmar Simon, Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb – Geschlechterdifferente Teilhabechancen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Berlin: edition sigma 2001, 238 S.

Naschold, Frieder, Christoph Dörrenbächer, Heinz-Rudolf Meißner, Leo Renneke, Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, 436 S.

Pathways to a Sustainable Future, Results from the Work & Environment Interdisciplinary Project, published by the Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2001, 58 S.

Scherrer, Christoph, Thomas Greven, Global Rules for Trade – Codes of Conduct, Social Labeling, Workers' Rights Clauses, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2001, 173 S.

Steinrücke, Margareta, Helmut Spitzley, Sibylle Raasch, Ulrich Mückenberger, Eckart Hildebrandt (Hg.), Neue Zeiten – neue Gewerkschaften, Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik, Berlin: edition sigma 2001, 347 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Dörr, Gerlinde, „Lernziel Kooperation – Erfahrungen aus der Ost-West-Kooperation Skoda-Volkswagen vor dem Hintergrund der OME-Region", in: Wolfgang Potratz, Brigitta Widmaier (Hg.), Innovative Netzwerke zwischen Regionen in EU-Europa und den Beitrittsländern, Gelsenkirchen: Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik 2000-16, S. 73–104

Dörr, Gerlinde, Tanja Kessel, „Catching up and overtaking?", in: Die Mitbestimmung, 8/2000, S. 31–33

Dörrenbächer, Christoph, „Umbruch in der Telekommunikation: Nationale Varianzen und ihre Auswirkungen auf die Unternehmen der Fernmeldeindustrie", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen, Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 34–63

Drüke, Helmut, „Industry Hegemony and Company Product Development Performance in the Personal Computer Industry", in: Ulrich Jürgens (Ed.), New Product Development and Production Networks – Global Industrial Experience, Berlin etc.: Springer-Verlag 2000, S. 357–385

Drüke, Helmut, „Kooperationsmanagement im Zeitwettbewerb und die Bedingungen der spezifischen Branchengovernance", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 317–331

Drüke, Helmut, „Das Scheitern der Restrukturierungsstrategie Amtels im Endgerätesektor der Telekommunikation", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 288–317

Hielscher, Volker, „Erwerbsarbeit im Wandel: Impulse für eine nachhaltige Lebensführung? Flexibilisierung als Barriere“, in: Ökologisches Wirtschaften, Nr. 1/2000, S. 21–23

Hildebrandt, Eckart, „Arbeit in einer nachhaltigen Entwicklung“, in: Landeshauptstadt München, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Arbeiten im 21. Jahrhundert – Wohin geht die Erwerbsgesellschaft?, Neunte Münchner Beschäftigungskonferenz 7. April 2000, Veröffentlichung des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Nr. 116, Juli 2000, S. 29–36

Hildebrandt, Eckart, „Arbeitsteilung und Flexibilisierung“, in: Hans G. Nutzinger, Martin Held (Hg.), Geteilte Arbeit und der ganze Mensch – Perspektiven der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, S. 190–203

Hildebrandt, Eckart, „Arbeit und Nachhaltigkeit“, in: Dokumentation zur Tagung Wertewandel der Arbeit vom 29.10.1999, hrsg. vom Bildungswerk M-V in der Heinrich-Böll-Stiftung, Rostock, (2000), S. 41–52

Hildebrandt, Eckart, „Arbeit, Zeit und Lebensführung“, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 51. Jg., Heft 4, 2000, S. 226–230

Hildebrandt, Eckart, „Zur Entwicklung gesellschaftlicher Arbeit als Rahmen für die Einordnung des Projekts combishare“, in: ADAPT – Publikation Teilzeitplus, hrsg. von der Unterstützungsstelle ADAPT der Bundesanstalt für Arbeit, 2001, S. 45–58

Hildebrandt, Eckart, „Mixed Work: An Instrument towards Sustainability Labour?“, in: The Global Dialogue: Future Works – Labour, Sustainable Business and Social Responsibility, 5th International Business Forum „Sustainable Business and Social Responsibility“, EXPO 2000, Hannover, Germany, October 02–06, 2000, Konferenzbericht, hg. von der Carl Duisberg Gesellschaft e.V. und der Hans-Böckler-Stiftung, Köln 2001, S. 23–24

Hildebrandt, Eckart, „Auf zu neuen Ufern“, in: Politische Ökologie, Heft 63/64, 2000, S. 25–26

Hildebrandt, Eckart, „Öko-Audit und Beteiligung – Stand der Umsetzung und Perspektiven“, in: Die Beschäftigten. Stiefkinder beim Öko-Audit – Trendwende bei EMAS II?, Dokumentation der Fachtagung vom 24.9. 1999 an der Technischen Universität Berlin, hrsg. v. Thekla Reinel, Jürgen Rubelt, Berlin 2000, S. 12–26

Hildebrandt, Eckart, „Öko-Zukunft und Arbeit – Nachhaltige Arbeitswelt“, in: Wirtschaft und Umwelt, Die Zeitschrift für Umweltpolitik, Nr. 1, 2000, S. 14–17

Hildebrandt, Eckart, „Perspektiven einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft“, in: Berliner Akademie für weiterbildende Studien e.V., Berliner Sommer-Uni 2000, Technik – Mensch – Zukunft, Innovative Lösungen und neue Fragen, Dokumentation, Berlin 2001, S. 202–209

Hildebrandt, Eckart, „Soziale Nachhaltigkeit?“, in: Wiebke Lass, Fritz Reusswig, Strategien der Popularisierung des Leitbildes „Nachhaltige Entwicklung“ aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, hrsg. von der UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung im Umweltbundesamt, Tagungsdokumentation zum 5. UBA-Fachgespräch zur sozialwissenschaftlichen Umweltforschung vom 18. bis 20.3.1999, Band II: Tagungsbeiträge, Berlin: UNESCO-Verbindungsstelle im Umweltbundesamt 2000, S. 84–93

Hildebrandt, Eckart, „Auf der Suche nach neuer Lebensqualität – Flexible Arbeitszeiten heben die Grenze zwischen Arbeit und Freizeit auf / ‚Gutes Leben‘ ist mehr als Arbeit“, in: Der Tagesspiegel, Nr. 17038, 30.4./ 1.5.2000, S. 26

Hildebrandt, Eckart, Eberhard Schmidt, „The Ecological Challenge“, in: György Széll (Ed.), European Labour Relations, Vol. 1: Common Features, Aldershot u.a.: Gower 2001, S. 116–136

Hildebrandt, Eckart, Eberhard Schmidt, „Nachhaltigkeit als Herausforderung für Gewerkschaftspolitik – Handlungsanforderungen und Handlungskapazitäten von Gewerkschaften für Nachhaltigkeit“, in: Jörg Abel, Hans Joachim Sperling (Hg.), Umbrüche und Kontinuitäten: Perspektiven nationaler und internationaler Arbeitsbeziehungen; Walther Müller-Jentsch zum 65. Geburtstag, München/Mering: Rainer Hampp Verlag 2001, S. 239–254

Hirschfeld, Karin, „Auf verschlungenen Pfaden zum High-Tech-Produkt: Das Digitalfunkkonsortium – eine strategische Allianz und ihre Folgen“, in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 232–288

Jürgens, Ulrich, „Approaches towards Integrating Suppliers in Simultaneous Engineering Activities: The Case of Two German Auto Makers“, in: International Journal of Automotive Technology and Management, Vol. 1, No. 1, 2001, S. 61–77

Jürgens, Ulrich, „Arbeitsorganisation und Verbesserungsaktivitäten in japanischen Betrieben“, in: Gerd F. Kamiske (Hg.), Unternehmenserfolg durch Excellence (überarbeitete Neufasseng des im Springer Verlag erschienenen und dort vergriffenen Titels „Die hohe Schule des Total Quality Managements“), München, Wien: Carl Hanser Verlag 2000, S. 124–132

Jürgens, Ulrich, „Communication and Cooperation in the New Product and Process Development Networks – An International Comparison of Country- and Industry-specific Patterns“, in: Ulrich Jürgens (Ed.), New Product Development and Production Networks – Global Industrial Experience, Berlin etc.: Springer-Verlag 2000, S. 107–147

Jürgens, Ulrich, „Convergence or Divergence? Production Systems and industrial Relations in Europe“, in: The 21st Century Forum: The European Integration and Japan, The Bulletin of Yokohama City University, Vol. 52, Social Science, No. 2, February 2001, S. 1–39

Jürgens, Ulrich, „Le développement du modèle industriel de Volkswagen“, in: Michel Freyssenet, Andrew Mair, Koichi Shimizu, Giuseppe Volpato (Eds.), Quel modèle productif? Trajectoires et modèles industriels des constructeurs automobiles mondiaux, Paris: La Découverte 2000, S. 293–336

Jürgens, Ulrich, „Nachruf auf Frieder Naschold“, in: Politikwissenschaft, Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Nr. 122, Frühjahr 2000, S. 7 bis 8

Jürgens, Ulrich, „Prospettive in transizione sul lavoro industriale“, in: Sociologia del Lavoro, No. 82, 2001, S. 32–39

Jürgens, Ulrich, „Toward New Product and Process Development Networks: The Case of the German Car Industry“, in: Ulrich Jürgens (Ed.), New Product Development and Production Networks – Global Industrial Experience, Berlin etc.: Springer-Verlag 2000, S. 259–287

Jürgens, Ulrich, „Transformation of the German Production System ‚After Japan‘ in the 1990s“, in: Arne Holzhausen (Ed.), Can Japan Globalize? Studies an Japan's Changing

Political Economy and the Process of Globalization in Honour of Sung-Jo Park, Heidelberg/New York: Physica-Verlag 2001, Seite 369–378

Jürgens, Ulrich, Katrin Naumann, Joachim Rupp, „Shareholder value in an adverse environment: the German case", in: Economy and Society, Volume 29, Number 1, February 2000, S. 54–79

Lippert, Inge, „Reorganizing Process Chains in the German and American Machine Tool Industry", in: Ulrich Jürgens (Ed.), New Product Development and Production Networks – Global Industrial Experience, Berlin etc.: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 149 bis 180

Lippert, Inge, Ulrich Jürgens, „Time-to-market orientierte Reorganisation der Produktentstehung im internationalen Werkzeugmaschinenbau", in: Ulrich Widmaier (Hg.), Der deutsche Maschinenbau in den neunziger Jahren – Kontinuität und Wandel einer Branche, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, S. 349–377

Meißner, Heinz-Rudolf, „Technology Road Map der Netz- und Übertragungstechnik", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 64–77

Meißner, Heinz-Rudolf, Frieder Naschold, „Internationalisierung durch strategische Allianzbildung zwischen Siemens und Newbridge: Aus dem monopolistischen Heimatmarkt auf den kompetitiven nordamerikanischen ‚Lead-Market' in einem neuen Technologiefeld", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 82–127

Meißner, Heinz-Rudolf, Leo Renneke, „Die Bewältigung von Integrationsanforderungen in globalen Produktentwicklungsverbünden", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 332–343

Naschold, Frieder, „Evolution und Evolutionsfähigkeit internationaler Unternehmen der InfoCom-Industrie", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 347 bis 387

Naschold, Frieder, „Internationalisierung durch Systeminnovation und transnationale Netzwerkbildung bei internem Wachstum: Fujitsus Expansion aus dem monopolistischen Heimatmarkt in den kompetitiven nordamerikanischen ‚Lead-Market'", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 169–232

Naschold, Frieder, „Realtrends der InfoCom-Branche und Forschungsdesign", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 3–16

Naschold, Frieder, „Systemdynamik und ‚best practices'", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 388–396

Oppen, Maria, „Chancengleichheit im Verwaltungsreformprozess – ‚Gender Mainstreaming' als Orientierungsrahmen und Methode", in: Projekt Verwaltungsreform im RP Kassel, Dokumentation Vortragsreihe Verwaltungsreform im Dialog, 2. Hj. 1999, Juli 2000, S. 1–5

Oppen, Maria, „Partizipation und Innovation – Beschäftigtenbeteiligung im internationalen Reformprozess", in: Leo Kißler, Elke Wiechmann (Hg.), Partizipation im Rathaus auf dem Prüfstein von Forschung und Praxis, Baden-Baden: Nomos 2001, S. 135–152

Oppen, Maria, „Steuerungsarrangements der Wissenserzeugung und (a-)symmetrische Kompetenzentwicklung", in: Hildegard Matthies, Ellen Kuhlmann, Maria Oppen, Dagmar Simon, Karrieren und Barrieren im Wissenschaftsbetrieb – Geschlechterdifferente Teilhabechancen in außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Berlin: edition sigma 2001, S. 113–139

Renneke, Leo, „Ein deutsch-amerikanisches Joint Venture in der Telekommunikationsindustrie", in: J. Zentes, B. Swoboda (Hg.), Fallstudien zum Internationalen Management, Wiesbaden: Gabler Verlag 2000, S. 597–605

Renneke, Leo, „Ein deutsch-amerikanisches Joint Venture in der Telekommunikationsindustrie", in: B. Swoboda, J. Zentes (Hg.), Fallstudien zum Internationalen Management, Instructor's Manual, Saarbrücken 2000, S. 299–307

Renneke, Leo, „Globalisierung mittels Joint Venture: Die Technologie- und Organisationstransferstrategie von Multicom", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 128–169

Renneke, Leo, „Globalisierung und Flexibilisierung", in: Frieder Naschold et al., Kooperieren über Grenzen – Evolutionsprozesse globaler Produktentwicklungsverbünde in der InfoCom-Industrie, Heidelberg: Physica-Springer-Verlag 2000, S. 17–33

Sablowski, Thomas, Joachim Rupp, „Die neue Ökonomie des Shareholder Value – Corporate Governance im Wandel" in: Prokla 122, 31. Jg., Nr. 1, März 2001, S. 47–78

Scherrer, Christoph, „‚New Economy': Theoretische Perspektiven", in: Ulrich Jürgens, Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.), Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft I – Themenschwerpunkt: „New Economy" – Neue Formen der Arbeitsorganisation in Japan, Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nr. 34, November 2000, S. 1–16

Scherrer, Christoph, „New Economy: Wachstumsschub durch Produktivitätsrevolution?", in: Prokla, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 31. Jg. (1, Heft 122), 2001, S. 7–30

Scherrer, Christoph, Thomas Greven, „Regeln für inter- und multinationale Unternehmen", in: Otto Brenner Stiftung (Hg.), Neue Wege der Regulierung – Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik; Hamburg: VSA Verlag 2001, S. 103–137

Scherrer, Christoph, Boy Lüthje, „Race, Multiculturalism, and Labour Organising in the United States – Lessons for Europe", in: Capital & Class, No. 73, 2001, S. 141 bis 171

Wegener, Alexander, „Alternative Service Delivery Options", in: South East Asia Network for Better Local Government (Ed.), New Public Management – Public-Private-Partnership, Makati City (Philippines): Konrad-Adenauer-Foundation 2000, S. 21–36

Wegener, Alexander, „Management Contracts in international comparative perspective", in: Yvonne Fortin, Hugo van Hassel (Eds.), Contracting in the New Public Management: From Economics to Law and Citizenship, Amsterdam: IOS Press 2000, Seite 107–126

Wegener, Alexander, „Mehr Wettbewerb …" in: Mitbestimmung, 10/2000, S. 17–18

Wegener, Alexander, „Partizipation ist elementar", in: Mitbestimmung, 10/2000, Seite 49–51

Wegener, Alexander, „Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungsanbietern – Idee, Recht und Realität", in: Berliner Debatte Initial, 11. Jg., Nr. 3, 2000, S. 41–49

Discussion papers 2000

Jürgens, Ulrich, Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.), Workshop Organisation und Ordnung der japanischen Wirtschaft I – Themenschwerpunkt: „New Economy" – Neue Formen der Arbeitsorganisation in Japan, Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, Nr. 34, November 2000, 67 S.

P 00-601
Ellen Kuhlmann, Hildegard Matthies, Maria Oppen, Dagmar Simon, Der Wissenschaftsbetrieb als Arena der Geschlechterdifferenzierung – Arbeitsstrukturen und Arbeitsinteressen in außeruniversitären Forschungsinstituten, 58 S.

FS II 00-201
Volker Hielscher, Entgrenzung von Arbeit und Leben? Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und ihre Folgewirkungen für die Beschäftigten, 64 S.

FS II 00-202
Ulrich Jürgens, Joachim Rupp, Katrin Vitols (unter Mitarbeit von **Bärbel Jäschke-Werthmann**), Corporate Governance and Shareholder Value in Deutschland, **Ulrich Jürgens,** Nach dem Fall von Mannesmann – Paper revisited, 34 S.

Discussion papers 2001

FS II 01-201
Holger Straßheim, Der Ruf der Sirenen – Zur Dynamik politischen Benchmarkings, Eine Analyse anhand der US-Sozialreformen, 27 S.

FS II 01-202
Hengyi Feng, Juli Froud, Sukhdev Johal, Colin Haslam, Karel Williams, A New Business Model?, 36 S.

FS II 01-203
Gerlinde Dörr, Tanja Kessel, Kooperation und Asymmetrie – Das Entwicklungsprofil eines betrieblichen Ost-West-Projekts, 54 S.

FS II 01-204
Christoph Scherrer, New Economy: Explosive Growth Driven by a Productivity Revolution?, 19 S.

FS II 01-205
Christoph Scherrer, Jenseits von Pfadabhängigkeit und „natürlicher Auslese": Institutionentransfer aus diskursanalytischer Perspektive, 26 S.

Abteilung „Normbildung und Umwelt"

Bücher

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Verbundprojekt Arbeit und Ökologie – Abschlußbericht zum Projekt Nr. 97-959-3, Berlin und Wuppertal, April 2000, 749 S.

Fietkau, Hans-Joachim, Psychologie der Mediation – Lernchancen, Gruppenprozesse und Überwindung von Denkblockaden in Umweltkonflikten, Berlin: edition sigma 2000, 2. Auflage 2001, 192 S.

Kern, Kristine, Die Diffusion von Politikinnovationen – Umweltpolitische Innovationen im Mehrebenensystem der U.S.A., Opladen: Leske + Budrich 2000 (Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit, Band 17), 329 S.

Weidner, Helmut, Martin Jänicke, Grundlagen der Umweltpolitik – Umweltpolitik in Deutschland, infernum – Interdisziplinäres Fernstudium Umweltwissenschaften, Hg. vom Fraunhofer Institut Umwelt-, Sicherheits-, Energietechnik & FernUniversität/Gesamthochschule Hagen, Hagen/Oberhausen: UMSICHT/FernUniversität Hagen 2000, 60 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Bonitz, Manfred, Andrea Scharnhorst, „Competition in science and the Matthew core journals", in: Scientometrics, Vol. 51, No. 1, 2001, S. 37–54

Bonitz, Manfred, Andrea Scharnhorst, „National Science Systems and the Matthew Effect for Countries", in: Peter H. Ohly, Gerhard Rahmstorf, Alexander Siegel (Hg.), Globalisierung und Wissensorganisation, Würzburg 2000, S. 173–182

Bora, Alfons, „Verhandeln und Streiten im Erörterungstermin: Zur Bürgerbeteiligung in gentechnikrechtlichen Genehmigungsverfahren", in: Daniel Barben, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin: edition sigma 2000, S. 335–357

van den Daele, Wolfgang, „Besonderheiten der öffentlichen Diskussion über die Risiken transgener Pflanzen – Dynamik und Arena eines Modernisierungskonflikts", in: Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft (Hg.), 5. Internationales Haftpflicht-Forum, München 2001, S. 25–89

van den Daele, Wolfgang, „Biologische Sicherheit im Kontext", in:. Joachim Schiemann (Hg.), Biologische Sicherheitsforschung bei Freilandversuchen mit transgenen Organismen und anbaubegleitendes Monitoring, Proceedings zum BMBF-Statusseminar 29.–30. Juni 1999, Braunschweig, Jülich: BEO Forschungszentrum Jülich GmbH 2000, S. 257–263

van den Daele, Wolfgang, „Finalization in Science", in: Neil J. Smelser, Paul B. Baltes (Editors-in-Chief), International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences, Vol. 8, Amsterdam-Paris-New York-Oxford-Shannon-Singapore-Tokyo: Elsevier 2001, Seite 5652–5655

van den Daele, Wolfgang, „Genetische Tests und soziale Selektion", in: Fachverband für Strahlenschutz (Hg.), Strahlenbiologie und Strahlenschutz, Köln: TÜV-Verlag 2000, S. 3–11

van den Daele, Wolfgang, „Gewissen, Angst und radikale Reform – Wie starke Ansprüche an die Technikpolitik in diskursiven Arenen schwach werden", in: Georg Simonis, Renate Martinsen, Thomas Saretzki (Hg.), Politik und Technik – Analysen

zum Verhältnis von technologischem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts (Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 31/2000), Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 476–498

van den Daele, Wolfgang, „Interpreting the precautionary principle – Political versus legal perspectives", in: M.P. Cottam, D.W. Harvey, R.P. Pape, J. Tait (Eds.), Foresight and Precaution, Proceedings of ESREL 2000, SARS and SRA-Europe Annual Conference Edinburgh/Scotland/United Kingdom/15–17 May 2000, Rotterdam/Brookfield: A.A. Balkema 2000, S. 213–222

van den Daele, Wolfgang, „Von moralischer Kommunikation zur Kommunikation über Moral", in: Zeitschrift für Soziologie (ZfS), Jg. 30, 2001, S. 4–22

van den Daele, Wolfgang, „Die Natürlichkeit des Menschen als Kriterium und Schranke technischer Innovation", in: Der künstliche Mensch, WechselWirkung, Nr. 103/104, Jg. 21, Jun/Jul–Aug/Sep 2000, S. 24 bis 31

van den Daele, Wolfgang, „Zur Reichweite des Vorsorgeprinzips – politische und rechtliche Perspektiven", in: Joachim Lege (Hg.), Gentechnik im nicht-menschlichen Bereich – was kann und was sollte das Recht regeln?, Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz GmbH 2001, S. 101–125

van den Daele, Wolfgang, „Selbstbestimmung als Schranke und Einfallstor für die Verbreitung genetischer Diagnostik", in: Ludger Honnefelder, Peter Propping (Hg.), Was wissen wir, wenn wir das menschliche Genom kennen?, Köln: DuMont Buchverlag 2001, S. 220–222

van den Daele, Wolfgang, „Special features of the public debate on the risks of transgenetic crops – The dynamics and arenas of a modernization conflict", in: Munich Re Group (Ed.), 5th International Liability Forum Munich 2001, S. 24–88

van den Daele, Wolfgang, „Urteile über die Gentechnik im Lichte von Ergebnissen der Technologiefolgenabschätzung", in: Christof Gestrich (Hg.), Die biologische Machbarkeit des Menschen, Beiheft 2001 zur Berliner Theologischen Zeitschrift (BThZ), 18. Jg. 2001, Berlin: Wichern-Verlag, S. 62–78

Döbert, Rainer, „Identitätsformationen und Gesellschaftsstruktur im Schatten von Globalisierungsprozessen – An der Schwelle zur multikulturellen Identität?", in: Matthias Grundmann (Hg.), Konstruktivistische Sozialisationsforschung: lebensweltliche Erfahrungskontexte, individuelle Handlungskompetenzen und die Konstruktion sozialer Strukturen – Taschenbuch Wissenschaft 1429, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 290–323

Döbert, Rainer, Natalie Juranek, „Zur Rolle von Begrifflichkeiten: Die Auswirkungen eines Gerechtigkeitsrahmens auf die Aufschlüsselung eines moralischen Dilemmas – Eine Forschungsnotiz", in: Wolfgang Edelstein, Gertrud Nunner-Winkler (Hg.), Moral im Kontext, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 234–258

Drews, Andreas, Achim Seiler, Access to Genetic Resources and Benefit Sharing – Unresolved Issues and Recommendations Concerning the Development of International Guidelines, Study commissioned by the Federal Ministry for Economic Co-operation and Development, Bonn: Eschborn 2001, 34 S., elektronisch: http://www.gate-online.net/biodiversity/publications/paper%20final-en.pdf

Drews, Andreas, Achim Seiler, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich – Offene Fragen und Empfehlungen zur Entwicklung von internationalen Richtlinien, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn: Eschborn 2001, 34 S., elektronisch: http://www.gate-online.net/biodiversity/publications/paper%20final-en.pdf

Ebeling, Werner, Karmeshu, Andrea Scharnhorst, „Dynamics of Economic and Technological Search Processes in Complex Adaptive Landscapes", in: Advances in Complex Systems, Vol. 4, No. 1, 2001, Seite 71–88

Ebeling, Werner, Andrea Scharnhorst, „Evolutionary Models of Innovation Dynamics", in: Dirk Helbing, Hans Jürgen Herrmann, Michael Schreckenberg, Dietrich E. Wolf (Hg.), Traffic and Granular Flow ‚99 – Social, Traffic, and Granular Dynamics, Berlin: Springer Verlag 2000, S. 43–56

Fietkau, Hans-Joachim, „Einige Beiträge der Psychologie zur (Umwelt) mediation", in: Alfred Töpfer Akademie für Naturschutz (Hg.), Umweltpsychologie: Motivation zum Handeln statt Missionierung, NNA-Berichte, 14. Jahrgang, Heft 1, 2001, S. 46–50

Fietkau, Hans-Joachim, „Internetgestütztes Konfliktmanagement in politischen Problemlagen – Ein neues Berufsfeld für Psychologen. Die Psychologie vor neuen Aufgaben", in: Report Psychologie, 26, 11-12/2001, Seite 670–674

Fietkau, Hans-Joachim, „Mediation in öffentlichen Konflikten", in: Deutsche Psychologen-Akademie (DPA) (Hg.), Psychologie am Puls der Zeit: Beiträge zum Psychologentag 2001, 21. Kongreß für Angewandte Psychologie des BDP in Bonn, Bonn: Dt. Psychologen-Verlag 2001, S. 537–538

Fietkau, Hans-Joachim, „Mediation in umweltrelevanten öffentlichen Konfliktlagen: Effekte und Prozesse", in: Wirtschaftspsychologie, 2001, 2, S. 38–44

Fietkau, Hans-Joachim, „Verlusteskalationen in einem mediationsähnlichen Entscheidungsspiel", in: A. Dieter, L. Montada, A. Schulze (Hg.), Gerechtigkeit im Konfliktmanagement und in der Mediation, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, S. 230–241

Fietkau, Hans-Joachim, Andrea Renz, Matthias Trénel, „Online-Mediation in öffentlichen Konfliktlagen", in: Zeitschrift für Konflikt-Management, 4. Jg., Heft 3/2001, Seite 132–135

Fietkau, Hans-Joachim, Helmut Weidner, „Umweltmediation in der Kontroverse: von Münchehagen und Neuss bis Frankfurt am Main", in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung/ÖSFK (Koordination: Günther Baechler) (Hg.), Die Umwelt – Konfliktbearbeitung und Kooperation, Schriftenreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung, Studien für europäische Friedenspolitik, Band 7, Münster: agenda Verlag 2001, S. 209–219

Geißel, Brigitte, Kristine Kern, „Soziales Kapital und Lokale Agenda 21 – Lokale umweltpolitische Initiativen in den U.S.A.", in: Hubert Heinelt, Eberhard Mühlich (Hg.), Lokale „Agenda 21"-Prozesse – Erklärungsansätze, Konzepte und Ergebnisse, Opladen: Leske + Budrich 2000 (Städte und Regionen in Europa Bd. 7), S. 257–276

Glaeser, Bernhard, „Der humanökologische Ansatz in der Entwicklung eines nachhaltigen Küstenmanagements – Das Beispiel Schweden", in: Hans H. Blotevogel, Jürgen Ossenbrügge, Gerald Wood (Hg. im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Geogra-

phie), Lokal verankert – weltweit vernetzt, 52. Deutscher Geographentag Hamburg, 2. bis 9. Oktober 1999, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2000, S. 170–178

Glaeser, Bernhard, „Interaktionsanalyse zum Bodenschutz", in: Rainer Mackensen, Wolfgang Serbser (Hg.), Akteure beim Bodenschutz – Präliminarien und Annäherungen an sozialwissenschaftliche Zugänge, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 120–122

Glaeser, Bernhard, „Needs and demands for integrated coastal management in the Baltic Sea region", in: Procoast 2000, Proceedings of the Interregional Seminar on the Harmonisation of Uses and Interests in the Baltic Sea Coastal Zones, 11.–13.9.2000, Eckernförde, Germany, Kiel: Procoast Project Secretariat, Schleswig-Holstein State Ministry for the Rural Areas, State Regional Planning, Agriculture and Tourism, and Kiel Institute of World Economics, 2000, S. 22 bis 35

Glaeser, Bernhard, „Soziale Konflikte um Raum und Ressourcen: Nachhaltiges Küstenmanagement am Beispiel Schwedens", in: Wiebke Lass, Fritz Reusswig (Hg.), Strategien der Popularisierung des Leitbildes „Nachhaltige Entwicklung" aus sozialwissenschaftlicher Perspektive, Band II: Tagungsbeiträge, Tagungsdokumentation, 5. UBA-Fachgespräch zur sozialwissenschaftlichen Umweltforschung vom 18.–20.3. 1999, Forschungsbericht 298 17 132, UBA-FB 000013, Berlin: UNESCO-Verbindungsstelle für Umwelterziehung im Umweltbundesamt 2000, S. 105–118

Glaeser, Bernhard, „Strategien zur Kooperation und Konfliktlösung: Nachhaltiges Küstenmanagement am Beispiel Skandinavien", in: Bodden, Heft Nr. 9, 2000: 7. Wissenschaftlicher Workshop „Ökosystem Boddengewässer – Integriertes Küstenzonenmanagement", 16. und 17. September 1999, Institut für Ökologie der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Kloster, Hiddensee, 2000, S. 3–24

Holzinger, Katharina, „Evaluating Environmental Mediation – Results from a waste management conflict in Germany", in: Mediation Quarterly, 2001, Vol. 18, T. 4, Seite 397–428

Holzinger, Katharina, „Limits of Co-operation – A German Case of Mediation", in: European Environment, 10, No. 6, 2000, S. 293–305

Holzinger, Katharina, „Negotiations in Public-Policy-Making: Exogenous Barriers to Successful Dispute Resolution", in: Jnl Publ. Pol. 21, 1, 2001, Cambridge University Press, S. 71–96

Holzinger, Katharina, „Verhandeln statt Argumentieren oder Verhandeln durch Argumentieren? Eine empirische Analyse auf der Basis der Sprechakttheorie", in: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 42, Heft 3, 2001, S. 414–446

Kern, Kristine, „Institutionelle Arrangements und Formen der Handlungskoordination im Mehrebenensystem der U.S.A.", in: Volker von Prittwitz (Hg.), Institutionelle Arrangements in der Umweltpolitik – Zukunftsfähigkeit durch innovative Verfahrenskombinationen?, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 41–64

Kern, Kristine, „Konvergenz umweltpolitischer Regulierungsmuster durch Globalisierung? – Ursachen und Gegentendenzen", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 327–350

Kern, Kristine, „Politische Institutionen und umweltpolitische Innovationen in der Schweiz – Luftreinhalte- und Bodenschutzpolitik aus der international vergleichenden Perspektive", in: Ingrid Kissling-Näf, Frédéric Varone (unter Mitarbeit von Markus Giger, Andreas Kläy, Corine Mauch) (Hg.), Institutionen für eine nachhaltige Ressourcennutzung – Innovative Steuerungsansätze am Beispiel der Ressourcen Luft und Boden, Chur/Zürich: Rüegger 2000, S. 129–152

Kern, Kristine, „Politische Kultur und Umweltpolitik – Die amerikanischen Einzelstaaten im Vergleich", in: Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht 2/2000, 23. Jg., S. 223–252

Kern, Kristine, „Transnationale Städtenetzwerke in Europa", in: Eckhard Schröter (Hg.), Empirische Policy- und Verwaltungsforschung – Lokale, nationale und internationale Perspektiven, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 95–116

Kern, Kristine, Helge Jörgens, Martin Jänicke, „Die Diffusion umweltpolitischer Innovationen – Ein Beitrag zur Globalisierung der Umweltpolitik", in: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, Jg. 23, Heft 4, 2000, S. 507–546

Kettner, Matthias, Maria-Luise Schneider, „Öffentlichkeit und entgrenzter politischer Handlungsraum: Der Traum von der ‚Weltöffentlichkeit' und die Lehren des europäischen Publizitätsproblems", in: Hauke Brunkhorst, Matthias Kettner (Hg.), Globalisierung und Demokratie – Wirtschaft, Recht, Medien, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2000, S. 369–411

Krohn, Wolfgang, Wolfgang van den Daele, „Science as an agent of change: Finalization and experimental implementation", in: Gerd Bender (Hg.), Neue Formen der Wissenserzeugung, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2001, S. 201–228

Märker, Oliver, Thomas F. Gordon, Matthias Trénel, „Online-Mediation", in: Horst Oberquelle, Reinhard Oppermann, Jürgen Krause (Hg.), Mensch & Computer 2001, 1. Fachübergreifende Konferenz 5.–8. März 2001 in Bad Honnef, Berichte des German Chapter of the ACM, Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden: B.G. Teubner 2001, S. 425–426

Märker, Oliver, Hans Hagedorn, Matthias Trénel, „Internet-basierte Bürgerbeteiligung in Esslingen. Relevanz – Moderation – Software (Internet-based public consultation in Esslingen. Relevance – moderation – software)", in: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (Hg.), Bürgerkommune im Netz, Tagungsband des 2. Fachkongresses am 11.–12. Juni 2001 in Esslingen, Berlin: BMWi 2001, S. 259–274

Märker, Oliver, Annika Poppenborg, Matthias Trénel, Angi Voss, „Online mediation as a tool of public knowledge management for shaping a sustainable information society", in: Lorenz M. Hilty, Paul W. Gilgen (Eds.), Sustainability in the Information Society, 15th International Symposium Informatics for Environmental Protection, Zürich 2001, Marburg: Metropolis 2001, Vol. 1, S. 167–172

Rogg, Arne, Matthias Trénel, „Der virtuelle Parteitag als Partizipationschance – Kriterien für die basisdemokratische Gestaltung virtueller Parteitage", in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), WWW.VIRTUELLER-PARTEITAG.DE, Untersuchungen zum 1. Virtuellen Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen, Baden-Württemberg am 24.11.–03.12.2000, Studien und Berichte der Heinrich-Böll-Stiftung, Nr. 6, 2001, S. 57–68

Scharnhorst, Andrea, „Constructing Knowledge Landscapes within the Framework of Geometrically Oriented Evolutionary Theo-

ries“, in: M. Matthies, H. Malchow, J. Kriz (Eds.), Integrative Systems Approaches to Natural and Social Dynamics, Berlin: Springer Verlag 2001, S. 505–515

Scharnhorst, Andrea, „Evolution in adaptive landscapes – examples of science and technology development“, in: Frank Havemann, Hildrun Kretschmer (Eds.), Collaboration in Science, Gesellschaft für Wissenschaftsforschung, Berlin 2001, S. 118–142

Schneider, Maria-Luise, „Partizipationsansprüche in Technikkontroversen: Die Regulierung der außerhumanen Gentechnik in Deutschland, Österreich und der Schweiz“, in: Daniel Barben, Gabriele Abels (Hg.), Biotechnologie – Globalisierung – Demokratie: politische Gestaltung transnationaler Technologieentwicklung, Berlin: edition sigma 2000, S. 291–311

Seiler, Achim, The Agreement an Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (TRIPS) – ITS Publications Pertaining to Technology Transfer, World Intellectual Property Organization, WIPOCDG/INN/DE/01/14, Geneva, 2001, http://www.wipo.org/innovation/en/meetings/2001/cdg_inn/pdf/de01_14.pdf

Seiler, Achim, „Die Auswirkungen des TRIPS-Abkommens auf die Zielsetzung der Konvention über die biologische Vielfalt“, in: Bundesamt für Naturschutz (Hg.), Horst Korn, Ute Feit (Bearb.), Treffpunkt Biologische Vielfalt – Interdisziplinärer Forschungsaustausch im Rahmen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt, Wissenschaftliche Expertentagung an der Internationalen Naturschutzakademie Insel Vilm vom 4.–8. September 2000, Bonn: Bundesamt für Naturschutz 2001, S. 59–66

Seiler, Achim, Die Bestimmungen des WTO-TRIPS-Abkommens und die Optionen zur Umsetzung des Art. 27.3(b). Patente – Sortenschutz – Sui Generis, Studie im Auftrag der GTZ, Forum Umwelt und Entwicklung (Hg.), Bonn 2000, 64 S.

Seiler, Achim, „Der Patentierungsausschluß nach Art. 27.3(b) des WTO-TRIPS-Abkommens“, Analyse im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Kritische Ökologie, 2001, Nr. 2–3, S. 18–22

Seiler, Achim, „TRIPS – strategische Ansatzpunkte für eine kreative Gesetzgebung, Non-Paper für das BMZ“, in: Wechselwirkung, 2000, Nr. 102, S. 49–59

Seiler, Achim, „TRIPS und die Patentierung lebender Materie: essentielle Bestimmungen“, in: Wechselwirkung 2000, Nr. 103/104, S. 86–94

Seiler, Achim, „Das TRIPS-Abkommen – Erwartungshaltungen und Befürchtungen“, in: Wechselwirkung, 2000, Nr. 105/106, S. 66–77

Seiler, Achim, „Das TRIPS-Abkommen und seine möglichen Konsequenzen in der Praxis: Zugangsprobleme“, in: Lateinamerika-Informationen (ila), April 2000, S. 18–20

Seiler, Achim, Graham Dutfield, Regulating Access and Benefit Sharing: Basic Issues, Legal Instruments, Policy Proposals, Submission by the Federal Republic of Germany to the Ad Hoc Open-Ended Working Group on Access and Benefit Sharing, UNEP/CBD/WG-ABS/1/INF4, Montreal, Bonn 2001, 114 S.

Trénel, Matthias, „Internetunterstützte Mediation“, in: Deutsche Psychologen-Akademie (DPA) (Hg.), Psychologie am Puls der Zeit: Beiträge zum Psychologentag 2001, 21. Kongreß für Angewandte Psychologie des BDP in Bonn, Bonn: Dt. Psychologen-Verlag 2001, S. 539–540

Trénel, Matthias, „Online-Mediation: Nutzen, Software und Strategien“, in: Wirtschaftspsychologie, 2, 2001, S. 45–50

Trénel, Matthias, „Konfliktmanagement im Internet“, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, 50, 2001, Heft 1/2, S. 87–90

Trénel, Matthias, Oliver Märker, Hans Hagedorn, „Bürgerbeteiligung im Internet – Das Esslinger Fallbeispiel“ (Internet-based public consultation – The case of Esslingen), in: Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung (Hg.), Kooperative Planung und Mediation im Konfliktfall, Vol. 83, Berlin: Institut für Städtebau Berlin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 2001, S. 149–168

Weidner, Helmut, „Doitsu no kankyoseisaku – Hatten no kiseki to seiji moderu (Phasen und Ergebnisse der deutschen Umweltpolitik)“, in: Kankyo to kogai (Research on Environmental Disruption), Vol. 30, Nr. 4, 2001, S. 2–9

Weidner, Helmut, Martin Jänicke, „Die umweltpolitischen Chancen der Globalisierung“, in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 293–326

Discussion papers 2000

FS II 00-301
Kristine Kern, Institutionelle Arrangements und Formen der Handlungskoordination im Mehrebenensystem der U.S.A., 25 S.

FS II 00-302
Andrea Scharnhorst, Evolution in Adaptive Landscapes – Examples of Science and Technology Development, 17 S. + 13 Abb.

Discussion papers 2001

FS II 01-301
Bernhard Glaeser, The Changing Human-Nature Relationship (HNR) in the Context of GEC, 29 S.

FS II 01-302
Kristine Kern, Helge Jörgens, Martin Jänicke, The Diffusion of Environmental Policy Innovations: A Contribution to the Globalisation of Environmental Policy, 33 S.

FS II 01-303
Andreas Pettenkofer, Paradigmenwechsel in der politischen Ökologie? Zur deutschen Diskussion über die Lokale Agenda 21, 59 S.

FS II 01-304
Klaus Jacob, Helge Jörgens, Gefährliche Liebschaften? Kommentierte Bibliografie zu Kooperationen von Umweltverbänden und Unternehmen, 56 S.

FS II 01-305
Kristine Kern, Ingrid Kissling-Näf, Ute Landmann, Corine Mauch, in collaboration with **Tina Löffelsend,** Policy Convergence and Policy Diffusion by Governmental and Non-Governmental Institutions – An International Comparison of Eco-labeling Systems, 66 S.

FS II 01-306
Malte Schophaus, Bürgerbeteiligung in der Lokalen Agenda 21 in Berlin, 62 S.

FS II 01-307
Manfred Bonitz, Andrea Scharnhorst, Nicht

alle Zeitschriften haben das gleiche Gewicht – der harte Kern der Wissenschaftskommunikation, 35 S.

FS II 01-308
Matthias Trénel, Oliver Märker, Hans Hagedorn, Bürgerbeteiligung im Internet – Das Esslinger Fallbeispiel, 46 S.

Bernhard Glaeser, Torsten Reinsch, Manfred Schulz (Hg.), Modernisierung durch Naturschutz? Der Nationalpark Unteres Odertal, Forschungspraktikum II am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin, Berlin: FU und WZB 2001, 121 S.

Forschungsprofessur „Umweltpolitik, Technikentwicklung und Arbeitsformen"

I. Bücher

Altner, Günter, Barbara Mettler-Meibom, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Jahrbuch Ökologie 2001, München: C.H. Beck Verlag 2000, 303 S.

Altner, Günter, Barbara Mettler-Meibom, Udo E. Simonis, Ernst U. von Weizsäcker (Hg.), Jahrbuch Ökologie 2002, München: C.H. Beck Verlag 2001, 303 S.

Benedick, Richard E., Ozone Diplomacy – New Directions in Safeguarding the Planet, Japanese edition, Tokyo: Kogyo Chosakai 2000, 462 S.

Helm, Carsten, Economic Theories of International Environmental Cooperation, New Horizons in Environmental Economics, Cheltenham, UK, Northampton, MA: Edward Elgar 2000, XIV+192 S.

Kreibich, Rolf, Udo E. Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Ursachenkomplexe und Lösungsansätze – Causal Structures and Indicative Solutions, Berlin: Berlin Verlag 2000, 309 S.

Michelsen, Gerd, Udo E. Simonis, Siegfried de Witt (Hg.), Ein Grenzgänger der Wissenschaften – Aktiv für Natur und Mensch, Festschrift für Günter Altner zum 65. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, 383 S.

Schröder, Heike, Negotiating the Kyoto Protocol – An Analysis of Negotiation Dynamics in International Negotiations, Münster, Hamburg: LIT Verlag 2001, 208 S.

Simonis, Udo E., Ökonomie + Ökologie. Economy + Ecology. Economie + Ecologie. Economia + Ecologia III, Berlin: WZB 2000, 239 S. [vergriffen/out of print]

Simonis, Udo E. (Hg.), Reimut-Jochimsen-Gedächtnissymposium, Kiel: Institut für Regionalforschung 2001, 144 S.

Volkery, Axel, Die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes, Beiträge zur kommunalen und regionalen Planung, Band 18, herausgegeben von Udo E. Simonis, Frankfurt am Main, New York, Paris: Verlag Peter Lang 2001, 159 S.

II. Beiträge zu Büchern

Benedick, Richard E., „Diplomatic and Institutional Aspects of Environmental Treaties", in: Horst Siebert (Ed.), The Economics of International Environmental Problems, Tübingen: Mohr Siebeck 2000, S. 207–222

Benedick, Richard E., „Environmental Diplomacy and the U.S. National Interest", in: Dick Clark (Ed.), The Convergence of U.S. National Security and the Global Environment, Congressional Program, Vol. 15, No. 2, Aspen Institute, May 2000, S. 22–31

Benedick, Richard E., „Human Populations and Environmental Stresses in the Twenty-first Century", in: Woodrow Wilson Center, Smithsonian Institution (Eds.), Environmental Change and Security Project, Report 5, Summer 2000, S. 5–18

Benedick, Richard E., „Uncharted Territory: Environment and Population Beyond Six Billion", in: Rolf Kreibich, Udo E. Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Ursachenkomplexe und Lösungsansätze – Causal Structures and Indicative Solutions, Berlin: Berlin Verlag 2000, S. 41–60

Biermann, Frank, „Stand und Fortentwicklung der internationalen Klimapolitik", in: Rolf Kreibich, Udo E. Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Ursachenkomplexe und Lösungsansätze – Causal Structures and Indicative Solutions, Berlin: Berlin Verlag 2000, S. 189–205

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Plädoyer für eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung", in: Jürgen H. Kreller, Jost H. Wagner (Hg.), Europa vor globalen Herausforderungen, Beiträge des Trierer Kolloquiums Zukunft, Trier: Institut fächerübergreifenden Studierens und Forschens 2000, S. 53–71

Göll, Eberhard, Rolf Kreibich, Udo E. Simonis, „Global Change – Good Science. Handlungsmöglichkeiten für die Wissenschaften", in: Rolf Kreibich, Udo E. Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Ursachenkomplexe und Lösungsansätze – Causal Structures and Indicative Solutions, Berlin: Berlin Verlag 2000, S. 283–302

Helm, Carsten, Udo E. Simonis, „Verteilungsgerechtigkeit in der Internationalen Umweltpolitik – Theoretische Fundierung und exemplarische Formulierung", in: Claus Leggewie, Richard Münch (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001, S. 211–227

Hofmann, Bernd, „Grüner Strom – Bewertung aus der Sicht eines kommunalen EVU", in: Jahrbuch Ökologie 2001, München: C.H. Beck 2000, S. 250–256

Imfeld, Al, Udo E. Simonis et al., „Der Diskurs nachhaltige Entwicklung", in: K. Friedrich Schade, Eckhard Schmidt (Hg.), Erleuchtend oder ausgebrannt? Journalismus zu Nord-Süd in Bilanz und Perspektive, Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation 2001, S. 53–64

Leipert, Christian, „I Costi Ecologici E Sociali Derivati Come Fondamento Dell'Analisi", in: Pietro Frigato, Marco Giovagnoli (Eds.), La Continuità della Vita Umana, Il Contributo di Karl William Kapp alla Fondazione di una Teoria Istituzionale Critica, Turin: L'Harmattan Italia 2000, S. 161 bis 190

Michelsen, Gerd, Udo E. Simonis, Siegfried de Witt, „Das Wirken Günter Altners – Eine Einleitung zur Festschrift", in: Gerd Michelsen, Udo E. Simonis, Siegfried de Witt (Hg.), Ein Grenzgänger der Wissenschaften – Aktiv für Natur und Mensch, Festschrift für Günter Altner zum 65. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, S. 9 bis 20

Simonis, Udo E., „Architektur einer Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung", in: Franz Nuscheler (Hg.), Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert – Zur Wir-

kungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 2000, S. 427 bis 445

Simonis, Udo E., „Das ‚Kyoto-Protokoll' – Einladung zu einer innovativen Klimapolitik", in: Eberhard Scholing (Hg.), Währung und wirtschaftliche Entwicklung, Festschrift für Vincenz Timmermann zum 65. Geburtstag, Berlin: Duncker & Humblot 2000 S. 301–314

Simonis, Udo E., „Das Leitbild der Nachhaltigkeit – und die aktuelle Klimapolitik", in: Verein Deutscher Ingenieure (Hg.), Energie und nachhaltige Entwicklung, Beiträge zur Zukunft der Energieversorgung, Düsseldorf: VDI 2000, S. 38–47

Simonis, Udo E., „Diskussionsbericht Bevölkerung und nachhaltige Entwicklung", in: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung (Hg.), Internationaler Politikdialog: Bevölkerung und nachhaltige Entwicklung, Auftaktveranstaltung des BMZ zur EXPO 2000, Berlin: Entwicklungspolitisches Forum 2000, S. 41–48

Simonis, Udo E., „Eine neue Weltumweltorganisation – Institutionelle Innovation zur Sicherung von Umweltschutz in einer globalisierten Wirtschaft", in: Klaus Fichter, Uwe Schneidewind (Hg.), Umweltschutz in globalem Wettbewerb – Neue Spielregeln für das grenzenlose Unternehmen, Berlin, Heidelberg, New York: Springer 2000, S. 73–80

Simonis, Udo E., „Environment and Security – Resumé and Perspective", in: German Foreign Office (Ed.), Environment and Security – Crisis Prevention through Cooperation, International Workshop within the Framework of the „Forum Globale Fragen", 15–16 June 2000, Berlin: Auswärtiges Amt 2001, S. 113–118

Simonis, Udo E., „Geo-2000 Bericht – Die UN und die Welt-Umwelt", in: Berliner Akademie für weiterbildende Studien (Hg.), Technik – Mensch – Zukunft. Dokumentation der Berliner Sommer-Uni 2000, Berlin 2001, S. 306–310

Simonis, Udo E., „Global Change – Globaler Wandel. Rückblick auf die VDW-Jahrestagung 1999", in: Rolf Kreibich, Udo E. Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Ursachenkomplexe und Lösungsansätze – Causal Structures and Indicative Solutions, Berlin: Berlin Verlag 2000, S. 9 bis 14

Simonis, Udo E., „Globale Umweltprobleme und die neue Weltpolitik", in: Karl Kaiser, Hans-Peter Schwarz (Hg.) unter Mitarbeit von Sven Olaf Berggötz und Petra Holtrup, Weltpolitik im neuen Jahrhundert, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2000, S. 137–149

Simonis, Udo E., „Globalisation and Ecological Responsibility", in: Klaus Busch et al., Ways to Social Peace in Europe, Osnabrück: secolo Verlag 2000, S. 115–123

Simonis, Udo E., „In memoriam Donella Meadows", in: Jahrbuch Ökologie 2002, München: C.H. Beck 2001 S. 269–270

Simonis, Udo E., „Institutional Reform of International Policy – Advancing the Debate on a World Environment Organisation", in: Agni Vlavianos-Arvanitis (Ed.), Biopolitics – The Bio-Environment, Vol. VIII., Athens: Biopolitics International Organisation 2001, S. 85–106

Simonis, Udo E., „Internationale Biopolitik – Vorkehrungen zum Schutz der biologischen Vielfalt", in: Gerd Michelsen, Udo E. Simonis, Siegfried de Witt (Hg.), Ein Grenzgänger der Wissenschaften – Aktiv für Natur und Mensch, Festschrift für Günter Altner zum 65. Geburtstag, Berlin: edition sigma 2001, S. 273–292

Simonis, Udo E., „Internationale Umweltpolitik", in: Werner F. Schulz et al., Lexikon Nachhaltiges Wirtschaften, München, Wien: R. Oldenbourg Verlag 2001, S. 501–506

Simonis, Udo E., „Internationalisierung der Umweltpolitik – warum?", in: Michael Schelonke (Hg.), Die Zukunft Europas – Europapolitik auf neuen Wegen, Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2001, S. 175

Simonis, Udo E., „Internationally Tradeable Emission Certificates: Efficiency and Equity in Linking Environmental Protection with Economic Development", in: Ethics and the Environment, Vol. 5, No. 1, 2000, S. 61–75

Simonis, Udo E., „Neue Indikatoren der Nachhaltigkeit. Erwartungen und notwendige Anstrengungen – eine Hinführung", in: Peter Bartelmus (Hg.), Wohlstand entschleiern – Über Geld, Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit, Stuttgart, Leipzig: Hirzel Verlag 2001, S. 51–53, 99, 103, 105, 107, 108

Simonis, Udo E., „NIEO revisited: A New International Environmental Order in the Making", in: Inse Cornelssen, Steffen Wippel (Hg.), Entwicklungspolitische Perspektiven im Kontext wachsender Komplexität, Festschrift für Dieter Weiss, München, Bonn, London: Weltforum Verlag 2001, S. 123–134

Simonis, Udo E., „Präsident Bushs klimapolitische Wegfahrsperre", in: Jahrbuch Ökologie 2002, München: C.H. Beck 2001, Seite 271–274

Simonis, Udo E., „Strategien der Nachhaltigkeit – Resümee der Länderberichte", in: Martin Jänicke, Helge Jörgens (Hg.), Umweltplanung im internationalen Vergleich – Strategien der Nachhaltigkeit, Berlin, Heidelberg, New York: Springer 2000, S. 103–110

Simonis, Udo E., „Strukturwandel der Wirtschaft, Entlastung der Umwelt? Über Schrumpfungs- und Wachstumsprozesse und ihre Bedeutung für unsere Umwelt", in: Frithjof Hager, Werner Schenkel (Hg.), Schrumpfungen – Chancen für ein anderes Wachstum, Ein Diskurs der Natur- und Sozialwissenschaften, Berlin, Heidelberg, New York: Springer 2000, S. 223–239

Simonis, Udo E., „Summary of Discussions", in: German Foundation for International Development (Ed.), International Policy Dialogue on Population and Sustainable Development, The BMZ Opening Event at EXPO 2000, Berlin: Development Policy Forum 2000, S. 41–47

Simonis, Udo E., „Umwelt und Sicherheit – Resümee und Perspektiven", in: Auswärtiges Amt (Hg.), Umwelt und Sicherheit – Krisenprävention durch Kooperation, Internationaler Workshop im Rahmen des „Forum Globale Fragen", 15.–16. Juni 2000, Berlin: Auswärtiges Amt 2001, S. 124–129

Simonis, Udo E., „Umweltpolitik", in: Dieter Nohlen (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, München: C.H. Beck 2001, S. 520 bis 524; *ebenfalls erschienen in:* Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2001, S. 520 bis 524

Simonis, Udo E., „Vorwort", in: Nobuguki Miyazaki, Intergrated Environmental Accounting *(in Japanisch)*, Tokyo 2001, S. 22 bis 25

Simonis, Udo E., „Wasser als Konfliktursache – Plädoyer für eine internationale Wasserstrategie", in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen – Kompendium zum erweiter-

ten Sicherheitsbegriff, Hamburg, Berlin, Bonn: Verlag E.S. Mittler & Sohn 2001, S. 551–566

Simonis, Udo E., „Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung – Teil der notwendigen UN-Reform", in: Dieter S. Lutz (Hg.), Globalisierung und nationale Souveränität, Festschrift für Wilfried Röhrich, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2000, S. 493–505

Simonis, Udo E., „Weltumweltpolitik", in: Wichard Woyke (Hg.), Handwörterbuch Internationale Politik, 8. Auflage, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 525–537

Suplie, Jessica, „Stand und Fortentwicklung der internationalen Biodiversitätspolitik", in: Rolf Kreibich, Udo E. Simonis (Hg.), Global Change – Globaler Wandel, Ursachenkomplexe und Lösungsansätze – Causal Structures and Indicative Solutions, Berlin: Berlin Verlag 2000, S. 215–222

III. Artikel

Biermann, Frank, „Mehrseitige Umweltübereinkommen im GATT/WTO-Recht", in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 38, 2000, S. 455–503

Biermann, Frank, „The Case for a World Environment Organization", in: Environment, Vol. 42, No. 9, November 2000, Seite 22–31

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Institutionelle Reform der Weltumweltpolitik? Zur politischen Debatte um die Gründung einer Weltumweltorganisation", in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 7. Jg., Heft 1, 2000, S. 163–183

Biermann, Frank, Christine Wank, „Die ‚POP-Konvention': Das neue Chemikalien-Regime der Vereinten Nationen", in: Zeitschrift für angewandte Umweltforschung, 13. Jg., Heft 1/2, 2000, S. 139–154

Helm, Carsten, Udo E. Simonis, „Distributive Justice in International Environmental Policy: Axiomatic Foundation and Exemplary Formulation", in: Environmental Values, Vol. 10, No. 1, 2001, S. 5–18

Löffler, Kerstin, „Das Problem der Biopiraterie – Konflikt zwischen Handels- und Umweltabkommen", in: Ökologisches Wirtschaften, Heft 2, 2001, S. 8–9

Siebenhüner, Bernd, „Homo Sustinens – Towards a New Conception of Humans for the Science of Sustainability", in: Ecological Economics, Vol. 32, No. 1, 2000, S. 15–25

Simonis, Udo E., „A New International Environmental Order in the making", in: Ekistics – The Problems and Science of Human Settlements, Vol. 66, No. 394, 395, 396, 2001, S. 30–32

Simonis, Udo E., „Der große Bruder ist zu fett – Die USA brauchen umweltpolitische Nachhilfe", in: Universitas – Orientierung in der Wissenswelt, 56. Jg., Heft 6, 2001, Seite 552–556; *in veränderter Fassung wieder abgedruckt in:* epd-Entwicklungspolitik, Heft 11/12, 2001, S. 22, *sowie in:* Rheinischer Merkur, Nr. 29, 2001, S. 30

Simonis, Udo E., „Der Traum vom ‚Jahrhundert der Umwelt' wird von den aktuellen Trends überrollt", in: Politische Ökologie, Heft 65, Juni/Juli 2000, S. 48–49

Simonis, Udo E., „Global Governance and Sustainable Development", in: Environmental Values, Vol. 10, No. 3, 2001, S. 285 bis 287

Simonis, Udo E., „Globales Umweltmanagement – Dem GEO-2000 Bericht der Vereinten Nationen mangelt es an Selbstkritik", in: Punkt.um, Heft 1, 2000, S. 17–18

Simonis, Udo E., „Klimaschutz – Bush, Präsident der Uneinsichtigen", in: Punkt.um, Heft 4, 2001, S. 2

Simonis, Udo E., „Kyoto-Protokoll jetzt ratifizieren!", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 6, 2001, S.23

Simonis, Udo E., „Least Developed Countries (LDCs) – Newly Determined", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 8, 2000, S. 39–42

Simonis, Udo E., „Nachhaltige Entwicklung – quo vadis?", in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 8/9, 2001, S.20

Simonis, Udo E., „Nachhaltige Hochschule oder Hochschule der Nachhaltigkeit", in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft und ihre Didaktik, 1. Jg., Ausgabe 1, November 2000, Online-Journal unter: http://www.sowi-online.de

Simonis, Udo E., „Nachhaltige Raumentwicklung: Szenario und Perspektiven für Berlin-Brandenburg", in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 2000, S. 72–73; *in gekürzter Fassung in:* Universitas – Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, 55. Jg., April 2000, S. 403–404

Simonis, Udo E., „NIEO revisited: A new international environmental order in the making", in: The Environmentalist, Vol. 21, No. 2, 2001, S. 103–107

Simonis, Udo E., „Paul Streeten (*1917) – Entwicklung im sozialen, politischen und kulturellen Kontext", in: E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, 41. Jg., Heft 7, 2000, S. 204–207

Simonis, Udo E., "Strukturwandel der Wirtschaft und Entlastung der Umwelt", in: Arbeit – Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik, 10. Jg., Heft 1, 2001, S. 7–19

Simonis, Udo E., „Vertrag von Kyoto gerettet – Vertrag für die Zukunft verpasst", in: Natur & Kosmos, September 2001, S. 32 bis 33; *Wiederabdruck in:* Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 27. Juli 2001, S. 6; in: epd-Entwicklungspolitik, Heft 14, 2001, S. 19, *sowie in:* Universitas – Orientierung in der Wissenswelt, 56. Jg., Heft 9, 2001, S. 970–972

IV. Gutachten

Bourdeau, Philippe, Udo E. Simonis et al., Environmental Sciences, Series: Assessment of Research Quality, Utrecht: Vereniging van Universiteiten/Association of the Universities of the Netherlands (VSNU), 2000, 52 S.

Faaland, Just, Udo E. Simonis et al., Vulnerability and Poverty in a Global Economy, New York: Committee for Development Policy of the United Nations, 2000, 60 S.

Hirono, Ryokichi, Udo E. Simonis et al., Participatory Development and Governance: Africa's Special Needs, New York: Committee for Development Policy of the United Nations, 2001, 54 S.

V. Sonstige Veröffentlichungen

Benedick, Richard E., „Umweltschutz kann auf Bevölkerungspolitik nicht verzichten", in: DSW-Newsletter, Nr. 5, Hannover: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, 2000, S. 8

Biermann, Frank, Udo E. Simonis, „Politikinnovation auf der globalen Ebene – Eine Weltorganisation für Umwelt und Entwicklung", in: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hg.): Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Zukunftsrat für Deutschland, Berlin: Dokumentation der Fachtagung am 13. Dezember 1999, 2000, S. 47–60

Esty, Daniel C., Udo E. Simonis, „Von UNEP zur GEO – Plädoyer für eine Weltumweltorganisation", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 20. Oktober 2000, S. 7

Müller, Michael, Udo E. Simonis, „EU-Erweiterung und die Frage der europäischen Identität", in: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, 5. Oktober 2000, S.9

Olbrich, Rüdiger, „PVC im Gesundheitssektor – Alternativen sind vorhanden", in: Umwelt – Medizin – Gesellschaft, 13. Jg., Heft 3, 2000, S. 258–261

Simonis, Udo E., „Bummelzug aus Marrakesch. Die Internationale Klimapolitik ist unterwegs – die USA bleiben, wo sie sind", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 16. November 2001, S. 3

Simonis, Udo E., „Bush manövriert sich ins Abseits – Das Kyoto-Protokoll muss nun ohne die USA ratifiziert werden", in: Rheinischer Merkur, 6. April 2001, S. 6

Simonis, Udo E., „Bushs ökologische Wegfahrsperre – Plädoyer für den Mut zur Vernunft", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 30. März 2001, S. 7

Simonis, Udo E., „Den ‚Ökoturbo' anwerfen – Jetzt muß der Einstieg ins Solarzeitalter organisiert werden", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 15. September 2000, S. 9

Simonis, Udo E., „Der Große Bruder ist zu fett – Die USA brauchen ökologische Nachhilfe", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 4. Mai 2001, S. 6

Simonis, Udo E., „Deutschland soll einen ‚Nationalen Rat für Nachhaltigkeit' bekommen – Ein leuchtendes Beispiel aus den USA", in: Frankfurter Rundschau, 11. April 2000, S. 6; *Wiederabdruck in:* Punkt.um, Heft 5, 2000, S. 22

Simonis, Udo E., „Die Gefahr, die aus der Erderwärmung kommt", in: Hamburger Morgenpost, 3. Januar 2000, S. 21

Simonis, Udo E., „Die ökologische Steuerreform ist besser als ihr Ruf", in: Die Zeit, 13. Januar 2000, S. 30

Simonis, Udo E., „Ein langwährendes Trauerspiel in Bonn neu inszeniert – Kyoto-Protokoll ist gerettet, doch die Chancen für die Zukunft bleiben offen", in: Das Parlament, Wochenzeitung, 9. November 2001, S. 3

Simonis, Udo E., „Ein Präsident der Uneinsichtigen – Das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz sollte jetzt von der Bundesrepublik ratifiziert werden", in: Neues Deutschland, 2. April 2001, S. 10

Simonis, Udo E., „Globalisierung der Umweltpolitik! Saubermänner zu Hause, Schmutzfinken weltweit?", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 26. Januar 2001, S. 8

Simonis, Udo E., „Grünes Haus", in: Die Zeit, 5. Oktober 2000, S. 64

Simonis, Udo E., „Klimapolitik braucht eine gemeinsame Koordination – Kyoto-Protokoll kann nur ein erster Schritt sein", in: Braunschweiger Zeitung, 21. Juli 2001, S. 3

Simonis, Udo E., „Laudatio auf Günter Altner", in: Deutsche Umweltstiftung (Hg.): Stifterrundbrief 2001, Germersheim 2001, S. 26–30

Simonis, Udo E., „Laudatio auf Hartmut Bossel", in: Deutsche Umweltstiftung (Hg.): Stifterrundbrief 2001, Germersheim 2001, S. 4–8

Simonis, Udo E., „Nachhaltigkeit: verrissen und verteidigt", in: Literatur Spezial 2000, München: ökom-Verlag, 2000, S.3

Simonis, Udo E., „Nachruf auf Reimut Jochimsen", in: VDW info. Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Nr.1/2, 2000, S. 50–51

Simonis, Udo E., „Ökosteuer – trotz Strukturfehler wichtig", in: Wochenschau-Methodik, 52. Jg., Mai-August 2001, S. 14

Simonis, Udo E., „Rettet das Kyoto-Protokoll!", in: Die Zeit, 19. Juli 2001, S. 21

Simonis, Udo E., "Rio+10 = Johannesburg. ‚Sustainable Development' plus ‚Agenda 21'", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 13. April 2001, S. 7

Simonis, Udo E., „Satt trinken. Wasser – eine schwindende Ressource bei schwankendem Klima und schwellender Bevölkerung", in: Freitag – Die Ost-West Wochenzeitung, 14. Dezember 2001, S. 7

Simonis, Udo E., „Schach oder Mikado? Klimakonferenz in Fortsetzung", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 13. Juli 2001, S. 9

Simonis, Udo E., „Selbstblockierer am Werk – Den Stillstand der internationalen Klimapolitik überwinden", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 1. Dezember 2000, S. 1

Simonis, Udo E., „UN-Klimagipfel in Den Haag", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 17. November 2000, S. 1

Simonis, Udo E., „USA – Ein Land, groß im Verschwenden", in: Rheinischer Merkur, Nr. 29, 2001, S. 30

Simonis, Udo E., „Von Tokyo nach Kyoto – Der kürzeste Weg zur internationalen Klimapolitik", in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, 8. Juni 2001, S. 6

VI. Discussion papers 2000

FS II 00-401
Frank Biermann, Udo E. Simonis, Institutional Reform of International Environmental Policy – Advancing the Debate on a World Environment Organization, 30 S.

FS II 00-402
Udo E. Simonis, Least Developed Countries (LDCs) – Newly Determined, 17 S.

FS II 00-403
Carsten Helm, Udo E. Simonis, Verteilungsgerechtigkeit in der internationalen Umweltpolitik – Theoretische Fundierung und exemplarische Formulierung, 18 S.

FS II 00-404
Carsten Helm, Udo E. Simonis, Distributive Justice in International Environmental Policy

– Theoretical Foundation and Exemplary Formulation, 17 S.

FS II 00-405
Frank Biermann, Stand und Fortentwicklung der internationalen Klimapolitik, 23 S.

FS II 00-406
Richard E. Benedick, Uncharted Territory – Environment and Population Beyond Six Billion, 26 S.

Discussion papers 2001

FS II 01-401
Christine Henseling, Karl Otto Henseling, Das saubere Produkt – Ökologische Richtungssicherheit und Lebensstilorientierung, 16 S.

FS II 01-402
Tanja Brühl, Udo E. Simonis, World Ecology and Global Environmental Governance, 29 S.

FS II 01-403
Udo E. Simonis, Stichwort Umweltpolitik, 12 S.

FS II 01-404
Gjalt Huppes, Udo E. Simonis, Environmental Policy Instruments in a New Era, 53 S.

FS II 01-405
Kerstin Löffler, Genetische Ressourcen – Biodiversitätskonvention und TRIPS-Abkommen, 121 S.

FS II 01-406
Udo E. Simonis, Wasser als Konfliktursache – Plädoyer für eine internationale Wasserstrategie, 22 S.

P 01-003
Hermann H. Dieter, Udo E. Simonis et al., Zur Debatte: Deutsch als Wissenschaftssprache, 27 S.

Forschungsschwerpunkt Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse

Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel"

Bücher

Brettschneider, Frank, Jan W. van Deth, Edeltraud Roller (Hg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen: Leske + Budrich 2002, 396 S.

Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, Eric Tanenbaum, with **Richard C. Fording, Derek J. Hearl, Hee Min Kim, Michael McDonald, Silvia Mendez,** Mapping Policy Preferences – Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998, Oxford: Oxford University Press 2001, 274 S., plus CD-ROM

Deth, Jan van, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? – Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske + Budrich 2000, 442 S.

Fuchs, Dieter, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, 600 S.

Klingemann, Hans-Dieter, Dieter Fuchs (Hg.), Citizens and the State, Oxford: Oxford University Press 1998 (Paperback), 474 Seiten

Klingemann, Hans-Dieter, Max Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, 738 S.

Klingemann, Hans-Dieter, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, 526 S.

Klingemann, Hans-Dieter, Kenneth Newton, Ekkehard Mochmann (Hg.), Elections in Central and Eastern Europe – The First Wave, Berlin: edition sigma 2000, 354 S.

Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Römmele (Hg.), Public Information Campaigns and Opinion Research – A Handbook for the Student and Practitioner, London: Sage 2001, 193 S.

Krupavičius, Algis (Hg.), Lithuania's Seimas Election 1996 – The Third Turnover: Analyses, Documents and Data, Reihe Founding Elections in Eastern Europe, Berlin: edition sigma 2001, 367 S.

Lauth, Hans-Joachim, Gert Pickel, Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung – Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, 313 S.

Legutke, Annette, Die Organisation der Parteien in Russland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, 203 S.

Toš, Niko, Vlado Miheljak (Hg.), Slovenia Between Continuity and Change, 1990–1997: Analyses, Documents and Data, Reihe Founding Elections in Eastern Europe, Berlin: edition sigma 2002, 243 S.

Zimmer, Annette, Bernhard Weßels (Hg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, 370 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Brettschneider, Frank, Jan van Deth, Edeltraud Roller, „Sozialstruktur und Politik: Forschungsstand und Forschungsperspektiven", in: Frank Brettschneider, Jan W. van Deth, Edeltraud Roller (Hg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen: Leske + Budrich 2002, S. 7–22

Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, „Finally! Comparative Over-Time Mapping of Party Policy Movements", in: Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, Eric Tanenbaum, with Richard C. Fording, Derek J. Hearl, Hee Min Kim, Michael McDonald, Silvia Mendez, Mapping Policy Preferences – Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945–1998, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 19–50

Deth, Jan van, Hans Rattinger, Edeltraud Roller, „Einführung", in: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? – Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 9–14

Fuchs, Dieter, „Soziale Integration und politische Institutionen in modernen Gesellschaften", in: Jürgen Friedrichs, Wolfgang Jagodzinski (Hg.), Soziale Integration, Sonderheft 39 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag 1999, S. 127–178

Fuchs, Dieter, „Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft: Einige demokratietheoretische Überlegungen", in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.), Demokratie und Partizipation – Festschrift für Max Kaase, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 250–280

Fuchs, Dieter, „Demos und Nation in der Europäischen Union", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 215–236

Fuchs, Dieter, „Die demokratische Gemeinschaft in den USA und in Deutschland", in: Jürgen Gerhards (Hg.), Die Vermessung kultureller Unterschiede – USA und Deutschland im Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 33–72

Fuchs, Dieter, „Typen und Indizes demokratischer Regime – Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes", in: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung – Konzepte und Befunde im internationalen

Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 27–48

Fuchs, Dieter, „Werte im Wettstreit", in: Zeitschrift für KulturAustausch, 51. Jg, 2001, S. 73

Fuchs, Dieter, „Die politische Theorie der Systemanalyse: David Easton", in: André Brodocz, Gary S. Schaal (Hg.), Politische Theorien der Gegenwart I – Eine Einführung, Opladen: Leske + Budrich 2002, Seite 345–369

Fuchs, Dieter, „Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht", in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 27–49

Fuchs, Dieter, Robert Rohrschneider, „Der Einfluss politischer Wertorientierungen auf Regimeunterstützung und Wahlverhalten", in: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 245 bis 282

Fuchs, Dieter, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels, „Bürger und Demokratie in Ost und West – Einleitende Bemerkungen", in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 9–24

Gaber, Rusanna, „Demokratie in quantitativen Indizes: Ein mehr- oder eindimensionales Phänomen?", in: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung – Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 112–131

Hofferbert, Richard I., Hans-Dieter Klingemann, „Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany", in: International Political Science Review/Revue internationale de science politique, Vol. 22, No. 4, 2001, S. 363–378

Inglehart, Ronald F., Hans-Dieter Klingemann, „Genes, Culture, Democracy and Happiness", in: Ed Diener, E.M. Suh (Hg.), Subjective Well-Being Across Cultures, Cambridge, MA: MIT Press 2000, S. 165 bis 183

Inglehart, Ronald F., Hans-Dieter Klingemann, Christian Welzel, „Economic Development, Cultural Change and Democratic Institutions – Exploring Linkages Across 63 Societies", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 413–438

Kaase, Max, Hans-Dieter Klingemann, Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel, Bernhard Weßels, „Vorwort", in: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 9–14

Klingemann, Hans-Dieter, „Negative Parteiorientierung und repräsentative Demokratie: Eine vergleichende Analyse", in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.), Demokratie und Partizipation – Festschrift für Max Kaase, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 281–312

Klingemann, Hans-Dieter, „Unterstützung für die Demokratie: Eine globale Analyse für die 1990er Jahre", in: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung – Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 266–297

Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert, „The Capacity of New Party Systems to Channel Discontent – A Comparison of 17 Formerly Communist Polities", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 411–437

Klingemann, Hans-Dieter, Friedhelm Neidhardt, „Einleitung", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, Seite 11–24

Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Römmele, „Campaigns and Surveys: An Introduction", in: Hans-Dieter Klingemann, Andrea Römmele (Hg.), Public Information Campaigns and Opinion Research – A Handbook for the Student and Practitioner, London: Sage 2001, S. 1–7

Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Römmele, „Communicating ‚Europe': Implications for Multi-Level Governance in the European Union", in: Hans-Dieter Klingemann, Andrea Römmele (Hg.), Public Information Campaigns and Opinion Research – A Handbook for the Student and Practitioner, London: Sage 2001, S. 91–104

Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Römmele, „Using Survey Research in Campaigns: A Summary and Checklist for the Student and Campaign Practitioner", in: Hans-Dieter Klingemann, Andrea Römmele (Hg.), Public Information Campaigns and Opinion Research – A Handbook for the Student and Practitioner, London: Sage 2001, S. 185–188

Klingemann, Hans-Dieter, Christian Welzel, „Good Practice", in: Paul Barry Clarke, Joe Foweraker (Hg.), Encyclopedia of Democratic Thought, London, New York: Routledge 2001, S. 311–314

Klingemann, Hans-Dieter, Bernhard Weßels, „The Political Consequences of Germany's Mixed-Member System: Personalization at the Grass-Roots?", in: Matthew Soberg Shugart, Marty P. Wattenberg (Hg.), Mixed-Member Electoral Systems: The Best of Both Worlds?, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 279–296

Kühnel, Steffen, Dieter Fuchs, „Instrumentelles oder expressives Wählen? Zur Bedeutung des Rational-Choice-Ansatzes in der Empirischen Wahlforschung", in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, Dieter Ohr (Hg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 340–360

Lachat, Romain, „L'influence des campagnes politiques sur le vote: le cas des élections suisses de 1995", in: Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 6, No. 4, 2000, S. 51–73

Lauth, Hans-Joachim, Gert Pickel, Christian Welzel, „Grundfragen, Probleme und Perspektiven der Demokratiemessung", in: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung: Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 7–26

Roller, Edeltraud, „Ende des sozialstaatlichen Konsenses? Zum Aufbrechen traditioneller und zur Entstehung neuer Konflikt-

strukturen in Deutschland“, in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.), Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 88–114

Roller, Edeltraud, „Marktwirtschaftliche und wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeitsprinzipien in Deutschland und den USA“, in: Jürgen Gerhards (Hg.), Die Vermessung kultureller Unterschiede – USA und Deutschland im Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 89–110

Roller, Edeltraud, „Leistungsprofile von Demokratien – Eine theoretische und empirische Analyse für westliche Demokratien, 1974–1995“, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 547–571

Schnapp, Kai-Uwe, „Bürokratie und Demokratieakzeptanz – Verwaltung zwischen erhöhten Beteiligungsansprüchen und ‚Schlankem‘ Staat“, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 531–546

Schnapp, Kai-Uwe, Christian Welzel, „Wohin steuert das politische System des vereinten Deutschland? Institutionelle Machtverschiebungen im vereinten Deutschland“, in: Roland Czada, Hellmut Wollmann (Hg.), Von der Bonner zur Berliner Republik – 10 Jahre deutsche Einheit, Leviathan-Sonderband 19, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 328–348

Shahla, Hossein, „Der sachlich abwägende Wähler: Zum Stellenwert sachlich-rationaler Motive der Wahlentscheidung im Rahmen des Rational-Choice-Ansatzes“, in: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 647–694

Volkens, Andrea, „Dritte Wege in Europa – Chancen für linkssozialistische Parteien?“, in: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hg.), Die PDS im Parteiensystem, Berlin: Karl Dietz Verlag 2000, S. 119–137

Volkens, Andrea, „Manifesto Research Since 1979 – From Reliability to Validity“, in: Michael Laver (Hg.), Estimating the Policy of Political Actors, New York: Routledge 2001, S. 33–49

Volkens, Andrea, „Programmatische Strategien der Parteien im Bundestagswahlkampf 1998“, in: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hg.), Die PDS im Parteiensystem, Berlin: Karl Dietz Verlag 2000, S. 94–109

Volkens, Andrea, „Parteien im europäischen Mehrebenensystem“, in: Frank Berg, Lutz Kirschner (Hg.), PDS am Scheideweg, Berlin: Manuskripte 2001, S. 73–84

Volkens, Andrea, „Quantifying the Election Programmes: Coding Procedures and Controls“, in: Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara, Eric Tanenbaum, with Richard C. Fording, Derek J. Hearl, Hee Min Kim, Michael McDonald, Silvia Mendez, Mapping Policy Preferences – Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 93–110

Volkens, Andrea, „Manifesto Research: Past, Present, and Future“, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 462–477

Welzel, Christian, „Braucht die Demokratie eine ‚Wurzelbehandlung‘?“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 8, 2000, S. 7–16

Welzel, Christian, „East Germany: Elite Change and Democracy’s ‚Instant Success‘“, in: John Higley, Gyorgy Lengyel (Hg.), Elites After State Socialism, Boulder, Colo.: Rowman & Littlefield 2000, S. 103–122

Welzel, Christian, „Humanentwicklung, Systemwettbewerb und Demokratie: Gibt es eine demokratische Evolution?“, in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 471–502

Welzel, Christian, „Humanentwicklung und Demokratie: Welcher Index erfasst die ‚humane‘ Dimension der Demokratie am besten?“, in: Hans-Joachim Lauth, Gert Pickel, Christian Welzel (Hg.), Demokratiemessung – Konzepte und Befunde im internationalen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 132–162

Welzel, Christian, „Volkserziehung oder Institutionenreform? Eine Replik auf Werner Patzelts Bürgerschelte in der PVS 4/1998“, in: Politische Vierteljahresschrift, 41. Jg., H. 2, 2000, S. 316–327

Welzel, Christian, „Vom selektiven Umgang mit kritischer Distanz – Eine Antwort auf Werner Patzelts Reaktion auf meine Kritik“, in: Politische Vierteljahresschrift, 41. Jg., H. 3, 2000, S. 547–549

Welzel, Christian, „Theoretische und methodische Grundlagen der Politikwissenschaft“, in: Manfred Mols, Hans-Joachim Lauth, Christian Wagner (Hg.), Politikwissenschaft: Eine Einführung, Paderborn: Schöningh (UTB) 2001, 3. Auflage, S. 307 bis 346

Welzel, Christian, „Modernisierung und Partizipation: Kontroversen und Befunde zur Partizipationsthese“, in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 284–302

Welzel, Christian, Thomas R. Cusack, „Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation“, in: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? – Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 297–330

Weßels, Bernhard, „Condemned to Cooperate“, in: Die Mitbestimmung, International Edition, H. 8, 2000, S. 47–50

Weßels, Bernhard, „Die Entwicklung des deutschen Korporatismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 26-27/2000, S. 7–15

Weßels, Bernhard, „Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik“, in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, Dieter Ohr (Hg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 129–155

Weßels, Bernhard, „Kanzler- oder Politikwechsel? Bestimmungsgründe des Wahler-

folgs der SPD bei der Bundestagswahl 1998", in: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? – Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 35–66

Weßels, Bernhard, „Politische Repräsentation und politische Integration in der EU: Ist die Quadratur des Kreises möglich?", in: Jan W. van Deth, Thomas König (Hg.), Europäische Politikwissenschaft: Ein Blick in die Werkstatt, Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialforschung, Band 4, Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag 2000, S. 337–372

Weßels, Bernhard, „Verbände, Parteien und Interessenvermittlung – Erosion oder Stabilität?", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 27–29

Weßels, Bernhard, „Zum Erfolg verdammt", in: Die Mitbestimmung, H. 6, 2000, S. 18–21

Weßels, Bernhard, Hermann Schmitt, „Europawahlen, Europäisches Parlament und nationalstaatliche Demokratie", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 295–319

Weßels, Bernhard, „‚Aufrichtiges' Wahlverhalten: Parteiorientierungen, Kandidatenbeurteilungen und generalisierte Politikdistanzen", in: Hans-Dieter Klingemann, Max Kaase (Hg.), Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, S. 697–716

Weßels, Bernhard, „Die ‚Dritten Wege': Eine Modernisierung sozialdemokratischer Politikkonzepte?", in: Wolfgang Schroeder (Hg.), Neue Balance zwischen Staat und Markt? – Sozialdemokratische Reformstrategien in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2001, S. 43–64

Weßels, Bernhard, „Representação e integraço política na Europa", in: Candernos da Escola do Legislative, Vol. 5, No. 10, Assembléia Legislativa do Estado de Minas Gerais, Brasilien 2001, S. 107–156

Weßels, Bernhard, „Schlussbetrachtung: Einblicke – Ausblicke: Interessenvermittlung und Demokratie", in: Annette Zimmer, Bernhard Weßels (Hg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 359–365

Weßels, Bernhard, „Vermittlungsinstitutionen und Interessenvermittlung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland", in: Achim Koch, Martina Wasmer, Peter Schmidt (Hg.), Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe Blickpunkt Gesellschaft 6, Opladen: Westdeutscher Verlag 2001, S. 221 bis 246

Weßels, Bernhard, „Ideologische Atomisierung oder Wählerwandel? – Wahlverhalten in Deutschland 1976–1998", in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hg.), Politik heute: Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen: Leske + Budrich 2002, S. 49–80

Weßels, Bernhard, „Wählen und politische Ungleichheit: Der Einfluss von individuellen Ressourcen und politischem Angebot", in: Dieter Fuchs, Edeltraud Roller, Bernhard Weßels (Hg.), Bürger und Demokratie in Ost und West: Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess, Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Opladen: Westdeutscher Verlag 2002, S. 145–168

Zimmer, Annette, Bernhard Weßels, „Interessenvermittlung und Demokratie: Eine Zentrale Agenda!", in: Annette Zimmer, Bernhard Weßels (Hg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 9-25

Discussion papers 2000

FS III 00-201
Katrin Voltmer, Structures of Diversity of Press and Broadcasting Systems: The Institutional Context of Public Communication in Western Democracies, 54 S.

FS III 00-202
Staffan Kumlin, Ideology-Driven Public Opinion Formation in Europe: The Case of Third Sector Attitudes in Sweden, 37 S.

FS III 00-203
Wolfgang Schroeder, Industrielle Beziehungen in Ostdeutschland: Zwischen Eigensinn und Paternalismus, 29 S.

FS III 00-204
Kai-Uwe Schnapp, Ministerial Bureaucracies as Stand-In Agenda Setters? A Comparative Description, 75 S.

FS III 00-205
Dieter Fuchs, Typen und Indizes demokratischer Regime – Eine Analyse des Präsidentialismus- und des Veto-Spieler-Ansatzes, 27 Seiten

FS III 00-206
Dieter Fuchs, Hans-Dieter Klingemann, Eastward Enlargement of the European Union and the Identity of Europe, 44 S.

FS III 00-207
Richard I. Hofferbert, Hans-Dieter Klingemann, Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany, 19 S.

Discussion papers 2001

FS III 01-201
Christian Welzel, Ronald Inglehart, Hans-Dieter Klingemann, Human Development as a General Theory of Social Change: A Multi-Level and Cross-Cultural Perspective, 36 S.

FS III 01-202
Christian Welzel, Ronald Inglehart, Human Development and the „Explosion" of Democracy: Variations of Regime Change across 60 Societies, 32 S.

FS III 01-203
Dieter Fuchs, Types and Indices of Democratic Regimes, 21 S.

FS III 01-204
Philipp Harfst, Regierungsstabilität in Osteuropa – Der Einfluss von Parlamenten und Parteien, 38 S.

Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung"

Bücher

Delhey, Jan, Osteuropa zwischen Marx und Markt – Soziale Ungleichheit und soziales Bewußtsein nach dem Kommunismus, Reihe Beiträge zur Osteuropaforschung, Band 4, Hamburg: Krämer 2001, 335 S.

Hinrichs, Wilhelm, Eckhard Priller (Hg.), Handeln im Wandel – Akteurskonstellationen in der Transformation, Berlin: edition sigma 2001, 327 S.

Mollenkopf, Heidrun, Pia Flaschenträger, Erhaltung von Mobilität im Alter, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Band 197, Stuttgart, Berlin, Köln: W. Kohlhammer 2001, 248 S.

Noll, Heinz-Herbert, Roland Habich (Hg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft – Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt am Main: Campus 2000, 324 S.

Priller, Eckhard, Annette Zimmer (Hg.), Der Dritte Sektor international: mehr Markt – weniger Staat?, Berlin: edition sigma 2001, 320 S.

Schäfers, Bernhard, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage, Opladen: Leske + Budrich 2001, 799 Seiten

Zapf, Wolfgang, Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation, erweiterte zweite chinesische Auflage, Beijing 2000, 215 S.

Zimmer, Annette, Eckhard Priller (Hg.), Der deutsche Nonprofit-Sektor im gesellschaftlichen Wandel, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft, Münster 2000, 103 S.

Statistisches Bundesamt (Hg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, Datenreport 1999 – Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 365, Bonn 2000, 623 S.; Teil II „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden im vereinten Deutschland", hrsg. von Roland Habich, Heinz-Herbert Noll, S. 415 bis 612

darin:
Böhnke, Petra, „Bildung und Kompetenzen", S. 471–479

Böhnke, Petra, „Wertorientierungen und Zukunftserwartungen", S. 443–452

Böhnke, Petra, Jan Delhey, „Lebensstandard", S. 453-462

Bulmahn, Thomas, „Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger", S. 602 bis 612

Bulmahn, Thomas, „Globalmaße des subjektiven Wohlbefindens", S. 420–430

Delhey, Jan, „Gesellschaftliche Konflikte und soziale Integration", S. 592–601

Habich, Roland, „Problemgruppen", S. 560 bis 568

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Einstellungen zur Arbeit und Arbeitszufriedenheit", S. 490–499

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Soziale Schichtung und soziale Lagen", S. 552 bis 559

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Zufriedenheit in Lebensbereichen", S. 431–442

Krause, Peter, Roland Habich, „Einkommensverteilung und Armut", S. 581–591

Noll, Heinz-Herbert, Roland Habich, „Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden: Konzepte und Daten der Sozialberichterstattung", S. 415–419

Beiträge zu Büchern

Anheier, Helmut K., Annette Zimmer, Eckhard Priller, „Civil Society in Transition: The East German Third Sector Ten Years After Unification", in: Annette Zimmer (Ed.), The Third Sector in Germany, University of Münster, 2000, S. 140–156

Anheier, Helmut K., Annette Zimmer, Eckhard Priller, „Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie: Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 71–98

Böhnke, Petra, Jan Delhey, „Lebensstandard und Einkommensarmut – Plädoyer für eine erweiterte Armutsforschung", in: Eva Barlösius, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Hg.), Die Armut der Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 315–335

Bulmahn, Thomas, „Vereint auf dem Weg in die gute Gesellschaft?", in: Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft – Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt am Main/New York: Campus 2000, S. 249–269

Bulmahn, Thomas, „Mutamenti della struttura socio-economica e della qualità della vita – Convergenze e divergenze tra Länder occidentali e orientali", in: Elia Bosco (Hg.), La nuova Germania – Società, istituzioni, cultura politica dopo la riunificazione, Mailand: Franco Angeli 2001, S. 103–132

Delhey, Jan, Petra Böhnke, „Führt die materielle zur inneren Einheit? Zum Verhältnis von Wohlstandslage und subjektivem Wohlbefinden", in: Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft – Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt am Main/New York: Campus 2000, S. 83–103

Delhey, Jan, Verena Tobsch, „Freiheit oder Wohlstand? Regimeperformanz und Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland und Ungarn", in: Wolfgang Schluchter, Peter E. Quint (Hg.), Der Vereinigungsschock – Vergleichende Betrachtungen zehn Jahre danach, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft 2001, S. 437–460

Eberwein, Wolf-Dieter, Andreas Nölke, Eckhard Priller, „Die Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NGO)", in: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hg.), Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen – Kompendium zum erweiterten Sicherheitsbegriff, Hamburg: Mittler 2001, S. 809 bis 828

Habich, Roland, Heinz-Herbert Noll, „Soziale Ungleichheit", in: Wolfgang Böttcher,

Klaus Klemm, Thomas Rauschenbach (Hg.), Bildung und Soziales in Zahlen, Statistisches Handbuch zu Daten und Trends im Bildungsbereich, Weinheim/München: Juventa 2001, S. 73–89

Hinrichs, Wilhelm, „Sozialstaatliche Sicherung der Wohnungsversorgung in Deutschland", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 133 bis 166

Hinrichs, Wilhelm, „Wohnen 2000", in: Gunnar Winkler (Hg.), Sozialreport 2001 – Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: trafo Verlag, S. 247–280

Hinrichs, Wilhelm, „Die Ostdeutschen in Bewegung: Formen und Ausmaß regionaler Mobilität in den neuen Ländern", in: Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller (Hg.), Handeln im Wandel – Akteurskonstellationen in der Transformation, Berlin: edition sigma 2001, S. 251–281

Hinrichs, Wilhelm, Eckhard Priller, „Handlungsblockaden in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft – eine Einführung", in: Wilhelm Hinrichs, Eckhard Priller (Hg.), Handeln im Wandel – Akteurskonstellationen in der Transformation, Berlin: edition sigma 2001, S. 9–28

Noll, Heinz-Herbert, Roland Habich, „Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft – Einleitung", in: Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft – Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt am Main/New York: Campus 2000, S. 7–14

Priller, Eckhard, „Der Dritte Sektor – Hoffnungsträger für mehr Beschäftigung?", in: Klaus Grenzdörffer, Adelheid Biesecker, Wolfram Elsner (Hg.), Vielfalt und Interaktion sozioökonomischer Kulturen – Modernität oder Zukunftsfähigkeit, Herbolzheim: Centaurus 2000, S. 248–265

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Duitsland: groei en verandering van de derde sector", in: Sociaal en Cultureel Planbureau (Hg.), Noch markt noch staat, Den Haag 2001, S. 179–206

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Wachstum und Wandel des Dritten Sektors in Deutschland", in: Eckhard Priller, Annette Zimmer (Hg.), Der Dritte Sektor international: mehr Markt – weniger Staat?, Berlin: edition sigma 2001, S. 199–228

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Wohin führt der Dritte Sektor? Eine Einführung", in: Eckhard Priller, Annette Zimmer (Hg.), Der Dritte Sektor international: mehr Markt – weniger Staat?, Berlin: edition sigma 2001, S. 9–26

Priller, Eckhard, Rupert Graf Strachwitz, Annette Zimmer, „Nehmermärkte und Nonprofit-Bereiche (nach Johns Hopkins)", in: Fundraising Akademie (Hg.), Fundraising – Handbuch für Grundlagen, Strategien und Instrumente, Wiesbaden: Gabler 2001, Seite 147–170

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, Helmut K. Anheier, Stefan Toepler, Lester M. Salamon, „Germany: Unification and Change", in: Annette Zimmer (Ed.), The Third Sector in Germany, University of Münster, 2000, S. 1–21

Zapf, Wolfgang, „Entwicklung und Sozialstruktur moderner Gesellschaften", in: Hermann Korte, Bernhard Schäfers (Hg.), Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, 5., erweiterte Auflage, Leske + Budrich: Opladen 2000, S. 237–251

Zapf, Wolfgang, „Gesellschaftliche Wohlfahrt und Sozialberichterstattung – Erfahrungen und Möglichkeiten", in: Barbara Köhler u.a. (Hg.), Ernährungsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: edition sigma 2000, S. 60–74

Zapf, Wolfgang, „Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?", in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.), Demokratie und Partizipation, Festschrift für Max Kaase, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 160–174

Zapf, Wolfgang, „Wie kann man die deutsche Vereinigung bilanzieren?", in: Heinz-Herbert Noll, Roland Habich (Hg.), Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft – Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt am Main/New York: Campus 2000, S. 17–36

Zapf, Wolfgang, „Modernisierung und Transformation", in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2., erweiterte und aktualisierte Auflage, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 492–501

Zapf, Wolfgang, „Modernisierung – Dimensionen eines Begriffs", in: Hermann Hill (Hg.), Modernisierung – Prozess oder Entwicklungsstrategie?, Frankfurt am Main: Campus 2001, S. 13–22

Zapf, Wolfgang, „Die Wohlfahrtssurveys 1978–1998 und danach", in: Irene Becker, Notburga Ott, Gabriele Rolf (Hg.), Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft, Festschrift für Richard Hauser zum 65. Geburtstag. Frankfurt am Main: Campus 2001, S. 301–324

Zimmer, Annette, Eckhard Priller, „The Third Sector and Labour Market Policy in Germany", in: Annette Zimmer (Ed.), The Third Sector in Germany, University of Münster, 2000, S. 116–139

Zimmer, Annette, Eckhard Priller, „Mehr als Markt oder Staat – zur Aktualität des Dritten Sektors", in: Eva Barlösius, Hans-Peter Müller, Steffen Sigmund (Hg.), Gesellschaftsbilder im Umbruch, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 269–288

Zimmer, Annette, Eckhard Priller, Rupert Graf Strachwitz, „Fundraising als Ressource für Nonprofit-Organisationen", in: Stefan Nährlich, Annette Zimmer (Hg.), Management in Nonprofit-Organisationen, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 85–104

Artikel in Zeitschriften und Periodika

Anheier, Helmut K., Eckhard Priller, Annette Zimmer, „Civil Society in Transition: The East German Third Sector Ten Years After Unification", in: East European Politics and Societies (EEPS) 2000, Vol. 15, No. 1, S. 139–156

Böhnke, Petra, Jan Delhey, Roland Habich, „Das Euromodul – ein neues Instrument für die europäische Wohlfahrtsforschung", in: Informationsdienst Soziale Indikatoren – ISI 24, Juli 2000, S. 12–15.

Bulmahn, Thomas, „Das vereinte Deutschland – Eine lebenswerte Gesellschaft? Zur Bewertung von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit in Ost und West", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 52, Heft 3, 2000, S. 405–427

Bulmahn, Thomas, „Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit – Unterschiedliche Bewertun-

gen in Ost- und Westdeutschland“, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren – ISI 23, Januar 2000, S. 5–8

Bulmahn, Thomas, „Zur Entwicklung der Lebensqualität im vereinten Deutschland“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40/2000, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 30–38

Bulmahn, Thomas, „Modernity and Happiness – The Case of Germany“, in: Journal of Happiness Studies, Vol. 1, No. 3, 2000, S. 375–399

Bulmahn, Thomas, „Gesellschaft auf dem Prüfstand – Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Urteil der Bürger“, in: Gegenwartskunde, Heft 2, 2001, S. 251–272

Delhey, Jan, „Wo bitte liegt Solwenien?“, in: Rheinischer Merkur, Nr. 40, 5. Oktober 2000, S. 5

Delhey, Jan, „The Prospects of Catching up for New EU-Members: Lessons for the Accession Countries to the European Union from Previous Enlargements“, in: Social Indicators Research, Vol. 56, 2001, S. 205 bis 231

Delhey, Jan, Verena Tobsch, „Freiheit oder Wohlstand? Regimeperfomanz und Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland und Ungarn“, in: Berliner Debatte INITIAL 11, 5/6, 2000, S. 33–46

Habich, Roland, „Las encuestas sobre el bienestar como instrumento de supervisión social en Alemania“, in: Fuentas europeas, Revisto No. 60, Diciembre de 2001

Habich, Roland, Zsolt Spéder, „Continous changes – different variations. Income distributions and income dynamics in three societies“, in: Review of Sociology of the Hungarian Sociological Association, Special Issue, Budapest 2000, S. 14–39

Hinrichs, Wilhelm, „Angleichung der Wohnverhältnisse in Ost und West“, in: Deutschland Archiv, Jg. 33, Heft 6, November/Dezember 2000, S. 901–914

Hinrichs, Wilhelm, „Die Freizügigkeit der Ostdeutschen – vom Wunsch zur Wirklichkeit“, in: Deutschland Archiv, Jg. 34, Heft 5, September/Oktober 2001, S. 747–759

Hinrichs, Wilhelm, „Wohnen in Deutschland – wie reaktionsfähig ist der Sozialstaat?“, in: Gegenwartskunde, Jg. 50, Heft 4, 2001, S. 521–546

Klocke, Andreas, Ruth Limmer, Detlev Lück (unter Mitarbeit von **Eckhard Priller, Christian Schmitt**) (Hg.), Das Ehrenamt im Umfeld der Familie, ifb-Materialien 7/01, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, 2001, 66 S.

Krause, Peter, Roland Habich, „Einkommen und Lebensqualität im vereinigten Deutschland“, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2, 69. Jahrgang, 2000, Seite 317–340

Priller, Eckhard, „Demokratie und gesellschaftliche Mitwirkung“, in: Sozialreport, Sonderheft 10 Jahre deutsche Einheit, Heft 1 + 2, 2000, S. 34–56

Priller, Eckhard, „Nichtregierungsorganisationen in den neuen Bundesländern – eine erfolgreiche Bilanz“, in: SAIA-SCTS (Hg.), Perspektiven der Zusammenarbeit deutscher und slowakischer Nichtregierungsorganisationen, Bratislava: SAIA-SCTS 2000, S. 21 bis 31

Priller, Eckhard, „Ostdeutsche – engagiert?“, in: Die Mitbestimmung, 47. Jahrgang, Nr. 3, 2001, S. 56–58

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Arbeitsmarkt und Dritter Sektor in Deutschland – Zu den Ergebnissen des internationalen Vergleichs und einer bundesweiten Organisationsbefragung“, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 23, Heft, 2000, S. 304–320

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Der Dritte Sektor in Deutschland – seine Perspektiven im neuen Millenium“, in: Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor, Nr. 10, 2000, S. 1–16

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Bürgerschaftliches Engagement und Dritter Sektor“, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 3, 54. Jg., 2001, S. 157–164

Priller, Eckhard, Annette Zimmer, „Der Dritte Sektor: Wachstum und Wandel“, in: Konzepte@Stiftungen 2, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2001, 46 S.

Zapf, Wolfgang, „Social Reporting in the 1970s and in the 1990s“, in: Social Indicators Research, Jg. 51, Nr. 1, 2000, S. 1 bis 15

Zapf, Wolfgang, „Sozialbericht 2000, Reihe ‚Gesellschaft Schweiz‘“, in: Swiss Journal of Sociology, 27 (2), 2001, S. 351–354

Zimmer, Annette, Eckhard Priller, Thorsten Hallmann, „Zur Entwicklung des Nonprofit-Sektors und den Auswirkungen auf das Personalmanagement“, in: Zeitschrift für Personalforschung, 15. Jahrgang., Heft 3, 2001, S. 207–224

Discussion papers 2000

FS III 00-402
Thomas Bulmahn, Modernity and Happiness – The Case of Germany, 26 S.

FS III 00-403
Jan Delhey, Verena Tobsch, Understanding Regime Support in New Democracies: Does Politics Really Matter More Than Economics, 31 S.

FS III 00-404
Wolfgang Zapf, How to evaluate German unification?, 17 S.

Discussion papers 2001

FS III 01-401
Jan Delhey, Petra Böhnke, Roland Habich, Wolfgang Zapf, The Euromodule – A New Instrument for Comparative Research, 28 S.

FS III 01-402
Petra Böhnke, Nothing Left to Lose? Poverty and Social Exclusion in Comparison – Empirical Evidence on Germany, 36 S.

FS III 01-403
Jan Delhey, The Prospects of Catching up for New EU Members – Lessons for the Accession Countries to the European Union from Previous Enlargements, 25 S.

FS III 01-404
Ruut Veenhoven, Why Social Policy Needs Subjective Indicators, 14 S.

FS III 01-405
Steffen Mau, Patterns of Popular Support for the Welfare State – A Comparison of the United Kingdom and Germany, 30 S.

FS III 01-406
Pavel Machonin, Social Cleavages and Polit-

ical Conflicts in the Contemporary Czech Society, 11 S.

FS III 01-407
Petra Böhnke, Reporting on Social Exclusion: Standard of Living and Social Participation in Hungary, Spain, and Germany, 29 Seiten

Arbeitsgruppe „Politische Öffentlichkeit und Mobilisierung"
(bis 2001: Abteilung „Öffentlichkeit und soziale Bewegungen"

Bücher

Burchardt, Susann, Problemlagen, Unzufriedenheit und Mobilisierung – Proteststrukturen in Ost- und Westdeutschland 1990–1994, Marburg: Tectum 2001, 219 S.

Klein, Ansgar, Ruud Koopmans, Heiko Geiling (Hg.), Globalisierung – Partizipation – Protest, Opladen: Leske + Budrich 2001, 332 S.

Klingemann, Hans-Dieter, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie – Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, 526 S.

Koopmans, Ruud, Paul Statham (Hg.), Challenging immigration and ethnic relations politics – Comparative European perspectives, Oxford: Oxford University Press 2000, 443 S.

Rucht, Dieter (Hg.), Protest in der Bundesrepublik – Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, 324 S.

Roth, Roland, Dieter Rucht (Hg.), Jugendkulturen, Politik und Protest – Vom Widerstand zum Kommerz?, Leverkusen: Leske + Budrich 2000, 306 S.

Sonstige Veröffentlichungen

Duyvené de Wit, Thom, Ruud Koopmans, „Die politisch-kulturelle Integration ethnischer Minderheiten in den Niederlanden und Deutschland", in: Forschungsjournal NSB, Jg. 14, 2001, Heft 1, S. 26–42

Eilders, Christiane, „Die Stimme der Medien im politischen Prozess – Hypothesen zur Rolle medialer Konsonanz als Wirkungsbedingungen von Agenda-Building-Prozessen", in: Angela Schorr (Hg.), Publikums- und Wirkungsforschung – Ein Reader, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 277 bis 291

Eilders, Christiane, „Media as political actors? – Issue focusing and selective emphasis in the German quality press", in: German Politics, Jg. 9, 2000, Heft 3, S. 181–206

Eilders, Christiane, „Bilder der Parteien in den Medien – Die Darstellung der PDS in überregionalen Pressekommentaren", in: Michael Brie, Rudolf Woderich (Hg.), Die PDS im Parteiensystem, Berlin: Karl Dietz Verlag 2000, S. 154–166

Eilders, Christiane, „Die Darstellung von Protesten in ausgewählten deutschen Tageszeitungen", in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, S. 275–311

Eilders, Christiane, „Media as political actors: The role of media opinion in ‚policy-agenda-setting' in Germany", in: Slavko Splichal (Hg.), Vox Populi – Vox Dei?, Cresskill, NJ: Hampton Press 2001, S. 381 bis 397

Eilders, Christiane, „Politische Akteure in der Mediendemokratie – Politiker, Parteien und Verbände vor neuen Anforderungen der politischen Kommunikation – Bericht über die gemeinsame Jahrestagung des Arbeitskreises ‚Politik und Kommunikation' der DVPW und der Fachgruppe ‚Kommunikation und Politik' der DGPuK in Erfurt, 8. bis 10. Februar 2001", in: Publizistik, Jg. 46, 2001, Heft 2, S. 206

Eilders, Christiane, Albrecht Lüter, „Germany at War – Competing Framing Strategies in German Public Discourse", in: European Journal of Communication, Jg. 15, 2000, Heft 3, S. 415–428

Gerhards, Jürgen, Dieter Rucht, „Öffentlichkeit, Akteure und Deutungsmuster: Die Debatte über Abtreibungen in Deutschland und den USA", in: Jürgen Gerhards (Hg.), Die Vermessung kultureller Unterschiede – USA und Deutschland im Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 165–187

Hocke, Peter, Massenmedien und lokaler Protest – Empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen ‚Bewegungshochburg', Dissertationsschrift, eingereicht beim Fachbereich Politik und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin, 2000, 290 S.

Kaase, Max, Barbara Pfetsch, „Umfrageforschung und Demokratie – Analysen zu einem schwierigen Verhältnis", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 153–182

Kaase, Max, Barbara Pfetsch, „Polling and the Democratic Process in Germany – Analyses of a Difficult Relationship", in: International Review of Sociology, Jg. 11, 2001, Heft 2, S. 125–147

Klein, Ansgar, Ruud Koopmans, Heiko Geiling, „Politische Partizipation und Protestmobilisierung im Zeitalter der Globalisierung: Einleitung", in: Ansgar Klein, Ruud Koopmans, Heiko Geiling (Hg.), Globalisierung – Partizipation – Protest, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 7–22

Klingemann, Hans-Dieter, Friedhelm Neidhardt, „Einleitung", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 11–24

Koopmans, Ruud, „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als einwanderungs- und ausländerpolitisches Problem", in: Andrea Grimm (Hg.), Rechtsextremismus, Rehburg-Loccum: Evangelische Akademie 2000, Seite 9–27

Koopmans, Ruud, „Globalisierung, Individualisierung, politische Entflechtung – Randbedingungen einer unübersichtlichen Bewegungszukunft", in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 13, 2000, Heft 1, S. 26–31

Koopmans, Ruud, „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als einwanderungs- und ausländerpolitisches Problem", in: Zukunftsforum Jugend, 2000, Heft 2, S. 3–10

Koopmans, Ruud, „Alter Rechtsextremismus und neue Fremdenfeindlichkeit: Mobi-

lisierung am rechten Rand im Wandel", in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik – Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main/New York: Campus 2001, S. 103–142

Koopmans, Ruud, „Better Off by Doing Good: Why Antiracism Must Mean Different Things to Different Groups", in: Marco Giugni, Florence Passy (Hg.), Political Altruism? – Solidarity Movements in International Perspective, Lanham, Boulder et al.: Rowman & Littlefield 2001, S. 111–132

Koopmans, Ruud, „Deutschland und der Rechtsextremismus: Wie der Blick in die Vergangenheit zur Verblendung im Heute führt", in: Joost Kleuters, Erika Pettgens (Hg.), Deutschland im Wandel – Ansichten über eine neue Ära, Nijmeegen: Katholicke Universiteit Nijmegen 2001, S. 74–79

Koopmans, Ruud, „Integration oder Zersplitterung – Die politische Rolle ethnischer Selbstorganisationen", in: Das Parlament, Nr. 32-33, 3./10. August 2001, S. 15

Koopmans, Ruud, „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: Probleme von heute – Diagnosen von gestern", in: Leviathan, Jg. 29, Heft 4, 2001, S. 468 bis 483 [*auch veröffentlicht in:* Landeskommission Berlin gegen Gewalt, Berliner Forum Gewaltprävention, Nr. 2/20001, S. 12–22]

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Introduction", in: Ruud Koopmans, Paul Statham (Hg.), Challenging immigration and ethnic relations politics, Oxford: Oxford University Press 2000, S. 1–9

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Migration and ethnic relations as a field of political contention – An opportunity structure approach", in: Ruud Koopmans, Paul Statham (Hg.), Challenging immigration and ethnic relations politics, Oxford: Oxford University Press 2000, S. 13–56

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Challenging the liberal nation-state? Postnationalism, multiculturalism, and the collective claims-making of migrants and ethnic minorities in Britain and Germany", in: Ruud Koopmans, Paul Statham (Hg.), Challenging immigration and ethnic relations politics, Oxford: Oxford University Press 2000, S. 189–232

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Political claims-making against racism and discrimination in Britain and Germany", in: Jessika ter Wal, Maykel Verkuyten (Hg.), Comparative perspectives on racism, Aldershot: Ashgate 2000, S. 139–170

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „Herausforderung des liberalen Nationalstaats? – Postnationalismus, Multikulturalismus und die politischen Forderungen von Migranten und ethnischen Minderheiten in Großbritannien und Deutschland", in: Globalisierung – Partizipation – Protest, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 121–154

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „How national citizenship shapes transnationalism – A comparative analysis of migrant claims-making in Germany, Great Britain and the Netherlands", in: Revue Européene des Migrations Internationales, Jg. 17, Heft 2, 2001, S. 63–100

Koopmans, Ruud, Paul Statham, „The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres: A Research Outline", Projektantrag, Unveröff. Manuskript, 2001 [http://europub.wz-berlin.de]

Kriesi, Hanspeter, „Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt", in: Ansgar Klein, Ruud Koopmans, Heiko Geiling (Hg.), Globalisierung – Partizipation – Protest, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 23–44

Kriesi, Hanspeter, „Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 46, 2001, Heft 2, Seite 206–213

Kriesi, Hanspeter, „The Federal Parliament: The Limits of Institutional Reform", in: West European Politics, Jg. 24, 2001, Heft 2, S. 59–76

Neidhardt, Friedhelm, „Über die Kunst der Selbstverteidigung – Und daß sie manchmal nichts nützt", in: Gegenworte, 2000, Heft 5, S. 26–29

Neidhardt, Friedhelm, „Formen und Funktionen gesellschaftlichen Grundkonsenses", in: Gunnar Folke Schuppert, Christian Bumke (Hg.), Bundesverfassungsgericht und gesellschaftlicher Grundkonsens, Baden-Baden: Nomos 2000, S. 15–30

Neidhardt, Friedhelm, „Öffentlichkeit", in: Bernhard Schäfers, Wolfgang Zapf (Hg.), Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, 2., erw. u. aktual. Aufl. Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 502–510

Neidhardt, Friedhelm, „Ein Wissenschaftsunternehmer – Meinolf Dierkes zum 60. Geburtstag", in: Ariane Berthoin Antal, Camilla Krebsbach-Gnath (Hg.), Wo wären wir ohne die Verrückten?, Berlin: edition sigma 2001, S. 269–272

Neidhardt, Friedhelm, Ruud Koopmans, Barbara Pfetsch, „Konstitutionsbedingungen politischer Öffentlichkeit – Der Fall Europa", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 263–293

Neidhardt, Friedhelm, Christiane Eilders, Barbara Pfetsch, Die Stimme der Medien im politischen Prozess: Themen und Meinungen in Pressekommentaren, Abschlussbericht zum DFG-Projekt, Unveröff. Manuskript, 2001, 245 S.

Neidhardt, Friedhelm, Dieter Rucht, „Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure", in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik – Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, S. 27–70

Pfetsch, Barbara, Politische Kommunikation in den USA und Deutschland, Herausgegeben vom Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Arbeit und Soziales, Bonn 2000, 36 S.

Pfetsch, Barbara, „Medienexpansion versus Information", in: Die politische Meinung, Jg. 45, 2000, Heft 362, S. 47–54

Pfetsch, Barbara, „Strukturbedingungen der Inszenierung von Politik in den Medien – Die Perspektive von politischen Sprechern und Journalisten", in: Oskar Niedermayer, Bettina Westle (Hg.), Demokratie und Partizipation, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 211–232

Pfetsch, Barbara, „Journalistische Professionalität versus persönliches Vertrauen – Normen der Interaktion in der politischen Kommunikation in den USA und Deutschland", in: Jürgen Gerhards (Hg.), Die Vermessung kultureller Unterschiede, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 141–163

Pfetsch, Barbara, „‚Amerikanisierung' der politischen Kommunikation? – Politik und Medien in Deutschland und den USA", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2001, B 41-42, S. 27–36

Pfetsch, Barbara, „Political Communication Culture in the United States and Germany“, in: Press Politics, Jg. 6, 2001, Heft 1, S. 46–67

Pfetsch, Barbara, Politische Kommunikationskultur – Eine vergleichende Untersuchung von politischen Sprechern und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA, Habilitationsschrift, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin, 2001, 285 S.

Pfetsch, Barbara, Hans Jürgen Weiß, „Die kritische Rolle der Massenmedien bei der Integration sozialer Minderheiten – Anmerkungen aus einem deutsch-israelischen Forschungsprojekt“, in: Heribert Schatz, Christina Holtz-Bacha, Jörg-Uwe Nieland (Hg.), Migranten und Medien, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 116–126

Roth, Roland, Dieter Rucht, „Jugendliche heute: Hoffnungsträger im Zukunftsloch?“, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), Jugendkulturen, Politik und Protest – Vom Widerstand zum Kommerz?, Leverkusen: Leske + Budrich 2000, S. 9–34

Rucht, Dieter, „Neue Soziale Bewegungen“, in: Uwe Anderson, Wichard Woyke (Hg.), Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 4., überarbeitete Auflage, Opladen: Leske + Budrich 2000, S. 406–409

Rucht, Dieter, „Political Participation in Europe“, in: Richard Sakwa, Anne Stephens (Hg.), Contemporary Europe, Houndmills, London: Macmillan 2000, S. 85–108

Rucht, Dieter, „Zur Europäisierung politischer Mobilisierung“, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 10, 2000, Heft 2, S. 185–202

Rucht, Dieter, „Soziale Bewegungen und ihre Rolle im System politischer Interessenvermittlung“, in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, S. 51–69

Rucht, Dieter, „Distant Issue Movements in Germany: Empirical Description and Theoretical Reflections“, in: John A. Guidry, Michael D. Kennedy, Mayer N. Zald (Hg.), Globalizations and Social Movements: Culture, Power and the Transnational Public Sphere, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press 2000, S. 67–105

Rucht, Dieter, „‚Heraus zum 1. Mai!‘ – Ein Protestritual im Wandel“, in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik – Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, S. 143 bis 172

Rucht, Dieter, „Antikapitalistischer und ökologischer Protest als Medienereignis – Zur Resonanz der Proteste am 1. Mai 2000 in London“, in: Achim Brunnengräber, Ansgar Klein, Heike Walk (Hg.), NGOs als Legitimationsressource, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 259–284

Rucht, Dieter, „Lobbying or Protest? Strategies to Influence EU Environment Policies“, in: Doug Imig, Sidney Tarrow (Hg.), Contentious Europeans – Protest and Politics in an Emerging Polity, Lanham et al.: Rowman & Littlefield 2001, S. 125–142

Rucht, Dieter, „Solidaritätsbewegungen“, in: Hans-Werner Bierhoff, Detlef Fetchenhauer (Hg.), Solidarität – Konflikt, Umwelt und Dritte Welt, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 65–92

Rucht, Dieter, „Soziale Bewegungen als Signum demokratischer Bürgergesellschaft“, in: Claus Leggewie, Richard Münch (Hg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main: edition suhrkamp 2001, S. 321–336

Rucht, Dieter, „Transnationaler politischer Protest im historischen Längsschnitt“, in: Ansgar Klein, Ruud Koopmans, Heiko Geiling (Hg.), Globalisierung – Partizipation – Protest, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 77–96

Rucht, Dieter, „Zu den Grenzen von Theorien rationaler Wahl – dargestellt am Beispiel altruistischen Engagements“, in: Jutta Allmendinger (Hg.), Gute Gesellschaft?, Verhandlungen des 30. Kongresses der deutschen Gesellschaft für Soziologie in Köln 2000, Teil B, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 962–983

Rucht, Dieter, „Zwischen Strukturlosigkeit und Strategiefähigkeit – Herausforderungen für die globalisierungskritischen Bewegungen“, in: E+Z (Entwicklung und Zusammenarbeit), Jg. 42, 2001, Heft 12 (Dezember), S. 358–360

Rucht, Dieter, „Protest und Protestereignisanalyse: Einleitende Bemerkungen“, in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik – Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, S. 7–26

Rucht, Dieter, „Nicht Dichtung, sondern Deutung – Massenmedien und Proteste“, in: Politische Ökologie, Vom David zum Goliath? – NGOs im Wandel, 19. Jg., 2001, S. 40–43

Rucht, Dieter, „Social Movements Challenging Neo-liberal Globalisation“, in: Angela Liberatore, Nikolaos Christoforides (Hg.), Global Trade and Globalising Society – Challenges for Governance and Sustainability: the Role of the EU, Conference Proceedings, Brüssel: European Commission 2001, S. 67–74

Rucht, Dieter, Friedhelm Neidhardt, „Soziale Bewegungen und kollektive Aktionen“, in: Hans Joas (Hg.), Lehrbuch der Soziologie, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, S. 533–556

Rucht, Dieter, Jochen Roose, „Neither Decline nor Sclerosis: The Organisational Structure of the German Environmental Movement“, in: West European Politics, Jg. 24, 2001, Heft 4, S. 55–81

Rucht, Dieter, Jochen Roose, „Zur Institutionalisierung von Bewegungen: Umweltverbände und Umweltprotest in der Bundesrepublik“, in: Annette Zimmer, Bernhard Weßels (Hg.), Verbände und Demokratie in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 261–292

Rucht, Dieter, Jochen Roose, „Von der Platzbesetzung zum Verhandlungstisch? – Zum Wandel von Aktionen und Struktur der Ökologiebewegung“, in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik – Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt am Main, New York: Campus 2001, Seite 173–210

Rucht, Dieter, Roland Roth, „Weder Rebellion noch Anpassung: Jugendproteste in der Bundesrepublik“, in: Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.), Jugendkulturen, Politik und Protest – Vom Widerstand zum Kommerz?, Leverkusen: Leske + Budrich 2000, S. 283 bis 304

Discussion papers 2001

P 01-701
Hanspeter Kriesi, Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess – Ein konzeptioneller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt, 61 Seiten

P 01-702
Christiane Eilders, Conflict and consonance in media opinion – Political positions of five German quality newspapers, 34 S.

Forschungsprofessur „Vergleich demokratischer Systeme"

Kaase, Max, „Political Science and the Internet", in: International Political Science Review, Jg. 21, 2000, Heft 3, S. 265–282

Kaase, Max, „Entwicklung und Stand der Empirischen Wahlforschung in Deutschland", in: Markus Klein, Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, Dieter Ohr (Hg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland – Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2000, S. 17–40

Kaase, Max, „Germany: A Society and Media System in Transition", in: Richard Gunther, Anthony Mughan (Hg.), Democracy and the Media – A Comparative Perspective, Cambridge: Cambridge University Press 2000, S. 375–401

Kaase, Max, „Volumes of Influence", in: ecpr news, Jg. 11, 2000, Heft 3, S. 20–21

Kaase, Max, „A New Government – A New Democracy? The Red-Green Coalition in Germany", in: Japanese Journal of Political Science, Jg. 1, 2000, Heft 1, S. 129–149

Kaase, Max, Rainer M. Lepsius, „Transformationsforschung", in: Hans Bertram (Hg.), Die Transformation Ostdeutschlands – Berichte zum sozialen und politischen Wandel in den neuen Bundesländern, Opladen: Leske + Budrich 2001, S. 343–364

Kaase, Max, Petra Bauer-Kaase, „German Unification 1990–1997 – The Long Road", in: Guy Lachapelle, John Trent (Hg.), Globalization, Governance and Identity: The Emergence of New Partnerships, Montreal: Les Presses de l'Université de Montreal 2000, S. 153–186

Kaase, Max, Barbara Pfetsch, „Umfrageforschung und Demokratie – Analysen zu einem schwierigen Verhältnis", in: Hans-Dieter Klingemann, Friedhelm Neidhardt (Hg.), Zur Zukunft der Demokratie, WZB-Jahrbuch 2000, Berlin: edition sigma 2000, Seite 153–182

Kaase, Max, Barbara Pfetsch, „Polling and the Democratic Process in Germany – Analyses of a Difficult Relationship", in: International Review of Sociology, Jg. 11, 2001, Heft 2, S. 125–147

Klingemann, Hans-Dieter, Max Kaase, Wahlen und Wähler – Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1998, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag 2001, 738 S.

Forschungsschwerpunkt Markt und politische Ökonomie

Bücher

Görtzen, Ulrike, Wissensgenerierung und -verbreitung als Wettbewerbsfaktor – Eine empirische Analyse am Beispiel japanischer Industrieaktiengesellschaften, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2001, 162 S.

Jansen, Jos, Essays on Incentives in Regulation and Innovation, Tilburg: Tilburg University, Faculty of Economics and Business Administration, CentER, Dissertation Series Nr. 63, 2000, 143 S.

Mahmood, Talat, Hazard Rates, Market Structure, and Geography: The Dynamic Post-Entry Performance of New Business Start-ups, Berlin: Technische Universität Berlin, Fakultät für Elektrotechnik und Informatik, Dissertation, 2000, 192 S.

Mewis, Hans, Essays on Herd Behavior and Strategic Decision, Aachen: Shaker Verlag 2001, 120 S.

Miarka, Tobias, Financial Intermediation and Deregulation – A Critical Analysis of Japanese Bank-Firm Relationships, Heidelberg: Physica-Verlag 2000, 165 S.

Moerke, Andreas, Organisationslernen über Netzwerke – Die personellen Verflechtungen von Führungsgremien japanischer Aktiengesellschaften, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2001, 162 S.

Neubauer, Silke, Multimarket Contact and Organizational Design, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2001, 175 S.

Neven, Damien J., Lars-Hendrik Röller (Eds.), The Political Economy of Industrial Policy in Europe and the Member States, Berlin: edition sigma 2000, 203 S.

Röller, Lars-Hendrik, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, 470 S.

Siebert, Ralph, Innovation, Research Joint Ventures, and Multiproduct Competition – A Theoretical and Empirical Investigation, Berlin: Humboldt-Universität, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Dissertation, 2000, 219 S. (http://dochost.rz.hu-berlin.de/dissertationen/siebert-ralph-2000-03-23/)

Stephan, Andreas, Essays on the Contribution of Public Infrastructure to Private Production and its Political Economy, Berlin: dissertation.de 2002, 174 S.

Tröge, Michael, Competition in Credit Markets – A Theoretic Analysis, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2001, 114 S.

Yang, Jianping, Aspekte eines Investitionsmodells innerhalb der q-Theorie unter Berücksichtigung von Bankbeziehungen deutscher Unternehmen und Risikoanalyse, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag 2000, 143 S.

Zobel, Rita, Beschäftigungsveränderungen und organisationales Lernen in japanischen Industrieaktiengesellschaften, Berlin: Humboldt-Universität, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Dissertation, 2000, 151 S. (http://dochost.rz.hu-berlin.de/dissertationen/zobel-rita-2000-06-19/)

Zulehner, Christine, Essays in Empirical Industrial Economics, Berlin: Humboldt-Universität, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Dissertation, 2001, 99 S. (http://dochost.rz.hu-berlin.de/dissertationen/zulehner-christine-2001-11-28/)

Aufsätze in Zeitschriften

Haucap, Justus, Christian Wey, Jens Barmbold, „Location Costs, Product Quality, and Implicit Franchise Contracts", in: Journal of International Economics, Vol. 52, 2000, S. 69–87

Haucap, Justus, Uwe Pauly, Christian Wey, „Collective Wage Setting When Wages Are Generally Binding: An Antitrust Perspective", in: International Review of Law and Economics, Vol. 21, 2001, S. 287–307

Huck, Steffen, Kai A. Konrad, Wieland Müller, „Big Fish Eat Small Fish: On Merger in Stackelberg Markets", in: Economic Letters, Vol. 73 (2), 2001, S. 213–217

Huck, Steffen, Kai A. Konrad, Wieland Müller, „Divisionalization in Contests", in: Economics Letters, Vol. 70, No. 1, 2001, S. 89–93

Konrad, Kai A., „Privacy and Time-Consistent Optimal Labor Income Taxation", in: Journal of Public Economics, Vol. 79, No. 3, 2001, S. 503–519

Konrad, Kai A., Comment on: „The Political Economy of Direct Legislation: Direct Democracy and Local Decision Making", in: Economic Policy, Vol. 33, 2001, S. 363 bis 364

Konrad, Kai A., Kjell Erik Lommerud, „Foreign Direct Investment, Intra-Firm Trade and Ownership Structure", in: Economic Review, Vol. 45, No. 3, 2001, S. 475–494

Lagerlöf, Johan, „Costly Information Acquisition and Delegation to a ‚Liberal' Central Banker", in: Economics & Politics, Vol. 13, No. 3, 2001, S. 221–236

Mahmood, Talat, „Survival of Newly Founded Businesses: A Log-Logistic Model Approach", in: Small Business Economics, Vol. 14, No. 3, 2000, S. 223–237

Neven, Damien J., Lars-Hendrik Röller, „The Allocation of Jurisdiction in International Antitrust", in: European Economic Review Papers and Proceedings, Vol. 44, 2000, S. 845–856

Röller, Lars-Hendrik, Leonard Waverman, „Telecommunications Infrastructure and Economic Development: A Simultaneous Approach", in: American Economic Review, Vol. 91, 2001, S. 909–923

Röller, Lars-Hendrik, Robin C. Sickles, „Capacity and Product Market Competition:

Measuring Market Power in a ‚Puppy-Dog' Industry", in: International Journal of Industrial Organization, Vol. 18, 2000, S. 845 bis 865

Röller, Lars-Hendrik, Johan Stennek, Frank Verboven, „Efficiency Gains from Mergers", in: European Economy, 2001, No. 5, S. 31 bis 127 (http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2001/eers0501_en.pdf)

Stephan, Andreas, „Regional Infrastructure Policy and its Impact on Productivity: A Comparison of Germany and France", in: Applied Economics Quarterly, Vol. 46, 2000, S. 327–356

Stephan, Andreas, „The Contribution of Transport and Human Capital Infrastructure to Local Private Production: A Partial Adjustment Approach", in: Review of Regional Science, Vol. 21, 2001, S. 91–108

Aufsätze in Büchern

Fleischer, Manfred, „Regulierungswettbewerb und Innovation in der chemischen Industrie", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 353 bis 386

Haucap, Justus, Christian Wey, „Social Capital and Economic Development", in: Senyo Adjibolosoo (Ed.), The Human Factor in Shaping the Course of History and Development, Lanham et al.: University Press of America 2000, S. 21–42

Haucap, Justus, Uwe Pauly, Christian Wey, „The Incentives of Employers' Associations to Raise Rivals' Costs in the Presence of Collective Bargaining", in: Peter de Gijsel, Ralph Olthoff, Thomas Zwick (Eds.), The Unemployment Debate: Current Issues, Marburg: Metroplis Verlag 2000, S. 185 bis 226

Konrad, Kai A., „Besteuerung und Humankapitalinvestitionen im tertiären Bildungssektor", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 91–107

Neven, Damien J., Lars-Hendrik Röller, „The Political Economy of State Aid: Econometric Evidence for the Member States", in: Damien J. Neven, Lars-Hendrik Röller (Eds.), The Political Economy of Industrial Policy in Europe and the Member States, Berlin: edition sigma 2000, S. 25–37

Nitsche, Rainer, „Liberalisierung von Netzökonomien: Herausforderung für die Wettbewerbspolitik", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 249–290

Röller, Lars-Hendrik, Christian Wey, „Einleitung", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 11–18

Röller, Lars-Hendrik, Christian Wey, „Internationale Wettbewerbspolitik in der neuen Weltwirtschaft", in: Lars-Hendrik Röller, Christian Wey (Hg.), Die Soziale Marktwirtschaft in der neuen Weltwirtschaft, WZB-Jahrbuch 2001, Berlin: edition sigma 2001, S. 169–194

Sonstige Veröffentlichungen

Andersson, Fredrik, Kai A. Konrad, Human Capital Investment and Globalization in Extortionary States, Bonn: IZA Discussion Papers 239, 2001, 21 S.

Fleischer, Manfred, „New Chemicals Regulation: Lessons from the US and Japan", in: Chemical Awareness, NGO News Letter on European Chemicals Policy, No. 15, 2001, S. 6–7

Fleischer, Manfred, „Zwischen Innovation und Regulation", in: chemie report, Heft 6/7, Juli 2001, S. 24–28

Fleischer, Manfred, Sabine Kelm, Deborah Palm, Regulation and Innovation in the Chemical Industry, Sevilla: Institute for Prospective Technological Studies (IPTS), Publication EUR 19735 EN, 2000, 200 S. (ftp://ftp.jrc.es/pub/EURdoc/eur19735en.pdf)

Huck, Steffen, Kai A. Konrad, Wieland Müller, Profitable Horizontal Mergers without Cost Advantages: The Role of Internal Organization, Information, and Market Structure, München: Center for Economic Studies, Working Paper, 2001, 12 S.

Konrad, Kai A., Repeated Expropriation Contests and Foreign Direct Investment, London: CEPR Discussion Paper 2695, 2001, 20 S.

Discussion papers 2000

FS IV 00-01
Justus Haucap, Uwe Pauly, Christian Wey, Collective Wage Setting When Wages Are Generally Binding: An Antitrust Perspective, 26 S.

FS IV 00-02
Stephanie Aubert, Andreas Stephan, Regionale Infrastrukturpolitik und ihre Auswirkung auf die Produktivität: Ein Vergleich von Deutschland und Frankreich, 32 S.

FS IV 00-03
Achim Kemmerling, Andreas Stephan, Political Economy of Infrastructure Investment Allocation: Evidence from a Panel of Large German Cities, 28 S.

FS IV 00-04
Andreas Blume, Asher Tishler, Security Needs and the Performance of the Defense Industry, 48 S.

FS IV 00-05
Tomaso Duso, Who Decides to Regulate? Lobbying Activity in the U.S. Cellular Industry, 39 S.

FS IV 00-06
Paul Heidhues, Johan Lagerlöf, Hiding Information in Electoral Competition, 49 S.

FS IV 00-07
Andreas Moerke, Ulrike Görtzen, Rita Zobel, Grundlegende methodische Überlegungen zur mikroökonomischen Forschung mit japanischen Unternehmensdaten, 34 S.

FS IV 00-08
Rabah Amir, Market Structure, Scale Economies, and Industry Performance, 30 S.

FS IV 00-09
Lars-Hendrik Röller, Johan Stennek, Frank Verboven, Efficiency Gains from Mergers, 134 S.

FS IV 00-10
Horst Albach, Ulrike Görtzen, Tobias Miarka, Andreas Moerke, Thomas Westphal, Rita Zobel, Documentation of the Kaisha-

Database – The Annual Accounts Database of Japanese Stock Companies 1970–1999; With a detailed Glossary of Japanese Accounting Terminology, 110 S.

FS IV 00-11
Paul Heidhues, Employer's Associations, Industry-wide Unions, and Competition, 41 S.

FS IV 00-12
Roman Inderst, Christian Wey, Market Structure, Bargaining, and Technology Choice, 28 S.

FS IV 00-13
Michael R. Baye, Dan Kovenock, Casper G. de Vries, Comparative Analysis of Litigation Systems: An Auction-Theoretic Approach, 37 S.

FS IV 00-14
Damien J. Neven, Lars-Hendrik Röller, The Scope of Conflict in International Merger Control, 18 S.

FS IV 00-15
Damien J. Neven, Lars-Hendrik Röller, Consumer Surplus vs. Welfare Standard in a Political Economy Model of Merger Control, 27 S.

FS IV 00-16
Jos Jansen, Coexistence of Strategic Vertical Separation and Integration, 14 S.

FS IV 00-17
Johan Lagerlöf, Policy-Motivated Candidates, Noisy Platforms, and Non-Robustness, 28 S.

FS IV 00-18
Pierre Mohnen, Lars-Hendrik Röller, Complementarities in Innovation Policy, 29 S.

FS IV 00-19
Rainer Nitsche, Incentives to Grow: Multimarket Firms and Predation, 37 S.

FS IV 00-20
Andreas Stephan, The Contribution of Transport and Human Capital Infrastructure to Local Private Production: A Partial Adjustment Approach, 17 S.

FS IV 00-21
Wouter Dessein, Network Competition with Heterogeneous Calling Patterns, 34 S.

FS IV 00-22
Wouter Dessein, Network Competition in Nonlinear Pricing, 35 S.

FS IV 00-23
Mathias Dewatripont, Patrick Legros, Mergers in Emerging Markets with Network Externalities: The Case of Telecoms, 11 S.

Discussion papers 2001

FS IV 01-01
Fredrik Andersson, Kai A. Konrad, Globalization and Human Capital Formation, 19 Seiten

FS IV 01-02
Andreas Stephan, Regional Infrastructure Policy and its Impact on Productivity: A Comparison of Germany and France, 36 S.

FS IV 01-03
Tomaso Duso, Lobbying and Regulation in a Political Economy: Evidence from the US Cellular Industry, 43 S.

FS IV 01-04
Steffen Huck, Kai A. Konrad, Wieland Müller, Merger and Collusion in Contests, 16 S.

FS IV 01-05
Steffen Huck, Kai A. Konrad, Wieland Müller, Profitable Horizontal Mergers without Cost Advantages: The Role of Internal Organization, Information, and Market Structure, 13 S.

FS IV 01-06
Jos Jansen, Strategic Information Revelation and Revenue Sharing in an R&D Race, 48 Seiten [A revision of FS IV 99-11]

FS IV 01-07
Astrid Jung, Are Product Innovation and Flexible Technology Complements?, 44 S.

FS IV 01-08
Jonas Björnerstedt, Johan Stennek, Bilateral Oligopoly, 41 S.

FS IV 01-09
Manfred Fleischer, Regulierungswettbewerb und Innovation in der chemischen Industrie, 36 S.

FS IV 01-10
Karl Wärneryd, Rent, Risk, and Replication – Preference Adaptation in Winner-Take-All Markets, 28 S.

FS IV 01-11
Karl Wärneryd, Information in Conflicts, 20 Seiten

FS IV 01-12
Steffen Huck, Kai A. Konrad, Merger Profitability and Trade Policy, 20 S.

FS IV 01-13
Michal Grajek, Gender Pay Gap in Poland, 17 S.

FS IV 01-14
Achim Kemmerling, Andreas Stephan, The Contribution of Local Public Infrastructure to Private Productivity and its Political-Economy: Evidence from a Panel of Large German Cities, 25 S.

FS IV 01-15
Suchan Chae, Paul Heidhues, Nash Bargaining Solution with Coalitions and The Joint Bargaining Paradox, 28 S.

FS IV 01-16
Kai A. Konrad, Harald Künemund, Kjell Erik Lommerud, Julio R. Robledo, Geography of the Family, 37 S.

FS IV 01-17
Tomaso Duso, Lars-Hendrik Röller, Towards a Political Economy of Industrial Organization: Empirical Regularities from Deregulation, 15 S.

FS IV 01-18
Kai A. Konrad, Investment in the Absence of Property Rights: the Role of Incumbency Advantages, 20 S.

FS IV 01-19
Roman Inderst, Christian Wey, Bargaining, Mergers, and Technology Choice in Bilaterally Oligopolistic Industries, 34 S.

FS IV 01-20
Kai A. Konrad, Helmut Seitz, Fiscal Federalism and Risk Sharing in Germany: the Role of Size Differences, 20 S.

FS IV 01-21
Klaus Gugler, Dennis C. Mueller, B. Burcin Yurtoglu, Christine Zulehner, The Effects of Mergers: An International Comparison, 31 Seiten

FS IV 01-22
Kjell Erik Lommerud, Odd Rune Straume, Lars Sørgard, Downstream Merger with Oligopolistic Input Suppliers, 25 S.

FS IV 01-23
Andreas Blume, Paul Heidhues, Tacit Collusion in Repeated Auctions, 52 S.

FS IV 01-24
Roman Inderst, Christian Wey, The Incentives for Takeover in Oligopoly, 39 S.

FS IV 01-25
Klaus Gugler, Dennis C. Mueller, B. Burcin Yurtoglu, Corporate Governance, Capital Market Discipline and the Returns on Investment, 49 S.

FS IV 01-26
Sven-Olof Fridolfsson, Johan Stennek, Why Mergers Reduce Profits and Raise Share Prices, 36 S.

Sachregister

Abtreibung 140
Afghanistan 192
Aids 181
Albanien 117
Alexander von Humboldt-Stiftung 56, 137
Anglo-German Foundation 48, 69
Armut 127, 128, 130, 180
Australien 119
Auswärtiges Amt 22, 108
Automobil, -industrie 52, 85, 90, 96

Banken 65, 71, 74
Beirat des WZB 13, 16, 17, 208
Belgien 62, 119, 174, 190
Berlin 7, 8, 12, 24, 32, 48, 56, 144, 197, 198
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 28, 175
Betriebsrat des WZB 208
Bibliothek des WZB 40, 209, 210
Bildungspolitik 156
Biotechnologie 99
Bosnien-Herzegowina 117
Brandenburg (Land) 55
Bulgarien 131, 187
Bundesanstalt für Arbeit 53
Bundesarchiv 55
Bundesbank 72
Bundeskanzleramt 25, 36
Bundesministerium der Finanzen 149
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 55
Bundesministerium für Bildung und Forschung 18, 24, 26, 34, 36, 37, 39, 49, 52, 76, 93, 96, 174, 178, 180, 182
Bundesministerium für Gesundheit 178
Bundesrechnungshof 40
Bundestagswahlen 115, 147
Bundeszentrale für politische Bildung 127
Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung 38

Centre Marc Bloch 211
Chemische Industrie 161, 182
China 75, 81, 83, 185, 188
Choice Mobilitätsproviding GmbH 37, 84

Dänemark 47, 52, 79, 141, 190
Deutsche Bahn AG 37, 86
Deutsche Forschungsgemeinschaft 18, 35, 39, 55, 67, 75, 77, 92, 106, 113, 115, 117, 121, 123, 139, 146, 148, 152, 166, 197
Deutsche Gesellschaft für Soziologie 33
Deutsche Stiftung Friedensforschung 194
Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft 33
Deutscher Bundestag 108, 132
Deutscher Gewerkschaftsbund 174
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung 77, 95, 128, 135, 150, 215, 232, 235
Dienstleistungen 48, 51, 57, 58, 63, 94, 165, 182
Dritter Sektor 132
Drittmittel 14, 18, 36, 75, 110, 113, 135, 152, 178

Einzelhandel 51, 57, 66, 164
Eliten 121, 195
Erhebung des WZB 13, 18
Europäische Kommission 26, 52, 56, 60, 69, 82, 105, 113, 119, 141, 145, 146, 152, 163, 187, 190
Europäische Union 26, 27, 28, 29, 39, 43, 44, 54, 59, 76, 92, 98, 99, 105, 114, 117, 119, 121, 128, 132, 136, 141, 170, 174, 196
Europäische Zentralbank 72
European Science Foundation 146

Familie 158
Filmindustrie 200
Finnland 50, 51, 54, 119
Frankreich 27, 47, 51, 55, 56, 71, 92, 119, 141, 142, 179
Frauen, -förderung 19, 23, 45, 48, 55, 64, 150, 176, 180, 191, 205, 208
Fraunhofer-Gesellschaft 93, 102, 103
Freie Universität Berlin 13, 15, 16, 22, 29, 56, 76, 78, 102, 110, 111, 140, 144, 149, 150, 151
Fremdenfeindlichkeit 142
Friedrich-Ebert-Stiftung 76, 82, 94, 131
Fritz Thyssen Stiftung 113, 118, 128, 130, 135, 184

Gastwissenschaftler 21, 22, 35, 44, 56, 66, 110, 134, 151, 190
Gentechnik 106
German Israeli Foundation 144, 147
German Marshall Fund of the United States 44
Gesetzliche Krankenversicherung 161, 179, 183
Gesundheitswesen 52, 56, 132, 160, 177, 182
Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung 76, 77, 80
Griechenland 129
Großbritannien 21, 22, 47, 48, 50, 51, 65, 66, 67, 69, 72, 75, 92, 110, 130, 134, 138, 141, 142, 143, 179
Großstadt-Dokumente 197

Hans-Böckler-Stiftung 53, 56, 70, 71, 76, 77, 94, 95, 103, 145, 174, 178, 182
Haushalt des WZB 35
Heinrich-Böll-Stiftung 76, 106, 145
Humanitäre Hilfe 193
Humboldt-Universität zu Berlin 13, 21, 22, 56, 67, 145, 150, 152

Indien 204
Informationstechnologie 50, 52, 90, 173
Internet 29, 31, 40, 81, 86, 98, 100, 103, 128, 131
Irak 192
Irland 50, 51, 129, 130, 141
Israel 120, 144, 147
Italien 56, 67, 69, 92, 124, 129, 141, 144, 179

Jahrbücher des WZB 19, 32, 142, 148, 149, 175
Japan 22, 47, 75, 88, 161
Jugoslawien 22, 28, 117

Kanada 50, 119
Karl W. Deutsch-Gastprofessur 21
Kolloquien 23, 211
Konferenzen 76, 116, 131, 134, 137, 140, 145, 149, 151, 174, 178, 187, 190
Kosten- und Leistungsrechnung 38
Kulturwissenschaften 148
Kuratorium des WZB 12, 17, 75, 207, 209

Litauen 118
Logistik 57, 59

Maschinenbau 172
Max-Planck-Institute 22, 71
Mazedonien 117, 192
Medien 29, 102, 138, 142, 144
Mexiko 22
Migration 136, 141, 155
Moldawien 117

Nachhaltigkeit 96
Nachwuchsförderung 23
Nationaler Ethikrat 79, 100
Netzwerkorganisation 94, 103, 105, 164
Nichtregierungsorganisationen 204
Niederlande 22, 27, 47, 50, 51, 52, 110, 119, 141, 142, 143
Niederländische Stiftung für wissenschaftliche Forschung 143
Nordkorea 194
Norwegen 92, 149

OECD 49, 50, 52, 73, 74, 93, 111, 119, 120, 164, 191
Öffentlichkeit 135, 138, 139, 141, 145, 205
Öffentlichkeitsarbeit 13, 15, 23, 29, 75, 139
Öko-Institut 106, 109
Ombudsperson 18
Ostdeutschland 27, 56, 120, 126, 131, 132, 134, 136, 187, 189
Österreich 47, 52, 119, 124, 129, 133, 198
Osteuropa 27, 114, 117, 118, 120, 121, 130
Otto-Brenner-Stiftung 145

Pakistan 151, 173
Parteien 120
Polen 27, 28, 78, 131, 133, 187, 195
Portugal 129
Pour le mérite 150
Proteste 137, 142

Querschnittsgruppen 19, 77, 95, 96, 174

Rat für Nachhaltige Entwicklung 25, 36, 40
Robert-Bosch-Stiftung 133, 134
Ruanda 192
Rumänien 27, 187, 190
Rußland 67, 118, 136, 144, 188

Schweden 22, 27, 47, 50, 51, 53, 110, 124, 129, 130, 195
Schweiz 21, 22, 75, 124, 129, 141, 142, 143, 146, 179
Slowakische Republik 27, 131, 133
Slowenien 118, 124, 129, 130, 131
Somalia 192
Sozialbilanzierung 88
Spanien 124, 129, 130, 137, 141, 190
Statistisches Bundesamt 50, 101, 123, 127, 248
Südafrika 129
Süd-Korea 111, 124, 129

Tamaki-Foundation 71
Technische Universität Berlin 13, 22, 77, 78, 80, 151
Telekommunikation 164, 168
Themenparks 88
Transformation 96, 126, 131, 148, 184, 189, 195
Tschechische Republik 27, 67, 96, 110, 131, 133, 187, 190
Tschechoslowakei 78
Tschetschenien 192
Türkei 124, 129, 130, 144

Ukraine 27
Umweltbundesamt 76
Umweltfragen 101, 107, 117, 123, 128, 130, 132, 137, 161, 205
Ungarn 27, 28, 124, 129, 130, 131, 133, 135, 187, 190
Unternehmensberatung 64, 81
U.S.A. 22, 30, 44, 47, 50, 54, 56, 66, 71, 72, 75, 79, 81, 99, 110, 119, 134, 136, 137, 139, 140, 161, 170, 173, 179, 182, 183, 195, 201

Verein der Freunde und Förderer des WZB 23, 29, 212
Verein Deutscher Ingenieure 50
Vereinte Nationen 22, 100, 107, 108, 109
Verkehrspolitik 60
Verkehrssoziologie 86
Vietnam 185, 188, 189, 190
Volkswagen AG 96
Volkswagen-Stiftung 27, 59, 75, 76, 82, 117, 131, 135, 151, 152, 188

Weiterbildung 39, 50
Weltgesundheitsorganisation 181
Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 25, 40
Wissenschaftlicher Rat des WZB 13, 14, 17, 23, 208, 209
Wissenschaftsforschung 24
Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz 7, 18, 19, 24, 38, 41
Wissenschaftsrat 16, 24
Wohnverhältnisse 133
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie 77, 95, 215, 232, 235
WZB abstracts 31
WZB-Bücher 14, 32
WZB-Foren 23, 29, 212
WZB-Forschung 31
WZB-Mitteilungen 14, 31

Zeitmanagement 95
Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung 146, 147
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung 149
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen 125, 128
Zivilgesellschaft 21, 26, 132, 192, 202

Personenregister

Abels, Gabriele 32, 229
Abelshauser, Werner 212
Abromeit, Heidrun 145
Acker, Joan 211
Adamski, Wladyslaw 27, 131
Adoni, Hanna 144
Ahlert, Christian 229
Aizu, Isumi 229
Albach, Horst 16, 149, 150, 256
Alber, Jens 10, 17
Albert, Roland 219
Albrecht, Christoph 47, 55, 68
Alemann, Ulrich von 212
Alexis, Marcus 32, 229
Alfonso, Carlos 229
Allmendinger, Jutta 17
Altner, Günter 76, 108, 239
Amable, Bruno 228
Amir, Rabah 151, 256
Andersson, Fredrik 156, 256, 257
Andorka, Rudolf 135
Angenendt, Steffen 219
Anheier, Helmut K. 132, 248, 249
Annerstedt, Jan 190
Anxo, Dominique 222, 225
Appelbaum, Eileen 13, 208
Arandarenko, Mihail 28
Arian, Asher 147
Arnkil, Robert 53, 225
Arzt, Margret 187
Ashu, Lambert 47
Aubert, Stephanie 165, 256
Aulanko, Emma 101

Bab, Julius 200, 201
Bader, Emil 198
Baer, Karl 200
Bahn, Christopher 59, 67, 225, 226
Bährend, Jana 37, 210
Bär, Gesine 197, 221
Bara, Judith 120, 244
Barben, Daniel 32, 229
Barlösius, Eva 33, 179, 180, 184, 215, 216
Barmbold, Jens 172, 255
Barsch, Petra 107
Bartolini, Stefano 146, 212
Barufke, Gitta 214
Bauer-Kaase, Petra 254
Bäuerle, Corinna 83
Baye, Michael R. 257
Becher, Romy 37, 210
Beck, Ulrich 146
Becker, Rolf 225
Behrenz, Lars 53
Behrmann, Ingrid 91
Bekele, Getachew 165
Bell, Annekathrin 165
Beloussov, Alexander 113
Belzer, Michael H. 211
Benedick, Richard E. 22, 239, 242, 243
Beneshy, Haskel 79
Berger, Maria 144
Berger, Suzanne 44
Berghahn, Sabine 22, 56, 225
Berglund, Sten 110
Berman, Jerry 229
Bernhard, Georg 200
Berthoin Antal, Ariane 13, 32, 33, 77, 78, 81, 82, 83, 84, 207, 216, 229, 230, 232
Bertram, Christoph 29, 212
Beutler, Felix 83
Beyme, Klaus von 29, 30, 212
Biedenkopf, Kurt 23, 29, 30, 212
Biermann, Frank 78, 239, 241, 242, 243
Bierter, Willy 214
Biesecker, Adelheid 214
Biles, B. 217
Björnerstedt, Jonas 257
Bjurek, Hans 225
Blank, Rebecca M. 211
Bleses, Peter 214
Bloch, Kinga 155
Block, Yasemin 193
Blossfeld, Hans-Peter 17
Blume, Andreas 22, 151, 256, 257
Bock, Yasemin 193
Bohle, Dorothee 59, 226
Böhling, Kathrin 83, 232
Böhm, Nicole 107
Böhnke, Petra 123, 125, 127, 128, 130, 134, 248, 249, 250, 251
Boltanski, Luc 211
Bonge, Nina 155
Bonitz, Manfred 235, 238
Bora, Alfons 235
Borchert, Udo 33, 208
Bormann, Sarah 91
Bothfeld, Silke 47, 54, 55, 222
Bourdeau, Philippe 241
Bracht, Jürgen 151
Brandl, Sebastian 91, 174
Brandt, Thomas 155
Braun, Bernard 216
Bräuninger, Silke 91
Brecke, Peter 220
Brettschneider, Frank 115, 244
Breyer, Nicole 47, 225
Brodhun, Brigitte 37
Bronner, Uta 193, 194
Brown, E.R. 217
Bruchhaus, Jürgen 39
Bruckner, Eberhard 101, 106
Brühl, Tanja 243
Brzinsky, Christian 47
Buchholz, Eva 155
Buchmann, Marlis 13, 208
Budde, Gunilla-Friederike 202, 203
Budge, Ian 120, 244
Buhr, Regina 83, 230
Bulmahn, Thomas 123, 125, 248, 249, 250
Burchardt, Susann 136, 251
Burgess, Ernest W. 201
Buschan, Georg 201

Canzler, Weert 76, 83, 208, 209, 230, 232
Caspar, Jürgen 91
Casper, Steven 68, 69, 71, 227, 228
Caspi, Dan 144
Casquete, Jesus 137
Catenhusen, Wolf-Michael 12, 30, 207, 209, 212
Cebrián, Inmaculada 33, 43, 222, 223
Chae, Suchan 167, 257
Child, John 33, 81, 229
Chojnacki, Sven 193, 194, 219, 220
Christopherson, Susan 22
Cohen, Akiba 144
Conrad, Christoph 213
Corteel, Delphine 228
Courtney, Rob 229
Crouch, Colin 56
Cupok, Uta 214
Cusack, Thomas R. 9, 17, 20, 44, 68, 71, 73, 113, 121, 209, 228, 246
Czarniawska, Barbara 197, 221
Czempiel, Ernst-Otto 192
Czerkewski, Jutta 83

Dabrowski, Marzena 37, 210
Daele, Wolfgang van den 10, 20, 30, 79, 100, 101, 208, 209, 212, 235, 236, 237
Daheim, Claudia 137
Dahrendorf, Lord Ralf 23, 24, 31, 211
Dathe, Dietmar 32, 47, 48, 56, 222, 223, 224, 225
Davidson, Alan 229
Degen, Christel 215

Delhey, Jan 125, 127, 128, 129, 130, 134, 248, 249, 250
Deniz, Alev 59, 227
Dessein, Wouter 257
Deth, Jan van 115, 146, 244
Deutsch, Karl W. 195
Deutsch-German, Alfred 200
Dewatripont, Mathias 257
Dickscheit, Xenia 165
Diderichsen, F. 217
Didry, Claude 229, 232
Dienel, Hans-Liudger 231
Dierkes, Meinolf 10, 16, 20, 25, 32, 33, 77, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 208, 209, 229, 230, 232
Dieter, Hermann H. 213, 243
Diez, Willi 231
Döbert, Rainer 100, 101, 236
Dohle, Marion 226
Dörr, Gerlinde 91, 97, 232, 235
Dörrenbächer, Christoph 33, 59, 67, 225, 226, 227, 232
Draheim, Andy 229
Dreher, Jochen 52
Drews, Andreas 236
Dreyer, Monika 37, 210
Drüke, Helmut 232
Dubois, Isa 27
Dubois-Arber, Françoise 218
Ducatel, Ken 220
Dunn, Christa 37
Durkheim, Emile 201
Duso, Tomaso 150, 163, 165, 169, 170, 256, 257
Dutfield, Graham 238
Duyvené de Wit, Thom 143, 251
Dzidonu, Clement 229

Ebeling, Werner 236
Eberling, Matthias 91
Eberts, Randall W. 53
Eberwein, Wolf-Dieter 9, 20, 29, 100, 193, 194, 195, 196, 209, 212, 219, 220, 248
Echeberría, Raúl 229
Ecker-Ehrhardt, Matthias 195, 196, 219, 220
Edel, Edmund 200
Eder, Klaus 145, 146, 212
Eggebrecht, Marie-Antoinette 155
Eigen, Peter 212
Eilders, Christiane 137, 138, 139, 251, 252, 254
Einem, Eberhard von 224
Eisend, Martin 137
Elkeles, Thomas 216
Elwert, Georg 30, 31
Engel, Christoph 211
Engelhardt, Lutz 71
Engelmann, Christopher 223
Erbe, Jessica 137, 141
Erdil, Oguz 37
Estevez-Abe, Margarita 228
Esty, Daniel C. 242
Eszes, Eva 165

Faaland, Just 241
Faber, Bianca 165
Faensen, Simeon 39
Fagan, Colette 48, 223
Fahrenholz, Anja 59
Fahrenkrog, Gustavo 220
Falter, Jürgen W. 245
Federowicz, Michal 27
Fels, Gerhard 223, 224
Feng, Hengyi 235
Fichtenau, Katharina 199
Fichter, Klaus 214
Fichter, Michael 226
Fielk, Nicola 27
Fietkau, Hans-Joachim 32, 100, 101, 102, 208, 235, 236
Fischer, Frank 231
Flaschenträger, Pia 248
Flechtner, Stefanie 225
Fleischer, Manfred 155, 161, 162, 256, 257
Flickschu, Jan 39, 210
Flieger, Burghard 215
Flierl, Thomas 12, 207, 209
Foltys, Helga 37
Fording, Richard C. 244
Frank, Sybille 113, 147
Franke, Sassa 77, 83, 86, 229, 231, 232
Freihoff, Brigitte 59
Freund, Rosa Lou 39
Frick, Siegfried 231
Fridolfsson, Sven-Olof 258
Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 150
Froud, Julie 211, 235
Fuchs, Dieter 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 119, 244, 245, 247
Fuchs, Susanne 113
Fujimura, Noriko 155

Gaber, Rusanna 113, 117, 119, 245
Gabriel, Jürgen 222
Gabriel, Oscar W. 115, 245
Gaethgens, Peter 13, 207
Galonska, Christian 137, 144
Gamson, William A. 140
Gangl, Markus 47, 54, 223
Gantumur, Tseveen 165
Gatti, Donatella 71, 228
Geene, Raimund 218
Gegner, Martin 83
Geiling, Heiko 145, 146, 251
Geißel, Brigitte 236
Genov, Nikolai 28
Geray, Max 214
Gerhards, Jürgen 140, 145, 251
Gerlach, Ursula 125
Gerlinger, Thomas 179, 184, 215, 216
Geßner, Anke 23, 39, 208
Gillwald, Katrin 125, 214
Glaeser, Bernhard 78, 101, 236, 237, 238, 239
Gläser, Jochen 190
Glazer, Amihai 151
Glock, Gebhard 91
Glotz, Peter 23
Goetz, Adolf 200
Goldman, Guido 30, 212
Göll, Eberhard 239
Göpfert, Winfried 29, 213
Gordon, David 130
Gordon, Thomas F. 237
Görtzen, Ulrike 150, 155, 255, 256
Gottfried, Heidi 225
Götze, Catherine 193, 194, 219
Graevenitz, Georg von 71, 228
Grajek, Michal 257
Grande, Edgar 146
Grasow, Susanne 47
Greven, Thomas 232, 234
Griepentrog, Nicole 210
Grote, Claudia von 229, 231
Gruber, Birgit 33
Gugler, Klaus 151, 157, 164, 257, 258
Gülker, Silke 222, 223

Haak, Carroll 47, 49, 223, 224
Habich, Roland 125, 127, 128, 130, 248, 249, 250
Haftendorn, Helga 30, 212
Hagedorn, Hans 237, 238, 239
Hahn, Birgit 27
Hahn, Ekhart 78
Hahn, Sang-Won 111
Hall, Bronwyn 22
Hall, Peter A. 33, 44, 227, 228
Halleröd, Björn 130
Hallmann, Thorsten 250
Hancké, Bob 71, 72, 73, 228
Hänsch, Susanne 37, 210
Harfst, Philipp 113, 247
Harrington, John A. 218
Harsanyi, John C. 167
Harshberger, Scott 229
Hartmann, Christel 47
Hartung, Klaus 30, 31
Hartwig, Christa 101
Hasenöhrl, Ute 202, 203
Haslam, Colin 235
Hasselmeier, Britta 39
Haucap, Justus 151, 168, 171, 172, 255, 256
Hauff, Volker 29, 30, 212
Hausen, Karin 13, 208
Hayem, Judith 228
Hearl, Derek J. 244
Hecker, Hans-Joachim 37
Hedberg, Bo 32, 229
Heidhues, Paul 163, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 256, 257
Heine, Michael 224

Heinemann, Bernd 83
Heintz, Bettina 13, 208
Heinze, Rolf 223, 224
Heiskel, Harald 215
Heitmann, Thomas 222
Hellwig, Martin 13, 208
Helm, Carsten 239, 241, 242
Helmers, Sabine 232
Henseling, Christine 243
Henseling, Karl Otto 243
Herbolzheimer, Emilio 230
Herdt, Jürgen 215
Herrmann, Markus 215
Herschmann, Otto 198, 200
Hess, Vera 37
Hesse, Geneviève 215
Heuer, Hans 224
Heuss, Theodor 150
Hielscher, Volker 233, 235
Hien, Wolfgang 214
Hilbert, Christoph 47, 222, 223
Hilbert, Josef 214
Hildebrandt, Eckart 77, 91, 174, 215, 232, 233
Hildebrandt, Hans-Joachim 113
Hildebrandt, Swen 225
Hillmann, Felicitas 59
Hilzinger, Heidi 15, 33
Hinricher, Lioba 215
Hinrichs, Wilhelm 125, 127, 133, 134, 248, 249, 250
Hirono, Ryokichi 241
Hirschfeld, Karin 233
Hirschfeld, Magnus 200
Hoche, Heiko 91, 155
Hocke, Peter 137, 251
Hofferbert, Richard I. 114, 118, 245, 247
Hoffmann, Aline 83
Hoffmann, Dierk 224
Hoffmann, Hasso 175
Hoffmann, Ute 83, 88, 231, 232
Hofmann, Bernd 239
Hofmann, Gunter 30, 212
Hofmann, Hasso 211
Hofmann, Jeanette 83, 88, 229, 231, 232
Höhne, Jutta 208
Höhne, Silvia 39, 202
Hollingsworth, J. Rogers 17, 211
Holter, Helmut 55
Holzer, Jerzy 13, 208
Holzinger, Katharina 237
Horstmann, Jutta 39, 113
Horvath, Istvan 37, 210
Horwitz, Matthias 197, 221
Hüchtker, Ingrid 15, 32, 33
Huck, Steffen 157, 255, 256, 257
Hüner, Andreas 91
Hünerbein, Birgit 39
Hungeling, Germanus 215
Huppes, Gjalt 243
Huschka, Denis 111, 125
Husingen, Ursula 39
Huyen, Pham 190
Hyan, Hans 200
Hård, Mikael 231, 232

Ihori, Toshihiro 151
Imfeld, Al 239
Immergut, Ellen M. 211
Inderst, Roman 164, 257, 258
Inglehart, Ronald 22, 117, 118, 245, 247
Isensee, Josef 175, 211
Iversen, Torben 73, 227, 228

Jackson, Gregory 228
Jacob, Klaus 238
Jacobsen, Heike 22
Jæger, Tørris 220
Jänicke, Martin 235, 237, 238
Jansen, Jos 151, 163, 165, 166, 171, 172, 255, 257
Jäschke-Werthmann, Bärbel 235
Jazbinsek, Dietmar 197, 198, 199, 200, 201, 221
Jean, François 220
Joerges, Bernward 9, 20, 197, 199, 209, 221
Johal, Sukhdev 235
Johannesson, Jan 22, 225
Johnson, Scott Albert 229
Jones, Larry 79
Jordan, Susanne 179, 215, 219
Jörgens, Helge 237, 238
Jowell, Roger 146
Jung, Astrid 150, 165, 171, 172, 257
Juranek, Natalie 78, 101, 236
Jürgens, Ulrich 9, 20, 25, 76, 79, 91, 208, 209, 232, 233, 234, 235

Kaase, Max 110, 113, 115, 140, 146, 147, 148, 244, 245, 251, 254
Kädtler, Jürgen 215
Kaiser, Karl 30, 31, 219
Kalk, Guido 37, 210
Kalk, Karin 37
Kang, Myungkoo 229
Karl, Astrid 83, 231
Karmeshu 236
Kasarda, John 79
Kasten, Gabriele 228
Katz, Elihu 147
Kaulisch, Marc 59
Keane, John 21
Kelleh, Heidrun 37, 210
Kelley-Bibra, Mary 101
Kelm, Sabine 155, 161, 256
Kemmerling, Achim 165, 225, 256, 257
Kemter, Ina 37, 210
Kepper, Andreas 37, 210
Kerlen, Christiane 81, 83
Kermani, Navid 30, 31
Kern, Kristine 101, 103, 235, 236, 237, 238
Kerski, Basil 195, 196, 219, 220
Kessel, Tanja 232, 235
Kettler, Hannah 69
Kettner, Matthias 237
Kielhorn, Achim 113, 121, 122
Kielmansegg, Peter Graf 13, 208
Kim, Hee Min 244
Kirchner, Christian 211
Kissling-Näf, Ingrid 238
Klein, Ansgar 145, 146, 251
Klein-Hitpaß, Anne 83
Klingemann, Hans-Dieter 9, 17, 19, 20, 25, 32, 110, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 147, 208, 209, 213, 244, 245, 247, 251, 254
Klocke, Andreas 250
Kluge, Norbert 228
Knie, Andreas 78, 83, 230, 231, 232
Kocka, Jürgen 5, 9, 13, 15, 16, 17, 20, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 79, 202, 203, 208, 209, 212, 213, 222
Köhler, Barbara Maria 179, 215, 216
Köhler, Ilona 71
Köhler, Tobias 137
Kollande, Dagmar 101, 199, 208
Kolodzi, Madelaine 83
Koning, Jaap de 33, 43, 222, 223
Konrad, Kai A. 10, 16, 20, 25, 30, 149, 150, 152, 155, 156, 157, 158, 208, 209, 212, 255, 256, 257
Koopmans, Ruud 9, 20, 110, 137, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 209, 251, 252
Kovenock, Dan 257
Kraetsch, Clemens 18, 27, 208
Krähmer, Daniel 155, 159, 208
Krause, Peter 127, 248, 250
Krebsbach-Gnath, Camilla 82, 84, 229, 230
Kreibich, Rolf 239
Kremser, Dietmar 37, 210
Kriesi, Hanspeter 16, 21, 22, 113, 145, 146, 212, 252, 254
Krimmer, Holger 125
Krohn, Wolfgang 237
Krüger, Sabine 214
Krumnow, Gisela 37
Krupavičius, Algis 244
Kruppe, Thomas 225
Kuhlmann, Ellen 32, 213, 214, 232, 235
Kühn, Hagen 9, 20, 177, 179, 209, 216, 217, 218
Kühnel, Steffen 116, 245
Kuitto, Kati 113
Kull, Silke 47, 225
Kumlin, Staffan 247
Künemund, Harald 158, 257
Kuschminder, Diana 37, 210
Kutzler, Kurt 13, 78, 207

Lachat, Romain 245
Lagerlöf, Johan 165, 169, 170, 171, 255, 256, 257

Lahire, Bernard 211
Lallement, Michel 33, 43, 222, 223
Landfried, Christine 13, 207
Landmann, Ute 238
Lane, Christel 226
Lang, Jochen 91
Langehaneberg, Anne 37, 210
LaPalombara, Joseph 79
Laudel, Grit 190
Lauth, Hans-Joachim 244, 245
Lazic, Mladen 22, 28, 211
Lazonick, William 92
Ledwon, Martin 193
Legros, Patrick 257
Legutke, Annette 113, 118, 119, 244
Lehmbruch, Gerhard 30, 76, 212
Leinen, Jo 145
Leipert, Christian 239
Lengwiler, Martin 21, 211
Lenhardt, Uwe 179, 215, 216, 217, 218, 230
Lensing, Werner 12, 207
Lepsius, M. Rainer 148, 254
Leschke, Janine 47
Levin, Alan 229
Lietzmann, Hans J. 212, 213
Limmer, Ruth 250
Lio, Petra 91
Lippert, Inge 234
Lipset, Seymour Martin 110
Loeb, Moritz 199, 200
Löffelsend, Tina 101, 103, 238
Löffler, Kerstin 241, 243
Lommerud, Kjell Erik 151, 158, 255, 257
Lorentzen, Børge 232
Lorenz, Robert 197, 199
Löwen, Katrin 107
Löwenstein, Konstanza Prinzessin zu 137
Loycke, Christiane 165
Lübcke, Manfred 37, 210
Lubitsch, Ernst 200
Lück, Detlev 250
Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang 180, 215
Lüter, Albrecht 137, 251
Lüthje, Boy 234
Lutz, Burkart 22

Machonin, Pavel 27, 131, 146, 211, 250
Maczey, Susanne 39
Mader, Gerald 219
Maertins, Christian 83
Mahmood, Gunilla 37, 210
Mahmood, Talat 151, 165, 171, 172, 173, 255
Malerba, Franco 69
Manning, Stephan 47
Mansfeldová, Zdenka 110
Marcuse, Max 199, 200
Maresch, Oliver 47
Märker, Oliver 237, 238, 239
Marschalck, Peter 29, 212
Maruani, Margaret 211
Marx Ferree, Myra 140
Marz, Lutz 83, 88, 230, 231
Maschewsky, Werner 218
Matthies, Hildegard 19, 27, 32, 213, 214, 232, 235
Mau, Steffen 250
Mauch, Corine 238
Mazur, Amy 211
Mazurek, Brigitte 37, 209, 210
McDonald, Michael 244
Meiritz, Diana 37
Meißner, Heinz-Rudolf 33, 225, 234
Meißner, Rudolf 91
Melis, Charles 187
Melissas, Nicolas 151
Mendez, Silvia 244
Meske, Werner 9, 20, 187, 188, 209, 220
Mettler-von Meibom, Barbara 76, 108, 239
Meulemann, Heiner 115
Meumann, Roswitha 37, 210
Mewis, Hans 150, 171, 172, 255
Miarka, Tobias 155, 255, 256
Michelsen, Gerd 239
Miegel, Meinhard 13, 208
Miera, Frauke 226
Miheljak, Vlado 118, 244
Minzlaff, Hannelore 47
Mlynek, Jürgen 13, 207
Mochmann, Ekkehard 118, 147, 244
Moerke, Andreas 150, 155, 255, 256
Moers, Martin 218
Mohnen, Pierre 151, 172, 257
Möhrenschlager, Manfred 212
Moldaschl, Manfred 214
Mollenkopf, Heidrun 248
Morgan, Glenn 33, 225, 226, 227
Morschett, Silke 223
Mosley, Hugh 33, 43, 47, 53, 55, 222, 223, 225
Mosoni-Fried, Judith 190
Mouna, Gudrun 113
Mueller, Dennis C. 257, 258
Müller, Annika 155
Müller, Hans-Peter 33, 184, 215, 216
Müller, Kai-Uwe 32, 47, 48, 222, 225
Müller, Michael 242
Müller, Wieland 157, 255, 256, 257
Müller-König, Martina 37, 210
Münkler, Herfried 175, 211
Münster, Johannes 150, 155, 160
Münz, Rainer 13, 29, 208, 212
Murmann, J. Peter 151, 211
Mytzek, Ralf 47, 52, 225

Nait, Christine 187
Narewsky, Edith 91
Naschold, Frieder 9, 33, 76, 79, 89, 225, 232, 234
Nattrass, Kate 83
Nauenburg, Ricarda 125, 128
Naumann, Katrin 91, 234
Neidhardt, Friedhelm 5, 9, 13, 15, 16, 17, 18, 19, 21, 24, 25, 26, 27, 32, 76, 110, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 142, 175, 213, 244, 245, 251, 252, 253
Nelson, Julie A. 211
Nentwich, Claudia 83
Netjes, Catherine Eunice 110, 113
Neu, Claudia 216
Neubauer, Silke 255
Neugart, Michael 47, 49, 50, 222, 223, 224, 225
Neumann, Christiane 5, 15, 20, 24, 37, 208, 209, 210
Neumann, László 226
Neunhöffer, Gisela 67, 225, 226
Neven, Damien J. 163, 166, 170, 255, 256, 257
Neville, Mark 229
Newton, Kenneth 110, 118, 134, 244
Niederhafner, Stefan 101, 103
Niklasson, Harald 53
Nitsche, Rainer 163, 164, 165, 256, 257
Noack, Ursula 37, 209, 210
Noelle-Neumann, Elisabeth 147
Nölke, Andreas 220, 248
Noll, Heinz-Herbert 125, 127, 214, 248, 249
Nolte, Paul 222
Nonaka, Ikujiro 33, 81, 82, 229
Nowotny, Helga 13, 15, 17, 207
Nuscheler, Robert 155, 160
Nutzinger, Hans G. 211

Obermaier, Marion 125, 208
Offe, Claus 22, 30, 175, 211, 212
Olbrich, Rüdiger 242
Olden, Balder 200
Oltersdorf, Ulrich 179, 215, 216
Oppen, Maria 19, 32, 91, 176, 214, 232, 234, 235
O'Reilly, Jacqueline 33, 43, 47, 48, 55, 56, 222, 223, 225
Oschmiansky, Frank 47, 55, 225
Oschmiansky, Heidi 32, 47, 48, 49, 52, 222, 223, 224, 225
Osterholz, Uwe 22
Ostwald, Hans 197, 198, 199, 200, 201
O'Sullivan, Mary 92
Oswald, Richard 200
Ottens, Frank 37, 209, 210

Padmanabhan, Martina 59, 208, 227
Palm, Deborah 155, 161, 256
Papastefanou, Georg 179, 215, 216
Paradowska-Thimm, Anna Magdalena 155
Paridon, Kees van 211
Pascha, Werner 235
Paul, Gerd 39, 209, 210
Pauly, Uwe 168, 255, 256
Pawlowsky, Peter 32, 229
Peake, Adam 229

Peter, Horst 217
Peters, Katharina 197, 199, 221
Petersen, Markus 83
Pettenkofer, Andreas 238
Pfarr, Heide 223, 224
Pfetsch, Barbara 111, 137, 138, 139, 140, 142, 144, 148, 251, 252, 253, 254
Pichorner, Sylvia 59
Pickel, Gert 244, 245
Pickery, Jan 113
Pieper, Margit 37, 210
Pinell, Patrice 218
Piotrowski, Cornelia 27
Plehwe, Dieter 59, 208, 225, 226, 227
Plessen, Marie-Louise 30, 212
Pollner, Katarina 113, 208
Pontusson, Jonas 227
Poppenborg, Annika 237
Potthast, Jörg 197, 199, 221
Potz, Petra 67
Prange, Martin 214
Preuß, Ulrich K. 13, 175, 208, 211
Priller, Eckhard 32, 125, 127, 132, 133, 214, 220, 248, 249, 250
Pryor, Frederic L. 151
Purbs, Dankwart 39
Putnam, Robert 121
Pütter, Norbert 137

Quack, Sigrid 33, 59, 65, 225, 226, 227

Rabe, Birgitta 56, 224, 225
Rabe, Christian 76, 91
Rammler, Stephan 78, 83, 86, 229, 230, 231
Randeria, Shalini 202, 203, 222
Rattinger, Hans 115, 244
Reckless, Walter C. 201
Rees, Hannelore 179
Reichard, Christoph 79
Reichardt, Sven 30, 31, 202, 203, 208, 221, 222
Reichel, Katrin 37, 210
Reichel, Sarah 220
Reimann, Olaf W. 47, 165
Reindl, Stefan 231
Reinelt, Christel 83
Reiners, Hartmut 216
Reinsch, Karin 47
Reinsch, Torsten 239
Reissert, Bernd 224
Reiter, Renate 179
Renneke, Leo 33, 91, 225, 232, 234
Renz, Andrea 236
Rice, T. 217
Richter, Jürgen 33
Riedel, Christian 226
Rinderspacher, Jürgen P. 214
Rindfuß, Peter 39, 209, 210
Ripsas, Sven 214
Risse, Thomas 30, 212
Röbbecke, Martina 18, 27, 32, 208, 213
Roberts, Nancy C. 79
Robledo, Julio R. 151, 158, 257
Rodriguez, Eunice 56
Rogg, Arne 237
Röhr, Wolfgang 215
Rohrschneider, Robert 115, 245
Roller, Edeltraud 113, 114, 115, 117, 119, 208, 244, 245, 246
Röller, Lars-Hendrik 10, 16, 20, 21, 32, 68, 149, 150, 152, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 208, 209, 255, 256, 257
Römmele, Andrea 244, 245
Roose, Jochen 111, 137, 138, 253
Rosanvallon, Pierre 26
Rosenbrock, Rolf 9, 20, 177, 179, 209, 215, 216, 217, 218, 230
Röspel, René 217
Roth, Roland 138, 145, 251, 253
Rottenburg, Richard 197
Röttig, Katharina 39, 208
Rouault, Sophie 47, 49, 51, 223, 224
Rubery, Jill 223
Rucht, Dieter 13, 33, 100, 110, 111, 136, 137, 138, 140, 145, 207, 251, 252, 253
Rückert-John, Jana 214
Rudolph, Britta 215
Rudolph, Hedwig 10, 20, 25, 29, 59, 66, 208, 209, 212, 225, 227
Rüling, Anneli 215
Runge, Peter 193
Rupp, Joachim 91, 234, 235
Ruthner, Lena 141

Sablowski, Thomas 91, 234
Salamon, Lester M. 132, 249
Salecker, Elke 39
Salten, Felix 198, 199, 200
Samwer, Martina 165
Sander-Blanck, Martina 125
Schaefer, Nuria 110
Schaeffer, Doris 218
Schäfer, Hermann 214
Schäfer, Michael 22, 213
Schäfer, Samira 37, 210
Schäfers, Bernhard 110, 134, 248
Scharnhorst, Andrea 101, 235, 236, 237, 238
Scharpf, Fritz 15
Schattschneider, Jessica 83
Scheinert, Stephan 165
Scherf-Braune, Sandra 229
Scherrer, Christoph 78, 232, 234, 235
Scheuble-Wilker, Anne 37, 208, 210
Schindelmeiser, Bettina 37, 210
Schirmer, Carola 39
Schlecht, Tobias 137, 141
Schloms, Michael 220
Schluchter, Wolfgang 13, 207
Schlüter, Barbara 83
Schmid, Günther 10, 15, 20, 25, 32, 43, 47, 48, 49, 53, 55, 56, 208, 209, 222, 223, 224, 225
Schmidt, Eberhard 215, 232, 233
Schmidt, Gert 21, 22, 91
Schmidt, Manfred G. 13, 207, 208, 209
Schmidt, Nadine 110, 137
Schmidt, Rita 71
Schmidt-Wellenburg, Christian 141
Schmitt, Christian 250
Schmitt, Hermann 121, 247
Schnapp, Kai-Uwe 113, 119, 121, 246, 247
Schneider, Carsten 214
Schneider, Franka 203
Schneider, Maria-Luise 237, 238
Schneider, Marlies 101
Schneider, Nicole 19, 27
Schnettler, Sebastian 110
Scholl, Gerd U. 214
Schömann, Isabelle 47, 49, 51, 52, 223, 224, 225
Schömann, Klaus 47, 49, 52, 55, 222, 223, 224, 225
Schön, Christine 101, 106
Schönfeld, Stephan 155
Schophaus, Malte 238
Schröder, Gerhard 25, 26
Schröder, Heike 239
Schröder, Richard 12, 207
Schroeder, Wolfgang 120, 146, 212, 247
Schröter, Welf 214
Schuh, Thomas 37, 210
Schultz, Birgit 37, 83, 210
Schulz, Annett 125
Schulz, Manfred 239
Schulze Buschoff, Karin 214
Schumann, Michael 76
Schuppert, Gunnar Folke 13, 21, 175, 208
Schuster, Ursula 37, 210
Schüttpelz, Anne 59, 66, 67, 225, 227
Schütz, Holger 47, 53, 223, 225
Schwarzkopf, Ingrid 83
Seebohm, Sergius 101
Seiler, Achim 78, 100, 101, 236, 238
Seitz, Helmut 157, 257
Seligmann Silva, Edith 216
Sell, Katharina 39
Setbon, Michel 218
Shahla, Hossein 113, 116, 246
Shinn, Terry 197, 221
Sickles, Robin C. 255
Siebenhüner, Bernd 241
Siebert, Ralph 150, 163, 165, 166, 171, 255
Siegmund, Steffen 33, 184, 215, 216
Siemssen, Mairet 39
Simmel, Georg 16, 201
Simon, Dagmar 15, 18, 19, 24, 27, 32, 77, 176, 209, 213, 214, 232, 235
Simon, Dieter 13, 30, 207, 212
Simon, Don 229
Simon, Michael 215, 218
Simonis, Udo E. 20, 76, 79, 107, 108, 208, 209, 213, 239, 240, 241, 242, 243

Smith, Jackie 138
Söhn, Janina 125
Sol, Els 223
Sørgard, Lars 257
Soskice, David 9, 17, 25, 26, 33, 44, 68, 69, 71, 72, 73, 76, 211, 227, 228
Spangar, Timo 225
Spar, Deborah 21, 211
Speckesser, Stefan 223
Spéder, Zsolt 134, 250
Sperling-Meyer, Ilona 113
Spitzley, Helmut 232
Statham, Paul 142, 143, 251, 252
Stegmüller, Klaus 215, 216
Steinberg, Rudolf 211
Steiner, Helmut 213
Steinrücke, Margareta 232
Stelmacher, Kerstin 39
Stennek, Johan 151, 164, 256, 257, 258
Stephan, Andreas 166, 168, 255, 256, 257
Stickel, Gerhard 213
Stopford, John 32, 229
Storrie, Donald 22, 224, 225
Storz, Cornelia 235
Strachwitz, Rupert Graf 249
Straßheim, Holger 91, 235
Straume, Odd Rune 257
Streeck, Wolfgang 63, 64, 71, 223, 224
Stroo, Ilse 232
Stutzbach, Martin 231
Sühring, Regine 39
Suplie, Jessica 241
Süssmuth, Rita 23, 29, 212
Sztompka, Piotr 211, 213

Talonen, Markku 53
Tan, Kim 37, 210
Tanenbaum, Eric 120, 244
Tataroglu, Berke 83
Taylor, Charles L. 22, 118
Teele, Casey 83, 230
Teichert, Volker 214
Teipen, Christina 78, 91
Theilen-Kosch, Friederike 91
Theobald, Hildegard 52, 59, 227
Therborn, Göran 13, 17, 208
Thies, Ralf 197, 198, 199, 221
Thinh, Dang Duy 188, 190, 220
Thomas, William I. 201
Thurn, Georg 15, 26, 27, 213
Tishler, Asher 256
Tobsch, Verena 248, 250
Toepler, Stefan 249
Toš, Niko 118, 244
Tóth, András 226
Trautmann, Hannelore 37, 210
Trénel, Matthias 101, 102, 103, 236, 237, 238, 239
Trillas, Francesc 151
Tröge, Michael 255
Tröster-Grönig, Axel 101, 208
Trute, Hans-Heinrich 211
Tscharf, Elke 155
Tsui-Auch, Lai Si 231
Tuinstra, Jan 225
Turszinsky, Walter 200

Urban, Hans-Jürgen 22, 179, 218

Veenhoven, Ruut 110, 134, 250
Verbeck, Anne 215
Verboven, Frank 164, 256
Verheugen, Günter 23, 29, 30, 212
Verhulst, Stefaan 229
Vescovi, Stefano 59, 226
Vetter, Cornelia 137
Vetterlein, Antje 214
Vilmar, Fritz 213
Vincent, Jean-Marie 211
Vitols, Katrin 52, 235
Vitols, Sigurt 68, 69, 71, 228
Vobruba, Georg 214
Vogt, Wolfgang R. 219
Volkens, Andrea 113, 120, 121, 244, 246
Volkery, Axel 108, 239
Voltmer, Katrin 247
Vonderstein, Anne 32, 83, 229
Voss, Angi 237
Vries, Casper G. de 257
Vry, Norbert 37

Wagner, Jost 100, 101
Wagner, Peter 229, 232
Wagner, Reinhild 37, 210
Waldmann, Sven 37
Walpen, Bernhard 226, 227
Wank, Christine 241
Wärneryd, Karl 151, 257
Warsewa, Günter 214
Waverman, Leonard 168, 255
Weber, Christiana 84, 232
Weber, K. Matthias 220
Weber, Max 16
Wegener, Alexander 76, 78, 91, 93, 234, 235
Wehler, Hans-Ulrich 30, 212
Weider, Mark 137
Weidner, Albert 200
Weidner, Helmut 18, 76, 77, 100, 101, 174, 208, 235, 236, 238
Weik-Kornecki, Ingeborg 33
Weiske, Christine 231
Weiß, Hans-Jürgen 144, 253
Weizsäcker, Ernst U. von 76, 108, 239
Welzel, Christian 113, 118, 121, 228, 244, 245, 246, 247
Wennemer-Abée, Barbara 137
Werthauer, Johannes 200
Weßels, Bernhard 113, 115, 116, 117, 120, 121, 122, 147, 208, 244, 245, 246, 247
Westphal, Thomas 256
Wey, Christian 21, 32, 149, 150, 163, 164, 165, 166, 168, 171, 172, 173, 208, 213, 255, 256, 257, 258
Whelan, Christopher 130
Whiston, Thomas G. 190
Whitley, Richard 33, 225
Wiebe, Burckhard 15, 33, 209, 213
Wiebe, Nicola 224
Wiesener, Robyn 47
Wilke, Sina 47
Willems, Mieke 232
Williams, Karel 211, 235
Winter, Max 198, 200
Wirth, Louis 201
Witt, Frank H. 214
Witt, Siegfried de 239
Wittrock, Björn 5
Wobig, Birgit 39
Wolf, Nicola 215
Wollmann, Hellmut 212
Woodward, Alison E. 227
Wortmann, Michael 59, 66, 226, 227
Wright, Michael T. 215, 218
Wulf-Mathies, Monika 76

Xinhua, Zhang 33
Xitco, Christopher 165

Yamamura, Kozo 71
Yang, Jianping 155, 255
Yang, Mundo 137
Yu, Ute-Marie 137
Yurtoglu, B. Burcin 257, 258

Zabel, Marion 37, 210
Zapf, Wolfgang 16, 20, 110, 122, 123, 125, 128, 129, 130, 131, 208, 209, 248, 249, 250
Zhang, Xinhua 230
Zhang, Zhentang 163, 165, 166, 169
Ziegler, Karin 39
Zielonka, Jan 118
Zimmer, Annette 32, 120, 132, 133, 244, 247, 248, 249, 250
Zimmermann, Ann 137, 141
Zimmermann, Bénédicte 229
Zimmermann, Klaus F. 13, 207
Zobel, Rita 151, 155, 255, 256
Zorn, Annika 137
Zorn, Dirk 83
Zulehner, Christine 151, 163, 255, 257
Zürn, Michael 146, 212
Zweiniger, Susanne 37, 210
Zychla, Maren 39
Zydorek, Christoph 214